JOSEF POPPER-LYNKEUS

DIE ALLGEMEINE NÄHRPFLICHT

12/6

JOSEF POPPER-LYNKEUS

DIE ALLGEMEINE NÄHRPFLICHT

JOSEF POPPER-LYNKEUS

DIE ALLGEMEINE NÄHRPFLICHT

ALS LÖSUNG DER SOZIALEN FRAGE

ZWEITE AUFLAGE

IM AUFTRAGE DES VERFASSERS NACH SEINEM TODE HERAUSGEGEBEN VON

MARGIT ORNSTEIN

1923

RIKOLA VERLAG

WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1923 by Rikola Verlag A. G., Wien
Printed in Austria

Gedruckt bei R. Kiesel zu Salzburg.

Vorwort.

Die hiermit der Öffentlichkeit übergebene Neuausgabe der „Allgemeinen Nährpflicht" lag beim Hinscheiden Josef Poppers druckfertig vor. Als Herausgeberin seiner Werke hatte ich nur dafür zu sorgen, daß das große Werk genau in jener Form, die Popper selbst für die Neuausgabe bestimmt hat, veröffentlicht werde. Alle Änderungen gegenüber der ersten Ausgabe, die Kürzungen sowie die zahlreichen Einschaltungen, hat Popper selbst vorgenommen.

Es sei mir nunmehr gestattet, zur Sache selbst Einiges zu sagen: Die reiche, köstliche Ernte eines Lebens, das unvergleichlich war an fruchtbarer Arbeit, schöpferischen Gedanken und menschlich tiefstem Empfinden, ist in diesem Buche wie in sicher gebauter Scheune geborgen.

Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage wendet sich an alle Menschen, sie alle, ausnahms- und bedingungslos, von Hunger, Not und Sorge zu befreien, ist ihr Ziel.

„Die Bedeutung meiner Arbeit", sagt Josef Popper, „ist geringfügig an Geist oder Gelehrsamkeit, aber sie würde, wenn in die Praxis eingeführt, in der menschlichen Gesellschaft mehr Unglück verhüten und ihr auch mehr Glück bringen, als alle anderen Fortschritte der historischen Zeit".

Was für ein großes, stolzes Wort, das uns den Blick weitet für das gelobte Land gesitteter, menschlicher Zustände!

Es soll und darf nicht mehr notwendig sein, „aus den Klauen anderer Menschen das zum Leben Notwendige herauszureißen".

Und man bedenke, was für ein Mann es war, der dieses große, verheißungsvolle Wort gesprochen hat. Kein Phantast, kein Schwärmer oder Träumer ist Josef Popper gewesen, als Ingenieur gewohnt, auf realem Boden zu stehen, mit konkreten Zahlen und Maßen zu rechnen und nur das Mögliche und Erreichbare zu

wollen, so ist auch das kühne Werk seiner neuen Gesellschaftsordnung entstanden.

Darum wird es auch nicht mehr lange angehen, daß Staatsmänner und Politiker meinen, es genüge, den Bannstrahl des Wortes „Utopie" gegen die Allgemeine Nährpflicht zu schleudern, damit die mächtige und erlösende Tat dieses Werkes der großen Menge für immer verschleiert bleibe.

Denn vergessen wir nicht: für alle sorgenvollen und bedrängten Menschen ist die Allgemeine Nährpflicht geschaffen worden und die Zahl dieser Mühseligen und Beladenen ist Legion. Immer ungestümer wird das Verlangen nach einer, nicht nur gruppenweise, sondern allseits befriedigenden Lösung der sozialen Frage und immer unbegreiflicher muß es erscheinen, daß man an der einzig wirklichen Lösung, dem in allen Details durchgerechneten Wirtschaftsplan der Allgemeinen Nährpflicht, vorübergeht, als existiere er nicht, anstatt denselben zur Grundlage aller so brennend nötigen Reformen zu machen.

Fühlt man den nicht, welcher gewaltige Geist diese, und einzig diese Lösung der sozialen Frage ersonnen hat! Aus dem Urgrund eines Empfindens, das Mitgefühl war und höchste Menschlichkeit, stiegen die Kräfte auf, die gesammelt und voll innerer Glut sich nach dem einen Ziele bewegten: den Menschen von seiner Not zu befreien. Und die Kraft des schöpferischen Gedankens trat hinzu, und gab, was im Gefühl noch wogendes Chaos gewesen, Form und Bildung. Aber auch damit war die Arbeit des großen Werkmeisters noch nicht getan, was ein mächtiger Impuls des Herzen entstehen ließ, auf daß es geformt werde vom schaffenden Geist, in langjähriger, langwieriger und mühevoller Kleinarbeit gelangte es zu seiner großen Vollendung.

So wurde die „Allgemeine Nährpflicht". Von ihrem Schöpfer kann man sagen, was Heinrich Heine von Luther gesagt hat: „Seine Gedanken hatten nicht bloß Flügel, sondern auch Hände."

In Wahrheit, Josef Popper hatte eine große, sein Leben und sein Wirken beherrschende Leidenschaft, die sich in den schlichten Worten zusammenfassen läßt: den Menschen zu helfen. In allen seinen Werken züngeln die Flammen dieser Leidenschaft, die zu hellem Brande emporschlagen, wenn von den Menschen — gelehrten und ungelehrten — alles zusammengetragen wird, damit diese Hilfe hintertrieben werde. Dann grollt wohl auch der Zorn in

diesem großen Menschenfreund und kommt in Bitterkeit, oft auch in Empörung zu eindrucksvoller Entladung:

„Es ist schwer, den Menschen zu helfen, sie selbst sind ihre beharrlichsten Feinde!"

„Ohne Hokus-pokus wollen die Menschen nicht einmal ihr Glück annehmen."

„Fort mit allen Spielereien unter wissenschaftlichem Anschein!"

„Mögen die Soziologen, Biologen und Volkswirtschaftslehrer weiter studieren und debattieren, aber „Hände weg" von der Behandlung der sozialen Frage!"

Und dann das herrliche Wort, das aller Ethik die Richtung geben sollte, weil darin die drei großen Kräfte des Reformers: Liebe, Zorn und Verstand, in vollendeter Harmonie zusammenklingen:

„Uns fehlt die Ehrfurcht vor menschlichen Existenzen, an Ehrfurcht vor anderen Dingen, die sie nicht verdienen, haben wir zu viel."

In Mereschkowski's „Ewigen Gefährten", in dem Essay über Cervantes findet sich folgende Betrachtung:

„Die Don Quichottes aller Zeiten und Völker fliehen in das naive Pastorale — zu den einfachen Menschen und in die primitive Natur vor der ihnen verhaßten Kultur, in der sie die Hauptursache aller ihrer Mißerfolge erblicken. Sie können ihren Grundirrtum nie einsehen. Man kann nicht behaupten, daß es der Menschheit an Liebe, Selbstlosigkeit und Glauben mangelte. Es gibt immer genügend Don Quichottes. Sie glauben und lieben, sie bringen sich zum Opfer und reißen gehorsame Sancho Pansas mit sich fort. Die Zukunft gehört aber nicht den Don Quichottes, sondern den wahren Helden, die das Gefühl mit der Vernunft . . . und Liebe mit ruhiger Abwägung ihrer Kräfte zu verbinden wissen. Bisher haben die einen viel gewußt und zu wenig geliebt, die anderen viel geliebt und zu wenig gewußt, doch nur derjenige, der viel wissen und viel lieben wird, kann etwas wahrhaft Schönes und Großes für die Menschheit tun."*

*

* Dimitri Mereschkowski „Ewige Gefährten", Seite 91 (München 1915 bei Piper). Es ist interessant, folgenden Unterschied zwischen Mereschkowski und Popper zu bemerken: Nach Mereschkowski braucht der „Held", nämlich der Umgestalter, Reformer der Welt, zwei Eigenschaften: Liebe und Verstand. Nach Popper („Recht zu leben") bedarf er noch einer dritten: Zorn.

Und wie Cervantes mit einem einzigen Buche viel tausend Bücher für immer vernichtet hat, so wird es vielleicht einmal auch von diesem Buche heißen: daß es den Respekt vor den Ritterbüchern der Nationalökonomie zerstört, und so den Weg zur wirklichen Lösung der sozialen Frage, das ist die ökonomische Sicherung jedes einzelnen Individuums, freigemacht hat.

Wien, im August 1923.

Margit Ornstein.

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage.

Dieses Werk ist kein wissenschaftliches, sondern ein praktisches.

Es gibt eine Anweisung darüber, wie jene Aufgabe zu lösen wäre, die in dem Untertitel desselben bezeichnet ist. —

Nachdem schon seit so langer Zeit in einer fast unübersehbaren Literatur mehr oder weniger richtige oder wertvolle oder geistreiche Betrachtungen aller Art, scharfsinnige Digressionen, historische Untersuchungen, spezielle statistische Erhebungen der verschiedensten Art, Enqueten- und Kommissionsberichte publiziert, sowie Vorträge und Reden allerorten gehalten wurden, die mit dem sozialen Problem direkt oder indirekt, mitunter nur sehr lose zusammenhängen, ist es nunmehr an der Zeit und sehr notwendig, endlich einmal ein positives, anschaulich klares, zahlenmäßig präzisiertes Programm aufzustellen, nach welchem und auf dessen Verwirklichung hin man arbeiten kann, um unseren unheilvollen wirtschaftlichen Zustand durch einen guten und gesitteten zu ersetzen.

. . . . . .

Josef Popper-Lynkeus.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage IX

I.
Allgemeiner Teil. 1

Zur vorläufigen Orientierung 3
Einleitung 5
Unter dem sozialen Problem wird hier die Forderung einer Institution verstanden, die geeignet ist, jedem Menschen die notwendige ökonomische Lebenshaltung zu sichern, ohne daß derselbe von dem Willen anderer abhängig gemacht wird 5
Grundgefühl und Grundgedanken der hier gegebenen Lösung des Problems 6
Hauptnutzen der Lösung des sozialen Problems 13
Widerstände gegen eine Lösung des sozialen Problems 15
Spencer und Nietzsche 18
Aufzählung einiger Dinge, auf deren Kenntnis wir nicht zu warten brauchen, um die soziale Frage zu erledigen 30

Unsere wirtschaftlichen Zustände 32
Einige Daten über das Elend in den zwei reichsten Ländern der Erde 33
Sonderbare Auffassung des sozialen Problems bei mehreren Gelehrten 37
Der Mangel an Achtung vor jeder Individualexistenz 42
Moralische und physische Schäden als Folge von Not und Sorge 43
Wirtschaftliche Privatkrisen 48
Der ökonomische Untergrund der meisten Selbstmorde 52

Worin das soziale Problem besteht und worin es nicht besteht 55
Unrichtige Auffassung der sozialen Frage: bei Rodbertus ⟨55⟩, Victor Huber ⟨55⟩, Sombart ⟨57⟩, Schäffle ⟨58⟩, Kautsky ⟨59⟩, bei den Vertretern der Gewerkschaftsidee ⟨60⟩ und gewisser Reichsbankinstitutionen 61
Wertlose oder schädliche Versuche, Analogien aus der Biologie auf das soziale Problem anzuwenden, z. B. bei Novicow . . . 63
Die Darwin'sche Selektionstheorie und der Sozialismus 64

Seite
Häckel über die bevorzugten Minderheiten 68
Wilhelm von Humboldt, S. Kierkegaard, Ibsen über die Aufgabe der Menschen 70
Der sozialbiologische Witz des Menenius Agrippa 71
Ist die menschliche Gesellschaft ein Organismus 72
Der Zellenstaat des menschlichen Körpers kann uns politisch und sozial nicht als Vorbild dienen 74
Die Lebensnotwendigkeiten sollen jedem ohne Kampf mit den Mitmenschen zuteil werden 75
Beweis der Unmöglichkeit, ohne direkte Zuteilung eines Existenzminimums in natura das soziale Problem zu lösen 77
Prinzipielle Widersinnigkeiten in unserem Wirtschaftssystem . . . 77
Der Genuß unentbehrlicher Güter darf für jeden Einzelnen von gar nichts anderem abhängen, als von deren Vorhandensein 79
Unvollkommene Wirkung vereinzelter Schutzmaßregeln 79
Systematische Übersicht der Mängel unseres heutigen Wirtschaftssystems 81
Chronische und akute Privatkrisen als Hauptbeweise der Unheilbarkeit des heutigen Gesellschaftszustandes 85
Problem des gerechten Arbeitsertrages. — Über den sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus. — Bellamy's soziales Programm 88
Über den Marxismus 109
Von einer geschichtlichen Notwendigkeit der Ereignisse kann man erst dann sprechen, wenn sie bereits eingetreten sind 109
Auch der Marxismus entging der Bezeichnung als Utopismus nicht 111
Fehler in der Marx'schen Geburtshelfertheorie 113
Was sich von selbst entwickelt, ist nicht immer gut, und was mit Absicht herbeigeführt wird, ist nicht immer schlecht 115
Alles in der Welt ist determiniert, also auch jede utopistische Idee, und alles ist Evolution 117
Lag Bismarck's Altersversicherung in der Richtung der gesellschaftlichen Evolution oder nicht? 122
Ein sozialistisches Programm geht immer aus einem ethischen Gefühl hervor 125
Marx selbst ist in seinen Schriften viel ethischer, als er zu erscheinen wünscht und als mit seinen Prinzipien vereinbar ist 125

II.

Positiver Teil.

Ein Plan, um jedem Individuum eine anständige Lebenshaltung zu sichern 133
Alles in physiologischer und hygienischer Beziehung Notwendige wird von einem arbeitspflichtigen Teile der ganzen Gesellschaft, der

Seite

Nährarmee, produziert oder beschafft und diese Produkte und Leistungen müssen ausnahmslos sämtlichen Staatsangehörigen direkt in natura zugeteilt oder gewährt werden 133
Für sekundäre, namentlich kulturelle Bedürfnisse wird, wo möglich, Jedem ein Minimum in Geldform gegeben 135
Beides zusammen bildet den Gegenstand der Minimum-Institution, die von einer rein wirtschaftlichen, von jedem politischen Einfluß unabhängigen Behörde: dem Ministerium für Lebenshaltung, geleitet wird 135
In der Nährarmee dienen Männer und Frauen 136
Dieses Reformprojekt setzt keine neuen Erfindungen, Entdeckungen oder Änderungen des menschlichen Charakters voraus 139
Neben der Zwangsinstitution der allgemeinen Nährpflicht soll auch eine freie Staatswirtschaft und eine freie Privatwirtschaft, mit Geld als Tauschmittel, bestehen 140
Die primäre Minimum-Institution, d. i. jene für die leiblichen Bedürfnisse, darf, soweit es Menschen zu erreichen möglich ist, niemals versagen 146
Daher darf in ihr nichts in Geldform erscheinen, es muß reine Naturalwirtschaft herrschen 146
Weitere Vorsichtsmaßregeln gegen das Versagen der primären Minimum-Institution 147
Das Malthus-Problem 152
Verzicht auf das Minimum enthebt nicht vom Dienst in der Nährarmee 159
Die stabilen Wohnungen und Wohnungseinrichtungen werden Jedem ohne irgendwelche Gegenleistung zugewiesen 162

Widerlegung von Einwendungen gegen mein Programm. — Über einige besondere Vorteile desselben 171
Die Nährarmee hat nicht die brutale Disziplin einer Wehrarmee . 174
Durch Zuteilung einer bestimmten Geldsumme an jeden Einzelnen könnte das soziale Problem nicht gelöst werden 175
Eine Abhängigkeit von Parteien, Regierungen oder Dynastien ist bei meinem Programm vollständig ausgeschlossen 178
Kunst und Wissenschaft werden besser gedeihen als jetzt 181
Über den Satz, daß Kampf, also auch Sorge um den Unterhalt, den Menschen zum Heile gereiche 181
Über den Verlust des Gefühls der ökonomischen Selbstverantwortlichkeit 184
Im sozialistischen Staat kann Jeder nach seiner Fasson glücklich sein 190
In unserem Sozialstaat sind Streiks im Gebiet des Notwendigen vollständig ausgeschlossen 195
Lösung des Problems der Behandlung der Einwanderer 196
Erleichterung der Reformbestrebungen der Frauen durch ihre ökonomische Sicherstellung 197

Seite

Beziehungen der sozialen Minimuminstitution zu meinem Wehrprogramm und zu einigen anderen Institutionen . . 198

Besondere höhere Lehranstalten für die Betriebsleiter der Nährarmee 198

Über die Frage der Einbeziehung des Volksschulwesens in die Minimum-Institution 199

Eintritt in die Wehrarmee erst nach absolvierter Dienstzeit in der Nährarmee 200

Über das Prinzip der Freiwilligkeit des Kriegsdienstes 202

Beziehungen der Minimum-Institution zu der der Ehe 203

Über kollektiven Staatsbetrieb und landwirtschaftlichen Großbetrieb 206

Über kaufmännische Einwendungen gegen den Staatsbetrieb . . . 206

Über Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft 215

Reinertrag und Rohertrag 218

Wegfall aller Schwierigkeiten der heutigen Agrargesetzgebung . . 233

Milderung der Elementarschäden durch deren Verteilung auf das ganze Land 234

Entbehrlichkeit der zahllosen Detailarbeiten bei den heutigen landwirtschaftlichen Genossenschaften 235

Über verschiedene Vorteile und über mancherlei ungegründete Besorgnisse beim kollektiven Riesenbetrieb 242

Zur Statistik der Nährarmee — Allgemeine Bemerkungen 262

Es handelt sich um die Produktion der physiologisch notwendigen Nahrungsmittel, der hygienisch notwendigen Wohnungen und der dem herrschenden Klima entsprechenden Bekleidung 262

Das Deutsche Reich als Beispiel eines zu sozialisierenden Staates . 263

Zur Statistik der Nährarmee — Ernährung 265

Über Ernährung und Diät 265

Über Ernährungsversuche und Vorschriften verschiedener Physiologen 266

Art und Menge der im Sozialstaat zu verteilenden Nahrungsmittel 270

Verwandlung von Kopfzahlen in Konsumeinheiten und die Auffindung eines Reduktionskoëffizienten auf Grund der Schlüssel von Engel und Kuhna 275

Zur Statistik der Nährarmee — Über Wohnung, Wohnungseinrichtung, Bekleidung und Gesundheitspflege 279

Allen Staatsangehörigen werden die Wohnungen unentgeltlich zugeteilt, die Häuser sind Staatseigentum 281

Für die größeren Städte wird eine Maximalzahl der Einwohnerschaft als zulässig festgesetzt 282

Was im Sozialstaat bezüglich der Wohnungen, Wohnungseinrichtungen und der Bekleidung geboten werden soll 287

Seite

Statistik der Nährarmee — Produktion der Nahrungsmittel — Anzahl der Beschäftigten 292
Über die Möglichkeit einer Mehrproduktion in der deutschen Landwirtschaft 293
Deutschland kann bei nicht zu starkem Bevölkerungswachstum sich landwirtschaftlich selbst genügen 297
Über den Nutzen der Maschinen in der Landwirtschaft und speziell bei staatlich kollektivem Betrieb 300
Anordnung des staatlich-kollektiven Agrarbetriebes 304
Anzahl der in der Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel beschäftigten Personen 309

Statistik der Nährarmee — Herstellung der Wohnungen und Wohnungseinrichtungen — Anzahl der Beschäftigten . . 313
Aufzählung der verschiedenen Arten notwendiger Bauarbeiten . . 313
Die anderen hierher gehörigen Arbeiten 317
Anzahl der zugehörigen Beschäftigten 317
Beleuchtung und Heizung der Wohnungen 319

Statistik der Nährarmee — Herstellung der Bekleidung — Anzahl der Beschäftigten 323
Die verschiedenen hierzu benötigten Professionen 323
Über Baumwolle, Flachs und Schafwolle 325
Auf Baumwolle kann verzichtet und jede Einfuhr von Schafwolle durch eine besondere Methode der Kunstwollbenutzung bei relativ mäßiger inländischer Schafzucht vermieden werden 329
Zahl der hier beschäftigten Arbeiter 333

Statistik der Nährarmee — Gemeinschaftliche Betriebe — Anzahl der Beschäftigten 336
Eisen-, Maschinen- und Bergwerksindustrie 336
Zahl der Beschäftigten 338

Statistik der Nährarmee — Verkehr und Verkehrsmittel — Anzahl der Beschäftigten 344
Über das Quantum der zu fördernden Minimum-Güter 344
Über die Umwandlung des Dampfbetriebs in elektrischen 346
Mangelhafte Ausnutzung des heutigen Lokomotiv-Materiales . . 347
Über die Benutzung der Wasserkräfte 349
Anzahl der im Verkehr beschäftigten Personen 350

Resultate der Statistik der Nährarmee — Anzahl aller in ihr Beschäftigten, Zahl ihrer Arbeitsstunden pro Tag, Dauer ihrer Dienstzeit 351
Anzahl der dienenden Männer und der dienenden Frauen 355
Zahl der respektiven Dienstjahre und der täglichen Arbeitsstunden 356
Einige Betrachtungen über die gewonnenen statistischen Resultate und Vergleichungen derselben mit den heutigen Verhältnissen . . 357

Seite

Totale Leistung jedes männlichen und jedes weiblichen Individuums pro Jahr und während seiner ganzen Dienstzeit 358

Über verschiedene Berechnungen der Arbeitszeiten in anderen sozialistischen Programmen: Bei Bebel, Hertzka, Cabet, Kropotkin, Losch, Bellamy und Atlanticus 362

Überführung des heutigen wirtschaftlichen Zustandes in den sozialistischen 364

Allgemeine Betrachtungen über einen solchen Prozeß überhaupt . . 364

Mein eigener Plan der allmählichen Durchführung meines sozialen Programms 369

Über die Stärke der zu erwartenden Gegnerschaften 370

Über die Frage der Entschädigung bisheriger Eigentümer 372

Die zwei Stadien des Überführungsprozesses: die Studien- und die Bauperiode 378

Schlußwort 395

I.

ALLGEMEINER TEIL

Zur vorläufigen Orientierung.

Ich vertrete hier folgendes Programm:

Die soziale Frage als Magenfrage ist zu lösen durch die Institution einer Minimum- oder Nährarmee, die alles das produziert oder herbeischaffen hilft, was nach den Grundsätzen der Physiologie und Hygiene den Menschen notwendig ist, und, falls es beschafft werden kann, noch etwas darüber hinaus, d. h. das, was zum Zweck einer behaglicheren Lebenshaltung als wünschenswert gilt.

Die Versorgung dieses Lebens- oder Existenzminimums geschieht in natura, also nicht in Geldform, ausnahms- und bedingungslos für alle dem Staate angehörigen Individuen, von der Geburt bis zum Tode, nur werden die tauglichen unter ihnen verhalten, eine bestimmte Anzahl von Jahren in der Nährarmee zu dienen.

Das Minimum sichert jedem: Nahrung, Wohnung nebst Wohnungseinrichtung, Kleidung, ärztliche Hilfe und Krankenpflege.

Alles das, was nicht zu diesem Minimum gehört, gilt als Luxus und bleibt der freien Geldwirtschaft, mit Privateigentum und Vertragsfreiheit, vorbehalten, welche, da die Existenz aller gesichert ist, eventuell noch freier betrieben werden kann als heute.

*

Diese Idee habe ich in den Grundzügen bereits in folgenden Werken näher entwickelt:

„Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“ ⟨1. Aufl. 1878, 3. Aufl. 1903, bei C. Reißner⟩,

„Fundament eines neuen Staatsrechts“ ⟨1905, bei C. Reißner⟩.

Prinzipielles findet sich auch in dem Werke „Das Individuum

und die Bewertung menschlicher Existenzen" ‹1910, bei C. Reißner, 2. Auflage 1920›.

Eine Neuerung, über obigen Grundgedanken hinaus, ist in diesem Werke der Vorschlag: nebst dem in natura verteilten Minimum, welches hier primäres oder Existenzminimum genannt wird, noch ein sekundäres oder kulturelles Minimum ebenfalls bedingungslos, jedoch in Geldform auszuteilen, das es ermöglichen soll, Luxusbedürfnisse — durch Kauf aus der freien Privatwirtschaft — zu befriedigen.

*

Man begegnet mitunter im Text dieses Werkes Hinweisungen auf meine Behandlung des Kriegs- und Friedensproblems.

Daher erwähne ich kurz:

Meine Lösung oder genauer: meine Behandlung desselben besteht darin, den pflichtmäßigen Kriegsdienst durch den freiwilligen zu ersetzen. Dabei mag die Militärpflicht, d. h. die Zugehörigkeit zu einem Rahmen- oder ‹was vorzuziehen wäre› einem Milizheere mit bestimmter Dienstzeit und den Waffenübungen so bleiben wie heute.

Diese Idee ist ebenfalls in den oben angeführten Werken behandelt worden, überdies auch in meinen Werken: „Voltaire, eine Charakteranalyse, in Verbindung mit Studien zur Ästhetik, Moral und Politik" ‹1905, bei C. Reißner› und „Krieg, Wehrpflicht und Staatsverfassung" ‹1921, bei Rikola›.

Einleitung.

Unter „sozialer Frage" verstehe ich hier die Frage nach einer Institution, die geeignet ist, jedem Menschen die notwendige ökonomische Lebenshaltung zu sichern, ohne daß derselbe von dem Willen anderer Menschen abhängig gemacht wird. Selbstverständlich handelt es sich hier um die Unabhängigkeit von dem Willen einzelner Menschen ⟨im Privatleben⟩ oder von Menschengruppen. Die Abhängigkeit von den Staatsinstitutionen ist in allerletzter Instanz zwar auch eine Abhängigkeit von Menschen. Ohne diese unpersönliche Abhängigkeit können wir aber nicht existieren, und eine absolute Unabhängigkeit gäbe es nur für Robinson auf seiner Insel.

Diese Ausdrucksweise, oder gar die Forderung einer solchen Institution, wird wohl manchem als eine zu subjektive, respektive zu radikale, erscheinen; sie ist es aber durchaus nicht oder nicht so sehr, wie man glauben dürfte. Denn die gewöhnliche, schulmäßige Definition der „Wirtschaft", also auch der Volkswirtschaft, lautet ⟨z. B. in einem weitverbreiteten „Grundriß der politischen Ökonomie"⟩: „Der Begriff Wirtschaft umfaßt . . . alle jene Vorgänge und Einrichtungen, welche auf die dauernde Versorgung der Menschen mit Sachgütern gerichtet sind."

Also „dauernd" soll die Versorgung sein; das kann aber nur im Falle einer Sicherung möglich werden; und eine Sicherung wiederum ist nicht realisierbar, wenn jene Versorgung vom freien Willen anderer Menschen abhängig gemacht wird.

Allerdings sollte die Volkswirtschaftslehre, auf Grund ihrer eigenen Definition der Wirtschaft, sofort und direkt nach einer Institution forschen, die jedem Menschen jene dauernde Versorgung sichert, sie tut das aber nicht; sie vergißt an dieses Ziel aller Wirtschaft und heftet ihren Blick bloß auf das so unvollkommene

und so viel Unglück bringende heutige System der Volkswirtschaft, hängt unaufhörlich an den tausenden sekundären Aufgaben innerhalb dieses Systems und läßt allen hungernden und sorgenvollen Opfern desselben das leere Nachsehen. Die Fachleute lassen es sich gar nicht einfallen, daß man jedem das Notwendige direkt geben soll, ohne nach irgend anderem zu fragen. Aus den Klauen anderer Menschen das zum Leben Notwendige herausreißen, das ist den Nationalökonomen recht.

Das heutige Armen- und Versicherungswesen, letzteres in progressiver Entwicklung begriffen, ohne jemals gründliche Abhilfe bringen zu können, sind deutliche Zeichen der Unverbesserlichkeit des heutigen Wirtschaftssystems. —

Das Gefühl der Achtung vor der Existenz jedes menschlichen Individuums fehlt eben heute noch, von geringen löblichen Ausnahmen abgesehen, gänzlich, und dieser Mangel hat sogar zur Folge, daß man schon das Wort „sozial" und „Sozialismus" perhorresziert und lieber immer nur von „Volkswirtschaft", von „Nationalökonomie" spricht, wodurch offenbar die Aufmerksamkeit viel mehr auf den inneren Prozeß der Gesamtwirtschaft als auf die Forderungen der Menschen hingelenkt wird.

Ich gehe nun behufs Lösung der sozialen Frage, die mit der wahren Aufgabe aller Nationalökonomie im Grunde identisch ist, von einem einfachen Grundgefühl aus, gestalte es zu einem einfachen Grundgedanken, bearbeite denselben so detailliert als es mir möglich ist, widerlege Einwendungen, zeige die Vorteile meiner Lösung und präzisiere schließlich mein Programm in einem großen Beispiel auch zahlenmäßig.

Jenes Grundgefühl nun verlangt die Verpflichtung aller, jedem, ohne Ausnahme, die notwendige Lebenshaltung zu sichern.

Die Gesellschaft hat demnach dafür zu sorgen, daß dieses für die Gesamtheit Notwendige auch vorhanden sei, also produziert oder irgendwie beschafft werde. Sollte das trotz aller Bemühung nicht gelingen, so tritt als unbedingte Folge jenes Grundgefühls der Gleichwertigkeit aller Menschen in Beziehung auf ihre nackte Existenz die Forderung auf:

Alle Menschen müssen in gleich leichter Weise satt werden

können, und wenn die dazu nötige Quantität der Nahrungsmittel nicht zu beschaffen ist, so müssen alle Individuen in gleichem Maße hungern.*

Es darf also in einer gesitteten Gesellschaft, falls die Nahrungsmittel knapp werden, ein reicher und selbst der reichste Mensch nicht den Vorzug vor den anderen genießen, sich sättigen zu können, während diese darben. Es muß ihm das durch die soziale Institution selbst unmöglich gemacht werden, gerade so, wie es selbst dem Reichsten oder Vornehmsten in einer belagerten und ausgehungerten Festung oder auf einem Schiff in analoger Lage nicht erlaubt und auch nicht möglich ist, sich reichlicher zu sättigen als jeder andere. Schon beim bloßen Versuch hierzu würde er sein Leben riskieren. —

Von diesem Standpunkte aus sind die immer von neuem angestellten Berechnungen über den Gesamtreichtum eines Staates und das Verhältnis dieses Reichtums der verschiedenen Staaten zueinander ganz wertlose Zahlenspielereien. Denn ganz abgesehen davon, daß man aus solchen Zahlen nichts über die Verteilung der Vermögen innerhalb der Bevölkerung erfährt, sind die Rechnungsmethoden selbst auf sehr schwankenden Grundlagen und Voraussetzungen aufgebaut. Etwas mehr erfährt man wohl aus den Erhebungen über die Einkommensgrößen, die von den Steuerbehörden publiziert werden, allein alle diese Methoden, wie z. B. auch die Statistik der Sparkasseneinlagen, sind doch nicht geeignet, uns einen Weg zu Beseitigung des ökonomischen Notstandes der großen Volksmasse zu zeigen, und überdies erfahren wir aus ihnen nichts über die Schwierigkeiten und über die ehrliche oder unehrliche Art, diese Einkommen und Ersparnisse zu erwerben. Wir haben schon genug statistische Erhebungen über obige und viele andere Fragen gepflogen! Wir wissen und sehen es jeden Tag vor unseren Augen, daß Not und Sorge dem Menschen das Leben verbittern, wir brauchen nicht auf irgendwelche statistische Daten dieser Art zu warten. Die einzige statistische Untersuchung, die wir nötig haben, ist die, zu erheben, ob der und der Staat imstande ist, allen seinen Angehörigen die notwendige, anständige

* Ich spreche hier und öfters von „satt werden", also von Ernährung, obwohl doch nebst der Nahrung auch Wohnung und Kleidung zur notwendigen Lebenshaltung gehören. Ich tue dies aber der Anschaulichkeit und auch der Kürze wegen.

Lebenshaltung zu sichern. Und diese Untersuchung ist wiederum nur von praktischer Bedeutung, wenn man eine sozialistisch organisierte Gesellschaft voraussetzt; denn unter dem heutigen Wirtschaftsregime ist das Notwendige und das Überflüssige so innig untereinandergemengt, daß die zu gewinnenden Zahlen für die Frage der Bereitschaft des zum Leben Notwendigen keine Auskunft geben können.

Diese hier geforderte statistische Untersuchung bietet eben das vorliegende Werk.

Und es muß wiederholt werden: Sollte eine solche Untersuchung zeigen, daß es nicht möglich ist, alle Staatsangehörigen gehörig zu versorgen, so müssen eben — falls durchaus keine Entdeckung oder Erfindung auftaucht, die helfen könnte — alle Portionen, und zwar in gleichem Maße kleiner gemacht werden.

*

Es wird hier also die Anerkennung der Gleichschätzung aller Individuen in bezug auf ihr Bedürfnis, im ökonomisch Notwendigen gesichert zu sein, vorausgesetzt, und sie wird gewiß einmal auch von der überwiegenden Zahl aller Menschen dringend, wohl auch sehr dringend, verlangt werden. Diese Gleichheit ist durchführbar, trotz aller Verschiedenheit der menschlichen Individuen; von einer Forderung der Verwirklichung einer Gleichheit in vielen anderen Beziehungen, z. B. betreffs der Luxusgenüsse, ist hier gar keine Rede.

Aber auch die hier geforderte, so beschränkte Gleichheit wird den meisten Menschen heute noch für zu radikal, ja für absurd gelten. Gleichheit in der Pflicht, Steuern zu zahlen, in der Armee zu dienen und sich im Kriege tot oder zum Krüppel schießen oder stechen zu lassen, diese Gleichheit findet man selbstverständlich und sieht sie als ethische Forderung an; auch die „Gleichheit aller vor Gott" wird noch eifrig gelehrt. Aber die Gleichheit im Sattwerden und Hungern? Dagegen empört sich der aristokratische Dämon der Herzlosigkeit in unseren Zeitgenossen.

Wer aber würde es wagen, es offen herauszusagen, wer wird es wagen — ohne endlose Argumente aus Soziologie, Darwinismus, Biologie, Eugenik und aus alten Manuskripten positiver Religionen heranzuziehen —, diese hier geforderte Gleichheit prinzipiell zu negieren? oder gar sich trauen, zu behaupten: er

dürfe, er habe ein Recht, ein natürliches Recht aufs Sattwerden, zehntausend und hunderttausende andere aber nicht?

Tut er das letztere dennoch, so möge er seine Ermächtigung, sein Privilegium von Gnaden der Natur vorweisen; kann er dies nicht und beruft er sich auf seine Stellung in der menschlichen Gesellschaft, so werden die Bedrängten ihn nur verlachen. Sagt er aber, wie gewisse Kulturphilosophen, z. B. Nietzsche, und einige Rassenhygieniker: der Fortschritt der Kultur fordere eine solche Ungleichheit, es müsse daher immer solche bevorzugte Gruppen geben, so wird man ihm erwidern: „Das glauben wir nicht — indessen, sei es so! Die Kultur soll also keinesfalls zu kurz kommen. Tauschen wir! Die Kultur schreibt ja nicht vor, daß gerade du und gerade jene zu den bevorzugten Gruppen gehören. Nachdem ihr also schon seit so langer Zeit in eueren Gruppen warm gesessen seid und geholfen habt, die Kultur zu fördern, wollen jetzt andere diese hohe Mission erfüllen. Tretet also in unsere Gruppen ein, und wir treten in eure ein. Wir werden aus unserer großen Zahl von Nichtbevorzugten eine Partie auslosen und nach soundso viel Jahrzehnten eine andere Partie, damit allmählich alle daran kommen, um auch ihrerseits zum Fortschritt der Kultur beizutragen."

*

Um jenem Grundgefühl zu genügen, ist es nicht nur geboten, daß alles zur notwendigen Lebenshaltung Erforderliche von der Gesamtheit produziert oder irgendwie beschafft werde, sondern ebenso notwendig, daß diese Produkte, so wie heute die Staatsmonopolartikel, z. B. Tabak, Salz usw., in der Gewalt der Gesamtheit bleiben, also gleichsam in Sperre gehalten werden, um von ihr unter alle Staatsangehörigen in gleichem ‹physiologisch› entsprechendem Maße verteilt zu werden; und es muß auch dafür gesorgt sein, daß niemand das für ihn Notwendige auf einem anderen Wege als auf dem der gesellschaftlichen Austeilung sich verschaffen könne.

*

Jenes Grundgefühl ist auch in folgender Form ausdrückbar: Nicht Benthams Maxime: „Das größte Glück der größten Zahl" ist die richtige; sondern: „Größtmögliche ökonomisch notwendige Lebenssicherung für jedermann"; nicht ein einziger darf unberücksichtigt bleiben.

Oder auch so: „So lange es vorkommt, daß auch nur ein

einziger Mensch hungert oder in seiner Lebenshaltung nicht gesichert ist, so lange taugt die ganze Gesellschaftsordnung nichts."

Wer das übertrieben findet, stelle sich vor, er hungere oder lebe in beständiger Sorge um Nahrung, wird er mit dem vorhandenen Gesellschaftszustande zufrieden sein? Wird er sich etwa mit dem hohen Kulturniveau seines Milieus oder der zivilisierten Menschheit trösten? Wird er vielleicht allen Hunger und alle Not, auch die seiner Familie, gerne ertragen und sich, im Hinblick auf die höher entwickelten zukünftigen Generationen, zufrieden geben?

Also: Es genügt nicht, einzelnen Klassen, Volksschichten, Berufen ihre ökonomische Lage zu verbessern, das wäre eine prinzipiell wertlose, ungenügende und veraltete Methode; jedes einzelne Individuum muß versorgt sein.

Wie das bewerkstelligt werden kann, wird man aus den Ausführungen dieses Buches erfahren.

■

Man wird sich vielleicht darüber wundern, daß mein Programm so detailliert behandelt wird, als ob dessen Durchführung schon vor der Tür stünde. Nun konnte mein Zweck bei der Abfassung dieser Schrift natürlich nicht der sein, Ruhm, Ehre, Geld oder Stellung damit zu gewinnen, und das wird mir gewiß jeder gerne glauben; denn solche Werke sind viel eher dazu bestimmt, ignoriert, getadelt oder direkt verlacht zu werden, als dem Autor in irgendwelchem, auch noch so geringem Maße Nutzen zu bringen.

So wie ich nun jeden Nutzen für den Autor dieses Programms auch im Falle, als dasselbe akzeptiert würde, für absolut ausgeschlossen halte, würde es auch für den Fall, daß dasselbe — wie höchstwahrscheinlich — starkem Widerstande begegnen sollte, mein Schaden nicht sein, sondern nur der Schaden der Menschen; und zwar nicht nur der bedrängten und sorgenvollen, sondern auch der mehr oder minder satten; denn diese werden, je länger die Dinge so weitergehen wie heute, zu keiner Ruhe, zu keinem Behagen kommen und gewiß endlich sehr böse gesellschaftliche „Evolutionen" erleben.

Mir selbst also wird man nicht nützen und nicht schaden; ich will mit meiner mühevollen Arbeit nur den Menschen helfen, und es liegt nun an ihnen, wie sie sich in entscheidender Weise dabei benehmen.

Höchstwahrscheinlich wird es noch sehr lange dauern, bevor mein Programm — wenn je — realisiert, oder wenigstens in Angriff genommen wird. Sagen wir z. B.: hundert Jahre.

Wenn man nun glauben sollte, eine so detailliert ausgeführte Darstellung, wie die folgende, käme daher viel zu früh, weil doch die Menschen heute noch zu wenig empfänglich dafür wären, so erwidere ich, daß, umgekehrt, solche Darstellungen um so früher begonnen werden müssen, je später sie voraussichtlich akzeptiert werden dürften. Denn einmal muß man doch anfangen, und das bei schwierigen Problemen um so früher, damit die Menschen Zeit genug haben, sich an das Ungewohnte oder Unsympathische solcher Projekte allmählich zu gewöhnen. —

Ich habe allerdings schon im Jahre 1878 mit dem Buche „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben" angefangen, konnte aber bisher kaum den geringsten Eindruck der dort ausgesprochenen Grundansichten auf die öffentliche Meinung bemerken. Ich lasse mich jedoch dadurch nicht abhalten, jene Grundideen jetzt so ausführlich als möglich zu behandeln. Vielleicht wird man doch einmal beginnen, auf meine Vorschläge zustimmend zu reagieren.

In der Annahme einer solchen Möglichkeit habe ich eben mein Programm so sehr ins Detail hinein ausgearbeitet. Ich glaube nämlich, diese Details könnten, wenn es einmal ernst wird, die Arbeit der Ausführung erleichtern, indem man erspart, sie von neuem zu erdenken. Es ist ja auch möglich, daß andere sie überhaupt nicht finden, obwohl sie sehr wichtig sind, entweder, weil diese anderen nicht genug lebhaftes Interesse an einer möglichst vollkommenen Durchführung des Programms haben, oder weil sie vielleicht zu wenig konstruktive Phantasie besitzen.

*

Was ist nun in dem vorliegenden Werke eigentlich geleistet? Ohne die geringste Ruhmredigkeit und mit vollkommener Objektivität kann gesagt werden:

Es wird hier ein positives, klar umschriebenes Programm für die Befreiung der Menschen von jeder ökonomischen Sorge festgelegt.

Es ist dabei strenge vermieden, dieses Programm mit anderen Problemen zu verquicken, die nichts mit dem sozialen Problem zu tun haben.

Speziell im Programm selbst wird folgendes geboten:

Es wird die gleiche Versorgung aller menschlichen Individuen mit dem zu Gebote Stehenden und zum Leben ökonomisch Notwendigen als erreichbar aufgezeigt. Es wird eine Trennung des Notwendigen vom Überflüssigen und im Zusammenhang damit eine freie Wirtschaft — mit Privateigentum und Vertragsfreiheit — neben dem Pflichtdienst in der Institution der allgemeinen Nährpflicht vorgeschlagen. Warum aber eine solche Teilung der ganzen Volkswirtschaft nützlich ist, wird die Auseinandersetzung meines Planes deutlich machen.

*

Es ist nur eine sehr unbedeutende geistige Leistung, die in diesem meinem Werke geboten wird, aber der Nutzen derselben würde, wenn man auf mich hört, ein unverhältnismäßig hoher sein.

Die Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg war, wenn man sie mit so vielen anderen Erfindungen und Entdeckungen vergleicht, gewiß nur von sehr untergeordneter geistiger Bedeutung. Die kulturellen Folgen, gute und leider auch schlechte, waren aber so groß, daß kaum eine einzige Leistung in historischer Zeit in dieser Beziehung mit ihr zu vergleichen ist.

Ebenso sehe ich die Bedeutung meiner hier vorliegenden Arbeit an. Sie ist geringfügig an Geist oder Gelehrsamkeit, aber sie würde, wenn in die Praxis eingeführt, in der menschlichen Gesellschaft mehr Unglück verhüten und, wenigstens indirekt, ihr auch mehr Glück bringen als alle anderen Fortschritte der historischen Zeit, die Buchdruckerkunst inbegriffen. Und man kann das um so sicherer behaupten, als infolge der Institution einer für jeden möglichst gesicherten Lebenshaltung, worunter ich eine anständige ökonomische Existenz, also Nahrung, Kleidung und hygienisches Obdach verstehe, auch die beiden furchtbarsten Krankheiten: Syphilis und Tuberkulose, aufhören müssen, Volkskrankheiten zu sein, und das sogar, ohne daß der geringste bezügliche Fortschritt in der Heilkunde dazu nötig wäre. —

Daß viel und schweres Unglück verhütet würde, liegt klar zutage, denn die Folgen der Unsicherheit der ökonomischen Existenz treten uns unaufhörlich vor Augen.

Daß aber das Glück der Menschen vermehrt wird, sieht man sofort ein, wenn man nur unter „Glück" das Richtige versteht. Man ist wohl gewohnt, dabei stets an „Lust" zu denken und

Lust gerne mit „Wollust" zu identifizieren, so daß der Glücksbegriff falsch aufgefaßt und zugleich degradiert wird, da ja falsche Maximen mancher alten wie auch neueren Philosophie und, mit noch größerer Heftigkeit, mancher Religion Lust als etwas Niedriges denunzieren.

Aber der richtige Sinn, wenn man von Glück spricht, ist kein anderer als der: daß es jedem Menschen ermöglicht wird, so zu leben, wie es ihm für seine Zufriedenheit und sein Streben am besten geeignet scheint.

Will daher jemand sich kasteien und geißeln, recht fleißig beten und dergleichen, so soll es ihm freistehen, er soll nicht durch irgendwelche wirtschaftliche Verpflichtungen in dieser Art zu leben behindert werden. Will aber jemand in Heiterkeit fortleben, so soll auch er davon nicht durch Nahrungssorgen abgehalten sein. Und wenn man gerne Wissenschaft oder Kunst betreiben oder sich auf Erfindungen verlegen, politisch sich betätigen, humanitären oder irgendwelchen idealen Beschäftigungen sich hingeben möchte, so darf man nicht durch Sorge um die Lebenshaltung bedrückt werden. Und auch die unbedeutendste Art, sich zu beschäftigen, soll jedem gegönnt sein, der darin sich glücklich fühlt; er mag Tabaksdosen, Pfeifen oder Briefmarken, oder Stöcke oder Waffen oder Hirschgeweihe sammeln, an der Drehbank tändeln, Uhren herstellen und dergleichen mehr. Alles das soll und wird man können, und wird sich ihm ruhig hingeben, wenn die Lebenshaltung gesichert ist.

Dabei mögen die Moralisten und Kulturphilosophen ungehindert den Menschen irgendwelche Ziele zeigen und anpreisen, die sie für höhere oder nützlichere halten, man wird sie anhören, beurteilen und für sich selbst von ihren Lehren jene Anwendung machen, die einem beliebt. Man kann ihnen folgen und sein bisheriges Regime ändern, wenn man will, man kann sie aber auch abweisen. Die Freiheit, in hohem Maße sein Glück zu gestalten, wie man es selbst wünscht, das ist die sichere Errungenschaft der Lösung des sozialen Problems.

Natürlich gibt es oft Umstände genug, die uns nicht glücklich sein lassen und die durch keine sozial-ökonomische Institution überwunden werden können; aber daß die Sicherstellung der Lebenshaltung jene Freiheit bedeutend verstärkt, steht außer allem Zweifel.

*

Es ist also, wie schon gesagt, nicht entfernt ein wissenschaftliches Werk, also auch kein volkswirtschaftlich-wissenschaftliches Werk, das hier vorliegt, sondern ein einfacher praktischer Vorschlag. Wem es um nationalökonomische Lektüre zu tun ist, muß sich daher anderswohin wenden, und seine Neugierde wird gewiß nicht unbelohnt bleiben; sind doch allein im Jahre 1906 nicht weniger als 8590 Bücher und 10848 Aufsätze „sozialwissenschaftlichen" Inhalts erschienen, und darunter waren die meisten Arbeiten sozialpolitischer Natur, nämlich 6134; über Wirtschaftspolitik erschienen 5830 und über theoretische (,,wissenschaftliche") Nationalökonomie 1692. Dabei ist in dieser Statistik die rein populäre Literatur nicht mit berücksichtigt.

Der deutsche „Verein für Sozialpolitik" allein hat bisher (1912) schon mehr als 138 Bände (Aufsätze und Verhandlungen) publiziert; es gibt also volkswirtschaftliche Wissenschaft in Hülle und Fülle.

Allerdings sieht es trotz all dieser enormen literarischen Fruchtbarkeit sowohl in der Welt der wirtschaftlichen Theoretiker als auch in der der Millionen wirtschaftender Menschen so aus wie in Auerbachs Keller, wo alle einander an der Nase ziehen!

❋

Es wird gut sein, wenn sich der Leser nicht zu sehr bemüht, Reminiszenzen seiner bisherigen Lektüre aufzustöbern und sich von Vergleichungen, von Klassifikationen, von Einschachtelungen meiner Arbeit, verwirren und beeinflussen zu lassen. Es handelt sich ja nur darum, daß der Leser dem dargebotenen Programm mit voller Sachlichkeit — der Wichtigkeit des Themas entsprechend — entgegenkomme, es zwar erwäge und beurteile, seine Aufmerksamkeit aber nicht durch literarhistorische Aufregung schwächen lasse. — Es wird übrigens schwer sein, die gebräuchlichen Klassifikationen auf mein Programm anzuwenden, um dasselbe womöglich einschachteln zu können.

Die vielleicht wichtigste Einteilung wirtschaftlicher Systeme ist wohl die in individualistische und sozialistische. Aber von meinem Programm kann man ausschließlich weder das eine noch das andere sagen. Individualistisch ist es nicht, weil es ja eine gesellschaftliche Produktion (und auch Verteilung) und zu diesem Zwecke eine eigene Zwangsinstitution verlangt; es kann aber auch nicht sozialistisch genannt werden, denn da käme sofort die Ein-

wendung, daß es ‹gleichzeitig› eine freie Privatwirtschaft wie die heutige zuläßt und sogar empfiehlt. Wen es aber dennoch drängt zu klassifizieren, der müßte daher mein Programm ein sozialistisch-individualistisches nennen, was sich allerdings nicht sehr gut ausnehmen würde. —

Auch mit den Kategorien der Geschichtsphilosophie ist bei mir nichts anzufangen. Denn ich sage nicht, daß sich die gesellschaftlichen Zustände bloß von selbst, von innen heraus, entwickeln, ich sage aber auch nicht, daß alles mit Absicht und Bewußtsein der Menschen geschieht.

Ich kümmere mich nicht um die Entscheidung darüber, ob die Causa oder das Telos in der Entwicklung der Menschheit maßgebend sind. Nicht entfernt mißachte oder unterschätze ich die relative Wichtigkeit aller dieser Probleme für die Geisteswissenschaften, also für Befriedigung des menschlichen Bedürfnisses nach vertiefter Einsicht in den Lauf der Geschichte.

Aber für das wichtigste aller Probleme, nämlich für das soziale, sind alle diese Probleme gleichgültig, sie können ihm nichts nützen, aber wohl durch Ablenkung von der Hauptsache infolge ihrer endlosen — und bisher noch immer nicht abgeschlossenen — Debatten die so dringende Arbeit an der Lösung desselben nur verzögern.

Und man muß bei Betrachtung meiner Lösung der großen Aufgabe wohl einsehen, daß, wenn sämtliche Nationalökonomen, Marx inbegriffen, wenn alle Rechtsphilosophen, alle Soziologen, Biologen, Rassenhygieniker, Moralisten und Theologen keine einzige Zeile geschrieben hätten, dennoch das soziale Problem nicht um ein Haar anders zu lösen gewesen wäre, als eben durch das hier gegebene Programm.

Keine der angeführten Disziplinen vermag aus sich heraus eine Lösung des sozialen Problems zu geben, sondern nur unter der Voraussetzung irgendeiner wirklichen, resp. vorgeschlagenen Lösung desselben sachliche Konsequenzen zu ziehen und auf Grund derselben ihr Urteil auszusprechen.

Diese Urteile fielen bisher meistens ungünstig aus, und dieselben beziehen sich durchaus nicht nur auf irgendwelches spezielle Programm, in dem man etwa Fehler oder unpraktische Vorschläge gefunden zu haben glaubt, sind also nicht als Einwendungen gegen einzelne Vorschläge wegen ihrer sachlichen Unvollkommenheit

anzusehen, sondern im Gegenteil, sie sind um so ernster gemeint, je vollkommener jene wären, je besser sie also ihren angestrebten Zweck erreichen würden. —

Mit Einwendungen gegen mein eigenes Programm, die etwa wegen sachlicher Unvollkommenheit, also aus ihm selbst heraus, erhoben werden könnten, resp. mit ihrer Widerlegung, werde ich mich erst nach Darstellung dieses Programms befassen, es wird das in den Kapiteln: „Widerlegung von Einwendungen . . ." und „Über kollektive Staatsbetriebe . . ." geschehen.

Hier soll, in Kürze, von den absprechenden Urteilen über jede als richtig vorausgesetzte Lösung der sozialen Frage gesprochen werden. —

Einige derselben sind allerdings bereits etwas veraltet. So z. B., wenn Moralisten es sehr bedauern, daß die Tugend der Wohltätigkeit verloren gehen müßte, und analog, wenn religiöse Menschen befürchten, daß sie um die Belohnung ihrer Wohltätigkeit im Jenseits gebracht würden.

Schon viel moderner aber ist die Besorgnis mancher Soziologen, daß infolge einer gründlichen Lösung des sozialen Problems die Gesellschaft „zu wenig differenziert würde".

Dagegen muß sofort die Frage aufgeworfen werden, ob denn heute unter den vielen ökonomisch ganz gesicherten Personen gar keine Differenzierung vorhanden sei? Ob man sie, weil sie alle keine Not leiden, etwa miteinander verwechsle? Ob sie gleiche Physiognomien, gleiche Charaktere, gleiche Talente, gleiche Neigungen, gleiche politische oder religiöse Ansichten besitzen?

Aber angenommen, nur eine recht große Zahl Notleidender würde jener Sehnsucht der Gesellschafts-Ästhetiker nach „Differenzierung" genügen, sollen wir deswegen Millionen und Millionen Menschen immerwährend dem Hunger oder der Sorge überantworten?

Man sieht, welcher unendliche Zynismus aus jener Einwendung gegen eine radikale Beseitigung der Not spricht. Das geringste, was jene Gesellschaftsästheten verdienen, die solche geradezu revoltierende Ansichten vertreten, wäre: sie — wenigstens für einige Zeit — aus ihrer mehr oder weniger gedeckten Stellung hinauszuwerfen und sie in eine tief proletarische hineinzuzwingen, mögen sie dann ihrerseits dazu beitragen, die Gesellschaft schärfer zu „differenzieren"! —

Diesen Ästheten sehr nahe verwandt sind jene Sozialpädagogen, die gegen die Beseitigung der wirtschaftlichen Kämpfe sprechen, weil Not und Kampf die „Spannkraft der Menschen erhöhen," und zu welchem Zwecke soll die Spannkraft erhöht werden? — Antwort: „Zur höheren Entwicklung der Rasse."

Da aber diese Erhöhung der Spannkraft doch gewiß niemals aufhören sollte, weil sonst die Entwicklung der Rasse unterbrochen würde, so folgt, daß die Menschen der jetzigen und aller zukünftigen Generationen hungern oder sorgen und sich plagen sollen, damit man sagen können soll: die Rasse entwickelt sich immer höher. Wenn aber die Höherentwicklung eine elende ökonomische Existenz der Menschen ‹von Millionen, von Tausenden, ja: nur von einem einzigen Menschen› zur Voraussetzung hat, so ist sie nicht anders wie Pest und permanenter Krieg zu bewerten. Das mögen die Gesellschaftspädagogen sich merken; sie dürften über ihren Gedanken wohl noch niemals als fühlende Wesen, sondern nur als Buchphilosophen nachgedacht haben.

*

Von da kommen wir aber geraden Weges zu einer allermodernsten Sorte von Sozialphilosophen: zu den Rassenhygienikern und einer gewissen Sorte von Rassenphilosophen und Soziologen.

Wir haben es in neuester Zeit mit einer geistigen Strömung zu tun, die vor noch kurzer Zeit gewiß niemand für möglich gehalten hätte, und deren Grundzug dahin geht, das Gefühl der Hochachtung vor jeder Individualexistenz immer mehr abzustumpfen und dieses Gefühl mit der Forcierung des Entwicklungsgedankens plausibel zu machen.

Es ist höchst betrübend, daß man bei Darlegung eines Programms zur Behebung der Not und Sorge der ungezählten Millionen überhaupt von einer solchen Strömung sprechen muß; wo es doch selbstverständlich sein sollte, daß jedem, besonders aber hochgebildeten und sonst gesitteten Männern, gar nichts anderes so wichtig erscheinen werde, wie die ökonomische Sicherung aller Menschen.

Und doch ist es so! Ich muß, wenn auch nur in kurzen Worten, von dieser neuen geistigen Krankheit, deren sich die Gesellschaft beinahe gar nicht bewußt ist, sprechen, denn sie scheint immer mehr geeignet, eine Gesundung unserer wirtschaftlichen Zu-

stände hintanzuhalten oder wenigstens zu verzögern. Ausgegangen von wenigen hohen Intelligenzen, angenommen von vielen mittelmäßigen, und immer weiter verbreitet, namentlich unter jüngeren Angehörigen der begüterten Mittelklassen, gewinnt die Parole stets zunehmenden Einfluß: „Keinen Schutz den Schwachen!"

Den Anfang machte — so viel ich weiß — Spencer in seinen „Einleitenden Studien zur Soziologie", namentlich mit folgenden Sätzen: „Die Beschaffenheit einer Gesellschaft in physischer Beziehung verschlechtert sich durch die künstliche Erhaltung der schwächsten ihrer Mitglieder," und „die moralische Qualität nimmt ebenso ab, wenn man jene künstlich erhält, die am wenigsten fähig sind, für sich selbst zu sorgen"; welche Grundgedanken er dann weiter ausführt.*

Dann kam Nietzsche, der sich geradezu gegen jeden Sozialismus wendet, weil unter der „Gleichmacherei" die Kulturentwicklung leiden müßte. Und nun ging es in raschem Tempo auf diesem Wege immer weiter abwärts.

*

Die Not der Millionen und Millionen Menschen läßt Nietzsche ungerührt, er mißachtet alle Bemühungen, ihnen zu helfen, und während die Arbeiterklasse — wie auch sonst alle ärmeren Leute — nichts anderes will, als ohne Not und Sorge leben und in bescheidenem Maße an den Vorteilen oder „Segnungen" der Kultur teilnehmen zu können, sagt er ⟨in „Menschliches, Allzumenschliches"⟩: „Der deutsche Sozialist sei eben deshalb am gefährlichsten, weil ihn keine bestimmte Not treibe" — woraus man schließen könnte, Nietzsche habe niemals ein Arbeiterleben beobachtet, niemals in das Hauswesen einer armen Familie hineingeblickt, oder gar: kein Mitgefühl für solche unglückliche Existenzen besessen und nichts von der sozialistischen Bewegung und Literatur, sondern nur Philologen, Schriftsteller und Musiker kennen gelernt. „Sein ⟨des Sozialisten⟩ Leiden sei, nicht zu wissen, was er wolle ⟨!⟩, so werde er, wenn er auch viel erreicht, doch noch im Genusse vor Begierde verschmachten." Und an anderer Stelle meint er: „Man betrachte ebenso die Zuviel- wie die Nichtsbesitzer als gemeingefährliche Wesen."

---

* Ich besprach Spencers Ansichten eingehend in meinem Werke „Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen" ⟨auf Seite 130 u. f. f.⟩.

In der „Götzendämmerung" heißt es: „Die Arbeiterfrage. Die Ursache aller Dummheiten liegt darin, daß es eine Arbeiterfrage gibt. Über gewisse Dinge fragt man nicht . . . Man hat den Arbeiter militärtüchtig gemacht, man hat ihm das Koalitionsrecht, das politische Stimmrecht gegeben. Was Wunder, wenn der Arbeiter seine Existenz heute bereits als Notstand, ‹moralisch ausgedrückt› als Unrecht empfindet. Aber was will man? Will man einen Zweck, so muß man auch die Mittel wollen. Will man Sklaven, so ist man ein Narr, wenn man sie zu Herren erzieht."

Die Herzlosigkeit Spencers gegenüber den schwachen Individuen macht bei weitem nicht den empörenden Eindruck wie jene Nietzsches, denn Spencer argumentiert aus einer leider übertriebenen soziologischen Grundansicht heraus, er bleibt dabei doch immer ein Sozialethiker. Nietzsche aber ist der Typus des aristokratischen Ästheten, er strebt für die Menschheit nichts anderes als einen heroischen Zustand an und hat kein anderes Gefühl als das eines talentierten Gymnasiasten, der die Schule verläßt voll von Begeisterung für Heldenmut und Kunst und zugehörige Noblesse. Und das eigentlich Traurige ist das, daß der ebenso herzlose Teil der Bourgeoisie sich ohne Besinnung den geistreichen, oft auch tiefen Aphorismen eines gewiß genialen ‹und als Privatmann überaus edlen› Menschen hingibt und nicht sieht, daß man es hier mit dem brutalsten Schriftsteller unserer, vielleicht aller Zeiten zu tun hat. Man hört noch lange nicht genug Empörungskundgebungen gegen diesen Ästheten. Man ist darüber entzückt, daß Nietzsche uns in seinem Zarathustra ein höchst originelles Buch gab, das — scheinbar — die Menschheit erhöht, aber doch in Wirklichkeit die große Mehrzahl der Menschen herabdrückt, und daß er über so vieles gesprochen und zum Denken angeregt hat — was alles, an sich genommen, gewiß nicht zu unterschätzen ist. Nur darum kümmert man sich nicht, daß das alles federleicht wiegt gegenüber der Korruption des moralischen Empfindens, die aus den Schriften Nietzsches in die Lebensauffassung der durch sie hypnotisierten Leser eindringt.

Es ist wohl nicht nötig, auf die Menschenverachtung hinzuweisen, die in dem Ausspruch Nietzsches liegt: „Ein Volk ist nur der Umschweif der Natur, um zu sechs, sieben großen Männern zu kommen." Oder in dem Satze: „Zum Wesen der Kultur gehört das Sklaventum." Bei Nietzsche treffen wir auch die heute unter

den Rassenhygienikern oder Rassenfanatikern schon ziemlich verbreitete Ansicht: „Das Mitleiden kreuzt im ganzen, großen das Gesetz der Entwicklung, welches das Gesetz der Selektion ist . . es erhält, was zum Untergang reif ist." Und so sehr ist Nietzsche die Darwinsche Selektionstheorie zu Kopf gestiegen, daß er behaupten konnte, „der Krieg und der Mut haben mehr große Dinge getan als die Nächstenliebe". Was doch nur dann zugegeben werden kann, wenn man die Kulturgeschichte nur vom Standpunkte des politischen Gewaltmenschen ansieht und sich nicht darum kümmert, daß die „großen Dinge" und der ganze ethische Fortschritt in der Geschichte darin bestehen, daß das einzelne Individuum in der Gesetzgebung des Staates und in den Sitten der Gesellschaft immer mehr und mehr beachtet, geachtet und berücksichtigt wird, worin eben auch die Forderung des Sozialismus besteht, den Nietzsche so sehr verachtet, weil „es sich sehr fragt, ob in jenen geordneten Zuständen, welche der Sozialismus fordert, ähnliche große Resultate der Menschheit sich ergeben können, wie die ungeordneten Zustände der Vergangenheit sie ergeben haben".

Wie man sieht, spricht Nietzsche immer von „groß", als ob es Zweck der Menschheit wäre, Material für hundertfach potenzierte Plutarchische Biographien zu liefern.

Und ganz direkt zeigt sich die klassisch unterarbeitete Brutalität Nietzsches, die vollständige Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben menschlicher Individuen in seiner Ansicht über den Krieg.

In dem oben zuerst genannten Werke heißt es: „Der Krieg unentbehrlich. Es ist eitel Schwärmerei des Schönseelentums, von der Menschheit noch viel ⟨oder gar: erst recht viel⟩ zu erwarten, wenn sie verlernt hat, Kriege zu führen. Einstweilen kennen wir keine anderen Mittel, wodurch matt werdenden Völkern jene rauhe Energie des Feldlagers, jener tiefe unpersönliche Haß, jene Mörderkaltblütigkeit mit gutem Gewissen . . . jene stolze Gleichgültigkeit gegen große Verluste, gegen das eigene Dasein und das der Befreundeten . . . ebenso stark und sicher mitgeteilt werden könnte, wie dies eben jeder große Krieg tut."

*

Ammon geht in seinem Werke „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen" so weit, daß er die absurde Behauptung nicht scheut: „Reichtum sei das unsichtbare Korrelat

des Intellekts" — worin ihm wohl jeder Wucherer und Erpresser gerne zustimmen wird — und überdies sagt: „Man soll die ärmeren Klassen vernichten . . . die Proletarier vom Stimmrecht ausschließen . . . Rassenverfolgungen preisen" usw. —

Die Rassenhygieniker opponieren immer heftiger jedem Schutz der Schwachen, weil ihre Erhaltung die Veredelung der Rasse durch „Ausmerzung" — ein Lieblingsausdruck der Rassenhygieniker, als ob es sich um Unkraut oder um schädliche Insekten und nicht um Menschen handeln würde — derselben verhindere. Es ist also damit nicht bloß gemeint, der Fortpflanzung von Individuen, die mit vererbbaren Krankheiten behaftet sind, entgegenzutreten, — was ja ganz richtig ist und in manchen Staaten schon gesetzlich verhindert wird — sondern die Erhaltung schwacher Individuen an sich durch ärztliche Kunst und Pflege wird perhorresziert. „Die künstliche Erhaltung schwächlicherer Individuen drückt die Durchschnittsgesundheit herab", sagt in warnendem Ton Ammon („Natürliche Auslese beim Menschen").

Preise werden ausgeschrieben für solche Themen wie: „Bringt materielles und soziales Aufsteigen den Familien Gefahren in rassenhygienischer Beziehung?" Womit deutlich ausgedrückt wird, daß das materielle und soziale Aufsteigen keinesfalls die oberste Forderung sein darf, sondern daß man zweifeln muß, ob man dafür eintreten soll, falls rassenhygienische Gefahren eintreten. Ja, diese um die Veredlung der Menschheit so besorgten Barbaren stellen schon Rechnungen darüber an, was die Erhaltung der Schwachen und Kranken — die bei ihnen die „schlechten" Rassenelemente heißen — uns, d. h. die Gesellschaft, kostet!

Wo es sich um die Erhaltung menschlicher Existenzen handelt, fangen sie an, zu kalkulieren! Als ob es sich um die Wirtschaftsrechnung in einem Viehhof handeln würde!

Wenn man in einer Familie ein krankes Glied derselben betreuen und pflegen soll, und man rechnet nach, was das kostet, so gilt das als der Gipfel der Gemeinheit. Aber wenn es die Mitglieder der menschlichen Gesellschaft betrifft, beginnen die Veredlungsfanatiker zu rechnen und nehmen dabei noch die Positur der Menschheitsfreunde an.

Und wenn die Rechnung ergeben sollte, daß die Kosten groß sind, was dann? Vielleicht müssen wir dann die Krankenhäuser demolieren? Wehe den Kranken! Wehe den Schwachen! Wehe

den Armen! Ihnen darf kein Pardon gegeben werden, denn es ist angeblich die Wissenschaft, die sie verdammt! —

Welche Wissenschaft? — Nun: die Naturwissenschaft! Denn man hat Darwin studiert und die Sozialdarwinisten können allerdings darauf hinweisen, daß es in der „Natur," bei Tieren wie bei Pflanzen, keine Spitäler, keine Armenhäuser und keine Sozialversicherungen gibt! —

So absurd diese ganze Richtung manchem auch scheinen mag, so brutal sie von jedem ethischen Menschen auch gefunden werden muß, so ist doch wenig Hoffnung, sie durch bloße Gegenargumente siegreich zu bekämpfen. Denn es ist ein Zug gewisser Klassen und gewisser Intelligenzen unserer Zeit, die Gattung über das Individuum zu stellen, den Staat oder die Nationalität über den Staatsbürger oder den Nationsgenossen, kurz: Die Abstraktion über die Realität zu erheben. Es wird ausdrücklich folgendes Prinzip aufgestellt:

„Das Bestreben, die Gattung gesund zu erhalten und ihre Anlagen zu vervollkommnen, muß das herrschende Prinzip bleiben, und die Individualhygiene samt ihren sozialen und politischen Ausläufern muß sich unterordnen, sobald sie dies Prinzip ernstlich gefährdet." ⟨Plötz, „Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen," S. 13.⟩

„Andere soziale Hilfseinrichtungen . . . . bedeuten . . . . eine schädliche* Aufhebung des Kampfes ums Dasein in Bezug auf mancherlei, meist wirtschaftliche Fähigkeiten. Kranken-, Alters-, Unfall-, Arbeitslosen-Versicherung, der ganze sogenannte Schutz der wirtschaftlich Schwachen, sind in stets wachsender Organisation begriffen und verfolgen bewußt den Zweck, den Kampf ums Dasein einzuschränken." ⟨Plötz, S. 188.⟩

Ein Gipfelpunkt rassenhygienischer Brutalität ist jedoch der jetzt folgende Gedanke: „Wäre es richtig, daß hauptsächlich sittlich schwache Personen dem Alkoholismus zum Opfer fallen, sittlich widerstandskräftige, besonnene Naturen aber bis auf Ausnahmen verschont blieben, dann würde der Rassenhygieniker sans phrase keinen Grund haben, sich für die nordische Temperenzbewegung zu erwärmen, die ja nur die Ausjätung der Schwachen hindern würde."* ⟨Plötz, S. 190.⟩

---

* Von mir unterstrichen.

Wenn aber der Rassenhygieniker schon das Gift des Branntweins zur „Ausjätung" schwacher Menschen ganz gerne benutzen möchte, so ist ja gar kein Grund vorhanden, diese Methode nicht auch systematisch auszubauen. Man könnte ja z. B. allen Menschen im Kindheitsalter irgendein beliebiges Gift einimpfen — denn warum erst warten, bis der und jener in die Branntweinschenke oder in die Bar geht? — und ruhig abwarten, welche Individuen widerstandskräftig genug sind, um das Gift zu ertragen. Die Überlebenden wären dann die brauchbaren Elemente einer höher gefestigten Generation, und bei konsequenter Anwendung dieser Selektionsmethode — durch deren Erfindung wir sogar die „allweise" Natur beschämen würden — hätten wir die Höherentwicklung unserer Rasse ohne Zweifel gesichert. Es steht auch nichts im Wege, diese Prozedur öfter anzuwenden, z. B. im 5., im 15., im 30. Lebensjahr, um die Auslese noch gründlicher durchzuführen.

Man könnte noch mehr tun. So z. B. den Menschen das Ernähren immer schwieriger machen, den Getreideanbau von Staats wegen reduzieren, ärztliche Hilfe nur gegen sehr hohe Taxen erlauben usw. usw. Dann können wir uns wohl getrost der Hoffnung hingeben, uns bald auf den „Übermenschen" hinaufzuzüchten?

*

Ein Gesinnungsgenosse von Plötz, wenn es sich, wenigstens in Gedanken, um das „Ausjäten" ⟨von Menschen⟩ handelt, ist auch Wilhelm Schallmayer. In seinem Werke „Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker" ⟨1. Aufl.⟩ klagt er: „Der Gedanke an Selektion liegt der Mehrzahl unserer Gebildeten, die Mediziner leider nicht ausgenommen, noch allzufern," und dementsprechend ⟨auf S. 204⟩ meint er bezüglich Chinas: „Wie die Naturwissenschaften überhaupt, ist auch die Medizin auf ziemlich tiefer Stufe stehen geblieben. Das hatte allerdings auch eine gute ⟨!⟩ Seite, sie konnte nicht in solchem Grade wie bei uns hemmend in die natürliche Auslese eingreifen."

Das sind furchtbare Worte!

Es ist zwar nicht die Meinung Schallmayers oder Plötz', im Sinne dieser eben angeführten Aussprüche, positive, also brutale Vorschläge zu machen, sie gehen nicht so weit wie ihr Führer Spencer, der die Schwachen verkommen lassen will. Denn Schallmayer meint: „Das Abtöten nicht gewünschter Varietäten ist beim

Menschen, wenn man von der Todesstrafe für gewisse Verbrechen absieht, allerdings ausgeschlossen," und Plötz sagt ausdrücklich, das „humane Ideal möchte eben alle und jede schmerzhafte Ausjäte schmerzempfindender Menschen möglichst verhindern", und er schlägt daher, wie das auch Schallmayer tut, die Galtonsche Eugenik als eine Art Gegenmittel gegen die ‹vermeintlich› schädlichen Wirkungen der Humanität vor, d. h. das Bestreben, die Erzeugung schlechter Varianten so sehr als möglich zu verhindern und auf direkte Verbesserung des Nachwuchses hinzuwirken.

Trotzdem wirken solche Ansichten, wie die eben zitierten von Plötz und Schallmayer in hohem Grade demoralisierend. Die ganze Art, Individualhygiene und -Fürsorge überhaupt als antiselektorisch, als etwas Schädliches, Nichtseinsollendes hinzustellen, und gar: über eine niedrige Stufe der Medizin sich zu freuen, muß allmählich eine Verrohung der Gebildeten, und dann auch der Nichtgebildeten, herbeiführen; wo doch ohnedies so viele Arbeit der edelsten Geister nötig war, um in den Menschen den Sinn für Humanität, wenigstens in geringem Grade, zu erwecken!

*

Wenn nur dieser ganze rassenhygienische Fanatismus auch nur im allergeringsten berechtigt wäre!

Was wollen diese Kannibalen der Intelligenz eigentlich?

Wenn wir den Menschen Not und Sorge abnehmen, so werden viele Krankheiten ganz verhütet, viele durch solche humanitäre Institutionen und ärztliche Hilfe geheilt oder weniger gefährlich gemacht, das Nervenleben wird geschont, das physische Gesamtbefinden gestärkt. Durch Fortentwicklung unserer allgemein hygienischen Maßnahmen für Gesundung und Kräftigung der nächsten Generationen, z. B. durch Verhinderung der Heiraten ‹oder der Fortpflanzung überhaupt› von Individuen mit vererblichen Krankheiten, eventuell auch durch Maßregeln der Eugenik — wenn sie nur nicht auf Kosten primärer Lebensanforderungen getroffen und auch nicht ins Närrische getrieben werden — kann ja alles erreicht werden, was die Rassenhygieniker anstreben; mit dem wichtigen Unterschiede jedoch, daß wir noch durch Mitwirkung geistiger Potenzen nicht nur die Gattung immer höher entwickeln, sondern auch den einzelnen Individuen ihr Leben verschönen.

Was kann man mehr verlangen? —

Es erheben sich daher in jüngster Zeit bereits mehrfach Proteste gegen jene Rassenhygieniker, die das „Schreckgespenst der Entartung in grellen Farben ausmalen und den unrettbaren Niedergang prophezeien, wenn wir nicht mit beiden Händen nach den von ihnen empfohlenen rettenden Mitteln greifen, die gewöhnlich nicht wenig radikal sind". So macht Karl Pearson mit Recht darauf aufmerksam, wie einseitig die Eugeniker vorgehen, wenn sie nur die Gebrechen unserer Kultur in Betracht ziehen, und nur von den Sünden der Väter sprechen, die die Nachkommen heimsuchen, nicht aber auch von ihren Tugenden. Und Fehlinger hebt die Faktoren progressiver biologischer Entwicklung der Menschen in der modernen Kultur hervor. Gegenüber der Theorie, daß durch verheerende Epidemien eine nützliche Auslese der kräftigen Konstitutionen bewirkt werde, sagt er, es sei ein Irrtum, anzunehmen, die sanitäre Erbkonstitution wäre bei Völkern, unter denen Pocken, Cholera und Pest wüten, besser als bei den europäischen Kulturvölkern, die von solchen Epidemien zumeist verschont sind, und er bezieht sich hierbei auf die Bevölkerung Indiens und der Philippinen.

Auch der Hygieniker Professor Max Gruber kommt zu dem Resultat, daß bis jetzt keine schlechte Wirkung der Hygiene auf die vererbliche Konstitution zu erkennen ist, wenn man Völker, Klassen und Stände, die unter ungleichen hygienischen Bedingungen leben, miteinander vergleicht. „Vielmehr scheinen die Tatsachen für das Gegenteil zu sprechen." (Umschau Nr. 38 d. J. 1909.)

Und man kann auch sagen, daß das ökonomische Elend, das die Rassenhygieniker als so wohltätig für eine Auslese der Tüchtigen ausgeben, gerade umgekehrt die Veranlassung zu allerlei Krankheiten und zur Schwächlichkeit der großen Massen wird. So lange schon existiert das wirtschaftliche Elend, da sollten doch schon längst lauter tüchtige, gesunde Menschen ausgelost und alle Untüchtigen „ausgemerzt" worden sein! Aber das gerade Gegenteil findet statt, schon die einzige Tatsache der „Proletarierkrankheit" beweist das in furchtbarer Deutlichkeit. — —

Aber es ist ja auch keine Forderung der Vernunft, die jene Rassenhygieniker und Soziologen so rücksichtslos machen. Es ist eine Zeitstimmung, die man genau so ansehen und beurteilen

muß, wie den seinerzeitigen Hexenglauben,* erklären kann man sie schwer. Noch so große geistige Begabung schützt vor solchen geistigen Epidemien nicht, glaubte doch sogar der große französische Staatsmann und Gelehrte Jean Bodin an Hexerei, und so darf es uns auch nicht wundernehmen, hochbegabte Männer wie Spencer und Nietzsche — der noch dazu einer der edelsten Charaktere unserer Zeit war — die größte Lieblosigkeit und Mißachtung gegenüber menschlichen Existenzen predigen zu hören.

*

Ganz entsprechend dieser Art zu denken, brachte unsere Zeit auch eine eigene Art beinahe trotziger Opposition gegen alles, was nach Humanität aussieht, hervor, ohne daß irgendwelche vernünftige Gründe dazu vorliegen. Man kann sagen: Roheit ist Trumpf.

Der ganzen Menschheit Sympathie entgegenzubringen, wofür z. B. Schiller so begeistert sprach, ist für manchen Rassenhygieniker ein überwundener Standpunkt. Ihm ist die Hygiene der gesamten menschlichen Gattung „zusammenfallend mit derjenigen der arischen Rasse", und der Patriotismus und die Liebe zur Menschheit sind meist nichts weiter als „die Liebe zu ihrem arischen Teil". So schrieb es der Rassenbiologe Plötz.

Anders allerdings dachte Goethe, der sagte, eine jede Gesellschaft sei ihm zuwider, die kleiner ist als die ganze Menschheit, und so auch Konfuzius, der den Satz aussprach: „Für den wahrhaft Gebildeten gibt es keinen Unterschied der Rasse."**

Selbst in die Auffassung der Strafe, die für den Grad der

---

* Wie das Freiburger Kirchenlexikon zeigt, hält übrigens die katholische Kirche heute noch am Hexenglauben fest.

** Es ist niemandem ein Vorwurf darüber zu machen, daß er seine eigene Nationalität oder Rasse oder sein Vaterland mit größerer Wärme und Sympathie liebt als irgendwelche anderen oder als die ganze Menschheit, man findet es auch nicht tadelnswert, wenn jemand seiner eigenen Familie mehr anhängt als irgendeiner anderen. Während aber selbst der größte Fanatiker des Familiensinns darum doch die anderen Familien nicht haßt oder verachtet, ist in unserer Zeit die Liebe zu seiner Nation oder Rasse mit prinzipiellem Haß gegen andere Nationen oder Rassen und mit größter Verachtung des Kosmopolitismus, wie ihn Konfuzius und Goethe repräsentieren, verbunden. Auch Alexander der Große sagte: „Die ganze Welt ist mir wie eine einzige Stadt." Aber was sind Konfuzius, Alexander oder Goethe gegen solche Männer wie Plötz, Ammon, H. St. Chamberlain usw.!

Achtung vor menschlichen Wesen charakteristisch ist, wirft diese Zeitströmung ihre schmutzigen Wellen. Ein Sozialdarwinist ⟨W. Schallmayer⟩ meint, Gewohnheitsdiebe solle man ganz einfach aufhängen.

Hingegen sagte schon vor 400 Jahren Thomas Morus in der „Utopia": „Ich lebe der tiefen Überzeugung, daß es ungerecht ist, einen Menschen zu töten, weil er Geld entwendet hat." Allerdings wußte Morus noch nichts von Biologie und Sozial-Darwinismus!

Und in der Frage nach Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe begegnen wir bei den an der Spitze der Intelligenz der ⟨deutschen⟩ Nation stehenden Gelehrten einer geradezu mittelalterlichen Auffassung. —

Bei einer vor kurzem veranstalteten Umfrage erklärten sich nicht weniger als 26 deutsche Universitätsprofessoren und Gelehrte ⟨darunter 24 Geheimräte⟩ für die Beibehaltung der Todesstrafe.

*

Nach einer Zeit, in der man körperliche Tätigkeit in sanitärer Beziehung zu sehr vernachlässigt hatte, kam man — richtigerweise — dazu, solche Übungen für jung und alt einzuführen und immer forcierter zu kultivieren, bis man daraus die Kultur aller Arten von Sport machte und endlich direkte Brutalität gegen Menschen als Zeichen von Männlichkeit, von Gesundung der Lebensanschauung zu rühmen begann. Zur Rechtfertigung, ja zur Verklärung dieser Roheiten wird heute immer lauter der Patriotismus vorgeschützt, so wie in früheren Zeiten der Trieb zur Grausamkeit als religiöser Eifer ausgegeben wurde und sich in dieser Verhüllung in aller Gewissensruhe Luft machte. Und so gilt heute mehr denn je das Wort Johnsons: „Die letzte Zuflucht der Schurken ist der Patriotismus,"* wobei man statt Patriotismus auch Nationalismus oder Rassenfanatismus einsetzen kann. Und das gilt auch von den Vertretern intelligentester Berufe. Sogar unter den deutschen Gelehrten, die an solcher Verwilderung früher nie teilgenommen hatten, gibt es heute nicht wenige sogenannte „Energie-Professoren". Ein Vlame, der Dichter des „blauen Vogels", ein Liebhaber mystischer Gefühle, schreibt einen Hymnus auf das — Boxen und

* Womit natürlich nicht gesagt sein soll, jeder Patriot sei ein Schurke.

Duellieren, und geistreiche französische Schriftsteller schwelgen in Phantasien der unerhörten Grausamkeiten, die die Franzosen in einem Kriege gegen Deutschland verüben sollten.*

*

Faßt man alles Gesagte zusammen, so hat man eine Vorstellung von dem, was ich unter der brutalen Zeitströmung großer Kreise in den obersten Schichten unserer heutigen Gesellschaft verstehe, und was man von ihnen zu erwarten hat, wenn es sich um radikale sozialistische Reformversuche handeln wird. Ist nun Hoffnung vorhanden, daß jene Zeitströmung überwunden werden kann? Durch Argumente, wie ich schon sagte, nicht, denn der Egoismus und die Rücksichtslosigkeit bevorzugter Klassen werden durch schöne Gefühle nicht widerlegt, und die in wissenschaftlicher Verranntheit verfaßten Schriften der Rassenhygieniker und -Fanatiker imponieren den Lesern, besonders jenen, die schon unbewußt in dieser Zeitströmung stecken. Aber zum Glück sind es nur die sogenannten obersten Schichten der Gesellschaft, die diese Strömung zu beleben suchen. Die unteren, ungelehrten Schichten sind frei davon.

Man kann es daher ruhig der Zukunft überlassen, was die Millionen Menschen, die von Sorge um das tägliche Brot gequält werden, sagen werden, und ob sie es werden vorziehen wollen, für alle Zeiten, etwa der Erhaltung und Veredlung der „Erbwerte" zuliebe, weiter zu leiden, damit die Züchtung der Rasse besser vor sich gehen könne, oder: ob sie mit der Höherentwicklung derselben — wie es sich von selbst versteht — zwar ganz einverstanden sein wollen, aber nicht auf Kosten der fundamentalen Bedürfnisse lebender Individuen.

Aber aus dem, was soeben über die eigentümliche inhumane, ja brutale Zeitströmung innerhalb der Gelehrten- und Schriftstellerwelt mitgeteilt wurde, ist zu ersehen, daß trotz aller Fortschritte in praktischer, d. i. gesetzgeberischer Beziehung, der Sozialismus dennoch auf große, jetzt noch kaum übersehbare Widerstände stoßen dürfte, wenn es sich einmal um ernstliche wirtschaftliche Reformen handeln wird.

*

* Dies wurde lange vor dem Weltkriege geschrieben.

Nachdem wir nunmehr die neuen Feinde des Sozialismus im naturwissenschaftlichen Gewande kennen gelernt haben, stehen wir aber doch noch vor der anderen Frage: Welches sind jene Hindernisse und Widerstände gegen die Annahme eines radikalen sozialen Programms, die der Alltag hervorbringt, die also nicht mit Naturwissenschaft kokettieren?

Vor allem, wie selbstverständlich: entgegenstehende Interessen.

Sodann die intellektuelle Trägheit der Menschen, namentlich der großen Massen; sie finden sich schwer in neue Gesichtspunkte oder Gesellschaftskonstruktionen hinein. Weiters die moralische Trägheit der großen Masse, die sich in der Unbeweglichkeit gegen neue hohe ethische Empfindungen dokumentiert, selbst dann, wenn diese Empfindungen ihr von größtem Nutzen ist.

Und endlich kommt als Hauptblock: der geistige Hochmut und die bis zur Herzensverhärtung führende Störrigkeit der Gelehrten und Belesenen. Und diese Tatsache hat sich bisher wohl noch in keinem Gebiete so deutlich erwiesen, wie in dem der sozialen Ökonomie und der sozialistischen Bestrebungen aller Art. Das gilt, überraschenderweise, sogar von einer Schule, die die freiesten und stärksten Intelligenzen unter allen besitzt, nämlich von der marxistischen.

Es ist wohl traurig, aber andererseits interessant, ja: nicht wenig heiter, zu beobachten, wie beim Auftauchen irgendeines von Marx' Lehren unabhängigen Gedankens die meisten Marxisten ihn entweder ignorieren oder, meistens, ohne in den Gegenstand einzugehen, à la Kyselak immer von neuem schreiben: „Der Autor weicht leider von Marx ab," oder: „er kennt Marx gar nicht," oder: „er versteht Marx nicht". Auf diese Weise verschließen sich sonst sehr ernste und selbst hochgebildete Männer jedem Fortschritt, weil sie sich in ihrem Autoritätsglauben den Marxschen Ideen ebenso blindlings unterwerfen, wie die katholischen Theologen der Summa des Thomas von Aquino. Und in der Kultivierung echt scholastischer Spitzfindigkeiten stehen die ‹strengen› Marxisten, wie ja allgemein bekannt, dem Aquinaten und seinen Nachfolgern auch durchaus nicht nach. — Es ist schwer, den Menschen zu helfen, sie selbst sind ihre beharrlichsten Feinde!

*

Unzählig sind die Probleme und Fragen, mit denen sich unsere geistigen Arbeiter beschäftigen, und der bei weitem größte Teil ihrer Studien zielt bewußt oder unbewußt, soweit diese eine Nutzanwendung zulassen, dahin, die Zustände der menschlichen Gesellschaft immer besser zu verstehen, um sie immer mehr verbessern zu können.

Während ich hier das Problem der sozialen Frage von allen nichtzugehörigen Fragen freihalte und weder die Frauenfrage, noch die sexuelle Frage, noch irgendwelche philosophischen oder naturwissenschaftlichen Probleme mit behandle, mich ebensowenig um Feststellung einer „sozialistischen Weltanschauung" kümmere, — weil von diesem allen die Menschen nicht satt werden können — und ich daher solche Aufgaben anderen zur Lösung überlasse, überschwemmen die Vertreter dieser zahlreichen Studien das Feld der sozialistischen Diskussion mit ihr fremden Betrachtungen, die überdies ganz unreif sind und endlosen Streitigkeiten unterliegen. —

Aber alle die Millionen hungernder oder von Sorgen um ihre Ernährung bedrückter Menschen, sowie alle ihre Freunde, verlieren schon die Geduld.

Um ein brauchbares soziales Programm aufzustellen, also: um die Menschen ökonomisch zu sichern, benötigen wir weder Nationalökonomik, mit oder ohne Psychologie, mit oder ohne Mathematik, noch Biologie, noch Psychologie, und auch keine Wirtschaftsgeschichte und keine Rechtsphilosophie.

Nichts nützen uns die endlosen volkswirtschaftlichen Diskussionen über: Wert, Preis, Mehrwert, Grundrente, Geldumlauf, Marktkrisen, gerechten Arbeitslohn, Grenznutzen und dergleichen.

Oder über: „Verteilung des Einkommens nach dem Verdienst" und die „Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft", über die: „theoretische Erfassung der Konsequenzen, die durch Koalitionen erzwungene Lohnerhöhungen haben" und „soziale Lohnpolitik", über „Mittelstandspolitik", über die Art, den Begriff „Sozialpolitik in wissenschaftlich befriedigender Weise zu umgrenzen".

Wir können verzichten auf „sorgfältig ausgeführte Materialsammlungen und große langwierige Beobachtungsreihen", um „wissenschaftliche Gesetze" zu finden.

Ebenso verzichten wir auf die Untersuchungen: über die

„Entstehung und Berechtigung des Eigentums", über „das Wesen der historischen, langsamen, sukzessiven Umbildungen des sich abspielenden historischen Entwicklungsgesetzes", über den „hohen Stand des Historikers", über die „Versöhnung der aristokratischen Stellung der Mächtigen und Reichen mit der demokratischen der Massen," über den „Prozeß der gesellschaftlichen Differenzierung", über die „wirklichen Ursachen menschlicher Ungleichheit".

Es wird uns nicht von unseren Sorgen befreien, wenn wir sicher wissen werden, ob die Menschheit von einem Paare oder von einer „ursprünglichen Vielheit menschlicher Gruppen" abstammt. Ob in der primitiven Horde das Mutterrecht oder das Vaterrecht herrschte. Ob „der Mensch es ist, der denkt", oder ob „die soziale Gemeinschaft die Quelle seines Denkens" ist. Lauter sehr interessante Fragen, und wir achten alle Bemühungen, sie zu beantworten, aber wir bitten, aus diesen Studien keine Konsequenzen für die Verbesserung unserer ökonomischen Situation ziehen zu wollen, denn sie haben damit gar keinen Zusammenhang und lenken nur die Aufmerksamkeit von unendlich wichtigeren Dingen ab.

Wir sind auch vorderhand nicht allzu sehr darauf versessen, die Resultate der Studien über „Entwicklung des Staats, des Rechts, der Sitten und der Sittlichkeit", oder über die „allgemeine Theorie über Staat, Recht und Volkswirtschaft", „Fortschritt", „Erziehung der notleidenden Klassen zu anderen inneren Menschen" abzuwarten.

Auch die Betrachtungen über den „Fortschritt" sind uns heute noch nicht gar so nötig, wie auch jene über die „Kulturziele", oder über „das Wesen der Gesellschaft", oder über den „letzten Zweck der Gesellschaft"; und schon gar nicht dringend erscheinen uns nähere Mitteilungen über das „Weltgeschehen"!

Und ebenso noch hundert andere derlei kostbare Dinge.

▪

Es geht aber jetzt in Anbetracht des Vorhandenseins der noch ungelösten, so unendlich wichtigen Magenfrage und andererseits der unzähligen anderen Probleme und Problemchen so zu, wie seinerzeit in Byzanz, als der Feind vor den Toren stand und in der Stadt die Parteien über Dogmen der Theologie herumstritten.

Unsere wirtschaftlichen Zustände.

Wenn man die statistischen Publikationen aus dem Gebiete der Volkswirtschaft verfolgt, so findet man mitunter Zahlenzusammenstellungen, die beweisen sollen, daß heute „der Arbeiter" — und man spricht fast immer nur von den Arbeitern, weil sie sich am kräftigsten gegen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wehren und man sie daher am meisten fürchtet, — viel behaglicher lebt als z. B. vor fünfzig Jahren. Dieses Resultat wird dann gerne benutzt, um das Tempo der sozialreformatorischen Agitation in Theorie und Praxis zu verlangsamen, als ob es sich darum handeln würde, das Gewissen der Gesellschaft einzuschläfern oder zu beruhigen, und nicht darum: so rasch als möglich jeden Menschen von Not und Sorge zu befreien, — unabhängig davon, ob eine noch so große Zahl von „Arbeitern" besser lebt als vor fünfzig Jahren oder nicht.

Fast scheint es, daß solche statistische Publikationen viele in den Traum wiegen, es gebe keine Not oder Sorge mehr, vielleicht nur hier und da, ganz ausnahmsweise. Bei den Arbeitslosen gibt man es zu, daß sie Not leiden, denn sie marschieren mitunter zu Hunderten und zu Tausenden durch die Straßen, man sieht und man hört sie. Bei den Bettelleuten gibt man es ebenfalls zu, denn die drängen sich einem, mitunter in sehr unangenehmer Weise, auf. Glaubt man aber etwa, wie manche Dichter es noch immer glauben, daß man erst wirksame sozialistische Gedichte, Romane oder Dramen schreiben müsse, damit die Welt sehe, wie es in ihr zugeht?

Das ist in der Tat ganz überflüssig. Die Indizien der elenden ökonomischen Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft liegen offen zutage und machen alle statistischen Untersuchungen überflüssig, man muß sich nur nicht blind stellen. Da sind also zuerst die Bettler und die Arbeitslosen, diejenigen, die Armenunterstützungen

genießen; die Verbrecher aus Not; das sichtbare Elend ganzer Stadtviertel in den großen Städten; das bekümmerte und sorgenvolle Leben, das man bei einiger Aufmerksamkeit in einem großen Teile des Mittelstandes, namentlich des kleineren, bemerken kann, der selbst bei normalem Geschäftsgang sich stets unsicher fühlt; das Unheil, das durch Privatkrisen, bei Armen wie bei Reichen, hervorgerufen wird; die zahllosen Züge von Gemeinheit und Schmutzerei, die man für nötig hält, ja, die leider oft wirklich nötig sind, um ökonomisch vorwärts zu kommen; usw.

Wenn man je von einem Zuchthausstaat sprechen kann, so kann man das vom heutigen Staat — in ökonomischer Beziehung — mit Recht sagen; denn die meisten Menschen stehen heute unter der Zuchtrute des Hungers und der Sorge.

Und dabei muß man noch bedenken, daß es auf die Zahl dieser Personen gar nicht ankommt, sondern daß ein einziger Fall, in dem ein Mensch vor Hunger zugrunde geht, genügt, um die Nichtswürdigkeit eines ganzen Gesellschaftszustandes zu beweisen.

*

Lassen wir aber den „einzigen Fall" beiseite, denn bei der heutigen Beschaffenheit unserer Gesinnungen gilt er so viel wie nichts, und auch Hunderte und auch Tausende solcher Fälle gelten noch immer nichts. Sehen wir also die Zustände der großen Massen an und beginnen sogleich mit dem technisch-industriell und kommerziell am weitesten fortgeschrittenen Lande: mit Nordamerika.

Da haben wir zuvörderst die Tatsache, die zwar noch nicht so sehr erschütternd wirkt, aber an sich schlimm genug ist: daß schon im Jahre 1893 ungefähr ein Prozent der Bevölkerung mehr als 71 Prozent des gesamten Nationalvermögens besaß, und daß auf die gesamte Arbeiterklasse sowie auf die Leute, die um fixen Gehalt arbeiten, ungefähr vier Prozent entfielen. Aber furchtbar wird der Eindruck, wenn man ‹z. B. aus dem Werk von Robert Hunter› erfährt, daß die Zahl derjenigen, die in Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht das Nötigste haben, in den Vereinigten Staaten auf zehn Millionen in Zeiten durchschnittlicher Prosperität zu veranschlagen sei und daß darunter nicht weniger als vier Millionen öffentliche Arme sind. Nach amtlicher Ermittlung empfingen im Jahre 1897 in Newyork allein über zwei Millionen Menschen Armenunterstützung.

Nach Angaben des Dr. E. Schultze (in der Z. f. d. Armenwesen, d. J. 1909) wurde in Chicago festgestellt, daß in dieser Stadt 5000 Schulkinder regelmäßig hungrig zur Schule kommen und daß weitere 10 000 schlecht ernährt sind.

Eine nicht minder deutliche Sprache spricht folgende Tatsache: Vor kurzem wurde in Brooklyn eine regelrechte Versteigerung von Menschen angekündigt, in der dreihundert Erwerbslose sich zu jedem annehmbaren Preise auf eine längere Zeit als freiwillige Sklaven verkaufen wollten, bereit, jede Arbeit zu verrichten und als Lohn im wesentlichen nur Nahrung, Kleidung und eine Schlafstätte zu fordern. Ein Katalog ist ausgearbeitet, in dem Namen nicht genannt werden, und die „Versteigerungsobjekte" werden während der Auktion ihr Gesicht in Masken verhüllt haben! —

Und zu diesen Tatsachen sei noch auf zwei Arten von Beschönigungen der dortigen wirtschaftlichen Zustände aufmerksam gemacht, denen man so oft begegnet. Man sagt, daß die Arbeitslöhne in Nordamerika, und zwar infolge der gewerkschaftlichen Bemühungen, nicht unbeträchtlich gestiegen seien. Das ist wohl richtig, aber — wie das Bulletin of labor mitteilt — sind die Preise fast in dem gleichen Verhältnisse gestiegen, so „daß das Resultat kaum eine Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen ist". Man erkennt hier wiederum, welche Sisyphusarbeit alle heutigen Bemühungen um Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse darstellen. Denn welche langwierige vorbereitende Arbeit kostet es den Gewerkschaften überhaupt, eine Lohnerhöhung durchzusetzen, und mit welcher relativen Leichtigkeit wird ihnen seitens der Lieferanten von notwendigen Lebensartikeln ein Strich durch die Rechnung gemacht! Beinahe ohne Verabredung, oder auch mit Verabredung einiger weniger Verkäufer können die Preise erhöht werden, und der Kampf geht dann von neuem an. —

Im Sommer des Jahres 1912 wurden mehrseitig Enqueten organisiert, um über die Ursachen und die Abhilfe der Teuerung zu beraten; auch die Einsetzung einer internationalen Kommission, und zwar speziell zur Untersuchung der Lebenskosten, wurde beabsichtigt, und in den Vereinigten Staaten Nordamerikas soll gerade dieses Problem von einigen sehr einflußreichen Politikern in Angriff genommen werden, welche „die hohen Kosten der Lebensführung für die brennendste Frage des Tages ansehen".

Es ist gewiß, daß alle diese Beratungen nur endlose Polemiken

zwischen den an der Teuerung als schuldig Befundenen zur Folge haben werden und positive Vorschläge, die diesem Übelstande wirklich abzuhelfen imstande wären, können — wie aus allen in diesem Werke gegebenen Aufklärungen über den Charakter unseres heutigen Wirtschaftssystems einleuchten muß — schon gar nicht erwartet werden.

Und dabei erleben wir in allen Ländern das tragi-komische Schauspiel, daß bei einer — wie z. B. jetzt — herrschenden Teuerung der Lebensmittel niemand feststellen kann, was und namentlich wer an ihr die Schuld trägt. Bald soll es der Nahrungsmittelwucher der Agrarier oder auch der Zwischenhändler sein, bald sind es die Spekulanten, bald die Forderungen erhöhter Löhne seitens der Arbeiter oder die Verkürzung ihrer Arbeitszeit, bald die schlechte Organisation unsererer Märkte, bald die lokale Entwertung des Geldes, und nach der Meinung englischer Nationalökonomen soll die größere Goldausbeute ‹in Südafrika› die Waren teurer machen.

Die letztere Begründung, wenn sie richtig ist, wäre aber in der Tat ein einzigartiger Beweis dafür, was für eine verdammenswerte Institution ein Wirtschaftssystem ist, in welchem nicht jedes einzelne Individuum in seiner Lebenshaltung vollkommen gesichert ist.

Der Nationalökonom „von Fach" mag sich freuen, einen solchen Zusammenhang — der übrigens schon seit langen Zeiten und öfters ins Feld geführt wurde — aufgefunden, resp. auf die gegenwärtige Teuerung angewendet zu haben. Ist das aber ein noch weiter zu ertragender Zustand, daß hunderttausende Menschen in Europa sich nicht sollen genügend ernähren können, weil — in Südafrika die Goldausbeute größer geworden ist?! —

Ein anderer Punkt ist der, daß die Rücksichtslosigkeit der mächtigen amerikanischen Unternehmer, welche Tausende kleiner Existenzen in den Boden stampfen, damit entschuldigt wird, daß sie, gleichsam als Kompensation, andere Tausende von ökonomischen Existenzen gründen.

Aber, wenn es sich um menschliche Existenzen handelt, darf man nicht von Kompensationen sprechen! Sonst könnte jemand auch mit ruhigem Gewissen einen Menschen morden und sagen, er habe diese Existenz sogar reichlich kompensiert, denn er habe zehn Kinder in die Welt gesetzt!

Das Bisherige waren Tatsachen aus einem Lande, in dem die moderne Volkswirtschaft bisher ihre prononcierteste Gestaltung

erreicht hat. — Nun aber einige Daten aus der den Vereinigten Staaten zunächst stehenden Gesellschaft, nämlich der englischen.

In England und Wales gab es im Jahre 1904 82 809 aus öffentlichen Mitteln unterstützte Arme, in London (mit sieben Millionen Bewohnern) befinden sich 120 000 Personen, Mann, Weib und Kind, die offiziell „Paupers" oder Arme sind, d. h. jahraus, jahrein am Hungertuch nagen und in der reichsten Stadt der Welt für einen Unterschlupf am schlechtesten Tage auf das Armenhaus angewiesen sind. Ein Gemeinwesen aber, in dem alle Einwohner sich die aufgefundene Kruste Brot abzuhaschen versuchen, findet sich in London ebenfalls, nämlich das Ostend. Die Zahl der Todesfälle durch Verhungern betrug im Jahre 1909 in England 119, wovon 54 auf London kamen, in den meisten Fällen wurde als Todesursache angegeben: Krankheit, verursacht durch Entbehrung, und Mangel an Schutz vor der Witterung. —

Im Jahre 1910 sprach der englische Schatzkanzler Lloyd George über die soziale Frage. „Ich habe in meinem Leben sehr viel Elend gesehen und sehr viel über Elend gelesen," sagte er u. a., „jedoch, ich gestehe, ich habe von seiner Schärfe nie die richtige Vorstellung gehabt, die gewann ich erst, als ich an die Ausführung des Gesetzes über die Alterspensionen herantrat. Da sah ich erst, welche erschreckende Masse ehrlicher unabhängiger, stolzer Armut es unter uns gibt! Da gibt es Hütten, in denen arme Frauen, alt und müde, nach einem ehrenwerten, arbeitsamen Leben von mehr als siebzig Jahren, immer noch tagsüber vom frühen Morgen bis zum späten Abend am Werke sind, um ein erbärmliches Bettelgeld zu verdienen, das sie zwar gerade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. Sechs bis sieben Schilling verdienen diese alten Frauen mit ihrer Nadelarbeit an Kleidern, deren Trägerinnen in einer Stunde des Müßigganges und des Übermuts mehr verschleudern mögen, als dieses Elendsvolk in drei Jahren harter Arbeit verdienen kann. Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen, um zu zeigen, daß eine ungeheure Volksmasse hier, in diesem reichsten Lande der Welt, ein Leben der Armut führt, das stets an der Grenze der Not und der Verzweiflung dahinschwankt. Und ich habe es auch schon ausgesprochen, daß dieser Zustand der Dinge nicht auf dieses Land beschränkt ist."

Und in einer am 29. Dezember 1911 abgehaltenen Konferenz

sagte Lloyd George: „Die Tatsache, daß die Nation halbverhungerte, in Spelunken aufgezogene Kinder und schlecht entlohnte, schlecht ernährte, in schlechten Häusern wohnende Männer und Frauen beherberge, ist ebenso schimpflich für sie wie eine Niederlage auf dem Schlachtfeld . . . Im Zustande der Armut, d. i. in dem Zustande, in dem die Menschen nicht genug hätten, um das Allernotwendigste des Lebens für sich und ihre Kinder zu kaufen, in einem solchen Zustande lebt — nach den Untersuchungen Rowntrees — ein Viertel der Bevölkerung Großbritanniens selbst in Zeiten der Prosperität." —

„Was soll geschehen?" fragt der Schatzkanzler zum Schluß jener ersten Rede. Denkt er etwa an eine verbessernde Statistik? Gibt er den Rat, wie er im Sommer des Jahres 1911 beim Mainzer Katholikentag der Volksversammlung erteilt wurde: „mehr zu beten"? Oder: mehr zu sparen? Und dergleichen?

„Nur kühne Mittel können helfen," sagte Lloyd George, „alles, was wir bisher getan haben, war zu schwächlich und zu schüchtern. Das Problem muß von großen Gesichtspunkten aus angefaßt werden. Die Zeit ist gekommen, alle Lebensbedingungen der Nation und des Reiches zu revidieren, und wehe der Generation, der der Mut zur Lösung dieser Aufgabe fehlt!"

Bekanntlich handelte es sich hier bloß um die Altersversicherung.

*

Daß übrigens der Pauperismus nicht bloß bei hervorragend entwickelter Industrie anzutreffen ist, sieht man u. a. an Neapel, wo doch gewiß die Industrie nicht hoch entwickelt ist; dort machten im Jahre 1902 die Armen vier Fünftel der Gesamtbevölkerung aus, und es soll unbestritten sein ‹siehe Beilage zur M. Allg. Z. d. J. 1902, Heft 39›, daß an dieser Not Arbeitsscheu keine Schuld trägt.

*

Anders als der englische Schatzkanzler denken aber manche volkswirtschaftliche „Fachleute" und Gelehrte anderer Richtungen über die soziale Not und über das, was gegen sie zu tun sei; und wenn man ihre Ansichten kennen lernt, kann ein sozial, besser gesagt: ein human empfindender Mensch aus dem Staunen nicht herauskommen. Es ist gerade so, als ob diese Männer die Mission hätten, die soziale Frage auf das Niveau der Fibel, des Katechismus oder

eines sinnlosen Afterpatriotismus herabzuziehen, die Herzen ihrer Hörer und Leser gegen das Mitleid mit den vom Elend Heimgesuchten zu verhärten und so das fundamentale Sozialproblem auf ein falsches Geleise zu führen. Und zu der Schilderung unserer wirtschaftlichen Zustände gehört eben auch jene des Zustandes in den Gesinnungen unserer Gelehrten, denn ihr Einfluß ist, bei der allgemeinen Ehrfurcht vor Belesenheit und vor der Abfassung dicker Bücher, ein ganz bedeutender. —

Da schrieb z. B. ein Professor der Nationalökonomie, nämlich Conrad in Halle, einen „Leitfaden zum Studium der Volkswirtschaftspolitik" (1901), worin er behauptet, die jetzige sozialistische Bewegung rühre nicht „von der traurigen Lage der unteren Klassen her", denn diese habe sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „erheblich gebessert", sondern von der „erweiterten Bildung der Massen". Conrad verwechselt also die Bildung als Faktor der politischen Betätigung mit der Bildung als Ursache der Unzufriedenheit, welche letztere doch nur in der Not der Massen zu suchen ist, welche Not eben der gut versorgte Professor entweder nicht sieht oder nicht sehen will. Er meint auch, der obligatorische Schulunterricht habe die „Genußfähigkeit" erhöht, da man nun unter Genuß doch nicht das Verzehren von Brot und Fleisch versteht, so muß wohl nach Conrad der Volksschulunterricht den Kindern sehr anreizende Darstellungen des Vergnügens an Champagner, Kaviar, Rehbraten, feinen Torten und dergleichen bieten?

Wie aber will Conrad diesen Mißstand, nämlich die „Neigung" zur Unzufriedenheit beseitigen? Durch „Abrundung der Bildung behufs Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter" — als ob sie nicht heute schon genug leisten würden, und als ob es sicher wäre, daß dann alle Arbeiter gesichert wären! Ferner: durch „Befestigung des Charakters und Hebung der sittlichen Kraft durch Neubelebung der — „Religiosität". Mit Religiosität den Hunger stillen wollen, kann heute noch hier und da einem Dorfpfarrer oder seinen Parteigenossen einfallen, für einen Universitätsprofessor im 20. Jahrhundert ist das ein jedenfalls höchst merkwürdiger Gedanke. —

Professor Schmoller wiederum hat folgende Ansicht:

„Der letzte Grund aller sozialen Gefahr" — Schmoller denkt also hier eigentlich mehr an die Gefahren für die besitzenden Klassen als an die traurigen Zustände der Besitzlosen — „liegt nicht in der Differenz der Besitz-, sondern der Bildungsgegensätze. Alle

soziale Reform muß an diesem Punkte einsetzen. Sie muß die Lebenshaltung, den sittlichen Charakter, die Kenntnisse und Fähigkeiten der unteren Klassen heben."

Hiernach besitzen die Notleidenden und die über unsere Zustände Empörten keinen genügend sittlichen Charakter, die Besitzenden aber — in vollem Maße! Und Menschen mit „Kenntnissen und Fähigkeiten" darben ja bekanntlich niemals! Und wie gut ginge es den alten Kleidernäherinnen, von denen der englische Schatzkanzler spricht, wenn sie doch nur ihre Kenntnisse erweitern wollten! —

Merkwürdigerweise meinte auch ein Genie wie Gambetta: „Unterricht hilft allen ökonomischen Übeln ab." Er dachte also gar nicht an folgende Tatsachen: Wir sind viel gebildeter als frühere Jahrhunderte, aber die Not ist doch sehr groß, vielleicht größer als damals; sehr Gebildete hungern in großer Anzahl; sehr Ungebildete leben in glänzenden ökonomischen Verhältnissen. Und endlich, nehmen wir an, daß alle Menschen Aristoteles an Bildung gleich wären, dann wäre die Konkurrenz unter diesen gleich Gebildeten dennoch so wie heute vorhanden, und hundert andere Umstände als „Bildung" würden den Sieg der einen und die Niederlage der anderen entscheiden. —

Ähnlich Schmollers These lautet eine andere, deren Autor mir nicht mehr erinnerlich ist: „Erst müssen die Arbeiter politisch völlig emanzipiert sein, bevor man Fragen aufwerfen kann, welche die Grundlagen der Gesellschaft berühren."

Daß jener Autor sich selbst für „politisch völlig emanzipiert" hält, versteht sich von selbst, und nachdem er nun einmal auf dieser hohen Stufe steht, stellt er den „Arbeitern" die Aufgabe, sich allmählich zu ihm zu erheben, sonst kann er sich nicht darauf einlassen, jene wichtigen Fragen aufzuwerfen. Wer ihm jene Meinung von sich selbst und wer ihm die Vollmacht gegeben hat, die Arbeiter seiner Kritik ihrer politischen Emanzipation zu unterwerfen, ist von ihm nicht angegeben worden. Indessen: vielleicht ist er ein großer und anerkannter Staatsphilosoph, und da möchten wir ihn fragen: Warum müssen die Arbeiter erst politisch emanzipiert — sogar „völlig" emanzipiert — sein, bevor man ihnen die Lebenshaltung sichert? Mit welchem Recht darf man ihnen eine solche Bedingung stellen? Und glaubt man, sie werden so lange warten, bis irgendwelche Staatsphilosophen sie einer Prüfung unterzogen und ihnen eine gute Zensur erteilt haben werden? —

Eine eigentümliche Art, dem Sozialismus — nicht ein Ziel, aber — Schranken zu setzen, ihn zu begrenzen, stammt vom Theologen Adolf Harnack. Auf dem neunzehnten evangelisch-sozialen Kongreß (in Dessau, im Jahre 1908) sprach er die Forderung nach „mehr Sozialismus" aus, wollte das aber nicht im „äußeren Sinne" verstanden wissen, d. h. daß man nicht hungern oder sorgen muß, welches Problem wahrscheinlich für einen Gottesmann eine viel zu ordinäre Angelegenheit wäre, sondern im Sinne eines „Sozialismus des Herzens" und des Verkehrs von Mensch zu Mensch.

Nun ist jeder Sozialismus, so lange man nicht zu ihm gezwungen wird, ein Sozialismus des Herzens, und was den Verkehr von Mensch zu Mensch betrifft, so kann man gewiß nichts gegen seine eventuelle Herzlichkeit einwenden, aber was uns viel dringender nottut, ist doch etwas ganz anderes, wir wollen — leben, essen, wohnen! Es ist ganz deplaciert, hier Predigten über die Moral des Privatumganges mit Menschen zu halten. Das hat nichts anderes zur Folge, als die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken.

Und noch eine andere Begrenzung wünschte Harnack für die Sozialpolitik: Man solle sie nicht um ihrer selbst willen betreiben, sondern sie müsse immer an „der Erhaltung und dem Wohl des Vaterlandes gemessen werden". Da muß man doch fragen: Dient denn das nicht zum Wohl und zur Erhaltung des Vaterlandes, wenn alle Staatsangehörigen zu essen haben und ausnahmslos niemand Not und Sorge leidet? Was stellt sich Harnack als für das Vaterland noch Wichtigeres vor?

Nehmen wir an, er hätte noch keine Staatsanstellung, seine Familie würde faktisch hungern und seine Kinder würden nach Brot schreien. Endlich gelänge es dem armen Theologen, den Kindern Brot zu geben. „Hier gebe ich euch zu essen," müßte wohl Harnack, seinen Ansichten zufolge, sagen, „aber nicht allein um euren Hunger zu stillen, sondern ganz besonders um des Vaterlandes willen, und eßt mir ja nicht zu viel, denn die Größe eurer Portion muß an der Erhaltung und dem Wohl des Vaterlandes gemessen werden." —

Ein unlängst verstorbener Gelehrter und Mystiker, du Prel in München, hat die merkwürdige Entdeckung gemacht, daß die ganze soziale Frage im (wie es sich bei einem Mystiker von selbst

versteht) „tiefsten" Grunde eine sittliche sei, „daher auch eine pädagogische"; also, meint er, sollen wir die Pädagogik mit neuen Ideen bereichern, und spricht von einer „vorgeburtlichen Erziehung". Das hätten die armen Leute wohl nicht geahnt, daß ihr Hunger mit einer vorgeburtlichen Erziehung zusammenhängt. Du Prel gibt zugleich, als echter Sozialmoralisator, eine Analyse der „Volkslaster"; sie „beruhen demnach in erster Linie darauf, daß der Ungebildete der Langweile nur durch sinnliche Vergnügungen zu entrinnen vermag, die geistigen aber nicht kennt". Daher wünscht der edle Mystiker auch nicht die einseitige Verbesserung der äußeren Lebensverhältnisse (d. h. das tägliche Brot) für die Ungebildeten, denn das wäre „für die Unmoralischen sogar ein unzweifelhafter Nachteil". —

Ein anderer, als Pädagoge mit Recht sehr geschätzter Autor, nämlich F. W. Förster, meint, die Gesundung unserer Verhältnisse sei nur auf dem Wege der Erziehung des einzelnen und der Massen zu erreichen. Er beklagt es, daß aus unseren Schulen keine organisierten Charaktere hervorgehen, „keine Menschen, die sich über das Leben erheben, das Schicksal besiegen . . . den Stoff dem Geiste unterwerfen . . ." („Schule und Charakter," S. 20.)

Wie naiv, wie weltfremd erscheinen solche Klagen und solche Forderungen, wenn man an die Angst des Lebens denkt, der die meisten Menschen in unserem Wirtschaftssystem ausgesetzt sind! Wer sich nicht das zur Erhaltung der physischen Existenz Notwendige verschaffen, oder nur unter den heftigsten Sorgen und Mühen verschaffen kann, wer seine Kinder hungern sieht, — der soll sich „über das Leben erheben", der soll „das Schicksal besiegen" können?

Diese Forderung erinnert in ihrer pathetischen und schulmäßigen Art an die Zeiten, wo die Ästhetiker von den Helden der Tragödie schwärmten, die — auch — das „Schicksal besiegen" sollen, während es doch in Wirklichkeit allen solchen Helden bei ihrem Untergang sehr schwül zumute ist.

Aus unseren Betrachtungen über die heutigen wirtschaftlichen Zustände wird wohl jeder entnehmen können, wie ganz und gar nutzlos die Erziehung, alle Moralvorschriften sowie jede religiöse Einwirkung auf die Menschen bleiben müssen, wenn die Nahrungssorge oder gar der Hunger an die Türe pocht. —

Nicht genug daran, daß Soziologen, Nationalökonomen,

Biologen und Zoologen in das soziale Problem ‹als Magenfrage aufgefaßt› dreinsprechen und nur die gesunde Auffassung desselben stören, melden sich auch, wie wir sahen, Theologen und Pädagogen zum Wort. Was für Berufe und Disziplinen werden noch kommen, um die Lösung des Problems zu verekeln?

*

Man muß lange suchen, bevor man in der Weltliteratur jene Achtung vor der ganz voraussetzungslos genommenen Individualexistenz bekundet findet, die die wichtigste Grundlage aller Ethik im privaten wie im öffentlichen Leben bildet. Lavater sagte: „Das ganze Universum sollte vor jedem Individuum den Hut abziehen." Und im Talmud heißt es: „Um jedes einzelnen Menschen willen ist die Welt erschaffen worden" und ferner: „Jede Menschenseele ist mehr wert als die ganze Welt."*

In ganz speziellen Fällen der Praxis findet sich wohl diese Achtung alltäglich: vor der Existenz seiner selbst, seiner Angehörigen, seiner Geliebten, — aber über diese Kreise hinaus herrscht beinahe absolute Gleichgültigkeit, ob die Menschen weiterleben oder nicht, und wie sie leben. Diese Gesinnung ist das stärkste Hindernis gegen ethische Fortschritte in der Gesellschaft, und die Jugend, nicht nur in den niederen und mittleren, sondern auch in den Hochschulen, in dieser Beziehung richtig zu leiten, erscheint mir als die wichtigste Aufgabe der Pädagogik. Alle anderen, zahlreichen, meist kleinlichen Moralvorschriften verschwinden vor dieser einen: das Leben jedes Menschen, auch des Fernstehenden, als etwas Kostbares und Unersetzliches anzusehen, nicht nur in Beziehung auf seine physische Integrität, sondern auch auf die Fülle seiner Bedürfnisse, als ein Gut, das nach Möglichkeit zu mehren, Pflicht eines jeden ist.

Wenn ein solches Gefühl nicht schon der Jugend in richtiger pädagogischer Weise eingeimpft wird, so werden alle anderen schönen Maximen wenig nutzen, und gesellschaftliche Reformen werden dann immer, so wie heute, nur unter großen Widerständen sozial bevorzugter oder glücklicherer Menschen realisiert werden können.

Uns fehlt die Ehrfurcht vor menschlichen Existenzen, an

* Wobei offenbar hierunter die nicht-menschliche Welt verstanden wird.

Ehrfurcht vor anderen Dingen, die sie nicht verdienen, haben wir viel zu viel.

*

Obwohl fast jeder Gelegenheit hat, zu beobachten, welche häßlichen Folgen in moralischer Beziehung die ökonomische Sorge in den Familien hat, wird — meines Wissens — dennoch nirgendwo darauf gebührend hingewiesen, wie sehr das Nervensystem und die Gesundheit überhaupt durch solche fast lebenslange Angstzustände leiden muß, und in welchem Maße die schönsten Bestrebungen der jetzt so sehr anempfohlenen Eugenik dadurch paralysiert werden müssen. Man denke weiter, wie sehr die sich nahestehenden Menschen, namentlich Ehegatten und Geschwister, einander das Leben verbittern; wie alle Empfänglichkeit für Ideale und für alles moralisch Edle in diesem Sorgenzustande abnehmen, ja schwinden muß; wie auf diese Weise eine Dekadenz, der Menschheit in ihrer Mehrheit hervorgerufen werden muß, die sich bis auf ihren physischen Habitus erstreckt, eine Dekadenz, die ungleich tiefer und allgemeiner auftritt, als jene Ursachen, welche von Rassenhygienikern und -Ästheten so oft angeführt werden.

Millionen von Menschen und Familien verbringen so ihr Leben mit der immerwährenden Angst, nichts zu leben zu haben, alle diese sinken ins Grab, und haben vielleicht nicht einen einzigen frohen Augenblick genossen, da selbst die Annehmlichkeiten unserer Kultur sie nicht in empfängnisfrohem und -fähigem Zustande finden. Wozu haben also alle diese Individuen gelebt?

Man bedenke das gut, was ich hier gesagt und eigentlich nur angedeutet habe, und ein halbwegs fühlender Mensch wird dann einsehen, daß wir uns in einer gründlichen Sozialreform nicht damit begnügen dürfen, das direkte Hungern unmöglich zu machen, sondern daß wir darauf bestehen müssen, alle Menschen von der ökonomischen Sorge mit absoluter Sicherheit zu befreien.

*

Alle die feinen Mittel zur moralischen und idealen Hebung der Menschen, alle die schönen Sittensprüche und moralischen Erzählungen, alle schöne Literatur, Museen, Konzerte, Theater werden die Menschen nicht veredeln, so lange so mächtige Faktoren wie Hunger, ökonomische Angst und Sorge an ihnen fressen. „Gebt den Leuten nur zu essen, die Würde wird dann schon kommen",

sagt Schiller. Ein Haushund, ein gezähmtes Tier überhaupt, lebt als Rentier, dem wir eine lebenslängliche Rente geben; solche gut versorgte Tiere sind gesittet, ohne je religiös-sittlich unterwiesen worden zu sein.*

Eine besonders widerwärtige und die Menschen entwürdigende Eigenschaft, die durch die Sorge um den Lebensunterhalt großgezüchtet wird, ist der Servilismus oder die Heuchelei jenen gegenüber, die uns in jener Beziehung nützen oder schaden können; d. i. den Reichen, den im Rang höheren Beamten, den Fabriksherren, kaufmännischen Chefs usw. gegenüber. Und im Verhältnis zu den Geldbesitzern sind diejenigen, die nicht selbst ökonomisch unabhängig genug sind, stets eine Art von Sklaven. Ja, das ist, in der Regel wenigstens, schon jeder Verkäufer, wenn er kein relatives Monopol unentbehrlicher Güter besitzt, gegenüber dem Käufer, in dem Moment, wo dieser ihm bares Geld für die Ware gibt; wer eine Leistung anbietet, ist — von ausnahmsweisen Situationen, wie unmittelbar nach dem Weltkriege, abgesehen — fast immmer bemüßigt, den Käufer als Geldbringer beinahe wie ein Höfling zu behandeln, eine möglichst freundliche Miene zu machen, auf seine Launen einzugehen, ihn wie von ungefähr zu loben, zu bewundern, sich um sein und seiner Familie Befinden zu erkundigen und dergleichen mehr.

Und erst einem Reichen gegenüber, bei dem man eine Stellung sucht, wie steht ⟨oder sitzt⟩ der Bedürftige vor dem Geld-

---

* Hier ist auch die passende Gelegenheit, auf die Unvollkommenheit aller statistischen Daten über die Jahreseinkommen einer Bevölkerung aufmerksam zu machen. Es ist heute zwar der Steuerbemessung wegen notwendig zu erfahren, wie viele Prozent der Bevölkerung dieses und jenes Jahreseinkommen haben. — Von der Richtigkeit der Fatierungen soll hier abgesehen werden, — aber was die statistischen Erhebungen nie präzise ergeben können, das ist die Mühe, die Angst, die eventuellen Gefahren, mit denen diese bestimmten Einkommenskategorien gewonnen wurden. Die Schwierigkeiten des Erwerbs sind ein fundamentaler Wertigkeits-Koeffizient, der uns bei den statistischen Resultaten stets unbekannt bleibt, und daher sollte, nebenbei bemerkt, schon heute der Besteuerungsschlüssel nicht nur nach der Größe des Einkommens, sondern auch nach der Leichtigkeit des Erwerbs resp. des Einkommens bemessen, also progressiv erhöht werden, und sei die Skala auch nur ganz roh entworfen.

mann so schüchtern und still, von dessen Willkür es abhängt, ob er und vielleicht auch seine ganze Familie schon morgen hungern müssen oder nicht. Oder, wenn man eine Anstellung bei einem Direktor oder Bureauvorstand erbittet! Man fragt sich beim Weggehen ängstlich, ob der Anzug, ob die Krawatte in Ordnung war, ob man den Gewaltigen nicht durch seine Haltung oder etwa zu selbständige Art zu sprechen, verletzt und gegen sich eingenommen habe. Und welche Reihe von Demütigungen muß man meistens durchmachen, oder was für persönliche oder sachliche Unwahrheiten, was für Verstellungen müssen so oft zu einer Professur verhelfen! Man wende nicht ein, daß „tüchtige", „brauchbare" Menschen das alles nicht nötig haben, es sind eben nicht alle Individuen gleich begabt oder in gleich günstigem Milieu aufgewachsen, und eben von solchen, von der Natur und den Umständen minder Begünstigten muß die Rede sein, wenn man den Gesellschaftszustand bessern will. Abgesehen davon, daß selbst sehr Begabte Künste obiger Art anwenden müssen, und speziell bei Staatsanstellungen mitunter gerade diese im Nachteil zu sein pflegen. —

Solche Verhältnisse, bei denen Herr und Knecht gespielt wird, dürfen nicht weiter geduldet werden.

Ganz werden zwar Schmeichelei, Heuchelei und Servilismus nie aufhören, und wenn auch alle Menschen ökonomisch absolut gesichert sind, so werden doch innerhalb der freien Privatwirtschaft ‹die ich neben der Nährarmee beibehalte› viele ihre Wünsche nach Luxus, Reichtum, Ehre usw. durch niedrige Mittel zu befriedigen trachten. Allein man wird dazu bei weitem weniger durch faktische Not gezwungen sein, man kann solchen Anreizen in einem gewissen Maße leichter moralischen Widerstand leisten, und, was sehr wichtig ist, der Tadel der gesitteten Menschen wird gerechtfertigter und daher strenger und einflußreicher sein, als heute. —

Viel zu wenig beachtet wird auch, welche Unmasse von Unehrlichkeit unser ganzes Wirtschaftssystem mit sich bringt, und der Kontrast dieses Zustandes gegenüber den Vorschriften des Moralunterrichts, ehrlich zu sein und nicht zu lügen, ist eine der vielen Konsequenzen unserer Charakteranlage, mit dem ruhigsten Gewissen die schönsten Maximen auszusprechen, sie immerfort zu rühmen und der Jugend einzuschärfen, aber als erwachsene Menschen ihnen ganz entgegengesetzt zu handeln.

Damit sind durchaus nicht nur die kleinen Leute gemeint, selbst die größten Unternehmer gehören hierher. Die bedeutendsten sind wohl Lieferanten von Kriegsartikeln und auch die Lieferanten an den Staat und große Gesellschaften überhaupt. Gerade von diesen ist es bekannt, wie systematisch so manche, vielleicht sehr viele, mit Bestechung der maßgebenden Beamten im In- und Auslande arbeiten. Und der größte Teil aller Fabrikanten läßt durch seine Agenten, namentlich durch seine Reisenden, alle Listen spielen, nur um den Konkurrenten Käufer abzufangen, und solche gelungene Kniffe werden dann mit nicht geringem Behagen verdaut und oft auch mit Behagen erzählt. Wie überhaupt die Jagd auf Wild, die in den Zeiten der Jägervölker notwendig war, in unserem Wirtschaftssystem durch die Jagd auf Käufer oder Kunden ersetzt ist, wobei aber die moralischen Folgen unvergleichlich schlimmer sind, denn ein Jäger ist doch ein harmloser Geselle gegenüber so manchem Kanonenkönig und Fabriksherrn oder Handelsagenten. Und bei vielen von diesen, in der Gesellschaft hochgeachteten Menschen — hochgeachtet, obwohl ihre Korruption bekannt ist — sieht man schon ihrer Physiognomie, trotz allen Lächelns, an: „Ich weiß vieles von mir."

*

Ein nüchterner Blick in unseren wirtschaftlichen Habitus, was zeigt er uns — noch außer den Dieben und Räubern?

Da sieht man die Niedertreter, die Despoten, die Schlaumeier, die Betrüger, die Schmuggler, die Wucherer, die Kriecher, die Schmeichler, die Heuchler, die Bestecher, die Hartherzigen, die Warenfälscher, die Lügner, — wie sie alle an unserem wirtschaftlichen Leben herumarbeiten und dabei nicht genug religiös-sittliche Vorschriften verlangen können.

Und nicht zu vergessen: die unzähligen Intriganten, die aus geschäftlichen Gründen in den meisten Berufen gegeneinander arbeiten: mit Verdächtigungen, mit Verleumdungen, mit boshaften Bemerkungen. Man denke nur daran, wie Professurskandidaten oft gegen Konkurrenten vorgehen, wie es beim Theater, in der Literatur, in Malerkreisen zugeht.

Wie viele von denen, die nicht in absolut gesicherten ökonomischen Verhältnissen leben, oder die nicht als kleine Landwirte, sondern inmitten des komplizierten ökonomischen Getriebes

existieren, können von sich selbst, ehrlicherweise, behaupten, sie hätten noch niemals in ihrem Leben aus wirtschaftlichen Motiven etwas gesagt, was sie anders oder ganz entgegengesetzt gedacht, oder etwas getan, was sie nicht in ihrem Innern als unrecht beurteilt hatten?

Und selbst, wenn derlei nicht oft, ja wenn es nur einmal geschieht, so ist doch ein Bruch in die Selbstachtung gekommen, wenn der Charakter ein sonst moralischer ist; eine immer wachsende Verrohung aber, wenn er ein schon an sich niedriger ist.

Werfe man nur unsere Moralbücher ins Feuer, so lange unser ökonomisches Regime nicht sozialisiert ist, nützen sie alle miteinander nichts.

*

Heute ist in unzähligen Physiognomien deutlich zu erkennen, wie schwer die Sorge um die Lebenshaltung die meisten Menschen bedrückt. Den Leuten in ökonomisch gesicherter, oder gar gesellschaftlich bevorzugter Stellung, und besonders den Aristokraten ‹die nicht einmal die Mühe hatten, eine solche Stellung erst zu erwerben›, merkt man schon an ihrer körperlichen Haltung und an ihren ruhigen — wenn nicht hochmütigen — Zügen ihr Sicherheitsgefühl an. Dies und das Gleichgewicht und die öfters anzutreffende Eleganz ihres Benehmens sind die psychischen Folgen ihrer gedeckten Stellung, während man es fälschlich für angeborene oder anerzogene Vornehmheit ihrer Natur hält.

Hingegen das Angesicht und die Haltung der Besorgten!

Man beobachte nur die Physiognomien der Kleinmeister und Kleinkaufleute — die doch noch nicht zu den Ärmsten gehören — und ihrer Angehörigen, selbst auf ihren Feiertagsausflügen oder ihren Vereinsfesten und Bällen, wo sie doch so schön als möglich gekleidet und mit dem Vorsatze erscheinen, alle Nahrungssorgen zu vergessen und sich nur dem Vergnügen hinzugeben. Welche Kümmernis spricht trotzdem allen aus den Furchen und Falten ihres Gesichts, sogar die Kinder zeigen durch ihre gealterten Züge, wie sehr sie sich schon frühzeitig an Entbehrungen gewöhnen mußten und wie wenig Freuden ihre Seele erheiterten.

In nichts aber zeigt sich der krankhafte Zustand unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens deutlicher, als in dem permanenten Vorhandensein der zahllosen Privatkrisen, die an den Menschen zehren, Unglück und Verbrechen herbeiführen und doch nicht einmal die „Ehre" genießen, wie z. B. Selbstmorde aus Not, in den Zeitungen, und noch viel weniger in den Werken über National-ökonomie und Sozialismus, erwähnt zu werden.

Wer aber die persönlichen ökonomischen Krisen ignoriert und dennoch Vorschläge zur „Lösung der sozialen Frage" machen will, der gerät immer in eine Sackgasse. Man kann sich mit noch so viel Stolz auf eine — vermeintlich — richtige Behandlung allgemeiner wirtschaftlichen Vorgänge berufen, im Kommandoton der Lehrbücher dozieren und Konsequenzen irgendwelcher wirtschaftlicher Maßregeln prophezeien, man mag noch so viele „verbesserte" Theorien über Arbeit, Wert, Preis, Marktkrisen und dergleichen vorbringen, es fällt alles in den Brunnen!

Wohlgemerkt, das kann man behaupten, wenn es sich wirklich um die Lösung der sozialen Frage handelt, was ja hier unser ganzes Thema ausmacht, d. h. wenn man jedes menschliche Individuum, das dem Staate angehört, vor Not und Sorge soll mit Sicherheit bewahren können.

Anders natürlich ist es, wenn es sich um Maßregeln für diesen Beruf, für jenen Beruf, für diese Klasse oder für jene Klasse handelt, dann kann es wohl gelingen, einzelne Klagen derselben zum Schweigen zu bringen, meistens allerdings dadurch, daß dieselbe Maßregel den einen nützt, aber den andern schadet.

Können aber die wirtschaftlichen Privatkrisen überhaupt von einem freien, zwanglosen Wirtschaftssystem auch nur behandelt, geschweige behoben werden? Ganz unmöglich. —

Zählen wir einmal einige wenige der unendlich vielen Arten von zufälligen, akut auftretenden und auch von chronischen Privatkrisen auf, ich bin gewiß, daß jeder Leser mehrere derselben entweder selbst erlebt oder an anderen beobachtet hat:

Wenn jemand sein ganzes Leben hindurch spart und ihm schließlich seine Wertpapiere gestohlen werden.

Wenn jemand abbrennt, der vergessen hat, seine Feuer-versicherung zum richtigen Termine zu verlängern.

Wenn ein Maler sein Augenlicht oder seine Hand verliert, oder wenn er seine Bilder nicht verkaufen kann.

Wenn ein Arzt taub wird, nicht auskultieren kann, also seine Praxis verliert.

Wenn ein Sänger oder Schauspieler frühzeitig seine Stimme verliert.

Wenn ein Privatlehrer mehrere Lektionen verliert und nicht rasch genug neue bekommt.

Wenn ein Buchhalter seinen Posten verliert, weil er zu alt wurde, oder infolge eines Wortwechsels mit seinem Chef, oder weil dieser sein Geschäft liquidiert und der Buchhalter anderswo nicht unterkommen kann.

Wenn ein kleiner Landwirt mehrere Jahre hintereinander Mißernte hat.

Wenn eine Unternehmung infolge der Schaffung einer neuen Eisenbahnlinie durch einen an dieser etablierten Konkurrenten zugrunde geht.

Wenn ein Beamter so jung stirbt, daß die Witwe einen ganz geringen oder gar keinen Pensionsanspruch hat, oder wenn seine Familie so zahlreich wird, daß er mit seinem Gehalt nicht auskommen kann.

Wenn Familienmitglieder jahrelang krank sind.

Wenn kleine Landkaufleute mit ihren Waren auf den Markt einer fernen Stadt fahren, und es regnet, so daß sie kein Geschäft machen, und sich das einigemal wiederholt.

Wenn ein Gastwirt infolge schlechten Sommerwetters große Verluste erleidet, oder wenn ein Theaterdirektor schlechte Geschäfte macht, weil wegen des schönen Sommerwetters das Publikum lieber Landpartien macht, als ein Theater besucht.

Wenn jemand falsche Banknoten in einem relativ hohen Betrage bekommt.

Wenn eine Grubenexplosion zahlreiche Bergarbeiter tötet, oder wenn eine Fabrik abbrennt und lange nicht den Betrieb wieder aufnehmen kann.

Man verliert die Geldtasche mit einem großen Teile seines Vermögens.

Man macht bei einer Geschäftsabrechnung Rechenfehler, oder man gibt zu viel heraus.

Es werden böswillige Gerüchte über die Kreditwürdigkeit eines Kaufmannes verbreitet.

Man ist als Verkäufer in seinem Laden untüchtig oder von Natur unliebenswürdig und verliert die Kunden.

Man wird ausgewuchert.

Man wird von einer Mätresse ausgebeutet, der man nicht widerstehen kann.

Man ist auf eine Rente versichert und die Gesellschaft falliert.

Man wird durch irgendeinen Bankerott mitgerissen.

Der Bankier, bei dem man Depots liegen hat, defraudiert.

Man wird durch falsche Börsennachrichten oder durch gefälschte Ernteberichte ruiniert.

Eine Bäuerin verarmt, weil der Blitz ihre einzige Kuh erschlug.

Man hat einen liederlichen Sohn, er macht Schulden, falsche Wechsel, soll eingesperrt werden; die Eltern lieben ihr Kind sehr und opfern ihr Vermögen, um die Gläubiger zu befriedigen. Was dann? Im Alter einen neuen Erwerb finden? Und wenn das nicht gelingt?

Jemand hat ein gutgehendes Geschäft in einem Laden der Stadt. Aber der Hausherr kündigt ihm aus irgendeinem Grunde. Oder — das erzähle ich nach direkter Beobachtung eines solchen Falles — ein Nachbarhaus wird umgebaut und bekommt einen Vorbau, so daß jener Laden von der einen Seite ganz verdeckt wird, so daß die meisten Kunden ihn nicht bemerken. Oder: es wird eine neue Straße eröffnet, die sehr belebt ist, wodurch das Publikum nicht entfernt mehr so zahlreich vor jenem Laden vorbeigeht wie ehedem.

Usw. usw.*

Gerade die Privatkrisen, und viel weniger die allgemeinen: Markt- oder Handelskrisen, sind es, an denen alle sozialen Programme scheitern, die nicht jedes einzelne Individuum ins Auge fassen und mit Sicherheit zu versorgen bestrebt sind. Was können da alle noch so feinen nationalökonomischen Einsichten, Schlüsse, Syllogismen und Prophezeiungen nützen?

Millionen trauriger persönlicher Schicksale schlüpfen den hochtrabenden, angeblich wissenschaftlichen Deduktionen durch. Will man etwa Unterstützungsfonds, Versicherungen gegen solche Privat-

* In dem Kapitel: „Beweis der Unmöglichkeit etc." wird das Thema der Privatkrisen in allgemeiner Weise behandelt werden.

schicksale einrichten? Will man in ein solches Assekuranzstatut die Bedingungen bringen, unter denen ein Maler unterstützt werden muß, der seine Bilder nicht verkaufen kann? Oder ein Privatlehrer, der Lektionen verloren hat?

Soll man etwa Fonds für solche Fälle sammeln durch Veranstaltung von Wohltätigkeitslotterien, von Wohltätigkeitsbällen, Blumenfesten, Spenden bei der Geburt eines Prinzen, oder bei der silbernen Hochzeit oder der Vermählung irgendeiner Prinzessin?

*

Und nach diesem allen, nach diesen Beispielen, die leicht bedeutend vermehrt werden könnten, sieht man, daß sich in den Untersuchungen sämtlicher nationalökonomischer Forscher eine bedeutende Lücke befindet, und man muß sich sehr darüber wundern, daß selbst ein so sozial empfindender Mann wie Rodbertus (in seinem ersten sozialen Brief an Kirchmann) sagen kann: „Auch wird wohl niemand die soziale Frage in etwas anderem als dem Pauperismus und den Handelskrisen erblicken wollen." Und dabei hatte Rodbertus doch bekanntlich nicht die Ansicht, daß er sich — wie von vielen Vertretern der Nationalökonomie als der „Wissenschaft vom Sein" und nicht vom „Seinsollen" ostentativ erklärt wird — um den Wert von sozialpolitischen Maßregeln nicht zu kümmern habe, denn er arbeitete sehr eifrig an einem sozialen Programm, das er allerdings auf dem leidigen Arbeitsbegriff fundierte. —

Die Vernachlässigung so zahlreicher wirtschaftlicher Vorgänge, die so viel Not und Sorge im Gefolge haben und deren Gesamteinfluß nicht nur auf die wirklich Armen, sondern auch auf den heute sogenannten Mittelstand ein viel größerer und verbreiteterer als der der Handels- und Finanzkrisen ist, kann wohl nur auf die Weise erklärt werden, daß die Theoretiker der Volkswirtschaft stets nur darauf bedacht sind, diese „wissenschaftlich" zu gestalten, und, da um so mehr Wissenschaft in einem Forschungsgebiete vorhanden ist, je allgemeinere Gesetze oder wenigstens Begriffe darin aufgestellt werden können, so mußten sie alle jene — teilweise oben hervorgehobenen — Privatkrisen als Fälle ignorieren, die sich eben nicht unter ein allgemeines Gesetz subsummieren lassen.

Daß es sich aber im Gebiete wirtschaftlicher Untersuchungen in allererster Linie darum handelt, allen Menschen zu helfen,

sie von ökonomischer Not und Sorge zu befreien, ließ man außer acht; man hält es heute noch immer unter der Würde eines National-ökonomen, sich um unglückliche Privatfälle zu kümmern, obwohl man jeden Tag deren genug vor sich sieht, — denn das wäre ja schon der verpönte „Sozialismus"! Schon die Ausdrücke „National-Ökonomie" und „Volks-Wirtschaft" wirkten wie hypnotisierend auf dieses ganze Forschungsgebiet und auch auf die obersten Staatsbeamten dieser Kategorie, und es erscheint lächerlich, sich mit ökonomischen Dingen zu befassen, die sich nicht auf eine ganze Nation, ein ganzes Volk, oder doch wenigstens auf große Teile derselben beziehen; hierin liegt die Wurzel des Antagonismus gegen den Sozialismus bei den nicht interessierten Gegnern desselben überhaupt. —

Wenn wir bedenken, wie groß der Anteil der Privatkrisen an den Verursachungen ökonomischen Unheils ist, — und um so mehr, wenn wir als ethische Menschen die Bedeutung auch nur eines einzigen Falles, in dem man hungern oder um das Notwendige sich lange Zeit ängstigen muß, erkennen, — so muß uns die ganze Streitfrage über die sogenannte „Verelendungstheorie" als irrelevant erscheinen. Es ist für die Anerkennung der Unvollkommenheit unseres Wirtschaftssystems doch ganz unnötig, zu untersuchen, ob ein „absolutes" oder nur „relatives" Steigen des Elends beim Proletariat stattfinde; oder ob, wenn auch der Wohlstand per Kopf der Arbeiterklasse — man spricht immer nur von der Arbeiter-klasse! — fortschreite, dies doch nicht so schnell geschehe wie bei den Kapitalisten; oder ob, wie das Kautsky verstanden wissen will, die „Verelendung" bloß die den Arbeiter niederdrückenden Tendenzen bedeute; ob sich die Elendsarmee der Großstädte aus gelernten oder ungelernten Arbeitern, Heimarbeitern, Arbeits-unfähigen usw. zusammensetze. Wir brauchen ja nicht erst die Elenden, die wir täglich vor uns sehen, in Kategorien einzuteilen! —

So wie ein einziger Justizmord alle aufregt und prinzipielle Erörterungen über die Strafgesetzgebung hervorruft, so sollte ein einziger Selbstmord aus Not zur vernichtendsten Kritik des herrschenden Wirt-schaftssystems führen. Wie aber die Erfahrung zeigt, bleiben die Berichte der Zeitungen über Selbstmorde ohne solche Folgen, obwohl sich in jeder großen Stadt täglich solche Selbstmorde ereignen.

Wenn man die verschiedenen, offiziell in der Statistik ver-

zeichneten Motive der Selbstmorde und Selbstmordversuche näher betrachtet, so findet man leicht, daß weitaus der größte Teil derselben wirtschaftlichen Ursprungs ist.

Sogar bei „unglücklicher Liebe" handelt es sich oft um pekuniäre Schwierigkeiten, die eine Heirat verhindern, bei „Familienzwisten" ganz gewiß oft genug um Ernährungsschwierigkeiten oder akute Privatkrisen, bei Selbstmorden wegen „Krankheit" ist es gewiß die Majorität der Fälle, in denen sich chronische oder akute Krankheiten auf Armut zurückführen lassen. Direkt aus „Not" kommen Selbstmorde tagtäglich vor, ebenso wegen „ungünstiger materieller Verhältnisse", und in den Fällen aus „Furcht vor Strafe" kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß sehr oft mißliche pekuniäre Umstände zu den Vergehen oder Verbrechen trieben.

Es blieben also nur die beiden Fälle: „Geistesstörung" und „Schmerz über den Tod Verwandter" übrig, denen nicht wirtschaftliche Ursachen zugrunde liegen, und das sind gerade die allerseltensten Fälle.

Welch ein Glück, daß die Opfer unseres unvollkommenen Wirtschaftssystems nicht auf eine solche Art aus dem Leben scheiden, daß die Gesellschaft um ihrer selbst willen gezwungen wird, gründliche Konsequenzen aus solchen Vorkommnissen zu ziehen! —

Ist ein Gesellschaftszustand weiter zu dulden, in dem es sich z. B. ereignete, daß ‹im Jahre 1884 in Wien› ein Raubmörder nach fünfundzwanzig Jahren Kerker herauskommt und eine Pferdedecke vom Pferd herunter stehlen muß, um auf dem Pflaster schlafen zu können, er aber deswegen sofort zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt wird und damit „ganz zufrieden" ist? „Denn", sagte er bei Gericht, „Hunger konnte ich überwinden, Kälte und Schlaf nicht."

Oder daß, wie es im Jahre 1883 geschah, jemand im dortigen Stadtpark einen Storch tötete, weil er ihm neidisch war, daß er zu essen hatte und er selbst nicht?

Oder daß in einer so reichen Stadt wie London fünfzig bis sechzig Menschen jährlich buchstäblich vor Hunger, und zwar aus Erschöpfung, sterben? Und daß in ganz Europa jährlich ungefähr sechzigtausend Selbstmorde verübt werden, wovon nahezu dreißig- bis vierzigtausend direkt oder indirekt aus Not verübt werden?

In was für überschwänglichen Ausdrücken spricht man vom Menschen! Noch immer, wenn man sich schon geniert, der Bibel gemäß vom „Ebenbild Gottes" zu reden, wird doch von dem „unendlichen Wert der Menschenseele", von der „Gotteskindschaft, ausgedehnt über das ganze Leben", von der „freudigen Gewißheit im Besitz ewiger Güter", von des Menschen „moralischem Wesen", oder seinem „intellektuellen Wesen" gesprochen, und all das läßt man zugrunde gehen, wenn das intellektuelle Wesen — kein Geld auf Brot hat!

Nicht ein einziges „Ebenbild Gottes" oder „Kind Gottes" dürfte man doch verkümmern lassen, man müßte alles andere stehen und liegen lassen, um es zu retten, und doch findet man es überspannt, ja lächerlich, wenn — wie hier — verlangt wird, daß in einem gesitteten Staat nicht ein einziges Individuum der ökonomischen Fürsorge entgehen dürfe, ohne daß erst die Bedingungen einer Armengesetzgebung oder Altersversicherung erfüllt zu sein brauchen.

Worin das soziale Problem besteht und worin es nicht besteht.

Unglaublich einseitig oder schulmeistermäßig zeigt sich selbst bei hochintelligenten und dabei ehrlich nach Abhilfe strebenden Männern die Auffassung des sozialen Problems überhaupt. Es fehlt das einfache sozialethische Gefühl, das sich von Reminiszenzen an nationalökonomische Theorien oder derartige spezielle Probleme nicht beirren läßt.

*

Im oben erwähnten Brief an Kirchmann sagt Rodbertus: „Auch wird wohl niemand die soziale Frage in etwas anderem als dem Pauperismus und den Handelskrisen erblicken wollen" und in den ⟨von R. Meyer herausgegebenen⟩ Briefen und sozialpolitischen Aufsätzen: „Daß ich die soziale Frage für eine rein nationalökonomische Frage halte, . . . daß ich in ihr eine reine Lohnfrage mit keinem Assoziationskrimskrams erkenne, . . . das wissen Sie ja schon seit längerer Zeit." —

Und der konservativ-klerikale V. Huber denkt ganz ähnlich: „Wenn es eine soziale Frage gibt, so ist es nur deshalb der Fall, weil der Lohn häufig ungenügend ist."

Da sieht man doch deutlich, wie recht ich habe, zu behaupten, daß die soziale Frage ungelöst bleiben werde, so lange nur Nationalökonomen sich an ihrem Studium beteiligen. Sie sehen immer nur Lohn und Arbeiter vor sich, die ungeheure Zahl der an Not und Sorge leidenden Menschen aller anderen Berufe sehen sie nicht oder beachten sie nicht, und das darum, weil diese sich nicht so wie die Arbeiterbataillone laut genug melden, und weil sich bei anderen Leuten nicht so subtile volkswirtschaftliche Argumentationen verwenden lassen wie bei der Lohnfrage.

Der Auffassung, daß die Eigentumsfrage den Kern des sozialen Problems bilde, kann ich nicht zustimmen, obwohl sie von bedeutenden Sozialphilosophen geteilt wird.

Ich glaube, daß der Kern des sozialen Problems einfach in der direkten Frage der Sicherung einer behaglichen Lebenshaltung besteht und in nichts anderem, möge nun diese Sicherung auf welchem Wege immer — wenn es nur kein peinlicher ist — verwirklicht werden. Ich kann daher auch nicht zugeben, daß das Eigentum „die Quelle der furchtbaren Gegensätze sei, welche die Menschheit entzweien", sondern nur der Unterschied in dem Grade der ökonomischen Sicherheit ist als diese Quelle zu bezeichnen. Denn vielleicht kann das Eigentum nicht zur Lebenshaltung ausreichen, oder es kann im Wirbel der Volkswirtschaft verloren gehen. Es nützt also nichts, wenn selbst alle Menschen Eigentum besitzen, um vor Sorge gesichert zu sein. Ja, selbst ein gesichertes Einkommen genügt nicht, wenn es nicht eine gewisse Größe erreicht und wenn nicht zugleich die Preise der notwendigen Güter eine gewisse obere Grenze nicht überschreiten können oder dürfen. Dies alles aber kann für jeden in einer freien Wirtschaft nie erreicht werden.

*

Der Haß wie das Neidgefühl, die feindselige Stimmung der Sorgenvollen gegen die Gesicherten ist sehr begreiflich und manifestiert sich eigentlich mehr als Opposition gegen einen solchen Gesellschaftszustand, als gegen die durch ihn von der Natur Begünstigten. Wenn aber, wie es mein Sozialprogramm bezweckt, ausnahmslos jeder in seiner Lebenshaltung gesichert ist, so wird sich die Feindseligkeit gegen die — durch die freie Privatwirtschaft mit freier Konkurrenz und Privateigentum — darüber hinaus Begünstigten, wenn auch nicht ganz legen, so doch eine gegen heute relativ nur sehr abgeschwächte sein.

Und in einem solchen Gesellschaftszustande wird auch das unaufhörliche Nörgeln an den bestehenden Eigentumsverhältnissen, das ewige Nachspüren nach der Quelle, nach der „Gerechtigkeit" dieses oder jenes ökonomischen Vorsprungs vor anderen, aufhören oder doch seltener werden und mildere Formen annehmen.

*

Ebenso ist es unberechtigt, als das oberste Ziel der Sozialpolitik die „höchste Entfaltung der produktiven Kräfte" hinzustellen, wie das u. a. Sombart tut. Denn da das unbedingt dringendste, nächste und direkteste Ziel die gesicherte Existenz jedes einzelnen ist, so kann man nicht die höchste Entfaltung der produktiven Kräfte, die doch nur ein Mittel zum Zwecke ist, als ein höchstes Ziel, ja als ein Ziel überhaupt, hinstellen; auch kann man nicht im voraus wissen oder gar ohne weitere Beweisführung es als sicher annehmen, daß diese beiden Ziele miteinander vereinbar sind.

Es ist auch nicht richtig, daß — wie Sombart in „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert" sagt, „alle Kraft der sozialen Bewegung auf der Tatsache beruht, daß sie Vertreterin der jeweils höchsten Form des Wirtschaftslebens sein will . . . Die Höhe der Produktionsstufe, die von einem Kulturfortschritt erreicht wird, darf jedenfalls nicht unterschritten werden, wenn die Partei Zukunft haben soll . . .

Wie ich an mehreren Orten dargelegt habe, kann der alleinige reale Zweck der sozialen Bewegung nur der sein, alle Menschen vor ökonomischer Sorge mit möglichster Sicherheit zu bewahren; dabei könnte in der Tat ganz gut eine Wirtschaftsform herrschen, die nicht die „höchste" Produktionsstufe repräsentiert, weil vielleicht das notwendige Arbeits- oder Verteilungssystem es so mit sich bringt. Man darf sich nicht bei so großen Zielen, wie es das vorliegende ist, von der einseitigen Sorge um höchste Produktivität leiten lassen. Obwohl viele meinen, ‹und auch ich es glaube und statistisch beweise›, daß durch mein soziales System, resp. durch Kollektivbetrieb im großen, mehr und besser produziert werden kann, als heute im kapitalistischen System, so kann die Zweckmäßigkeit eines sozialen Programms doch nicht hiervon abhängen, ausgenommen, wenn zwei oder mehrere Systeme vorgeschlagen werden, die alle den obersten Zweck: ökonomische Sicherung, gleich gut erfüllen; denn, wenn bei einem derselben trotz höherer Produktivität eine gleiche oder gar geringere Arbeiterzahl oder Arbeitszeit genügt, so gäbe das bei einer Vergleichung jener Systeme den Ausschlag, jenes allen anderen vorzuziehen.

Sollte aber wirklich in einem richtigen sozialen Gemeinwesen die Produktivität geringer als heute resultieren, so wird man — wenn eine größere Produktivität gebraucht oder gewünscht wird —

einfach mehr arbeiten, werden mehr Menschen tätig sein müssen, immer aber müssen alle an den notwendigen Produkten beteiligt werden. Darum allein handelt es sich.

Noch mehr: Es ist nicht einmal festgestellt, welche Wirtschaftsform man eine „höhere" nennen müsse, es spielen so viele Eigentümlichkeiten bei jeder Form mit, daß die einen diese, die anderen jene Stufe als die höhere ansehen.

*

An dieser Stelle möchte ich auch folgende zwei Äußerungen anführen, damit man ersehen kann, was für unbrauchbare und in ihrer Wurzel kleinschulmäßige Vorstellungen bei sonst verdienstvollen Gelehrten herrschen.

Zur Frage: „Welche Gesellschaft soll als die höchste oder welcher Staat soll für den kräftigsten gelten?" schreibt H. E. Ziegler (Zoologe in Jena): „Jene Gesellschaft und jener Staat, in welchem jede Tätigkeit von dazu begabten und besonders dazu herangebildeten Individuen ausgeübt wird."

Nehmen wir diesen Wunsch als erfüllt an. Was ist denn Hohes an einer solchen Gesellschaft, wenn etwa, was sehr gut möglich ist, Menschen in ihr hungern? Oder glaubt man vielleicht, daß Begabung und Heranbildung für alle Berufe — jeden vor Hunger sichern?

*

Noch sonderbarer aber als diese Ansicht eines doch nicht volkswirtschaftlich arbeitenden Naturforschers ist das von einem berühmten Nationalökonomen aufgestellte „Ideal" der Einkommensverteilung. Albert Schäffle sagt nämlich in seinem Werke: „Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft", dieses Ideal sei „diejenige Verteilung des gesellschaftlichen Produktionsertrages, bei welcher die sittliche Gemeinschaft im ganzen und in der Abstufung aller Gliederungen zum höchsten Maß aller wahrhaft menschlichen Befriedigung zu gelangen vermöchte".

Und wenn ein Teil dieser Gemeinschaft hungern müßte, falls sie wirklich nach Schäfflescher Auffassung „sittlich" genannt werden kann? Was versteht er darunter? Und hat er bewiesen, daß jene Gesittung mit der Lebenssicherung aller Menschen vereinbar sein wird?

*

Eine relativ bessere, aber dennoch noch einseitige Definition des Sozialismus ist folgende von Kautsky in der „Neuen Zeit" gegebene: „Das Streben nach Aufhebung der Massenarmut resp. des Proletariats und zu diesem Zwecke die Herbeiführung eines neuen Gesellschaftszustandes, da der bestehende mit der Massenarmut, resp. der Lohnarbeit besitzloser Proletarier notwendig verknüpft ist; diese Elemente bilden das Wesen des Sozialismus."

Man erkennt hier den begrenzten Horizont des Parteimannes, der nur immer an die „Proletarier" denkt und an niemanden sonst, an die unzähligen Nicht-Proletarier, also an die sogenannten mittleren Schichten und noch an so viele andere, die chronisch Not oder Sorge tragen müssen oder die akuten Privatkrisen unterliegen, vergißt Kautsky vollständig. Allerdings ist diese Einseitigkeit der Betrachtungsweise in letzter Instanz auf Marx zurückzuführen, der immer nur das „Proletariat" im Auge hat, immer nur den Klassenkampf und gar nicht die unzähligen täglichen Individualkämpfe in seinen Argumentationen berücksichtigt, der die Lehre vom Mehrwert aufstellt — die heute kaum jemand noch für richtig hält, ja Marx selbst im dritten Band des „Kapitals" korrigieren muß — und mittels dieser Lehre imstande war, wie Kautsky sich ausdrückt, die „historische Rolle des Proletariats wissenschaftlich (!) zu begreifen".

Traurige Wissenschaft, die es möglich macht, an Hunderttausende von Notleidenden zu vergessen, die nie eine „historische Rolle" spielen, sondern nur als Individuen ohne „Gattungs"- oder „Gruppen"- oder „Klassen"bezeichnung im Elend ihr Leben verbringen! —

Die Einseitigkeit in den Marxschen Deduktionen wird durchaus nicht dadurch behoben oder gutgemacht, daß der soziale Staat, den Marx anstrebt, nicht nur der Klasse der Lohnarbeiter, sondern allen Menschen zugute kommen soll. Denn die Kraft der Agitation für radikale Verbesserung unserer Wirtschaft wäre ungleich stärker und die Widerstände und die Gehässigkeiten gegen die Sozialdemokratie, die sich als alleinige Vertreterin der Notleidenden geriert und sich allen anderen in Kampfpositur gegenüberstellt, würden bedeutend geringere sein, wenn sich nicht nur alle „Proletarier", sondern alle Notleidenden und Sorgenvollen in dem Kampfe gegen unsere Gesellschaftsordnung vereinigen wollten.

*

Eine sehr beschränkte, und zugleich für den Fortgang der kollektivistischen Propaganda schädliche Auffassung ist die, daß die gesellschaftlichen Arbeiten als Berufe gewissen Gruppen ständig zuzuteilen und gewissermaßen als modernisierte Zunftverfassung anzusehen wären. Schon im Jahre 1894 wendete sich Sidney Webb in einem Vortrage in der Fabian Society in London gegen eine solche Auffassung, seine Worte sind wert, hier vorgeführt zu werden:

„Eine verfänglichere Art des falschen Kollektivismus ist diejenige, die bewußt oder unbewußt durch die Gewerkschaft und nicht durch die Gemeinschaft die Verwaltung vereinigen will und die charakterisiert ist durch den Ruf: ‚Das Land für die Landarbeiter', ‚die Bergwerke für die Bergarbeiter', — ich weiß nicht, ob wir hinzufügen müssen: ‚Die Schule für die Schullehrer' und ‚die Kanäle für die Kanalräumer' . . ." „In dem von Robert Owen 1833 vorgeschlagenen System sollen die Arbeitsmittel das Eigentum nicht der ganzen Gesamtheit, sondern jener besonderen Gruppe der Arbeiter werden, die sie gebrauchen . . . Von allen Versuchen Owens, seinen Sozialismus ins Praktische zu übersetzen, war dieser sicherlich der schlechteste . . ., das ist der direkte Gegensatz zu sozialistischen Grundsätzen. Wir wollen nicht haben, daß die Minen und ihre Profite den Bergarbeitern überwiesen werden, sondern der gesamten Gemeinschaft, daß nicht irgendein Gewerbe sich selbst verwaltet, sondern die Ausdehnung der öffentlichen Organisation der Arbeit, sei es unter der Verwaltung der Zentrale des Landes, der Stadt oder des Grafschaftsrats, im Interesse der Gesamtheit als eines Ganzen."

Diesen Worten ganz zustimmend, füge ich noch hinzu, daß sich in jener von Webb getadelten Ansicht ganz deutlich derselbe egoistische Geist zeigt wie heute in der kapitalistischen Wirtschaft: jede Berufsgruppe für sich und ohne Rücksicht auf alle anderen. Man kann im Grunde derlei Einrichtungen gar nicht als sozialistische ansehen, jeder Trust, jede Genossenschaft von heute müßte dann ebenfalls sozialistisch genannt werden. Merkwürdigerweise taucht aber dieser antisozialistische Gedanke in unseren Tagen wieder und zwar in sehr lebhafter Gestaltung in Frankreich auf, er heißt dort: „Syndikalismus".

*

Die kaufmännische Auffassung der Gesamtwirtschaft hindert in ganz besonderem Grade eine Beurteilung derselben vom humanen, sozialistischen Standpunkte aus. Eine ziemlich große Anzahl von Sozialökonomen und Reformern geht immer wieder davon aus, daß man Reichsbanken errichten, daß man Geld ganz ohne Zinsen verleihen, oder daß doch der Zinsfuß niedrig gehalten werden soll und dergleichen mehr. Davon versprechen sie sich eine außerordentliche Erhöhung der Produktion und Beseitigung der Not. Als ob eine noch so bedeutende Erhöhung der Produktion vor Marktkrisen oder gar vor Privatkrisen schützen könnte.

*

Ebenso wie der enge kaufmännische Gesichtskreis eine richtige Auffassung der sozialistischen Forderungen an die Wirtschaft der Gesamtheit hindert, tut das auch der einseitige rechtsphilosophische Standpunkt. Anstatt von dem obersten Grundsatz der allgemeinen Sicherung der physischen Existenzen in ökonomischer Beziehung auszugehen, wird entweder über den Arbeits- oder über den Eigentumsbegriff oder andere Begriffe endlos deliberiert.

Wenn es sich um gründliche Beseitigung unseres ökonomischen Notstandes handelt, so zeigen sich alle Kontroversen zwischen den Rechtsphilosophen, Soziologen und Volkswirtschaftslehrern vollständig unfruchtbar, und demjenigen, der das einsieht, erscheint die ganze mit sachlichem Ernst in die Welt gesandte einschlägige Literatur nicht anders als eine Unterhaltung, die sich Professoren und Privatdozenten gegenseitig zum besten geben.

Ich will nur ein einziges Beispiel vorführen.

Es gibt wohl kaum eine wichtigere Frage, die von der Rechtsphilosophie zu beantworten wäre, als die: Wann ist eine soziale Bestrebung objektiv berechtigt?

Stammler beantwortet diese Frage folgendermaßen: „Eine soziale Frage ist dann objektiv berechtigt, wenn sie konkrete, empirisch bedingte Ziele der Gesellschaft . . . ergreift und verfolgt im Sinne und Geist der Idee einer Gemeinschaft frei wollender Menschen."

Nun soll jemand, wenn ihm eine solche soziale Bestrebung vorgelegt wird, entscheiden, ob sie „im Sinne und Geist der Idee einer Gemeinschaft" ergriffen sei, und ob diese Gemeinschaft nur aus „frei wollenden" Menschen bestehe! Wer kann das? Und sind

nur solche Bestrebungen berechtigt, denen bereits „frei wollende" Menschen zustimmen? Wenn dem so wäre, so hätten sämtliche sozialistische Maßregeln der Neuzeit, z. B. die Altersversicherung, keine objektive Berechtigung gehabt, denn der Adel und die vermögende Bourgeoisie waren dagegen, jene Bestrebungen waren also durchaus nicht im Sinne dieser frei wollenden Menschen gelegen.

*

Braucht man erst sozialwissenschaftliche Entdeckungen oder rechtsphilosophische oder statistische Ergebnisse abzuwarten, um zu empfinden, daß es so nicht weitergehen dürfe? Und sind die endlosen subtilen Untersuchungen und Kontroversen der Sozialökonomen nötig, oder tragen sie überhaupt etwas dazu bei, damit man einsehe: Wir müssen uns alle wie eine große, sich gut vertragende Familie betrachten, in der jeder ökonomisch zu sichern ist, und in der jeder Fähige mitarbeiten muß, um das Notwendige herbeizuschaffen? —

In so vielen Beziehungen man die Gesamtbevölkerung eines Landes als eine Einheit betrachtete, in der wichtigsten hat man es bisher unterlassen, nämlich in der wirtschaftlichen, und die richtige Bezeichnung für diese Art von Einheit ist eben die: Sie bildet eine große Familie, und alle müssen sich daher gegenseitig so unterstützen, wie es die Mitglieder einer friedlichen und guten Familie tun.

Es heißt, die Staatsangehörigen sollen eine Einheit bilden, wenn es gilt, den äußeren Feind abzuwehren oder die Integrität der Landesgrenzen zu bewahren oder diese Grenzen zu erweitern; sie sollen sich eins fühlen, wenn es sich darum handelt, Steuern zu zahlen; oder, wenn eine regierende Dynastie da ist, ihr lebenslang treu zu bleiben; — nur davon wird nicht gesprochen, daß die Staatsangehörigen sich gegenseitig vor Hunger und Sorge schützen sollen.

Warum will man von dieser Einheit nichts wissen?

Es ist zwar als ein bedeutender Fortschritt gegen seine Vorgänger anzusehen, wenn Friedrich List den Grundsatz aufstellte: „Die produktive Kraft einer Nation ist eine ganz andere als die der Individuen, denn sie bestimmt sich nach der Teilung der Arbeit in nationaler Ausdehnung und nach den gesellschaftlichen, bürgerlichen und politischen Institutionen der Nation," es

liegt darin immerhin ein gewisses Gefühl der Einheit des Volksganzen, aber nur nach der Seite der Produktion, die Verteilung wurde von List nicht ins Auge gefaßt.

Es ist, wie ich glaube, ein Vorzug meines Spezialprogramms, von allen mehr oder weniger nationalökonomisch orientierten Deduktionen frei zu sein und sozusagen den schwarzen Ochsen des Elends bei den Hörnern zu fassen. Und ein ebensolcher Vorzug ist es, daß das Programm sich unabhängig hält von vielen anderen Disziplinen, die ebensowenig maßgebend für unseren obersten Zweck: zu helfen, sind, wie die Lehren der Volkswirtschaft. —

Weder die Theorien der Selektion und Deszendenz, noch biologische Analogien überhaupt können uns das geringste nützen, aber viel eher schaden. Wir haben uns nur zu hüten, gegen festgestellte Naturtatsachen zu verstoßen, sonst aber können wir verfahren wie es uns paßt. Das ist die einzige Schranke für unsere gesellschaftlichen Reformpläne.

Die Disziplinen der organischen Natur stehen erst am Anfange einer Wissenschaft, und selbst wenn sie schon Wissenschaft wären und uns Gesetze kennen lehren würden — wovon wir doch noch sehr weit entfernt sind —, so folgt doch daraus nicht, daß unsere gesellschaftlichen Projekte nach der Analogie jener Gesetze entworfen werden müssen. Vielleicht gefallen uns diese Gesetze nicht? —

Bezeichnend für die schädlichen Bestrebungen, im Gebiet der Sozialpolitik mit Analogien aus der Biologie zu arbeiten, ist — unter vielen anderen — der Gedanke, den M. J. Novicow in seinem Essay „La théorie organique des Sociétés. Défense de l'Organicisme (Tome V der Annales de l'Institut international de Sociologie, 1899)" ausspricht. Ich hebe ihn hier als ein Beispiel zur Warnung hervor, viele andere solche Beispiele anzuführen verbietet mir der verfügbare Raum. Novicow, der die Gesellschaft nach der organischen Theorie auffaßt und konsequent den „Organismus" zu vertreten sucht, sagt: „Keine spezielle Funktion ohne spezielles Organ. In der Gesellschaft heißt das: Die regierende Klasse, die Elite. Der Irrtum ist der, zu glauben, daß große Länder regiert werden können ohne dirigierende Klasse, die

genau differenziert ist"... „Durch allgemeines Stimmrecht ein Parlament wählen lassen, ist antiorganizistisch. Man müßte Deputierte wählen aus dauernden Assoziationen..."

Es ist aber ganz und gar unverständlich, warum die Gesellschaft eine „regierende Klasse" oder gar eine „Elite" etablieren soll. Spezielle Behörden für spezielle Ressorts, — das ist selbstverständlich, demnach z. B. soundso viel Ministerien, darunter auch eines für Lebenshaltung, aber warum dirigierende Klassen etablieren? Weil das „Gehirn im menschlichen Körper dirigiert"? Was nicht einmal richtig ist, denn man kann oft nicht wissen, welches Organ dirigiert.

„Ohne organische Methode ist es schwer, eine klare Idee von Freiheit zu haben," und doch haben schon Staaten im Altertum eine sehr klare Idee von Freiheit gehabt, ohne eine Ahnung von der organischen Methode zu besitzen. Die Republik in Athen z. B. wußte nichts von Organizismus.

Und weiter meint Novicow: „Wenn die Regierungen sich nicht mehr mit der Brotfrage befassen werden, mit Agrikultur, Industrie usw., so wird sich eine vollständige Differentiation zwischen der ökonomischen Funktion und der regulierenden herausbilden, d. h. die Freiheit des Handels wird voll und ganz sein."

Welchen Nutzen kann es aber haben, wenn die Regierungen sich nicht um die Brotfrage bekümmern? Wozu diese Sucht, alles zu schematisieren?

Gerade mein Programm zeigt, daß das soziale Problem ‹als Magenfrage› nur dadurch gelöst werden kann, daß die Staatsregierung, resp. eine gesellschaftliche Wirtschaftsbehörde — und nicht eine Klasse — in der Brotfrage dirigiert, was kümmert uns der „Organizismus"?

*

Daß es wertlos ist, biologische Erfahrungen und event. Gesetze auf die menschliche Gesellschaft anzuwenden, ist schon dadurch bewiesen, daß sowohl Sozialisten als ihre Gegner sich auf die Biologie, oder auf die Naturwissenschaft überhaupt, berufen, speziell die Darwinsche Theorie wurde vielfach für und gegen den Sozialismus verwendet. Die Wertlosigkeit der biologischen Analogien für soziale Probleme folgt

ferner daraus, daß in der Natur der Faktor des bewußten und absichtsvollen Handelns fehlt, der in der menschlichen Gesellschaft so mächtigen Einfluß ausübt. Und auch darauf sei hingewiesen, daß man mit dem Analogisieren eigentlich ganz in der Luft hängt, denn es hängt ja alles davon ab, welchen biologischen Vorgang man als Analogie einer sozialen Reform gedanklich zugrunde legen will, und da — wie Demoor und Massart in dem Werke „Regressive Evolution" hervorheben — jede Transformation biologischer Natur in ihren Wirkungen zugleich progressiv und regressiv ist, so geht alle Sicherheit in der Wertschätzung und Rechtfertigung irgendeines Reformprogramms gänzlich verloren.

Zu diesem allen kommt noch der Umstand, daß meistens allgemeine Theorien, wie z. B. eben die Darwinsche vom Kampfe ums Dasein und der Auslese der Besten, mitunter an Ansehen sehr einbüßen, und während die einen — wie Haeckel, Oskar Schmidt und H. E. Ziegler — behaupten, sie widersprechen den sozialistischen Bestrebungen, und andere — wie L. Woltmann, Grant-Allen — sagen, Darwinismus und Sozialismus stehen nicht in Widerspruch miteinander, wird von den meisten Naturforschern ‹im gegenwärtigen Augenblick› die ganze Idee der Evolution durch natürliche Auslese der Besten fast vollständig verworfen. Wohin kämen wir, die wir menschliche Zustände zu verbessern wünschen, wenn wir immer erst solche Theorien zu Rate ziehen wollten! —

Und wie unfruchtbar, ja leer meistens die Resultate sind, die aus der Anwendung naturwissenschaftlicher Theorien auf die Gesellschaftsprobleme hervorgehen, sieht man aus der betreffenden umfangreichen Literatur; als ein Beispiel sei angeführt, was ein sehr ernster Autor, obengenannter Ludwig Woltmann, in seinem Werke „Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus" herausbringt: Die Darwinsche Theorie, von der Auslese der Besten, meint er, werde, soweit sie für die Menschheit in Frage komme, in einer sozialistischen Gesellschaft den Ausdruck finden, daß „die Einheit zwischen Mensch und Natur hergestellt wird".

Nun versuche doch jemand, mit diesem Gedanken der „Einheit" irgendein Reformprogramm zu konzipieren. Jeder kann sagen, sein Programm, es mag noch so willkürlich oder noch so vielen antipathisch sein, repräsentiere eine oder die richtige Einheit mit der Natur.

Wollte man aber die Darwinsche Theorie vom Kampf ums

Dasein benützen, um mein hier durchgeführtes soziales Programm von ihr aus zu kritisieren, so ergäbe sich eine geradezu erheiternde Situation. Denn in diesem Programm gibt es neben der Minimum-Institution ohne Kampf ums Dasein eine Privatwirtschaft mit freier Konkurrenz, also mit Kampf ums Dasein, dieses „Dasein" jedoch als ein Pluszustand oberhalb des Notwendigen verstanden; was wird nun der Analogien-Sucher da tun? Die Selektionstheorie wie die ganze übrige Biologie lassen ihn da in Stich! Und es bleibt ihm wirklich nichts anderes übrig, als, was er wahrscheinlich nicht tun wird, das Programm sachlich, aus sich heraus, nach der Vernunft und bisherigen Erfahrungen zu beurteilen! —

Wir brauchen uns, wie gesagt, von den Tatsachen der außermenschlichen Natur nichts in unseren Plänen und Bestrebungen vorschreiben zu lassen, wir sind bloß genötigt, in der Ausgestaltung unserer Ideen nicht gegen die Naturgesetze zu verstoßen und sie so, wie sie sind, zu benützen. Von bloßen Analogien, die wir aus der Natur hernehmen, lassen wir uns nicht beherrschen. Es ist daher ganz unberechtigt, wie es in neuerer Zeit so beliebt ist, aus biologischen Erfahrungen heraus uns Reformprojekte zu verbieten oder vorzuschreiben; ebenso unberechtigt ist es, aus dem, was irgend jemand als Richtung der Evolution aus der politischen oder Kulturgeschichte herausstudiert — selbst die Richtigkeit des Resultates zugegeben — uns in unseren politischen oder wirtschaftlichen Konzeptionen etwas vorschreiben zu wollen. Wozu haben die Menschen einen bewußten Willen? Vernunft? Ethische Ziele? Wissenschaft? Technik? Alles das finden wir in der Natur nicht, ebensowenig kann uns eine vergangene Kultur in unserer Initiative beschränken. Wir können, wenn wir es für gut finden, auf längst vergangene Einrichtungen zurückgreifen, aber wir können auch jederzeit aufs neue mit etwas Neuem anfangen und haben auf nichts zu achten, als auf dessen Zweckmäßigkeit und Realisierbarkeit.

Wie lächerlich wäre es gewesen, wenn Bismarck es nicht hätte wagen wollen, mit seinen Altersversicherungsgesetzen hervorzutreten, bevor er nicht hätte beweisen können, daß diese Reform in der Richtung der gesellschaftlichen, speziell der wirtschaftlichen Evolution liege! Ja, wir dürften nicht einmal unsere Speisen kochen, weil „in der Natur" nicht gekocht wird und weil die Tiere ihre Nahrung roh verzehren.

*

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß allerdings mehrere Nationalökonomen und Sozialphilosophen sich durch die Darwinsche Theorie des Kampfes ums Dasein, selbst als sie in höchstem Ansehen stand, nicht beirren ließen. Einer der ersten war W. Neurath, der in seinen „Volkswirtschaftlichen und sozialphilosophischen Essays" (1880) die Sätze aussprach: „Wir entdecken im sozialen Leben eine Quelle des Fortschritts, welche durchaus nicht auf den Prozeß der Züchtung durch Daseinskampf und Auslese zurückzuführen ist." „Der heutige Darwinismus muß ergänzt werden . . . Die Influenz der Wesen aufeinander . . . dieses belebende Aufeinanderwirken führt in hohen, uns bekannten Formen den Namen der Liebe . . ."

Auch Schmoller in seinem „Grundriß" weist die Darwinsche Theorie der Selektion im volkswirtschaftlichen Gebiete zurück, dasselbe tut R. Goldscheid in seinem Werke über „Höherentwicklung und Menschenökonomie". P. Kropotkin publizierte im Jahre 1908 das Werk „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt", in dem er auf die zahllosen Erfahrungen bei Menschen wie bei Tieren hinweist, bei denen nicht der Kampf ums Dasein, sondern die gegenseitige Unterstützung wirksam ist, und er behauptet hiernach, daß an dem ethischen Fortschritt der Menschen der gegenseitige Beistand — nicht gegenseitiger Kampf — den Hauptanteil gehabt hat. Auch Lafargue wäre hier anzuführen, der die alleinige Geltung der Selektion für die Entwicklung des Lebens nicht zugibt und darauf hinweist, wie Mutterliebe und Assoziation den individuellen Egoismus vernichten. Und ganz besonders Novicow, der gegen den Sozialdarwinismus kämpft und gegen die Verwechslung biologischer und sozialer Kämpfe protestiert.

Unabhängig davon, ob man die Richtigkeit der eben angeführten Ansichten zugibt oder nicht, ersieht man doch, namentlich bei Durchsicht der Kontroversenliteratur über den Wert der Selektionstheorie an sich, und ferner über das Verhältnis des Darwinismus zum Sozialismus — im Buch von Woltmann „Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus" ist die Literatur über den zweiten Punkt bis zum Jahre 1899 ausführlich mitgeteilt —, daß es Sisyphusarbeit wäre, sich bei Behandlung des sozialen Problems auch nur im geringsten von derartigen Theorien leiten lassen zu wollen. Man wird immerwährend hin- und hergeworfen und gewinnt nicht einmal eine feststehende prinzipielle Ansicht über Sozialismus über-

haupt, geschweige einen Anhaltspunkt zu einer konkreten, praktischen Lösung des eigentlich sogenannten sozialen Problems, das uns hier beschäftigt.

Es ist zu verwundern, mit welcher Sicherheit manche Biologen und Philosophen über Sozialismus vom Standpunkte der Naturwissenschaft aus urteilen, ohne zu bedenken, daß es sich hier um gesellschaftliche Einrichtungen handelt, die wir nach unseren Absichten und ganz und gar nicht nach Analogie von Naturvorgängen etablieren wollen. Am häufigsten geht das Urteil der Biologen dahin, daß die sozialistische Idee der Gleichheit der Evolution in der organischen Welt widerstreitet, und dabei wird mitunter gerne der hochtrabende Ausdruck gebraucht: „Der Sozialismus widerstrebt der Weltordnung."

Nun gibt es aber gar keine Abart des Sozialismus, die die Absurdität einer Gleichheit der Individuen in jeder Beziehung anstreben würde, und gegen eine nur in gewissen Beziehungen einzuführende Gleichheit spricht gar nichts in der Natur, wohl aber der Gang der Kultur dafür. Denn die Biologen vergessen ganz, daß unsere staatlichen Institutionen heute schon mehrfache Arten von Gleichheit stabilisiert haben, z. B. Gleichheit vor dem Gesetze, Gleichheit der Wehrpflicht usw. Es handelt sich daher, wenn man über die Zulässigkeit gewisser auf Gleichheit hinzielender oder reformierender Sozialprojekte überhaupt sprechen will, immer um das konkrete Ziel, und mit bloßen Berufungen auf Vorgänge in einem anderen als gesellschaftlichen Gebiete kommt man da nicht vorwärts. —

In der Schrift „Freie Wissenschaft und freie Lehre" sagt Haeckel:

„Deutlicher als jede andere wissenschaftliche Theorie predigt gerade die Deszendenztheorie, daß die vom Sozialismus erstrebte Gleichheit der Individuen eine Unmöglichkeit ist, daß sie mit der tatsächlich überall bestehenden und notwendigen Ungleichheit der Individuen in unlöslichem Widerspruch steht." Hiernach müßte Haeckel nicht nur das Bestehen eines Erbadels für alle Zeiten als „notwendige" Ungleichheit ansehen, sondern auch die Sklaverei und die Leibeigenschaft! Und in einer anderen Richtung fehlerhaft ist der folgendende Satz Haeckels: „Die Selektionstheorie lehrt, daß im Menschenleben wie im Tier- und Pflanzenleben überall und jederzeit nur eine kleine bevorzugte Minderheit existieren und

bleiben kann, während die übrige Mehrheit darbt und mehr oder weniger frühzeitig elend zugrunde geht . . . Der grausame und schonungslose Kampf ums Dasein . . . ist eine unleugbare Tatsache, nur die auserlesene Minderzahl der bevorzugten Tüchtigen ist imstande, diese Konkurrenz glücklich zu bestehen . . . Man kann diese tragische Tatsache tief beklagen, aber man kann sie weder verleugnen noch ändern."

Hierzu sei Folgendes bemerkt: Im Tier- und Pflanzenleben gibt es weder Spitäler noch eine Armeninstitution, noch eine Unfall- und Altersversicherung; nach der Theorie der Identifizierung des Menschenlebens mit dem Tier- und Pflanzenleben wäre es, sozusagen, gegen die Natur, also absurd, gewesen, für kranke und arme Menschen zu sorgen; und da in jüngster Zeit durch Invaliditäts- und Altersversicherung in dieser sozialistischen Richtung lebhaft weiter gearbeitet wird, so müßte man nach Haeckel diese Bestrebungen als unsinnig ansehen, weil sie eben zu verhindern suchen, daß die „übrige Mehrheit mehr oder weniger frühzeitig elend zugrunde geht". Was aber die „auserlesene Minderzahl der bevorzugten Tüchtigen" — oder, wie andere sagen: „das Überleben der Passendsten" betrifft, so sollte heute doch Niemand mehr, der das Leben kennt, von „bevorzugten Tüchtigen" sprechen, denn diese Bevorzugung besteht in den meisten Fällen in Eigenschaften und speziellen Umständen, die ein ethischer Mensch entweder direkt tadeln muß, oder die man wenigstens nicht für wirkliche Bevorzugungen, resp. für der Allgemeinheit nützliche Fähigkeiten oder für derlei Umstände halten kann. Besonders die sozialistisch angehauchten nationalökonomischen und sozialistischen Schriftsteller haben ja auf diesen Punkt hinreichend oft und deutlich hingewiesen.

Derlei Ansichten, wie sie da Haeckel und Andere aussprechen, erklären es, wie solche Thesen Beifall finden konnten, wie die von Nietzsche, daß die Bestimmung der Massen eigentlich nur die sei, einige Genies hervorzubringen, daß die Herrenmenschen zum Wohle der künftigen Generationen, also zum Zwecke des „Fortschritts", sogar Menschen opfern dürfen; daß niedrige wirtschaftliche und soziale Stellung der großen Mehrheit eines Volkes eine unerläßliche Bedingung für dessen organisch erbliche und kulturelle Höherentwicklung sei. —

Aber alle diese Herren von der kannibalischen Sorte vergessen ganz daran, daß sie durch ihre Theorien von der „beglückten

Minderheit", von der „bevorzugten" Minderheit, von dem Überleben des „Passendsten" die minder beglückte und minder bevorzugte Mehrheit geradezu zur Revolution treiben. Denn diese Mehrheit, das ist die um ihre Existenzsicherheit und um alle Lebensfreude gebrachte Majorität, wird es nicht dulden, daß jene, die von der Natur oder durch zufällige Umstände Bevorzugte sind, auch innerhalb der menschlichen Institutionen bevorzugt bleiben.

*

Ganz überflüssige Vorschriften und unbrauchbare Phrasen, mit denen nichts anzufangen ist, über unsere Bestimmung und unsere Aufgabe, verdanken wir besonders Schriftstellern der neueren und neuesten Zeit.

W. v. Humboldt weiß ganz genau, daß zwei Dinge nötig sind: „Freiheit und Mannigfaltigkeit der Situationen" als notwendige Voraussetzung menschlicher Entwicklung. —

Wie aber jene Mannigfaltigkeit herbeiführen? Und in welchem Maße? Und ist sonst nichts anderes nötig? Oder vielleicht doch viel nötiger? —

Sören Kierkegaard bezeichnet als Ziel des Individuums: „ein Einzelner zu bleiben, hoch über der Menge und der Allgemeinheit". Warum die Menge von Kierkegaard so sehr verachtet wird, ist mir nicht verständlich. „Der Mensch soll sich entwickeln, sich gewissermaßen selber wählen in ‚gottgewollter' Selbstwahl." Wie man aber Gottes Willen erkennen kann, ist ebenfalls schwer verständlich, würde jedenfalls sehr interessant sein, zu erfahren. —

Ibsen wieder stellt dem Individuum als Aufgabe: „sich seiner Persönlichkeit gemäß frei zu entwickeln und zu entfalten ... Das ist der eigentliche Beruf des Menschen. Nur wer ihn treu erfüllt, hat Existenzberechtigung." — Das wäre allerdings eine etwas harte Bedingung. Um so mehr, als man fast niemals sich selbst so genau kennt, um zu wissen, was „der Persönlichkeit gemäß" sei. „Er soll sich nicht in die verderblichen Fesseln der Gesellschaft schlagen lassen." Auch hier muß man fragen: warum „verderblich"? Und in welchem Maße verderblich? Was soll eigentlich der Einzelne tun? Namentlich, wenn die Gesellschaft zufällig eine ganz gute wäre?

*

Fort mit allen Spielereien unter wissenschaftlichem Anschein!

Hier haben wir eine höchst ernste und dringende Sache zu erledigen, und wir haben keine Zeit und keinen Anlaß, uns mit den Kontroversen embryonischer Wissenszweige zu befassen. Es kümmert uns nicht, ob Haeckel, Oskar Schmid, H. E. Ziegler u. a. recht haben, die behaupten, der Darwinismus ‹nämlich die Theorie vom Kampf ums Dasein› widerspreche allen sozialistischen Bestrebungen, oder ob Woltmann, Grant-Allen und die Sozialdemokraten recht haben, die genau das Gegenteil behaupten; wir untersuchen auch nicht, ob die Theorie der Selektion an sich richtig, oder — wie heute fast allgemein geglaubt wird — nur teilweise richtig oder geradezu falsch sei.

Mögen die Soziologen, Biologen und Volkswirtschaftslehrer weiter studieren und debattieren, aber „Hände weg" von der Behandlung der sozialen Frage!

Wenn wir warten müßten, bis alle jene Herren samt den Rechtsphilosophen in den Grundfragen einig werden, die sie mit der Lösung der Magenfrage in Verbindung bringen wollen, so müßten bis dahin Millionen und Millionen von Menschen verhungern.

*

Den ganzen Schaden davon, daß die organische Naturwissenschaft in das soziale Problem unaufhörlich dreinspricht und das gesunde Urteilsvermögen verwirrt oder entkräftet, verdanken wir im letzten Grunde weniger den Vergleichen des Staates mit einem Menschen seitens Platos und Aristoteles', als dem sozialbiologischen Witz des famosen — Menenius Agrippa!

Dieser von den römischen Patriziern bei der ersten Sezession der Plebejer auf den heiligen Berg zu diesen abgesandte Herr überredete bekanntlich die Aufständigen, zurückzukehren, durch das Gleichnis von den Gliedern, die dem Magen den Dienst verweigern. Sein Einfall, bevorzugte Gruppen der Gesellschaft mit dem Magen, und die wirklich arbeitenden und gedrückten Gruppen mit den anderen Organen zu vergleichen, hat in der Tat eine kulturhistorische Bedeutung; denn von ihm datieren alle mehr oder weniger analogen foppenden Argumente, welche die Geburts- oder Geldaristokraten den Rufen nach Gerechtigkeit und Menschenachtung entgegenhalten.

Aber wenn die Geschichte von Menenius Agrippa wirklich wahr wäre, so müssen die Plebejer auf dem heiligen Berg sehr dumm gewesen sein, ihm hineinzufallen und den Berg zu verlassen.

Hat denn nicht ein Einziger unter ihnen die Geistesgegenwart gehabt, Agrippa zuzurufen: „Gut Agrippa! Wenn es durchaus einen Magen geben muß, so wollen wir Plebejer von nun an Magen sein, und ihr Patrizier übernehmt die Rolle der Glieder!"

Aber es wäre doch zu viel verlangt, daß die damaligen Plebejer Roms auf diesen Gegenwitz hätten kommen sollen, denn auch unsere heutigen Organo-Soziologen sind noch nicht darauf gekommen.

*

Immerfort hören wir, die Gesellschaft sei ein Organismus oder eine höhere Art von Organismus, nämlich ein „Überorganismus". Gewiß hat die Gesellschaft manche Eigenschaft mit den „organisch" genannten Wesen gemein, aber darum muß sie noch kein Organismus sein, ob man ihn nun so oder so definiert. Man hat ja schon öfter, namentlich im Kampf mit den sogenannten Organizisten, sehr richtige Einwendungen gegen diese weit getriebene Analogie erhoben, wie z. B., daß das Einzelindividuum doch nicht mit einer Zelle verglichen werden kann, daß die menschliche Gesellschaft als solche kein einheitliches Bewußtsein besitzt u. dergl. mehr.

Aber an den Hauptunterschied zwischen organischen Wesen — die wir eben so benennen — und der menschlichen Gesellschaft, der gerade wegen der sozialen und politischen Konsequenzen von der größten Wichtigkeit ist, hat man bisher wohl ganz vergessen:

Hat man schon jemals ein organisches Wesen gesehen, dessen einzelne Teile mit anderen Teilen desselben tauschen wollen, wie das in der menschlichen Gesellschaft der Fall ist, wo die armen Individuen mit den reichen ganz oder wenigstens teilweise tauschen möchten und, wenn die Umstände es ermöglichen, es auch tun und im Laufe der Geschichte und des privaten Lebens ⟨z. B. durch politische Revolution, Raub oder Diebstahl⟩ es auch wirklich getan haben?

Damit aber fallen alle Konsequenzen einer organizistischen Betrachtung der Gesellschaft und des sozialen Problems insbesondere, und auch alle aus jener Auffassung stammenden Gesichtspunkte, zu Boden, denen zufolge das einzelne Individuum nur als sekundäre

Größe und die „organische" Gesellschaftsmasse der Gegenwart oder der Zukunft als der eigentliche Zweck aller Fürsorge betrachtet werden.

*

Von den vielen derartigen Ideen will ich hier nur ein einziges Beispiel geben. Wenn es sich um Verteilung des Volkseinkommens handelt, meint ein Biosoziologe, nämlich W. Schallmayer, in seinem Werke: „Vererbung und Auslese in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung" (2. Aufl. S. 416 und 417): „Das Ideal wäre, eine solche Einkommenverteilung anzustreben, welche einerseits für Jeden den größten Sporn zu möglichst wertvollen sozialen Leistungen und andererseits für die erblich Tüchtigsten den größten Vermehrungstrieb und die größte Vermehrungmöglichkeit bilden würde."

Hier sieht man auffallend deutlich, wohin es führt, wenn man seinen Gedankenkreis vom Sozialdarwinismus — oder, nach einem Ausdruck Müller-Lyers, von „Kulturzoologie" — erfüllen läßt. Vom Wohlbefinden, ja von der Sicherung der Existenz des Individuums ist da keine Rede, es gilt nur als ein Durchgangspunkt.

Aber welche Lebensfremdheit, welcher Mangel an praktischem Blick sprechen aus dieser ganzen Konstruktion des wirtschaftlichen Ideals!

Das wäre in der Tat keine geringe Aufgabe, vor der Einkommensverteilung bei jedem, sage: jedem Individuum zu untersuchen, was bei ihm den „größten Sporn zu möglichst wertvollen sozialen Leistungen" bilden würde; schon die Feststellung des „wertvollen" und dann sogar des „möglichst" wertvollen dürfte der Verteilungs-Exekution wohl nicht geringe Schwierigkeiten bereiten.

Aber damit nicht genug. Man soll auch herausfinden, welche unter den Mitgliedern der Gesellschaft die „erblich Tüchtigsten" sind, und dafür (durch die Einkommensverteilung) sorgen, daß ihr Maximum von „Vermehrungsmöglichkeit" erreicht werde?

Es wäre höchst interessant, diesen Untersuchungen beizuwohnen und ihre Ergebnisse kennen zu lernen.

So sehen eben die Lösungen des sozialen Problems aus, wenn die Organiker sie in die Hand nehmen.

*

Auch der ausgezeichnete Physiologe und Anthropologe M. Verworn nimmt die Analogie zwischen einem politischen Staatswesen und einem Organismenkörper sehr ernst. In seinem Werke: „Erforschung des Lebens" sagt er in dieser Hinsicht: „Bei der bis in die feinsten Einzelheiten hineingehenden, ich möchte fast sagen, vollkommenen Analogie zwischen beiden und im Hinblick auf die Tatsache, daß der Zellenstaat des tierischen und menschlichen Körpers ein geradezu ideal geregeltes Staatswesen ist, müßte ein tiefgehendes Studium der Organisationsverhältnisse des Zellenstaates für alle politisch-staatswissenschaftliche Forschung von größtem Interesse sein, denn hier finden alle menschlichen Verhältnisse ihr Gegenstück, und was das Wichtigste ist, alle Probleme staatswissenschaftlicher Forschung sind hier in glänzender Weise gelöst . . . Mir scheint die Staatswissenschaft mit der Physiologie in allernächster Verwandtschaft zu stehen . . . In einem Punkte aber befinden wir uns in der Physiologie in einer günstigeren Lage: Wir haben den großen Vorteil, experimentieren zu können in einem Umfange, wie es in der Staatswissenschaft nicht annähernd der Fall ist."

Es ist jedoch, wie ich glaube, von dem Studium der Organismen durchaus kein Nutzen für die Staatswissenschaften zu erhoffen. Dies zeigt schon die Erfahrung, derzufolge schon viele Versuche gemacht wurden, auf Grund der faktischen oder hypothetischen Analogien in beiden Gebieten staatsrechtliche oder soziologische Konstruktionen zu entwerfen, ohne daß irgendein nennenswertes theoretisches oder praktisch wertvolles Resultat gewonnen wurde.

Zur Sache selbst, d. h. zu der so oft und mit so vieler Freude hervorgehobenen Analogie zwischen Zellenstaat und menschlicher Gesellschaft muß aber, wie schon oben erwähnt, dem Physiologen gegenüber doch hervorgehoben werden, daß erstens zwischen einer Zelle und einer menschlichen Individualität ein ungeheuerer Unterschied herrscht, denn diese ist ja selbst schon ein ganzer, höchst komplizierter Organismus, und zudem ein solcher mit bewußten Wünschen und Willensäußerungen, und daß ferner niemals ein Organ mit einem anderen tauschen will, wie es z. B. arme Menschen mit reichen gerne täten, oder kranke mit gesunden. —

Und wie kann man behaupten, daß der Zellenstaat des menschlichen Körpers ein „geradezu ideal geregeltes" Staatswesen ist? Es gibt doch nichts Gebrechlicheres als den Menschen,

einen so großen Teil des Lebens krank oder kränkelnd, so selten zufrieden und schließlich dem Tode verfallen. Eine solche Konstruktion kann uns doch kein Muster für unsere Staatseinrichtungen sein, selbst wenn wir imstande wären, die richtigen Übertragungen von dem einen Gebiete auf das andere vorzunehmen. „Jeder Mensch lebt sich zu Tode", sagte Hegel und das ist kein Witz, sondern bitterster Ernst; sollen wir also schon im vorhinein eine Gesellschaft so konstruieren, daß sie kränkelt oder faktisch krank ist und sich schließlich „zu Tode lebt"?

Und dürfen wir daran vergessen, daß im menschlichen Organismus in vielen Beziehungen eine ausgesprochene Unzweckmäßigkeit herrscht? —

Auch vom Standpunkte der Einfachheit aus wäre ein Aufbau der Gesellschaft oder des Staates — so weit dieser mit Absicht durchgeführt würde — nach dem Muster des Menschen oder Tieres als Zellenstaat durchaus nicht wünschenswert. Denn offenbar ist ein komplizierterer Bau störenden äußeren Einflüssen und schädlichen Vorgängen in seinem Inneren mehr ausgesetzt als ein einfacherer. Wir sehen das ja jeden Tag an den Erfahrungen in unserer so komplizierten Volkswirtschaft.

*

Zur Lösung des sozialen Problems braucht man gar nichts anderes als: sozial-ethisches Empfinden und dann einen guten konstruktiven Gedanken, um diese Empfindung anschaulich zu gestalten. Wissenschaft hat hier nur eine sekundäre Bedeutung, kann keine Grundgedanken hervorbringen und keine Konstruktion lehren.

*

Es heißt einfach: Das und das soll jeder Staatsangehörige für seine notwendige Lebenshaltung bedingungslos erhalten, wir lassen es durch Alle produzieren und verteilen es auch an Alle. Daß diese Methode mit größtmöglicher Sicherheit das soziale Problem — als Magenfrage — löst, versuche Jemand zu bestreiten, er mag in seinen Mußestunden Darwinist, Lamarckianer, Organizist überhaupt, oder was sonst immer sein.

Die Lebensnotwendigkeiten sollen Jedem ohne Kampf mit den Mitmenschen zuteil werden, er soll es nicht nötig haben,

talentiert, energisch, gelehrt, schön, schlau oder schlecht zu sein. Der einfache, nicht übertriebene Fleiß in einer für Alle gleich gültigen Institution, der Nährarmee, soll genügen. —

Allerdings ist vorauszusehen, daß gerade deswegen, weil hier die Lösung der sozialen Frage so direkt und einfach dargeboten wird, die gelehrten und auch weitere gebildete Kreise sich ihr entgegenstellen werden, denn ohne Hokuspokus wollen die Menschen nicht einmal ihr Glück annehmen. Nicht einmal satt werden wollen viele, wenn sie nicht vorher eine Anzahl nationalökonomischer oder sonstiger wissenschaftlicher oder pseudo-wissenschaftlicher Begriffe und Deduktionen geschluckt haben.

Beweis der Unmöglichkeit ohne direkte Zuteilung eines Existenzminimums in natura die soziale Frage zu lösen.

Wir wollen nunmehr zeigen, daß in unserem heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem mit seinem freien, selbst mit reguliertem freien Verkehr die soziale Frage niemals gelöst werden kann, die Theoretiker mögen noch so lange fortarbeiten und die großen Gesichtspunkte und Einfälle bedeutender Nationalökonomen mögen noch so zahlreich und noch so genial sein. —

Vor allem sei nochmals hervorgehoben, daß eine ehrliche Deutung der sozialen Frage als Magenfrage nichts anderes besagen kann, als die Aufgabe, jedem Menschen seinen notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Wer sich ein geringeres Ziel steckt, spielt bloß mit sekundären Themen, die zwar ins Endlose schriftstellerische Beschäftigung bieten, aber für die Lösung der dringendsten aller sozialen Bestrebungen ohne Wert sind. —

Schon einzelne Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben sind mitunter geeignet, uns die Widersinnigkeit desselben deutlich vor Augen zu führen, und zugleich den Eindruck zu erwecken, daß diese Widersinnigkeit nicht eine zufällige, zu beseitigende, sondern eine prinzipielle sei.

So z. B. würde man, ohne unsere bitteren Erfahrungen, es für unmöglich, ja für geradezu absurd halten, daß in einem Lande die Landwirte — und mit ihnen viele andere Berufe — dadurch ein ungenügendes Einkommen haben, auch wenn sich im Lande selbst eine reichliche Getreideernte ergeben hatte, oder wenn Getreide im Lande selbst reichlich vorhanden war, weil zufällig ein anderes Land noch eine bessere Ernte hatte. Den ersten Fall sah u. a.

Frankreich unter Ludwig XVI., auf die Klagen einer Deputation von Landwirten erwiderte der König: „Wer kann für das Unglück einer guten Ernte!" Diese Worte machen doch gewiß einen schrecklichen Eindruck! Der zweite Fall spielte im Jahre 1879. „Getreide ist genug vorhanden", hieß es in einem Gutachten der Société nationale d'agriculture für die damals eingesetzte landwirtschaftliche Enquete, „aber dennoch haben wir Not, weil Amerika noch mehr hat".

Und wie bekannt trafen solche Notlagen sehr oft ein, und die Klagen der Landwirte füllen unzählige Reden, Schriften und Protokolle von Enqueten und Kommissionen.

Wenn man nun, wie es doch natürlich ist, das ganze Land, also die Existenzbedürfnisse der ganzen Bevölkerung und nicht bloß das Geschäft eines oder mehrerer Berufe, ins Auge faßt, so ist gewiß gar kein Anlaß vorhanden, von Not zu sprechen, wenn Getreide genug vorhanden ist, aber durch Zerschneidung der Volkswirtschaft in einzelne Berufskategorien und Austauschmanipulationen im Inland und eventuell auch mit dem Ausland, ergeben sich unausbleiblich so oft Verlegenheiten, Beklemmungen Kämpfe und Not.

Wenn man aber in den zwei eben genannten Fällen in einem gewissen Zeitpunkt einen anscheinend oder faktisch genügenden Schutzzoll, z. B. gegen Getreideeinfuhr, errichtet, so kann vielleicht bald darauf der ausländische Konkurrent irgendwelche agrikole oder Verkehrsverbesserungen ausdenken, durch welche der bisher bestehende Schutzzoll ungenügend wird. Eine beliebige Erhöhung desselben oder ein gänzliches Einfuhrverbot ist aber meistens undurchführbar, da man die Möglichkeit berücksichtigen muß, daß einem das Ausland seinerseits die Einfuhr sperrt. Wenn aber das Verhältnis zu dem ausländischen Konkurrenten geordnet und endlich ein gewisser gewünschter Schutzzoll festgelegt ist, so kommen wiederum die Konsumenten, die sich über die künstliche Teuerung der Lebensmittel beklagen, „wo doch ‚die Natur' das Notwendige reichlich bietet".

Aus diesen Kontroversen und sich entgegenstehenden Interessen kommt man niemals heraus. —

Wie einfach und selbstverständlich und doch so verpönt ist da der Gedanke, das Getreide, respektive Brot, wenigstens soweit als es für die Ernährung aller Staatsangehörigen benötigt wird,

als Staatsgut zu produzieren und an Alle — ja nicht zu verkaufen, sondern zu — verteilen, und bei eventuellem Mangel das aus dem gesegneteren Auslande einzuführende Quantum durch den Staat kaufen zu lassen resp. gegen andere Artikel staatlicher ‹kollektiver› Produktion auszutauschen und unter die ganze Bevölkerung zu verteilen.

Diesen Vorgang verallgemeinert gedacht, kann es dann überhaupt niemals zu Klagen einzelner Berufe, wie z. B. der Landwirte kommen, welche Beschwerden ja unter den heutigen Verhältnissen, namentlich seitens der größeren Grundbesitzer, nicht immer ganz unbegründet sein müssen.

*

Wenn man nun solche Vorgänge, die sich immer von neuem und in den mannigfaltigsten Formen wiederholen, mit einigem Ernst und frei von Vorurteilen betrachtet, so muß man sich doch sagen: Das häßliche und sonderbare Menuett, das man jetzt tanzen muß, um in den Besitz des zum Leben Notwendigen ‹namentlich durch Kauf und Verkauf zwischen den einzelnen Erwerbsarten› zu gelangen, muß doch einmal ein Ende nehmen!

Mit Existenzartikeln ist nicht zu spaßen; die Beschaffung, d. h. der Genuß solcher Güter, auf welche die Menschen, auch beim besten Willen, nicht warten können, darf für jeden Einzelnen von gar nichts anderem abhängen, als von deren Vorhandensein. Es ist nichts anderes als ein grausames Spiel, notwendige Güter nicht unmittelbar, sondern erst nach irgendeinem — immer nur konventionellen — Wertmaßstabe, nach irgendeinem ökonomischen „Ding an sich", z. B. der Arbeitszeit oder nach Geldgrößen, zu bemessen und dann nur im Austausch zu verteilen. —

Ganz vergeblich sind alle Bemühungen, den Übelständen in unserem Wirtschaftssystem dadurch abzuhelfen, daß man die Klagen einzelner Berufe oder Klassen berücksichtigt, ihnen sozusagen das Maul stopft, und die Beschwerden anderer Berufe und Klassen, die fast immer gerade durch jene Berücksichtigungen leiden, mit den oberflächlichsten Trostgründen oder Syllogismen abspeist. Auf nationalökonomische Argumente ist nicht der geringste Verlaß, und keine volkswirtschaftliche Deduktion kann den Notleidenden Brot sichern.

Wenn Getreideschutzzölle eingeführt werden, so sagt man

den dadurch beeinträchtigten Konsumenten: „Wenn wir Bauern Geld haben, so haben Alle Geld, denn wir sind ja auch Konsumenten." Die geschützten Fabrikanten sagen den Arbeitern, die manche notwendigen Artikel infolge des Schutzzolls teuerer kaufen müssen: „Wenn wir, durch den Schutz gegen ausländische Konkurrenz, genügend beschäftigt sind, so haben auch die Arbeiter Beschäftigung, sonst müssen sie feiern." —

Mit dem Verlangen nach einem gesetzlich garantierten — durch Zollbeamte und Soldaten gesicherten — Schutz oder überhaupt nach einer staatlichen wirtschaftlichen Sicherung kann aber jede Berufsart auftreten, und tut dies auch, wenn auch in viel schüchternerer Weise als die Landwirte und Fabrikanten, die ihre Vertreter in politisch bevorzugten Klassen haben.

Die landwirtschaftlichen und industriellen Lohnarbeiter können sagen: „Wer immer uns den Brotkorb hoch hängt, der ist unser Feind, ob Inländer oder Ausländer, garantiere uns der Staat einen Minimallohn, und zur Vorsicht setze er gleichzeitig entsprechende Brotpreise fest. Wenn wir Geld haben, hat alle Welt Geld, denn wir konsumieren ja in großen Massen." Dabei denken sie nicht daran, daß unter solchen Umständen vielleicht die Fabrikanten und die Bäcker nicht existieren könnten. Denkt man aber ja daran, so steht man eben ratlos da, wenn man auch noch so gerne, z. B. hier den Arbeitern, helfen möchte.

Ebenso könnten die Bauern ein gesetzliches Minimum der Getreidepreise verlangen, wenn man ihnen aber willfahrt, beschweren sich sofort die Brotkonsumenten usw. usw.

Und da alle Menschen das gleiche Recht auf ökonomischen Schutz haben, so muß die Zahl solcher Forderungen ins Unendliche gehen, wobei allerdings stets nur einige mit besonderer Vehemenz erhoben werden. Und mit allem diesen unaufhörlichen Geschrei wird der wirtschaftliche Zustand doch nicht besser, denn, wie man weiß, ist nicht nur die Not eine weit verbreitete, sondern die Unsicherheit des Erwerbes nimmt, und zwar im Verhältnis der Komplikation der Gesamtwirtschaft und der ökonomischen Beziehungen der verschiedenen Staaten zueinander, immer mehr zu. —

Das kann ja auch gar nicht anders sein!

Mag auf gesetzgeberischem Wege noch so sehr dahin getrachtet werden, den leidenden Berufen nachzuhelfen, niemals wird es menschlichem Scharfsinn oder noch so großer Erfahrung

in Vergangenheit und Gegenwart gelingen, vorherzubestimmen, wie sich Vorteile und Nachteile einer jeden Maßregel — wie auch jedes spontanen ökonomischen Ereignisses — in Beziehung auf die einzelnen Berufe herausbilden werden, wie groß ihr Einfluß sein wird, wann er auftritt und wie widerstandsfähig diese gegen schlimme Einflüsse sein werden.

Was man hier wissen kann, ist nur der triviale Satz: Wohl dem, der zuerst zur Schüssel kommt, und wehe dem, der, wenn es ihn schlimm trifft, nicht warten kann, bis es wieder besser wird. Das ist ja auch der Grund, warum sich staatliche, wenn auch nicht gerade glänzend gestellte und geschützte Berufe so wohl, so behaglich fühlen, denn sie haben's ja schon und für immer! Die anderen, denen jene zum Trost und zur Beschwichtigung des Neides allerlei nationalökonomische Betrachtungen zum Besten geben, müssen eben warten, und sehr oft lange warten, bis sie die Richtigkeit, meistens aber die Unrichtigkeit dieser Betrachtungen und Versprechungen zu spüren bekommen. —

Nun ist wiederum das Merkwürdige dies, daß so Viele nach staatlichem Schutz in irgendeiner Form rufen, aber das — echt egoistisch — nur zersplittert, für einzelne Berufe oder Klassen, nämlich für sich selbst verlangen, wenn man aber sagt: „Es gibt doch gar keinen zweckmäßigeren staatlichen Schutz, als wenn er in einer Kollektivwirtschaft gleichmäßig über Alle, auch auf jedes Individum, sich erstreckt", so will heute noch die Mehrheit der Laien wie der Fachleute in der Volkswirtschaft nichts davon hören.

*

Das Bisherige würde wohl schon genügen, um die große Schwierigkeit einer Lösung des sozialen Problems durch das heutige Wirtschaftssystem erkennen oder wenigstens als höchstwahrscheinlich erscheinen zu lassen. Die nachfolgende, mehr systematische Zusammenfassung wird aber den vollständigen Beweis dafür liefern.* —

Es sind drei Kategorien von Ursachen der unheilbaren

* Zwar haben schon Robert Owen, Louis Blanc und Victor Considérant sehr zahlreiche und wohlbegründete Anklagen gegen unser Wirtschaftssystem erhoben, sie blieben aber noch weit hinter der Wirklichkeit zurück — sie beleuchteten die Mängel nicht in systematischer Weise, wie es hier versucht und wodurch ein klarerer Überblick ermöglicht wurde.

Krankheit unseres Wirtschaftssystems vorhanden: Das Regime desselben an sich, der Charakter jener Menschen, mit denen man es beim Wirtschaften zu tun bekommt, und endlich die Untauglichkeit oder die schlimmen Zufälle der einzelnen Individuen, die sie hindern, in ökonomischer Beziehung vorwärts zu kommen. —

Durch die Komplikation des Regimes ist es meistens unmöglich, den Zusammenhang der wirtschaftlichen Tatsachen zu erkennen und sich vor schlimmen Folgen derselben genügend zu schützen. Ebenso schwierig wird es, sich zu schützen, selbst wenn man das Übel kennt, gegenüber übermächtiger Konkurrenz oder ebensolchen monopolistischen Vereinigungen, wie es die Kartelle und Trusts sind, hier erliegt man also nicht der Unkenntnis von Komplikationen, sondern einer unregulierten und uneingedämmten Macht.

Eine andere schädliche Übermacht sind die mehr oder weniger allgemeinen Krisen, die ja ‹bisher› niemand voraussehen und noch weniger verhindern kann. Mit dem freien Verkehr in unserer Wirtschaft hängt es auch zusammen, daß, wer eben die Macht hat, die Preise seiner Artikel oder Leistungen oft nach Belieben erhöhen kann, wenn Konkurrenz und auch andere Gegenkräfte versagen. Unbehebbare Schwierigkeiten eigener Art ergeben sich in unserem freien Wirtschaftssystem durch das Hineinspielen politischer, nationaler, religiöser und neuestens auch rassenpolitischer Strömungen, gegen Boykotts solcher Art kann Niemand aufkommen, und das wird niemals anders werden, außer man richtet ein Wirtschaftssystem ein, das Jedem, ganz unabhängig von allem Anderen und über allem Anderen, seine Lebenshaltung sichert. Will nun aber der Staat die Härten unseres Regimes mildern, so ergeben sich sofort schädliche Gegenwirkungen oder es erheben sich hemmende Argumente, die den Staat von der Ausführung seiner guten Absichten zurückhalten. Die Gegenwirkungen partieller Schutzmaßregeln haben wir bereits oben kennen gelernt, als wir die gesetzlichen Schutz- und Sicherungsmaßregeln besprachen. Neutrale, d. h. Allen zugute kommende, also allgemeine Projekte staatswirtschaftlicher Natur aber werden sehr oft unterlassen wegen der Befürchtung mangelnder Rentabilität, und darin zeigt sich eben der Fluch der Geldwirtschaft, die Alles, wo es nur immer geht, vom rein kaufmännischen Standpunkte aus behandeln möchte und an die Menschen vergißt.

Ein anderes Hemmnis ist die falsch formulierte, von den meisten Nationalökonomen propagierte Ansicht, daß der eigentliche Zweck der Volkswirtschaft das Wohl der Gesamtheit als solcher, das „Volkswohl" sei, während doch selbst das höchste Wohl der Gesamtheit noch immer nicht verhütet, daß es sehr Glückliche, aber auch viele sehr Unglückliche gibt, wobei die arithmetische Summe ihrer Zustände allerdings sehr günstig ausfallen mag; so gibt z. B. die Lebenshaltung oder das Vermögen von einem Rockefeller und hundert Bettlern zusammengenommen, im Durchschnitt pro Person genommen, noch immer eine respektable Summe; und doch ist das „Wohl" jedes Bettlers der Null gleich. Dasselbe gilt von der übertriebenen Rücksichtnahme auf das Wohl der zukünftigen Generationen, wobei das Wohl der Lebenden leichten Herzens zurückgesetzt wird. —

Von dieser verkehrten Denkart möchte ich in Folgendem ein Beispiel bringen. Man sollte meinen, der Zweck aller Volkswirtschaft sei der, daß die Menschen zu leben, zu essen haben? Ein gelehrter Nationalökonom, Professor Pohle, ist jedoch anderer Ansicht.

In seinem Werke „Deutschland am Scheidewege", in welchem er agrarische Interessen vertritt, sagt er: „Der Anspruch des Konsumenten auf billiges Brot, so wichtig und berechtigt er ist, ist doch keine absolut und unter allen Umständen zu berücksichtigende Forderung. Wenn die gesunde Weiterentwicklung des ganzen Wirtschaftsorganismus auf dem Spiele steht, dann muß dieser Anspruch zurücktreten vor den dauernden Interessen der Nation, welche andere sind als die Interessen der zeitweiligen Konsumenten, die auch in ihrer Gesamtheit im Leben der Nation keine größere Bedeutung besitzen, als im Leben des Baumes die Blätter."

Nun möchte man den auf so hoher Warte stehenden Nationalökonomen doch fragen, was er unter „gesunder" Weiterentwicklung versteht. Ich glaube, selbst die allergesündeste ökonomische Entwicklung kann doch nichts Wichtigeres zum Ziele haben, als die Menschen vor ökonomischer Not zu schützen, also den Konsumenten, die ja immer „zeitweilige" sein werden, buchstäblich genommen, „billiges Brot" zu verschaffen ‹so lange man es, wie heute, noch für Geld kaufen muß›. Die Aufgabe, auch für die Wirtschaft der Zukunft zu sorgen, ist zwar ebenfalls wichtig, kommt aber erst in die zweite Linie.

Es ist sehr traurig, menschliche Individuen mit Baumblättern auf eine Stufe gestellt zu sehen. Wenn die Baumblätter reden und sich wehren könnten, also Individuen wie die Menschen wären, so würden sie geradeso ihre Bedeutung verteidigen wie menschliche Wesen, die sich doch mindestens so viel Bedeutung zuschreiben dürfen, um Nahrung zum Weiterleben, also Brot, zu verlangen. Wir Menschen können allerdings ganz leicht den Baum als das Wichtigere und die Blätter als das Vorübergehende, Zeitweilige in seinem Leben betrachten, nichts kann uns ja daran hindern. Allein menschliche Existenzen einem Begriff, nämlich dem einer „Weiterentwicklung" unterordnen, beweist nur das Fehlen jeder Achtung vor denselben.

In der heutigen Geldwirtschaft ist daher in der Tat die allerwichtigste Einrichtung die Sicherung „billigen Brotes", und es gibt keine „Interessen des Ganzen", die dringender wären, denn dieses Ganze besteht aus nichts anderem als aus lauter solchen Wesen, die eben billiges Brot zu ihrer Existenz benötigen.

*

Was die zweite Kategorie der unheilbaren Übelstände betrifft, nämlich den Charakter der Menschen, mit denen man es zu tun hat, so sind darunter die zahllosen Abhängigkeiten von Anderen verstanden, deren rücksichtsloser oder schwächerer Egoismus, deren böse oder gute Laune, deren Antipathie oder Sympathie, deren Verwandtschaft oder Freundschaft, oder Fremdschaft oder Feindschaft — bei unserer heutigen freien Privatwirtschaft — für den davon Abhängigen von entscheidendem Einflusse sein können.

*

Die dritte Kategorie: die Untauglichkeit oder die schlimmen Zufälle der einzelnen Individuen, begreift die nach Millionen zählenden Unglücklichen in sich, die Opfer entweder der mehr oder weniger chronischen oder der akuten und zufälligen Privatkrisen sind.

Die ersteren bestehen in der lange oder für immer andauernden persönlichen Unfähigkeit, seine notwendige Lebenshaltung aus der Gesamtwirtschaft herauszuholen, und dazu gehören nicht nur jene Menschen, von denen man sagt, sie hätten ihren Beruf verfehlt,

sondern auch jene vielen, die ihren Beruf ganz gut verstehen, aber aus allgemeinen physischen oder psychischen Ursachen sich nicht zur wirtschaftlichen Geltung bringen können.

Unter den akuten, zufälligen Privatkrisen aber, deren Anzahl ebenfalls in jedem Augenblick eine enorme ist, sind jene außer allen Wirtschaftsprozessen liegenden unheilvollen Ereignisse verstanden, die die Menschen wie ein Blitz aus heiterem Himmel treffen und der größten ökonomischen Sorge oder Not aussetzen. Eine Auswahl solcher akuten Privatkrisen wurde oben im Kapitel „Unsere Zustände" vorgeführt. Und wenn kein einziger anderer Übelstand vorhanden wäre als der, daß unser Wirtschaftssystem den ökonomischen Folgen solcher Privatkrisen nicht vorbeugen kann — und es ist das nicht imstande, weil es außer durch Almosen und ganz unzulängliche Versicherungen dem einzelnen Individuum nicht zu Hilfe kommen, sondern nur ganze Berufe oder Klassen durch Spezialmaßregeln, in bescheidenem Maße, unterstützen kann — so genügt das allein schon, um es als eine elende Institution zu erweisen.

Es ist daher zu verwundern, daß ein so aufmerksamer Beobachter unseres wirtschaftlichen Zustandes, wie Lujo Brentano, die Ansicht vertritt, daß, wenn man den Arbeitsvertrag und die Gewerkvereine richtig ausbildet, man gar keine Ursache hat, eine andere Organisation der Gesellschaft als die heute bestehende mit gebildeten Unternehmern und in Gewerkvereinen organisierten Arbeitern auch für die Zukunft zu wünschen. ‹Zitiert aus Schmollers „Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft", Vorrede.›

*

Es ist nicht wenig lächerlich, unser Wirtschaftssystem dadurch ‹theoretisch› aus den Angeln heben zu wollen, daß man einseitig bloß die Lage der Lohnarbeiter ins Auge faßt und schulmäßig eine, überdies bestreitbare Subtilität aufwühlt, wie das Marx mit dem Begriff des „Mehrwertes" unternommen hat. Die Tatsache eines Mehrwertes soll es erst sein, aus der das Elend unserer Wirtschaft bewiesen oder erklärt werden muß, wo wir doch tagtäglich unzählige Tatsachen von Not und Elend in so vielen Schichten der Gesellschaft, nicht nur der Lohnarbeiter, wo es sich also gar nicht um Mehrwert handeln kann, vor uns sehen!

Und die Wurzel dieser Tatsachen liegt viel seltener in den allgemeinen wirtschaftlichen Vorgängen, als eben in den chronischen und akuten Privatkrisen. Der Volkswirtschaftstheoretiker, wie auch der Sozialpolitiker der gemäßigten (,,staatsmännischen") Richtung kümmern sich nicht um diese am Einzelindividuum sich abspielenden Vorgänge, denn die Nationalökonomie hat es nicht mit den Individuen, sondern — wie die Theoretiker es beinahe mit Stolz hervorheben — mit der Erforschung allgemeiner, ja ,,strenger" Gesetze zu tun. Während gerade darin ihre Schwäche liegt, denn wozu nützen den Menschen allgemeine Gesetze der Volkswirtschaft — selbst, wenn es solche wirklich gäbe —, wenn sie außerhalb, und auch unbeeinflußt von solchen Gesetzen, ökonomisch zugrunde gehen können? Und es kann Niemand bestreiten, daß die Nationalökonomen die Privatkrisen nie werden berücksichtigen können, beim besten Willen nicht, und selbst dann nicht, wenn sie das allgemeine Krisenproblem — und auch alle ihre anderen Probleme — noch so vollkommen gelöst hätten.

Ja, es ist gewiß so: Wer mit menschlicher Teilnahme die Vorkommnisse in seinem engeren Kreise, und noch mehr, wer die täglichen Berichte in den Zeitungen zur Kenntnis nimmt, der muß zu der Überzeugung kommen, daß allein schon die Privatkrisen den heutigen ökonomischen Gesellschaftszustand wie auch die ganze theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre in unserem Urteile über den Haufen werfen.

Und diese Einsicht, die unumstößlich ist, haben wir durch die bloße Beachtung einer ganz alltäglichen Tatsache, nämlich des Vorhandenseins der so viel Unheil bringenden Privatkrisen, gewonnen, ohne daß irgendwelche Untersuchungen über die ,,ökonomischen Bewegungsgesetze der modernen Gesellschaft", über den Kapitalismus, über allgemeine Krisen, über Gebrauchs-, Tausch- und Mehrwert, oder geschichtsphilosophische oder soziologische oder andere Studien und Theorien dazu nötig gewesen sind. —

Und was von der heutigen Wirtschaft gilt, gilt offenbar auch für jedes System von Wirtschaft, sei sie Einzel- oder Naturalwirtschaft, sei sie kapitalistisch oder nicht. So lange die Gesamtheit nicht jedem einzelnen der als ihr zugehörig betrachteten Mitglieder die Lebenshaltung sichert, ist der Gesellschaftszustand ein barbarischer. —

Selbst die Bemühungen um Einführung des Rechtes auf Arbeit, oder des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, sowie alle die zahllosen, für den Moment gewiß ganz nützlichen, sozialpolitischen Maßregeln, und auch alle sich fort und fort vermehrenden staatlichen oder privaten Versicherungsinstitutionen genügen nicht zur absoluten Sicherung der gebührenden ökonomischen Existenz. Und das ist eben das Unterscheidende zwischen der bisherigen Nationalökonomik und dem Sozialismus, daß jene von der bedingungslosen Sicherung der Lebenshaltung Aller nichts wissen will, der Sozialismus aber der Gesamtwirtschaft gerade diese Sicherung zugrunde legt. —

Und noch schärfer wird dieser Unterschied ersichtlich, wenn man die am Anfange der „Einleitung" aufgestellte Definition festhält:

„Unter der sozialen Frage verstehe ich die Frage nach einer Institution, die geeignet ist, jedem Menschen die notwendige ökonomische Lebenshaltung zu sichern, ohne daß derselbe von dem Willen anderer einzelner Menschen oder Gruppen von Menschen abhängig gemacht wird." Da gibt es also kein Tauschen, kein Kaufen und Verkaufen, auch kein Schenken, sei es aus Gnade, oder aus Güte, oder aus Frömmigkeit, und keinen Kalkül irgendwelcher Art. —

Man wird nach dem Gesagten dann auch leicht einsehen, daß alle die Vorschläge, die nicht auf dem Recht auf Existenz aufgebaut sind, und von denen in dem späteren Kapitel „Über einige Vorschläge . . ." die Rede sein wird, den Anforderungen des Sozialismus nicht genügen und daher wertlos sind. Dahin gehören die Vorschläge von L. Blanc, Proudhon, Rodbertus, Lassalle, George, Flürscheim, Hertzka, Oppenheimer u. a. —

Die Anerkennung des Rechtes zum Leben ‹oder der „Existenz"› ist daher das Ziel, dem die Menschheit zuzustreben hat.

Problem des gerechten Arbeitsertrages. Über den sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus. Bellamy's soziales Programm.

Über das Problem der Gerechtigkeit bei der Arbeitsentlohnung.

Man findet in der volkswirtschaftlichen und sozialistischen Literatur bald den Ausdruck „Voller Arbeitsertrag", bald den anderen: „Gerechter Arbeitsertrag oder -Lohn", bei Thünen die Bezeichnung: „Naturgemäßer" Anteil des Arbeiters und des Kapitalisten am Arbeitsprodukt.

Thünens Bezeichnung wird schon lange nicht mehr benutzt, ebensowenig wie seine mathematische Formel für den Arbeitslohn, die abermals zeigt, wie wenig im Gebiet der Sozialökonomie mit algebraischen Kunststücken auszurichten ist; denn Thünen will (in seinem „Isolierten Staat") Arbeit und Kapitalsleistung nach einem gemeinschaftlichen Maß messen, basiert also seine Rechnung auf einer willkürlichen und im Grunde unzulässigen Annahme.

Was die beiden Ausdrücke „voll" und „gerecht" betrifft, so werden sie beide, einer für den anderen, benutzt, jedoch, wie ich glaube, mit Unrecht.

Menger spricht immer nur vom vollen Arbeitsertrag und unterscheidet „im Sinne der sozialistischen Theorien" eine negative und eine positive Funktion" des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag, was ich sofort erläutern werde.

Statt dieser Unterscheidung sollte man den Ausdruck „voll" nur da gebrauchen, wo es sich um das Vermeiden von Abzügen vom Arbeitslohn handelt, also namentlich in dem Sinne, daß der Arbeiter den Austauschwert seines Produkts unverkürzt um Grundrente und Kapitalgewinn erhält.

Dieser Gesichtspunkt und der Begriff des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag machte sich immer mehr geltend, seitdem Smith und besonders Ricardo Arbeit als Quelle alles Tauschwertes bezeichneten und die Sozialisten ⟨nach Menger namentlich Thompson⟩ jedes nicht erarbeitete, also „arbeitslose Einkommen" als ungerechtfertigt hinstellten.

Dieses Recht auf den ungeschmälerten Arbeitsertrag, die von Menger sogenannte „negative" Funktion desselben, kann offenbar vollständig realisiert werden, wenn an Stelle des heutigen Systems des Privateigentums die Gemeinwirtschaft, also der soziale Wirtschaftszustand mit Gemeineigentum und gemeinsamer Nutzung, eingeführt wird. —

Ganz anders aber steht es mit der Verwirklichung des gerechten Arbeitslohns. Unter diesem ist das Prinzip zu verstehen, dem Arbeitenden aus der Gesamtproduktion so viel an Wert zukommen zu lassen, als ihm selbst durch seine eigene Arbeit zu verdanken ist; was Menger die „positive" Funktion nennt. Der volle Arbeitsertrag ist also hier schon eine selbstverständliche Voraussetzung; er kann aber natürlicherweise noch lange nicht genügen, denn es handelt sich hier noch darum: jenen individuellen Anteil an der Schaffung der Werte in der Gesamtwirtschaft richtig zu bemessen und ihn dementsprechend durch Austauschgüter zu entlohnen.

Und beides ist eben unmöglich.

Menger geht hierüber, d. h. über die Möglichkeit, das Problem des gerechten ⟨in positiver Beziehung vollen⟩ Arbeitsertrags zu lösen, sehr rasch hinweg, während die historischen Feststellungen sein ganzes Buch ausfüllen. Ich fand in seinem Werk bloß ⟨auf S. 160 der 2. Aufl.⟩ die Stelle: „Indessen ist die Durchführung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag ⟨in seiner positiven Funktion. D. Vf.⟩ in der rein kommunistischen Rechtsordnung mit solchen Schwierigkeiten verbunden, daß sie . . . das Recht auf Existenz als Grundlage der Güterverteilung" wohl immer vorziehen wird. Und ⟨auf S. 167⟩ den Passus: „Das Maß der Arbeit, welches durchschnittlich zur Hervorbringung eines bestimmten Produkts erforderlich ist, läßt sich im einzelnen Falle nur mit großer Schwierigkeit feststellen." Es handelt sich aber nicht bloß um „Schwierigkeiten", sondern um die Unmöglichkeit der Feststellung eines gerechten Arbeitsertrags, und bei der Wichtigkeit der Sache nehme ich dieses Problem noch einmal, und zwar etwas detaillierter, vor. — —

Ich stelle die These auf:

Ein ökonomisches System auf der Idee des „gerechten" Arbeitsertrags aufbauen zu wollen, ist ein analoges Unternehmen, wie der Versuch, ein mathematisches Gebäude auf der Quadratur des Kreises zu errichten.

Merkwürdigerweise hat kaum ein anderer Gedanke die meisten Sozialpolitiker so beherrscht, wie der des gerechten Arbeitsertrags.

Aber es ist niemals möglich, zu bestimmen, welches das wirkliche Maß des Verdienstes um das Zustandekommen irgendeines Arbeitsprodukts oder einer Leistung ist. Es ist schon unbestimmt, welche und wie viele Personen man in den Kreis der Beitragenden einbeziehen soll, und welche Umstände, welche Besonderheiten des Milieus hierbei zu berücksichtigen wären. Ich will absichtlich nicht so weit gehen, die ganze Vergangenheit und Entwicklung unserer Kultur für jede unbedeutende oder bedeutendere Arbeitsleistung mitzuzählen, obwohl prinzipiell nichts dagegen einzuwenden wäre, aber nur darum vernachlässige ich diesen Faktor, weil die Vergangenheit nur ein Begriff ist, also keine Forderungen an die Beteiligung bei der Entlohnung stellen kann. Sie konkurriert also nicht mit, aber, wenn sie wollen, tun es unzählige Lebende.

So z. B. könnte Jeder, der irgendwo einen Artikel oder eine Rede publiziert hat, in denen er den Bau einer gewissen Eisenbahnlinie vorschlägt, dann, wenn sie ausgebaut ist und irgendwelchen, an ihr errichteten Fabriken ein großer Nutzen zuteil wird, einen Anteil am Gewinn beanspruchen. Ebenso könnte der zufällige Entdecker einer Heilquelle von den dadurch bereicherten Stadtbewohnern einen Teil ihrer Einkünfte verlangen.

In beiden und unzähligen anderen Fällen können solche weit außenstehende Personen sagen, sie hätten das und jenes überhaupt erst möglich gemacht. Geradeso wie es heute die Geldverleiher zu ihrem Schuldner sagen, der mit dem Gelde Geschäfte macht.

Nun wird man vielleicht meinen: „Nicht alles, was irgendeine Leistung möglich macht, hat ein Recht auf Entlohnung, es genügt nicht, eine bloße Bedingung, unter der etwas geschieht, zu erfüllen, man muß auch etwas tun, sich nützlich machen, wie z. B. durch die Entdeckung einer Heilquelle, genügt noch nicht, man muß eben auch arbeiten."

Und da entsteht nun die Frage: Wie sollen die tausend verschiedenen Arten von Arbeiten miteinander verglichen und dementsprechend entlohnt werden? Eine objektiv einwandfreie Vergleichung und Messung kann nur bei einer Leistung mechanischer Art, die physikalisch als sogenannte Energie (wie z. B. bei Gewichtshebung) auftritt, vorgenommen werden. Aber sonst?

Hierzu kommt noch der subjektive Faktor.

Alle jene, die zur Vollbringung irgendeiner Leistung beitragen, können und werden auch ihre respektiven Anteile nicht hoch genug schätzen können. Das tun schon die Handarbeiter untereinander, indem jede Branche derselben ihre eigene Arbeitsart für überwiegend, oder schwer zu ersetzen, ausgeben kann. Und wenn es sich gar um Vergleich zwischen Handarbeit und (ganz oder teilweise) geistigen Arbeiten handelt, so wird es nie auch nur entfernt zu einer Versöhnung kommen; d. h.: niemals wird der Handarbeiter zugeben, daß die Leistung des Geschäftsführers oder des Fabrikdirektors — sei dies ein kommerzieller oder ein technischer — wichtiger sei für die Herstellung der Fabrikate, oder für den Fabriksbetrieb als einträgliches Geschäft überhaupt, als seine eigene manuelle Tätigkeit.

Und so wird auch, umgekehrt, der Fabriksleiter denken.

Ebenso hält sich bei größeren Unternehmungen meistens der kommerzielle Direktor für den eigentlich Schaffenden und den technischen nur für ein untergeordnetes Werkzeug, für einen Handlanger. Mitunter aber hat der Techniker von dem Geschäftsleiter dieselbe Ansicht. In der Landwirtschaft kann sich der Ackerknecht — wenn er einmal zum Selbstbewußtsein erwacht oder erweckt wird — für notwendiger und nützlicher halten als den Wirtschaftsleiter oder gar als den Grundbesitzer.*

Man sieht also ganz deutlich, daß ein objektives Vergleichen der verschiedenen Tätigkeiten gar nicht möglich ist, weil jede von ihnen eine notwendige Bedingung für die Herstellung des Arbeitsproduktes darstellt, deren quantitativen Vergleichswert man aber ebensowenig berechnen kann, wie den verhältnismäßigen Anteil, den der Vater oder die Mutter an der Entstehung des Kindes haben. —

Die so mannigfaltigen körperlichen Arbeiten sind unter-

* Objektiv genommen, gilt das auch für den pflügenden Ochsen.

einander durch die relativen Erfordernisse an Kraft, Geschicklichkeit Lehrzeit, durch Unannehmlichkeit und Gefahren so ungleichartig, daß, wenn es sich um Entlohnung für z. B. gleiche Arbeitszeiten handelt, die Vertreter fast jeder Kategorie derselben den Anspruch ihrer Arbeit ostentativ über jede andere emporheben können und auch emporheben werden. Man sieht hieraus, daß selbst dann, wenn man innerhalb der einzelnen Berufe nach Durchschnittsarbeiten rechnen könnte, doch eine rationelle Vergleichung derselben von Beruf zu Beruf unmöglich ist.

Nicht genug an diesen unbehebbaren Schwierigkeiten, kommt noch der weitere Umstand hinzu, daß man gezwungen ist, einfache Arbeit von zusammengesetzter zu unterscheiden; diese beiden speziellen Kategorien miteinander zu vergleichen, wird aber fast niemals gelingen. Der Einfall von Marx, diese in mathematischer Weise auf jene reduzieren zu können, ist offenbar ganz unzutreffend. Und ferner kann es schon darum nie gelingen die verschiedenen, stets als physische betrachteten Arbeiten auf einen gemeinschaftlichen Nenner zu bringen, weil in fast allen Arten derselben auch ein gewisses Maß geistiger Arbeit steckt, das wird in zahllosen Fällen dadurch bewiesen, daß bei ihnen der Mensch niemals durch eine Maschine ersetzt werden kann. —

Bei rein geistigen Arbeiten aber, wie in Wissenschaft und Kunst, wird es schon gar Niemandem einfallen können, von einer gebührenden Entlohnung auf Grund des Prinzips des „vollen" Arbeitsertrags zu sprechen. Was würde man mit Kant machen, der dreißig Jahre lang der „Kritik der reinen Vernunft" vorarbeitete? Oder mit Darwin, der zwanzig Jahre mit Versuchen an Tieren und Pflanzen für seine „Entstehung der Arten" verbrachte?* —

Es widerspricht daher aller Erfahrung, den Arbeitsbegriff als ökonomische Kategorie anzusehen, die als Prinzip eines wirtschaftlichen Rechtssystems verwendet werden könnte.**

---

* Viele hier vorgebrachte Bemerkungen publizierte ich schon 1878 im „Recht zu leben" und eingehender 1905 im „Fundament eines neuen Staatsrechts".

** Der Anreiz, es dennoch zu tun, ist so groß, daß J. Zmavc, der Autor der „Elemente einer allgemeinen Arbeitstheorie" (1906), obwohl er die große Schwierigkeit einer „zahlenmäßigen Arbeitsmessung" sehr wohl kennt, dennoch glaubt, auf die menschliche Arbeit „als einzige Ursache wirtschaftlicher Werte" einen „rechtsphilosophischen Verteilungsgedanken" gründen zu können.

Ich möchte hierzu die Bemerkung machen, daß dieser Satz natürlich auch für jene Fälle gilt, wo in einem kollektiven Betrieb den schwereren oder gefährlichen Arbeiten die Konzession einer kürzeren Tagesarbeitszeit oder dergleichen gewährt wird, ohne daß irgendeine Gradation der Entlohnung damit verbunden ist.

Mit dieser Konzession, die nur als eine annähernde Berücksichtigung des Wunsches nach Gleichheit betrachtet werden kann, wird nicht im entferntesten versucht, die „Idee des gerechten Arbeitsertrags" wirklich zur Geltung zu bringen; man kann das nur eine rohe „Schätzung" nennen. Die Festsetzung der Arbeitsstundenzahl in den exponierten Betrieben im Verhältnis zu jenen in den normalen Betrieben kann nur autoritativ geschehen, nicht aber auf dem Wege irgendeiner Bemessung oder Berechnung. Dieser autoritativen Feststellung müssen sich also auch die Mitglieder der Nährarmee als einer Zwangsinstitution fügen.

Und nun noch einige Worte über die Arbeit überhaupt.

*

Die Lust an philosophischer Grübelei über einzelne Begriffe ist mitunter grenzenlos. Nichts ist doch einfacher und selbstverständlicher als die Art, wie man als Nationalökonom menschliche Arbeit aufzufassen hat: sie soll uns das herbeischaffen, was wir brauchen und was eben ohne unser Zutun nicht da ist. Aber da wird von Vielen die Arbeit in Kategorien abgeteilt, mindestens in zwei: körperliche und geistige, und von so bedeutenden Männern wie Rodbertus und Marx nur die erstere zur Grundlage einer volkswirtschaftlichen Theorie gemacht, die andere aber ignoriert. Dann sagen einige: Die Arbeit ist überhaupt eine Last, die anderen aber: sie sei eine Ehre; oder: eine „Pflicht"; ein „Amt"; ein „Fluch"; eine „sittliche Forderung"; ein „religiöser Beruf"; sie sei mehr als ein bloßes Medium der Güterproduktion, sie soll — nach Lotze — „zugleich Genußmittel und Bildungsmittel" sein usw. —

An die „Arbeit" und die Arbeiter knüpfen sich noch heute die unrichtigsten und die widersprechendsten Ansichten. So sagt z. B. der Philosoph Carneri: „Man muß arbeiten, weil Not Ursache des Fortschritts ist." Aber auch Überfluß ist Ursache des Fortschritts; überdies müssen Millionen Menschen so hart arbeiten, daß sie allen Fortschritt verfluchen würden, wenn sie glauben müßten, es sei das des Fortschritts wegen notwendig.

Und soll man dem Arbeiter Bildung verschaffen? Die Einen sagen: Bildung nützt den Arbeitern, weil sie dadurch „anstelliger und erwerbsfähiger", auch sparsamer werden; die Anderen meinen: Bildung schadet ‹speziell dem amerikanischen Arbeiter gegenüber dem chinesischen›, denn er hat dadurch mehr Bedürfnisse, ist zu groben Arbeiten nicht so zu brauchen und wird empfindlicher für Entbehrungen. —

Sagen wir es offen: Arbeit, die einem vorgeschrieben wurde, ist niemals eine angenehme Sache. Die konservativen Moralprediger wollen seit jeher das arbeitsschwitzende, arme Volk mit Fibelsprüchen einlullen und sprechen von der ‚Ehre der Arbeit' von der „Pflicht zur Arbeit, die uns Gott auferlegt hat"; gewisse Ethiker sprechen auch von der „Sittlichkeit, der Ethik der Arbeit". Dabei ist aber immer die durch die Umstände erzwungene Arbeit gemeint. —

Lasse man doch derlei gehen und fahren! Das Volk ist heute, wenigstens in den Kreisen der Industriearbeiter, so aufgeklärt, daß es auf solche kindische Worte gar nicht mehr hört.

In früheren Zeiten hatte man über Arbeiten ganz andere Ansichten. Bei den Griechen war Arbeiten eines freien Mannes unwürdig, man überließ das den Sklaven. Bei den Altgermanen wurde die Feldarbeit zum Teil von Unfreien, von Hörigen und Sklaven verrichtet; der freie Mann waltete mehr über seine Hausgenossen; die landwirtschaftliche Arbeit lag auch zum Teil in den Händen der deutschen Frau ‹Roscher›. Für die ‚waffenfrohe' Jugend der adeligen Gefolgschaften galt es als Feigheit, im Schweiße seines Angesichts zu erwerben, was man mit seinem Blut gewinnen konnte ‹Tacitus›. Die Junker ‹Geschlechter› betrachteten etwa seit dem Jahre 1250 die Arbeit als Schande, den Müßiggang als Vorrecht ihres Standes. Der Kaiser Friedrich Barbarossa* nannte die edlen Gewerbe Mailands „elende Hantierung" und die freie Bürgerschaft „eine Pest". Bis zum 17. Jahrhundert und noch später galt der eigentliche Bauer und jeder Handarbeiter für einen „niederen" Menschen, und ein Handwerk zu treiben, wurde dem Adel untersagt. Selbst wo der Fürst mit Milde und Gerechtigkeit herrschte, war der Bauer ein von allen verachteter Mann, wie man

* Den die nationalistischen Deutschen so hoch rühmen, weil sie seine Grausamkeiten in Oberitalien und seine Verachtung der bürgerlichen Arbeit nicht kennen oder nicht kennen wollen.

aus den Entwürfen von Wenzel Hipler und Thomas Münzer ersehen kann. Und nicht uninteressant ist der folgende Ausspruch eines preußischen Junkers aus dem 18. Jahrhundert, des Freiherrn von Benekendorf: „Der Bauer ist eine Arbeitsmaschine ohne Spur von Freiheit und Willen, höchstens als boshaft, tückisch und betrügerisch bekannt. In Vernunft und Naturrecht ist es begründet, daß er um seine Nahrung seiner Herrschaft so viel dienen muß, ohne zugrunde zu gehen."

*

Alles das, was bis jetzt über die Arbeit gesagt wurde, gilt eben nur von der erzwungenen Arbeit, also: der Arbeit, um sein Leben zu fristen, oder jener, die einem befohlen wird, welchem Befehl zuwiderzuhandeln man nicht mächtig genug ist. —

Etwas ganz anderes ist es, freiwillige Arbeiten vorzunehmen, die einen also erfreuen. Ein solcher Arbeitszustand ist ein Glück für den Arbeitenden, denn zu der Freude an der Tätigkeit selbst kommt die günstige Einwirkung auf die Gesundheit und auf die psychische Stimmung, sowie die Verhütung der Langweile und die Ablenkung von Ausschreitungen physischer und moralischer Art.

Ist aber die Art der freiwillig übernommenen Arbeit zugleich für die Gesamtheit oder für einzelne andere Personen von Nutzen — ist sie also kein bloßes egoistisches Spiel —, so wird sie zum größten Segen der Menschheit.

Die erzwungene Arbeit jedoch kann höchstens durch Befriedigung des Pflichtgefühls veredelt werden, doch selbst da hängt sehr viel davon ab, wer einem diese Pflicht auferlegt und in welcher Form das geschieht.

*

„Wo bleibt aber", wird man fragen: „Wo bleibt denn der wissenschaftliche Sozialismus"?

So nennt sich nämlich die Theorie von Marx und Engels.

Mit welchem Recht — soll im Kapitel „Über den Marxismus" besprochen werden.

Es würde zwar Niemandem, auch der Sache des Sozialismus nicht im geringsten schaden, wenn jene Theorie sich, sei es auch unberechtigt, „wissenschaftlicher" Sozialismus nennen würde, allein sie ist überhaupt kein Sozialismus.

Man mag Marx welche Verdienste immer zusprechen — und sie sind in der Tat sehr groß —, er mag „der Erste ‹gewesen sein›, der die Gesetze der Bewegung und Entwicklung des Kapitals erforschte" ‹Kautsky›, mit all diesen, als richtig vorausgesetzten Gesetzen weiß niemand etwas anzufangen, wenn er auch nur etwas Neues und Brauchbares für den Aufbau eines sozialistischen Wirtschaftssystems erfahren will.

Denn der Gedanke von Marx und seinen Anhängern: „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion" ‹Erfurter Programm› wurde lange vor Marx, z. B. von Bazard, ausgesprochen — wenn auch ohne Anwendung dieser Terminologie — obwohl Bazard keine Idee von einem „Mehrwert" hatte und gegenüber allen den von Marx behandelten wirtschaftlichen Themen und sogenannten, übrigens meist widerlegten „Gesetzen" sich im Stande der vollkommensten Unschuld befand.

*

Die hier vertretene Ansicht, daß Marx in seinen theoretischen Arbeiten gar kein Sozialist sei, steht so sehr im Widerspruch mit der allgemeinen Meinung, daß ich es dem Leser schuldig zu sein glaube, eine eingehendere Begründung meiner Behauptung zu geben. Und ich halte eine Aufklärung über diese Art der Auffassung für nicht unwichtig, obwohl die Lösung des sozialen Problems gewiß nicht von der Bewertung irgendeiner schriftstellernden Persönlichkeit — sei sie sonst noch so bedeutend — abhängt. Aber so, wie ich in diesem Werke bemüht bin, das unberechtigte Dreinreden der Volkswirtschaftslehre in das soziale Problem zurückzuweisen, ebenso will ich der schädlichen Auffassung entgegenarbeiten, daß man bei der Behandlung des sozialen Problems auf die Arbeiten von Marx Rücksicht zu nehmen habe, den man als Sozialisten und sogar als „wissenschaftlichen" Sozialisten zu betrachten habe. —

Wenn man den Inhalt des „Kommunistischen Manifestes", der „Kritik der politischen Ökonomie" und des „Kapital" unvoreingenommen beurteilt, so findet man in ihnen — abgesehen von reichem volkswirtschaftlichen, namentlich historischem Material — nichts anderes als hochbedeutende Leistungen deduktiver National-

ökonomie. Den Eindruck eines Sozialisten macht Marx aber nur durch seine enorme agitatorische Tätigkeit im Sinne der aufstrebenden Klasse der Lohnarbeiter, also nicht als ganzer, sondern gewissermaßen als Lohnarbeiter-Sozialist. In den oben genannten Schriften wird die kapitalistische Wirtschaft analysiert, und ihre Tendenz zur Etablierung einer Gemeinwirtschaft als kausal begründet nachzuweisen gesucht. Das ist offenbar wieder nur eine deduktive volkswirtschaftliche Untersuchung und durchaus keine positive sozialistische Leistung. Hätte sich anstatt der Gemeinwirtschaft ein nichtsozialistisches Wirtschaftssystem als kausal begründetes Resultat der Analyse ergeben, so wäre gewiß gar kein Grund und nicht die geringste Veranlassung vorhanden, die Marxschen Deduktionen mit Sozialismus auch nur entfernt in Zusammenhang zu bringen.

Daß im allgemeinen und selbst bei den revisionistischen Anhängern von Marx die meisten seiner nationalökonomischen Deduktionen keine Zustimmung finden, hebe ich nur nebenbei hervor, und es wird das den Leser der vorhergehenden Kapitel* auch nicht überraschen, da ja in ihnen nachgewiesen wurde, daß Nationalökonomik gar keine Wissenschaft ist und auch keine sein kann.

Eine positive Leistung in dem Gebiete des Sozialismus aber ist nur dann vorhanden, wenn zum Zwecke der Lösung des Ernährungsproblems — in dem von mir definierten Sinne desselben — irgendwelche neue, selbst nur einigermaßen plausible Ideen vorgebracht werden, also dann, wenn man einen ganzen sozialistischen Plan oder einzelne Teile eines solchen „aus dem Kopfe erfindet". In diesem Sinne sind Männer wie St. Simon, Fourier, Cabet, Owen u. a. richtige, produktive Sozialisten gewesen und einige ihrer Ideen, die in der Tat in ihrem Kopfe entstanden waren, wirken noch jetzt so energisch nach, daß man geradezu behaupten kann, ohne sie gäbe es heute noch keinen Sozialismus; so Vieles auch von ihren Lehren und Vorschlägen fallen gelassen werden mußte und so wenig sie auch starke deduktive Nationalökonomen waren.

Diese, „Utopisten" genannten Männer sind es also, denen wir allein Dank schulden müssen, sie haben uns wichtige Winke zur sozialistischen Auffassung und Weiterführung unseres Wirtschaftssystems gegeben. Aber so wenig wir von einem Chemiker, der die Bestandteile des Kautschuks richtig herausanalysiert und nun

* Gemeint ist insbesondere das Kapitel „Unwissenschaftlichkeit und praktische Wertlosigkeit der Volkswirtschaftslehre", Seite 89 der 1. Auflage ⟨A. d. H.⟩.

die Möglichkeit der Herstellung desselben auf synthetischem Wege prophezeit, sagen werden, er habe auch die Methode dieser Herstellung (eventuell auf wohlfeile Art) gegeben, ebensowenig können wir von Marx wegen seiner kausal deduzierten Prophezeiung einer Gemeinwirtschaft als Entwicklung der heutigen Wirtschaft sagen, seine Leistung sei aus diesem Grunde eine sozialistische zu nennen. Von wissenschaftlichem Sozialismus kann schon gar keine Rede sein, weil wir ja zur Genüge bewiesen haben, daß — weder Nationalökonomik noch — Sozialismus und politische Ökonomie überhaupt wissenschaftlichen Charakter besitzen.

Und da wir schon früher, namentlich in dem Kapitel über „die Unmöglichkeit, ohne direkte Zuteilung eines Existenzminimums in natura das soziale Problem zu lösen", bewiesen haben, daß es ohne Gemeinwirtschaft nicht geht, wir also eine solche herbeiführen müssen, so kann die Mitteilung von Marx, daß der Kollektivismus sich kausal entwickeln werde, uns wohl recht angenehm sein — falls uns die Beweisführung konkludent erscheint.

Aber nur wegen der Hoffnung angenehm, daß, wenn es sich so verhält, die Verwirklichung des Kollektivismus leichter vor sich gehen würde, als wenn wir erst langwierige Agitationen zu Hilfe rufen müßten. Und selbst dieser Gewinn ist fraglich, denn solche „kausale" Entwicklungen gehen immer in sehr langsamem Tempo vor sich, das zeigt doch die ganze Kulturgeschichte, und wenn es nicht so wäre, gäbe es ja keine Revolutionen.

Wenn uns, wenn aber überhaupt die Marxsche Beweisführung nicht konkludent erscheint? Was dann? Und sie erscheint ja in der Tat sehr Vielen nicht richtig zu sein, so z. B. so gescheiten Leuten wie Bernstein und Oppenheimer,* die beide das Marxsche Akkumulationsgesetz zurückweisen und die kollektivistische Tendenz der kapitalistischen Entwicklung leugnen.

Was sollen nun wir armen Menschen tun? Auf der einen Seite wünschen wir Sozialisten eine Gemeinwirtschaft, weil ein gründliches Studium sie als zweckmäßig erscheinen läßt, auf der anderen Seite sagt uns Marx, dieses Ziel sei das richtige, weil es in der Richtung der Entwicklung liege, andere aber, die ebenfalls nationalökonomisch zu deduzieren verstehen, leugnen das. Sollen wir nun warten, bis wieder in naher oder ferner Zukunft Jemand

* In seinem im J. 1912 erschienenen Werke „Die soziale Frage und der Sozialismus".

kommt, der beweist, daß die Einwendungen gegen Marx unbegründet sind? Und wie,. wenn nach diesem Jemand ein anderer Jemand, ein noch größerer Nationalökonom kommt, der wiederum Bernstein und Oppenheimer recht gibt?! —

Ist das nun nicht die größte Absurdität, zu verlangen, man solle mit Reformideen zurückhalten, bis die „Wissenschaft" der Nationalökonomie gesprochen hat? Und ist es nicht eine ebenso unrichtige, wie höchst schädliche Meinung, alle diese nationalökonomischen Deduktionen uns als richtunggebend zu rühmen und Marx — wie auch seine nationalökonomisch arbeitenden Gegner — „Sozialisten" zu nennen?

Und wie kann man Marx einen Sozialisten nennen, da er doch nur die Klasse der industriellen Lohnarbeiter und nicht alle anderen, Not oder Sorge leidenden Menschen seiner direkten Beachtung würdigte und sie erst durch das siegreiche Proletariat retten lassen will?

*

Was aber Marx in einzelnen kleinen Bemerkungen sozialistischen Charakters vorgebracht hat, ist, wie man sofort sehen wird, unbrauchbar.

Die Idee von Marx, die Verteilung im Zukunftsstaat auf dem Arbeitsprinzip zu fundieren, ist ebenso wie die damit identische von Rodbertus, eine unpraktische zu nennen.

Marx sagt nämlich, „für die Verteilung der Konsumtionsmittel herrsche dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer anderen umgetauscht". ⟨Neue Zeit IX 1. S. 567.⟩ Und im dritten Band des „Kapital" heißt es ⟨II S. 388⟩: „Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinne, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher wird denn je."

Damit sind wir also wieder bei dem unlösbaren Problem des „gerechten Arbeitslohns" angelangt.

Während aber nach den Ansichten von Marx im zweiten und dritten Band des „Kapital" die Verteilung der Produkte nach der Arbeit vorgenommen werden soll, sagt wiederum Engels,

daß der Arbeiter auf den vollen ⟨d. i. gerechten⟩ Arbeitslohn kein Recht habe!

Zu diesen Unbestimmtheiten kommt noch dies, daß Marx eine niedere und eine höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft unterscheidet, und annimmt, daß in der letzteren der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden sein und eine „allseitige Entwicklung" der Individuen eintreten werde. Dann aber solle die Verteilung nach dem Grundsatze geschehen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." Damit sind wir abermals bei den ganz und gar unbrauchbaren Verteilungsideen der ersten französischen Sozialisten ⟨„Utopisten"⟩ angelangt! Ich möchte wissen, wie man es anstellen soll, die Fähigkeiten aller Individuen zu messen, und wie man sicher sein kann, alles das zu produzieren, was den sämtlichen — Marx trennt nicht die notwendigen von den anderen — Bedürfnissen genügen soll. —

Die Annahme, daß eine „allseitige" Entwicklung der Menschen je eintreten könne, ist ein extrem utopistischer Gedanke, der eines Fourier würdig ist, und dementsprechend auch Marx' Hoffnung, — dem das Problem der Entlohnung geistiger Arbeit natürlicherweise große Schwierigkeiten macht, weil er wie auch Engels nur die physische Arbeit als „wirkliche" Arbeit ansieht — daß ihr Gegensatz gegen die geistige Arbeit einst verschwinden werde.

Lassen wir aber die „höhere" Phase der kommunistischen Gesellschaft einstweilen ruhen und sprechen wir von der „niederen", in der nach der Arbeit verteilt werden soll, und fragen wir: Wie soll in der Zeit dieser Phase geistige Arbeit gemessen, also entlohnt werden?

Man sieht sofort, wie praktisch unbrauchbar die ganze Idee einer auf Arbeit basierten Verteilung sein muß. —

Marx, wie viele andere moderne Sozialpolitiker, kommt eben aus der nationalökonomisch-theoretischen Denkweise nicht heraus. Warum nicht einfach sagen: „Jeder Mensch bekommt das zum Existieren Notwendige"? Wozu diese unaufhörlichen Spitzfindigkeiten und Aufsuchungen von Äquivalenten? Dieses scheinbar gerechte Bemessen von Leistungen, um die Menschen vor Hunger und Sorge zu befreien, hat, wenn man es als richtiger Sozialist, also als Menschenfreund, betrachtet, etwas von polizeilicher Schnüffelei an sich, was in der Tat alle solche sozialpolitischen Programme in einem höchst unsympathischen Lichte erscheinen läßt. Ganz abgesehen davon, daß sie praktisch unbrauchbar sind. —

Von unserem Standpunkte aus haben also Marx und der Marxismus mit dem Sozialismus nichts zu tun, und wir haben von ihm hier, beim besten Willen, gar nichts Positives zu berichten.

Hingegen desto mehr Negatives.

Denn vermöge der Ansicht, daß man gar keine positiven Vorschläge machen darf, „kein Rezept für die Garküche der Zukunft" geben soll, werden von den durch den usurpierten Titel eines „wissenschaftlichen" Sozialismus geblendeten Marxisten alle Programme sozialistischer Natur ungeprüft zurückgewiesen. Und das ist die Hauptrolle, die Marx' Theorie in der Geschichte des theoretischen positiven Sozialismus spielt.

Über Bellamys „Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887"

⟨erschienen im Jahre 1889⟩

Bellamy beginnt die Darstellung seiner ökonomischen Gesellschaftsorganisation mit der Aufzählung der schädlichen Seiten unseres heutigen Wirtschaftssystems, und speziell der Folgen der Monopole des Privatkapitals in den „Ringen" und „Trusts", wobei er in letzterer Beziehung namentlich die Zustände in den Vereinigten Staaten Nordamerikas vor Augen hat.

„Der positive Grundgedanke in der neuen Gesellschaft ist der, daß sich die ganze Nation zu dem einen großen Geschäftsverbande organisierte, in welchem alle anderen Verbände aufgingen, sie wurde der einzige Kapitalist, der einzige Unternehmer, der letzte Monopolist, . . . ein Monopolist, an dessen Gewinn und Ersparnis alle Bürger Teil hatten" ⟨S. 46⟩.

Der Erläuterer des neuen Zustandes, d. i. Bellamy, fährt nun in dem Frage- und Antwortspiel fort:

„Zu dem Zwecke, jeden Bürger gegen Hunger, Kälte und Blöße zu schützen und für alle seine körperlichen und geistigen Bedürfnisse zu sorgen, wird ihr ⟨der Regierung⟩, jedesmal für eine bestimmte Reihe von Jahren, die Aufgabe übertragen, seine Gewerbetätigkeit zu leiten" ⟨S. 49⟩.

„Die nationale Organisation der Arbeit unter einer Leitung war die vollständige Lösung dessen, was zu ihrer ⟨nämlich: unserer⟩

Zeit und unter ihrem ‹unserem heutigen› System mit Recht als die unlösbare Arbeiterfrage angesehen wurde. Als die Nation der einzige Unternehmer ward, da wurden alle Bürger infolge ihres Bürgerrechts Arbeiter, die den Bedürfnissen der Industrie gemäß verteilt wurden.—

Das heißt . . . Sie haben einfach das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht . . . auf die Arbeiterfrage angewandt?" „Die Teilnahme an der vom Staate organisierten Arbeit ist also wohl für Alle obligatorisch?" ‹S. 50 und 51›. —

„Sie ist zu sehr eine Sache, die sich von selbst versteht, als daß es des Zwanges bedürfte . . . sie wird für so absolut natürlich und vernünftig angesehen, daß man an die Vorstellung, daß sie ein Zwang ist, gar nicht mehr denkt . . . Unsere ganze Gesellschaftsordnung ist so völlig darauf gegründet und daraus abgeleitet, daß, wenn es denkbar wäre, daß ein Mensch sich ihr entzöge, ihm kein Mittel bleiben würde, für seinen Unterhalt zu sorgen" ‹S. 51›. —

„Ist die Dienstzeit in dieser industriellen Armee eine lebenslängliche?" —

„O nein, sie beginnt später und endet früher, als die durchschnittliche Arbeitsperiode zu Ihrer ‹unserer› Zeit . . . Die Arbeitsdienstzeit währt 24 Jahre: sie beginnt am Schlusse des Erziehungskursus mit 21 und endet mit 45. Nach dem 45. Jahre kann der Bürger, obwohl der allgemeinen Arbeitspflicht enthoben, doch noch im Notfalle, wenn ein plötzlicher großer Mehrbedarf an Arbeitskräften eintritt, wieder einberufen werden, bis er das Alter von 55 Jahren erreicht" ‹S. 52›. —

„Der Arbeitsherr muß 200 oder 300 verschiedene Gewerbe und Berufsarten lernen und ausüben" . . . ‹wer soll› „entscheiden, welches Gewerbe oder Geschäft jeder Einzelne in einer großen Nation betreiben soll? —

„Jedermann für sich selbst, gemäß seinen natürlichen Anlagen, da man sich die größte Mühe gegeben hat, jeden dazu zu befähigen, daß er ausfindig mache, worin seine natürlichen Anlagen wirklich bestehen . . . Während die industrielle Ausbildung nicht die allgemeine geistige Kultur, welche in unseren Schulen angestrebt wird, beeinträchtigen darf, wird sie doch hinreichend betrieben, um unserer Jugend neben der theoretischen Kenntnis der nationalen Industrie eine gewisse Vertrautheit mit den Werkzeugen und deren Anwendung zu verschaffen. Unsere Schüler besuchen häufig unsere Werkstätten . . ." ‹S. 53›. —

„Sicherlich ist es kaum möglich, daß die Anzahl der sich für ein Gewerbe meldenden Freiwilligen genau der erforderlichen Arbeiterzahl entspricht? Sie muß in der Regel entweder hinter der Nachfrage zurückbleiben oder sie übersteigen?" —

„Man erwartet immer, daß das Angebot von Freiwilligen der Nachfrage völlig entsprechen werde. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, dafür zu sorgen. Man achtet genau auf die Freiwilligenzahl in jedem Gewerbe. Wenn sich zeigt, daß in einem Gewerbe der Andrang Freiwilliger das Maß des Bedarfs merklich überschreitet, so schließt man, daß das Gewerbe eine größere Anziehungskraft hat, als andere ⟨und umgekehrt⟩. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, die Anziehungskraft der Gewerbe . . . beständig im Gleichgewicht zu halten . . . dies geschieht dadurch, daß man die Arbeitszeit in verschiedenen Gewerben gemäß deren Schwere verschieden sein läßt . . ." ⟨S. 54⟩. —

„Wenn ihrer nun mehr sind, die in einen besonderen Beruf eintreten wollen, als Platz für sie da ist, wie entscheidet man da zwischen den Bewerbern?" —

„Man gibt denjenigen den Vorzug, welche sich hinsichtlich des Berufes, den sie wählen wollen, die meisten Kenntnisse erworben haben" ⟨S. 55⟩.

„⟨Es⟩ wird von jedem erwartet, er werde seine Anlagen so ausbilden, daß er nicht nur für ein Fach, sondern auch für ein zweites und drittes befähigt wird" ⟨S. 56⟩. —

„Wenn man einmal einen Beruf erwählt hat und in ihn eingetreten ist, so muß man wohl zeitlebens in demselben verbleiben?" —

Das ist nicht notwendig . . . ⟨es steht⟩ „natürlich unter gewissen Bedingungen und in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Dienstes, jedem Arbeiter frei, zu einem anderen Industriezweige überzugehen . . . seine Bewerbung ⟨wird⟩ unter denselben Bedingungen angenommen, als wenn er zum ersten Male eine Wahl träfe. Und zudem kann ein Arbeiter es auch, unter gewissen Bedingungen und nicht zu häufig, erlangen, daß er einem Betriebe derselben Industrie in einem anderen Teile des Landes zugeteilt wird" ⟨S. 57⟩. —

„Ohne die Kopfarbeiter können Sie ja doch natürlich nicht auskommen. Wie werden diese denn nun von denjenigen, welche als Landleute oder Handwerker zu dienen haben, ausgeschieden?" —

⟨Wir⟩ „überlassen die Frage, ob jemand mit dem Kopfe oder mit der Hand arbeiten soll, ihm selbst. Am Ende ⟨einer⟩ drei-

jährigen Dienstzeit, die jeder als gewöhnlicher Arbeiter durchmachen muß, hat er sich, seinen natürlichen Neigungen gemäß, zu entscheiden, ob er sich für eine Kunst oder einen gelehrten Beruf ausbilden oder Landmann oder Handwerker werden will" ⟨S. 58⟩. —

„Wer verkauft Ihnen die Sachen, wenn Sie sie kaufen wollen?" —

„Es gibt heutzutage weder ein Verkaufen noch ein Kaufen . . . Was die Bankiers anbetrifft, so haben wir, da wir kein Geld haben, kein Bedürfnis nach diesen Herren" ⟨S. 68⟩. . . . „Sobald die Nation der einzige Produzent aller Waren wurde, da hatten die Individuen, um das zu erhalten, was sie brauchten, keinen Austausch mehr nötig. Alles konnte man aus einer Quelle und nicht anders woher beziehen. Ein System direkter Verteilung aus den nationalen Warenlagern trat an die Stelle des Handels und zu jenem war das Geld unnötig" ⟨S. 69⟩. Die Verteilung geschieht so, daß „jedem Bürger am Anfange eines jeden Jahres ein Kredit, der seinem Anteil an der jährlichen Produktion des Landes entspricht, in der Staatsbuchführung eingeräumt wird, und eine Kreditkarte wird ihm ausgestellt, auf Grund welcher er sich aus den öffentlichen Warenlagern . . . das besorgt, was er nur wünscht . . . Diese Karte ist auf eine gewisse Anzahl Dollars ausgestellt . . . der Ausdruck entspricht nicht einem wirklichen Dinge, sondern dient nur als ein algebraisches Zeichen, um die Werte der verschiedenen Produkte miteinander zu vergleichen" ⟨S. 70⟩. —

„Wie können Sie in befriedigender Weise die verhältnismäßigen Löhne und Entgelte für die Menge der so verschiedenen und unvergleichbaren Berufsarten feststellen?" ⟨Lohnfrage, S. 74⟩. —

„Bei uns gibt es keinen Begriff, welcher irgendwie dem entspricht, der zu Ihrer Zeit unter Lohn verstanden wurde" . . . —

„Unter welchem Rechtstitel beansprucht der Einzelne seinen besonderen Anteil?" —

„Sein Rechtstitel ist sein Menschentum." —

„Sie meinen damit doch nicht etwa, daß alle den gleichen Anteil haben?" —

„Ganz sicher" ⟨S. 74, 75⟩. „Wir lassen nicht den geringsten Grund übrig, irgendwie über Ungerechtigkeit zu klagen, da wir von Allen genau dasselbe Maß von Diensleistung verlangen . . . Wir verlangen von Jedem, daß er die gleiche Anstrengung macht, d. h. wir fordern von ihm die beste Leistung, deren er fähig ist" ⟨S. 75⟩.

„Alle, welche ihr Bestes leisten, leisten das Gleiche" ⟨S. 76⟩.

„Bei uns ist Eifer im Dienste der Nation der einzige und der sichere Weg zu öffentlicher Anerkennung, sozialer Auszeichnung und amtlicher Macht" ⟨S. 79⟩.

„Ein Mensch, der fähig ist, Dienst zu tun, sich dessen aber hartnäckig weigert, wird zu Isolierhaft bei Wasser und Brot verurteilt, bis er sich willig zeigt" ⟨S. 102⟩.

„Soll ich Sie . . . dahin verstehen, daß die Lahmen, die Blinden, die Kranken und Gebrechlichen sich ebensogut stehen wie die tüchtigsten Arbeiter und dasselbe Einkommen beziehen?" —

„Gewiß" . . . „Wenn Sie daheim einen kranken, arbeitsunfähigen Bruder hätten, würden Sie ihm eine schlechtere Nahrung, Kleidung und Wohnung geben als sich selbst?" ⟨S. 106⟩. „Sogar zu Ihrer Zeit hatte die militärische Dienstpflicht zum Schutze der Nation, der unsere industrielle Dienstpflicht entspricht, obwohl sie für die Wehrfähigen obligatorisch war, nicht die Wirkung, die Dienstuntauglichen ihres Bürgerrechts zu berauben. Sie blieben zu Hause und wurden von denjenigen beschützt, welche in den Kampf zogen" ⟨S. 107⟩.

„Jede Nation besitzt ein Bureau, welches den Güteraustausch mit den fremden Nationen vermittelt" ⟨S. 113⟩ . . . „Man hat sich von vornherein darüber geeinigt, welche Produkte und in welchen Quantitäten solche an Zahlungsstatt angenommen werden müssen" ⟨S. 116⟩. —

„ . . . möchte ich fragen, wie denn jetzt die Bücher veröffentlicht werden. Geschieht das auch durch die Nation?" —

„Gewiß" . . . „Die Behörde für Drucksachen hat keine Zensurgewalt. Sie ist verpflichtet, Alles zu drucken, was ihr vorgelegt wird, aber sie tut es nur unter der Bedingung, daß der Verfasser die ersten Kosten aus seinem Kredit trägt usw." ⟨S. 130⟩.

„In der Kunst . . . ist das Volk, wie in der Literatur, der einzige Richter" ⟨S. 132⟩. —

„Wie verhält es sich mit den Zeitschriften und Zeitungen?" ⟨S. 134⟩. —

Hier folgt eine Beschreibung der Art der Herausgabe derselben, unabhängig von der „Kontrolle des Kapitals" ⟨S. 134⟩. —

„Wie können überhaupt Preise festgesetzt werden in einem Lande, wo es keinen Wettbewerb zwischen Käufern und Verkäufern gibt?" ⟨S. 148⟩. —

„Es geschieht ganz so wie bei Ihnen . . . Damals waren es die Lohnunterschiede, welche den Unterschied in der Preislage verursachten, heute, wo die Unterhaltungskosten aller Arbeiter die nämlichen sind, ist es der Unterschied in der Zahl der Stunden, welche in den verschiedenen Gewerbsarten für je einen Arbeitstag gerechnet werden" ‹S. 149›. —

„Überproduktion . . . ist gegenwärtig unmöglich, denn bei der Verbindung zwischen der Produktion und der Verteilung der Waren wird das Angebot durch die Nachfrage so genau geregelt, wie der Gang einer Maschine durch deren Regulator" ‹S. 194›. —

*

Eine Vergleichung von Bellamys Programm mit dem meinigen zeigt bereits eine bedeutende Annäherung an das letztere, ja gewisse Auffassungen und Detailvorschläge sind fast wörtlich mit den meinigen identisch.*

Bei uns beiden regelt der Staat die Produktion, es herrscht allgemeine Arbeitspflicht, Geld gibt es nicht, die Dinge werden in natura verteilt und nicht unter Privaten ausgetauscht, die verteilte Warenquantität ist für alle dieselbe, fehlende Artikel werden mit dem Auslande gegen andere aus dem Inlande ausgetauscht.

Die Übertragung der Idee der allgemeinen Wehrpflicht bei B. ‹Bellamy› ‹das Gesperrte› auf S. 50 findet sich im „R. z. J." auf S. 147. Die Eliminierung des Geldes bei B. ‹gesp.› auf S. 68 und 69, im „R. z. J." auf S. 163. Das Menschentum als einziger Rechtstitel auf die Versorgung bei B. ‹gesp.› auf S. 74 und 75, im „R. z. J." auf S. 147. Das Recht auf das gleiche Einkommen für Arbeitsfähige wie auch für die Arbeitsunfähigen findet sich bei B. ‹gesp.› auf S. 106, im „R. z. J." auf S. 147 und 152. Der Güteraustausch mit fremden Nationen bei B. ‹gesp.› auf S. 113 und 116, im „R. z. J." auf S. 168. — —

*

* Obwohl meine Ausführung schon im Jahre 1878 in dem Werk: „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben", Bellamys „Rückblick" aber erst im Jahre 1889 erschien, so will ich doch hier nicht behauptet haben, daß Bellamy mein Buch gekannt und benützt hat. Da aber der „Rückblick" ungleich mehr verbreitet ist als mein Werk, so könnte leicht der Verdacht entstehen, daß ich Bellamy gekannt und benützt habe. Mein Buch werde ich im folgenden stets als „R. z. J." anführen und die Seitenzahlen daraus nach der im Jahre 1903 erschienenen, mit der 1. Auflage fast wörtlich identischen 3. Auflage zitieren.

Die folgenden Punkte, in denen sich B. von mir unterscheidet, muß ich als Fehler oder Unvollkommenheiten bezeichnen:

Die Dienstzeit ist eine viel zu lange; die Wurzel dieser Unrichtigkeit liegt darin, daß B. überhaupt keine statistische Berechnung bezüglich des Arbeitsheeres angestellt hat.

Die Methode B.'s, die Zahl der zu verschiedenen Berufen sich Meldenden dem Bedarf zu akkommodieren ‹S. 54›, ist ungenügend; hier muß ebenfalls, wenn nötig, zwangsmäßig vom Staate eingegriffen werden.

Die Verteilung der Produkte nach ihrem, in Arbeitsstunden ausgedrückten Wert ‹B., S. 149›, ist, wie man in meinem Programm sehen wird, eine ganz überflüssige Prozedur und kann überdies zu peinlichen Konsequenzen führen. Die Anwendung von Strafen bei „Wasser und Brot" für Arbeitsunwillige ‹B., S. 102› ist höchstwahrscheinlich unnötig und macht einen sehr unangenehmen Eindruck.

Aber die beiden Hauptmängel sind: erstens, daß Bellamy nicht nur alles Notwendige, sondern auch alles Andere, also Luxuswerte, in seine staatliche Zwangsorganisation einbezieht. B. kümmert sich um den Druck von Manuskripten, um Herausgabe von Zeitungen, um Theatervorstellungen u. dergl. In der Kunst wie in der Literatur soll nach B. das Volk der einzige Richter sein, das Volk soll abstimmen, welche Statuen und Gemälde in die öffentlichen Gebäude aufgenommen werden sollen! Dadurch wird alles viel schwieriger sowie komplizierter, und gewiß viel Anlaß zu Klagen über Ungerechtigkeit gegeben, weil sich im Gebiete des Nicht-Notwendigen nur wenige Wünsche nach dem Prinzip der Gleichheit für Alle erfüllen lassen.

Und zweitens, daß bei B. gar keine freie Privatwirtschaft, d. h. eine Wirtschaft mit Privateigentum und freiem Verkehr, möglich ist. Die Nachteile dieses Mangels wird man bei Auseinandersetzung meines Programms deutlich ersehen. —

Trotz dieser Unvollkommenheit führte ich Bellamys Programm so eingehend vor, weil es dem Ziele des wahren Sozialismus viel näher kommt als alle die mit wissenschaftlich scheinenden, nationalökonomischen Betrachtungen wattierten Programme. Bellamy vermied alle derlei Witze und Kniffe, wie wir sie bei Flürscheim, Hertzka, Oppenheimer u. a. finden, und geht gerade aufs Ziel los; allerdings fanden jene Programme infolge des Respekts vor nationalökonomischen Syllogismen und Deduktionen bei den Fachleuten

der Theorie wie der Praxis weit mehr Beachtung als Bellamys Vorschlag.

Bald nach Bellamy, nämlich im Jahre 1898, erschien von dem pseudonymen Atlanticus eine Broschüre rein statistischer Natur, die prinzipiell mit meiner im „Recht zu leben und die Pflicht zu sterben" vorgeschlagenen Trennung alles zum Leben Notwendigen vom Überflüssigen nahezu identisch ist. Seine Statistik habe ich im vorliegenden Werke wohl benützt, aber in vielfach verbesserter und detaillierter Weise durchgeführt.

Über den Marxismus.

Eine ganz besondere Abart der scheinbar wissenschaftlichen Methoden in der Behandlung der sozialen Frage ist jene von Marx, die eine so große Rolle spielte und bei manchen Theoretikern unter den Sozialdemokraten heute noch spielt.

Eine „neue Gesellschaft soll begründet werden", heißt es bei Marx. Da wird nun gesagt, man dürfe nicht versuchen, sie „auf dem Boden einer moralisch-vernunftgemäßen Begründung" herzustellen, denn sie müsse mit „geschichtlicher Notwendigkeit gemäß der historischen Bedingungen aus der alten Gesellschaft" hervorgehen.

Schön hören sich solche, auf hohen Stelzen einherschreitende geschichtsphilosophische Sätze an, sehr schön. Allein was ist mit ihnen gewonnen? Nichts!

Denn man muß immer erst abwarten, was für Dinge sich wirklich ereignen. Und von einer geschichtlichen Notwendigkeit und einem „geschichtlichen Entwicklungsgesetz" kann man mit Berechtigung, ich meine: mit Sicherheit, immer nur dann sprechen, wenn die Umwandlung der Gesellschaft sich bereits vollzogen hat, also nur hinterher, retrospektiv. In diesem Falle ist natürlich eben Alles das, was geworden ist, aus Früherem entstanden, Jenes hat sich aus Diesem „entwickelt", und — wenn man den Ausdruck liebt — mit „Notwendigkeit", denn wenn es nicht „notwendig" gewesen wäre, so hätte sich ja etwas Anderes entwickelt! Der Gedanke vom „Hervorgehen" aus historischen Bedingungen ist daher ganz leer, er sagt Niemandem das geringste Neue.

A priori eine positive Ansicht über die geschichtliche Notwendigkeit und Art der Weiterentwicklung der Gesellschaft mit Sicherheit, ja auch nur einstweilen unbestritten auszusprechen,

ist bisher noch Niemandem gelungen. Das zeigen ganz deutlich u. a. der Widerspruch, den die Marxistischen Lehren gefunden haben und die Tatsache, daß fast Alles, was Marx als Nationalökonom Neues gesagt hat, selbst von seinen gemäßigten Anhängern (den „Revisionisten", und um so mehr von anderen) fallen gelassen oder als unrichtig abgewiesen wurde.*

Wenn es nun, der Schwierigkeit wegen, unmöglich ist, den Gang der Gesellschaft mit Gewißheit vorauszusagen, und wenn andererseits das mächtige Eingreifen der beabsichtigten menschlichen Tätigkeit doch unbestritten ist — die Sozialdemokraten selbst beweisen das durch ihren großen Einfluß auf die soziale Gesetzgebung am besten —, so ist nicht einzusehen, warum man nicht die Reform der Gesellschaft auf „moralisch-vernünftiger" Begründung soll konzipieren, also das tun können, was die Marxisten aus Unklarheit über sich selbst und mit ganz ungerechtfertigtem wissenschaftlichen Hochmut als „Utopismus" bezeichnen, um es zu degradieren.

Sie sagen, den Anderen fehle die „große Einsicht in die soziale Gesetzmäßigkeit, die erst Marx dem Proletariat vermittelte". Aber bisher ist noch keine Spur von dieser Einsicht zu finden.

*

Die Marxisten lieben es, den Kampf des Proletariats um sein Klasseninteresse als das richtige und alleinige Mittel auszugeben, um „das Menschentum besser zu realisieren, besser als alle Deklamation und Liebesduselei".

Wenn damit gesagt sein soll, daß jetzt das Proletariat sich am geeignetsten zeigt, eine Verbesserung des ökonomischen Gesellschaftszustandes herbeizuführen, weil es sich am kampfbereitesten unter allen Schichten der Gesellschaft und zahlreich genug zeigt, und ohne Kampf solche Verbesserungen nicht realisierbar sind, so kann man mit jenem Satz übereinstimmen. Allein den Einfluß von „Deklamation und Liebesduselei" gering zu schätzen, ist durchaus kein Grund vorhanden, sie haben im Gange der Kultur schon sehr viel ausgerichtet, und es ist auch nicht zu bestreiten, daß

* Ein Bewunderer von Marx, nämlich W. Sombart, sagt in dem Werke: „Das Lebenswerk von Karl Marx": „Man findet in meinem ‚Sozialismus' den Nachweis, daß kaum ein Bestandteil der Marxschen Entwicklungslehre einer kritischen Prüfung standhält."

eben infolge von Deklamationen und Liebesduseleien die Gemüter selbst solcher Menschen, die nicht zum Proletariat gehören, so erhöht werden, daß sie selbst vor Kämpfen nicht zurückscheuen und, geradeso wie heute die Proletarier offensiv auftreten.

Höchst wichtige politische Überzeugungen oder Empfindungen und Institutionen verdankt der europäische Kontinent einigen wenigen „Deklamationen und Liebesduseleien" der Rousseauschen Schriften und der Nationalversammlung der großen französischen Revolution. Und wir werden noch jahrhundertelang daran zehren.

Wie begrenzt die Wirkung jenes so hoch gerühmten Kampfes der Proletarier ‹als Klasse› ist, sieht man am besten daraus, daß sie auf die so zahlreiche Klasse der Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter und auf die Mittelklasse, trotz aller Sehnsucht, bei ihnen, namentlich bei den ersteren, Erfolg zu haben, gar keinen Einfluß ausüben. Ich glaube sogar, daß passende Deklamationen bei diesen Leuten weit mehr ausrichten würden als Berufung auf die Entwicklungsgesetze oder gar auf die Rolle, die z. B. der Mehrwert in ihnen spielt.

Nicht oft genug können die Vertreter des Marxismus, allen voran Engels, es hervorheben, daß sie allein den „wissenschaftlichen" Sozialismus vertreten und daß alle anderen Sozialisten nur Utopisten sind, weil sie — wie Owen, St. Simon, Fourier — sozialistische Systeme erfinden, nach der Marxistischen Lehre seien aber, wie sich Engels ausdrückt, „die Mittel der gesellschaftlichen Umwälzung nicht aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken".

Aber dem Vorwurf des Utopismus entgeht auch das Marxsche System nicht! Bernstein sagt in „Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie", er wolle „mit diesem Buche durch die Bekämpfung der Reste utopistischer Denkweise in der sozialistischen Theorie das realistische wie das idealistische Moment in der sozialdemokratischen Bewegung gleichmäßig stärken". Und Herkner meint in seinem Werke „Die Arbeiterfrage": „Es wird sich zeigen, daß der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus von Marx und Engels, und in noch höherem Maße die unter ihrem Einflusse stehende Arbeiterbewegung utopistische Elemente enthalten."

Wir brauchen jedoch hier gar nicht näher darauf einzugehen, ob diese, auch aus den eben mitgeteilten Zitaten hervorleuchtende Scheu und Furcht vor „utopistischen Elementen" wie vor einer Art Wissenschafts-Bakterien wirklich so ganz begründet seien, und es bleibe auch dahingestellt, ob derlei Bakterien die Marxsche Theorie infiziert haben oder nicht. Die Hauptsache ist: daß der Sozialismus als solcher, d. h. als das Bestreben, allen Individuen die Lebenshaltung zu sichern, mit Wissenschaft gar nichts zu tun hat. Es ist eine fast allgemein unrichtige Vorstellung, daß es anders sei. Der Sozialismus als Tendenz der Reformer ist ein Gefühl und ein Plan, aus diesem Gefühl heraus ein praktisch brauchbares Gebilde zu konstruieren, aber keine Wissenschaft. —

Alle vorhergegangenen Studien über Geschichte der Wirtschaft, über die heutige Volkswirtschaft, über die verfügbaren technischen Hilfsmittel usw. mag man „Wissenschaft" nennen, wenn man auf diesen stolzen Namen Wert legt, allein selbst mit der strengsten wissenschaftlichen Methode kommt man in sozialistischen Bestrebungen — und ohne solche bewußte Bestrebungen geht es, wie man sogleich sehen wird, absolut nicht — keinen Schritt vorwärts. In meinem Buche „Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen" spreche ich eingehender über die von fast Jedermann verkannte Rolle des Gefühls bei Reformen jeder Art.

„Bei den meisten, wenn nicht bei allen, größeren wie geringeren Reformen spielt das Gefühl eine Hauptrolle, und es tut das in zweifacher Weise: Es treibt die einzelnen Reformer zur Verfassung ihrer Vorschläge, und es gärt dann in allen jenen, die zur Realisierung dieser Vorschläge drängen. Alles Verstandesmäßige spielt in diesem Gebiete nur eine sekundäre Rolle, nämlich bloß die der Exekutive neben dem Gefühl als Gesetzgeber" ⟨S. 4 und ferner 5 und 6 des „Individuum"⟩.

*

Überdies ist es doch selbstverständlich, daß, wenn eine Theorie — also auch speziell jene von Marx und Engels — „wissenschaftlich" genannt werden darf, es vor allem nötig wäre, daß ihre Hauptpunkte, wenigstens ziemlich allgemein, akzeptiert werden, das ist aber bei Marx nicht nur nicht der Fall, sondern man kann sagen, es seien fast alle Grundbehauptungen — trotz aller Anhäufung von historisch-ökonomischem Materiale und allem Aufwand

an Dialektik — schon in der kurzen Zeit seit ihrer Publikation aufgegeben.

Aber davon abgesehen: Was nützt es, wenn „der Kopf die Mittel der . . . Umwälzung in den . . . Tatsachen der Produktion" entdeckt? Von selbst geschieht ja die Umwälzung doch nicht, sonst brauchten ja die Sozialdemokraten sich gar nicht zu bemühen und könnten die „Evolution" der Gesellschaft ruhig sich eben von selbst entwickeln lassen. Sie wissen das so gut, daß sie es an Agitation und positiven, wenn auch geringfügigen Vorschlägen zu Verbesserungen in der wirtschaftlichen Gesetzgebung zu keiner Stunde fehlen lassen.

Wenn sie aber glauben oder glauben machen wollen, daß sie nur der ausführende Arm des gesellschaftlichen Fatums sind, welches Fatum sie wissenschaftlich genau durchschaut haben wollen, so kommen sie damit doch in Widerspruch mit ihrer ‹resp. Engels'› Theorie, daß sie nicht künsteln, sondern das tun, was ohnedies geschehen muß.

Nein! Wenn sie das Eintreten von Ereignissen durch ihre Agitation auch nur **beschleunigen**, so ist das doch geradeso „gegen die Natur" und bedeutet ebenso eine Störung des Ganges der gesellschaftlichen Entwicklung, wie das Erfinden von ganzen Systemen, die man in den Gang der Dinge hineinstellen will, nur der Grad der Störung und der „Willkür" ist verschieden.* Und wenn die Sozialdemokraten imstande wären, die gewünschte wirtschaftliche Umwälzung binnen vierundzwanzig Stunden durchzuführen, so hätten sie prinzipiell nicht mehr den Vorwurf der Überstürzung seitens der Historiker und Organizisten zu gewärtigen als heute, wo sie ja ebenfalls Vielen zu schnell vorwärts treiben.

■

Die Marxisten könnten scheinbar nur das Eine für sich haben, daß ihre Agitation in der Richtung der spontanen Entwicklung geht.

Marx hat in diesem Sinne im Jahre 1871 in der „Adresse an die internationale Arbeiterassoziation" davon gesprochen, eine

* Um in der gelehrten Sprache der Soziologen und Rechtsphilosophen zu sprechen: das Handeln nach der Causa und nach dem Telos wird durcheinander geworfen.

„einsichtige soziale Bestrebung" könne nur „darauf gerichtet sein, die Rolle eines Geburtshelfers zu spielen". Bei diesem bestechenden Vergleich steckt die Täuschung darin, daß Marx vergißt, daß der Geburtshelfer ein außerhalb des Geburtsvorganges ‹und der Gebärenden› stehender Faktor ist. Aber das Proletariat, welches tatsächlich aktiv ist, also Ziele bewußt verfolgt, ist gleichzeitig mitten drin in dem spontanen, natürlichen Vorgang, weil es ja auch — gewissermassen passiv — in der „gesellschaftlichen Entwicklung" begriffen ist und von deren Strömung mitgerissen wird, es ist also Wöchnerin und Geburtshelfer zugleich und zieht sich sozusagen an seinem eignen Schopf in die Höhe! —

Überdies kann ja Niemand mit Sicherheit angeben, welches, in naher oder ferner Zeit, die „Richtung der spontanen Entwicklung" sei.

Und endlich: Angenommen, man würde diese Richtung ganz genau kennen und die Bestrebungen der Marxisten oder irgendwelcher, anderer Sozialisten gingen dieser Richtung parallel, so beweist das noch gar nichts für den Wert ihrer Bestrebungen. Denn, wenn die Richtung eine falsche, d. h. schlechte ist, also eine solche, die zu unerwünschten Zuständen führt, so ist jede Bemühung in ihrem Sinne nur schädlich und unbedingt zu verwerfen.

Da nun ferner die Entwicklung der Gesellschaft, selbst nach einer nahen Zukunft hin, niemals mit Sicherheit angegeben werden kann, so bleibt für jeden Sozialisten, also auch für den Marxismus, nichts anderes übrig, als mit Argumenten nachzuweisen, daß sein Ziel, seine Methode, an sich wertvoll und den Menschen zu helfen imstande sei. Aller geschichtsphilosophische Aufputz ist daher überflüssig und sei ihm gerne geschenkt.

*

Es wird auch gut sein, an dieser Stelle den Begriff der Evolution, der vom Marxismus den sozialistischen „Konstruktionen aus dem Kopfe" mit solcher Wucht entgegengestellt wird, nach seiner Beziehung zu sozialen Reformen etwas näher anzusehen.

Es ist doch gewiß, daß irgendein Zustand, der tatsächlich eingetreten ist, in der Linie der Entwicklung gelegen war, sonst wäre er ja nicht eingetreten. Und da es feststeht, daß sehr oft ein Zustand Tatsache wurde — und z. B. heute ein solcher vorhanden ist — den wir oder den sehr Viele für schlecht halten, so folgt, daß

das, was wirklich geworden ist, darum doch noch kein Erwünschtes sein muß, und daß wir jenen Zustand trotz seiner Abstammung aus der Evolution so schnell als nur möglich beseitigen, also durch einen besseren ersetzen wollen.

Mit dem namentlich bei den Konservativen so beliebten Axiom eines gewissen philosophischen Systems: „Alles, was ist, ist vernünftig", kommt man da nicht aus. Es ist zwar einer Widerlegung gar nicht würdig und wird im Laufe der politischen und sozialen Geschichte auch von keiner Partei ihrem Handeln zugrunde gelegt, denn auch die reaktionären Parteien lassen eine siegreiche Revolution durchaus nicht, als etwas „Vernünftiges", unangefochten, sondern bekämpfen sie, aber um auch die innere Wertlosigkeit desselben sofort erkennen zu lassen, sei Folgendes bemerkt:

Alles, was bereits ist, muß vorher vorbereitet sein, denn kein Zustand springt momentan aus dem Nichts in die Wirklichkeit hinein. Jede erfolgreiche Idee, jeder solche Reformversuch, jede siegreiche Revolution ist also ebenfalls geworden und nach ihrem Siege ist sie ein tatsächlicher Zustand, dieser Zustand ist, er wäre also „vernünftig" wie jeder andere.

Man könnte daher sogar jenes Axiom akzeptieren und wäre doch in noch so radikalen Reformbestrebungen nicht im mindesten durch irgendwelche Bedenken gehindert. Die satten Konservativen gewinnen also durch Propagierung jenes Axioms gar nichts.

Nach allem Bisherigen erkennt man wohl das Evolutionsdiplom irgendeines Zustandes bezüglich seiner Bewertung als vollkommen gleichgültig.

Andererseits gibt es aber viele Beispiele von Konstruktionen „aus dem Kopfe", die sich sehr nützlich erwiesen haben, z. B. Bismarcks Arbeiterversicherung, oder die zahlreichen Reformen Tregears in Neuseeland. Wir sehen also: es existieren schlechte Produkte der Evolution und wohltätige der „Kopfarbeit". Wozu also der ganze gelehrte Ballast von Betrachtungen über Evolution und der große Respekt vor ihr, wenn es sich um Degradation von sozialen Programmen handelt?

Sollte man aber einwenden, eine gute, also sich bewährende Reformidee sei eben in der „richtigen" Linie der Entwicklung gelegen, so wäre das eine gänzlich willkürliche Behauptung, denn wer weiß denn, welche Linie die richtige sei? Man würde also mit dieser Behauptung nur das willkürliche Kriterium: „Was gut

ist, muß sich unbewußt entwickelt haben," aufstellen, nur um gewissermaßen der Evolution etwas Angenehmes zu sagen und ihr zu huldigen. Dem steht aber gegenüber, daß man auch sagen könnte: Dieser oder jener schlechte Zustand war in der richtigen Linie der Entwicklung gelegen.

Das heißt: Man kann mit dem Evolutionsbegriff in der Praxis gar nichts anfangen, ebensowenig wie mit dem Begriff der „allmählichen organischen" Entwicklung, der den Konservativen seit jeher dazu dient, alles Neue zu hemmen, wenn nicht zu ersticken.

*

Der Nachweis, daß ein Ziel und eine Methode zweckmäßig sind, ist also Niemandem erspart, und es herrscht da kein Unterschied zwischen den Utopisten aller Grade, die Marxisten inbegriffen.

Noch mehr: Da Niemand beweisen kann, daß die Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaft unbedingt nach totalem Kollektivismus zielt, die Marxisten aber darauf hinarbeiten, so „erfinden" sie ein sozialistisches System; sie haben also Owen und Fourier gar nichts vorzuwerfen — die gelehrte Arbeit von Marx und seine Idee der materialistischen Geschichtsauffassung sonst in allen Ehren! —

Man sieht auch in neuester Zeit immer mehr ein, daß keine sozialistische Bewegung ohne Willenskräfte, ohne „ideelle Faktoren" uns vorwärts bringt,* und da geht es ohne mehr oder weniger „Erfinden" doch nicht ab. Warum hat man aber eine so große Furcht vor dem Erfinden im wirtschaftlichen Gebiete? Die kleinste Eisenbahntarif-Reform, jedes neue Gesetz, eine noch so kleine wirtschaftspolitische Idee erfordern etwas Erfindung, warum soll nur für den Aufbau einer verbesserten Volkswirtschaft das Erfinden perhorresziert sein? Und wenn die wirtschaftliche Entwicklung nur „naturgesetzlich" und spontan vor sich ginge, ohne vom menschlichen Willen beeinflußt zu werden, wie es die Marxsche

* Man sehe z. B. „Die Voraussetzungen des Sozialismus" von E. Bernstein; „Das Ende des Marxismus" von Weisengrün; „Verelendungs- oder Meliorationstheorie" von R. Goldscheid; „Die wissenschaftliche und philosophische Krise innerhalb des gegenwärtigen Marxismus" von Th. G. Masaryk (1898) u. a.

Theorie behauptet, so müßte das selbst von den geringfügigsten, wie von den weitgreifendsten volkswirtschaftlichen Vorgängen gelten; denn für die „Natur" gibt es kein „klein" und kein „groß", und es ist dann unbegreiflich, wozu man sich überhaupt so unaufhörlich um ‹vermeintliche› Verbesserungen: Zollgesetze, Handelsverträge, Gewerbeverordnungen usw., bemüht. Die Regierungen, die Parteien, die nationalökonomischen Schriftsteller, sie alle könnten sich doch wirklich ihre Arbeit ersparen!

Zur Evolutionstheorie dürfte auch nachfolgende, mehr philosophische als sozialistische oder soziologische Bemerkung einigermaßen aufklärend wirken.

Der tiefere psychologische Grund der Anbetung des Evolutionismus, verbunden mit der so starken Mißachtung individueller Programme, dürfte darin liegen, daß man bewußte geistige Produktion mit Willkür und mit in der Luft schwebenden Einfällen verwechselt, die vermeintlich gar keinen Zusammenhang mit dem Leben und der Entwicklung der Gesellschaft besitzen. Von demjenigen, was im Unbewußten und Absichtslosen der Menschheit vor sich geht, hat man in unserer Zeit der „Philosophie des Unbewußten" und des „Instinkts" einen mystischen Respekt wie vor der Natur selbst, von der es doch nur ein Teil ist.

Aber auch die Gedanken der Projektanten und selbst der Utopisten sind ein Teil der ganzen Natur und daher auch des Lebens der Menschheit. Man vergesse doch nicht den tiefsinnigen Ausspruch Voltaires: „Wir sind ebensowenig Herren unserer Träume wie unserer Gedanken." Und daß das Denken ebensogut determiniert ist wie alles andere, müssen die Anhänger des Marxismus doch gewiß zugeben.

Wenn also irgendwelche Programme aufgestellt werden, so erheben sich doch auch diese aus dem Unbewußten in das Gebiet des Bewußten, sie sind von derselben respektablen Geburt und steigen aus demselben Urgrund der Natur empor wie das, was sich unbewußt und tatsächlich entwickelt. Geradeso wie die unzähligen großen und kleinen Wellen — die hin- wie die, wegen der Hindernisse, zurücklaufenden — zusammengenommen das Meeresrauschen als einen einheitlich wahrzunehmenden Gesamtvorgang hervorbringen, so ist es auch mit den sämtlichen großen und kleinen, starken und schwachen Taten, Reden und Schriften. Nichts steht außerhalb des großen Stromes der Entwicklung, Alles

gehört hinein. Zusammen bilden sie das Gesamtgeräusch der Kulturgeschichte.

Daß Programme einem oft nicht gefallen, ändert an der Sache nichts, auch viele faktische Entwicklungsstadien der Gesellschaft brauchen einem nicht zu gefallen; ein Zeitalter mit religiöser Verfolgungssucht war ein nicht minder reales Stadium der Entwicklung als das Zeitalter, das von Programmen der Toleranz erfüllt war.

Alles ist Evolution.

*

Es erweckt beinahe einen heiteren Eindruck, die Marxisten immer mit großem Stolz darauf hinweisen zu sehen, daß sie kein Programm haben, sondern nur „Wissenschaft" treiben. Wenn das so ist, wozu all ihre Mühe, ihre Studien und ihre Agitation?

In der „Heiligen Familie" sagten schon Marx und Engels, wie Kautsky bemerkt: es handle sich darum, was ist und was man „diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen wird". Wenn das so ist, brauchen wir eigentlich nur zuzuschauen, können uns auch, wenn es uns angenehm ist, schlafen legen, es wird schon ohne alle unsere Tätigkeit das geschehen, was geschehen muß, und alle Forschungen von Marx haben nur den theoretischen Zweck, unsere Neugierde nach dem Entwicklungsgang der fernen oder nahen Vergangenheit zu befriedigen. Von einer Förderung durch unseren Willen wäre also keine Rede, und da wäre dann das Verdienst von Marx und Engels ein sehr geringes.

„Von diesem Standpunkt aus", sagt Kautsky ‹gegen Bernstein›, „lehnten Marx und Engels es stets ab, Rezepte für die Garküche der Zukunft zu verfertigen;" aber ich glaube, das wäre kein Verbrechen, zumal wir überhaupt im öffentlichen Leben immerfort Rezepte für eine nahe oder nächste Zukunft verfertigen.

„Ihre ‹Marx' und Engels'› praktischen Forderungen sind" — fährt Kautsky fort — „Organisierung und Schulung des Proletariats zum Zwecke der Eroberung der Machtmittel der kapitalistischen Gesellschaft. Nie hatten sie eine fertige ‚Lösung' in der Tasche."

Nun frage ich, was kann dem noch so gut organisierten und geschulten Proletariat die Eroberung der Machtmittel nützen, wenn es keine „Lösung", also kein präzises Programm für sein Handeln besitzt? Das gäbe in der Tat eine nicht wenig tragikomische Situation, wenn z. B. die Gesellschaft

oder ein absoluter Monarch dem Proletariat plötzlich sagen möchte: „Ihr sollt die Macht haben, jetzt geht doch frisch an die Umwälzung der Gesellschaft," und die Antwort lauten müßte: „Wir haben keine fertige Lösung in der Tasche, wir besitzen auch nicht das kleinste Rezept für die Garküche der Zukunft, wir können daher nicht einmal anfangen, etwas zu tun, aber wir sind gerne bereit, die immanenten Gesetze der Entwicklung weiter zu erforschen und jeden als einen Utopisten zu verschreien und mit Hilfe der Wissenschaft zu vernichten, der es wagen sollte, einen noch so guten Vorschlag zu machen." —

Von Zeit zu Zeit scheinen sich aber die enragiertesten Marxisten von diesem, sonst ostentativ hervorgehobenen Nihilismus nicht befriedigt zu fühlen, und so kam es wohl, daß Kautsky in dem Aufsatze „Die soziale Revolution", speziell im Abschnitte „Am Tage nach der Revolution" sich mit der Natur der nächsten Maßregeln an diesem besonderen Tage beschäftigte, an dem nämlich, voraussetzungsweise, die politische Macht durch die Arbeiterklasse erobert würde. „Diese Maßregeln werden", sagt Kautsky, „in voller Durchführung der Demokratie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, bestehen in weitgehender Schul- und Steuerreform, Einführung ausreichender Arbeitslosen-Unterstützung, infolge davon umfangreicher Verstaatlichung oder Kommunalisierung von monopolartigen Betrieben und anderen kapitalistischen Unternehmungen, wie auch des Großgrundbesitzes. Die Enteignung geschieht auf dem Wege der Ablösung . . . die Heranziehung der Arbeiter soll erfolgen durch das Mittel der gewerkschaftlichen Disziplin, die Arbeitszeit wird verkürzt, die Arbeit angenehm gestaltet, die Löhne werden möglichst erhöht, welche Erhöhung durch Steigerung der Produktivität und bessere Organisation der Arbeit wettgemacht wird usw." —

Wenn man das näher besieht, so bietet es doch kein klares Programm, keine Andeutung darüber, ob alles realisierbar sei, ob wirklich die Lohnerhöhung irgendwie wettgemacht wird, und dergleichen mehr, und kommt überhaupt nicht über die Gedanken hinaus, die heute bereits ein jeder Arbeiter in einer Wählerversammlung zum besten geben kann, und die in ihrer schillernden Aneinanderreihung glänzender Reformen an die Thronreden pfiffig sein wollender Potentaten oder Regierungen erinnern.

*

Der nahezu fatalistische Grundgedanke des theoretischen Marxismus, daß sich der künftige Gesellschaftszustand aus dem jetzigen vermöge „immanenter" Gesetze, also von selbst, herausbildet, wird in der Praxis von den Anhängern der Marxschen Theorie inkonsequenter-, aber glücklicherweise, gar nicht berücksichtigt, denn wir sehen sie ja immer tüchtig an der Arbeit. Es ist hier ähnlich wie bei jenen Leuten, die sich auf die „von selbst heilende Natur" zu verlassen vorgeben, im Krankheitsfalle jedoch zu „Volksheilmitteln" und, wenn es schief geht, denn doch zum Arzt und zu radikalen Mitteln und Eingriffen ihre Zuflucht nehmen.

*

Ganz unverständlich ist es auch, wie die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung, die ja notwendigerweise auch die große Bedeutung einzelner Individuen für den Gang der Dinge leugnen, so viele ihr widersprechende Tatsachen übersehen können. Kann wirklich Jemand den ungeheuren Einfluß leugnen, den ein Alexander der Große, Cäsar oder Cromwell durch ihre Taten auf den Gang der Kultur oder der politischen Geschichte ausgeübt haben? Und kann man leugnen, welche großen Folgen solche Schriften hatten, wie z. B. das Alte und Neue Testament? Confucius' moralische Schriften? Oder jene des Paulus, des heiligen Augustinus, Luthers, Voltaires, Rousseaus, Thomas Paines?

Und in anderen Richtungen: Würde die europäische Kultur dieselbe wie heute sein, wenn z. B. Shakespeare, Newton, James Watt, Faraday und Darwin nicht existiert hätten?

Alles das sind gewollte Leistungen bedeutender Individuen und durchaus nicht dumpfe, spontane Äußerungen wirtschaftlicher Gesellschaftszustände oder der Seele der Volksmassen.

Es möge jeder die Geschichte der Tätigkeit W. Cl. Garrisons kennen lernen — z. B. aus dem herrlichen Werke von Gizycki aus dem Jahre 1890 —, der etwa an der Macht zweifeln sollte, die in beharrlicher Propaganda einer oder weniger Personen liegt oder liegen kann. Wer die Tätigkeit und die Wirkungen solcher Individuen wie Hus, Luther oder Garrison ohne Schulvorurteile beobachtet, muß zur Überzeugung kommen, daß solche enthusiastische und zugleich willenskräftige Persönlichkeiten zur Durchsetzung neuer Ideen oder Empfindungen oft unentbehrlich sind. Und wenn hinterher, d. h. nach der Realisierung ihrer Tendenzen, von den Vertretern

der autonomen „Evolution" und der „immanenten Gesetzlichkeit des Geschehens in der menschlichen Gesellschaft" behauptet wird: Nicht diese Individuen haben das gemacht, sie „waren nur die ‹etwa ‚unbewußten'› Vollstrecker der ‚ehernen' Gesetze der Menschheit", „die Umstände und das Milieu lagen für ihre Bestrebungen günstig" u. dergl. mehr — so kann man sie dabei lassen, denn es genügt zu wissen und ist für fernere Reformversuche wichtig zu wissen, daß der Wille und Geist von einzelnen Personen zur Etablierung von Reformen notwendig waren; man möge nachher den Grund ihrer Erfolge deuten wie man will.

Legt man also ganz besonderen Wert darauf, solche Individuen nicht mehr „große Männer" oder „Genies", sondern nur „Vollstrecker", meinetwegen „Handlanger" der Kulturgeschichte zu nennen, so sei es drum. Aber, sei es wie immer, ohne solche Vollstrecker und Handlanger geht es einmal nicht, und wenn man das weiß, so ist dieses ganze Sträuben gegen die Anerkennung der Unentbehrlichkeit führender Persönlichkeiten nur ein Spiel mit Worten.*

Und es ist ja nur eine Tautologie oder eine Selbstverständlichkeit, zu sagen, das Milieu und das „Zeitalter" müssen einer Reformbestrebung günstig sein, damit sie gelinge; denn man erkennt ja diese günstige Sachlage eben nur daran, daß die Bestrebung zu dieser oder jener Zeit zum Ziele führte. Dazu braucht es keine Kenntnis soziologischer Gesetze, keine materialistische Geschichtsphilosophie u. dergl. mehr. Und wenn die Bestrebung einzelner Persönlichkeiten nicht zum Ziele führt, so steht es jedem frei, das so zu erklären, daß das richtige Milieu fehlte, daß die gesellschaftliche Evolution nicht an diesem Punkte vorbeiführe oder noch nicht dort angelangt sei, oder auch, daß der Mann nicht tüchtig und begabt genug gewesen sei. Man kann sagen, was man will, denn es weiß Niemand etwas Sicheres in diesen Dingen.

*

* In dem Abschnitte „Über die Rolle der großen Männer und der großen Massen in der Kulturgeschichte" auf S. 282 usf. meines Werkes „Voltaire" ‹1905› verglich ich die Rolle jener Männer mit jener der Katalysatoren bei chemischen Vorgängen. Diese Auffassung dürfte, als eine ganz objektive, vielleicht allseits gerne akzeptiert werden.

Wenn man Marx den sogenannten utopischen Sozialisten gegenüberstellt, so hebt man den Vorzug des ersteren in der Weise hervor, daß man sagt: Die Utopisten setzten an die Stelle der zu erforschenden gesellschaftlichen Tätigkeit die erfinderische Tätigkeit des Denkers. „Erst die Erkenntnis, daß diese ‚Wissenschaft' nicht zu suchen war, daß die theoretische Leitung der sozialen Praxis gar nichts anderes sei als die bloße Systematisierung der im sozialen Entwicklungsprozeß selbst erkannten Tendenzen, als die bewußte Teilnehmung an dem unter unseren Augen vor sich gehenden Umwälzungsprozeß der Gesellschaft, macht den eigentlichen Unterschied gegenüber dem utopischen Sozialismus aus." ⟨M. Adler in „Marx als Denker".⟩

Aber, wie ich schon oben sagte: Die Systematisierung, ja das Erkennen der gesellschaftlichen Tendenzen überhaupt geschieht immer a posteriori; es hinkt der Betätigung dieser Tendenzen immer nach, und wir wissen von jedem, noch so kleinen Schritt, den die Gesellschaft weiter macht, gar nichts Sicheres voraus, selbst wenn wir ihre Tendenzen noch so sehr zu kennen glauben. Wir können solche neue Schritte und Ereignisse nur voraussetzen, und zwar in der Art, daß wir sie mit Bewußtsein und Absicht vorbereiten und den Willen haben, sie zu realisieren. Also wir sind der Kenntnis von Tendenzen in dieser Weise voraus.

Betrachten wir z. B. die von Bismarck eingeführte Arbeiterversicherung. Was hatte diese bedeutende wirtschaftliche Maßregel, die überall Nachahmung findet und jetzt daher eine „Tendenz" der Gesellschaft genannt werden kann, veranlaßt? Irgendeine frühere, etwa von Marx gefundene Tendenz? Hat Bismarck erst untersucht, ob sie in der Richtung der „gesellschaftlichen Evolution" liegt? Hat er darüber die Soziologen von Fach befragt? War die Arbeiterversicherung nicht ein Produkt „erfinderischer Tätigkeit des Denkens"? Die Kenntnisse aller Soziologen und materialistischen Geschichtsforscher hätten noch jahrzehntelang sich erweitern können, und niemand von ihnen hätte diese Maßregel aus den ihnen bekannten „Tendenzen" zu prophezeien vermocht. Und dazu kommt das Allerwichtigste: diese Maßregel war sehr nützlich, und in letzter Instanz kommt es uns doch gewiß nicht auf die Erkenntnis von bisherigen Tendenzen, sondern aufs Helfen und Nützen an! —

*

Wenn die „materialistische Geschichtsauffassung" von Marx richtig wäre und dieser die ökonomische Entwicklung — als Basis aller übrigen Veränderungen im Bau der Gesellschaft — in der Zukunft so sicher kennen würde, so müßte er uns auch über die Entwicklung anderer Probleme Aufschluß geben können. Also z. B. auch über die Kriegs- und Friedensfrage, auch über die Frage, ob sich die Institution der allgemeinen Wehrpflicht noch lange halten oder ob sie einer anderen Institution werde weichen müssen.

Das ist aber bisher nicht geschehen, Marx, respektive seine Anhänger wissen nichts anderes zu sagen als: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk", was aber nicht kraft eines „Entwicklungsgesetzes" der Gesellschaft, sondern als Willensäußerung der Sozialdemokraten ausgesprochen wird, also ganz nach der von den Marxisten so sehr verpönten Methode der Utopisten: nicht die Gesetze der gesellschaftlichen Evolution zu erforschen, sondern „Gedanken" darüber, wie es sein solle, zu entwickeln, also zu erfinden.

*

Die marxistische Partei sollte, sozusagen logisch genommen, mein Programm aus allen Kräften unterstützen, denn es liegt ja ganz auf dem Wege ihres Programms der Kollektivierung der Produktionsmittel, und sollte nach einer längeren Erfahrung mit meinem Programm sich dennoch der Wunsch oder das Bedürfnis und die Möglichkeit zeigen, die von mir beibehaltene, freie Volkswirtschaft für die Luxusleistungen aufzuheben und Alles, oder wenigstens Vieles, was jenseits des Notwendigen liegt, zu sozialisieren, wie es die internationale Sozialdemokratie heute schon verlangt, so könnte das ja ganz gut geschehen, so sehr ich selbst es unpraktisch finden würde. Wie die Dinge aber liegen, sträuben sich die Marxisten in ihrem orthodoxen Fanatismus, nichts gelten zu lassen als die Ansprüche und Ansichten ihrer obersten Theoretiker, wie gegen jedes noch so nützliche Zusammengehen mit anderen Parteien oder Ideen, und so auch — wie ich einigen Besprechungen meines Programms entnehmen konnte — gegen meinen Reformvorschlag. Das ist zu bedauern, da die Marxisten durch ihre Einseitigkeit nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch die Kleinmeister und die anderen Mittelklassen nicht gewinnen

können, die beiden letzteren, sowie selbst den sozialistisch gesinnten Teil der Bourgeoisie mit Absicht von sich stoßen und überdies eigentlich gar kein klares Bild ihres Zukunftsstaates besitzen, aus diesem Mangel machen sie aber eine Tugend, indem sie vorgeben, der „wissenschaftliche" Sozialismus dürfe gar keine näheren Angaben über den Zukunftsstaat machen, und auf diese Weise eigentlich — von ihren reformerischen Agitationen bloß zugunsten der Industriearbeiter abgesehen — gar nichts für die intellektuelle Vorbereitung der Zukunft tun, als den Satz von der Aufhebung alles Privateigentums ohne Unterlaß zu wiederholen.

Hierdurch erreichen sie jedoch nichts anderes, als eine ununterbrochene Gegnerschaft aller Besitzenden, ja auch vieler Nichtbesitzenden, hervorzurufen, anstatt durch Ausarbeitung eines klaren und anschaulichen Zukunftsprogramms eine Diskussion und Vergleichung desselben mit anderen zu ermöglichen. —

Was für ein rohes Wort ist ihr Wort vom „Klassenbewußtsein"! Es ist um nichts besser und zeigt nicht weniger Borniertheit als der seinerzeitige Stolz der Zünftler auf ihre Profession und auf ihre Gilde.

Wenn man die sogenannten sozialwissenschaftlichen Schriften unbefangen betrachtet, so findet man, daß, wenn sie wirklich etwas Haltbares zu sagen haben, ich meine: wenn aus ihnen ein Gedanke hervorleuchtet, der die Menschen von Not und Sorge in größerem oder geringerem Grade zu befreien verspricht, nichts Anderes zum Vorschein kommt als der scheinbar so triviale Satz: Alle für Jeden und Jeder für Alle.

Das ist aber der Grundgedanke einer gegenseitigen Assekuranz, also des „Nutzens der großen Zahl" behufs Ausgleichung und Übertragung aller günstigen und ungünstigen Zufälle. Und da dieser Nutzen mit der Größe der Zahl, also hier: der Einzelindividuen, wächst, so muß man an die Verwendung der möglichst großen Zahl, d. h. des ganzen Staates, denken. Fachlich ausgedrückt heißt das „Sozialisierung der Produktionsmittel".*

Allerdings handelt es sich dann um die nähere Durchführung eines solchen Gedankens, um seine praktische Gestaltung und um

* Wiederholt aus meinem „Fundament eines neuen Staatsrechts" (1905).

Eliminierung alles Nichtzugehörigen. Dies glaube ich eben in meinem Programm geleistet zu haben.

*

Ein solcher Gedanke, sei es in welchem Programm immer, ist nie etwas anderes als ein ethischer, d. i. ein solcher, der aufs Helfen ausgeht, denn in nichts anderem besteht die Sozialethik, welches Wort einen fast etwas zu hochtrabenden Eindruck macht. Alles scheinbar wissenschaftliche Rüstzeug ist hier stets entweder ganz wertlos oder nur einfache Registratur von Tatsachen, mit denen von jenem ethischen Standpunkte aus weiter manipuliert wird. Nur eine kritische Untersuchung eines solchen Programmes selbst hat Wert. Die Untersuchungen der Sozialwissenschaft, soweit sie nicht agitatorischer Natur sind, bleiben für das „Helfen" ohne Belang; selbst das gelehrte Werk von Marx „Das Kapital" wirkte hauptsächlich durch die aufwühlende und irritierende Schreibweise. „Mehrwerttheorie", „Krisentheorie" usw. — alles das ist bereits zerpflückt.

Es ist wirklich gar kein Grund vorhanden, eine wissenschaftliche Pose anzunehmen, wie das Marx und Engels tun; ihre praktischen Erfolge haben gar nichts mit Wissenschaftlichkeit zu tun. Was bei ihnen wie wissenschaftliche Deduktion aussieht, ist hundertfach angegriffen und, nach der allgemeinen Meinung, widerlegt worden. Was ist das für eine Wissenschaft?

Was aber noch wichtiger ist, das liegt in der Tatsache, daß Marx viel öfter und entschiedener ethisch arbeitet als er weiß und vorgibt und dies, obwohl er wie Engels alles Ethische energisch zurückweist, weil es angeblich die ganze Gesetzlichkeit, die sie in der sozialen Entwicklung auffanden, zerstören würde.* Denn im „Kapital" wird ⟨I S. 215⟩ von der „Enthaltsamkeit, Entsagung und Sparsamkeit der Kapitalisten in Verausgabung ihres Geldes und ihrer Timur-Tamerlanschen Verschwendung von Menschenleben" gesprochen.

Warum und wozu diese Entrüstung? Es liegt ja derlei „im Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung"! Was hat das für einen Sinn, den Kapitalisten Tamerlanismus ins Gesicht zu werfen? Das alles geht doch „naturgesetzlich" vor sich!

---

* Auch Ed. Bernstein behauptet das von Marx.

An einer anderen Stelle sagt Marx: „Die Wohlfeilheit des in Ware verwandelten Menschenschweißes und Menschenblutes bedingt die Wohlfeilheit der Ware auf dem kapitalistischen Markte." Auch hier muß man erstaunt fragen: Woher dieser bittere Ton? Was geht den nicht-ethischen Mann der Wissenschaft, der die immanenten Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung erforscht, der „Menschenschweiß" an? Doch ebensowenig wie die unausweichliche Erhitzung des Zylinders einer Dampf- oder Gasmaschine?

Der ganze erste Band des „Kapital" — und nur dieser spielt in der sozialistischen Bewegung eine Rolle — ist mit nahezu ununterbrochener Empörung über unsere wirtschaftlichen Zustände und das Vorgehen der Unternehmer geschrieben, selbst kleinere Details und Fußnoten werden mit Bitterkeit und Hohn gegeben. —

Engels sucht zwar diese Inkonsequenz des Erforschers von „Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion" — wie es im Vorwort zum „Kapital" heißt — damit gutzumachen, daß er sagt: „Dieser Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Finger breit weiter." Aber er beweist uns doch, daß auch bei Marx die ethische Auffassung seine angebliche wissenschaftliche Objektivität durchbricht und daher diese nicht als die allein maßgebende Betrachtungsweise gelten läßt. Andererseits ist es ganz gegenstandslos, daß jener Appell uns „wissenschaftlich" nicht weiter bringt, denn gerade dieser Appell hat eigentlich den Marxismus stark gemacht, und alles Wissenschaftliche hat nur als Requisit gedient und spielt jetzt keine Rolle mehr, denn keine einzige sozialistische Bewegung aktiver Natur kümmert sich überhaupt noch um die im „Kapital" niedergelegten Theorien.

*

Am deutlichsten erkennt man die Wertlosigkeit solcher angeblich sozialwissenschaftlicher Untersuchungen daraus, daß die sozialdemokratische Agitation den 1. Band des Marxschen Werks „Das Kapital", als ihre wissenschaftliche Basis betrachtete, während der Haupt- und Grundgedanke des „Kapital", nämlich jener über den Mehrwert und Profit, aller Erfahrung so sehr widersprach, daß Marx-Engels ihn im dritten Bande gänzlich umstürzten, und immer kräftiger den Mehrwert — d. i. den Gewinn des Kapitalisten — nicht aus der Mehrarbeit der Lohnarbeiter über dessen (und dessen Familie) notwendigen Lebensunterhalt

hinaus ableiteten, wodurch ja der erste Band so agitatorisch wirkte — sondern durch die alte Ansicht der Nationalökonomen und Kaufleute erklärten, derzufolge die Produktionskosten und das Verhältnis von Nachfrage und Angebot über den Mehrwert, also auch über den Profit des Kapitalisten entscheiden.

In diesem nunmehr eigentlich sehr zahmen dritten Bande des „Kapital" wird der Preis der Ware nicht mehr nach der Arbeit, die Marx früher als wahrhaft innerer Wert galt, sondern eben nach den Produktionskosten, natürlich mit Hinzurechnung des durchschnittlichen Profits bestimmt. —

So wie mitunter selbst in der Wissenschaft aus unrichtigen Voraussetzungen oder Hypothesen dennoch richtige oder brauchbare Ergebnisse resultieren, so geschah es hier in der neueren sozialistischen Bewegung, und auf Grund einer als unrichtig erkannten Theorie ‹des Mehrwerts› entwickelte sich eine immer mehr wachsende Kraft der Agitation der Geister in den lohnarbeitenden Klassen. Nun ist es ja eine allgemeine Regel der politischen und sozialen Bewegungen, den Überdruß an den vorhandenen Zuständen durch das Suchen nach dem Sündenbock zu dokumentieren, und wenn er gefunden ist, auch auf diesen zu entladen. Diesen Sündenbock, der an der Not der Arbeiter schuld war, glaubte Marx im — „Mehrwert" gefunden zu haben, die sozialistische Bewegung fand hierin eine nahezu unerschöpfliche Quelle treibender Kraft, und als später der dritte Band des „Kapital" erschien, war der Effekt schon da! Um die neue Erklärung des Mehrwerts brauchte man sich in der praktischen sozialistischen Bewegung nicht mehr zu kümmern.*

Wie wäre es aber geworden, wenn die Theorie des dritten Bandes schon im ersten Bande des „Kapital" gestanden hätte? Die ganze Irritationskraft der Marxschen Argumentation wäre nicht vorhanden gewesen! Sieht es nun nicht wie eine Ironie der Kulturgeschichte aus, daß dieser dritte Band früher fertig war als der erste? —

* Über diesen Punkt finde ich in einer Notiz folgende historische Angaben: In den Jahren 1864 und 1865 machte Marx einen Auszug und eine Bearbeitung aus einem älteren Manuskript, das als Grundlage für Engels beim dritten Band des „Kapital" diente. In diesem dritten Band kommt die Betrachtung vom Extramehrwert, die 1867 im ersten Band nur verschwindend erscheint, am häufigsten vor, d. i. der vorübergehende Gewinn aus dem Monopol, aus einer Erfindung oder einem Fortschritt.

Diese ganze Affäre mit dem dritten Bande von Marx' „Kapital" sollte doch allen jenen die Augen öffnen, die noch immer der deduktiven Volkswirtschaftslehre einen Wert beimessen und von ihrem wissenschaftlichen Charakter sprechen, ja, die es nicht lassen können, soziale Reformvorschläge auf derartige Untersuchungen zu basieren oder zu kritisieren.

Bevor der dritte Band herauskam, betrachtete man natürlich die Digressionen des ersten Bandes über „Wert" als definitive Ansicht von Marx und stimmte zu oder polemisierte dagegen. Im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" behandelt Böhm-Bawerk den Artikel „Wert" nur nach der Darstellung im ersten Band und sagt dann, daß der dritte Band den ersten verleugne; ebenso meint Diehl: „Die Lösung des dritten Bandes war ein offener Widerspruch zu Marx' früheren Ausführungen"; Ed. Bernstein schrieb: „Ohne die Entwicklung des dritten Bandes ist die Marxsche Arbeitswerttheorie unvollständig und . . . verwundbar." W. Sombart versuchte, beide Ansichten miteinander in Übereinstimmung zu bringen, aber selbst Sozialdemokraten akzeptierten diesen Versuch nicht. Und so ist es dabei geblieben, wie auch Masaryk es ausdrückt, daß dieser Widerspruch als Tatsache besteht und anerkannt wird. Und selbst einer der enragiertesten Anhänger von Marx, nämlich G. v. Charasoff, gesteht zu ‹in seinem Werke „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft" aus dem Jahre 1909›, daß das Hauptresultat im ersten Bande durch den dritten „nicht widerlegt, sondern höchstens unbedeutend modifiziert wurde".

Was ich hier sagte, wird keineswegs dadurch abgeschwächt oder gar widerlegt, daß Marx in der besprochenen Sache von so mancher Seite gegen die Angriffe, wie jene von Böhm-Bawerk, verteidigt wurde. Denn nicht nur sind die meisten Fachmänner Gegner geblieben, sondern die Abwehrversuche von Conrad Schmidt in seiner Abhandlung „Die Durchschnittsprofitrate auf Grundlage des Marxschen Wertgesetzes" ‹1889› oder von Rudolf Hilferding in seiner Monographie „Böhm-Bawerks Marx-Kritik" ‹in den Marx-Studien, 1904› sind so subtil, ja gezwungen in ihrer Argumentation, daß man ruhig behaupten kann, daß von den Tausenden und Hunderttausenden Anhängern Marx' nur sehr wenige sich um diese Richtigstellungsversuche gekümmert hätten und sich heute noch kümmern. Das heißt: die marxistische Bewegung

basiert immer noch, wie im Beginne derselben, auf dem ersten Bande des „Kapital", und wenn der dritte zuerst erschienen wäre, so hätte der ganze Sauerteig des Mehrwerts, der alles in Gärung brachte, gefehlt.

*

Vom szientifischen Standpunkte aus ist es unbedingt ein nahezu demütigender Anblick, eine so große — nach meiner Ansicht höchst wohltätige — soziale Bewegung wie es die sozialdemokratische ist, also eine mächtige Realität, auf einer falschen Ansicht fundiert und emporwachsen zu sehen.

Im Falle Marx waren allerdings die Folgen nach der Ansicht vieler Millionen Menschen sehr erwünscht, in anderen Fällen könnte aber wohl auch das Umgekehrte eintreffen!

Man erkennt daher auch hieraus, wie gut es ist, in solchen fundamentalen Fragen sich nicht auf theoretische Subtilitäten zu verlassen, man lasse sie also in der Behandlung des sozialen Problems fahren, sie bieten kein Fundament für eine Lösung und bereichern höchstens die Literatur der volkswirtschaftlichen Polemik. —

II.

POSITIVER TEIL

Ein Plan, um jedem Individuum eine anständige Lebenshaltung zu sichern.

Um jeden Staatsangehörigen von der Geburt bis zum Tode mit voller Sicherheit vor Not und auch schon vor Sorge zu bewahren, fasse man aus der gesamten Produktion und den gesamten Leistungen der Gesellschaft speziell dasjenige ins Auge, was zu einer in physiologischer und hygienischer Beziehung behaglichen Lebenshaltung notwendig ist.

Zu diesem Notwendigen wollen wir nicht nur Nahrung, Wohnung und Wohnungseinrichtung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung, sondern auch ärztliche Hilfe, Kranken- und Alters-Pflege, Medikamente und Bestattung rechnen. Damit würden die leiblichen Bedürfnisse der Menschen in der Hauptsache befriedigt. Dieses Notwendige muß von einem pflichtmäßig arbeitenden Teile der Gesellschaft hergestellt oder irgendwie beschafft werden, und dessen Produkte und Leistungen müssen an sämtliche Staatsangehörige, ausnahms- und bedingungslos, und zwar nicht in Geldform, sondern in natura, verteilt oder gewährt werden.

Da man im gewöhnlichen Leben unter „sich ernähren" nicht nur die Sorge um Beschaffung der Nahrung, sondern auch des Obdachs und der Kleidung und der anderen, oben angeführten Leistungen versteht, so wollen wir, zugleich in Analogie des militärischen Begriffs der „Wehrarmee", jenen pflichtmäßig produzierenden Teil der Gesellschaft, der für Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse zu sorgen hat, „Nährarmee" nennen.

Die Nährarmee produziert und arbeitet also für sich selbst und für alle anderen. —

Eine aufmerksame Betrachtung der Wirtschaftsgeschichte, sowie aller bisherigen wirtschaftlichen Theorien und Projekte zeigt, daß auf gar keine andere, als auf die oben gekennzeichnete Weise das

Ziel erreicht werden kann: kein einziges Individuum ökonomisch untergehen zu lassen und dasselbe von jeder Angst, sich und seine Angehörigen ernähren und erhalten zu können, mit Sicherheit freizuhalten. —

Die Befriedigung der leiblichen, der sogenannten Existenz-Bedürfnisse, die wir auch primäre nennen wollen, kann den Menschen jedoch nicht genügen; wir haben auch sekundäre oder „kulturelle" Bedürfnisse, die zwar nicht zur physischen Fortexistenz notwendig sind, die wir aber doch für fast unentbehrlich halten und nur sehr schwer vermissen würden. Würde Jeder nicht mehr als bloß Nahrung, Wohnung, Kleidung und ärztliche Hilfe erhalten, so könnte er eben nur fortvegetieren; er wäre nicht sicher, auch nur jene Mittel zu besitzen, um einen Brief schreiben, Bücher kaufen, Theater besuchen, eine Reise antreten zu können.

Wir wollen daher auch für die Befriedigung der sekundären Bedürfnisse Sorge tragen, und da wir darin, wie auch für die primären, eine gewisse praktische Grenze einhalten, also alles, was zu sehr nach Luxus aussieht, außer acht lassen müssen, so werden wir nur jene sekundären Wünsche — womöglich — zu befriedigen suchen, die in der Tat allgemein und sehr lebhaft sind, und die wirklich und für Alle auf nicht zu schwierige Weise erfüllt werden können. Es tragen daher auch diese Bedürfnisse den Charakter notwendiger Bedürfnisse, obwohl sie nicht für die physische Existenz unentbehrlich sind. Eine Volksabstimmung muß von Zeit zu Zeit, z. B. alle zwölf oder dreizehn Jahre, darüber entscheiden, welche Kulturbedürfnisse gedeckt, also in die Lebenshaltung einbezogen werden sollen. —

Das, was jedem von der Gesellschaft gesichert werden und aus primären und sekundären Leistungen bestehen soll, ist also ein, im Laufe der Zeit wohl auch variables, Minimum, und das ganze hierzu nötige Regime heiße: Minimum-Institution.

*

Den primären Teil des Minimums beschafft die Nährarmee in natura; der sekundäre Teil aber wird bloß gesichert, nicht von einer Gemeinwirtschaft beschafft, sondern in Geldform zugeteilt und für Geld, als Austauschmittel, innerhalb der fortbestehenden freien Wirtschaft — über die noch eingehender gesprochen werden soll — gekauft.

Es leuchtet wohl sofort ein, daß die sekundären Forderungen nicht in natura verteilt oder gewährt werden können. Denn da sie nur zum geringsten Teile physischer Natur, zumeist auf geistige oder Gemütsbedürfnisse gerichtet und daher von Individuum zu Individuum qualitativ und quantitativ verschieden sind und überdies bei demselben Individuum mit der Zeit sich ändern, so ist eine auch nur nahezu wissenschaftlich begründete Dosierung, wie bei Nahrung, Wohnung und Kleidung, hier nicht möglich; man kann also nichts anderes tun, als jedem eine bestimmte Geldsumme pro Jahr geben, für die er die verschiedenen sekundären Bedürfnisse — bis zu der Höhe jener Summe — befriedigen kann. Dem Wechsel der Preise in der freien Wirtschaft kann man durch Variation jener Geldsumme so ziemlich entgegenarbeiten.

Die Minimum-Institution gibt also zwar das gesamte Minimum, produziert aber nur den primären Anteil desselben, nämlich durch die Nährarmee.

*

Jene oberste Behörde, die sich mit der Beschaffung und Verteilung des Minimums zu befassen hat, nennen wir „Ministerium für Lebenshaltung".* Diese Behörde ist eine rein wirtschaftliche, muß von jeder politischen ganz unabhängig sein und kann vielleicht durch eine allgemeine Volksabstimmung gewählt werden.

Ein besonderer Vorzug des Planes, aus aller Produktion und Tätigkeit der Gesellschaft nur dasjenige herauszuheben, was sich auf das Notwendige — richtiger: auf das jeweils als notwendig Erscheinende — bezieht, und nur eben dieses zur direkten Verteilung und Gewährung zu bringen, besteht darin: daß beinahe gar keine wesentliche Unbestimmtheit in den Quantitäten oder sonstigen, charakteristischen Eigenschaften der hauptsächlichen, namentlich leiblichen Bedürfnisse und Genüsse vorhanden ist. Man kann daher im vorhinein leicht bestimmen, was jene Nährarmee zu leisten hat. —

Im speziellen Gebiet der Ernährung gibt uns die Physiologie genau genug an, wieviel Eiweiß, Fette und Kohlenhydrate die Menschen — in verschiedenen Lebensaltern und Berufen — wirklich benötigen.

Was ferner die Wohnungen betrifft, deren Besitz kaum

* Diese Bezeichnung verwendete ich schon im Jahre 1878 im „Recht zu leben etc." und will sie auch hier beibehalten.

minder wichtig ist, als der von Nahrungsmitteln, so wissen wir aus den Forschungen der Hygienie, welche Größen und welche Beschaffenheit gesunde Wohnungen haben müssen.

Ebenso ist alles, was in Krankheitsfällen und was für die allgemeine ‹öffentliche› Hygienie, namentlich in Städten, vorzukehren sei, genügend bekannt.

Bei diesem allen wird natürlich auch auf Sitten und Gewohnheiten, und auf das Klima, gebührend Rücksicht genommen. —

Alle Personen nun, die zur Beschaffung und Leistung des primären Minimums nötig sind, bilden einen, der heutigen aktiven Wehrarmee analogen Körper, die „Nährarmee", in welcher eine bestimmte Anzahl von Personen männlichen und weiblichen Geschlechts während einer gewissen Zahl von Jahren dienen muß. Diese Dienstzeit in der Nährarmee ergibt sich aus den hier maßgebenden statistischen Daten, die in einem folgenden Kapitel vorgeführt werden sollen.

Ob die Produktivität in den Minimumsartikeln infolge der Sozialisierung — d. h. der Kollektivarbeit ohne Entlohnung oder Gewinn, also bloß zum Zwecke der Verteilung an Alle — eine größere oder geringere sein wird, als heute in der kapitalistischen freien Volkswirtschaft, ist bisher nicht mit Sicherheit entschieden worden. Es gibt da viele Für und Wider; die Sozialisten behaupten: es werde günstiger, mit weniger Arbeitsaufwand produziert werden, Andere behaupten das Gegenteil. Meine später folgende statistische Untersuchung ergibt eine viel günstigere Produktivität als die heutige. Eine Entscheidung über diesen Punkt ist aber eigentlich gänzlich überflüssig. Ich will sogar einstweilen hypothetisch annehmen: es werde von der Nährarmee in der Tat relativ weniger, oder relativ schwieriger, produziert werden als in dem heutigen Wirtschaftssystem.

Dennoch könnte uns dieser eventuelle Übelstand in keiner Weise abhalten, eine Nährarmee, d. h. einen Kollektivbetrieb des Notwendigen, und die bedingungslose, allgemeine Verteilung des primären Minimums in natura, an die Stelle der heutigen Betriebs- und Ernährungsmethode zu setzen. Denn die Erfahrung und die nähere Überlegung lehren, daß bei der letzteren Methode eine Realisierung unseres Hauptzwecks: Sicherung der Lebenshaltung Aller — unmöglich ist und unmöglich

bleiben muß, selbst wenn noch viel günstiger produziert würde als heute. Der Fehler liegt nämlich in der Art der Rückströmung der Produkte zu den einzelnen Individuen hin und in anderen Umständen, und das Kapitel: „Beweis der Unmöglichkeit usw." hat ja diesen Punkt wohl deutlich genug bewiesen. Wogegen wohl Niemand wird behaupten wollen, und noch weniger es wird beweisen können, daß der Kollektivbetrieb so ungünstig produzieren wird, daß trotz der richtigen Verteilungsmethode, nämlich der bedingungslosen Verteilung in natura, das ökonomische Resultat für alle Einzelnen ungünstiger ausfallen werde als heute. —

Wenn man aber einwenden wollte, entweder die kollektive Produktion werde gewiß so ungünstig arbeiten, daß sie das Notwendige nicht beschaffen kann, weil überhaupt „Hungern stets für einen Teil der Gesellschaft Naturgesetz sei", da von der Erde nicht genug Nahrung für Alle dargeboten werden könne, oder daß Überfluß bei Wenigen und gleichzeitiger Mangel bei den großen Massen zur Förderung der Kultur notwendig seien, so erwidere ich: Beides ist nicht entfernt bewiesen; falls es aber einmal bewiesen, also Tatsache sein würde, so muß es dennoch bei der Nährarmee und der bedingungslosen, allgemeinen Verteilung bleiben; es werden dann eben Alle etwas weniger als das notwendige Minimum haben, nicht aber, wie heute, werden Einige genug, Einige viel mehr als genug, aber Viele bei weitem nicht genug zur anständigen Lebenshaltung besitzen — was absolut nicht geduldet werden darf. Im Gebiet des zum Leben, zur Erhaltung der physischen Existenz Notwendigen, muß vollständige Gleichheit aller Menschen vorhanden sein. Muß gehungert werden, so sollen Alle gleich stark hungern.

*

Die Betrachtungen, die wir an die Institution der Nährarmee knüpften, haben jedoch für die Einrichtung, Jedem ein sekundäres Minimum zuzuteilen, keine Geltung. Weder ist hier eine ⟨nahezu⟩ wissenschaftliche Dosierung wie bei dem primären Minimum möglich, noch wäre überhaupt eine Kollektiv-Institution am Platze. Das letztere aus dem Grunde, weil in so unbestimmten und rasch variierenden Bedürfnissen, wie es Kulturbedürfnisse doch sind, eine pflichtmäßige Gemeinproduktion gar nicht denkbar ist, z. B. bezüglich künstlerischer Leistungen, oder betreffs der Er-

holungsausflüge und der dazu gehörigen Versorgung mit Speise und Trank, oder der Beschaffung literarischer Werke, Zeitschriften und dergleichen. Und bezüglich jener Kulturartikel, die wohl kollektiv hergestellt werden können, z. B. Schreibrequisiten und vieler anderer, würde eine viel zu weit ausgreifende Staats- ⟨Gemein-⟩ Wirtschaft resultieren, während wir doch einer solchen Wirtschaft so wenig als möglich aufbürden sollen, um die freie Privatwirtschaft so reichlich als möglich sich entwickeln zu lassen.

Aber trotz der Unmöglichkeit einer rationellen Dosierung des sekundären Minimums gibt es doch eine Methode, auch in diesem Gebiet einen sehr praktischen Maßstab für dessen Verteilung aufzustellen.

Wir brauchen nämlich bloß von dem Gesichtspunkt auszugehen, daß die Minimum-Institution, die Jedem die leiblichen und geistigen Bedürfnisse befriedigt, dies in demselben Maße tun soll, wie es das jetzige Wirtschaftssystem für die ziemlich Wohlhabenden — heute aber ohne Garantie — zu tun vermag. Das heißt, wir betrachten den ökonomischen Zustand in dem heutigen und in dem zukünftigen System in Beziehung auf die heute als wohlhabend bezeichnete Bevölkerung als äquivalent.

Nehmen wir an, daß das Einkommen wohlhabender Familien z. B. 3000 Mark pro Jahr beträgt, so wissen wir aus den zugehörigen Haushaltungsbudgets, daß die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Feuerung, Beleuchtung und Gesundheitspflege ca. 83 Prozent des Einkommens beanspruchen, demnach bleiben 17 Prozent für alle anderen Bedürfnisbefriedigungen übrig. Diese letzteren machen also ungefähr ein Fünftel des Wertes der primären Genüsse aus. Wenn man nun das zu verteilende primäre Minimum in einer bestimmten, längeren Periode in ungefährem Geldwerte abschätzt — was ja bei Benützung früherer Preise aus der Zeit der kapitalistischen Wirtschaft unter Berücksichtigung der Änderung des Geldwertes stets wenigstens annähernd möglich sein wird —, so hat man einfach den fünften Teil dieses Geldbetrages als sekundäres Minimum jeder Familie, und einen kleineren Betrag ⟨z. B. das Dritteil davon⟩ den über 18 Jahre alten, ledigen Staatsangehörigen zu Anfang jedes Jahres in Geldform zuzuteilen.

Mit diesem Geldbetrage kann dann Jeder machen, was er will, also auch seine einzelnen Kulturbedürfnisse befriedigen, indem er sich an die freie Privatwirtschaft als Käufer wendet.

Das Geld für das sekundäre Minimum kann beschafft werden: durch die Einnahme bei den Staatsmonopolen und Taxen, sowie durch die Steuergelder, eventuell auch durch Ausgabe von unbedeckten Staatsnoten mit Zwangskurs, die von den Besteuerten wieder in die Staatskassen fließen. Sollte das sekundäre Minimum in Geldform vom Staate nicht mit Sicherheit beschafft werden können, so bleibt nichts anderes übrig, als dieses Minimum auf das Äußerste zu beschränken, zu rationieren und von der Nährarmee herstellen zu lassen, so z. B. Schreibrequisiten.

Über diesen Punkt soll in dem Kapitel „Überführung . ." noch weiter gesprochen werden.

*

Um den eben aufgestellten Forderungen an die Minimum-Institution zu genügen, nehme ich durchaus nicht an, daß mein Reformprojekt neue Entdeckungen oder Erfindungen zur Voraussetzung habe, ebensowenig hängt die Realisierung desselben davon ab, daß der Charakter der Menschen im gegenseitigen Verkehr sich ändere, daß sie „tugendhafter", oder, wie man höhnisch zu sagen pflegt, daß sie einmal „Engel" sein werden. Sondern mit genau denjenigen Kräften und Kenntnissen und derselben Beschaffenheit der Menschen, wie wir sie heute kennen, kann mein Programm durchgeführt werden, die Zeit aber, die es zu seiner Realisierung brauchen wird, besteht aus jener, die für die Gewinnung der Zustimmung zu demselben nötig ist, und dann aus der, für die mehr oder weniger rasche Durchführung in volkswirtschaftlich-technischer Hinsicht, d. h. in ihrer Vorbereitung bis zur Vollständigkeit, sachlich notwendigen Zeit.

*

Die wirtschaftliche Struktur des gesitteten Staates soll sich, im Anschlusse an die Minimum-Institution, zweckmäßigerweise folgendermaßen gestalten:

1. Herrscht über Alle die Institution der Nährarmee als Pflicht- (oder Zwangs-) Wirtschaft zur Herbeischaffung und bedingungslosen Verteilung des primären Minimums, in welcher Wirt-

schaftsart, bei der es sich nur um leibliche Bedürfnisse handelt, in keinerlei Form Geld verwendet, sondern alles in natura besorgt wird. Es gibt also hier weder Kauf noch Tausch, weder Spekulation noch irgendeine Art von Abhängigkeit, und, wie leicht einzusehen, weder Diebstahl, noch Raub, so weit es sich eben um das zum Leben Notwendige handelt.

2. Gibt es neben jener Pflicht- oder Gemeinwirtschaft eine freie Staatswirtschaft, welcher die Staatsmonopole, wie Post, Telegraph, Eisenbahnen und manche andere Betriebe, die es erst werden sollen, zugehören. In der freien Staatswirtschaft ist, dieser Bezeichnung entsprechend, der Dienst ein freiwilliger. In ihr wird alles für Geld geleistet, genau so wie heute. Der Staat bezahlt also seine Arbeiter, Verwaltungsbeamten, Richter und Lehrer mit Geld, da aber jeder Staatsbürger sein ‹primäres und sekundäres› Gesamtminimum sein ganzes Leben hindurch erhält, so können allenfalls die Gehalte bedeutend geringere sein als heute. Dabei ist nicht zu vergessen, daß, da alle arbeitsfähigen Staatsbürger bestimmter Altersjahrgänge in der Nährarmee dienen müssen, durch welchen Dienst ja ihr Anspruch auf das Gesamtminimum begründet wird, auch Beamte, Richter und Lehrer hiervon nicht ausgenommen sind. Hieraus folgt sofort, daß diese Kategorien von Staatsbürgern erst spät, nämlich — wie man sehen wird — nach dem 30. oder 31. Jahre, in diesen Staatsdienst treten können, wobei sie eventuell einige Jahre zuerst dem nötigen Studium widmen und dann erst ihre Funktionen antreten. Die größere Reife infolge des höheren Alters, den heutigen Beamten und Lehrern gegenüber, kann nur als Vorzug angesehen werden.

Sie stehen also in einem ähnlichen Verhältnisse zum Staate wie die Offiziere der Wehrarmee, die ebenfalls nach so und so viel Jahren Dienst in der Armee — nur von kürzerer Dauer — sich freiwillig zum ferneren Staatsdienst melden. —

Die Sorge, ob sich trotz der gesicherten Lebenshaltung genug Personen für den Beamten- oder Lehrerstand freiwillig melden werden, wird kaum größer sein als heute. Das Plus, welches noch außer dem Hauptminimum in Geldform gezahlt wird, genügt wohl, um die nötige Anzahl Leute zu bekommen, und noch mehr tut dies die angesehene soziale Stellung, die ihnen dann zuteil wird. —

Alle Ausgaben, zu denen auch die sekundären Minima in Geldform gehören, bestreitet der Staat durch seine den heutigen

analogen Einnahmen. Nur muß bemerkt werden, daß die Progressionen der Einkommen- und Erbsteuern (falls überhaupt noch private Erbschaften zugelassen werden) gegenüber den heutigen ganz bedeutende sein werden und sein sollen.

3. Existiert neben den beiden ersten Wirtschaftssystemen noch eine freie Privatwirtschaft, mit Geld als Tauschmittel und mit freier Konkurrenz. Diese unterscheidet sich, rein volkswirtschaftlich genommen, von der heutigen Wirtschaft der freien Konkurrenz nur dadurch, daß sie sich bloß auf Produktion und Konsumtion von nicht notwendigen Gütern und auf ebenso geartete Leistungen erstrecken kann. Nach abgedienter Nährpflicht steht es Jedem frei, zu dem ihm ohnedies gebührenden und lebenslänglich gewährleisteten Minimum gemäß seinen Fähigkeiten noch ein Mehreres (in Geldform) zu erwerben, indem er sich als Privatperson wirtschaftlich genau so betätigt, wie das heute unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaft der allgemeine Fall ist. — Daß die freie Privatwirtschaft keine vom Staate absolut unkontrollierte sein kann, ist ebenso selbstverständlich, wie das auch heute trotz der freien kapitalistischen Wirtschaft der Fall ist. Der Staat muß die Aufsicht darüber haben, daß mit wichtigen Rohstoffen kein Raubbau getrieben wird, daß keine gesundheitsschädlichen Unternehmungen eingerichtet werden, daß keine zu irrationalen technischen Verfahrungsarten angewendet werden, die Naturprodukte verschwenden. Ebenso muß verhindert werden, daß Getreide und Kartoffeln zur Bereitung alkoholischer Genußmittel benützt werden usw. usw.

Wir finden also in dieser freien Privatwirtschaft Geld als Tauschmittel, Kauf und Verkauf, Spekulation, das Lohnsystem, die Streiks der Arbeitnehmer und eventuell auch der Arbeitgeber usw. usw. Dabei stehen aber alle Personen auf dem absolut gesicherten ökonomischen Boden infolge der Minimum-Institution; das wirtschaftliche Herüber und Hinüber entspricht daher den heutigen ungefährlichen Manövern, während es jetzt infolge des Fehlens jener Minimum-Institution ein wirklicher Krieg ist, in dem es im vollen Sinne des Wortes Tote, Verwundete und infolge von Strapazen Erkrankte gibt.

*

Diese dritte Wirtschaftsart: die freie Privatwirtschaft, welche man auch die Wirtschaft im Überflüssigen, die Luxus-

wirtschaft nennen könnte, soll — in den angegebenen Grenzen — unbedingt beibehalten werden, und zwar sprechen für die prinzipielle Trennung des Notwendigen vom Nichtnotwendigen, welches letztere ich als „Luxus" bezeichnen will, also für die Beibehaltung einer freien Privatwirtschaft im Gebiete des letzteren, folgende Erwägungen:

1. Es wäre viel zu kompliziert, die Produktion, und ganz unmöglich, die Verteilung der Luxusgegenstände oder -Leistungen in einem auf Gleichberechtigung Aller beruhenden kollektiven System durchzuführen.

2. Man müßte ohne diese Trennung viel mehr Menschen in die Arbeitsarmee einreihen, und das könnte, da dieselbe ein Zwangsinstitut ist, zumal angesichts der geringeren Wichtigkeit alles Luxus, keinesfalls willkommen sein.

3. Wenn kein Spielraum für eine freie Wirtschaft geboten wäre, so würde der Stimulus für technische Fortschritte, für Erfindungen aller Art fast ganz aufhören. Denn man muß bedenken, daß gerade die große Masse der kleineren und meist auch die großen Erfindungen nur ganz ausnahmsweise aus rein idealen Motiven gemacht und mit jahrelanger Ausdauer ihrer Vollendung zugeführt werden; sehr selten nur treibt die bloße Freude an der Leistung den Erfinder; viel häufiger die Begierde nach Ruhm, am häufigsten und fast allgemein ist die Hoffnung auf Geldgewinn die Triebfeder der fortschrittlichen Bemühungen, und eine solche Hoffnung kann weitaus am sichersten nur im Gebiete einer Wirtschaft mit freier Konkurrenz, mit der Geldform, mit Patentgesetzen usw. realisiert werden. Dasselbe gilt von den Bemühungen, neue Fabrikationszweige einzuführen u. dergl. mehr. Kurz: wir gewinnen die so sehr gewünschte Möglichkeit der „Entfaltung der Anlagen" und ihrer „freien und unbehinderten Betätigung".

Wenn alles sozialisiert, also reglementiert würde, so könnte sich auch der Trieb nach Neuerungen überhaupt nicht entwickeln, die technischen Fortschritte wie auch jene im Gebiet der Administration und Organisation würden fehlen; und diese Fortschritte sind in der Menschheit nicht nur für die Sicherheit im Herbeischaffen des Minimums nötig — besonders in Anbetracht der Notwendigkeit einer Vermehrung und der einst drohenden Knappheit mancher Naturprodukte — sondern es würden uns auch das Anregende und Erfreuende abhanden kommen, das noch mehr in

der Hervorbringung und Betrachtung der Fortschritte besteht als in ihrer Benützung. Es würde uns also das fehlen, was ich an anderem Orte* als ein besonderes „ästhetisches Äquivalent" bezeichnet habe.

4. Während sich für das Notwendige sehr leicht genügend genau angeben läßt, was und wieviel jeder Mensch bekommen soll, geht das beim Luxus nicht an, und da ein „gerechter" Arbeitslohn überhaupt nie gefunden werden kann und am wenigsten bei Beschäftigungen im Gebiet des Luxus, so wären immerwährende Streitigkeiten und Klagen über Ungerechtigkeiten an der Tagesordnung, und dieser Übelstand käme zu der in der 1. erwähnten enormen Komplikation jedes Versuches einer auf Gleichberechtigung gegründeten Organisation des Luxusgebiets hinzu.

5. Gibt ein gänzlich freies, privatwirtschaftliches System in der Tat Gelegenheit zu einer teilweisen Entfaltung der Individualitäten, einer Differenzierung der Charaktere usw., worauf Humboldt, Mill u. a. nicht mit Unrecht — jedoch zu ausschließlichen und zu überwiegenden — Wert legten, so wird dies noch mehr als heute möglich sein, weil viele Schranken wegfallen werden, die heute in der kapitalistischen Wirtschaft aufgerichtet sind.

6. Ist unser Vergnügen an jeder Sache weit größer, wenn sie unser Eigentum ist, dieser menschlichen Eigenschaft wird eben durch die aufrechterhaltene freie Privatwirtschaft Rechnung getragen.

7. Durch das Bestehenlassen einer freien Privatwirtschaft in gewissen Grenzen wird bei meinem Programm zugleich der Vorteil erreicht, daß dem unbedingt vorhandenen Triebe genügt wird, eine gewisse, wenn auch nicht entfernt genau präzisierbare Proportion zwischen Arbeit oder Anstrengung oder auch Begabung und Lohn ⟨Gewinn⟩ möglich zu machen, die Unzufriedenheit mit dem Lauf der Dinge, die, wie immer, auch hier vorhanden sein wird, muß und kann eben leichter ertragen werden, da die ökonomische Existenz gesichert ist. —

Durch die Beibehaltung einer freien Privatwirtschaft wird es also möglich werden, Reichtümer zu sammeln, wenn die Fähigkeiten oder das Glück dazu vorhanden sind. Und zwar wird das Reichwerden unter ganz anderen Umständen vor sich gehen als

* In der Abhandlung „Die technischen Fortschritte nach ihrer ästhetischen und kulturellen Bedeutung" ⟨bei Carl Reißner, 1888⟩ und früher, bloß angedeutet, in „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben" ⟨ebendaselbst 1878 und 1903⟩.

heute, da ja die gegenseitigen ökonomischen Beziehungen der Menschen infolge des gesicherten Existenzminimums ganz andere sein werden als jetzt. Es wird eine reinere Atmosphäre sein, innerhalb deren gewirtschaftet werden muß, und mit Beginn unseres sozialen Staats beginnt auch eine neue Art, wie man vermögend oder reich wird, gewiß oft noch immer nicht auf absolut moralische Weise — denn die Menschen werden wohl stets so sein wie sie heute sind, nämlich rücksichtslos — aber die Minimum-Institution wird viele Abhängigkeiten und verwerfliche Prozeduren objektiv aus der Welt schaffen.

An der freien Privatwirtschaft stoßen sich sehr Viele, offenbar weil sie die Sache nicht objektiv, ja überhaupt nicht überlegt haben. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten, sowie die Vertreter des Vollsozialismus und der Planwirtschaft wollen sich mit der freien Privatwirtschaft nicht befreunden, wobei sie blind sind für die enormen Fortschritte, die wir der freien Wirtschaft und dem Kapitalismus verdanken, Fortschritte, die keiner der nationalökonomischen Schriftsteller geleugnet hat. Man bedenke andererseits, wie mächtig der Trieb nach Neuerungen, nach sogar gewagten Unternehmungen und besonders nach großen Vermögen behufs luxuriösen Lebens vorhanden ist, und welche große Folgen die Unternehmungslust für die Allgemeinheit hat.

Und wenn der freie Privatverkehr auch unstreitig viele Schattenseiten aufzuweisen hat, so gilt das doch nur für den heute vorhandenen totalen Kapitalismus, nicht aber kann das gelten für die freie Privatwirtschaft in einer Gesellschaft der allgemeinen Nährpflicht. Die Gegner der freien Privatwirtschaft übertragen inkorrekterweise den heutigen Kapitalismus, also auch seine Nachteile, auf jenen bei Vorhandensein allgemeiner Nährpflicht. Wenn z. B. Krisen entstehen, so bringen sie heute tausende Familien in die größte Not, wenn aber Nährpflicht existiert, so können Krisen nur oberflächlich schaden, denn Jeder ist unbedingt in seiner Lebenshaltung gesichert. Das Verhältnis des Unternehmers zu seinem Angestellten ist total von dem heutigen verschieden, denn ohne sich auf eine Streikkassa verlassen zu müssen, kann der Angestellte seinen Posten kündigen, sobald er ihm nicht behagt.

Überdies können ja alle Verbesserungen und Reformen, die heute im Kapitalismus angestrebt werden, ebenfalls durchgeführt werden, dabei ist nicht zu übersehen, daß trotz der wirtschaftlichen

Freiheit diese nicht ins Ungemessene geht, und daß die Gesellschaft — oder der Staat — die Kontrolle z. B. in hygienischer Beziehung und behufs Verhinderung des Raubbaues z. B. der Steinkohle, sowie gegen Verschwendung wichtiger Artikel überhaupt stets in Händen behalten wird. Die freie Privatwirtschaft und der heutige Kapitalismus sind also wesentlich verschiedene Einrichtungen, die man nur betreffs ihrer Vorzüge, nicht aber betreffs ihrer Nachteile miteinander vergleichen darf.

*

Ich fasse nunmehr den Hauptgedanken meines Programms dahin zusammen:

Es handelt sich hier darum, jedes einzelne Individuum direkt ins Auge zu fassen und in seiner Lebenshaltung zu sichern, nicht aber dasselbe, wie es bisher in der normalen Volkswirtschaft und ihren Fürsorgebestrebungen geschieht, bloß als Teil einer Gruppe, eines Berufes, einer Klasse — also eines Allgemeinbegriffes — in Berücksichtigung zu ziehen, und nur mit solchen allgemeinen Kategorien volkswirtschaftlich zu rechnen. Und ferner wird in meinem Programm streng vermieden, sich bei der Frage der Versorgung aller Menschen ⟨resp. aller Staatsangehörigen⟩ auf nationalökonomische Theorien, Syllogismen, Deduktionen, historische Untersuchungen oder auf statistische Mittelzahlen zu verlassen.

Die Wichtigkeit dieser direkten Individualfürsorge gegenüber unseren gewohnten abstrakten Methoden kann nicht genug hervorgehoben werden.

*

Das Spezifische meines Programms besteht in der Verbindung des Vorschlages der für alle gleichen und ausnahms- und bedingungslosen Verteilung eines Existenzminimums in natura und eines Kulturminimums ⟨in Geldform⟩, mit dem weiteren Vorschlage, im Gebiete des Nicht-Notwendigen eine freie Privatwirtschaft ⟨analog der heutigen⟩ walten zu lassen.

Auf diese Weise wird verwirklicht:

Die Sicherheit der ökonomischen Existenz Aller, das Gleichheitsprinzip betreffs aller individuellen ökonomischen Existenzen als solcher, die Freiheit in wirtschaftlicher Beziehung, soweit sie mit der Sicherung aller ökonomischen Existenzen ver-

einbar sein wird, und endlich der volkswirtschaftliche, technische und sonstige Fortschritt, insoweit er eben durch Befreiung der Menschen von lästigen ökonomischen Sorgen und Beschränkungen gefördert werden kann.

*

Eine notwendige Eigenschaft der Minimum-Institution für die leiblichen Bedürfnisse muß, wenn sie überhaupt ihrer Aufgabe ganz gerecht werden soll, eine bis aufs äußerste getriebene Vorsorge sein, daß sie unter keinen Umständen versagt. Sie muß aufs peinlichste durchdacht und wie aus Eisen aufgebaut sein, denn sie soll Menschenleben sichern, während jede, also auch die heutige, ökonomische Gesellschaftsordnung, bei der sich auch nur ein einziger Selbstmord aus Not ereignet, als eine ungesittete unbedingt zu verwerfen ist. Die Einzelheiten zur Realisierung jener verlangten Sicherheit und Verläßlichkeit der Minimum-Institution werden sich zwar aus der Praxis stets von selbst ergeben, allein einige der wichtigsten und unentbehrlichen lassen sich schon theoretisch vorhersehen:

1. Im Gebiete der Minimum-Institution für die leiblichen Bedürfnisse darf in keiner Weise irgend eine Leistung innerhalb der Produktion oder der Verteilung in Geldform realisiert werden. Die Gründe sind folgende:

Sobald Geld als Verkehrsmittel dient, tritt sofort eine gewisse, sehr gefährliche Schlüpfrigkeit in den ökonomischen Situationen ein.

Wollte man, statt das Minimum in natura zu verteilen, dasselbe — wie bei den schon bestehenden Altersversicherungen — in der Höhe einer feststehenden Geldsumme darbieten, so ist man, bei den wechselnden Marktpreisen, bei den Fluktuationen im Wert des Geldes als solchen, bei der Möglichkeit weitgreifender Spekulationen großer Kapitalisten oder Gesellschaften, niemals sicher, ob der verteilte Geldbetrag für Anschaffung des Minimums, sei es an Nahrungsmitteln, oder an Kleidern, Möbeln und Wohnungen, hinreichen werde. Ferner könnte es, und nicht selten, geschehen, daß jener Minimum-Geldbetrag durch leichtsinniges Gebaren, z. B. durch Liederlichkeit, geschäftliche Spekulationen, Ausleihen usw., ganz oder teilweise verschleudert wird.

Durch alle diese Umstände würde die Sicherheit der Lebens-

haltung erschüttert, und, um diesen fehlerhaften Zustand wenigstens einigermaßen zu korrigieren, müßte die Gesellschaft, so wie heute, zu allen den speziellen Aushilfsmaßregeln greifen, die durch dieses Programm eben überflüssig werden sollen und, wie Almosen privater oder öffentlicher Natur, moralisch deprimierend wären und doch keinesfalls gründlich abhelfen könnten, oder die ebensowenig allgemein und mit solcher Sicherheit wirksam wären, wie heute die zahllosen Arten von Assekuranzen.

Das wohltuende Sicherheitsgefühl auf Grund der Unabhängigkeit von der Geldwirtschaft zeigt sich u. a. bei jenen relativ kleinen Landwirten, die ihre Bedürfnisse zum größten Teile aus ihrer eigenen Wirtschaft decken. Getreide, Flachs, Gewebe, Obst, Milch usw. gewinnen sie und konsumieren sie im Hause, ohne je von den Fluktuationen des Marktes berührt und beunruhigt zu werden; nur schlechte Witterungsverhältnisse oder Elementarereignisse können sie schädigen, das geschieht aber keinesfalls so oft als die Schwankungen auf dem Markt.

Vorgänge auf dem „Markt" — mit denen allein sich leider unsere Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre beschäftigen, müssen die ökonomische Existenzfrage unberührt lassen. Der Markt gleicht einem Käfig, in dem Tiere ohne genügende Nahrung eingesperrt sind und sich daher gegenseitig anfallen und zerfleischen müssen.

Auch hat die Antipathie vornehmlich der Beamten gegen die Natural-Verteilung keinerlei Berechtigung. In China werden fast alle Beamte in natura bezahlt, und es geht ganz gut, bei unseren Armeen wird ja fast alles in natura „gefaßt": Brot, Tabak und Kleidung. Und Florenz verteilte in Zeiten der Not Korn, und nicht Geld, unter das Volk.

Übrigens haben wir schon heute so manche Fälle zu verzeichnen, in denen statt Geld Lebensmittel in natura gegeben werden. So z. B. bei der Arbeitslosen-Fürsorge seitens der Stadt Zürich. Sie gibt nämlich in der Winterszeit Arbeitslosenunterstützung, besonders an verheiratete und sonst besonders bedürftige Arbeiter, vorwiegend in natura, d. h. in Anweisung von Lebensmitteln. ‹Überdies Subsidien für Begleichung der Mietzinse.›

2. Die Minimum-Institution muß so sehr als möglich von Kolonien, wie auch vom Ausland unabhängig sein;

eventuell müßte daher auf so manches Exotische verzichtet oder für Surrogate gesorgt werden. Denn, da es viele Fälle gibt, in denen der Staat die Waren, die anderswo produziert werden, nicht in genügender Menge erhalten oder nur in sehr erschwerter Weise beziehen kann, so soll alles zum behaglichen Leben Notwendige, wenn nur irgend möglich, im geschlossenen Staatsgebiete hervorgebracht werden. Denn es kann z. B. der Seeverkehr mit den Kolonien durch Krieg oder Elementarereignisse unterbrochen oder erschwert werden, ferner können die Lieferungen eines anderen Staates im Kriegsfalle von diesem ausgesetzt werden, oder er kann überhaupt den Bezug derselben verteuern, d. h. im Austausch gegen andere Artikel mit dem Preise in die Höhe gehen, sei es nun, daß der Austausch durch Geld vermittelt wird oder daß er, wo möglich, direkt in Quantitäten der auszutauschenden Waren seitens der Minimum-Institution geschieht.

Solche ganze oder teilweise, direkte oder indirekte Aussperrungen können im tiefsten Frieden vor sich gehen, brauchen also nicht erst auf feindselige Verhältnisse zwischen den Staaten als politischen Körpern zu warten, und die Ursachen können hierbei sehr verschieden sein. So z. B. Spekulationen von Trusts, wie sie seitens amerikanischer Baumwollieferanten möglich sind, oder Zurückhaltung wichtiger Artikel wegen der selbständigen Verarbeitung derselben, die bisher anderen Ländern überlassen wurde, wie das ebenfalls bei amerikanischer Baumwolle zu erwarten ist. Ein solcher neuer Fall ist die in Schweden im Sommer 1907 beschlossene Verstaatlichung der Eisenerzgruben, die bisher von Aktiengesellschaften betrieben wurden, man verlangt dort, daß die Roherze nicht mehr im Auslande, sondern im Lande selbst verhüttet werden. Die ausländische, namentlich die niederländische und deutsche Eisenindustrie wird daher in relativ kurzer Zeit kein schwedisches Roherz mehr beziehen können. —

„Nichts ist vergänglicher als der Besitz auswärtiger Absatzgebiete," bemerkt Professor Pohle ganz richtig, und das zeigt sich selbst bei Industrien, die ganz auf Billigkeit der Löhne beruhen, so z. B. waren ⟨nach Pohle⟩ in Deutschland im Jahre 1893 noch 20 000 Hausindustrielle in der Strohflechterei beschäftigt, aber China arbeitet mit noch kleineren Löhnen, und infolgedessen, d. h. durch die chinesische Konkurrenz, sind jetzt in Deutschland weniger als 6000 in dieser Industrie beschäftigt.

Ein anderes Beispiel der Gefahr für Deutschlands Industrie bietet Nordamerika, dieses Land nähert sich, obwohl noch große Strecken des Anbaus harren, rasch dem Industriestaat, so z. B. wird die Baumwolle immer mehr im Lande selbst verarbeitet.

In der österreichischen Monarchie zeigt sich ebenfalls ein relativ rascher Verlust eines Absatzgebietes für die Industrie, indem Ungarn sich industriell immer mehr von Österreich emanzipiert.

In England sehen wir den Strumpfwarenhandel Nottinghams fortwährend bedeutend zurückgehen usw.

Man findet diesen Gegenstand eingehend in den Werken von Ad. Wagner: „Agrar- und Industrie-Staat" und von Pohle in „Deutschland am Scheidewege", sowie in dem Buche L. Brentano's jedoch in entgegengesetzter Tendenz behandelt, Wagner und Pohle scheinen mir gegen Brentano im Rechte zu sein.

In neuester Zeit hat sich sogar eine ganz neue Art entwickelt, einen Staat, der auf den Absatz an einen anderen mehr oder weniger angewiesen ist, in einschneidendster Weise zu schädigen, d. i. der allgemeine Boykott, wie ihn z. B. die Bevölkerung der Türkei gegenüber der österreichischen Wareneinfuhr im Jahre 1908 aus rein politischen Gründen in eigentümlicher und sehr wirksamer Weise ausübte. Da nun nichts Beweglicheres existiert als die sogenannte „hohe", richtiger „niedrige", d. i. die auswärtige Politik, so kann es jedem handeltreibenden Staate ebenso ergehen wie es Österreich-Ungarn erging, und seine Verlegenheit kann in solchen Fällen, wenn er seine notwendigen Bedürfnisse nicht zu Hause gedeckt hat, mitunter furchtbare Dimensionen annehmen. —

Andererseits ist es wohl selbstverständlich, daß die hier geforderte Abschließung des eigenen Staates von allen anderen weniger oder gar nicht notwendig würde, wenn in der Zukunft zwischenstaatliche Organisationen zustande kämen, ähnlich jenen, die jetzt von den Pazifisten bezüglich der Kriegs- und Friedensfrage angestrebt werden. Solche Verbindungen müßten sich also auf wirtschaftliche Angelegenheiten beziehen, in erster Linie auf den gesicherten Austausch von Minimum-Artikeln.

Gewiß ist es aber, daß unser Programm für einen solchen Zustand prinzipiell in keiner Weise geändert zu werden braucht.

3. Muß alles, was von der Minimum-Institution verteilt werden soll oder was mit ihr direkt zusammenhängt, unter völkerrechtlichem Schutz stehen.

Lebensmittel, Kleidervorräte, Möbel, Bauutensilien, Verkehrsmittel der Minimum-Institution usw. usw. dürfen daher, falls ein Feind in einen Staat eindringt, nicht als Staatsgut angesehen und weggenommen oder zerstört oder vernichtet werden. Sie sind ja auch wirklich kein Staatsgut im bisherigen Sinne, sondern nur die Anhäufung von Privatgütern aller Staatsangehörigen, die die Kriegführung nicht fördern, sondern nur zur Erhaltung der physischen Existenz aller Staatsangehörigen eben als Privatpersonen, ohne jede kriegerische Organisation, dienen sollen.

Etwas anderes ist es mit jenen, zum Leben notwendigen Dingen, die den kämpfenden Armeen zugeführt werden, diese sind natürlich als Gut des Staates, besser gesagt: als Gut, als Kraft der kämpfenden Heere anzusehen und dürfen genommen oder vernichtet werden.

4. Bezüglich aller Minimum-Artikel soll, soweit es ihre Beschaffenheit zuläßt, nicht nur für den statistisch pro Jahr festgesetzten Bedarf gesorgt werden, sondern es muß ein gewisser Vorrat derselben in Staatsmagazinen vorhanden sein, um eventuelle Defizite decken zu können.

Diese Defizite können beim Getreide, also in der landwirtschaftlichen ⟨kollektiven⟩ Produktion, und zwar — nach H. v. Scheels Angaben auf Grund der Ernteergebnisse Deutschlands von 1880 bis 1895 — speziell beim Roggen ungefähr ein Fünftel, beim Weizen ein Neuntel, bei Kartoffeln zirka ein Drittel der Mittelernte betragen. Die Vorräte müssen jedoch diese Zahlen überschreiten, da man mit Elementarereignissen besonderer Intensität rechnen sollte. Und auch diese Erhöhung genügt noch nicht, denn es muß auch auf den Fall eines Krieges, also auf eventuelle Störungen im Minimum-Betriebe, Bedacht genommen werden.

*

In unserem gesitteten Zukunftsstaate wird ⟨oder sollte⟩ es nur Freiwilligkeit des Kriegsdienstes, also keine Wehrpflicht, geben, und zwar sollten es hauptsächlich Freiwillige aus jenen Altersjahrgängen sein, die in der Minimum-Armee bereits ausgedient haben.

Sollten aber aus irgendeinem Grunde Leute aus diesen Jahrgängen für die Nährarmee nötig werden, so muß bezüglich der Freiwilligen-Anmeldungen darauf Rücksicht genommen werden.

Dann dürfen also nicht beliebig viele Freiwillige angenommen werden, d. h. hoch über allen anderen Funktionen des Staates steht an Wichtigkeit die Sicherheit der Ernährung aller seiner Angehörigen. Wenn die Gefahr einer Hungersnot eintritt, muß daher lieber vom Kriegführen abgesehen werden, obwohl nur Freiwillige ihn führen würden, und dieser Grundsatz muß auch in jenem Falle festgehalten werden, wenn der Krieg als ein gerechter, z. B. als Verteidigung gegen einen eroberungslustigen Feind, von Vielen oder von Allen angesehen würde. Mit Bedauern, vielleicht zähneknirschend, müßte man mit dem Feinde einen selbst demütigenden Frieden schließen, denn nichts in der Welt ist so notwendig wie die physische Existenz eines selbst noch so geringen Teils der Bevölkerung; der gefährlichste und unerbittlichste aller Feinde ist der Hunger, und es ist immer besser — werden gewiß die meisten Menschen denken — den Umfang des Staates durch Abtretung einer Provinz verkleinern zu müssen, oder von einer anderen Dynastie regiert zu werden, als zu verhungern.

Wenn sich aber Menschen gegen diesen Grundsatz erklären und allen Hungergefahren zum Trotz in den Krieg ziehen sollten, weil ihnen die „Ehre" des Staats oder irgendeine andere Empfindung höher steht als alles andere, so werden sich die Vertreter des hier deklarierten Prinzips erheben und das Leben der Gesamtbevölkerung gegen sie verteidigen. Die Folge würde also ein Bürgerkrieg sein; und da die Verhinderung einer Kriegsunternehmung, namentlich im Beginne derselben, viel leichter ist als die Durchführung derselben, so werden die Kriegsgegner höchstwahrscheinlich Sieger bleiben.

5. Eine weitere Maßregel behufs absoluter Verläßlichkeit der Minimum-Institution für ökonomische Sicherstellung Aller würde notwendig werden, falls sich herausstellen sollte, daß auf keine Weise eine genügende Menge von Nahrungsmitteln produziert werden könne. Schon oben wurden darüber Andeutungen gemacht und unter hypothetischer Annahme dieser Situation gesagt: Wenn überhaupt gehungert werden muß, so müssen alle Menschen gleichmäßig hungern.

Damit sollte jedoch mehr das Prinzip der Gleichheit Aller in den elementaren Lebensbedürfnissen ausgedrückt werden, nach dem wir uns in allen Fällen zu richten haben; aber es war damit kein Weg zur Abhilfe gezeigt.

Es gibt aber einen soldhen Weg, und derselbe bedeutet nichts anderes als eine praktische Lösung des sogenannten Malthus-Problems.

Bisher ist, trotz der umfangreichen Literatur, die Malthusfrage weder theoretisch noch praktisch gelöst worden. Die Meinungen darüber, ob ein Wachsen der Bevölkerung über die disponibeln Lebensmittel hinaus zu erwarten sei oder nicht, sind geteilt, und ein praktischer Vorschlag, wie eventuell beim Eintritt des kritischen Falles oder wie behufs Verhinderung dieses Eintritts vorzugehen sei, existiert noch nicht, wenn man unter „praktisch" die absolute Verläßlichkeit einer projektierten Maßregel versteht. Mein darauf bezügliches Programm aber, das ich im „Recht zu leben . . ." im Jahre 1878 prinzipiell andeutete und in der Auflage von 1903 ziemlich detailliert darlegte, ist kurz folgendes:

Da sich kein strikter Beweis für oder wider die Richtigkeit der Annahme eines permanenten Nahrungsdefizits geben läßt, so lassen wir den endlosen Streit über das Malthus-Problem auf sich beruhen und haben nur die Aufgabe zu lösen, wie unter Voraussetzung der Richtigkeit jener Annahme, also des Eintreffens der kritischen Situation, vorzugehen sei, um die Minimum-Institution auch in diesem Falle absolut verläßlich zu gestalten und auf diese Weise unser Reformprogramm in alle Ewigkeit vor Einwendungen dieser Art oder vor den wirklich eintretenden Gefahren sicherzustellen.

Das geschieht durch Verhinderung einer zu starken Vermehrung der Bevölkerung im Verhältnis zu der disponiblen Nahrungsmenge, aber nicht, wie viele Malthusianer und Neo-Malthusianer es vorschlagen, auf dem Wege, daß man den Einzelnen es überläßt, durch Anwendung von Vorbeugungsmitteln jenen Überschuß von Geburten zu verhindern, wobei niemals ein Zuviel oder ein Zuwenig vermieden werden kann, sondern durch ein staatlich überwachtes, geregeltes Verfahren, das mit möglichster Berücksichtigung aller hier herrschenden Gefühle und zugleich mit strenger Einhaltung des Gleichheits-Prinzipes durchzuführen sein wird. Nicht bloß der Arme wird daran erinnert werden dürfen, sich im Kinderzeugen zu mäßigen, nicht darf dann gesagt werden, die „unteren" Klassen, die „Arbeiter", die „Proletarier" mögen ent-

haltsamer sein, sondern man wird das geschlechtliche Vergnügen, wie auch die Sehnsucht nach Kindern ebensowenig nach dem Vermögen, nach Fähigkeiten, nach Bildung, nach sozialer Stellung bemessen, erlauben oder hemmen oder auch nur perhorreszieren dürfen, wie es heute bei der allgemeinen Wehrpflicht, also bezüglich der Liebe zum Leben der Fall ist.

Bei allen fundamentalen Bedürfnissen wollen wir Monopole nicht dulden, mögen sie von Gesetzen, vom Zufall oder vom Individuum stammen.

Gleichheit in der allgemeinen, wirklichen Not oder in der Furcht vor Not — bei allen Menschen ohne Ausnahme — ist eine der wichtigsten Verkörperungen des Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzips.

Und eine Folge davon ist:

Von Malthus' Gesetz oder von dem Malthusischen Gespenst müssen alle Menschen gleich viel oder gleich wenig zu fürchten haben, während heute die Wohlhabenden oder Gesicherten beides ganz sorglos, ruhig und höchstens mit bloß theoretischem Interesse als Gegenstand volkswirtschaftlichen Studiums ins Auge fassen.

6. Muß der Minimum-Institution, also der Behörde für Lebenshaltung, überhaupt alles andere im Staate untergeordnet werden. Das letzte und entscheidende Wort hat nicht das Ministerium des Äußeren oder des Krieges, oder das Justizministerium oder irgendeine andere Behörde, sondern immer nur das Ministerium für Lebenshaltung.

Wenn nun mein Programm der Minimum-Institution in Verbindung mit den soeben angeführten Sicherheitsmaßregeln durchgeführt wird, so ist nicht abzusehen, wie — soweit sozialpolitische Institutionen es ermöglichen — jemals auch nur ein einziges Individuum eine behagliche Lebenshaltung entbehren könnte. Der Zustand der Gesellschaft ist dann derselbe, als ob alle die heutigen Einzelassekuranzen und Wohlfahrtseinrichtungen noch ins Unendliche vermehrt und absolut aktiv und sichergestellt worden wären, ja es ist selbst mit diesem Bilde noch nicht die Zweckmäßigkeit dieses sozialen Programms in ihrer vollen Kraft, und namentlich auch in ihrer Einfachheit, vor Augen geführt.

*

Eine eingehendere Charakteristik der drei gleichzeitig vorhandenen Wirtschaftsformen zeigt uns einige Konsequenzen derselben, die von Wichtigkeit sind und sie von den heutigen Zuständen unterscheiden.

In der Staats- und in der freien Privatwirtschaft wird zwar das Salariat, also das heutige Lohnsystem, und die Geldform der Entlohnung herrschen, allein die gesellschaftliche Psychologie wird eine wesentlich andere Bereitwilligkeit zum Lohndienste zeigen als heute. Denn da jedermann sich vor Not geschützt wissen wird, so werden sich viel weniger Menschen finden, welche gegen Lohn physisch oder moralisch unangenehme Stellungen suchen, und hervorragend unangenehme werden überhaupt kaum angenommen werden; diese höchstwahrscheinlich eintretende Tatsache wird in jeder der drei Wirtschaftsformen ihre speziellen Folgen haben. Da wohl zu allen Zeiten sowohl Ehrgeiz als Machtbegierde, als auch der Wunsch, reich zu sein und sich Luxusgenüssen hinzugeben, vorhanden sein wird, so wird sich bei Besetzung jener Stellen, die den Menschen nicht antipathisch sind, kein Unterschied gegen heute ergeben; sollten relativ hohe Löhne beansprucht werden, so werden diese doch vielleicht die heutigen kaum um viel übertreffen müssen, da ja jedermann das Minimum ohnedies schon zugeteilt bekommt; es kann jedoch auch das Gegenteil eintreten, falls die Sicherung des Minimums geneigt machen sollte, Dienste nur sehr teuer zu verkaufen.

*

Auch darauf wird man sich gefaßt machen müssen, daß sich wahrscheinlich nicht so leicht wie heute Personen für häusliche Dienstleistungen finden werden. Vielleicht werden nur jene, die in der freien Privatwirtschaft besonders große Vermögen erobern, so hohe Löhne zahlen können, daß der Stolz der Menschen überwunden werden kann, die sich sonst nicht als Diener den anderen zur Verfügung stellen würden. Wie man sich in solchen Fällen helfen kann, soll später bei Erläuterung der Nutznießung des Minimums besprochen werden.

Desgleichen wird im Gebiete der freien Privatwirtschaft die gesicherte Lebenshaltung Aller den Ausbruch und die siegreiche Durchführung von Streiks sehr erleichtern, denn die Minimum-Institution wirkt hier viel fördernder als alle heutigen Streikkassen.

Vielleicht wird aber dann dieselbe Institution auch den Unternehmern es erlauben, ihrerseits, isoliert oder in Verbänden, zu streiken, indem sie lieber selbst große Vermögensverluste riskieren, als gar zu hohen, oder irgendwelchen Forderungen anderer Art nachgeben werden. Dieser ganze zukünftige Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern kann uns jedoch gänzlich gleichgültig lassen, er mag wie immer ausgehen, und mag sich in späteren Zeiten das Verhältnis zwischen Unternehmern und Hilfsarbeitern wie immer ausgestalten, sei es so wie heute, sei es zu Kollektivverträgen oder zu jetzt noch unbekannten Formen dieser Beziehungen. Uns ist nur die Sicherung einer behaglichen Lebenshaltung von entscheidender Wichtigkeit, was darüber hinausgeht, soll nur als ein etwas ernsteres Spiel gelten, und diese Ansicht wird sich auch in Zukunft immer allgemeiner herausbilden müssen, schon die dominierende Macht der Minimum-Institution wird in dieser Beziehung erzieherisch wirken. —

Dieser Auffassung entsprechend, wird auch die volkswirtschaftliche und zivilrechtliche Gesetzgebung nicht mehr so viele Anlässe zu Schwierigkeiten, namentlich zur Unannehmlichkeit unlösbarer Vexierfragen, geben. Es erscheint mir aus diesem Grunde auch ganz überflüssig, alle oder die meisten Probleme dieser Art schon heute in allzuscharfe sozialistische Beleuchtung rücken und etwa ihre Grundzüge für die Zukunft feststellen zu wollen, es mögen die theoretischen und praktischen Arbeiter, die Juristen und andere Fachleute in diesem Gebiete sich dann so weiter bemühen, wie jetzt, man braucht die Ergebnisse ihrer Bemühungen, soweit sie eben ökonomischer Natur sind, in keiner Weise gar zu ernst zu nehmen, wenn einmal die anständige physische Existenz Aller gesichert ist. Bei einem solchen Zustande der Gesellschaft wird man selbst über weniger gute Gesetze im Gebiete der freien Privatwirtschaft kein großes Geschrei erheben. Übrigens wird sich wahrscheinlich infolge der gesicherten Existenz Aller, der wirklich — körperlich oder geistig — Arbeitende gegenüber dem bloßen Kapitalisten in einer solchen Position befinden, daß das Verhältnis des Arbeitseinkommens zum Kapitalgewinn ein viel günstigeres werden muß als jetzt, wenn auch das Problem des „vollen und ‚gerechten' Arbeitsertrags" immer ein unlösbares bleiben wird.

*

Im Gebiete der Pflichtwirtschaft, das ist der Minimum-Institution, wird sich, entsprechend der ihr zugrunde liegenden ethischen Grundauffassung, so manche Ergänzung ihrer Organisation als notwendig ergeben, die bisher nicht so unmittelbar ihr zugehörig erschien: denn der Gesellschaft sind zu ihrem Gedeihen nebst den Leistungen, die direkt jedem Individuum zugute kommen — wie Nahrung, Wohnung und Kleidung — auch solche notwendig, die ihm nur indirekt nützen, indem sie nicht dem Einzelnen isoliert zugeteilt werden, sondern deren Wert nur in ihrer fallweisen Anwendung oder ihrer allseitigen, meistens mehr vorbeugenden, Wirkung besteht.

Hierher gehören u. a. alle hygienischen öffentlichen Arbeiten und Vorkehrungen, ferner alles das, was sich auf Schutz vor schädlichen Elementarereignissen, wie Feuer- und Wassergefahren, bezieht. Die Gesellschaft kann alles das durchaus nicht entbehren, und jedes einzelne Mitglied derselben genießt wenigstens indirekt die Vorteile davon, oder kann in die Lage kommen, sie zu beanspruchen. Alles was nun im Gebiet dieser notwendigen Wohlfahrts-Institutionen getan werden muß, gehört offenbar zur Minimum-Institution, es muß daher ebenso gesichert werden, wie z. B. Nahrung oder Wohnung, d. h. es bildet einen Teil der allgemeinen Pflichtwirtschaft.

Auch hier existiert demnach kein Geldlohn, keine Freiwilligkeit im Anerbieten seiner Tätigkeit gegen Bezahlung, sondern die Minimum-Institution umfaßt neben der Nährarmee und neben der Arbeiterarmee für Herstellung der Wohnungen und Bekleidungen, sowie der Körperschaft für Heilung und Pflege der Kranken und Bestattung der Toten, auch eigene Korps für das öffentliche Sanitätswesen und die Rettungs- oder Schutzgesellschaften gegen Elementarschäden.

Alle diese Teile der Minimum-Institution haben daher einen Zwangscharakter, die Personen werden rekrutiert und eventuell die Methode des Losens und Abwechselns in Anwendung gebracht, um das Prinzip der Gleichheit aller Individuen in den fundamentalen Bedürfnissen und in der oft unangenehmen Tätigkeit zu deren Befriedigung scharf zur Geltung zu bringen. Dementsprechend wird z. B. das Reinigen der Kanäle nicht mehr wie heute Sache derjenigen sein, die hierzu durch äußerste Not gezwungen werden, sondern in allen Ortschaften wird stets die hierzu notwendige Anzahl

von Personen für eine sehr kurze Dienstzeit ausgelost, die dann einer anderen ausgelosten Gruppe Platz macht, so daß der Reihe nach alle oder die meisten Ortsbewohner darankommen, ohne jede Rücksicht auf Reichtum oder Stellung, Bildung oder Ansehen. Nur die Tauglichkeit entscheidet.

Genau ebenso werden die Feuer- und Wasserwehren durch Rekrutierung auf Grund einer Losung zusammengesetzt. Und im Anschluß hieran und in Konsequenz desselben Grundsatzes der Gleichheit in Beziehung auf physische Existenzbedingungen wird auch in der Hauptarmee der Minimums-Institution, der nämlich die Produktion alles Notwendigen obliegt, dafür gesorgt werden, daß alle etwa gesundheitsschädlichen oder direkt lebensgefährlichen Beschäftigungen nach dem Lose unter die überhaupt Dienstpflichtigen verteilt und diese nach kurzer Zeit von anderen abgelöst werden. So werden z. B. für die Arbeiten in den speziell zur Minimum-Institution gehörigen Bergwerken die hierzu Beorderten auf Grund der Auslosung gewählt, und ihre Dienstzeit in dieser Branche der Minimum-Armee wird nur eine äußerst kurze sein dürfen, damit stets andere Personen an die Reihe kommen und die Dauer der Gefahr demnach für jeden Einzelnen eine sehr kurze wird.*

Nach Absolvierung dieser Zeit eines gefährlichen oder sehr unangenehmen Dienstes rückt dann Jeder in eine andere ungefährliche Branche der Beschäftigungen der Minimum-Armee ein, bis seine totale Dienstzeit, die für die letztere auf statistischem Wege festgestellt wurde, abgelaufen ist.

An dieser Stelle sei ausdrücklich bemerkt, daß gegenüber Jenen, die die unangenehmen oder gefährlichen Beschäftigungen nicht übernehmen oder vielleicht überhaupt in der Nährarmee nicht arbeiten wollen, solange als möglich nur mit moralischen Mitteln vorgegangen werden soll und nur im äußersten Fall ihnen Minimumartikel vorenthalten werden sollen. Und wenn es z. B. sehr reichen Leuten möglich sein sollte, sich Surrogate des Minimums zu verschaffen, so muß man sie direkt internieren.

* Es ist überdies gewiß, daß man die Sicherheitsvorkehrungen sowohl im Bergwerks- als auch in den anderen gefährlichen Betrieben mit ungleich mehr Sorgfalt anwenden und überwachen wird, als heute. Denn etwaige Unfälle können im Zukunftsstaat alle oder fast alle Angehörige der Nährarmee treffen, heute aber die armen Teufel von Bergarbeitern, die aus Not zu ihrem gefährlichen Beruf gezwungen werden und mit denen man es nicht gar so genau nimmt.

Was nun das Bild der Minimum-Institution selbst betrifft, so wird dasselbe nach kurzer Zeit schon als ein so normales und der ganze Zustand der Gesellschaft als ein so selbstverständlicher erscheinen, daß man gar nicht wird begreifen können, wie die Realisierung dieser doch so segensreichen Institution so vielem Widerstande begegnen konnte. Während das freie volkswirtschaftliche Getriebe so wie heute, mit allen seinen Anregungen, Fortschritten und Freuden — jedoch ohne alle Angst — fortdauert, wird eben eine Anzahl von Personen, statt wie heute in Privatunternehmungen, in der Minimum-Armee der Gesellschaft eine Reihe von Jahren hindurch dienen, um dann nach Ablauf der Dienstzeit in das freie Leben zurückzutreten und zu beginnen und zu tun, was ihr beliebt. Wie man aus der statistischen Untersuchung entnehmen wird, ist dieser gesellschaftliche Zwangsdienst von bei weitem kürzerer Dauer als heute in den privaten oder öffentlichen Unternehmungen oder als die jetzt üblichen Dienststellungen, welche infolge der Notwendigkeit, sich zu ernähren, ja ebenfalls ein Zwangsdienst sind, nur ein sozusagen wilder, ungeordneter, prekärer, und meistens ohne Aussicht auf Sicherung im Alter.

Andererseits bekommen sämtliche Staatsangehörige das zur anständigen und behaglichen physischen Existenz Notwendige vom Staate direkt, und es wird gar nichts Sonderbares an sich haben, wenn man seine Nahrungsmittel und Kleider aus Magazinen abholt, die dem Staate, anstatt aus Geschäften, die heute Privaten gehören. Und daß man kein Geld dafür zu zahlen hat, sondern nur sein staatliches Anweisungsheft jedesmal abstempeln läßt, kann ebensowenig als etwas Belästigendes oder Ungewohntes empfunden werden.

*

Es kann Jedem freigestellt werden, auf seine Beteiligung am Minimum zu verzichten, denn es wird zufolge der freien Privatwirtschaft vielleicht genug reiche Leute geben, die alles viel besser und feiner werden haben wollen, als es das Minimum ihnen bieten würde, sei es Nahrung, Kleidung oder Wohnung. Mögen diese Personen ihre Bedürfnisse in Luxusgeschäften, Delikatessenhandlungen, feinen Schneidereien usw. — gegen Bezahlung natürlich — befriedigen, sie brauchen bloß z. B. in der Mitte des Jahres ihren Verzicht auf das Minimum für die Dauer des nächsten Jahres bei

der Behörde der Minimum-Institution anzumelden, und diese Behörde basiert dann ihre Berechnungen der erforderlichen Verteilungsquanten für das nächst beginnende Jahr mit Berücksichtigung aller dieser Verzichtleistungen.

Aber trotz des — ganzen oder eventuell nur teilweisen — Verzichtes auf das Minimum müssen die betreffenden Personen dennoch genau so ihrer Dienstpflicht in der Minimum-Armee genügen, wie jeder andere. Denn wenn diese Personen spezielle Luxuswünsche hegen, so wird und kann die Gesellschaft deswegen doch auf ihre Tätigkeit für die Notwendigkeiten durchaus nicht verzichten. Hier handelt es sich um Solidarität, also um Pflichten, die Jeder erfüllen muß.

Und gesetzt, es würde ein Verzichtleistender in der freien Privatwirtschaft zufällig noch so nützlich für die Allgemeinheit wirken — z. B. als Künstler, Gelehrter, Erfinder usw. — so kann ihn auch dies seines Dienstes in der Nährarmee nicht entbinden, denn jede Tätigkeit außerhalb der Pflichtwirtschaft reiht sich nicht in das System der absolut zu sichernden Leistungen ein, wie es die Minimumverteilung verlangt, und überdies würde jede Basis für die Berechnungen zur Bildung der Minimum-Armee schwankend werden, wenn man sich etwa einfallen ließe, irgendwelche — noch so interessante oder grandiose — Leistungen innerhalb der freien Privatwirtschaft solchen innerhalb der Pflichtwirtschaft als äquivalent anzunehmen, es käme immer nur auf subjektive Schätzungen bei solchen Vergleichungen hinaus. Die ganze Festigkeit der Konstruktion der Minimum-Institution ginge daher verloren.

*

Die Hauptgrundsätze für die Konstituierung der Nährarmee wären folgende:

Aus gewissen Altersjahrgängen müssen alle Personen männlichen wie weiblichen Geschlechts dienen, nur diejenigen, die so krank oder untauglich sind, daß sie in gar keiner Weise in den Minimum-Beschäftigungen verwendet werden könnten, sind ausgenommen, erhalten aber, wie selbstverständlich, dasselbe Minimum wie alle anderen. Es gibt also keine Befreiungen irgendwelcher Art, auch keine Abkürzung der Dienstzeit, jeder Mensch muß eine Anzahl Jahre mithelfen, sich selbst, wie allen anderen Staatsangehörigen das Notwendige zu beschaffen.

Bei der Einreihung in die Nährarmee kann und soll Rücksicht genommen werden auf physische und geistige Beschaffenheit und, womöglich, auch auf die Neigungen der Dienstpflichtigen, um ihnen die passenden Arten der Tätigkeit zuzuweisen. Man kann also innerhalb gewisser von der Minimum-Statistik vorgeschriebener Grenzen eine richtige und freie Berufswahl wenigstens einigermaßen zur Geltung bringen. Man wird ferner darauf Rücksicht nehmen, daß viele Personen, um sich der Kunst oder der Wissenschaft oder den Gewerben widmen zu können, eine Anzahl von Jugendjahren hindurch sich in diesen Richtungen ausbilden müssen, da man vielleicht solche Fertigkeiten im reiferen Alter, d. i. nach vollendeter Dienstzeit, nicht mehr erwerben kann, oder sie wollen solche bereits in gewissem Grade erworbene Tüchtigkeit nicht durch jahrelange Unterbrechung verlieren.

In allen diesen Fällen kann man so vorgehen, daß man erlaubt, entweder den Dienstantritt etwas aufzuschieben und daher den Austritt um ebenso viel weiter hinauszurücken, oder daß man zwar zur normalen Zeit seinen Dienst antritt, aber z. B. nur einen halben Tag in der Nährarmee, den anderen halben Tag in seinem Fach ⟨Kunst, Wissenschaft u. dergl.⟩ beschäftigt ist, dafür aber die doppelte Anzahl von Jahren dient. In gewissen Fällen wird auch Manchem ein Gefallen damit geschehen, daß man ihm eine Unterbrechung seines Dienstes gestattet, die er dann natürlich durch Verschiebung des Zeitpunktes seines Dienstabgangs kompensieren muß.

*

Es ist ferner möglich, daß manche Personen, die schon ausgedient haben, kapitulieren wollen, d. h. die, anstatt müßig zu gehen, oder statt in die freie Privatwirtschaft einzutreten und gegen Entlohnung oder als spekulative Geschäftsleute sich zu betätigen, oder anstatt sich sogenannten freien Berufen zuzuwenden, es vorziehen, weiter zu dienen, wenn ihnen hierfür ein gewisser Sold ⟨in Geldform⟩ gezahlt wird. Ganz besonders werden sich jene Personen zum freiwilligen Weiterdienen gegen Lohn melden, die in der Minimum-Armee als Betriebsleiter, administrative Vorstände und dergl. funktionierten.

Es spricht nichts dagegen, ein solches Freiwilligenkorps von Ausgedienten in die Nährarmee einzureihen, die also außer dem ihnen ohnedies in natura zukommenden Minimum auch noch

einen Lohn ausgezahlt bekommen, im Gegenteil kann es nur nützlich sein, schon in gewisse Beschäftigungen eingearbeitete Personen, gewissermaßen als Cadres, weiter verwenden zu können, überdies kann, wenn die Zahl der Freiwilligen groß ist, die Zahl der täglichen Arbeitsstunden entsprechend herabgesetzt werden. Aber keinesfalls darf bei noch so großer Anmeldung von Kapitulanten von dem Prinzipe abgegangen werden, daß alle Personen bestimmter Jahrgänge dienen müssen, sie können eben nur den Vorteil von den freiwilligen Anmeldungen haben, kürzere Tagesarbeit zu verrichten. —

Die Zahl der täglichen Arbeitsstunden darf, wie schon angedeutet wurde, nicht für alle Beschäftigungen gleich groß genommen werden, schwere oder belästigende Arbeiten verlangen gerechterweise kürzere Tagesarbeit, eine absolut genaue, eine „gerechte", Proportion kann zwar hierbei nicht aufgestellt werden, aber eine ungefähre Skala kann man immerhin entwerfen. Die Beteilung mit dem Minimum aber ist für Alle gleich, es muß an dem Grundsatz stets unerschütterlich festgehalten werden, daß das für anständige Lebenshaltung Notwendige für alle Menschen — von der Altersstufe, dem Geschlecht oder besonderer, kränklicher Körperbeschaffenheit abgesehen — als gleich angenommen wird. Hiernach erhalten auch die in der Hierarchie der Minimum-Armee höher gestellten oder durch besondere Kenntnisse qualifizierten Personen während der normalen Dienstzeit genau dasselbe Minimum wie alle anderen.

*

Die zur Ernährung dienenden Minimum-Artikel werden jedem Staatsangehörigen, der nicht zur gehörigen Zeit für das kommende Jahr verzichtet hat, ausgefolgt, Familienväter und Vormünder erhalten zugleich das Minimum für die ihnen zugehörigen Kinder, resp. Mündel. —

Die Nahrungsmittel können in mehr oder weniger rohem oder zubereitetem Zustande verlangt werden.

Man kann sie für seine eigene Haushaltung in dem Zustande beziehen, daß sie daselbst, wie z. B. das Fleisch, nach Gutdünken gekocht und hergerichtet werden, oder, wenn man keine eigene Haushaltung führt, so kann man verlangen, daß alles, fertig zubereitet, in Staatsrestaurationen verabreicht wird. Der Anspruch auf

eventuell in eßbarem Zustande, also von Staatsküchen, zu liefernde Nahrung gründet sich aber darauf, daß es durchaus nicht für jedermann sichergestellt ist, selbst kochen zu können. Man kann auch mit anderen gemeinsame Haushaltungen führen, also gemeinschaftlich kochen. Kurz, es brauchen keinerlei strenges Reglement und kein Kasernensystem beim Konsum des Nahrungs-Minimums eingeführt zu werden. Nur müssen jene, die Staatsrestaurationen benützen wollen, sei es, daß sie in diesen Lokalen selbst speisen, oder daß sie die Speisen aus diesen Küchen holen lassen, dies bei ihrer jährlichen Anmeldung angeben, damit für genügende Errichtung solcher Anstalten Vorsorge getroffen werden kann.

Gegen Bezahlung dürfen die Staatsspeisehäuser Niemandem etwas abliefern, da innerhalb der Minimum-Institution sowohl Kauf und Verkauf als Geld überhaupt strengstens verpönt sind.

Wer seinen Wohnsitz auf kurze Zeit verläßt, also zu irgendeinem Zweck Reisen unternimmt, kann auf Grundlage seines Anweisungsheftes überall in seinem Staate die Minimum-Nahrung ausgefolgt erhalten, vorausgesetzt, daß die Vorräte in den fremden Ortschaften hiefür disponibel sind; natürlich findet eine gegenseitige Verrechnung der Verpflegsmagazine statt.

Bei Reisen ins Ausland könnte eine solche Prozedur natürlich nur dann stattfinden, wenn darüber Verträge bestehen.

Wohnungen und die notwendigsten Wohnungs-Einrichtungen werden Jedem, der nicht darauf verzichtet, ohne jede spezielle Gegenleistung und womöglich in der ungefähr gewünschten Gegend der Stadt oder des Landes zugewiesen. Das bezieht sich natürlich nur auf das stabile Quartier; wer Reisen unternimmt, kann keinen Anspruch darauf erheben, überall Wohnungen zugewiesen zu erhalten. Denn ein solches Benefizium allgemein durchzuführen, wäre ganz unmöglich.

Was die Bekleidung betrifft, so werden die Kleider in den Staatsmagazinen ausgefolgt. Weder für die Angehörigen der Nähr-

armee, noch für alle anderen Staatsangehörigen wird irgendeine Art von Uniform in Anwendung gebracht. In der Minimum-Armee werden bloß die Vorgesetzten, ihrem Range nach, behufs Erkennung derselben seitens der Arbeitenden, mit kleinen Abzeichen versehen. Die zu verteilenden Kleidungsstücke werden daher, genau so wie heute in den großen Konfektionsgeschäften, in verschiedenen Größen und in nahezu identischen Formen hergestellt und zur Abfolgung — statt zum Verkauf — in den Staatsmagazinen eingelagert, ein Unterschied gegen heute existiert nicht, nur ist alles umsonst zu haben.

Jede Uniform muß aber bei der Minimum-Armee aus dem Grunde vermieden werden, weil zufolge der sowohl schwächlichen, als auch zugleich brutalen Anlage der Menschen jede Uniform viel mehr die Folge hat, Eitelkeit, Hochmut und Verachtung, ja Haß der Nicht-Uniformierten oder der anders Uniformierten hervorzurufen, als die Gleichen zu einigen, ja, das einigende Band uniformierter Menschengruppen ist überhaupt nicht so sehr ein gemeinschaftliches Ziel oder gar gegenseitige Liebe, als eben der gemeinschaftliche Haß gegen andere. Und was die anderen Staatsangehörigen betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß zufolge der freien Privatwirtschaft viele Bemittelte auf die Staatsbekleidung werden verzichten und sich feinere oder elegantere Kleider kaufen wollen, diese Personen würden wiederum auf die anderen mit Hohn herabsehen und letztere sich, wie Gefangene in „Staatskitteln", gedemütigt fühlen.

*

Jeder Einzelne oder sein Vormund oder das Familienhaupt muß es, wie schon gesagt, für jedes kommende Jahr anmelden, falls er auf das Minimum für das nächste Jahr ganz oder teilweise verzichten will, damit beizeiten die Kalkulation der Tätigkeit der Nährarmee festgestellt werden kann. Wollte man umgekehrt vorgehen und anstatt der Abmeldungen die Anmeldungen derjenigen verlangen, die das Minimum ganz oder teilweise beanspruchen, so würden die betreffenden Personen den Eindruck von Almosen-Begehrenden machen, während, wenn sie schweigen und nur die Verzichtleistenden sich anmelden, die Beteilung mit dem Minimum als selbstverständlich, also als ein persönliches Recht erscheint.

Allerdings ist es wiederum möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß die Reichen, welche eben verzichten werden, gegenüber den Nicht-Verzichtenden ihre Mißachtung in hochmütiger Weise

zeigen. Dem ist aber nicht auszuweichen, so lange der menschliche Charakter sich nicht bessert.

Ganz unpraktisch wäre es aber, gar keine Erklärungen abzunehmen und also selbst den reichsten Leuten das Minimum an Nahrung und Kleidung geben zu wollen, obwohl sie es nicht brauchen und nicht benützen würden, da sie ein viel luxuriöseres Leben zu führen gewohnt sind. Denn was sollen sie mit dem Minimum machen? Wegschenken hat keinen Sinn, weil es ja jeder ohnedies vom Staat bekommt. Vernichten — wäre sinnlos, da ja die Beschaffung des Minimums Arbeit kostet.

Übrigens dürfte sich jenes eben befürchtete Protzentum der Verzichtleistenden doch wohl kaum geltend machen, da die Nutznießer des Minimums in ungeheurer Mehrzahl sein werden, weil sie ferner ihren Anteil doch in der Minimum-Armee sich erarbeitet haben, überdies die Reichen in ihr jedenfalls wie alle anderen mitarbeiten müssen, und weil endlich die ökonomische Sicherheit Aller den Nichtreichen einen gewissen Stolz verleihen dürfte, der es verstehen wird, Hochmutsäußerungen der Reichen auf diese oder jene Art gebührend zurückzuweisen.

Zu bestimmten Zeiten, z. B. in der Mitte jedes Jahres einen Monat hindurch, werden also die Abmeldungen jener entgegengenommen, die ganz oder teilweise auf das Minimum für das nächstfolgende Jahr verzichten wollen. Das werden solche Personen sein, die durch Erbschaft oder durch glückliche Unternehmungen in der freien Privatwirtschaft vermögend genug sind, um verzichten und sich eine luxuriösere Lebenshaltung gestatten zu können.

Solche eventuelle Abmeldungen gelten nur für das nächste Jahr; wer sie unterläßt, von dem wird vorausgesetzt, daß er vom Minimum im nächsten Jahr Gebrauch machen will. Diese Einrichtung hat folgenden Grund: Wenn jemand sich ein für allemal abmelden dürfte und dann einmal in desolate pekuniäre Verhältnisse geriete, so wäre er faktisch der Not anheimgefallen und müßte sozusagen beschämt seine Totalabmeldung zurückziehen; hierdurch bekäme aber das ihm dann zuzuteilende Minimum den Charakter einer Armenversorgung, von welcher Institution in unserem gesitteten Staate nicht einmal gesprochen werden darf. —

Was soll geschehen, wenn jemand für ein Jahr auf das Minimum verzichtet hat und innerhalb dieses Jahres Unglück hat und so verarmt, daß er nicht zu leben hat? Antwort: Er muß

ohne weiteres, ohne jede Bedingung, sein Minimum bekommen, er hat ja ein Recht darauf wie jeder andere, zudem hat er wie alle anderen trotz seines Verzichtes seinerzeit in der Minimum-Armee gedient.

*

Um in irgendeinem Staate mein soziales Programm durchzuführen, wird — sinngemäß — alles dasjenige verstaatlicht, was als zur Minimum-Institution gehörig angesehen wird. Wenn einige dieser Artikel, seien es Natur- oder Industrieprodukte, im Inlande durchaus nicht herbeigeschafft werden können, so muß, so unangenehm dies auch wäre, das Ausland zu Hilfe genommen werden. Dann muß aber natürlich alles das, was als Austausch zu dienen hat, geradeso verstaatlicht werden, wie die anderen Minimum-Artikel.

Was nun jene notwendigen Artikel betrifft, die unbedingt vom Auslande eingeführt werden müssen, so könnte ein internationaler Rechnungshof als eine Art clearing house eingesetzt werden, der die gegenseitigen Verrechnungen führt, wobei diese nicht notwendigerweise in Geld, sondern in Form des Austausches von Waren geführt werden, deren Relationen von Zeit zu Zeit festgestellt werden. Sollte mein Programm jedoch nur von einem oder von wenigen Staaten durchgeführt werden, so entfiele diese internationale Einrichtung der Verrechnungen, die einigermaßen dem Weltpostverein analog wäre. —

In der Schweiz z. B. wäre die Textil-, Maschinen-, Uhren- und Käseindustrie zu verstaatlichen, auch das Hotelwesen, das auf der Schönheit der Natur dieses Landes basiert.

*

Ich halte also den Nährzwang, d. h. die Dienstpflicht in einer Nährarmee für unausweichlich, wenn man überhaupt alle menschlichen Individuen für gleich existenzberechtigt hält. Unter Gleichheit in volkswirtschaftlicher Beziehung verstehe ich, wie schon gesagt, nur das eine, daß in Beziehung auf das zur behaglichen Lebenshaltung Notwendige alle Staatsangehörigen gleichermaßen gesichert sein müssen, wenn also vom Staate das Notwendige nicht in vollem Maße beschafft werden könnte, so müssen alle in gleichem Maße verkürzt werden und in gleichem Maße darben.

*

Bei der Frage: Freiheit oder Zwang? erhebt sich der Hauptwiderspruch gegen meinen oder einen dem meinen ähnlichen Vorschlag, indem viele sagen: „Vor allem die Freiheit in der Wirtschaft" ... „Zu leben ist nicht notwendig, aber: frei zu sein."

Dieser radikale Widerspruch gegen meinen Grundgedanken ist unlösbar, er ist nämlich keine Einwendung aus der Sache heraus, also keine Widerlegung, sondern entspringt einem entgegengesetzten Prinzip, einer Grundempfindung. Ob nun diese Empfindung, oder die gegenteilige: mittelst Zwang die ökonomische Existenz zu sichern, anstatt mittelst Freiheit Existenzen zugrunde gehen zu lassen — ob diese oder jene Empfindung durchdringen wird, kann man nicht vorherwissen, der Kampf beider, resp. ihrer Vertreter, wird die Entscheidung bringen. Berechtigt ist jede von ihnen, denn wenn jemand sagt: „Ich verhungere lieber", oder auch: „Ich lasse andere lieber verhungern, ehe ich den Eintritt in eine Zwangsorganisation unterstütze oder überhaupt zugebe, oder gar für mich selbst vertrete", so läßt sich das nicht widerlegen. Einem solchen Menschen steht Freiheit höher als sein eigenes oder viele andere Menschenleben, oder doch als die sorgenlose ökonomische Existenz.

Nun ist es aber auffallend, daß von so Vielen das Prinzip der Freiheit in der Ernährungsfrage so hoch geschätzt, aber in der Frage des Kriegsdienstes ‹der „Wehrpflicht"› geradezu hintangesetzt wird. Ja, man stellte seinerzeit ‹in Deutschland› die Wehr-Pflicht, um sie ehrenvoller und sehr hochstehend erscheinen zu lassen, als ein Wehr-Recht dar, worauf man Anspruch habe und das den wehrpflichtigen Staatsbürger ganz besonders auszeichne. Und doch ist es gewiß, daß Schutz der Staatsangehörigen vor einem Feinde — also den noch relativ triftigsten Grund für die Berechtigung des Wehrzwanges, und nicht etwa Landerwerb u. dergl. vorausgesetzt — politisch genommen um nichts höher steht als der Schutz so vieler Staatsbürger vor dem, sozusagen, unpersönlichen inneren Feinde, nämlich der ökonomischen Not und der Angst vor ihr. Zwei Feinde, die in unserem Gesellschaftszustande permanent vorhanden sind, während doch der Angriff durch äußere Feinde ein sehr seltener Fall ist.

Warum wird nun die Solidarität aller Staatsbürger gegenüber der Not nicht ebenfalls als eine „Tugend", als etwas Edles angesehen? Die Solidarität in Verteidigung eines Staates — es

muß aber wirklich eine Verteidigung sein — ist, wenn nicht erzwungen, gewiß, teilweise ein egoistisches, aber doch auch ein ethisches Gefühl, jene in einer Nährarmee aber ebenfalls. In beiden liegt ein segensreicher Altruismus, der Allen zugute kommt. Ich glaube daher, daß das Freiseinwollen vom Nährzwang nicht als ethisches Gefühl, sondern als bloße Geschmacksrichtung anzusehen ist, wenn es sich auf das Interesse der eigenen Person, und als Egoismus, wenn es sich auf das Dienen der Gesamtheit zuliebe bezieht.

Überdies riskiert man bei der Wehrpflicht Gesundheit und Leben, bei der Nähr- (oder Minimum-) Armee aber ist das absolut nicht der Fall, man gewinnt sogar einen bedeutenden Vorteil für sein ganzes Leben.

Wir dienen ja auch heute schon in einer Art von Nährarmee, allerdings in einer solchen, die sich zu der von mir proponierten verhält, wie Guerillahaufen zu einer disziplinierten Armee. Auch heute leben wir nicht in ökonomischer Freiheit, fast wir alle werden gehindert, unseren Beruf nach unserem Geschmack zu wählen, und haben wir einmal irgendeinen Beruf erwählt, so können wir ihn kaum je wieder verlassen. Wir sind also dreißig, vierzig und mehr Jahre an ihn gebunden, und haben dann doch in den seltensten Fällen unser Alter ökonomisch gesichert, denn nur hochbezahlte Pensionisten und Rentner sind in der glücklichen Lage, ihre letzten Jahre in gedeckter Stellung verbringen zu können.

Anstatt der heutigen „ungeordneten" Bewegungen — um mich in der Terminologie der Gastheoretiker auszudrücken — entscheide man sich daher für eine „geordnete" wirtschaftliche Bewegung, wie das in meinem Programm vorgesehen ist.

*

Daß, wenn Jedem sein Lebensunterhalt für immer gesichert ist, die Beschäftigung mit Kunst, Wissenschaft und Technik ungleich erhebender, beglückender und wohl auch in den Resultaten glanzvoller als heute ausfallen würde, glaube ich fest. Wenn man das aber bezweifeln, ja, wenn man auch so manche sekundäre Nachteile meiner Zwangsorganisation vermuten oder sicher annehmen wollte, so dürfte dies alles uns doch nicht im geringsten irre machen. Denn hoch steht die im ökonomischen Gebiete zu erreichende Garantie der physischen Existenz und des sorgenlosen

Daseins schon eines einzigen Individuums — es sei welches immer — über allen feinen, schönen, oder edlen Zielen, selbst von Millionen Menschen. —

Und hier sei auch die allgemeine Bemerkung gemacht, daß selbst eine Anzahl von voll berechtigten Einwendungen gegen einen großen und fruchtbaren Grundgedanken nicht hinreicht, um ihn zu widerlegen, so lange nicht jene Einwendungen die ganze Bilanz der günstigen und ungünstigen Argumente beeinflussen, also das als Wichtigstes anerkannte Ziel jenes programmatischen Gedankens, als unerreichbar darlegen. Wie die Erfahrung zeigt, rühren in den allermeisten Fällen solche Einwendungen nur von Antipathien gegen die neue Idee, und nur in seltenen Fällen von dem Bestreben her, diese Idee für sich selbst und für andere durch eine Opposition und dann Besiegung derselben sicherzustellen.

*

Zur genaueren Charakteristik meiner in diesem Werke angestrebten Ziele möchte ich nochmals hervorheben, daß es mir nicht entfernt um eine geschichtsphilosophische Darstellung der künftigen menschlichen Gesellschaft, also um eine soziologische Prophezeiung, zu tun ist. Ich fasse durchaus nicht die entferntesten Zeiten und nicht die ganze Menschheit, deren etwaige Bestimmung oder Ziele, ins Auge. Solche Fragen will ich nicht beantworten, und vermag ich ebensowenig, wie irgend jemand anderer, schon darum, weil wir keine genügenden Anhaltspunkte besitzen, um hierin eine allgemeine und für immer geltende Norm aufzustellen.

Meine Aufgabe als Sozialreformer ist einfach die: in den meisten unserer Staaten sämtliche Individuen durch passende soziale Institutionen in den Stand zu setzen, sich so ruhig und behaglich auszuleben, als es die Verhältnisse des natürlichen Milieus zulassen, ohne den Menschen irgendwie vorzuschreiben, wie sie sonst ihr Leben, ihre Beschäftigungen und ihre Freuden sich einrichten sollen, um sich glücklich oder zufrieden zu fühlen.

Mit Prophezeiungen über die Zukunft der Menschheit im geschichtsphilosophischen Sinne wollen wir uns also hier ganz und gar nicht befassen. Für unser Problem sind derlei Ausblicke in die fernste Zukunft der menschlichen Kultur gänzlich ohne Bedeutung, und überdies sehe ich die Bemühungen, Geschichtsgesetze für die

Vergangenheit aufzufinden, und noch mehr die Bestrebungen, zu prophezeien, für jetzt wenigstens, als gänzlich aussichtslos an, und daß es sich so verhält, zeigen ja alle bisherigen Versuche in dieser Richtung.

Man hat nicht die geringste Gewißheit, daß der Gang der Zivilisation, den ‹wie St. Simon› Spencer prophezeit, immer mehr vom „kriegerischen zum industriellen" Typus fortschreiten werde. Es kann sehr gut gedacht werden, daß, wenigstens bei gewissen Völkern, wieder der kriegerische Charakter vorherrschen wird, oder daß, bei dem oder jenem Volke, der ästhetische, oder der religiöse, ja der quietistische Charakter sich herausbilden werde.

Ebensowenig ist die Prophezeiung von Adams in seinem Werke: „Gesetz der Zivilisation und des Verfalles" als eine sichere anzusehen, derzufolge mit der fortschreitenden Konsolidation die „emotiven und künstlerischen Typen immer mehr durch den ökonomischen Menschen, durch den der Industrie, des Handels und des Kapitals verdrängt werden", und daß schließlich dieser ökonomische Typus sich nach zwei Richtungen entwickelt, wodurch „die beiden Typen des Wucherers und des Bauers resultieren", als „unvermeidliche Endpunkte aller Zivilisation", und damit „entweder eine stationäre Periode, in der der ganze politische Körper verknöchert und verkümmert, oder eine Periode vollständigen Zerfalls entsteht".

Man denke, meine beiden Programme — die allgemeine Nährpflicht und der freiwillige Kriegsdienst — wären realisiert, was doch Niemand für logisch oder praktisch unmöglich — höchstens der Widerstände gewisser Gesellschaftsklassen wegen für schwierig — halten wird, was kann uns da den geringsten Grund geben, zu erwarten, daß nur Wucherer und Bauern existieren werden? Sie werden, im Gegenteil, absolut aufhören, zu existieren, und ebensowenig ist ein Anlaß vorhanden, in einem solchen Staate politische Verknöcherung oder einen Zerfall vorauszusetzen. —

Hüten wir uns, ein Einzelproblem, und sei es noch so wichtig, ins Ungemessene aufzublasen und dessen Lösung als Beginn einer neuen Weltepoche auszugeben, wie das so oft geschieht.

So heißt es in einem sozialökonomischen Werke, in welchem es sich bloß um die Lösung der sozialen Frage handelt:

„Wir können vom Uranfang des übertierischen Zustandes bis zur Gegenwart zwei große menschheitsgeschichtliche Entwicklungsepochen unterscheiden: die der isolierten ‹Barbarei› und die der

organisierten unfreien Arbeit mit Ausbeutung ‹Kultur›. Nunmehr sind wir an der Schwelle der dritten Weltepoche, derjenigen: organisierter freier Arbeit."

Wir wollen dem verdienstvollen Autor dieser Stelle nicht nahetreten. Wozu aber dieses hochtrabende Wort: „Weltepoche"? Die „Welt" hat mit der — Sicherung der Lebenshaltung gar nichts zu tun!

Widerlegung von Einwendungen gegen mein Programm – Über einige besondere Vorteile desselben.

Allen möglichen Einwendungen zuvorzukommen, die gegen mein soziales Programm erhoben werden können oder die wirklich erhoben werden, ist natürlich unmöglich. Eine Regel für ein richtiges Ausmaß des polemischen Teils in der Ausarbeitung eines Reformprojekts existiert ebenfalls nicht. Der Autor kann noch so vor- oder weitsichtig sein, an noch so viele gegnerische Einfälle denken, um sie zu widerlegen, dennoch wird er niemals vorhersehen können, ob ihm nicht doch dieses oder jenes entgangen ist, welchen Mißverständnissen diese oder jene Partie seiner Schrift ausgesetzt sein wird, oder welche wichtige Stelle nur flüchtig oder gar nicht gelesen wird, so daß eben durch diese flüchtige Lektüre seines Buches Fehler darin nachgewiesen und dann mit nicht geringem Triumphgeschrei dem Autor vorgehalten werden. Und dann die absichtlichen Verschweigungen, die Entstellungen u. dergl. mehr!

Nach meinen vielfachen Erfahrungen wird man auch gegen dieses Werk Einwendungen erheben, die bereits in dem Werke selbst ausdrücklich widerlegt sind, und zwar besonders infolge des Umstandes, daß man gewöhnlich mit dem lebhaften Trieb liest, so rasch als möglich Fehler zu entdecken.

Dieser Oppositionstrieb bringt es, da er sozusagen wie blind losfährt, oft zustande, daß Einwendungen erhoben werden, die einander genau entgegengesetzt sind und denen gegenüber dann ein Autor große Geduld und Selbstüberwindung aufbringen muß, wenn er beiden die nötige Aufklärung geben will.

So z. B. frug mich Jemand: „Wie lange wird man denn in Ihrer Nährarmee dienen müssen?" Ich: „Ungefähr dreizehn Jahre."

Er darauf schnellstens: „Das ist viel zu lange, es lohnt sich nicht, deswegen eine so grundstürzende Reform unserer Gesellschaft vorzunehmen." Worauf ich bemerkte: „Heute muß man im Durchschnitt vom 18. bis zum 60. oder 70. Lebensjahre dienen und ist erst dann noch nicht in der Lebenshaltung gesichert, ist also eine Dienstzeit von dreizehn Jahren gegen eine solche von vierzig oder gar fünfzig Jahren und überdies die Sicherung der Lebenshaltung für das ganze Leben nicht ein ganz bedeutender Fortschritt?" — Auf das hin schwieg der Frager.

Kurz darnach stellte ein anderer dieselbe Frage. Ich darauf: „Ungefähr dreizehn Jahre." Er: „Viel zu wenig, viel zu kurz! Was sollen denn die Menschen die ganze übrige Zeit ihres Lebens machen? Müßiggang ist aller Laster Anfang, und so wird Ihr Sozialprogramm nichts als Verbrecher hervorbringen." Worauf ich: „Heute existieren hunderttausende Menschen, die eigentlich gar nicht, also nicht einmal dreizehn Jahre dienen, die reichen Adeligen, die Söhne reicher Fabrikanten und Kaufleute, sind das lauter Verbrecher? Selbst die wirklichen Müßiggänger unter ihnen treiben wohl diesen oder jenen mehr oder weniger dummen Sport, verbringen ihre Zeit mit Kartenspielen, mit Pferderennen, Jagen und mit Frauen aller Art, aber man hat noch nichts davon gehört, daß die Staatsphilosophen besorgt gewesen wären, jene nicht-dienenden Menschen würden aus Müßiggang Verbrecher werden, und man müsse daher in dieser Beziehung eine Reform unserer Gesellschaftsordnung ins Auge fassen." Er: „Aber Revolutionäre werden die Menschen werden, wenn schon nicht Verbrecher, und das ist noch schlimmer als Verbrecher." Ich: „Auch Revolutionäre sind unsere reichen jungen Herren nicht, und werden nicht Revolutionen viel seltener werden, wenn die Menschen versorgt sind?" —

Es ist psychologisch interessant, wenn auch sehr traurig, daß selbst bei den wichtigsten Problemen in denjenigen, die von einem Lösungsvorschlage hören, sofort der Wunsch auftaucht, ihn widerlegt zu sehen, anstatt zu wünschen, er möge endlich die bisher noch ungelöste Aufgabe lösen. Höchst selten wird man Jemanden finden, der sie wenigstens vorläufig adoptiert, dem die Sache so nahe geht, daß er von selbst darüber nachdenkt, wie gewisse Schwierigkeiten oder Mängel des betreffenden Vorschlags vielleicht behoben werden könnten, nur um das angestrebte Ziel erreichen zu helfen. Fast immer findet das Gegenteil statt, man erhebt ab-

sichtlich Einwendungen, in der Hoffnung und dem einzigen Wunsche, Sieger zu bleiben, und der mehr oder weniger bewußten Absicht, bei einem negativen Resultat der Beurteilung jenes Projekts beharren zu können.

*

Vor allem wird mitunter eingewendet, die Menschen werden ganz einfach nicht in die Nährarmee eintreten wollen. Darauf frage ich: Warum denn nicht? Worauf geantwortet wird: „Weil die Menschen nicht so altruistisch gesinnt sind."

Nun ist der Eintritt in die Nährarmee ganz und gar nicht mehr altruistisch als heute die Ergreifung irgend eines Berufes, denn in beiden Fällen gewinnt man ja dadurch seinen Lebensunterhalt. Der Beamte, der Ingenieur, der Maschinenschlosser, der Professor arbeiten nicht nur für die Anderen, sondern zugleich auch für sich selbst, allerdings im Grunde ihres Herzens eigentlich nur für sich selbst. Beinahe Niemand — einsame Gelehrte ausgenommen — arbeitet heute nur für sich selbst, immer leistet er auch etwas für Andere, und doch ist er durchaus nicht altruistisch gesinnt. Nur spricht man von der ⟨unabsichtlich⟩ altruistischen Seite des Vorganges nicht, während man sie bei der Kritik der allgemeinen Nährpflicht allein hervorhebt. Man meint, wenn man diese Einwendung macht, daß die Nährarmee eine wohltätige Einrichtung wäre, so würden schon darum die Menschen nicht auf sie eingehen, und vergißt, daß die allgemeine Nährpflicht das beste Geschäft von der Welt ist, wozu also gar kein Altruismus notwendig wäre.

Mitunter wurde gegen neue soziale Programme überhaupt und auch gegen meines die Einwendung erhoben, daß, wenn sie in der Tat das leisten, was versprochen wird, es den Menschen so gut ginge, daß sie sich zu stark vermehren und daher eine Übervölkerung herbeiführen würden.

Nun ist zwar aus meinen, hier und später gegebenen Darlegungen zu ersehen, daß ich alle Gefahren einer eventuellen Übervölkerung mit voller Sicherheit zu beseitigen weiß. Aber die Art der Einwendung ist es, über die ich einige Worte sagen möchte. —

Ist es nicht merkwürdig daß jene Gegner gründlicher sozialer Programme nicht sehen, daß ihre Einwendung gegen jeden, noch so kleinen sozialen Fortschritt erhoben werden kann? Keine Ver-

besserung in der Gesetzgebung, in den Handelsverträgen, in Eisenbahntarifen, in technischen Erfindungen, in Fortschritten der Heilkunde und Hygienie, denen man nicht hindernd entgegentreten könnte mit der Bemerkung: sie alle zusammen dienen dazu, das Leben behaglicher, länger und gesicherter zu machen, durch solche Verbesserungen und besonders durch die Summierung ihrer günstigen Wirkungen müßte eine so starke Vermehrung der Bevölkerung eintreten, daß sie gefahrdrohend würde.

Hiernach sollte man also die Hände in den Schoß legen und alles gehen lassen wie es geht! Nicht die geringfügigste Gewerbenovelle, gar keine hygienische Maßregel wären dann erlaubt, immer müßte man befürchten, auch das würde die traurige Folge haben, daß es den oder jenen Menschen zu gut gehen werde!

Viele dürften gegen das Projekt einer Nährarmee eine gewisse Antipathie aus dem Grunde empfinden, weil sie unter „Armee" sich nur eine Institution mit eiserner Disziplin, Rücksichtslosigkeit und Brutalität in der Behandlung seitens der Vorgesetzten u. dergl. vorstellen können. Von dem allen kann aber keine Rede sein, und man muß nicht an eine Wehrarmee, sondern an ein Beamtenheer denken, in das heute ja Jeder — trotz mancher zu gewärtigender Unannehmlichkeiten und Schikanen — mit Vergnügen eintritt.

Das Militär, welches doch nur selten, nämlich in Kriegsfällen, überhaupt dem Staate einen Nutzen bringt, wird von der Gesellschaft in absoluter Weise ökonomisch versorgt, die Soldaten erhalten Nahrung, Wohnung, Kleidung, ärztliche Behandlung und Spitäler. Ich frage: Warum wollen wir nicht alle anderen Staatsgenossen ebenfalls ökonomisch sichern? Sie sind ja immerwährend, nicht nur ausnahmsweise, uns von Nutzen, sie liefern uns die Soldaten, sie zahlen in der Regel wohl auch Steuern, — wenn man schon in diesem Tone argumentieren will, ohne die Gebote der Menschlichkeit heranzuziehen — warum behandeln wir uns selbst so, als ob wir gegenüber den Soldaten minderwertig wären?

*

Wenn man die Gleichheit Aller in der Minimum-Armee bezüglich der Beteilung mit dem Notwendigen als sonderbar ansehen und sich nicht darein finden sollte, daß die leitenden Beamten in dieser Beziehung gar keinen Vorzug vor den einfachen Arbeitern genießen, so bedenke man, daß z. B. im alten Griechenland alle

Beamte nur ehrenämtlich, also ganz ohne Gehalt, tätig waren. Auch im Zukunftsstaate, resp. in der Minimum-Institution, wird der Beamte seine Tätigkeit in dieser Weise aufzufassen sich gewöhnen, aber auch der ihm untergeordnete Arbeiter soll dies tun — und er wird diese Auffassung ohne Zweifel mit aller Kraft zur Geltung zu bringen suchen — es wird daher zwischen ihnen gar kein sozialer Unterschied herrschen, sie alle sind Beamte der Gesellschaft.

*

Einige Sozialdemokraten sagen, die allgemeine Nährpflicht sei ein „Märchen". Wenn aber die allgemeine Nährpflicht, also eine teilweise Sozialisierung schon ein Märchen ist, was soll man erst von einer Vollsozialisierung, also von dem Programm der Marxisten sagen? So wenig Selbstkritik ist bei den Marxisten zu finden. Auch den Vorwurf pflegen die Marxisten zu machen, das System der allgemeinen Nährpflicht sei gar kein Sozialismus. Aber auf den Namen kommt es gar nicht an. Die allgemeine Nährpflicht soll von Not und Sorge befreien, ob man das Sozialismus nennen will oder nicht, ist ganz gleichgiltig. Die Marxisten und viele Andere reden so, als ob es ein Naturgesetz wäre, voll zu sozialisieren oder überhaupt zu sozialisieren.

*

Man kann ferner einwenden: Es wäre gar nicht nötig, eine Nährpflicht einzuführen, und keinesfalls müßte man das Existenzminimum in natura austeilen, sondern durch Einhebung eigener Steuern könnte man Jedem eine bestimmte Geldsumme zuteilen, mit der er sich das, was er notwendig braucht, kaufen könnte.

Hierauf ist zu erwidern:

Bei Steuern ist man niemals sicher, wer sie eigentlich trägt und ob man imstande ist, sie in größerem oder geringerem Maße auf andere zu überwälzen, und es kann ganz leicht geraten, daß, je nach Umständen, der mit dem Geldminimum Beteilte so viel überwälzt bekommt und selbst nicht weiter wälzen kann, daß er damit nicht auskommt. Wenn es sich nur um relativ geringfügige Güterwerte handelt, so ginge es allerdings noch an, mit der Geldform der Beteilung mehr oder weniger gut auszukommen, weil

selbst enorme Preiserhöhungen die absoluten Kaufbeträge nicht so beeinflussen können, daß sie unerschwinglich wären. So z. B. gilt das von der Absicht, für feinere Bedürfnisse ⟨z. B. Kaffee⟩, die nicht von der Nährarmee produziert werden, das sekundäre Minimum zu benützen, das in Geldform gegeben wird.

Wenn es sich aber um alles zum Leben Notwendige handelt, so gilt das nicht mehr. In diesem Falle wären die Kaufbeträge infolge der wirtschaftlichen Konjunkturen, der willkürlichen Preissteigerungen und etwa auch ⟨gerade⟩ der Besteuerung wegen, oft und sogar in der Regel so hoch, daß man mit dem Geldminimum nicht auskommt und selbst durch fortwährende Änderungen desselben nach oben nicht zureicht; abgesehen von dem wilden Regime in der Festsetzung des Geldminimums.

Außerdem sind die Probleme der richtigen, sowie der gerechten Besteuerung unlösbar. Das erstere, weil man das wahre Einkommen meistens nicht zu eruieren vermag, und das andere nicht, weil, wie wir oben bemerkt haben, die trockene Ziffer des ⟨wahren⟩ Einkommens nicht genügt, um darnach zu besteuern; es gehören dazu auch die ungefähre Kenntnis und Abschätzung der Schwierigkeit und der Unsicherheit der verschiedenen Einkommen.

Die Unsicherheit, mit der Geldform im Bereich des Notwendigen auszureichen — über die schon oben eingehender gesprochen wurde —, wenn die Einkommen nur mäßige oder gar geringe sind, erklärt es auch, warum Arbeiter in der Landwirtschaft bei Erhalt von sogenannten Deputaten, z. B. von Getreide, Kleiderstoffen usw. in natura, viel besser daran sind als bei Geldentlohnung. Die Erfahrungen, die man mit den Brottaxen machte, beweisen ebenfalls, daß alle solche halbe Maßregeln und Umwege zu keiner Sicherung der Lebenshaltung führen; man müßte einfach das Brot jedem direkt geben und sich nicht darauf verlassen, den Preis desselben vorzuschreiben; denn man weiß nie, ob das Brot zu dem vorgeschriebenen Preise überhaupt geliefert werden könne, und ferner, ob die Menschen es selbst zu dem behördlich festgesetzten Preise werden kaufen können.

Man sieht hier wieder deutlich, was für ein widerwärtiger Faktor der Preis, d. h. der Austausch und die Geldform, ist, wenn es sich darum handelt, den Menschen von Hunger oder Sorge zu befreien.

Wenn Jemand als Einwendung gegen mein Programm die Frage erheben wollte: Ob denn wirklich so viel Nahrungsmittel beschafft werden können, um alle Staatsgenossen damit genügend zu versorgen, so diene als Antwort dasselbe, was ich schon früher sagte, nämlich: Ob nun genügende Nahrungsmittel herbeigeschafft werden können oder nicht, keinesfalls darf ein Unterschied geduldet werden in der Ernährung verschiedener Klassen, Berufe oder Einzelpersonen. Die Anteile sind also — von der Verschiedenheit des Alters oder des Geschlechtes abgesehen — durchaus gleich, und der reichste Mann erhält nicht mehr als der ärmste. Sollten diese Portionen geringer als das physiologisch Notwendige sein, so haben doch alle Staatsgenossen die gleiche Sorge, und es darf, wie schon früher gesagt wurde, absolut nicht geduldet werden, daß manche sich satt essen und andere darben, sondern alle müssen — eventuell — in gleichem Maße darben.

So verlangen es die Gerechtigkeit und die Forderung der gleichen Achtung vor jeder menschlichen Existenz. Auch wird durch diese Einrichtung das Bestreben nach Erhöhung der Produktion von Nahrungsmitteln ein allgemeineres sein, als dies heute der Fall ist; denn die Satten kümmern sich um die Hungrigen nicht, wenn sie nicht dazu getrieben werden, und das gilt nicht nur von den reichen Protzen, sondern auch von den meisten, sonst intelligenten und edlen Geistern, die kein Interesse oder keine Zeit hierzu übrig haben.

*

Ich erinnere mich da an den Ausspruch, den der Nationalökonom Dunoyer mit wahrem Schrecken getan hat: „Wenn der Staat Jedem Unterricht schuldig ist, so wird man bald behaupten, daß er auch die Arbeit, dann die Wohnung, hierauf den Mittagstisch schuldig sei." Dunoyer muß eine sonderbare Ansicht vom Zweck der Staatsinstitutionen gehabt haben, wenn er die Versorgung mit Wohnung und Nahrung als etwas so einleuchtend Absurdes betrachten kann, daß er mit dieser Idee sogar die Forderung nach unentgeltlichem Schulunterricht schlagen zu können glaubt. —

Aber ein anderer Nationalökonom, Schultze-Delitzsch, und so mancher andere nach ihm, konnte sich ebenfalls von einer veralteten Staatsauffassung nicht losmachen, wenn er die bloße

Alters- und Invaliditätsversorgung schon als eine schädliche staatssozialistische Maßregel hinstellt. „Es gilt zu zeigen", schrieb Schultze-Delitzsch im Jahre 1883, „wohin man mit dem Absehen von der Selbsthilfe gelangt ... Die Staatshilfe bloß für Alter und Invalidität ist dann eine halbe Maßregel, eine Inkonsequenz, und zweitens werden die Arbeiter als Staatspensionäre abhängig von der Regierung gemacht, deren Gunst sie sich erhalten müßten."

Nun traf das nicht einmal unter der doch gewiß vielfach absolutistischen Regierung in Preußen zu, denn der alte oder invalide Arbeiter bekommt, den Versicherungsgesetzen entsprechend, seine Pension, ohne daß er sich um irgendeine Gunst der Beamten bewerben muß. Andererseits ist die Zeit nahe, wo überall eine solche Versicherung kein Geschenk, keine Gnade des speziellen, etwa absolutistisch regierten Staates, sondern eine Gegenseitigkeitsmaßregel der Staatsbürger, also ein Geschenk Aller an Alle, sein wird, wie ja auch bei meinem eigenen Programm der vollständigen Versorgung mit dem Minimum nicht entfernt an eine Gunst der Regierung, die es verteilt, gedacht werden darf. Wie auch ein Staat regiert werden mag, so ist doch eine solche Institution nur als eine Forderung der Gesellschaft an sich selbst anzusehen, und Niemandem wird man Dank schuldig sein.

❋

Einen geradezu furchtbaren Einblick in den Gedankenkreis der sozial am günstigsten gestellten Personen erhält man, wenn man sie gegen das Streben nach gesicherter Befreiung von ökonomischer Not und Angst als nach etwas Niedrigem, wie sie es nennen, als Streben nach „materiellen Genüssen", als sündhaft, deklamieren hört, sie, die alles Notwendige in Hülle und Fülle und allen möglichen Luxus obendrein genießen, und meist noch dazu, ohne es erarbeitet zu haben, nur dadurch, daß sie sich an der richtigen Stelle „gebären ließen"! Solche Leute also erheben ebenfalls Einwendungen gegen sozialistische Bestrebungen. Als Beispiel sei hier die Rede angeführt, die der preußische Prinz Albrecht als Herrenmeister des Johanniter-Ritterordens am 30. Juni 1883 hielt. —

„Groß ist der Abfall", meinte jener Prinz, „von den heiligen Lehren, die allein imstande sind, die Herzen zu reinigen von der Anschauung, daß der materielle Besitz und der materielle Genuß die höchsten erstrebenswerten Güter des Lebens sind. Der

Unglaube hat sich auf sozialem Gebiete zu einer bedrohlichen Erscheinung gestaltet, er verkündet offen den Umsturz aller in Staat, Kirche und Gesellschaft bestehenden Zustände, wie sie sich auf Grund des Christentums herausgebildet haben. Ein internationaler Bund vereinigt jetzt die Zerstörer göttlicher und menschlicher Ordnungen. — In einer auf dem sozialen Gebiete liegenden großen und bahnbrechenden Liebestätigkeit wird der Orden das seinen Ideen angemessene Schlachtfeld finden."

Man sieht aus diesen Worten, mit welchen wirklich dem „finsteren" Mittelalter entsprungenen Widerständen gegen gründliche Heilmethoden für die menschliche Gesellschaft man zu kämpfen haben wird, kann sich aber schon damit einigermaßen beruhigen, daß heute, so viele Jahre nach jener Rede, nur etwa Geistliche, sonst aber kaum Jemand, den Mut haben würden, so zu sprechen.

*

In dem Werke „Kritik des Sozialismus" ⟨aus dem Jahre 1893⟩ von Ludwig Felix wird dem Sozialismus überhaupt, und besonders den Theorien von Rodbertus und Marx entgegengetreten. Alles, was die Kritik der nationalökonomischen Theorien betrifft, interessiert uns hier, als für unsere Zwecke in jedem Falle wertlos, gar nicht. Was gegen die Aufhebung des Privateigentums gesagt wird — z. B. „wie ohne Freiheit kein Eigentum, so ohne Eigentum keine Freiheit"... „weder freie Verfügung über die eigene Person, noch über Dinge und Dienstleistungen wäre denkbar... viele Wünsche, wie Wechsel der Wohnung, Reisen usw. wären unerfüllbar... der Sporn zur Arbeit würde fehlen" — trifft mein Programm in keiner Weise, weil ja neben der sozialistischen Zwangswirtschaft noch eine freie Privatwirtschaft besteht, während z. B. bei den Sozialdemokraten, bei Bellamy u. a. allerdings die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit eine kollektive Zwangsinstitution ist. —

Eine allgemeine Einwendung gegen jede Art von Sozialismus formuliert Felix so: „Welcher Abstand zwischen den Verheißungen des Sozialismus und den Lehren eines Goethe, den alle Lebenserfahrungen die Notwendigkeit der Entsagung erkennen lassen!" Als ob Goethe die Entsagung bezüglich der dringendsten Lebensbedürfnisse und nicht betreffs der idealeren Wünsche im Sinne gehabt hätte, man denke nur an Fausts Ausruf: „Entsagen mußt

du, mußt entsagen!" Meinte etwa Faust Brot für sich und für die Familien, auf das die Menschen verzichten sollen? Und in gleicher Richtung lamentiert Felix weiter: „Der sozialistische Eudämonismus, demzufolge der sinnliche Genuß das höchste Ziel des menschlichen Lebens ist, ⟨der⟩ alle edleren Regungen unterdrückt . . ."

Einen unbegründeteren Vorwurf kann man aber dem Sozialismus gar nicht machen, denn niemals fiel es Sozialisten ein, sinnliche Genüsse als das höchste Lebensziel hinzustellen, sie verlangen bloß — vor allem anderen — die Qual der Sorge um Brot von der Menschheit zu nehmen, ja sie bedauern so oft, daß heute die große Masse zu höheren ⟨feineren⟩ Genüssen gar nicht gelangen kann, weil sie eben mit dieser Sorge täglich zu kämpfen hat, und endlich frage ich: Wenn Hunderttausende von Menschen ganz oder teilweise hungern, ist ihnen dann ein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie die Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände für das Dringendste erachten, und das in solchem Grade, daß sie oft von allem anderen gar nicht sprechen?

Wohlgemerkt: Die Armen und Geängstigten halten die Sicherung vor Not durchaus nicht für das Höchste, Feinste, Idealste, oder wie sonst die satten und herzlosen Menschen — namentlich jene mit größerer Bildung — die nicht-notwendigen Genüsse und Bestrebungen benennen wollen, aber für das Dringendste, und dagegen wird doch kein Mensch von gesunden Sinnen etwas einwenden wollen? Sie möchten vorderhand nur — leben, und da sprechen diese Superidealisten von „Eudämonismus", „sinnlichem Genuß" und „unedlen Regungen"! Welche Gewissenlosigkeit gewahrt man doch gerade bei so vielen feinen Geistern, mit welcher Härte und Mitleidlosigkeit spricht ein Nietzsche von den Bestrebungen der Sozialdemokraten, wobei ihm die „Höherzüchtung" der Menschheit und das „Pathos der Distanz" und ähnliche Zukunfts- und Gegenwartsangelegenheiten, die allein für ihn Kultur bedeuten, wichtiger sind, als die physische Existenz oder die sorgenlose Existenz lebender Menschen. So sehen wir bei einer großen Zahl intelligenter und sonst edler Männer die größte ethische Rückständigkeit, ja Roheit, nämlich: die Mißachtung menschlicher Existenzen, und was sie an idealem Streben besitzen, verliert sich in Liebhabereien mehr ästhetischer Natur, in das Interesse für die Gattung oder die Rasse oder für Religion oder für Mystik, anstatt für den realen Menschen. —

Felix meint ferner, daß im Sozialstaat Kunst und Wissenschaft schlecht wegkommen würden. Aber in unserem Zukunftsstaate wird gerade das Entgegengesetzte der Fall sein, denn bei der ökonomischen Sicherheit aller Menschen werden sich vielleicht schon während des Dienstes in der Nährarmee und ganz besonders nach Absolvierung der Dienstzeit in der Minimum-Armee, viel mehr Personen der Kunst und Wissenschaft, und dies mit mehr Freiheit und Ruhe hingeben können als heute, wo „die Kunst" und oft auch die Wissenschaft „nach Brot gehen", aber es meistens nicht finden. —

Zum Schluß kommt Felix auch mit der formalen Einwendung, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung eine „Rückentwicklung" sei, über welchen wertlosen Einwand ich an anderer Stelle spreche. Er meint auch, die gesellschaftliche Sorge für jeden Einzelnen würde eine „Verurteilung der Menschheit zu ewiger Kindheit bedeuten, der freie Mann sorgt für sich selbst". Hiernach sollte man meinen, in einem Sozialstaate würden sich alle Staatsangehörigen (wenigstens die erwachsenen) paarweise den Löffel mit Milchbrei gegenseitig in den Mund einführen! Das soll „Kindheit" sein, wenn Alle für sich und gleichzeitig für alle Anderen arbeiten? Ist es nicht ungleich mehr Kindheit der Kultur, wenn hunderte Arbeiter in einer Fabrik auf Kommando und zum Hauptnutzen eines Fabrikbesitzers arbeiten und dabei jeden Augenblick gewärtig sein müssen, wenn es diesem paßt, ihre Stelle zu verlieren? Der freie Mann sorgt wohl für sich selbst, aber sein Sorgen nützt ihm unter unseren heutigen Verhältnissen sehr wenig oder gar nicht! Und so leicht es dem vermögenden Manne fällt, diese Phrase hinauszuschmettern, so werden doch die Millionen der anderen sehr gerne auf ihre heutige Freiheit teilweise und wenn nötig, sogar vollständig, verzichten, wenn sie sich damit ihr Brot sichern können, in der Tat, welch schöne Freiheit hat heute so ein Berg- oder Fabriksarbeiter! —

Eine geradezu empörende Gewissenlosigkeit jedoch beweist Felix in folgenden Bemerkungen: „Durch die Sorge um den Unterhalt wird der menschliche Organismus vervollkommnet, Kampf gereicht dem Menschen zum Heile, Jedermann, der nach erreichtem Ziele auf sein vergangenes Leben zurückblickt, wird mit Befriedigung seiner Kämpfe gedenken." Nun, wie der menschliche Organismus durch Sorge vervollkommnet wird, zeigen die Krankheiten und das

schwächliche Aussehen der armen Volksklassen, und das hat sogar schon Malthus gewußt. „Nach erreichtem Ziele" gedenkt man wohl mit Befriedigung, daß man es doch erreicht hat, aber während der Kampfzeit würde Jeder gerne auf seine Kämpfe verzichten, und andererseits, erreicht denn Jeder, der kämpfen mußte, wirklich sein Ziel? Und wenn wirklich die Sorge um den Unterhalt den Organismus vervollkommnet, warum verschenken denn die reichen Leute nicht eiligst ihr Vermögen, um nur tüchtig sorgen zu müssen und dadurch ihren Organismus zu vervollkommnen, was doch gewiß die allerwichtigste Angelegenheit sein müßte?

Man muß in der Tat, wenn man solchen Argumenten begegnet, fragen, wie es in unseren Tagen noch möglich ist, daß so brutale, menschenfeindliche Anschauungen im Kreise der Intelligenz herrschen? Wehe solchen Gegnern aller Humanität, wenn sie sich zur Zeit der politischen Macht des bedürftigen Volkes sollten vernehmen lassen, dann wird man ihnen ihre Herrenmenschheit und ihre rassenreine Menschheit und ihre ganze schöngeistige Kultur so um die Ohren schlagen, daß ihnen Hören, Sehen, Schwätzen und Schreiben vergehen. In diesen Afterkulturellen müssen wir die größten Feinde der Humanität erblicken und sie daher auch darnach behandeln. Oder sind diese Menschen nicht roh, sondern blind? Das heißt, sehen sie die Not nicht um sich herum? Leben sie alle in einem ganz sorgenlosen Milieu und sind selbst in gedeckter Stellung und können gar nicht empfinden, was das heißt: Not leiden? —

Oft hörte ich folgende Einwendung: „Wenn Alle nach wenigen Jahren Dienstzeit vor Not gesichert sind, so wird in den späteren Jahren nicht mehr oder zu wenig gearbeitet werden, der Fortschritt in Technik, Wissenschaft und überhaupt in unserer ganzen Kultur hört dann auf."

Hierauf ist zu erwidern: Vor allem hat Niemand das Recht, andere zur Arbeit dadurch zu treiben, daß er ihnen die Sicherung vor Not vorenthält oder wünscht, daß sie ihnen vorenthalten, also ein gründliches soziales Programm nicht durchgeführt werden soll. Und vor allem müßten, jenem Argument zufolge, alle heute sorgenlosen Existenzen ruiniert werden, damit sie arbeiten und die Kultur fördern. Davon wollen aber die betreffenden Herren nichts wissen.

Andererseits: Alle Fortschritte der Kultur sind relativ unwichtig gegen die Beseitigung der heutigen wirtschaftlichen Übelstände, ja gegen die Rettung auch nur eines einzigen Individuums vor dem Hungertode, und bekanntlich gibt es heute mehr als nur ein solches Individuum, das sich aus Not das Leben nimmt.

Ferner halten die Menschen den Müßiggang nie lange aus, es wäre denn, sie besitzen einen solchen Reichtum, daß er ihnen eine Ausfüllung der Zeit mit allerlei Sport, gesellschaftlichen Unterhaltungen u. dergl. erlaubt, nun, wenn es im Zukunftsstaat solche Reiche geben sollte, so lasse man sie gewähren, geradeso wie man heute die vielen Prinzen, die Adeligen, die Söhne reicher Finanzmänner und Fabrikanten in Ruhe müßig gehen und es sich nie einfallen läßt, auch nur zu fragen, ob sie irgendwie zum Fortschritt der Kultur beitragen.

Überdies sehen wir schon heute, daß selbst sehr reiche Leute nicht immer müßig gehen, sie arbeiten in ihrem Berufe unermüdlich fort, sei es aus Gewohnheit, oder aus Drang, noch reicher zu werden, oder um der Langweile zu entgehen. —

Alle nicht sehr reichen Leute im Zukunftsstaat aber — und die werden doch die Mehrzahl bilden — werden vermöge des Triebes nach Wohlhabenheit über das Notwendige hinaus, und weil der Mensch ein absolutes Nichtstun nicht lange aushält, eben arbeiten, d. h. irgend etwas tun müssen, was sich in das System der menschlichen Bedürfnisse irgendwie als begehrenswert einreiht, man braucht sich also in dieser Beziehung gar keine Sorge zu machen.

*

Sehr schön hören sich die Phrasen jener Gegner eines Staatssozialismus an, die das „Verantwortlichkeitsgefühl" so sehr hervorheben, weil dessen Verlust ihnen wichtiger erscheint, als der Jammer hungernder Menschen und der Verlust eines ruhigen Daseins von Millionen Familien. Es waren seinerzeit die Manchestermänner, die immer wieder mit solchen Deklamationen ins Feld rückten, in Deutschland, in Frankreich und namentlich in England. Der englische Finanzmann Göschen sagte: „Das Vertrauen des Individuums zu sich selbst und die Achtung des Staates vor der Freiheit waren immer die Bedingungen der Kraft des Staates, des Gedeihens der Gesellschaft, der Größe der Völker." Göschen hält demnach einen Staat auch dann für kräftig und ein Volk für groß,

wenn Millionen Menschen darben oder sorgen. Worin, muß man nun fragen, sieht er eigentlich jene Kraft und jene Größe?

Ähnlich äußerte sich der Nationalökonom Fawcett gegenüber jeder Staatshilfe: sie vermindere die Verantwortlichkeit des Individuums, und er fügte noch hinzu: „Bei Staatshilfe ist eine Steuererhöhung nötig und die müßte wieder von den Armen gezahlt werden." Das ist aber an und für sich nicht richtig, denn man könnte leicht ein Besteuerungssystem einführen, das die wirklich Armen fast gar nicht trifft. Bei unserem System ist übrigens gar keine Steuer nötig, da alles Notwendige in natura gegeben wird.

•

Wie aus fernen Jahrhunderten erklingt der Mahnruf des französischen Manchesterökonomen Léon Say gegen den Staatssozialismus: „Der Staat kann nicht das Glück aller Welt begründen." Wie man aber aus der Darstellung meines Programms erkennt, kann das der Staat — in der hier gemeinten ökonomischen Beziehung — sehr wohl. „Die Aufgabe der Regierenden muß sein, den Sparsinn zu ermutigen." Wenn man aber nichts ersparen, ja nicht einmal zum nackten Leben erwerben kann? Das kümmert solche hartherzige Kaufleute und reiche Zuckerfabrikanten nicht!

•

Menschen ohne Gemeinsamkeitsgefühl pflegen oft zu sagen: „Wie komme ich dazu, den X ernähren zu helfen, der mich nichts angeht? Ich will arbeiten, recht viel arbeiten, aber nur für mich und meine Familie." Einem solchen erwidert man, wenn er ethischen Gefühlen hartnäckig unzugänglich bleibt, ganz einfach: „Wie komme ich, Gelehrter oder Künstler, dazu, neue Steuern zu zahlen, weil man Geld für eine neue kommerzielle Bahn braucht? Sie sind Kaufmann, haben also den Nutzen davon, zahlt also, ihr Kaufleute, diese Steuern. Ebenso sehe ich nicht ein, warum ich durch meine Steuer zur Besoldung der Richter beitragen soll, ich führe niemals Prozeß, auch das kommt euch Kaufleuten eher zu als uns Leuten von freien Berufen usw." Und schließlich könnte einem solchen egoistischen Gedankengang zufolge, so gut das Individuum sich von allen anderen zurückziehen will, auch jede Stadt sich von allen anderen Städten und jede Provinz von den anderen Provinzen eines und desselben Staates zurückziehen!

•

Religiös gestimmte Menschen pflegen im Bibelton zu prophezeien, daß es „immer Arme unter euch" geben werde. Ohne weiter in das Problem einzudringen, bewahren sie mit diesem Satz sich selbst und ihre Klassengenossen von der Sorge, vor der Möglichkeit, daß denn doch etwas Radikales geschehen könnte. Daß dabei auch von Sittlichkeit und von Bildung u. dergl. gesprochen wird, versteht sich von selbst.

Moltke, der den Krieg als eine „göttliche" Einrichtung rühmte, äußerte sich ähnlich bezüglich der Notfrage, und es ist sehr lehrreich, zu sehen, wie verschlossen ein so bedeutender Mensch wie Moltke einem sozialistischen Empfinden war. Am 24. Mai des Jahres 1878 äußerte er sich wie folgt: „Not und Entbehrung sind untrennbare Bedingungen des menschlichen Daseins. Keine menschliche Einrichtung kann sie aus der Welt schaffen. Den unteren Klassen kann nur auf dem langsamen Wege der Gesetzgebung, der sittlichen Erziehung und der eigenen Arbeit geholfen werden."

Dabei möchte ich noch als sehr wichtig hervorheben, daß fast alle religiös gesinnten Männer, wie auch Moltke einer war, Gegner des Sozialismus, also eines ökonomisch gerichteten Altruismus — aber Freunde des Krieges sind! Sie finden immer irgendein Sprüchlein und man sieht deutlich, wie kühl sie von den „unteren" Klassen sprechen.

Der Satz „Ihr werdet immer Arme unter euch haben" steht bekanntlich im Neuen Testament, und er ist ebenso richtig, wie wenn Jemand vor zwanzig Jahren gesagt hätte: „Ihr werdet immer einen Draht brauchen, um zu telegraphieren", während wir doch jetzt ohne Draht telegraphieren.

In dieselbe Kategorie von Befürchtungen, die als Einwände gegen den Sozialismus gelten sollen, gehören solche Wehrufe wie z. B. der Nietzsches, der irgendwo sagt: „Faßt man nicht das Wohlbefinden des Einzelnen ins Auge, sondern die Ziele der Menschheit, so fragt es sich sehr, ob in jenen geordneten Zuständen, welche der Sozialismus fordert, ähnliche große Resultate der Menschheit sich ergeben können, wie die ungeordneten Zustände der Vergangenheit sie ergeben haben."

„Große Resultate"! Eine andere Sorge kennt er nicht! Welche Art von Größe meint da Nietzsche? Es gibt sehr viele

Resultate, die der eine groß, der andere aber klein findet, der Vatikan z. B. versteht unter einem großen Resultat den Zustand, in dem alle Menschen Knechte des Papsttums geworden sind. Aber das Wohlbefinden des Einzelnen hat für Nietzsche keine Wichtigkeit, nur die Realisierung irgendeiner Schulmeister-Theorie über das richtige Ziel der Menschheit, irgendeines besonderen Zustandes interessiert ihn, und ähnlich ist es bei vielen anderen, die sich auf die Weltpädagogen hinausspielen.

Ein solcher ist z. B. auch Treitschke, der den Sozialismus mit demselben Argument wie Nietzsche bekämpft, nämlich damit, daß die „Ziele" der Menschheit — welche Ziele natürlich Treitschke für die fernste Zukunft hin heute schon ganz genau kennt — über dem Wohlbefinden des Einzelnen stehen.

*

In einem Aufsatze von Fr. Hertz in den Sozialist. Monatsheften ⟨des Jahres 1899⟩ wird als „absolut feststehend" hingestellt: „daß eine zentralisierte Staatsproduktion in allen Gewerbszweigen unter der Leitung von Beamten im heutigen Sinn einen Kulturrückschritt" bedeuten würde. „Und zwar aus rein ökonomischen Gründen . . . Den heutigen Arbeiter heute oder morgen in den fertigen Sozialstaat hineinzusetzen, ist ebenso utopisch, als es der Gedanke gewesen wäre, den Leibeigenen des 11. Jahrhunderts an eine moderne Maschine zu stellen."

Insofern es sich bei diesen Befürchtungen um einen Sozialismus meines Systems handelt ⟨das jener Autor wahrscheinlich nicht kannte⟩, sind sie gänzlich unbegründet. Wenn man meine Entwicklungen aufmerksam gelesen hat, so wird man einsehen, daß weder von Beamten noch von Arbeitern verlangt oder vorausgesetzt wird, daß sie irgendwelche moralische oder intellektuelle Qualitäten besitzen müssen, die ihnen heute fehlen, und es wird auch ausdrücklich darauf hingewiesen.

*

Eine andere, bei meinem Programm ungerechtfertigte Befürchtung ist die von mehreren Seiten ausgesprochene, „daß auch über die allgemeinsten Prinzipien, nach denen im „Zukunftsstaat" das Füreinanderarbeiten ohne Vermittlung des Geldes geregelt werden soll, „sich nichts sagen lasse, daß hierüber die Ent-

wicklung selbst entscheiden müsse"; womit also im Grunde gesagt wäre, daß man überhaupt über die Möglichkeit eines solchen Zukunftsstaates gar kein Urteil abgeben könne. Aus unserer Darstellung jedoch folgt, daß es gar nichts Einfacheres gibt, als sich die Minimum-Institution bezüglich ihrer Naturalwirtschaft vorzustellen, wenn das für eine geldlose Wirtschaft anderer Systeme schwierig oder unmöglich wäre, so liegt das höchstwahrscheinlich darin, daß diese nicht eine bedingungslose Verteilung des Notwendigen, sondern eine Verteilung nach Leistungen voraussetzen. Da müssen denn allerdings Komplikationen eintreten, und das beweist wiederum die Richtigkeit meiner Behauptung, daß der bisher gewohnte nationalökonomische Ausgangspunkt der Krebsschaden für die Entwicklung sozialistischer Programme ist, es rumort dann immer ein engherziger, quasi kaufmännischer Geist in dem Gedankenkreise solcher Untersuchungen, der stets in eine Sackgasse oder in einen Irrgarten hineinführt.

*

Eine andere Einwendung, die sich sofort beheben läßt, wenn man an den obersten Zweck sozialistischer Reform: ökonomische Sicherung aller Staatsangehörigen, und nicht an nationalökonomische Kategorien denkt, betrifft die folgende Frage: Wenn heute von Verstaatlichung der Produktionsmittel gesprochen wird, so versteht man immer darunter jene der großen Unternehmungen, der Großindustrie. Niemand denkt aber daran, auch die Kleinindustrie. und noch weniger, die zahllosen Reparaturarbeiten der Staatsleitung zu unterwerfen, denn in diesen beiden Gebieten wäre eine zentralisierte Verwaltung nahezu unanwendbar und jedenfalls ohne Nutzen für die Gesellschaft. Man könnte also fragen, was soll man mit diesen zwei Arbeitskategorien anfangen?

Die Antwort ist aber sehr einfach. Wenn man eben als oberstes Prinzip im Auge hat: Alle sollen in ihrer Lebenshaltung versichert sein, so spekuliert man nicht über das ökonomisch-administrative Problem der Einreihung der Klein- und Reparatur-Industrie in eine verstaatlichte Produktion, sondern setzt für diese Industrien eine der Erfahrung entnommene Anzahl von Personen fest, die Teile der Minimum-Armee bilden, genau so wie es z. B. mit den Ärzten gemacht werden muß, bei allen diesen und auch noch anderen Arbeits-Kategorien lassen sich

eine zentralisierte Verwaltung und Arbeitsteilung nicht durchführen, das ist aber auch gar nicht der Zweck einer richtigen Sozialreform, sondern nur ein nützliches Mittel in jenen Fällen, wo es eben geht.

Das zum Leben Notwendige erhalten die Kleinmeister wie die Ärzte, Krankenwärter usw. ebenso gut wie alle anderen Mitglieder der Nährarmee. Und bei unserer sozialen Statistik ist auch bereits für alle diese Arbeitsarten die notwendige Anzahl von Personen mit berücksichtigt worden.

*

Ich erlaube mir daher, hier eindringlich auf folgendes aufmerksam zu machen: Wenn man fragt, „worin besteht das Ziel der sozialen Frage?", so möge man ja nicht mit irgendeinem populär gewordenen Schlagwort der Theorie antworten, also z. B. auch nicht mit diesem: „Das Ziel besteht in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel", denn das setzt voraus, daß es anders nicht geht, oder nicht besser geht, oder daß es konsequent auf alle Arbeitsgebiete ausgedehnt werden muß, sondern man sage: „Jenes Ziel ist absolute Sicherung jedes Staatsangehörigen vor ökonomischer Not und Sorge." Wie wollte oder könnte man denn die Tätigkeit der Ärzte oder der Reparatur- und Kleinmeister „kollektivistisch gestalten?! —

Zur Verstärkung des Gesagten sei noch hervorgehoben, daß in meinem sozialen Programm überhaupt keine Verstaatlichung aller Produktionsmittel vorgesehen wird, da ja neben der Staats- resp. Gemeinwirtschaft im Minimumgebiete die freie Konkurrenz der privatwirtschaftlichen Tätigkeit, mit Geld als Tauschmittel im Gebiete des Nicht-Notwendigen, nicht nur zugelassen, sondern als höchst nützlich anempfohlen wird. —

Wie es denn auch sehr angezeigt scheint, ausdrücklich hervorzuheben — wie das schon in einem früheren Kapitel geschehen ist — was alles der Sozialismus nicht ist, oder was man ihm nicht als Aufgabe zuweisen soll. Denn wenn man die vielen Ziele, die man von verschiedenen Seiten aus dem Sozialismus stellt, als berechtigt ansehen wollte, käme man nicht zum allernotwendigsten Ziele: uns alle vor Hunger zu schützen, und die ganze Mühe und Zeit gingen darüber verloren, zu untersuchen, welches der vielen Ziele das richtige sei und wie es verwirklicht werden könne. —

Das letzte Ziel der sozialistischen Bewegung soll nach Marx ‹in seinem Briefe gegen Michailowski› sein: „Eine ökonomische Gesellschaftsordnung, welche, zugleich mit der größtmöglichen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die höchstmögliche allseitige Entwicklung des Menschen gewähren soll."

Ich glaube nun, ein „letztes" Ziel möge man überhaupt nicht aufstellen, das hieße, der Zukunft gar zu sehr vorgreifen, viel wichtiger ist es, ein nächstes Ziel zu bezeichnen, und das ist eben: die Lösung der Hunger- ‹und der Kriegs-› Frage. Mit dem Ausdrucke „allseitige" Entwicklung, der schon seit der Zeit Wilhelm von Humboldts und der Kommentatoren von Goethes Persönlichkeit immer von neuem gebraucht wird, ist ohnedies gar nichts Konkretes gegeben.

„Der Mensch" — das verlangt die „Humanität" — „soll alle seine Anlagen entwickeln", heißt es immer. Wie schön hört sich das an! Glaubt man aber ernstlich, daß „alle" Anlagen entwickelt werden können? Daß irgend Jemand auch nur weiß, welche und wie viele Anlagen in ihm schlummern? Und ist es überhaupt möglich, je eine Gesellschaftsordnung zu erfinden und durchzuführen, in der „alle" Anlagen aller Menschen sich auf das höchstmögliche, oder nur auf das mehr als mittlere Maß entwickeln können, ohne daß sie sich gegenseitig hemmen? Ist es nicht wahrscheinlich, daß manche Anlagen sich nur auf Kosten anderer Anlagen in demselben Menschen entwickeln können, und daß es daher gar nicht gut wäre, wenn minderwertige sich auf Kosten hochwertiger ausbilden würden?

Und welche Art von Entwicklung ist gemeint? Doch nicht auch diejenige böser oder gemeinschädlicher Anlagen? Welche Anlagen sind aber vom Standpunkt des „letzten Zieles" der sozialistischen Bewegung böse oder gemeinschädlich zu nennen? Das kann man doch nicht allgemein präzisieren! Zumal ohne Zweifel die verschiedenen Kulturepochen in ihrer Schätzung von Anlagen sich nicht ganz gleich verhalten werden.

Unterlassen wir es doch, der fernen Zukunft Ziele von so unbestimmter Art und so bestreitbarem Werte im vorhinein zuzuweisen, überhaupt: von einer „Bestimmung" des Menschen zu sprechen! Die kennt Niemand, oder, noch richtiger: sehr Viele kennen sehr verschiedene Bestimmungen und jedes Zeitalter eine andere. Versorgen wir vorerst den Menschen ein gesichertes,

behagliches Dasein und überlassen wir dann jedem Einzelnen, worin er in jedem Zeitpunkte seines Lebens sein Glück findet, er mag Liebhabereien welcher Art immer besitzen und welche Tätigkeit immer ausüben, vorausgesetzt, daß sie für andere unschädlich ist.

Seit ungefähr anderthalb Jahrhunderten bekennen wir uns zu der Maxime des großen Friedrich: Ein Jeder möge nach seiner Fasson selig werden, vielleicht wird es nicht lange mehr dauern, und man wird diese Maxime erweitern und daran festhalten: Jeder möge nach seiner Fasson glücklich sein.

Hiervon sollen wir weder im privaten noch im öffentlichen Leben abweichen.

Das Gegenteil tun, wäre eine usurpierte Mission, die, selbst beim besten Willen, nicht gerechtfertigt, nicht zu dulden und nur durch den Fanatismus eines Unfehlbarkeitsdünkels zu erklären wäre. —

Um nur ein ⟨großes⟩ Beispiel dieser Art anzuführen, sei St. Just erwähnt, eines der ehrlichsten Häupter der französischen Revolution. Er, der namentlich auf Rousseau fußte, wollte die Franzosen von Grund aus umschaffen, sie in Römer und Spartaner umwandeln und eine auf allgemeiner Tugend und allgemeinem Glück beruhende Bauernrepublik gründen. Heute lacht Jeder über die Idee, die Menschen zu Spartanern oder Römern erziehen zu wollen. Aber alle anderen „Bestimmungen" oder „letzten Ziele" oder „Pläne zur Erziehung des Menschengeschlechts" sind ganz ebenso subjektiv, einseitig und praktisch wertlos und, wenn sie aufgedrängt werden, wert, mit Entschiedenheit zurückgewiesen zu werden. —

*

Das Suchen eines obersten Lebenszwecks liegt, wie so manche andere Frage, z. B. nach dem Ursprung der Welt, einem jenseitigen Leben u. dergl., wenigstens bisher, in der menschlichen Natur, aber die Meinung, einen solchen Zweck wirklich gefunden zu haben und überhaupt, ihn finden zu können, ist doch im Grunde nur ein Beweis eines nicht genügend umfassenden Denkens und einer nicht ausgereiften Philosophie, die eben noch nicht bis zur Einsicht der Schranken unserer Weltanschauung gelangt ist.

Und dieses Suchen und vermeintliche Finden hören auch in unseren Tagen noch nicht auf. In dem ⟨im Jahre 1910 erschienenen⟩

Werke „Der Sinn des Lebens" von Müller-Lyer, einem sehr ernsten Schriftsteller und gediegenen Gelehrten, heißt es ⟨S. 228⟩:

„Der oberste Zweck des Lebens ist die vollkommene Persönlichkeit, die freie Individualität, der ganze Mensch, der Vollmensch. Die Bestimmung des Individuums ist es, seinem innersten Wesen gemäß zu leben."

Das erinnert sehr an die oben angeführte Forderung Wilhelm von Humboldts. Wer kann denn wissen und bestimmen, wie er es anstellen soll, ein „ganzer, ein Vollmensch" zu sein oder zu werden? Und, wie vielen Menschen liegt es in der Natur, immerfort an die Bewältigung dieser enormen Aufgabe zu denken. Und das gälte selbst dann, wenn der soziale Staat da wäre. Nun aber bedenke man doch, wie sich heute das Leben der allermeisten Menschen aus Sorgen, Kränkungen, Krankheit und Langweile und aus seltenen Momenten der Freude, auf die man förmlich Jagd machen muß, zusammensetzt, da verlangt man noch von ihnen, sie sollen auf den „Vollmenschen" spekulieren!

Und jenes „innerste Wesen", demgemäß man leben soll! Das tun ja Rinaldo Rinaldini und seine Berufsgenossen in mehr als genügendem Maße, auch Tamerlan und Cäsar Borgia taten das.

Es wird aber noch mehr verlangt. „Unser Leben muß, wie ein Kunstwerk, aus einem Guß sein, es darf nicht in einzelne tierische Instinktakte auseinanderfallen. Es muß von einer großen Idee getragen werden, die jeden Daseinsaugenblick heiligt usw."

Also auch ein „Kunstwerk" soll das Leben sein! Wo man doch froh sein muß — selbst die Realisierung meines Sozialprogramms vorausgesetzt — wenn es ein halbwegs erträgliches Philisterium oder eine Summe von meistens mürrisch machenden Detailereignissen, und nichts Schlimmeres, wird!

Welche Fibel-Pädagogik!

Und dabei auch ganz willkürlich. Denn wer kann beweisen, daß gerade dieser eben definierte Sinn des Lebens der wahre sei? Man kann ja noch sehr viele andere Lebenszwecke als Ideale aufstellen.

*

Eine zwar nicht sachliche, sondern nur formale Einwendung gegen mein Programm wäre die, daß die Verteilung des Gesamtprodukts eines Volkes schon bei mehreren, noch sehr unzivilisierten

Völkern der Vorzeit und der Gegenwart üblich war oder ist ‹man sehe Laveleys „Ureigentum"› und daß daher ein Vorschlag dieser Art für unseren hohen Kulturgrad einen Rückfall auf eine viel tiefere Stufe repräsentiert. So sei bei den Tscheremissen die Verteilung der Ernte gebräuchlich gewesen, ebenso bei den Guaranis, den Ureinwohnern Brasiliens, ähnlich bei den Natchez, in Darien und Panama, in den ältesten Zeiten der Römer war ‹nach Mommsen› der Acker gemeinschaftlich und die Ernte wurde verteilt, und man könne uns doch nicht zumuten, unser Wirtschaftssystem nach dem Beispiele der Tscheremissen, Guaranis, Natchez u. a. ähnlichen Volksstämmen einzurichten?

Darauf ist zu entgegnen, daß ein sozialpolitischer Vorschlag aus sich heraus oder nach entsprechenden Beispielen und Erfahrungen beurteilt werden muß. Logisch scheint mir, bisher wenigstens, keine entscheidende Einwendung gegen die unmittelbare Verteilung des Gesamtprodukts möglich zu sein, und von Übelständen in dem Wirtschaftssystem der eben genannten Völker, welche uns von der Einführung unseres Systems abhalten sollten, ist uns ebenfalls nichts bekannt. Es bliebe also nur übrig, daß sich der Stolz auf unsere hohe Zivilisation dagegen sträuben sollte, Wilden oder Halbwilden in irgendeiner Hinsicht nachzuahmen. Das wäre jedoch ein ganz nichtssagendes Argument, denn wir haben im Laufe der ethnologischen Erfahrungen und objektiven Betrachtungen über dieselben so Manches bei tiefstehenden Völkerschaften kennen gelernt, was uns nachahmenswert für die Einrichtungen des Lebens erscheint, ich erinnere nur u. a. an das berühmte Wort von Montesquieu, daß Englands Institution der Geschworenengerichte ihren Ursprung in den Wäldern der alten Germanen habe.

Nach Aristoteles ‹Der Staat II, 8› gab es in einzelnen dorischen Staaten, z. B. auf Kreta, eine gewisse Gemeinschaft, wie z. B. der Lebensmittel, es heißt nämlich dort: „Von den sämtlichen Produkten, welche der Ackerbau und die Viehzucht liefern, von dem, was auf den öffentlichen Ländereien geerntet oder von den Periöken gezüchtet wird, wird ein Teil den Göttern und zur Bestreitung der Unkosten ihres Dienstes, ein anderer wird den Staatsbedürfnissen gewidmet, und ein dritter wird zu den mehrmals erwähnten Mahlzeiten verwendet, so daß in Kreta alle Bürger, Männer, Weiber und Kinder wirklich aus den öffentlichen Einkünften gespeist werden." Es ist aber gar kein Grund vorhanden,

ähnliche Einrichtungen, wie sie ein Staat wie Kreta besaß, zu perhorreszieren.

Bei dieser Gelegenheit sei auch bemerkt, daß nach der deutschen Dorfverfassung der Wald Allen gehörte und von Allen benützt wurde, daß die Araber das Wasser kollektiv besaßen, daß wir dasselbe in den städtischen Wasserleitungen tun, daß seit jeher Gemeindeweiden existieren, daß in Wallis die Weinberge gemeinsam bearbeitet und benützt wurden, warum also, kann ich fragen, können nicht auch die Felder und so auch alles andere, was notwendig zum Leben gehört, gemeinsam sein und gemeinsam benützt werden? In der Lombardei und in Toskana gab es früher sehr viele Vereine von mehreren Bauernfamilien unter Leitung eines Hausvaters, die gemeinsam wirtschafteten, was kann uns hindern, diese Gemeinsamkeit auf Alle auszudehnen?

■

Heute finden noch die meisten Menschen es höchst sonderbar, daß Jemand — wie ich hier es tue — die Versorgung eines jeden Individuums mit dem Notwendigen befürwortet und energisch verlangt. Aber ein preußischer Geheimrat, Universitätsprofessor und echter Konservativer, nämlich Adolf Wagner, sagt in seiner „Grundlegung der Volkswirtschaftslehre" (I. Bd. S. 115): „In unserem heutigen Gemeinwesen, wo wir Sklaverei nicht kennen, hat jedes einmal existierende Individuum das gleiche Recht auf Fortdauer seiner Existenz, wie irgendein anderes, daher Anspruch, soweit dies die Gesamtheit der wirtschaftlichen Güter eines Volkes gestattet, darauf, daß ihm die Bedingungen der Fortdauer seiner Existenz ebensogut wie jedem anderen gewährt, d. h. seine Existenzbedürfnisse ersten Ranges befriedigt werden."

Wer so spricht, hat offenbar, ethisch genommen, das gleiche Ziel wie ich, nur läßt sich Wagner, aus sozialpolitischer Schüchternheit, an der Gewährung der nötigen „Bedingungen" der Existenz genügen, anstatt aus dem Gebiete der Passivität und Formalität hinauszuschreiten und direkte, positive Maßnahmen zu empfehlen. Und doch ist unsere ganze neuere politische und ökonomische Gesetzgebung auf dem Prinzipe aufgebaut, daß eine bloß formale Gleichheit vor dem Gesetz, wie auch eine abstrakte Freiheit im ökonomischen Verkehr nicht entfernt genügt, um das größte Unheil zu verhindern. „Bedingungen" sind nur etwas Negatives, Be-

dingungen können keine Existenz gewähren, und die extremste Manchestergesinnung kann sich sehr gut mit der Institution von „Bedingungen" für Alle in gleicher Art befreunden, während ihr ethisches Prinzip doch ein ganz anderes ist, als jenes Wagners, der ja in der Tat soziales Empfinden schon mehrfach bewiesen hat.

*

Allerdings behauptet Treitschke (in den Preuß. Jahrbüchern): „Ohne Dienstboten keine Kultur", ganz übereinstimmend mit seiner Ansicht, daß eine Statue des Phidias alle Leiden der griechischen Sklaven aufwiege. Und so wie Treitschke denken heute noch Tausende, die alle stillschweigend voraussetzen, daß es sich von selbst verstehe, nicht sie, sondern andere hätten die Pflicht, gewissermaßen aus Rücksicht auf die Allgemeinheit, Dienstboten zu sein; sei es wer immer, nur eben sie, die Kulturphilosophen, die „nüchternen Staatsphilosophen und Politiker", nicht. Gerade so, wie solchen Programmen wie meinem gegenüber von den meisten Menschen ohne jede weitere Überlegung eingewendet wird: „Wer wird die unangenehmen Arbeiten übernehmen? Es muß doch Kanalräumer geben?", und es diesen Leuten nie einfällt, daß alle notwendigen, aber unangenehmen und gefährlichen Arbeiten geradesogut gemäß dem Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit nach irgendeinem entsprechenden Modus (eventuell dem Los) auf Alle verteilt werden sollen und müssen, wie es mit der Nährpflicht und der Versorgung mit dem Minimum zu geschehen hat.

Zur Sache aber sei noch bemerkt, daß fast täglich neue Erfindungen gemacht oder Arrangements getroffen werden, denen zufolge man immer weniger auf Bedienung im Haushalt angewiesen ist; das ist in Nordamerika schon in bedeutendem Maße der Fall und beginnt auch in Europa, namentlich in den nördlichen Ländern, immer mehr Boden zu gewinnen. Man hat jetzt schon Maschinen und Apparate, die das Kochen, Waschen und Reinigen versehen, Einrichtungen zu Zentral- und Fernheizungen, gemeinschaftliche Haushaltungen usw. Auf diese Weise dürfte das Bedürfnis nach Dienstboten in nicht ferner Zukunft immer mehr abnehmen. —

Aber es muß hier ausdrücklich gesagt werden: Sei es wie immer, wer Bedienung durch andere für notwendig hält, aber keine Leute findet, die sich dazu hergeben, weil sie durch das

Minimum versorgt sind und nicht dienen wollen, der möge sich seinem Prinzipe opfern und sich selbst als Dienstbote anbieten, und, wie natürlich, um so lieber auch sich selber die Stiefel putzen, seinen Körper pflegen u. dergl. mehr.

Die Durchführung meines Programms erscheint auch schon dadurch gerechtfertigt, daß dadurch die Zersplitterung im Gebiete der Fürsorge-Anstalten und Schutz-Institutionen aufgehoben und die Humanitätsbestrebungen einer Zentralisation unterworfen werden. In diesem speziellen, aber so weitreichenden Gebiete wird schon seit langer Zeit ein Zusammenschluß gewünscht, man forderte ihn zuerst bei der Armenpflege, den sozialen Gesundheitsämtern, jetzt spricht man schon von der Zentralisation der sozialen Fürsorge überhaupt. Erweitert man diese Forderung auf jene Fürsorge, die sich überhaupt auf alles das erstreckt, was zur Erhaltung des physischen Lebens und der Gesundheit gehört, so hat man eben mein soziales Programm vor sich.

Es wird wohl Niemand daran zweifeln, daß die Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum fast vollständig aufhören werden, denn Not und Sorge um die Lebenshaltung wird es nicht geben. Nur solche Eigentumsdelikte werden noch begangen werden, bei denen es sich um Erhöhung der Lebenshaltung handelt, sie werden nicht nur relativ selten, sondern auch im Falle der Uneinbringlichkeit des Geraubten von keinen wesentlich schädlichen Folgen für die Betroffenen sein, da diese jedenfalls ökonomisch gesichert sind. Bis zu Mordtaten, die heute nicht selten sind, wird es aber, beim Fehlen des Antriebes durch Not, wohl fast niemals kommen.

In dem auf meinem Programm aufgebauten Sozialstaat, resp. im Gebiet des Notwendigen, ist der heutige große Übelstand der großen Streiks ganz ausgeschlossen.

Was für furchtbare Folgen allgemeinere Streiks im Gebiete des Notwendigen haben, beginnt man in letzter Zeit deutlich zu erkennen. Ich erinnere an den Streik der Eisenbahner und Fuhrwerker im Jahre 1911 in England und an den Schrecken, der sich

im Februar 1912 in diesem Lande verbreitete, weil ein allgemeiner Ausstand der Bergarbeiter zu erwarten war. In solchen Fällen handelt es sich faktisch um das Verhungern oder den Ruin zahlloser Existenzen.

Und solche allgemeine Streiks werden von nun an wohl immer häufiger erklärt werden, wenn die Streikenden in einzelnen Fällen Erfolge zu verzeichnen haben, und sie werden nie aufhören, so lange die einzelnen Berufe entgegengesetzte Interessen haben. In jeder Wirtschaft mit freiem Vertragsrecht und Privateigentum arbeiten einzelne Gruppen stets gegeneinander, d. h. der Vorteil der einen ist der Nachteil der anderen, und namentlich gilt das für die Gruppe der Angestellten, also auch der Arbeiter, und die der Unternehmer.

Solche Kämpfe sind selbst in sozialistisch sehr vorgeschrittenen Ländern vorhanden. So z. B. feierten in Australien im Jahre 1909 hunderttausend Arbeiter. Die Konsequenzen jenes Streiks waren so furchtbar, daß man ein Streikgesetz erlassen mußte, demzufolge die Verhinderung der Zufuhr notwendiger Lebensmittel als strafbar bezeichnet und die Regierung sogar ermächtigt wurde, Streikfonds zu konfiszieren u. dergl.

In unserer Gemeinwirtschaft aber haben Streiks gar keinen Grund, und auch keinen Nutzen für etwaige Streikende. Denn alle Berufe arbeiten mit- und füreinander, ein Streik würde daher ein Kampf gegen sich selbst sein. Schon die vom Staat aus vorgenommene Verteilung alles Notwendigen erstickt jeden solchen Versuch irgendeiner Gruppe gegen alle anderen. Ja, ich behaupte, man könne sich in unserem Sozialstaate einen Streik nicht einmal vorstellen, gar nicht denken, welchen Zweck ein solcher Versuch haben sollte.

*

Ein nicht unwichtiger Vorteil meines sozialen Programms ist auch der, daß durch dasselbe das Problem der Behandlung der Einwanderer gelöst wird. Da die Eingewanderten, die sich nicht naturalisieren ließen, nicht in der Nährarmee dienen, sondern nur in der freien Privatwirtschaft tätig sein können, so haben sie keinen Anspruch auf das Minimum, und können andererseits durch noch so billiges Anbot ihrer Arbeitskraft oder ihrer Arbeitsprodukte der inländischen Bevölkerung nicht einmal in der Luxuswirtschaft schaden,

weil diese durch den Bezug des Minimums in ihrer ausreichenden Lebenshaltung schon mit Sicherheit gedeckt ist.

*

Und was die Frauenfrage betrifft, so kann den Frauen nichts so sicher eine behagliche Lebenshaltung verschaffen, wie die systematische Durchführung des hier entwickelten Programms; die von mir befürwortete Aufrechterhaltung der freien Privatwirtschaft ‹neben der Zwangswirtschaft im Gebiete des Notwendigen› wird es erst den Frauen ermöglichen, ohne Gefahr für ihre ökonomische Sicherung vollen Gebrauch von ihrer eventuell weitestgehenden Emanzipation zu machen. Man bedenke, daß heute ‹1912› in Deutschland ungefähr eine Million Ehefrauen ihre Arbeitskraft außer Haus wirtschaftlich, und zwar in drückendster und prekärster Weise, verwerten müssen; und, nebenbei bemerkt, mehr als eine halbe Million gewerblich tätige Kinder in Deutschland waren noch nicht 14 Jahre alt, die landwirtschaftlich tätigen also nicht mitgerechnet. So elende Zustände wird man nie durch Flickwerks-Institutionen aus der Welt schaffen können. Und hierzu kommt noch der Umstand, daß die Durchführung schon jeder einzelnen dieser Institutionen eine verhältnismäßig sehr komplizierte Arbeit erfordert, so daß die Summe aller viel mehr Personen und administrative Tätigkeit in Anspruch nimmt als ein gründlich-allgemeines Programm, wie es das meinige ist. Man braucht, um einzusehen, was für eine Mühe z. B. die bloße Zählung der Beschäftigungslosen macht und was für Vorsichtsmaßregeln dabei getroffen werden müssen, nur den Vorschlag des Direktors des statistischen Amts der Stadt Berlin, Professor Dr. Silbergleit, anzusehen, den er anläßlich der einen Frage der Arbeitslosenunterstützung publizierte.

*

Noch Weiteres über Einwendungen gegen diesen Plan und über Vorteile desselben soll in dem Kapitel „Über kollektiven Staatsbetrieb . . .“ entwickelt werden.

Beziehungen der sozialen Minimum-Institution zu meinem Wehrprogramm und zu einigen anderen Institutionen.

Wir wollen jetzt die Beziehungen der Dienstpflicht in der Nährarmee zu anderen gesellschaftlichen Institutionen beleuchten, nämlich: zur allgemeinen Schulpflicht und dem Unterrichtswesen, zur Militär- und Kriegsdienstpflicht, und schließlich zur Eheinstitution.

Im Gebiete des Unterrichtswesens ist eine gewisse Teilung des Gesamtunterrichts, die dem allgemeinen Prinzip unserer Sozialreform entspricht, ganz am Platze. Denn es müssen den Angehörigen der Minimum-Armee gewisse Kenntnisse für die von ihnen ausgeübten Berufe, namentlich in den Gewerbebetrieben, vermittelt werden. Diese Kenntnisse werden, von den vorausgesetzten allgemeinen Volksschulkenntnissen abgesehen, im allgemeinen ziemlich einfacher Natur sein, soweit es sich um die bloßen Arbeiter handelt, sehr zweckmäßig wird es sein, wenn jeder Arbeiter praktische Kenntnisse in zwei oder drei nahe verwandten Gewerbekategorien gewinnt,* die Betriebsleiter werden schon höhere Kenntnisse benötigen, manche sogar Hochschulstudien gemacht haben müssen.

Es werden daher separate höhere Lehranstalten speziell für die Minimum-Armee, so wie heute die speziellen Militäranstalten, vorhanden sein müssen, die als zu ihr gehörig zu betrachten sind. Hingegen werden alle solche Institute und Schulen, die sich mit den nicht unmittelbar für die Minimum-Institution nötigen Kenntnissen und Fertigkeiten befassen, nicht zu ihr gehören, sondern entweder zu der freien Staatswirtschaft

* Diesen Vorschlag entlehne ich aus Bellamys „Gleichheit".

oder zur freien Privatwirtschaft — respektive zu deren Institutionen — gerechnet werden müssen, für die wir uns jedoch hier nicht näher interessieren. Es ist ja selbstverständlich, daß z. B. Kunstschulen und -Akademien, ebenso wie Theater, Museen und dergleichen, wie die Kunst überhaupt, ebenso alle Bestrebungen rein theoretischer Natur, nicht zu den Notwendigkeiten für die Ermöglichung einer behaglichen Lebenshaltung zu zählen sind. Dies alles möge, als erfreuend, das Leben erhöhend und indirekt auch mitunter nutzbringend, soviel als möglich kultiviert, unterstützt und für weiteste Kreise zugänglich gemacht werden, aber in eine Minimum-Institution gehört es nicht. —

Einigermaßen unentschieden ist es jedoch, ob man die Volksschule und die zugehörige allgemeine Schulpflicht zu dem Notwendigen rechnen, also zur Minimum-Institution schlagen solle. Es schädigt die ganze hier vorgeschlagene Sozialreform durchaus nicht, ob man sich so oder so entscheidet, jedenfalls kann man sich auch in diesem Gebiete Staatsschulen und Privatschulen zugleich errichtet denken. In der von mir durchgeführten statistischen Darstellung der Minimum-Institution ist die Volksschule nicht mitbehandelt, sie ist also von den unentbehrlichen Darbietungen, die nur durch eine der Minimum-Armee angehörige spezielle Lehrarmee gesichert werden könnten, ausgeschlossen. Die Lehrer an solchen Volksschulen, die wie alle anderen ihren Dienst in der Nährarmee absolviert haben müssen, würden daher Gehalte, also Lohnzahlung, wie heute erhalten, natürlich bekommen sie, wie alle anderen Staatsangehörigen, auch ihr primäres Minimum in natura und das sekundäre in Geldform, wofür sie ja auch in der Nährarmee gedient haben.

Würde man es aber für einen großen Nachteil halten, daß die Volksschullehrer dann schon zu alt wären, wenn sie ihre Lehrfunktion beginnen, so wäre es zweckmäßig, die Volksschule in die Minimum-Institution einzubeziehen. Doch glaube ich nicht, daß diese Lehrer zu alt für ihren Beruf sein würden, da sie bereits in ihrem 31. Lebensjahre die Nährarmee verlassen.

*

Wie ist nun meine Wehrordnung mit der Minimum-Institution zu vereinigen?

Es gibt mehrere Lösungen der Aufgabe, die auf Freiwilligkeit des Kriegsdienstes basierende Wehrordnung meines Programms mit der Minimum-Institution ohne Schädigung der letzteren in ihrer absoluten Funktionssicherheit zu vereinigen, und ich will hier zwei Arten solcher Lösungen auseinandersetzen.

Eine Lösung wäre die: Den Eintritt in die Wehrarmee erst nach Vollendung der Dienstzeit in der Nährarmee festzusetzen. Das wäre, zufolge der ‹später dargelegten› statistischen Durchrechnung, das 31. Lebensjahr.

Gegen diese Lösung könnte eingewendet werden, daß die Wehrfähigen schon zu alt wären. Es käme aber der für die militärische Seite der Frage unangenehme Umstand hinzu, daß in diesen Jahrgängen sehr viele Verheiratete sein werden, welche noch seltener als Ledige, die ja in den jüngeren Jahrgängen die große Majorität bilden, sich freiwillig zum Kriegsdienst melden, also ihre Familien werden verlassen wollen.

Für strenge Gegner aller Kriege wäre aber gerade dieser Umstand ein Vorzug dieser Methode, und ich möchte sie aus diesem Grunde in der Tat als eine sehr zweckmäßige empfehlen. Sie würde sich — nach meinem Wunsche — demnach so gestalten: daß das Milizsystem statt des Cadresystems eingeführt wird, daß nach Absolvierung in der Nährarmee Jeder einen Ausbildungskurs durchzumachen hat, der heute in der Schweiz zwischen 42 und 80 Tagen — dem neuesten Gesetz nach etwas weniger — dauert, also ebenso oder ähnlich lange angenommen werden könnte, die notwendigen kurzen Übungen könnten ebenfalls ohne weiteres beibehalten werden, damit die militärische Tüchtigkeit der Wehrfähigen, respektive Dienstpflichtigen, nicht leide, und daß endlich bei beabsichtigter Kriegführung durch einen entsprechenden Aufruf zum freiwilligen Eintritt in das Kriegsheer eingeladen wird.

*

Eine andere Lösung, bei der man auf die jüngeren Jahrgänge nicht zu verzichten braucht, wäre folgende:

Es wird das heutige System des Rahmen-Heeres beibehalten.

Vom vollendeten 20. Jahre an ist, wie jetzt, eine aktive Armee vorhanden, deren Angehörige zwei Jahre — oder viel-

leicht nur ein Jahr — zu dienen haben, die Stärke dieser Armee kann der heutigen (bei gleicher Bevölkerungsziffer) gleich sein, es müßte aber dadurch eine Verschiebung der Altersjahrgänge der Nährarmee eintreten.

Nach dieser militärischen Ausbildung treten die in der aktiven Armee Ausgedienten in die Minimum-Armee ein, das wäre also etwa im Zeitpunkt des vollendeten 21. Lebensjahres, und dienen die normale Dienstzeit ab. Andererseits ist jeder „wehrpflichtig", und zwar etwa bis zum vollendeten 45. Lebensjahre.

Wird nun ein Krieg geplant, resp. von dem Parlament beschlossen, so richtet die Staats-Exekutive den Aufruf an alle Wehrfähigen zum freiwilligen Eintritt in das Heer. (Man sehe das betreffende Kapitel in meinem Werke: „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben.") Es wird sich infolgedessen eine gewisse Anzahl aus dem aktiven stehenden Heere, aus der Nährarmee sowie eine gewisse Anzahl aus den Ausgedienten dieser Armee melden. Die letzteren können ohne weiteres in das Kriegsheer eintreten. Aber bei der zweiten Kategorie ist zu berücksichtigen, daß durch den Austritt aus der Nährarmee die geregelte Ernährung der Bevölkerung gefährdet wird. Es muß daher gleichzeitig mit dem Aufruf zum Eintritt ins Kriegsheer auch ein Aufruf an alle Ausgedienten, die sich nicht freiwillig für die Kriegsarmee erklärt haben, gerichtet werden, damit sich alle jene melden mögen, die freiwillig in die Minimum-Armee eintreten wollen — und zwar gegen Geldentlohnung — um soweit möglich, die sich aus der Nährarmee freiwillig zur Kriegführung Meldenden zu ersetzen, so daß hierdurch ein Austausch oder Ersatz stattfinden würde. Die Zahl der Soldaten, die für den Krieg zur Verfügung stünden, hängt daher von drei Ergebnissen ab: zuerst von der Zahl der Freiwilligen aus der aktiven sowie der Nährarmee, und sodann von jener der Freiwilligen aus den Ausgedienten der letzteren. Von den Angehörigen der Minimum-Institution dürfen aber, wie gesagt, nur so viel akzeptiert werden, daß für sie aus der Zahl der letzteren ein voller Ersatz gesichert erscheint. Wenn sich also weniger Ausgediente zur Minimum-Armee anmelden, als Dienende zur Kriegsarmee, so muß prinzipiell eine Anzahl der letzteren, die der Differenz beider gleich ist, bei der Nährarmee verbleiben und trotz ihres Wunsches, den Krieg mitzumachen, darauf verzichten. Man könnte nur insoweit mehr Leute aus der

Minimum-Armee einstellen als eben jene Differenz beträgt, wenn die Vorräte an notwendigen Nahrungsmitteln für die Gesamtbevölkerung hinreichend an Quantität und Haltbarkeit sind und also für die wahrscheinliche Dauer des Krieges — sehr ungünstig gerechnet — jede Gefahr des Mangels ausgeschlossen ist. Auch würde man viel vorsichtiger und rigoroser vorgehen müssen, wenn es sich um einen Krieg während des Sommers handelt, wo die landwirtschaftlichen Arbeiten vorgenommen werden müssen, als um einen solchen während des Winters. —

So sehr auch diese Methode dem heutigen militärischen Geiste und seiner Auffassung des Staates und der Pflichten der Staatsbürger widerspricht, so ist sie doch die richtige, in Anbetracht dessen, daß die Ernährung der ganzen Bevölkerung als die wichtigste aller Angelegenheiten der Gesellschaft ‹oder des Staates› angesehen werden muß.

*

Sollten beide hier vorgeschlagenen Anordnungen nicht akzeptiert werden, und die zweite namentlich deshalb, weil man sich von einem doppelten Aufruf zur Freiwilligkeit — für die Kriegs- und für die Nährarmee — nicht abhängig machen will, so möge man eine andere Anordnung ausfindig machen. Wie immer diese aber auch beschaffen sei, und wenn die Maximalzahl der Soldaten etwa viel geringer ausfiele, als man es wünscht, so muß doch unbedingt daran festgehalten werden, daß das Prinzip der Freiwilligkeit im Kriegsdienst und das andere Prinzip der absoluten Sicherung der Ernährung aller Staatsangehörigen vollkommen aufrecht bleiben müssen. —

Die Geldmittel zur Besoldung des Kriegsheeres werden aus den Mitteln der Staatswirtschaft beschafft, genau so wie die anderen Ausgaben des Staates für alles nicht der Minimum-Institution Angehörige.

Was die Sicherung der Cadres, also namentlich der höheren Chargen der Wehrarmee betrifft, so braucht gar kein Unterschied gegen heute zu herrschen, wo ebenfalls kein Zwang zum Weiterdienen im Heere vorhanden ist, aber sich dennoch stets genug Leute finden, die zwar selten aus selbstlosen Gründen, meist aus Ehrgeiz oder der Versorgung wegen, sogar ihr Leben lang Soldaten bleiben.

Dem Geiste unserer Programme gemäß ist es selbstverständlich, daß die Zeit des Dienstes im Kriegsheere nicht in jene in der Nährarmee eingerechnet wird, denn mit der Beteiligung am Kriege ist der Ernährung der Staatsangehörigen in keiner Weise geholfen, wenigstens nicht direkt, die indirekten Nützlichkeiten aber dürfen in unserem sozialökonomischen Programm gar keiner Berücksichtigung gewürdigt werden. Man wird letztere wohl gerne akzeptieren, wenn sie wirklich eingetreten sind, auf ihre Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit hin jedoch den Aufbau der Minimum-Institution an keiner Stelle schwächen dürfen.

*

Was das Verhältnis der Minimum-Institution zur Ehe-Institution betrifft, so soll im folgenden keinerlei Untersuchung über die etwaigen Reformen oder die Reformbedürftigkeit der Ehe, über „freie Liebe" u. dergl. vorgenommen und kein Vorschlag gemacht werden. Grundsätzlich vermeide ich jede Komplikation — so auch alle Untersuchungen über die Zukunft der Religion, der Erziehung usw. —, die das hier behandelte Problem, nämlich das des Hungers, verwirren, von allerlei Kontroversen abhängig machen und dessen Lösung, resp. dessen Inangriffnahme ins Endlose hinausschieben würden. Die Hauptsache ist hier, daß mein Sozialprogramm im Prinzip ganz unabhängig von allen jenen Reformen bleibt und bleiben muß.

*

Ich nehme also an, zur Zeit der Realisierung des Programms der Minimum-Institution wäre die Institution der Ehe, wenigstens in der Hauptsache, also bezüglich der Monogamie, identisch mit der heutigen, und es handelt sich daher nur darum, zu präzisieren, wie sich die Absicht, zu heiraten und ein eheliches Leben zu führen, mit der Pflicht, in der Nährarmee so und so viele Jahre zu dienen, vertragen wird.

Nun werden die statistischen Untersuchungen zeigen, daß in der Nährarmee 7¾ Millionen männliche Personen vom beginnenden 18. bis zum Ende des 30. Lebensjahres und 5 Millionen weibliche Personen vom beginnenden 18. bis zum Ende des 25. dienen müssen, um alles von der Minimum-Institution Verlangte leisten zu können.

Und es entsteht jetzt die Frage, was getan werden könne, um das eheliche Leben der betreffenden Personen nicht, oder so wenig als möglich zu stören?

Diese Aufgabe kann auf mehrere Arten, die auch gleichzeitig angewendet werden können, gelöst werden:

Man arrangiert womöglich die Sache so, daß die in der Minimum-Armee gleichzeitig dienenden Ehepaare an demselben Orte beschäftigt werden und daher gemeinschaftlich wohnen können.

Da dieses Arrangement höchstwahrscheinlich nicht allgemein durchführbar sein wird, so würde man wenigstens für Verteilung dieser Ehepaare auf sehr nahe Ortschaften sorgen.

Was aber die vielen Männer betrifft, die mit Frauen verheiratet sind, welch letztere nicht mehr in der Nährarmee dienen, so wäre es wohl am einfachsten, unter den Arbeiterwohnungen dieser Armee eine entsprechende Anzahl solcher Häuser (oder Kasernen) zu errichten, die für Ledige, und eine andere, die speziell für verheiratete Männer, die dem Alter nach in der Regel noch wenig Kinder haben werden, bestimmt sind. Daß der Staat in diesem Falle solchen Frauen, die nicht mehr dienen, Wohnung (bei ihrem Manne) bedingungslos versorgt, ist durchaus kein neues und spezielles Benefizium, denn einerseits kommt dasselbe dem noch dienenden Manne zugute, andererseits soll ja jeder Staatsangehörige bedingungslos Nahrung, Kleidung und auch Wohnung erhalten, die Frau hat also, wie auch die Kinder, ein direktes Anrecht auf eine Wohnung.

Auf diese Weise dürfte allen Anforderungen genügt werden, und die Fluktuationen mannigfacher Art werden kaum eine Störung herbeiführen können.

Von der Beziehung der Minimum-Institution zur politischen Verfassung des Staates wurde bisher, wohl zur Überraschung manches Lesers, nicht gesprochen. Aber von dieser Beziehung soll überhaupt nicht gesprochen werden, weil jene Institution vollständig unabhängig von der Regierungsform ist und bleiben muß. Es ist ganz gleichgültig, ob das Ministerium für Lebenshaltung in einer absolutistischen oder konstitutionellen Monarchie oder in einer Republik die Durchführung unseres Programms zu besorgen hat. Es ist ja vorausgesetzt, daß der Volkswille die Sozialisierung der

Volkswirtschaft — also z. B. in der Art meines Programms — so energisch fordert, daß jeder Widerstand, von welcher Seite immer, vergeblich wird. Und gegen die Realität einer wirtschaftlichen Institution verschwindet die Regierungsform vollständig; beide haben gar nichts miteinander zu tun.

Über kollektiven Staatsbetrieb und landwirtschaftlichen Großbetrieb.

Der Tadel gegen Staatsbetriebe überhaupt ist bekanntlich schon sehr alt. Die schlechten Erfahrungen mit denselben beziehen sich weniger auf die technische, als auf die administrative und namentlich auf die kaufmännische Seite des Betriebes.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind sehr verschieden, in manchen Staaten die Korruption der höheren und niederen Staatsbeamten, in anderen der bureaukratische, schleppende Gang, oder die Trägheit von Bediensteten, die nicht von der gewohnten Schablone im technischen wie im administrativen Gebiete abweichen wollen, die mangelnde kaufmännische Tüchtigkeit, und, allen diesen Fehlern zugrunde liegend oder gemeinsam: die Gleichgültigkeit gegen guten Erfolg des Betriebes.

Die Verteidiger des Staatsbetriebes hingegen beginnen vor allem mit dem Hinweis auf die musterhafte Verwaltung der staatlichen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenanstalten, sowie der Kohlenbergwerke, Hütten und der Kalibergwerke. Dagegen wendet man aber ein (z. B. Flürscheim in seinem Werke „Auf friedlichem Wege" aus dem Jahre 1884), daß hierbei übersehen werde, wie die „Beförderungsmittel eines größeren Gebietes um so vollkommener wirken, je zentralisierter ihre Betriebsorganisation ist. Die Natur ihres Betriebes macht eine solche Zentralisation beinahe zur Notwendigkeit, sonst treten Kraftverschwendung, unnötige Reibung und gegenseitige Paralysierung ein." Die Eisenbahn- und Postverwaltung, meint Flürscheim, prosperieren trotz ihres bureaukratischen Apparates, „denn die Natur ihrer Betriebe bringt es mit sich, daß sie trotz solcher Leitung durch Zentralisation so viel gewinnen, daß die Fehler der Leitung damit mehr wie ausgeglichen werden."

Darauf ist aber zu erwidern, daß, meines Wissens, bisher

niemals Klagen, speziell über den „bureaukratischen Apparat" bei den modernen Eisenbahn- und Postverwaltungen, erhoben wurden; es ist vielmehr Tatsache, daß die größeren oder geringeren Verbesserungen bezüglich der Schnelligkeit der Expeditionen, der Bequemlichkeit und auch der inneren Administration mit möglichster Raschheit durchgeführt, und zwar sehr oft von den leitenden Beamten selbst ersonnen, oder auf Anregungen aus dem Publikum hin akzeptiert werden. Und es ist gar kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, von „Fehlern der Leitung" zu sprechen, und etwa anzunehmen, daß private Leitung, etwa durch eine Aktiengesellschaft — die ja überdies auf Gewinn ausgehen müßte — die Sache irgendwie besser machen würde. Eben der Umstand, daß der Staat im Gebiete des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens vom Profit absehen kann, begründet einen wesentlichen Vorzug des staatlichen Betriebes; ja es scheint, daß die betreffenden Ministerien noch immer gar zu sehr erfreut sind und es mit zu viel Genugtuung hervorheben, wenn ihre Ressorts einen großen Überschuß aufweisen. So sehr ist man heute gewohnt, alles als „Geschäft" anzusehen! —

Eine wertvollere Bemerkung bezüglich der so gut geleiteten Eisenbahn- und Postverwaltung macht Backhaus in seinem Werke: „Allen die Erde" (aus dem Jahre 1893). Er meint, die guten Resultate seien nur dadurch ermöglicht, weil „die Betriebe nicht rein wirtschaftlicher Natur sind, und also keine Produktion von und keinen Handel mit Gütern umfassen, sondern jene Anstalten ausschließlich Beförderungs- und Vermittlungsanstalten sind".

„Wenn die genannten Verwaltungen erhebliche Überschüsse erzielen, so kommt dies nicht daher, weil der Staat der Verwalter, sondern obgleich er es ist." Backhaus hat, wie man sieht, gegen die technisch-administrative Führung der staatlichen Eisenbahn- und Postverwaltung nichts einzuwenden, was ja auch ganz begründet ist, sondern er faßt das kommerzielle Ergebnis ins Auge, meint offenbar, es komme auf einen Geldgewinn auch bei diesen Institutionen an, und glaubt, eine private Verwaltung werde mehr Gewinn herausschlagen. Man kann das zugeben, aber der ganze Standpunkt ist ein unberechtigter, denn wenn es sich um Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse handelt, so kommt es ausschließlich auf die Vollkommenheit der technischen und administrativen Durchführung der betreffenden Institution an, nicht entfernt aber auf das Geschäft. Daraus

folgt, daß überhaupt die kaufmännische Tüchtigkeit oder Unfähigkeit in der sozialen Minimum-Institution gar nicht in Frage kommen, denn hier gibt es keine Konkurrenten, die zu besiegen wären.

Andererseits ist es Tatsache, daß der Postbetrieb des Staates — wenigstens in Deutschland — keiner Beanständung begegnet, und daß überdies die Verwaltung der staatlichen Eisenbahnen auch große Überschüsse erreicht. So betrug z. B. der Einnahmeüberschuß der preußischen Staatsbahnen im Jahre 1904 zirka 570 Millionen Mark.* —

Das Forsteigentum und der Forstbetrieb öffentlicher Gemeinwesen werden — wie van der Borght sagt — von der Theorie allgemein gebilligt, und zwar „nicht sowohl in erster Linie aus Finanzpolitik, als aus volkswirtschaftlichen Erwägungen, da sich große allgemeine Interessen an den Bestand und die zweckmäßigste Benützung der Wälder knüpfen, und diese besser gewahrt werden können beim öffentlichen als beim Privatbetrieb". —

Ich will nun auch die Leitung der staatlich geführten Bergwerke in Betracht ziehen. Sie ist nicht überall gleich gut, wie ja auch nicht alle Privatbergwerke technisch oder administrativ gleich gut geleitet sind, aber ein beträchtlicher Unterschied in technisch-administrativer Beziehung zwischen beiden Kategorien ist gewiß nicht vorhanden. Im Gegenteil entschließen sich Staatsbergwerke meistens schneller als private zur Einführung von Neuerungen oder zur ersten Erprobung von noch unbewährten Erfindungen.

Ein Fachmann sagt vom staatlichen Bergwerksbetrieb: „Derselbe kann hinsichtlich seiner technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach den vorliegenden Erfahrungen nicht beanstandet werden." ⟨v. d. Borght in seinem Werke: „Finanzwissenschaft."⟩ Da nun der staatliche Bergwerksbetrieb den privaten zum Konkurrenten hat, so ist seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit um so bemerkenswerter.

Backhaus sagt wohl: „Die Staatsbergwerke sollen zwar befohlenermaßen Musterbetriebe werden, aber Handel und Industrie lassen sich nicht kommandieren wie ein Husarenregiment." Aber auch im Privatbetrieb ist ein Kommandieren nicht in größerem

* Gelegentlich der Beratung im französischen Senat über die Verstaatlichung der Westbahn legte der Arbeitsminister Barthou dar, daß der Betrieb durch den Staat oft den durch private Gesellschaften übertreffe, schließlich behauptete der Minister, daß der derzeitige Betrieb der Westbahn ganz und gar minderwertig sei.

Maße am Platze und auch nicht strenger durchführbar als im Staatsbetriebe. Auch der Besitzer oder Direktor im Privatetablissement kann seinen Unterbeamten und Arbeitern ebenfalls keine Initiative und keinen forcierten Fleiß aufzwingen, technisch-industriellen Trieb können leitende Staatsbeamte gerade so gut besitzen, wie private Beamte oder Direktoren, obwohl jene gar nicht vom direkten Geldgewinn getrieben werden, und auf Geschicklichkeit im Handel kommt es bei unserem Programm ja überhaupt nicht an.

Gegen den Kollektivismus wird in neuester Zeit auch der Einwand erhoben, daß, wie das z. B. Fr. Naumann in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik" ausspricht, die Leistungen des Staates militärisch und juristisch sehr große und absolut unentbehrliche sind, aber die Fähigkeit, Wirtschaftsprozesse großen Stils zu leiten, habe der juristisch-militärische Staat nur in geringem Grade. Alle unsere Staatsbetriebe seien geschäftlich weniger elastisch, als es für eine um ihren Platz auf dem Weltmarkt ringende Industrie notwendig ist. Der Staat würde, wenn er z. B. die Kruppschen Anlagen übernehmen könne, kaum so viel herauswirtschaften, um die bisherigen Aktionäre auszuzahlen.

Wie man sieht, wird hier immer Geldwirtschaft und freie Konkurrenz, sowie Abhängigkeit vom Ausland vorausgesetzt. Bei unserem zumeist ökonomisch geschlossenen Staat und der Naturalwirtschaft sind Naumanns Einwendungen gegenstandslos.

Und weiter meint N., der Staat kann, wenn er nicht selbst mit neuen Unternehmeraufgaben belastet ist, leichter der Demokratisierung der von ihm unabhängigen Kartellindustrie seine Kräfte widmen und damit der Produktivität der nationalen Wirtschaft und dem Wohlsein der Masse besser dienen.

Man nehme an, diese Demokratisierung der Kartellindustrie, d. i. einer zentralisierten Wirtschaftsleitung sei verwirklicht, wäre dann die Garantie geboten, daß Niemand hungert oder sorgenvoll und mühsam seinen Lebensunterhalt erwerben muß? Würden speziell alle Privatkrisen vermieden werden? Offenbar ist nicht die geringste Aussicht dazu vorhanden. Eine staatliche Kontroll- oder Aufsichtsinstanz würde nicht viel mehr leisten als die Institution der heutigen Regierungsvertreter bei den Banken und Aktiengesellschaften. —

Wie übertrieben, ja wie ungerechtfertigt die Befürchtungen vor einem Betriebe durch öffentliche Gemeinwesen überhaupt sind, erkennt man auch aus den Erfahrungen, die man am Gemeindebetrieb von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, wie auch von Stadtbahnen macht, der Betrieb seitens der Kommunen wird jetzt nicht nur als berechtigt und zweckmäßig, sondern zumeist auch als wirtschaftlich ⟨kommerziell⟩ günstig anerkannt, ja diese Gemeinde-Betriebsanstalten haben stets „den ausgesprochenen Zweck der Einnahmegewinnung. In der Regel führt die Gemeinde den Betrieb durch eigene Organe durch, nur ganz vereinzelt sind städtische Anstalten dieser Art verpachtet" ⟨v. d. Borght a. a. O.⟩. —

Während man noch immer mit apodiktischer Gewißheit jeden Staatsbetrieb als unpraktisch erklärt, sprechen sogar sehr ins Große gehende, direkte Erfahrungen der neuesten Zeit gegen diese Ansicht, Erfahrungen, um die man sich eben gar nicht kümmert. Einige dieser Tatsachen seien daher hier mitgeteilt.

John Hutchinson publizierte in den „Dokumenten des Fortschritts" ⟨7. Heft des Jahres 1908⟩ einen Bericht über den „Staatssozialismus in Australien" und teilt darin u. a. folgendes mit:

„Seit mehreren Jahrzehnten sind die australischen Bahnen überwiegend verstaatlicht, das gesamte Bahnnetz des Landes beträgt 24 000 km, davon sind 23 000 im Staatsbesitz, diese gaben im Jahre 1907 einen Reingewinn von 19 860 000 Mark und dabei sind nach allgemeiner Ansicht die Bequemlichkeiten für Passagiere und die Vorteile der Verfrachter auf den Staatsbahnen weitaus günstiger als auf den restlichen Privatbahnen, außerdem sind die Tarife der Staatsbahn wesentlich niedriger. Ähnlich zeigen sich die Verhältnisse bei den Straßenbahnen der Stadt Sydney, die im Besitz des Staates Neu-Süd-Wales sind, nach Fahrpreis, Arbeitszeit und Löhnen der staatlich Angestellten günstiger als bei den Privatstraßenbahnen z. B. in Melbourne. Die Wasserversorgung ist in fast allen Städten verstaatlicht und in Südaustralien werden auch die Wasserröhren in staatlichen Werkstätten hergestellt. In der Nähe der Städte werden blühende landwirtschaftliche Anlagen von Staats wegen betrieben und die städtischen Kanäle zu Düngungszwecken benützt. Auch der Export landwirtschaftlicher Produkte wird überall von staatlichen Anstalten in die Wege geleitet, diese besorgen den Transport und Verkauf auf den englischen Märkten. Südaustralien hat außerdem eine Butterfabrik

errichtet für die bereits neue Zubaue in Angriff genommen werden. Die liberale Partei, die sich vorwiegend aus Farmerkreisen rekrutiert, tritt mit Entschiedenheit für die Ausdehnung staatlichen Einflusses auf die landwirtschaftlichen Industrien und den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten ein. Soeben beabsichtigt man Waffen und Uniformen in staatlichen Fabriken zu erzeugen. In Cockatoo-Island bestehen staatliche Docks usw."

Wie man sieht, dehnt sich der Kreis verstaatlichter Betriebe in Australien rasch immer weiter aus, und das könnte doch ohne allgemein günstige Resultate im Verhältnis zu privaten Betrieben gewiß nicht der Fall sein. — —

Eine andere Art von Einwendung gegen das Prinzip der Verstaatlichung ist die Frage von Flürscheim: „Was könnte profitiert werden, wenn wir ⟨z. B.⟩ die Schuhmacherei verstaatlichen?" . . . „Wenn sich das Handwerk organisiert, so kann es unter so günstigen und sogar noch günstigeren Verhältnissen arbeiten als die größte Fabrik und wir erreichen die Vorteile, die uns der zentralisierte Staatsbetrieb bieten kann, ohne seine Nachteile. Wir werden mit solchen Organisationen, in Verbindung mit der bestehenden Großindustrie, besser und billiger fabrizieren und die Fabrikate günstiger verkaufen als es die perfekteste Staatsorganisation je könnte."

Für uns hat aber das mehr oder weniger günstige „Verkaufen" gar kein Interesse, sondern nur das Sachliche der Fabrikation und namentlich die prinzipiellen Vorteile, die mit Verstaatlichung im Rahmen unseres Programms verbunden sind.

*

Es ist unzutreffend, anzunehmen, daß immer der „bureaukratische Schlendrian" und dergleichen in dem Maße vorhanden sein werde, wie er es noch vor Dezennien war und teilweise heute noch ist. Flürscheim selbst gibt zu, daß „Systeme nicht ewig dauern, daß unser jetziges bureaukratisches System . . . einem vernünftigen weichen könne". Niemand wird zweifeln, daß, infolge des raschen Pulses des ganzen wirtschaftlichen Lebens, der immer steigenden Öffentlichkeit in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben, der permanenten Kritik und Kontrolle der Verwaltungen in Staat, Land und Gemeinde durch Volksvertretungen, Zeitungen, Bücher und Vorträge das Temperament der Beamten

lebendiger wurde und noch immer mehr wird, daß die fachlichen Kenntnisse derselben denen der Privatbeamten mindestens gleich sind, und daß der Ehrgeiz der Staatsbeamten ⟨wie aller öffentlichen Körperschaften⟩, Vorzügliches in ihrem Fache zu leisten, jetzt schon ein sehr reger ist, und dieses, nicht allein auf höhere Gehalte und Tantiemen, sondern auch auf moralische Zwecke gerichtete Streben darf man ja nicht unterschätzen. Heute erreicht der egoistische Eifer der Besitzer der Fabriken und der auf Tantiemen gestellten Direktoren derselben oder der industriellen Aktiengesellschaften wohl oft einen größeren pekuniären Erfolg als er durch Staatsbeamte erreicht werden könnte, allein ein solcher Erfolg wird ja — wie schon oft hervorgehoben wurde — bei unserem sozialen Programm gar nicht ins Auge gefaßt. Hingegen fallen alle die Übelstände weg, die mit diesem förmlichen Fieber des Geldmachens bei der freien Konkurrenz verbunden sind: das immerwährende Spekulieren darüber, wie Konkurrenten zu besiegen sind, die oft unredlichen Mittel hierzu, das Drücken der Arbeiterlöhne, das Verschlechtern des Fabrikats, die Privat- und allgemeinen Marktkrisen, das Überspannen der Verkaufspreise durch Vereinbarung der Fabrikanten usw. usw. — —

Sonderbar ist die Einwendung von Backhaus gegen den Staatsbetrieb, daß „die Vereinigung und Leitung eines so zahlreichen Arbeiterpersonals, wie es der Betrieb des gesamten Produktions- und Verkehrswesens erfordern würde, in ethischer Beziehung einen sehr bedenklichen Einfluß sowohl auf dieses Staatsarbeiterpersonal, als auch auf diejenigen Arbeiter, welche nicht Genossen dieses Staatsarbeiterheeres sind, ausüben müßten. Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß unter diesem schädlichen Einflusse das köstliche Gut der Arbeit selbst an äußerem Ansehen wie an innerem Werte und, dem Kapital gegenüber, an Macht und Würde in unberechenbarem Maße verlieren würde. Die Staatsarbeiter würden . . . sich . . . als außerhalb der sozialen Gesellschaft funktionierende Arbeitsmaschinen vorkommen . . . die ihnen zugeteilte Arbeitsaufgabe mangelhaft lösen und immer darauf erpicht sein, für die schlechteste Leistung den höchsten Lohn . . . zu bekommen."

Von diesem Gedanken aus schreitet Backhaus immer weiter, um ein dramatisches Schreckensbild zu prophezeien, das, angeblich, sich dann entwickeln müsse: „Zerklüftung und Feindseligkeit unter

den Arbeitern", „die ungeheure Arbeitsmaschine stocken", „unerhörte Notstände", „Aufstände würden auf Aufstände folgen", „alle untereinander sich zerfleischen".

Das alles nur dadurch, daß der Staatsbetrieb eingeführt würde, indem „die unvermeidliche Konkurrenz zwischen den beiden Arbeiterheeren ‹Staats- und Privatarbeitern›" sich geltend machen würde! Und doch gibt es heute Gegenden genug, in denen staatliche und private Bergwerksbetriebe dicht beieinander liegen, ohne daß von Kollisionen, oder gar von gegenseitigen „Zerfleischungen" auch nur eine Spur vorhanden wäre.

Auch kann ich nicht im entferntesten einsehen, wieso durch den Staatsbetrieb die Arbeit an „innerem Wert" verlieren würde, ja, ich glaube, eher wird das Gegenteil eintreten. Und ohne näher auf die ganze Argumentation und Prophezeiung einzugehen, sei nur darauf hingewiesen, daß in unserem Zukunftsstaat die Staatsarbeiter ‹der Nährarmee› dem Kapital gegenüber weder „Macht noch Würde" brauchen, denn in diesem Arbeitsgebiete gibt es gar kein Kapital, und in der von uns gleichzeitig akzeptierten freien Privatwirtschaft besitzen die Privatarbeiter eine den heutigen Zuständen gegenüber außerordentlich erhöhte Macht und Würde, denn sie alle haben ihre Lebenshaltung gesichert, und wenn sie — freiwillig — nach absolviertem Dienst in der Nährarmee in die kapitalistische Privatwirtschaft eintreten, so können sie immer warten, wenn sie z. B. streiken wollen. Nur das Nichtwartenkönnen macht ja heute die arbeitenden und kapitallosen Menschen den Unternehmern gegenüber schwach.

*

Es erscheint mir aber auch sehr wenig angezeigt, Backhaus' Ausdruck: „Das köstliche Gut der Arbeit" und ihrer „Würde" näher zu betrachten. Die Arbeit, die nicht aus innerem Triebe, sondern aus Notwendigkeit, den Lebensunterhalt zu erwerben, verrichtet wird, ist durchaus kein köstliches Gut. Die allerwenigsten so arbeitenden Menschen empfinden ihre Arbeit als ein Gut, das sind lauter Schulmeisterideen, und Leute, die von einem „Gut" der erzwungenen, respektive durch den Hunger aufgedrängten Arbeit sprechen, scheinen auch noch als Erwachsene vor ihren ehemaligen Lehrern oder Erziehern zu zittern, die zu ihnen von der Süße oder der Sittlichkeit jeder Arbeit, vielleicht mit dem Bakel in der Hand, gesprochen hatten.

Ich will gar nicht von den Arbeitern in den Kohlenbergwerken oder an den Hochöfen sprechen, aber glaubt irgend Jemand, daß die Fabriksarbeiter, die Ackerknechte, die Kleinbauern, die Dienstboten, ja selbst die kleinen Beamten ihre Tätigkeit als etwas Köstliches ansehen?

Bis vor kurzem konnte man wohl die großen Massen mit solchen fibelartigen Ansichten einlullen, und wenn man die Kinder in den Kindergärten oder Elementarschulen im Chor singen ließ: „Arbeiten, arbeiten, das ist unsere Lust", so konnte man sie noch als Erwachsene damit hypnotisieren und die vielen reichen Müßiggänger konnten sich dabei vergnügt die Hände reiben — jetzt aber geht das nicht mehr. Daß Arbeitenmüssen ein köstliches Gut sei, ist gänzlich unwahr, Jeder wünscht im Gegenteil, dieses „Gut" möglichst bald loswerden zu können und zu „privatisieren", wie der gewöhnliche Ausdruck lautet. Auch das Arbeiten in der von mir vorgeschlagenen Minimum-Institution will ich durchaus nicht als köstliches Gut hinstellen, werden sich Leute finden, die es gerne tun, um so besser, aber im Allgemeinen wird das so wenig der Fall sein, daß ich diese Institution als eine Zwangsinstitution — allerdings, im Gegensatz zu anderen Zwangsinstitutionen, wie der heutigen Militärpflicht, auch zum Vorteil der Gezwungenen — ansehe und sie als solche bezeichne.

Und wenn die Natur uns alles Notwendige von selbst hergäbe, so daß wir nur die Mühe des Verteilens der Güter hätten und sonst machen könnten, was wir wollen, so wären gewiß die Menschen froh, auch die Minimum-Institution los zu sein, und würden eventuell nur solche Arbeiten übernehmen, denen sie aus irgendeinem Grunde sich freiwillig und gerne unterziehen. Daß es psychologisch unmöglich ist, selbst in diesem Falle ganz müßig zu gehen, daß man also doch irgend etwas tun wird, ist bei den meisten Menschen als Regel anzunehmen,* diese freiwillig übernommene Arbeit würde dann allerdings, relativ wenigstens, ein köstliches Gut sein. Ausnahmen, wie die in der Sonne lungernden und schwätzenden Lazzaroni, welche ihren Lebensunterhalt für den Tag bereits gedeckt haben oder ihn sicher erwarten, beweisen zum Überfluß, daß sogar ein zeitweises vollständiges Nichtstun als

* Man sehe mein grundlegendes Werk: „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben". ⟨1. Aufl. 1878, S. 88 und 3. Aufl. 1903 [bei Reißner], S. 154 und 155.⟩

ein köstliches Gut erscheinen kann. Allerdings wird das in einem weniger warmen Klima als in Neapel oder im Orient nicht möglich sein, wenigstens nicht bei der großen Majorität der Menschen, sie werden schon aus Langweile irgend etwas tun wollen.

*

Was endlich die seit jeher erhobenen Einwendungen gegen den staatlichen Betrieb der Landwirtschaft betrifft, wobei man sich ganz besonders auf die schlimmen Erfahrungen mit den selbstverwalteten Staatsdomänen beruft, so soll dieser Punkt sofort in einer Betrachtung über landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb eingehend besprochen werden.

Über Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft.

Die große Streitfrage über die Vorteile des einen oder anderen Betriebs, die sich schon vom 18. Jahrhundert bis auf unsere Tage den Nationalökonomen und Landwirten aufdrängte, hat in unseren Tagen durch ihre Beziehung zum Sozialismus, d. h. zur eventuellen Verstaatlichung des Bodens, sei es mit Verpachtung desselben, sei es mit staatlichem Betriebe, noch eine erweiterte Bedeutung gewonnen. Die an sich schon umfangreiche Literatur vermehrt sich aus letzterem Grunde täglich und fördert ansehnliche, tüchtige und breitspurige Werke zutage. Das hier vertretene sozialpolitische Programm erlaubt uns aber eine bedeutende Vereinfachung in der Behandlung dieses Themas. —

Wir brauchen uns nämlich um einige, sonst sehr umstrittene und schwierige Fragen gar nicht zu kümmern, als da sind:

Die Beantwortung der Frage, welche „Tendenz" die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe befolgt, ferner die Entscheidung darüber, ob der Groß- oder der Kleinbetrieb einen größeren Reinertrag gibt, die Frage der Zeitpacht, der Erbpacht und der Teilbauwirtschaft, und endlich fällt selbstverständlich die Frage des Kredits und der Verschuldung vollständig aus unserer Untersuchung heraus.

Mit dem Entdecken der Tendenzen in der volkswirtschaftlichen Entwicklung überhaupt müssen sich namentlich die sozialdemokratischen Schriftsteller, die strengen wie die gemäßigten Anhänger der Marxschen Theorie, speziell der „materialistischen

Geschichtsauffassung" wohl sehr abplagen. „Zwei Seelen wohnen in der Brust" der orthodoxen Marxisten, die eine strebt nach einem im vorhinein ausgesteckten Ziele: der allgemeinen Verstaatlichung oder „Sozialisierung" aller Produktionsmittel, die andere sucht in den Tatsachen die spontane Annäherung an dieses Ziel und vermag sie, glücklicherweise, auch in ihnen zu finden.

Zu dieser Entdeckung einer Harmonie zwischen der Tendenz der wirtschaftlichen Bewegung und der Tendenz der bewußten Agitation gesellt sich auch bei jenen sozialistischen Schriftstellern die Beweisführung, daß der landwirtschaftliche Groß-, resp. Staatsbetrieb vorteilhafter sei als der Kleinbetrieb. Die gemäßigten Marxisten aber finden, daß jene Tendenz zum Großbetrieb gar nicht vorhanden sei, — beide Parteien stützen sich auf die Statistik — und daß überdies der Kleinbetrieb vorteilhafter sei als der Großbetrieb —.

Wir entgehen glücklicherweise dem — vielleicht unentscheidbaren — Streite über die Tendenz der landwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Grunde, weil wir offen sagen, daß wir unser Programm als ein zu realisierendes Ziel, also als eine aus Überlegung entstandene Idee, aufstellen, und zwar einzig aus dem Grunde gerade dieses Programm, weil kein anderer Reformvorschlag uns geeignet erscheint, von den Übelständen des heutigen volkswirtschaftlichen Systems zu befreien und die von jedem Menschenfreunde herbeigesehnte Sicherung der behaglichen Existenz aller Menschen ohne Ausnahme — nicht bloß jener der „größten Zahl" — herbeizuführen. Und so gut jede noch so kleine Verbesserung, allgemeiner: jede Änderung der bestehenden Gesetzgebung oder der Handelsverträge oder der Eisenbahntarife u. dgl. eine Idee repräsentiert, die „aus dem Kopfe" von Menschen entspringt, also eine bewußte Handlung oder einen bewußten Versuch repräsentiert, um irgendwelche öffentlichen Verhältnisse zu verbessern, ebenso ist das, nur in größerem Maßstabe, bei unserem Reformvorschlage der Fall. Die Mißachtung der Marxisten gegenüber positiven sozialistischen Vorschlägen ist daher gänzlich ungerechtfertigt, und, wenn sie damit Recht hätten, so dürfte auch nicht die geringfügigste Änderung seitens der Gesetzgeber, der Regierenden, der Finanzmänner usw. vorgeschlagen werden, denn sie wäre nicht in der spontanen „Entwicklung" gelegen, sondern nur „ausgeheckt", wobei die Marxisten nicht einmal bemerken, daß ihr Ziel: Soziali-

sierung aller Produktivmittel, ebenfalls — wie man ohne Furcht, widerlegt zu werden, behaupten kann — nicht unbestritten in der „Richtung der Entwicklung der Gesellschaft liegt" und, wie schon oben hervorgehoben wurde, nur eine schon vor Marx oft „ausgeheckte" Idee ist, die den Proponenten eben nützlich zu sein schien. Andererseits möge man daran denken, daß nicht nur das Aufsuchen der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen bei den verschiedenen Forschern zu verschiedenen Ergebnissen führte, sondern auch daran, daß, wenn eine Idee einmal realisiert ist, sich stets Forscher finden, die a posteriori nachweisen, daß gerade diese Idee in der Entwicklungsreihe gelegen war. —

Aus dem eben Gesagten folgt klar, daß das Aufsuchen und Auffinden einer Entwicklungstendenz, selbst wenn man eine unbestrittene oder unbestreitbare finden könnte, für die Verbesserung der Gesellschaftsordnung selbst ganz ohne Wert sind, und zwar ebensowenig von Wert, wie die Einwendungen der Anhänger des „Historischen" und der „Traditionen" gegen Reformvorschläge und Gesetze, die aus Vernunft und sozialem Empfinden entspringen, denn die vorhandene Entwicklung kann ja eine schädliche sein! Alle Kulturkämpfer mußten daher von schädlichen Traditionen und tatsächlichen Einrichtungen abstrahieren, mußten sie bekämpfen und Anderes, Neues aufstellen und verteidigen, sonst hätten wir heute noch Sklaverei, Leibeigenschaft und Ketzer- und Hexenverbrennungen.

Wir sagen daher: Die Entwicklungstendenzen in dem heutigen Wirtschaftssystem, das wir für schlecht halten und durch ein besseres ersetzen wollen, bestimmen uns gar nicht, gehen übrigens die Tendenzen in der Richtung unseres Programms, um so besser, gehen sie in anderer Richtung, so müssen wir ihnen eben entgegenarbeiten, um unserer Idee zum Siege zu verhelfen.

Alles dies gilt also auch von der Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe, ob sie nun zum Großbetrieb tendieren oder nicht, wie immer es auch sei, so halten wir den kollektiven Staatsbetrieb auch in der Agrikultur — im Rahmen unseres ganzen Programms — für notwendig, also sollte er angestrebt und durchgeführt werden. Wir können daher die umfangreiche Polemik zwischen Kautsky, David, Adler, Geck, Hertz, Böttger, Sering u. a. gänzlich ignorieren.

Nun handelt es sich noch um Erörterung der Ertragsfrage. Bekanntlich ist der Unterschied zwischen Roh- und Reinertrag ein fundamentaler, der Reinertrag ist aber eine Geldfrage und hängt von vielen, sehr verschiedenen und oft wechselnden Umständen ab. Die Selbstkosten, die Konjunkturen, die Handelsverträge, die Tüchtigkeit des Landwirts, die Bodenbeschaffenheit, das Klima u. a. bestimmen den Reinertrag. Der Rohertrag ist ein — im allgemeinsten Sinne verstandenes — technisches Resultat der Wirtschaft, das außer vom Landwirt nur noch von Vorgängen in der Natur, vom Wetter usw. beeinflußt wird, steht aber in keinerlei Abhängigkeit vom gesamtwirtschaftlichen, näheren oder ferneren, Milieu.

Über diese beiden Arten von Erträgen, sowie über die sonstigen relativen Vorteile jeder der beiden Betriebsarten sind nun die verschiedenartigsten Ansichten ausgesprochen worden.

*

Aus der reichen einschlägigen Literatur ersieht man, wie verschieden die Ansichten der Autoren nicht nur betreffs des Reinertrags, sondern auch bezüglich des Rohertrags des Groß- und Kleinbetriebs sind. Und damit in Übereinstimmung steht die Ansicht einer der ersten Autoritäten im Gebiete der Agrarpolitik, nämlich von Adolf Buchenberger, die er in dem Werke: „Agrarwesen und Agrarpolitik ‹1892› dahin ausspricht, daß die Vertreter der einen oder anderen Ansicht den Fehler begehen, unberechtigt zu „generalisieren" und daß, „ob in einem Lande die größeren oder kleineren Güter höhere Erträgnisse haben, ‹eine› durch theoretische Erwägungen nicht zu lösende Frage" sei ‹II. B. S. 390›. Auch A. Wagner u. a. halten eine allgemeine Entscheidung in dieser Frage für unmöglich. Buchenberger fügt jedoch hinzu, daß, wenn Groß- wie Kleinbetrieb geschickt geleitet werden, und „wenn es den Großgütern weder an einem Stamm wirtschaftlich und technisch geschulter Gutsleiter oder Pächter" noch „an genügendem Kapital" fehlt, Großbetriebe den Kleinbetrieben überlegen seien. Alle Fortschritte, meint Buchenberger, seien von jenen ausgegangen, sie liefern wegen besserer Bodenbestellung durch Anwendung von Maschinen, reichlicherer Düngung, Saatgutauswahl u. dergl. höhere und qualitätsreichere Bodenerträgnisse als die kleineren Güter. Günstiger seien die kleinen Betriebe im Gebiete der Tierhaltung,

und wenn jene eben erwähnten Bedingungen bei Großbetrieben nicht erfüllt seien, leisten Kleinbetriebe „nicht selten mehr pro Flächeneinheit des Grund und Bodens". Schließlich kommt Buchenberger zu dem Resultat, daß auch soziale und allgemein politische Gründe neben den Produktionsinteressen zu berücksichtigen seien, also ein selbständiger Bauernstand als politisch-konservatives Element im Staate aufrecht zu erhalten wäre, und da „jedes Extrem nachteilig" sei, wäre „als Ideal der Besitzverteilung jener Zustand" anzusehen, „wo Besitzgrößen der mannigfaltigsten Abstufung vertreten sind".

Das ist dasselbe Resultat, zu welchem u. a. Roscher und v. d. Goltz gelangt sind, aber, wie mir scheint, viel mehr aus sozialen und allgemein-politischen Gesichtspunkten als aus dem technisch-wirtschaftlichen, denn es ist nicht einzusehen, warum z. B. Buchenberger, der den Großbetrieb unter bestimmten Voraussetzungen in Beziehung auf Quantität und Qualität der Produkte für überlegen, demnach der Gesamtbevölkerung nützlicher hält, sich nicht für den ausschließlichen Großbetrieb einsetzt, sondern nur als Agrarpolitiker die Erfüllung eben jener Voraussetzungen verlangt, also bloß rein technische Vorschläge zu ihrer Realisierung macht und dabei stehen bleibt? Ich setze allerdings bei dieser Frage voraus, daß Buchenberger, geradeso wie Roscher, für „ein Volk im ganzen . . . nur den Rohertrag" schätzt und nicht als Vertreter irgendeines speziellen Berufes oder einer Klasse, nämlich der mittleren und kleinen Grundbesitzer, also als Staats- und nicht als Parteimann, auftreten will.

Über das Argument der notwendigen Erhaltung des Bauernstandes als eines konservativen Elements im Staate — gewissermaßen einer Hilfstruppe für die ersten Kammern gegenüber einem mehr industriell gesinnten Unterhause der Parlamente — werden wir später sprechen, wollen aber zuvor die technische, produktionelle Seite der ganzen Frage noch weiter verfolgen, indem wir jetzt die bezügliche sozialistische Literatur berücksichtigen, die fast unmittelbar nach der Publikation des Werkes von Buchenberger — mit dem in der Hauptsache auch Adolf Wagner übereinstimmt — ziemlich reichlich in die Diskussion eintrat.

Während Kautsky sich in seinem Buche „Die Agrarfrage"

(1899) für die Verstaatlichung von Grund und Boden und für Kollektivbetrieb einsetzte und dies durch die Vorteile des Großbetriebs zu begründen suchte, trat ihm David mit seinem „Sozialismus und Landwirtschaft" (1903, und früher in der „Neuen Zeit") mit der Ansicht und deren Begründung entgegen, wonach „in der Landwirtschaft die Vorteile (des Großbetriebs, resp. der großen Korporation) durch die Nachteile mehr als aufgewogen werden" (S. 117). „Die Voraussetzungen für den Kleinbetrieb werden bei wechselnder Intensität günstiger als für Großbetrieb" (S. 692); „das Interesse an höchster landwirtschaftlicher Produktivität verlangt die Förderung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs . . . Bauernschutz heißt Schutz und Förderung der modernen, rationellen Betriebsform . . . nicht, als ob die Bauernbetriebe dies heute schon wären". —

In dem Werke „Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus" (1899) gelangt Fr. Hertz bezüglich des Streites über die Vorzüge des Groß- und Kleinbetriebs zu folgenden Sätzen: Die Ertragsstatistik liefert uns keinen Beweis für die absolute Überlegenheit des Großbetriebs. Eher umgekehrt . . . Die Vergleichung der Roherträge ist überhaupt nicht so einfach . . . man müsse alle Umstände berücksichtigen . . . Aber der Großbetrieb kann dem Kleinbetriebe überlegen sein . . . Selbst in der Getreide- und Zuckerrübenkultur kann der Kleinbetrieb oft weit höhere Rein- und jedenfalls größere Roherträge erzielen als der Großbetrieb. Ferner hebt Hertz hervor, was bereits früher viele andere Autoren, wie A. Wagner, Sering, auch Kautsky und David, bemerkten, daß die technische Überlegenheit des Großbetriebs selbst dort, wo sie vorhanden ist, lange nicht so groß sei wie in der Industrie, und daß ferner die ökonomische Überlegenheit in vielen Fällen beim Kleinbetrieb liege, er verzichtet auf Rente und Zinsen und produziert billiger als der Großbetrieb. Für uns hier hat, wie schon gesagt, die ökonomische Überlegenheit überhaupt kein Interesse, da die Kategorien von Rente, Zins und Preis vermöge unseres Programms nicht existieren. Und schließlich meint Hertz, wie die meisten anderen Agrarpolitiker, u. a. auch Buchenberger, daß „ein einheitlicher, zentralisierter Betrieb der Landwirtschaft durch die Gesellschaft . . . jetzt, und wohl für lange Zeit, absolut undurchführbar ist". — —

Da wir nun der entgegengesetzten Ansicht sind, insofern wir

uns das Problem sachlich und nicht vom Standpunkt eines widerstrebenden Teiles der Gesellschaft behandelt denken, so liegt uns jetzt die Aufgabe vor, näher auf die Gründe pro und contra einzugehen. Hierbei behandeln wir zunächst den technischen Teil der Aufgabe, dann die psychologische und endlich die soziale und politische Seite des Problems.

*

Wir stellen also zuerst den heutigen mittleren und kleinen Landwirtschaftsbetrieb dem Großbetrieb und besonders dem von uns angestrebten Riesenbetrieb — in Form eines kollektiven Staatsbetriebs — gegenüber, indem wir bei beiden Betriebsarten die Vor- und Nachteile anführen und untersuchen, wie das Betriebssystem nach unserem Programm an denselben partizipiert. Dabei werden wir die meisten Argumente den eindringenderen Digressionen der Fachschriftsteller, Buchenbergers u. a., sowie den oben erwähnten sozialistischen Schriftstellern Kautsky, David, Hertz u. a. entnehmen.*

Für den Großbetrieb wird ⟨von Kautsky⟩ angeführt: „Der größere Haushalt ist dem kleineren an Arbeits- und Materialersparung überlegen. Ein großes Gut braucht nur eine Küche mit einem Kochherd, 50 kleine Bauernstellen aber 50 Küchen mit 50 Kochherden und dergl. mehr."

Dagegen kann man ⟨mit Hertz⟩ anführen, daß wahrscheinlich der Bauer sein eigenes Heim vorziehen wird, in unserem Programm können wir nun diesem Wunsche ganz gut nachkommen, indem wir den Hausbesitzern unter den Bauern ihre Häuser belassen, wenn sie nur erst ihre Dienstzeit in der Nährarmee absolviert haben. Übrigens will Kautsky ⟨auf Seite 447 seines Werkes⟩ ebenfalls den Bauern ihr Heim belassen, diese ganze Betrachtung fällt daher weg. —

Für den Großbetrieb: Beim Großbetrieb finden wir einen Stall für 50—100 Kühe, die 50 kleinen Bauern brauchen 50 Ställe ⟨Kautsky⟩.

Dagegen sagt Hertz: Die Weltrekords der amerikanischen Kühe wurden nicht auf Riesenbetrieben, sondern auf gewöhnlichen

---

* Das Werk „Versuch einer Kritik der Gründe, ..." von Bernhardi konnte ich mir nicht verschaffen, da es jedoch schon im Jahre 1849 erschienen und von den späteren Autoren berücksichtigt und zitiert wurde, so dürfte meine Unkenntnis dieses Werkes der Vollständigkeit meiner Betrachtungen wohl keinen Abbruch tun.

Farmen erzielt, auch könnten ja die landwirtschaftlichen Genossenschaften Ställe bauen. Auch Stumpfe, wie schon Buchenberger, schreibt die besten Erfolge in Viehzucht den bäuerlichen Betrieben zu. Überdies wird oft mit Recht hervorgehoben, daß eine Dezentralisation der Stallungen wegen der Epidemiegefahr der Zentralisation vorzuziehen sei. —

Bei unserem Programm ist ein „Weltrekord", weder der Kühe noch sonstwie, notwendig, und die Stallungen können in den einzelnen Wirtschaftshöfen so angelegt werden, wie es zweckmäßig scheint, also eventuell auch dezentralisiert. —

Für den Großbetrieb: „Die 50 Bauernstellen bedürfen 50 Pflüge, 50 Eggen, 50 Wagen usw., während der eine große Besitz mit viel weniger, vielleicht einem Zehntel dieser Zahl auskommt. Der Großbetrieb spart daher, bei gleicher Betriebsart, erheblich an Inventar" ⟨Kautsky⟩.

Dagegen hebt David ⟨nach Stumpfe in Thiels landw. Jahrbuch 1896⟩ hervor, daß die bessere Ausnützung des Inventars im Großbetrieb überschätzt werde, und gibt die betreffenden Zahlen an, daß ferner Drill- und Hackmaschinen usw. in sehr verschiedener Größe gebaut werden, so daß auch Kleinbetriebe sie gut ausnützen können, daß andererseits die meisten Ackerbaumaschinen genossenschaftlich, d. h. von mehreren Kleinbetrieben abwechselnd benützt werden können. Besonders aber wäre der Umstand zu berücksichtigen, daß einer besseren Geräteausnützung beim Großbetrieb andererseits eine größere Geräteabnützung gegenüberstehe . . . der Selbstwirtschafter schone sein Eigentum, das könne man der großen Mehrzahl der Ackerknechte, Tagelöhner usw. nicht nachrühmen. In gleichem Sinne äußert sich Auhagen. ⟨David im a. Werke, S. 114.⟩

Das Argument der Schonung der Geräte seitens des Eigentümers kann wohl nur für sehr kleine Betriebe Geltung haben, bei einigermaßen größeren Betrieben kann der Eigentümer nichts anderes tun, als seine Hilfsleute kontrollieren und eventuell verantwortlich machen. Es ist daher im allgemeinen in dieser Hinsicht heute nicht anders, als es bei unserem Kollektivbetriebe sein wird, in beiden Fällen haben es die Arbeiter nicht mit ihrem Eigentum zu tun. Und andererseits ist bei unserem Riesenbetriebe mit beinahe militärischem Ordnungssinn eine schleuderhafte Behandlung des Inventars kaum zu befürchten. Die Bemerkung betreffs der

genossenschaftlichen Benützung der Ackerbaumaschinen hat nur für das heutige Wirtschaftssystem mit Privateigentum eine Bedeutung, für uns aber gar kein Interesse, denn wir setzen ja eine Genossenschaft voraus, die den ganzen Staat umfaßt. —

Für den Großbetrieb: „Um 50 Grundstücke von je 20 Ar einzuzäunen, braucht man mehr als siebenmal so viel Zaunmaterial, wie bei einem solchen von 10 Hektar" ⟨Kautsky, S. 93⟩. „Je länger die Grenzen eines Grundstücks, desto größer auch der Verlust an Saatgut" ⟨Kautsky nach Krämer, S. 93⟩.

Dagegen läßt sich wohl nichts einwenden, und es kommt dies unserem Betriebssystem zugute. —

Für den Großbetrieb: „Überall ist in der Maschinenanwendung der Großbetrieb weit voran." „Auch die elektrische Kraft ist mit Vorteil nur in großen Betrieben anzuwenden" ⟨Kautsky, S. 94 und 95⟩.

Dagegen ist wohl zugunsten der Kleinbetriebe eingewendet worden, daß auch Kleinbauern bereits Maschinen verwenden ⟨David⟩, und ferner, daß jedenfalls die landwirtschaftlichen Genossenschaften deren Anwendung ermöglichen ⟨Hertz⟩. Bei unserem Betriebsprogramme ist die Anwendung der Maschinen und der elektrischen Kraft selbstverständlich. —

Für den Großbetrieb spricht die Möglichkeit, das Saatgut auszuwählen und alle nötigen Meliorationen: Bewässerungen, Entwässerungen, Feldeisenbahnen, Bekämpfung von Seuchen, Vertilgung der Parasiten usw. auszuführen, wenn nur genügendes Kapital vorhanden ist; unser Betriebssystem kann dies alles in vollkommenster Weise durchführen, wobei alles ohne Kapitalaufwendung besorgt wird. Desgleichen sind bei uns die nötigen fachlichen Kräfte stets vorhanden, um eine rationelle Agrikultur zu betreiben, und zwar wird noch mehr nach Grundsätzen der Wissenschaft und Technik gearbeitet werden als bei den heutigen privaten Großgütern. Es gibt gemäß unserer Einrichtung gewissermaßen lauter relative, d. h. den vorhandenen Verhältnissen angepaßte Musterwirtschaften. —

Für unseren Riesenbetrieb spricht ferner, daß wir die gesamte Ackerfläche des Landes in, je nach den Umständen zweckmäßigster Weise in Einzelwirtschaften zerlegen können, so daß, nicht wie heute, auf Grund der eben vorhandenen Besitzgröße, sondern nach rein technischen und administrativen Gesichtspunkten vorgegangen werden kann. Denn unser staatlicher Riesen-

betrieb besteht eigentlich aus vielen Einzelbetrieben, die aber alle unter einer einheitlichen Zentralleitung, jedoch in ihrem Gebiete selbständig arbeiten. Hiermit fällt auch der gegen Großbetriebe erhobene Einwand der „durchschnittlich größeren Entfernungen der Ackerstücke vom Hof" weg ⟨David, S. 104, nach Thünen⟩. —

Für unseren zwangsweisen Riesenbetrieb spricht ferner der Umstand, daß bei ihm niemals von einem Arbeitermangel, wie heute, die Rede sein kann. Und damit fällt auch die Einwendung gegen Großbetriebe weg, die u. a. von Auhagen ⟨bei David auf S. 92 und 93⟩ erhoben wird: daß nämlich in „kritischen Stunden und Tagen" der bäuerliche Betrieb jenem überlegen sei, „der Kleinbetrieb hat beim Ernten der Früchte viel weniger Verluste als der größere Betrieb", heißt es. Aber bei der reichlichen Anzahl der Arbeiter, bei der Solidarität aller Arbeiter der Nährarmee, von denen momentan ein Teil der benachbarten Hofarbeiter in kritischen Momenten der Ernte, wie auch bei Elementarereignissen überhaupt, herbeigerufen werden kann, ist jene Überlegenheit des Kleinbetriebes nicht mehr als vorhanden anzusehen und man sieht, daß derselbe hinter einer solidarisch arbeitenden, über das ganze Land verbreiteten Nährarmee, die wie Truppenteile im Kriege da- und dorthin dirigiert werden kann, weit zurückbleibt. —

Für unseren kollektiven Riesenbetrieb spricht auch dies, daß die „Menschenausbeutung", durch die sich der Großackerbau heute über Wasser hält ⟨David, S. 323⟩, aufhört, so wie es auch nicht mehr vorkommen wird, daß der Kleinbauer „nicht nur sich selbst, sondern auch seine Familie zur Arbeit peitscht" ⟨Kautsky, S. 106⟩. —

Fassen wir nun alles Gesagte zusammen, so erweist sich, daß vom technischen und administrativen Standpunkte aus unser Betriebssystem alle Vorteile des Großbetriebes ohne seine Nachteile besitzt.

*

Jetzt aber tritt die psychologische Betrachtung der Arbeitsweise in unserem Betriebssystem, in dem das Selbstinteresse des Bodeneigentümers fehlt, in ihr Recht, wir haben uns daher mit der unzähligemal erhobenen Einwendung zu befassen, daß: nur das Sondereigentum, allgemeiner: das wirtschaftliche Selbstinteresse, die höchste Produktivität verbürgt, und ferner: daß ein ökonomisches Gesetz existiere, nämlich das „der

notwendig mit zunehmender Bevölkerung und höherer Zivilisation steigenden Intensität des Landbaus". Welches Gesetz zeigen soll, „wie sehr Privateigentum am Boden im Interesse der Gesamtheit liegt" ⟨A. Wagner in „Die Abschaffung des privaten Grundeigentums", S. 19 und so auch fast alle anderen Autoren⟩.

Mit besonderer Schärfe wird dieser Gesichtspunkt des Sondereigentums hervorgehoben, wenn es sich eben um den Betrieb in der Landwirtschaft handelt, und in unserer Zeit, speziell an den schlechten Erfolgen der staatlichen Domänenwirtschaft demonstriert.

Schon Adam Smith hat ⟨im 2. Kapitel des 4. Buches seiner „Untersuchung"⟩ die Bemerkung gemacht: „Die Kronländereien Großbritanniens bringen gegenwärtig nicht den vierten Teil der Rente ein, die sich wahrscheinlich aus ihnen ziehen ließe, wenn sie das Eigentum von Privatpersonen wären", und seine Ansicht über die Schädlichkeit sehr großer landwirtschaftlicher Betriebe erhellt deutlich aus dem Nachsatze: „Wären die Kronländereien noch umfangreicher, so würden sie wahrscheinlich noch schlechter verwaltet werden."

Man hat heute, auf Grund vielfacher Erfahrungen, dieselbe Ansicht wie Smith über die staatliche Selbstverwaltung der Domänen, schuld seien: die Gleichgültigkeit gegen den Ertrag, das Fehlen der individuellen Initiative bei den Beamten, sowie des Selbstinteresses der Arbeiter. Und es habe auch die Einrichtung der „Gewährsverwaltung", d. h. der Garantie eines Minimalertrags und eines Anteils des Administrators am Mehrertrag, diese Übelstände nicht beheben können — schon darum, weil die Administratoren darauf nicht eingehen wollten —, so daß nichts anderes übrig blieb als die Einführung der Pacht und vornehmlich der Zeitpacht. Und diese, d. h. das Prinzip des Selbstinteresses des Landwirts, habe allein sich bewährt.

Daher ist bei den meisten Agrarpolitikern, wie z. B. bei Buchenberger, v. d. Goltz, v. Scheel die Selbstbewirtschaftung durch den Staat verpönt und nach Scheel „für ein Gewerbe wie die Landwirtschaft so ungeeignet wie nur möglich". Zu den obigen Einwendungen gegen landwirtschaftlichen Staatsbetrieb kommt noch jene gegen Großbetriebe überhaupt, welche die „Schwierigkeit der Beaufsichtigung der Arbeitskräfte hervorhebt, zumal diese fast nur aus gedungenen Lohnarbeitern . . . bestehen". ⟨Ad. Wagner in der „Grundlegung der politischen Ökonomie".⟩

*

Allem diesen gegenüber können wir dennoch unser Programm mit voller Beruhigung aufrecht erhalten.

Was den Mangel an Selbstinteresse des Bodenbebauers anbelangt, so trifft ja dieser Vorwurf auch alle heutigen landwirtschaftlichen Betriebe, die mit gedungenen fremden, oder auch mit der Wirtschaft stabil angehörigen Arbeitern geführt werden. Es sind daher nur die kleinbäuerlichen Betriebe ausgenommen. Alle anderen, also nicht nur die großen, sondern auch die mittleren Betriebe, müssen ja mit Leuten ohne Selbstinteresse arbeiten, und deren Eifer und Pflichttreue müssen so hingenommen werden, wie sie eben sind; schlimmstenfalls wird daher unser Staatsbetrieb ebenfalls mit solchen Kräften arbeiten, gegen heute also im Arbeitermateriale nicht zurückstehen. Überdies wird das heute benützte minderwertigste Arbeitspersonal, nämlich die gemieteten Wanderarbeiter, bei unserer Einrichtung überhaupt nicht existieren. —

Was den so oft hervorgehobenen Mangel an Initiative oder den schwerfälligen bureaukratischen Gang in administrativer Beziehung betrifft, also die Mängel der Leitung, so wird höchstwahrscheinlich der geistige Habitus der untergeordneten, so selbständig als möglich funktionierenden Organe, wie auch der zentralen Administrationen von dem heutigen sehr verschieden sein, und zwar in günstigem Sinne verschieden, und dasselbe wird bei den Arbeitern selbst gegenüber den heutigen gemieteten Arbeitern der Fall sein. Wenn ich das behaupte, so denke ich dabei nicht im mindesten daran, daß im Zukunftsstaate, respektive in einem wirklich sozialen Staate, die Menschen ganz andere moralische Anlagen als in unserer Zeit besitzen, daß sie „Engel und keine Menschen" sein werden. Sondern das politische und wirtschaftliche Regime des Sozialstaates muß es von selbst bewirken, daß alle Arbeiten mit ungleich weniger Verdrossenheit und Gleichgültigkeit vorgenommen werden, als bisher in allen jenen Fällen, in denen es sich nicht um das eigene Interesse handelt.

Denn vor allem wissen und empfinden es alle Arbeiter ⟨inklusive der Beamten⟩ der Nährarmee, daß sie in der Tat nicht nur in der Hauptsache für Andere und nur in geringerem Maße für sich selbst arbeiten, sondern daß eine volle Gleichheit aller Pflichten und aller Vorteile herrscht, daß es ferner ein sozusagen glänzendes Geschäft ist, einige Jahre in der Nährarmee zu dienen, um nachher für das ganze Leben versorgt zu sein, dabei

während der Dienstzeit alle möglichen Erleichterungen und Vorzüge sanitärer Einrichtungen zu genießen.

Dazu kommt, daß, wenn eine allgemeine Dienstpflicht in der Nährarmee und eine kollektive Volkswirtschaft mit allgemeiner Verteilung des Notwendigen eingeführt ist, alle Staatsbürger, ohne Ausnahme, sich um die zweckmäßige Durchführung des Systems in ihrem eigensten Interesse kümmern. So wie heute immerwährend Wünsche und Beschwerden im Gebiete des Post- und Eisenbahnwesens aus der Mitte des Publikums veröffentlicht, in Zeitschriften besprochen und in Volksvertretungen jeder Art vorgebracht, diskutiert und von den Regierungsbeamten berücksichtigt werden, so wird dies dann im Gebiete der staatlichen Kollektivwirtschaft geschehen. Die Ergebnisse der Produktion werden daher mit ungleich strengerem Maßstab gemessen und überhaupt in ungleich mehr Details kritisiert werden, als das jetzt der Fall ist.

Ja, es wird von selbst so kommen, daß die Auffassung der bureaukratischen Tätigkeit von weit mehr Gemeinsinn und daher auch von größerem Pflichtgefühl erfüllt sein wird als jetzt. Denn im Grunde genommen ist heute die, bewußte oder unbewußte, Auffassung des Staates und der Pflichten gegen denselben doch nur die einer außer uns stehenden, überdies strengen Behörde, man sieht in ihm noch immer nicht uns selbst, sondern praktisch genommen, den alten „Fiskus" und Polizeiorganismus. Es liegt, in der Regel wenigstens und namentlich bei den Staatsbeamten niedrigerer Kategorie, selten Jemandem viel daran, selbstlos zu arbeiten und Initiative zu beweisen, ja die letzteren müssen sich meistens davor hüten, durch irgend eine besondere spontane Tätigkeit den Kollegen oder Vorgesetzten Mehrarbeit zu verursachen oder die Eifersucht derselben zu erregen. Das alles hört in unserem System, wenn nicht gänzlich, so doch in großem Maße auf. Jeden Tag erkennt man dann, daß der Staat, seine Beamten, nichts anderes als wir selbst sind, daß wir für uns selbst arbeiten und daß der heutige Abstand zwischen Regierung und Regierten gar nicht mehr vorhanden ist. —

Zudem ist auch jene gewisse Scheidewand, jene Gegenüberstellung der Berufe, also auch des landwirtschaftlichen gegen alle anderen, bei unserem System nicht vorhanden, welche heute die in den einzelnen Berufen tätigen Personen — von dem persönlichen Egoismus ganz abgesehen — mit einem gewissen

Berufsegoismus erfüllt, wovon die Folge die ist, daß die Ergiebigkeit ihrer Tätigkeit, also der Arbeitsertrag, nur nach dem Nutzen für ihre Berufsgruppe und fast gar nicht nach dem für die Allgemeinheit ins Auge gefaßt wird. In unserer Minimum-Institution, also auch in der landwirtschaftlichen Nährarmee, werden sich aber die Arbeiter nicht als Bauern fühlen, die von der „heiligen Mutter Erde", von der „Liebe zur Scholle", von der unvergleichlichen Bedeutung ihrer speziellen Tätigkeit usw. entweder aus sich selbst heraus faseln, oder von egoistischen oder bornierten Sozialpolitikern zu dem bekannten Bauernstolz und der mystischen Anbetung der Scholle dressiert werden. In der Nährarmee sind alle Bodenbebauer samt ihren höheren und höchsten Beamten nur Angehörige eines einzigen, sich über den ganzen Staat erstreckenden Berufes, nämlich des Berufes, sich selbst wie auch allen anderen den Lebensunterhalt zu sichern, geradeso wie die einzelnen Regimenter einer ganzen Armee im Kriege, wo ebenfalls keine Waffengattung nur ihren eigenen Wert schätzt, sondern sich mit jeder anderen zusammengehörig fühlt und darnach arbeitet.

Mit dieser Betrachtung gelangen wir aber zur Würdigung des von den meisten Agrarpolitikern — mit Ausnahme der Sozialisten — vorgebrachten Arguments: daß das heutige System der Selbstverwaltung, d. h. des Sondereigentums an Grund und Boden, aus politischen und sozialpolitischen Gründen aufrechterhalten werden müsse, wie z. B. Buchenberger verlangt, oder wie A. Wagner in seiner „Grundlegung" (3. Aufl. I. S. 386) es ausdrückt, wegen der „ganz unersetzbaren sozialen und politischen Vorzüge eines tüchtigen Bauernstandes und Kleingrundbesitzerstandes", denn, meint Wagner (auf S. 456), „die ländliche Bevölkerung bildet die große Reserve menschlicher Kraft, den Jungbrunnen zur Rekrutierung und Erneuerung der städtisch-industriellen Bevölkerung". Und Schmoller erklärt: „Ein sozial gesundes Staatswesen ist immer nur dasjenige, in welchem die Majorität der Staatsbürger aus Grundeigentümern besteht. Es gibt nur einen absolut sicheren Schutzwall gegen alle Sozialdemokratie und Revolution, eine entsprechende Zahl der kleinen Leute und Arbeiter hinüberzuziehen in die Klasse der Landeigentümer." (Jahrb. für Gesetzgebung, 12. Jahrg., S. 254 und 255.) —

Aus diesen Zitaten ist der Kern und Grund der besonderen

Vorliebe für den Bauernstand deutlich erkennbar, es ist die Sympathie mit der politischen und kulturellen Trägheit der großen Masse, die in dem heutigen Staatswesen die mächtigste Bremse gegen den politischen Fortschritt repräsentiert. Und diese Sympathie mit der kulturellen Trägheit der Landbevölkerung ist es auch, die die Priester der verschiedenen Konfessionen, namentlich der katholischen, dem Bauernstand so geneigt macht.

*

Aber nicht ein einziges der Argumente, das die Landbevölkerung auf Kosten der städtischen emporhebt, ist stichhaltig, viel eher ist die umgekehrte Ansicht richtig. Denn vor allem ist es Tatsache, daß „Herzenshärtigkeit" bei den Dorfbewohnern viel mehr zu finden ist als bei den Stadtbewohnern, der Eigentumsfanatismus in allen seinen Äußerungen: Geldgeiz, Bodengeiz, Mißgunst gegenüber allen Nachbarn, Prozeßsucht bis ins Extreme, sind die spezifischen Eigenschaften der selbständigen Bodenbebauer. Hierzu kommt aber noch der förmliche Widerwillen gegen Intelligenz und Wissenschaft, der Hochmut gegenüber allen anderen Berufen, vollste Hingabe an den krassesten religiösen Aberglauben und Widerstand gegen Reformen, die nicht zu seinem eigenen Nutzen erdacht sind. —

Unsere heutige Kultur ist eine wesentlich städtische, und auch alle früheren kulturellen Neubildungen gingen seit jeher nur von den Städten aus. Babylon, Jerusalem, Athen, Rom, Paris, London, das waren die Ausgangspunkte, das Land, die Bauern repräsentieren immer das Unterbewußtsein, die dumpfe Unterschicht der Menschheit. Und immer waren es diejenigen, die für geistigen Fortschritt und Aufschwung des menschlichen Individualitätsbewußtseins keinen Sinn oder sogar Antipathie hatten, welche für bäuerliche gegen städtische Kultur Partei ergriffen.

Ja sogar in Beziehung auf sexuelle Verbrechen und perverse Gelüste übertrifft der Bauer den Städter, und was Pietätlosigkeit gegen arme Eltern, die von dem kleinen Grundbesitzer erhalten werden sollen, betrifft, so übersteigt sie alles, was in dieser Beziehung in städtischen Familien jemals anzutreffen ist, obwohl diese — was allerdings zugestanden werden kann — sich viel weniger an Messen, Beichten und Wallfahrten, überhaupt an religiösen, besser gesagt: kirchlichen Dingen, beteiligen als die fromme Landbevölkerung.

Da frage ich nun: Was ist nach diesem allen an dem Bauernstand in moralischer und sozialpolitischer Hinsicht zu loben? Was soll uns bewegen, ihn als gesonderten Stand oder Beruf aufrechtzuerhalten? Und wie kommt es, daß jene oben zitierten Theoretiker der Volkswirtschaftspolitik alle diese großen Charakterfehler der landwirtschaftlichen Bevölkerung übersehen?

Die einseitigen Agrarier und speziell die Verteidiger der Institution des Kleinbauernstandes treiben mit der „Heiligkeit der ererbten Scholle" einen beinahe ans Mystische streifenden Kultus. Land gegen Stadt wird wie Engel gegen Teufel hingestellt, dort alle Tugend, Frömmigkeit, Gesundheit und hier von diesem allen das Gegenteil. Die Statistik der Verbrechen spricht aber durchaus nicht in diesem Sinne, und welcher vernünftige Mensch kann auch glauben, daß die Hälfte der Bevölkerung, nämlich jene der Städte, schlecht und die andere Hälfte gut sei! —

Der Agrarier Prof. Oldenberg meint in seinem Werke „Deutschland als Industriestaat":

„Noch weniger pflegt miterwogen zu werden die unpädagogische Wirkung, die der Fortschritt ‹der Industrie› auf die Volksgesittung übt. Die Geldwirtschaft schafft überall feindliche Interessen zwischen den Individuen, die früher nur durch gemeinsame Interessen verbunden waren, und der Erwerbstrieb mit seinem bösen Blicke gewinnt über den Menschen die Herrschaft." Oldenberg verwechselt hier die Wirkung des speziellen industriellen Fortschritts mit der des Privateigentums. Der „böse Blick" des Erwerbstriebes wurde aber schon seit undenklichen Zeiten gerügt. Es ist ja täglich zu beobachten, daß der Erwerbstrieb überhaupt, besonders darum, weil er sich heute auch auf das zum Leben Notwendige erstrecken muß, schlimme Folgen für den Charakter der Menschen hat, ich spreche ja auch in diesem Buche eingehender darüber. Aber Oldenbergs Anschwärzung der Industrie gegenüber der Landwirtschaft ist ganz unberechtigt. Eher ist das Umgekehrte richtig, denn es gibt unter Industriellen und Kaufleuten bei weitem nicht soviel Mißgunst, Prozeßsucht und Habsucht wie unter den Bauern.* —

* Sehr anschaulich wird diese allgemeine Tatsache von Gottfried Keller am Anfang der Novelle „Romeo und Julie auf dem Dorfe" geschildert.

Auch der Nationalökonom Rau spricht von der „einfachen, sittlichen, gesetzmäßigen Stimmung" in dem Gemüt der Bauern. Es ist so, als ob alle diese so agrarisch begeisterten Schriftsteller in der Welt der Geßnerschen Idyllen und der Schäferspiele aufgewachsen wären!

Eine Aufklärung erheischt übrigens auch das von A. Wagner, und seit jeher oft, angewendete Argument, demzufolge die ländliche Bevölkerung die „große Reserve menschlicher Kraft", „den Jungbrunnen zur Rekrutierung und Erneuerung der städtisch industriellen Bevölkerung" bildet.

Bekanntlich wurde das Rekrutierungs-Argument schon unter Friedrich dem Großen seitens der Junker benützt, um die Leibeigenschaft der Bauern, die der große König aufheben wollte, aufrecht zu halten. Wie wir aber sehen, betrachtet man auch heute noch den Bauernstand gerne vom Standpunkt des „Materials" für die Armee, wenn es auch jetzt nicht mehr bloß aus egoistischen Gründen, wie seitens der damaligen Großgrundbesitzer, geschieht. Gegen eine solche Auffassung einer Bevölkerungsklasse, vermöge deren man sie wie ein Züchter sein Zucht- oder Mastvieh beurteilt, muß ernstlich protestiert werden.

Was die Reserve menschlicher Kraft im Bauernstande und die Erneuerung der städtischen Bevölkerung betrifft, so ist mit dieser Gegenüberstellung ein Kontrast als permanent hingestellt, der bei Anwendung der richtigen hygienischen Maßregeln in den ⟨großen⟩ Städten verschwinden wird,* und andererseits ist, wenn man schon den militärischen Gesichtspunkt festhalten will, nicht zu vergessen, daß im Krieg der Intellekt mindestens ebenso wichtig ist wie die rein physische Kraft, und das würde sehr zugunsten der intelligenteren städtischen Soldaten sprechen.

Bei unserem Programm, wonach eine Durchmischung der ganzen Bevölkerung infolge ihrer Rekrutierung für die Nährarmee stattfindet, werden die sanitären Vorteile ländlicher Beschäftigung abwechselnd und allgemein genossen werden; man kann zur besseren Ausgleichung sogar so vorgehen, daß die Mitglieder der Nährarmee nicht ihre ganze, sondern nur z. B. die halbe, oder noch geringere

* In jüngster Zeit soll übrigens gerade in den ländlichen Bezirken ein schlechtes Ergebnis der Rekrutierung zu verzeichnen sein. Ich gebe diese Behauptung mit Reserve wieder.

Dienstzeit in dem Agrikulturberuf verbringen, so daß einem sehr großen, wenn nicht dem größten Teil der Bevölkerung die Annehmlichkeiten der Landarbeit zuteil werden.

Nebenbei sei auch noch bemerkt, daß die Freude Wagners und seiner Gesinnungsgenossen an dem bäuerlichen „Jungbrunnen zur Rekrutierung" nicht recht verständlich ist. Denn wenn alle Staaten solche Jungbrunnen besitzen, so ist wieder nichts damit gewonnen, es wird zwar kräftiger gerauft, aber Freund und Feind raufen — unter sonst gleichen Umständen — mit gleichen „Jungbrunnen"!

Nichts spricht also dafür, aber alles dagegen, aus sozialpolitischen Gründen den landwirtschaftlichen Privatbetrieb oder den Privatbesitz an Grund und Boden aufrechtzuerhalten, weder Pacht noch Eigenbau können sich der mannigfaltigen Vorteile rühmen, die eine kollektive Bewirtschaftung des staatseigentümlichen gesamten Bodens mit sich bringt.

Speziell bezüglich der Pacht möge hier darauf hingewiesen werden, daß nicht nur mit dieser Institution nicht entfernt das erreicht werden kann, was wir mit unserem allgemeinen Programm bezwecken, sondern, daß sie auch an und für sich, schon unter den heutigen Verhältnissen, wesentliche Mängel aufweist, obwohl, seltsamerweise, so manche Bodenreformer sich sehr für das Pachtsystem begeistern. Ich will nur die Kritik Schäffles ⟨in seinem Werke „Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft" ⟨3. Aufl. 1873, S. 319⟩ hier anführen, die wohl genügen wird: „Selbst die längere Zeitpacht", heißt es dort, „leidet . . . wirtschaftlich an einigen Gebrechen, deren Beseitigung wohl nie völlig gelingen wird: an Raubbau gegen den Schluß der Pachtfrist hin, an der Unterlassung von Meliorationen in demselben Zeitpunkt." Auch eine so sachverständige Autorität wie Buchenberger hält wenigstens die Zeitpacht nicht „für erstrebenswert". —

Kropotkin teilt in seinem Werke: „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt" mit, daß sich in Rußland eine neue Form der Gesamtwirtschaft herausbildet, und zwar nicht als Rückfall in die jährliche Parzellenverteilung, sondern als einziges Mittel, die Vorteile des Großbetriebes den Massen der kleinen Landleute zugänglich zu machen. Hunderte von bäuerlichen Gemein-

wesen haben freiwillig ihr Land zusammengeworfen, um genossenschaftlich mit Drainage, Dampfpflug und Dreschmaschine die Gesamterträge und den Anteil jedes Einzelnen daran zu steigern. Diese neuen Bauerngilden pachten auch große Güter und bewirtschaften sie im Großbetrieb gemeinsam unter Ausnutzung der modernen maschinellen Hilfsmittel. Aber die Regel bildet die gemeinschaftliche Bewirtschaftung der eigenen vereinigten Ländereien, während wie v. Unruh in einem Essay über Darwin und Kropotkin hervorhebt, z. B. in Deutschland dieselbe Entwicklung in Form von zahllosen ländlichen Genossenschaften, aber auf streng geteilten, kleinen verzettelten Flächen stattfindet. Wenn wir nun sehen, daß in kleinerem Maßstabe das schon freiwillig und mit Nutzen für die Beteiligten geschieht, was wir hier im großen für die Agrikultur eines ganzen Landes anstreben, so ist gar kein sachlicher Grund vorhanden, an der Möglichkeit desselben zu zweifeln oder das Programm irgendwie sonderbar zu finden.

*

Man beachte nebst dem bisher Angeführten auch noch die Konsequenz unseres Systems, daß dann die, wie die Erfahrung zeigt, relativ nutzlose Mühe der endlosen Agrargesetzgebung aufhört.

Wenn man die landwirtschaftliche Literatur und die Reden in privaten wie in öffentlichen Versammlungen in allen Ländern betrachtet, so findet man nichts so oft wie die Phrasen von der „Not der Landwirtschaft", von der „Krisis in der Landwirtschaft", von dem Untergang oder von der „Erhaltung des Bauernstandes" u. dergl. Und es ist gewiß ganz überflüssig, hier auf alle jene zahlreichen Fragen hinzuweisen, mit denen sich die Agrarpolitik fortwährend beschäftigen muß: alle die Beziehungen zu anderen Berufen, zu den Konsumenten, zum Auslande (das Nahrungsmittel billig ins Land werfen kann), die Verschuldungsfragen, das ganze Hypothekenwesen; man denke daran, welchen Schweiß die Abfassung von Handelsverträgen immer kostet usw. usw. Das alles hört bei unserem System ganz oder in hohem Maße auf.

*

Denken wir ferner an die heutigen Wirkungen und Hilfsaktionen bei Elementarereignissen.

Da solche Kalamitäten ‹glücklicherweise› stets nur einzelne landwirtschaftliche Betriebe oder Dörfer oder Bezirke treffen, so sind die Betroffenen entweder unwiderruflich geschädigt und oft ganz ruiniert, oder sie müssen sich an das Wohlwollen des Staates ‹Landes› wenden und bitten, man möge ihnen Steuernachlässe oder ein billiges Anlehen oder Moratorien oder ein direktes Geldgeschenk gewähren, Saatgut oder direkt Nahrungsmittel unter sie verteilen. Mitunter geht man sogar an die Gesamtbevölkerung heran, um freiwillige Beiträge zu sammeln.

Nicht immer wird ihre Bitte gewährt, meist sehr spät, selten in ausreichendem Maße. Auch das Institut der Versicherung reicht nicht aus, denn viele bringen die Einzahlungen nicht oder nicht immer auf, oft gibt es Schwierigkeiten bei der Abschätzung der Schadensziffer, fast nie reicht die Entschädigung aus, um den ganzen Verlust gutzumachen. Kurz: eine annähernde oder volle Deckung für die Ernteausfälle zu verschaffen, scheitert — wie auch Buchenberger bemerkt — stets an der Größe der in Frage stehenden Beträge.

Bei unserem System aber ist die gesamte Landwirtschaft eines Landes die eines einzigen Großguts, man braucht gar keine privaten oder staatlichen Assekuranzinstitute. Sondern, was einen Bezirk trifft — Hagel, schlechte Witterung, Tierseuchen usw. — verteilt sich auf das ganze Land, die Kalamität nimmt daher an Intensität der Folgen bedeutend ab und trifft die ganze Bevölkerung und nicht einzelne kleine Teile derselben. Es herrscht vollkommene Solidarität.

•

Ganz erspart wird bei unserer landwirtschaftlichen Gesamt-Staatswirtschaft die Etablierung der heute schon so zahlreichen und sich immer noch sehr vermehrenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, von denen jede ihre eigenen Administrationen, Buchhalter, Kassen, Statuten, Versammlungen usw. besitzt. Angefangen von den Molkereigenossenschaften, Eier-, Viehverkaufs-Schlächtereigenossenschaften, bis zu der genossenschaftlichen Organisation des Düngerankaufs, des Getreideverkaufs, bis zur jetzt im Gange befindlichen Errichtung von Kornhäusern behufs Beleihung des Getreides sowie zu dessen guter Verwertung durch Erlangung einer „gesunden" Preisbildung usw. usw. — alle diese selbständigen, niemals sehr zahlreiche Mitglieder besitzenden Genossenschaften

repräsentieren immer nur eine Zersplitterung der gesamten Landwirtschaft und arbeiten überdies oft gegeneinander.

Man möge in dieser Beziehung folgende Tatsache beherzigen: In Deutschland hatte man, bis zum 1. Juli 1907, schon nicht weniger als 20 979 Genossenschaften, wovon 14 054 Spar- und Darlehenskassen, 2026 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 3146 Molkerei- und Milchverwertungsgenossenschaften und 1753 sonstige Genossenschaften waren. Bei den letzteren handelt es sich um: Maschinen-, Winzer-, Brennerei-, Eierverkaufs-, Gemüseverwertungs-, Obstverwertungs-, Wasserleitungs-, Buchführungs-, Weidegenossenschaften usw. usw.

Man stelle sich nun vor, daß diese — als Allheilmittel gepriesene — Institution, der bis zum 1. Juli 1907 nicht mehr als 1 845 000 Mitglieder angehörten, sich immer weiter vermehrt; man denke an alle die kleinen Beamten, Bureaus, Schreibereien, Verrechnungen, und vergleiche einen solchen Zustand mit dem eines landwirtschaftlichen staatlichen Kollektivbetriebes. Da muß man doch wohl zur Einsicht gelangen, wie unvergleichlich einfacher und rationeller der letztere Modus sein muß! —

Überdies herrscht bei dem heutigen System der vielen Vereine oder Genossenschaften — wie Buchenberger hervorhebt — der mißliche Umstand, daß „man der Segnungen der Genossenschaft nur durch gleichzeitige Angehörigkeit zu mehreren Einzelgenossenschaften teilhaft werden kann, ferner die Schwierigkeit, die zur Leitung . . . erforderlichen Persönlichkeiten zu gewinnen".

Gerade diese beiden Mißstände sind in unserem System nicht vorhanden. Bei diesem gibt es nur eine große Genossenschaft: den ganzen Staat, welche Genossenschaft in rationellster Weise geleitet wird und die meisten Aufgaben der heutigen, teilweise oben genannten, speziellen Genossenschaften gar nicht nötig hat, denn aller Kauf oder Verkauf fehlt ja bei unserem System. Und was die leitenden Persönlichkeiten betrifft, so kann es uns nie an solchen fehlen, denn es werden in den Kollektiv-Organismus überall so viel brauchbare Personen eingeschoben, als eben nötig sind. Hiermit aber fällt auch das Hauptargument der Gegner des kollektiven Landwirtschaftsbetriebes weg.

Diese berufen sich nämlich gerne auf das Fiasko, das die bisherigen korporativen Farmbetriebe erlitten, ganz speziell die englischen Konsumgenossenschaften, welche — ich zitiere nach Davids

„Sozialismus und Landwirtschaft" — auf gekauftem oder gepachtetem Lande eine Reihe landwirtschaftlicher Produktivabteilungen ins Leben riefen. Professor Long nennt diese Unternehmungen ein „verfehltes Experiment" und warnt vor einer Nachahmung derselben. Aber der Hauptgrund des Fehlschlagens war die „Unmöglichkeit, fachmännische Leiter von gleicher Tüchtigkeit zu gewinnen, wie es die Landwirte sind, und ferner: Arbeiter mit genügend aktivem Interesse zu finden". Beide Übelstände fallen bei uns weg, über den ersten sprachen wir schon oben, was den anderen betrifft, so haben wir ebenfalls bereits auseinandergesetzt, daß die Arbeiter in unserem sozialen Staat auf keinen Fall schlechter als die heutigen landwirtschaftlichen Lohnarbeiter sein, sie im Gegenteil wahrscheinlich an „aktivem Interesse" bedeutend übertreffen werden.

Allerdings ist es schwer, im vorhinein zu entscheiden, wie weit dieser psychologische Faktor in unserem Sozialstaat sich verstärken werde, und es darf auch nicht verschwiegen werden, daß im Falle der eben erwähnten genossenschaftlichen Farmbetriebe englischer Konsumvereine selbst da, wo die Arbeiter sämtlich Mitglieder der Genossenschaft sind . . . über ihre Interesselosigkeit geklagt wird ⟨David, S. 584⟩, so daß Long, Lloyd u. a. sich für das System der Parzellierung und Verpachtung des Bodens aussprechen mußten.

*

Es heißt ferner, „daß das Selbstinteresse des Einzelnen am Erfolg seiner Arbeit um so unerläßlicher sei, als bei landwirtschaftlichen Arbeiten jede innere wie äußere Kontrolle nach der Natur der Sache mangelt", daß hingegen, wie David hervorhebt, ein kapitalistischer Unternehmer, der wie ein Jagdhund dahinter her und skrupellos in der Ausbeutung seiner Lohnarbeiter und skrupellos in seinem gesamten übrigen Geschäftsgebaren ist, viel eher einen landwirtschaftlichen Großbetrieb mit finanziellem Erfolg zu betreiben vermöge, als eine solcher Mittel und Methoden entratende Korporativorganisation.

Da ist es denn doch geboten, zu fragen: Ist denn eine „skrupellose Ausbeutung" der Arbeiter seitens eines Unternehmers, der wie ein „Jagdhund" hinter ihnen her ist, das Ideal, das wir anstreben sollen, weil ein besserer finanzieller Erfolg in Aussicht steht? Selbst zugegeben, daß in unserem System

infolge mangelnden Selbstinteresses ein geringerer Rohertrag erzielt würde — auf finanziellen Erfolg kommt es ja bei uns gar nicht an — perhorreszieren wir eine so forcierte Arbeit der Mitglieder der Nährarmee, die eventuell mindere Anstrengung derselben werden wir durch die größere Zahl derselben wettmachen, „forciert" zu arbeiten, ist keine Pflicht und keine Tugend und darf in einer gesitteten Gesellschaft von Niemandem verlangt werden. —

Im ganzen und großen aber stellen wir dem Bedenken des zu geringen Rohertrages ‹wegen mangelnden Selbstinteresses› drei Argumente entgegen, die unser sozialpolitisches Programm auch für die Landwirtschaft als das richtige aufweisen:

1. Ein etwaiger geringerer Fleiß des Einzelnen kann immer durch die größere Zahl von Arbeitern, resp. längere Dienstzeit in der Nährarmee, kompensiert werden, und diese größere Zahl wird nicht gegen Entlohnung, sondern durch Rekrutierung gewonnen, diese Methode schadet also in keiner Weise, und die Bevölkerung, im ganzen genommen, hat nur sich selbst, nämlich der Qualität ihrer Arbeit die Länge oder Kürze ihres Dienstes zuzuschreiben, darüber kann sich aber wohl Niemand beschweren, und es ist diese „Abhängigkeit von sich selbst", wenn man da überhaupt von Abhängigkeit sprechen kann, eine unvergleichlich mildere als jene durch Not oder Härte eines Brotherrn erzwungene, die dem Verhältnis des bezahlten Arbeiters zum Unternehmer den Charakter der Sklaverei aufdrückt.

2. Selbst einen geringeren Fleiß der Arbeiter in einer Nährarmee gegenüber dem eines Landwirts mit Selbstinteresse zugegeben, ist es doch soviel wie sicher, daß dies durch die so häufige Unwissenheit oder Faulheit bei unseren jetzigen Bauern teilweise oder ganz aufgewogen, wo nicht überkompensiert, wird, denn bei unserem System wird die Landwirtschaft bis ins einzelne Detail hinein und im ganzen Lande nach den Grundsätzen der Wissenschaft und Erfahrung betrieben.

3. Wenn wir selbst in den beiden vorigen Beziehungen durch zukünftige Erfahrungen in irgendeiner Weise widerlegt würden, so ist das noch immer kein Grund, an unserem Programm die geringste Änderung vorzunehmen. Es wird bei Behandlung der Frage nach den Folgen eines kollektiven Landwirtschaftsbetriebs in einseitiger Weise fast alles Gewicht auf den Produktivitätsfaktor und keines auf den Verteilungsfaktor gelegt. Aber es ist un-

bedingt wahr, daß eine eventuelle Verschlechterung des ersteren niemals einen so hohen Grad erreichen kann, daß die Übelstände des heutigen Verteilungssystems deswegen in Kauf genommen werden dürften. Diese Übelstände sind so groß (und allseits zugestanden), daß die Vollkommenheit der Verteilung alles Notwendigen in unserem System eine etwaige Minderung der Produktivität weitaus aufwiegt. Hierzu kommt, daß eine solche Minderung stets nur eine relative sein, d. h. im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten stehe, also immer durch Verbesserung der Organisation der Nährarmee behoben werden kann. — — —

*

Noch wäre über die Assoziation in der Landwirtschaft zu sprechen.

Über die relative Nützlichkeit derselben ist man wohl allgemein einig; aber schon aus den oben gemachten Bemerkungen geht hervor, daß landwirtschaftliche Genossenschaften nur als schüchterne Anfänge einer Entwicklung anzusehen sind, die endlich in unser soziales Programm einmünden muß; und der Jubel, der mitunter über eine erfolgreiche Gründung dieser Art angestimmt wird, kann nur einen heiteren Eindruck auf jenen machen, der seinen Blick auf das Ganze, auf die wirkliche „Volks-Wirtschaft", d. i. auf das Problem der Lebenshaltung aller Individuen, gerichtet hält. Wenn man sich z. B. erinnert, mit welcher Begeisterung vor relativ kurzer Zeit über das Gedeihen der — Molkereigenossenschaften berichtet wurde, so, als ob nunmehr die Methode, alle wirtschaftlichen Sorgen aus der Welt zu schaffen, gefunden worden wäre, so muß man in der Tat an den Goetheschen Schlußsatz im „Jahrmarktsfest zu Plundersweilern" denken: „In einen Pfefferkuchen verkrochen sich deine Wünsche, Kind, geh nach Hause!"

*

Die Betrachtungen der Nationalökonomen und besonders der spezifischen Agrarpolitiker beziehen sich viel zu sehr auf die Agrikultur als einen besonderen Beruf, und viel zu wenig als auf einen Teil der ganzen Produktion und auf deren Verteilung unter die Bevölkerung, obwohl mitunter einzelne abstrakte Sätze und Maximen ausgesprochen werden, die den richtigen Weg zeigen, so fehlt doch der Mut, sie praktisch-

brauchbar zu interpretieren. So sagt z. B. Schäffle in seinem Werke „Das gesellschaftliche System . . .": „Der an Vervollkommnung der Gesellschaft fruchtbarste Einkommenprozeß ist das Ideal volkswirtschaftlicher Verteilung der Güter durch die Gesamtheit aller Einkommen." Wenn man diesen Gedanken etwas näher verfolgt, so gelangt man, wenn man nur einigermaßen sozialistisch und nicht kaufmännisch-egoistisch empfindet, zu unserem oder einem ähnlichen Programm.

Das fällt aber den deduktiven Nationalökonomen, die nicht Sozialisten sind, nicht entfernt ein, sie behandeln die gesamte Volksproduktion, also die „Gesamtheit aller Einkommen", immer wie eine große Decke, an der alle Individuen oder Berufsgruppen wild herumreißen, um sich nur ein möglichst großes Stück von ihr zu sichern. Auf diese Weise wird die Landwirtschaft wie ein gesondertes Gebiet für sich behandelt und nur das Wohl der ihr angehörigen Bevölkerung ins Auge gefaßt, nicht aber daran gedacht, die Agrikultur als einen Teil der ganzen produktiven Tätigkeit der Bevölkerung zu behandeln. Deutlich sieht man das z. B. aus dem Satze Buchenbergers: „Die wahre Lösung ‹des Bodenreformproblems› liegt nicht in der Beseitigung des Privateigentums, sondern in der Herbeiführung einer besseren, gesünderen Grundeigentumsverteilung durch eine planvoll vorgehende Landpolitik — welche den eigentumsweisen, allenfalls erbpachtweisen Besitz einer möglichst großen Anzahl Familien sichert."

Wie man sieht, erstreckt sich hier die Fürsorge nur auf die von der Landwirtschaft lebenden Personen, nicht aber darauf, daß die Landwirtschaft allen zugute komme. Diese Isolierung eines Berufs ist die Folge des heutigen allgemeinen Berufsegoismus und die Ursache des wirtschaftlichen Kampfes aller Berufe untereinander.

Trotz dieser einseitigen, also prinzipiell fehlerhaften Behandlung der Volkswirtschaft und speziell der Landwirtschaft fühlen selbst Spezialisten der Agrarpolitik, daß alles nach größerer Zusammenfassung und Solidarität drängt. Ein so hervorragender Agrarpolitiker wie Buchenberger behandelt das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wohl von dem Standpunkte aus, daß „Genossenschaften zum gemeinsamen Betrieb ganzer Landgüter ‹Kollektivwirtschaft› bis jetzt seltene Ausnahmen geblieben"

sind und wegen „Erwägungen gesunder Sozialpolitik nicht anzuraten wären", schließlich faßt er dennoch ein „Endziel der Genossenschaftsbewegung" ins Auge und sagt ⟨S. 523 des oben zitierten Werkes⟩:

„Mit den mannigfaltigen Formen, zu denen der Genossenschaftsgedanke bis jetzt sich durchgerungen hat, und mit der buntscheckigen Vielheit von Genossenschaftsbildungen zur Befriedigung wirtschaftlicher Einzelbedürfnisse wird doch nur eine sehr oberflächliche Betrachtungsweise sich zufrieden geben dürfen, eine tiefere Erfassung der Bewegung wird vielmehr zu dem Gedanken hinneigen, daß diese erst in den embryonalsten Verhältnissen sich befindet und daß der endliche und befriedigende Abschluß derselben von einem organischen Zusammenfassen der Vielheit in einen einheitlichen Organismus* erwartet werden darf. Mit anderen Worten: Was jetzt im Wege der genossenschaftlichen Förderung bestimmter einzelner Wirtschaftszwecke durch eine verwirrende Mannigfaltigkeit unabhängig voneinander arbeitender Einzelgenossenschaften* zu erreichen gesucht wird, soll und muß schließlich der Kollektivgenossenschaft der bodenbewirtschaftenden Klassen zufallen und daher die korporative Organisierung des Landvolks zur Verwaltung der seinen landwirtschaftlichen Betriebsbedürfnissen dienenden Angelegenheiten das Endziel der jetzigen Bewegung bilden."

Und Buchenberger fügt dann noch die Bemerkung hinzu, es sei müßig, „jetzt schon sich ein Bild über den Korporationsverband der gesamten Landbevölkerung zu machen," jedenfalls wäre aber „auf die lästige Zwangsfessel kollektivistischer Betriebsweisen und die Bevormundung der Einzelwirtschaftsführung" zu verzichten.

Die letztere Verwahrung glaube ich in Obigem genügend widerlegt zu haben, sonst aber wäre die Realisierung der Buchenbergerschen Vorstellung des „Endziels" der Genossenschaftsbewegung bereits ein so großer Schritt vorwärts zu unserem Programm, daß ich glaube, daß zur Zeit einer solchen Realisierung jenes Endziels die soziale Empfindung der Menschen schon genügend erstarkt sein würde, um unser soziales System der Kollektivproduktion und allgemeiner und bedingungsloser Verteilung in seiner Gänze zu verlangen und durchzuführen.

---

* Von mir unterstrichen.

Zum Schlusse dieser Digression über kollektiven Landwirtschaftsbetrieb im Rahmen unseres sozialen Programms möchte ich noch durch Anführung eines auch an sich interessanten Details aus der Wirtschaftsgeschichte ganz anschaulich zeigen, zu welchen Absurditäten unser bisheriger geldwirtschaftlicher Betrieb der Agrikultur, also das Streben nach großem Reinertrag, führt.

Wie ich der „Agrarpolitik" von L. Brentano ⟨aus dem Jahre 1897⟩ entnehme, hatte Friedrich der Große bei seinen landwirtschaftlichen Meliorationen enorme Verluste zu erleiden: „es wurden durch dieselben allerdings bedeutend höhere Roherträge erzielt, allein der dafür erlöste Preis war so niedrig, daß das neu gewonnene Ackerland nicht so viel wert war, wie die auf seine Gewinnung verwendeten Kosten betragen hatten." Friedrich soll, um sein Fiasko nicht bekannt werden zu lassen, sogar alle bezüglichen Rechnungen — verbrannt haben!

Kann man sich nun etwas Absurderes denken, und zugleich etwas Traurigeres, als daß Unternehmungen, die zur Vermehrung der Nahrungsmittel einer ganzen Bevölkerung dienten, als verfehlt gelten? Der Nation als Ganzes kann es sich doch nur darum handeln, mehr Getreide, z. B. durch Verbesserungen in der Agrikultur, zu ernten, sozusagen: der Natur zu entreißen! Und ist es nicht mitleiderregend, daß der große König, der wie der gewissenhafteste Administrator eines Großgutes auf Meliorationen jeder Art bedacht war,* der an seine französischen Freunde voll Befriedigung darüber berichtete, daß die Provinz Schlesien infolge seiner Maßnahmen jetzt so und so viel mehr Kühe besitze, daß so und so viele früher unbebaute Flächen jetzt gute Ernte bringen, schließlich seine Rechnungen verbrennen muß, aus Scham darüber, daß seine Unternehmungen schlechte Geschäfte waren? Was geht denn uns, die

* Friedrich den Großen kennt man hauptsächlich als großen Feldherrn, sowie als religiös toleranten, gerechten, freisinnigen, witzigen und gelehrten Regenten; aber was für ein besorgter Hausvater seines Landes er war, wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelte, ist sehr wenig bekannt, weil sich das selbst sehr intelligente Publikum für volkswirtschaftliche Maßnahmen viel weniger als für Kriege und politische Intrigen interessiert. Nun höre man die Worte, die ein so siegreicher Soldat wie Friedrich bei folgender Gelegenheit sprach: Man feierte eben in Berlin mit ungewöhnlicher Prachtentfaltung den Sieg der preußischen Waffen bei Leuthen. Festlichkeit folgte auf Festlichkeit, Adel, Staatsmänner und Gelehrte wetteiferten in ihren Huldigungen zu Ehren des großen Königs. Da geschah eines Abends etwas Merkwürdiges. Friedrich II. trat plötzlich in un-

wir Nahrungsmittel brauchen, das an, daß, vermöge des komplizierten Getriebes in der Welt des Geldes und der Preise, ein schlechter Reinertrag auf der nahrunggebenden Erde erzielt wurde? Wenn wir den Boden durch unsere ausgewählten Leute bebauen, diese sowie alle anderen mit den Nahrungsmitteln in natura beteilen, so ist jeder Zentner Getreide mehr doch unbedingt ein Gewinn, und wir brauchen nie zu wissen, wie sich dieser ganze Prozeß in Geld umgerechnet ausnehmen würde, wir lassen überhaupt Geld in unser System der Versorgung mit dem Lebensminimum in gar keiner Form hineindringen, den Begriff des „Reinertrags" brauchen wir ganz und gar nicht. Wir kümmern uns nur um die zweckmäßige Verwendung der disponibeln Arbeitskräfte, die wir ja im Falle zu geringfügiger Resultate immer noch vermehren können, bis das gewünschte Resultat erreicht wird, und um die richtige Benützung der Wissenschaft und Erfahrung in der Agrikultur, d. h. um die Gewinnung des höchstmöglichen Rohertrages.

❁

Den obigen umständlichen Betrachtungen über die Rolle der Landwirtschaft in unserem sozialpolitischen System möge nun eine kurze Übersicht über den Wert des Kollektivbetriebes überhaupt, sowohl bezüglich der Produktion als der Verteilungsart, folgen. Vieles von dem bei der Agrikultur Gesagten gilt auch hier für die allgemeinere Betrachtung und kann zur anschaulichen Auffassung unserer Grundgedanken dienen.

Die Einwendungen sollen zuerst behandelt, und sodann die Vorteile unseres Systems hervorgehoben werden.

Man behauptet: Die Produktivität muß geschwächt werden, wenn das wirtschaftliche Selbstinteresse fehlt,

---

gewöhnlicher Weise vor seine Festgäste. In seiner hocherhobenen Hand hielt er ein Büschel Gerste. Mit Spannung hing alles an den Lippen des Königs. Dieser ließ nicht lange auf die Erläuterung seines sonderbaren Buketts warten.

„Ich habe", sagte der König ungefähr, „diese Handvoll Gerstenhalme in dem fruchtbaren Elbetal um Kolin gepflückt, zur Erinnerung an meinen unglücklichen Feldzug unter den Mauern jener Stadt. Wer von euch, ihr Herren, die Methode finden wird, durch welche unsere Getreideerträge verdoppelt werden können, den bin ich bereit, an die Spitze meines geliebten Volkes zu stellen, ja, ihm sogar den Vortritt vor unseren Generalen einzuräumen, denen wir den Sieg verdanken, den wir heute feiern!"

Ehr- und Pflichtgefühl seien viel zu schwach, um den Arbeitstrieb genügend zu stärken. Diesen Gedanken drückt A. Wagner ‹im Artikel „Grundbesitz" im Handw. des Staatsw.› so aus: „Es gehören eine eigentümliche Logik, eine merkwürdige Unkenntnis menschlichen Wesens, Trieblebens und menschlicher Motivation dazu, um an einen Erfolg zu glauben. Andere Motive, wie Pflichtgefühl, Ehrgefühl, Gemeinsinn müßten eine unerhörte Stärke gewinnen. Versagen solche andere Motive, so bleibt psychologisch gar nichts anderes über, als auf das Motiv der Furcht, auf Zwang und Strafe, und zwar in schärfster Form zurückzugreifen."

Aber dieser Einwand wurde schon oben gelegentlich der Besprechung des kollektiven Landwirtschaftsbetriebes widerlegt. Die Besorgnis, daß nur „Strafe in schärfster Form" einen Mißerfolg der Kollektivarbeit, resp. der Arbeit ohne Selbstinteresse, verhindern könne, widerspricht sogar gänzlich den Erfahrungen des täglichen Lebens. Es steckt etwas vom Geist eines Kriminalbeamten, eines Polizeimeisters in dieser forcierten Besorgnis, ähnlich, wie wenn ein Gesetzgeber die Ansicht hätte, alle möglichen Ungehörigkeiten müßten überhand nehmen, wenn er nicht an sie alle denken und Strafartikel gegen sie verfassen, vielleicht vor jedes Haus einen Schutzmann stellen wollte, damit nicht die Leute des Nachts aus bloßem Übermut alle Fenster einschlagen, u. dergl. mehr.

So schlimm, wie sie Wagner auffaßt, stehen die Sachen keineswegs. Man kann wohl sagen: wenn bei mangelndem wirtschaftlichen Selbstinteresse auch im allgemeinen keine so heftige Tätigkeit entfaltet wird, wie unter den heutigen Verhältnissen der freien Konkurrenz, so ist die Minderung derselben doch im Durchschnitt der Bevölkerung gewiß nicht als sehr bedeutend zu prognostizieren, ja, vielleicht wird gerade so viel gearbeitet werden, als, ohne das übertriebene Hetzen unserer Tage, nur gewünscht werden kann. Zudem kann an die Tatsache erinnert werden, daß unzählige Beamte: Richter, Verwaltungsbeamte, Privatbeamte, heute einen bedeutenden Fleiß entwickeln, obwohl die pekuniäre Belohnung entweder gar nicht die Folge desselben ist oder relativ sehr gering ausfällt.

Wenn man diese letztere offensichtliche Tatsache berücksichtigt, so ist es eigentlich ganz unbegreiflich, wie man immer noch das Privateigentum, d. h. hier den Privatbetrieb, gegen den Kollektivbetrieb mit dem Argument von dem dann „mangelnden Antrieb zur Arbeit" ausspielen will. Ähnlich wie ich es soeben getan, sprach

schon im Jahre 1876 Liebknecht in der Broschüre „Zur Grund- und Bodenfrage" über diesen Punkt.

„Dieser Einwand . . . entbehrt jeglicher Begründung", sagt Liebknecht ‹auf Seite 154›, „und betrachtet man ihn genau, so stellt sich heraus, daß er seine Spitze nicht gegen uns ‹Sozialisten› richtet, sondern gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Die Anschauung, auf der er fußt, ist: Bloß wer Privateigentum hat, arbeitet mit Lust und Liebe, weil er ein Interesse daran hat, die Produktivität seiner Arbeit möglichst zu steigern. Nun hat aber unter den heutigen Eigentumsverhältnissen nur die Minderheit des Volkes Privateigentum . . . die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung arbeitet gegenwärtig nicht unter dem Stachel des Privateigentums, sondern zur Bereicherung Anderer . . . Haben wir dagegen Gemeineigentum, so ist ein Jeder Eigentümer, wenn auch nicht Sondereigentümer, ein Jeder hat folglich ein Interesse, die Produktivität seiner Arbeit möglichst zu steigern, denn er weiß, daß das, was er erarbeitet, ihm selber zugute kommt. Und er hat nicht bloß ein Interesse, selbst tüchtig zu arbeiten, sondern auch darüber zu wachen, daß sein Nachbar es tut, da ihm aus dessen Faulenzerei Schaden erwachsen würde . . ."

Obwohl Liebknecht vom Zukunftsstaat eine von der meinigen ganz verschiedene, nämlich die marxistische Vorstellung der Sozialisierung aller Produktionsmittel hat, ist doch seine Argumentation für die Verteidigung gegen den obigen Einwand unverändert anwendbar.

Und noch früher als Liebknecht schrieb J. St. Mill in den „Prinzipien der politischen Ökonomie" ‹Buch II, Kap. I›: „. . . Diejenigen, welche ‹obigen› Einwand erheben, vergessen, in welch großer Ausdehnung dieselbe Schwierigkeit unter dem System besteht, nach welchem jetzt neun Zehntel der gesellschaftlichen Arbeit verrichtet werden. Der Einwand setzt voraus, daß ehrliche und tüchtige Arbeit nur von solchen zu haben ist, welche individuell den Ertrag ihrer eigenen Arbeit ernten. Ein wie geringer Teil aller in England verrichteten Arbeit, von der niedrigst bis zur höchst bezahlten, wird aber von Personen verrichtet, die für ihren eigenen Vorteil arbeiten? Vom irischen Mäher oder Handlanger bis hinauf zu dem Lord Oberrichter oder Staatsminister wird beinahe alle gesellschaftliche Arbeit nach Tagelohn oder fixem Gehalt bezahlt. Ein heutiger Fabrikarbeiter hat weniger Interesse an seiner

Arbeit als das Mitglied einer kommunistischen Assoziation, da er nicht gleich diesem für eine Genossenschaft arbeitet, deren Teilhaber er selbst ist . . ." Und Liebknecht hebt überdies, und mit vollem Recht, hervor, daß in einem Kollektivbetriebe das Bewußtsein, „durch seine Arbeit sein eigenes Wohl mit dem Wohl der Gesamtheit zu fördern — die Arbeitsfreudigkeit, die Arbeitslust . . .", also auch „die Arbeitsfähigkeit" steigern würde (S. 160 jener Broschüre). —

Gegen die Einwendung des mangelnden Selbstinteresses und daher minderwertiger Leistungen wendet sich auch eine wichtige Zurückweisung von Louis Blanc, die er gegen Michel Chevalier (im Jahre 1845 in den „Débats") publizierte. Blanc sagt, auch das Kollektivinteresse sei ein energisches Stimulans und beruft sich auch auf das Interesse der gemeinsamen Ehre, das in den Armeen die Treue zur Fahne verbürgt, auf den bis zur Todesverachtung entflammenden Enthusiasmus von Millionen Menschen, wenn es sich um nationale oder religiöse Interessen handelt.

Man kann hier zwar einwenden, daß alles dies sich nur auf einzelne Momente und nicht auf dauernde Stimmungen bezieht, eine in gewissem, wenn auch schwächerem Grade erhöhte Stimmung permanenter selbstloser Art ist aber auch in diesen Gebieten der Massengefühle vorhanden, und auf sie kann man sich in dieser Streitfrage ganz gut berufen. —

Noch radikaler* spricht sich Schäffle (in seiner „Quintessenz des Sozialismus") aus, wenn er behauptet: „Von einem Punkte aus läßt sich weder durch Strafen, noch durch Appell an das Volk und seine Pflicht, noch sonstwie, es durchsetzen, daß überall im ganzen Umkreis der ganzen Sozialproduktion von Jedem mit geringsten Kosten auf größte Erträge gearbeitet, d. h. allseitig wirtschaftlich produziert werde, daß keiner dem Ganzen Zeit unterschlage, keiner den Stoff des Nationalkapitals vergeude und schonungslos anwende" . . . „Und nach welchen Kriterien sollen alle Arbeitskräfte verteilt werden? Werden sie sich von den Wirtschaftsbeamten beliebig vorschreiben, verpflanzen, auf Neues einschulen lassen?"

Aber in unserem System ohne Geld kommt die Frage nach geringsten oder geringen Kosten gar nicht in Betracht, es handelt sich nur um eine entsprechende mittlere Anstrengung der Arbeiter der Minimum-Armee, von denen ebenso viele herangezogen

* Gegen den Kollektivbetrieb (A. d. H.)

werden, als überhaupt nötig sind, um die Bevölkerung mit dem Notwendigen zu versorgen. Auch ist nicht zu befürchten, daß „Zeit unterschlagen" oder „Stoff des Nationalkapitals vergeudet" werde, denn bei einer korporativen Tätigkeit, bei der einer den anderen beobachtet, kann derlei gar nicht einmal aufkommen, oder wenigstens nicht auf die Dauer fortgesetzt werden, ebensowenig, wie das heute in den großen Werkstätten möglich ist. Die „Kriterien" der Verteilung der Arbeitskräfte aber ergeben sich aus dem allgemeinen Plane für die Produktion des Notwendigen, diesen auszuarbeiten und fortzuführen, ist eine bloße technisch-administrative Aufgabe jenes „Ministeriums für Lebenshaltung", dem die ganze geistige Leitung der Produktion obliegt, geradeso wie das heute z. B. bei der Direktion der gesamten preußischen Staatseisenbahnen der Fall ist. —

Von einer anderen Seite der Betrachtung der Kollektivarbeit im Staatsbetriebe aus ergibt sich die Möglichkeit, bei vielen Sozialisten sogar die Wahrscheinlichkeit, einer relativen Mehrproduktion bei derselben Anstrengung der Arbeiter wie heute, und so wenig es möglich ist, diese Ansicht oder die ihr entgegengesetzte zwingend zu beweisen, so ist doch leicht einzusehen, daß unter dem System des Kapitalismus und der freien Konkurrenz viele hemmende und schädliche Faktoren ins Spiel kommen, welche die produktionsfördernde Kraft der freien Konkurrenz und der „wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit" bedeutend schwächen müssen.

Vor allem ist der schon seit langer Zeit gerügte Umstand hierher zu rechnen, daß es eine viel zu große Zahl von Vermittlern zwischen Produzenten und Konsumenten, d. h. von Kaufleuten, gibt, ihre Tätigkeit ist eine verschwendete, d. h. sie könnten als wirkliche Arbeiter an der sozialen Produktion teilnehmen, anstatt die Zwischenstufen zwischen Produzenten und Konsumenten überflüssig zu vermehren.

Aber selbst bei dem mehr technischen und administrativen Getriebe unserer heutigen Volkswirtschaft kann man leicht eine Unzahl überflüssiger Tempi beobachten, ein Zickzacksystem der Beschaffung und des Transports der Güter, sei es zum Zwecke der Verarbeitung und Veredlung, sei es für die Verteilung derselben. Ein ‹wenigstens verhältnismäßiges› Minimum an Hin- und Herwerfen der Güter kann eben nur bei einer geregelten Gesamt-

produktion und Verteilung erzielt werden, nicht aber bei unserer jetzigen anarchischen wirtschaftlichen Tätigkeit, bei der Jeder nur an sein eigenes Bestes denkt. —

Wenn man ferner an die Triebkraft der freien Konkurrenz zur Erhöhung der Leistungen denkt, so sollte man doch auch nicht daran vergessen, über wie viel Opfer jeder geglückte Versuch, sei es ein technischer, sei es ein kaufmännischer neuer Gedanke, dahinschreitet. Alle, die ihren glücklicheren Konkurrenten unterliegen, zeugen gegen die Nützlichkeit der freien Konkurrenz, und ist die Folge des Unterliegens gar ein Mangel an dem zum Leben Notwendigen, so ist das System als schlecht in Grund und Boden hinein zu verdammen, sind die Konsequenzen aber nur die, daß der Wohlstand bei den Unterliegenden vermindert wird, so ist doch bewiesen, daß viele Tätigkeiten und Anstrengungen resultatlos verlaufen und daß dieser Guerillakrieg der Einzelwirtschafter viele Arbeit unfruchtbar macht. In unserem System behalten wir wohl neben der pflichtmäßigen Minimumwirtschaft eine freie Privatwirtschaft trotz ihrer Unvollkommenheit bei, aber nur, weil sie anderweitige große Vorteile hat — die wir oben präzisiert haben — die die Menschheit höchst notwendig braucht; und wir konnten dies tun, weil eben vermöge der zwangsweisen Kollektivproduktion und bedingungslosen Verteilung des Notwendigen jene schlimmen Folgen der ökonomischen Bedrängnis bei uns gar nicht eintreten können. In unserem heutigen Wirtschaftsystem jedoch hat die freie Konkurrenz neben unleugbaren Vorzügen auch Nachteile, für viele Einzelwirtschafter mitunter von tief einschneidender, mitunter von harmloserer Art, im Ganzen aber für das Gedeihen der Gesamtwirtschaft Übelstände in einem Grade, der es verbietet, anzunehmen, daß unter dem heutigen System die Anstrengungen der Menschen fruchtbringender sind, als sie es unter dem System der sozialisierten Wirtschaft im Rahmen unseres Programms sein können.

*

Für eine größere Leistungsfähigkeit ⟨bei einer der heutigen sonst gleichen Anstrengung⟩ spricht übrigens auch in einem staatlichen Kollektivbetrieb namentlich die in einem sozialistisch eingerichteten Staate zu erwartende größere Intelligenz der Arbeiter.

Mill sagt: „Die Intelligenz des Arbeiters ist ein höchst

wichtiges Element für die Produktivität der Arbeit. In einigen der am meisten zivilisierten Länder ist der gegenwärtige Stand dieser Intelligenz so niedrig, daß es kaum eine Quelle gibt, aus der man für die Produktionskraft bedeutendere Fortschritte gewinnen würde, als wenn man denen, die jetzt nur Hände haben, einige Einsicht beibringen könnte" ⟨Grundzüge, Buch I, Kap. 12⟩ und an anderer Stelle ⟨im Buch II, Kap. 1⟩ macht er eine Bemerkung, die als eine Ergänzung der früheren angesehen werden kann und die wir zu der unseren machen, nämlich: „Die Nachlässigkeit der ungebildeten Klassen von Lohnarbeitern bei den von ihnen übernommenen Leistungen ist bei dem gegenwärtigen Gesellschaftszustande handgreiflich. Bei den kommunistischen Plänen ist es nun aber eine anerkannte Bedingung, daß alle eine gehörige Bildung genießen sollen." Wozu wir nur bemerken wollen, daß man Bildung zwar nicht als „Bedingung", sondern besser als höchst wahrscheinliche Konsequenz unserer ganzen Minimum-Institution voraussetzen soll.

Auch die Ansicht Mills, daß „die Menschheit eines weit höheren Grades von Gemeinsinn fähig sei, als unser Zeitalter sich gewöhnt hat für möglich zu halten", und daß eine kommunistische Assoziation dafür besonders geeignet sei, erscheint uns richtig und sehr bemerkenswert; wir fügen aber hinzu, daß wir die Nützlichkeit und die Ausführbarkeit unseres Programms durchaus nicht von der wirklichen Erfüllung einer solchen Prophezeiung abhängig denken, es steht daher Jedem frei, an derselben zu zweifeln. —

❁

Das Argument, man solle Jedem die „wirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit" überlassen und ihn nicht bevormunden, sollte heute gar nicht mehr vorgebracht werden; es hat sich ja seit der Überwindung des sogenannten Manchesterliberalismus in der volkswirtschaftlichen Denkweise beinahe ganz überlebt. Wer am Hungertuch nagt, wer seine Familie trotz aller Bemühungen nicht oder nur in elender Weise ernähren kann, schenkt jedem, der sie wünscht, sehr gerne die „Selbstverantwortlichkeit", überläßt ihm bereitwillig das stolze Bewußtsein des „Selbst ist der Mann" und ist jeden Augenblick, wenn auch mit bitteren Gefühlen — wenigstens in der Regel — bereit, Hilfe von anderen anzunehmen, sei es auch eine — Armenunterstützung. Und sehr richtig bemerkt Adolf Wagner ⟨in seiner „Grundlegung", 3. Aufl. S. 93⟩: „Wie wenig dieses Prinzip ⟨der alleinigen und vollständigen ökonomischen Selbstverantwortlich-

keit des Individuums im modernen privatwirtschaftlichen System› haltbar ist, hat sich nicht nur in der historischen Entwicklung des Armenrechts, sondern auch in der Notwendigkeit der Anerkennung des ‹wenigstens› subsidiären Rechts auf Existenz für unsere Zeit gezeigt. Es wird namentlich aber durch die Würdigung der Verhältnisse und Einflüsse, welche unter dem Namen ‚wirtschaftliche Konjunktur' zusammengefaßt werden, zumal in heutiger Zeit erwiesen."

*

Sehr nahe verwandt mit dem mehr pädagogischen Zuspruch, sich auf seine Selbstverantwortlichkeit zu verlassen, ist der schon ins Größere gehende Einwand gegen jedes Zwangssystem in der Volkswirtschaft: es sei ein Eingriff in die persönliche Freiheit. —

Gewiß wäre es besser, wenn sich Jeder seine notwendige Lebenshaltung ohne jeden äußeren Eingriff in seine Freiheit verschaffen könnte. Wie die Erfahrung zeigt, ist das aber unmöglich, und es handelt sich nur darum, diese Einschränkung des freien Beliebens auf das äußerste zu reduzieren. Bei unserem sozialpolitischen System ist das auch wirklich durch die Beschränkung auf die Produktion des Notwendigen verwirklicht, während bei der Forderung der marxistischen Sozialisten nach Sozialisierung aller Produktionsmittel dies schon nicht mehr erreicht würde, da wäre die vorwurfsvolle Bezeichnung eines künftigen „Zuchthausstaates" eher berechtigt. Und wenn wir eine allgemeine Abstimmung einleiten wollten, so würden sich gewiß fast alle jene, die sich nicht oder nur schwer ernähren können, sofort für den Verzicht auf die heutige freie Berufswahl und für die Etablierung einer — wie bei meinem Programm — mäßigen Zwangsorganisation erklären. Und — was sehr wichtig und interessant ist — die lauten Rufe nach freier Bewegung in den Einzelwirtschaften verstummen immer mehr, die Zahl der Beschränkungen derselben nimmt in den mannigfachsten Formen immer mehr zu, sogar die sogenannten bürgerlichen Parteien wetteifern mitunter im Gebiet der Sozialgesetzgebung — allerdings aus taktischen Gründen der Politik oder des Konfessionalismus — bereits mit den offen deklarierten Sozialisten, und während der besitzende oder sonst einflußreiche Teil der Gesellschaft noch immer mit Geringschätzung von „sozialen Utopien" spricht, tut er selbst mit und hilft sie allmählich verwirklichen. —

Andererseits: Haben wir denn wirklich heute wirtschaftliche Freiheit? Das heißt: können wir nach Belieben unseren Beruf wählen, der uns ernähren soll? Und können wir immer oder leicht von einer uns unangenehm oder uneinträglich gewordenen Beschäftigung zu einer anderen übergehen, die uns mehr freut oder die uns einträglicher zu sein scheint? Im großen und ganzen — gewiß nicht. Die Hinneigung zu einem Beruf entscheidet über unsere Wahl eines solchen nur in den allerseltensten Fällen. Man denke nur daran, wie jeder selbst, oder wie seine Eltern oder Vormünder ängstlich darnach ausschauen müssen, welche Beschäftigung, welches Handwerk, welcher freie Beruf im Moment oder in naher Zukunft am lukrativsten zu sein verspricht; ob in der nächsten Zeit Mediziner oder Juristen oder Lehrer oder Ingenieure oder Chemiker mehr gesucht werden dürften, ob es nicht am besten wäre, eine sichere Staatsanstellung zu suchen usw. Und wenn man endlich eine Stellung und Beschäftigung gewählt hat und sie ausübt, aber die Verhältnisse unleidlich geworden sind, sei es infolge von Beschwerlichkeiten des Dienstes, sei es wegen der rohen Behandlung durch die Vorgesetzten oder wegen des unleidlichen Milieus, in dem man leben muß — wo ist da die Freiheit, seinen Posten zu verlassen oder sich überhaupt einem angenehmeren Beruf zuzuwenden? Wie schwer wird das! Wie selten gelingt es! Und dieser Zustand erstreckt sich heute bei den meisten Menschen bis ins hohe Greisenalter! Um wieviel besser ist es, eine Anzahl von Jahren der Gesellschaft als Mitglied der Minimum-Armee zu dienen und dann nach Absolvierung dieser Dienstpflicht für sein ganzes ferneres Leben nicht nur ökonomisch gesichert, sondern in der Tat absolut frei zu sein!

*

Im Zusammenhang mit der Einwendung des Raubes der wirtschaftlichen Freiheit steht die oft gehörte Befürchtung, daß durch ein staatssozialistisches System, welcher Art immer, eine unleidliche Staatsomnipotenz etabliert würde. Allein das ist im Sozialstaat, worunter ich hier das System eines Staatsgroßbetriebs im Gebiet des Notwendigen verstehe, viel weniger zu befürchten als in dem kapitalistischen mit freier Konkurrenz. Denn bei der vollständigen Gleichheit aller Staatsbürger in den fundamentalen Beziehungen der Ernährung ⟨und zugleich bei der Freiwilligkeit des Kriegsdienstes⟩ ist nicht einzusehen, inwiefern der Staat irgendeine ungewünschte

Omnipotenz ausüben kann. Es gibt da keine Protektionen, keine Klassengesetzgebung, alles ist durch das abstrakte Gesetz zufolge unseres sozialpolitischen Systems festgestellt, und jeder Einzelne steht — wenn er nur will — allen anderen, also auch irgendeiner Klasse, einer Regierung, einem ‹eventuellen› Monarchen wie ein eiserner Turm gegenüber, höchstens in Nebensachen könnten Ungerechtigkeiten begangen werden, und selbst diese werden von den im Notwendigen absolut gesicherten Staatsbürgern, die unzufrieden gemacht wurden, durch ihren beharrlichen oder energischen Widerstand behoben, viel leichter als das heute möglich ist, wo jede Opposition gedrückter Menschen leicht mundtot gemacht werden kann, da sie vor allem für das tägliche Brot zu sorgen haben und wenn sie es haben, oft besorgen müssen, infolge ihrer Opposition es zu verlieren.

*

Um eine ganz klare und zugleich richtige Auffassung des von mir angestrebten Zustandes der Gesellschaft besonders in Hinsicht auf die heutige sogenannte freie ökonomische und die künftig einzuführende teilweise erzwungene Bewegung zu ermöglichen, möchte ich noch folgende kurze und dabei übersichtliche Betrachtung vorführen.*

Bei dem Bestreben, das wichtigste Bedürfnis der Menschen: die physische Existenz, zu befriedigen, muß jede Institution, die zu diesem Zwecke vorgeschlagen wird, vor allem daraufhin konstruiert sein, mit unbedingter Sicherheit zu funktionieren. Bei gewissen Maschinen, z. B. den Dampfmaschinen, Pumpen u. dergl. kommt es ebenfalls darauf an, gewisse wichtige Teile so anzuordnen, daß sie mit größter Sicherheit funktionieren und nicht im entferntesten selbst noch so kleinen Zufälligkeiten in ihrem Spiele unterworfen sind. So z. B. beabsichtigt man, die Ventile durch starre

* Manches darin ist eine Wiederholung von schon früher Gesagtem, ich wiederhole mich aber nicht nur hier, sondern auch bei anderen Stellen, und zwar mit Bewußtsein und Absicht. Denn nach meinen vielfachen Erfahrungen ergab es sich mir als sehr zweckmäßig, Wichtigeres an mehreren Stellen eines Buches zu sagen. Einmal darum, weil wenige Leser ein Buch so vollständig und aufmerksam lesen, daß ihnen nichts entgeht, eine Wiederholung daher die Wahrscheinlichkeit vergrößert, daß sie das wirklich finden, was der Autor ihnen darbieten will, und andererseits kann es keinem Leser schaden, wichtigeren Punkten mehrmals zu begegnen, sie dringen dadurch gewiß intensiver auf ihn ein.

Hebelverbindungen hin und her zu bewegen, nicht aber sie sich automatisch durch irgendeine Kraft, z. B. ihres Gewichtes, oder durch Federn oder Flüssigkeitsströmungen bewegen zu lassen. Denn wenn letztere Anordnung gewählt wird, so ist man nie sicher, daß die geforderte Bewegung des Ventils ‹oder analoger Organe› zur rechten Zeit, ja überhaupt immer stattfinden wird. Man spricht daher ‹seit Reuleaux› im Gebiete der Kinematik von dem Unterschiede zwischen „zwangläufiger" Bewegung und „Kraftschluß". Die Einführung solcher gesteuerter, d. i. durch starre Verbindungen herbeigeführter, gezwungener Bewegungen ermöglichte erst die Herstellung von sogenannten Präzisionsmaschinen.

Und genau so ist es bei unserem sozialökonomischen Programm; mit dem Kraftschluß, d. i. mit der mehr oder weniger freien Bewegung und dem automatischen Spiel der Organe der Volkswirtschaft, d. i. der Individuen oder Gruppen, machen wir die übelsten Erfahrungen; es fehlen alle Präzision und Sicherheit betreffs des Zweckes dieser großen gesellschaftlichen Maschine, Jedem die ökonomische Existenz zu sichern; wir müssen also in einem gewissen Grade Zwangläufigkeit einführen. Es ist eine gewisse Starrheit der Bewegungen notwendig, dann erreichen wir unseren Zweck, analog wie bei den im genau richtigen Zeitpunkt ermöglichten Öffnungen und Schließungen der Dampfkanäle bei den Dampfmaschinen durch „gesteuerte" Ventile; durch ‹relativ› freifallende Ventile ginge diese Sicherheit verloren. —

Auch in der großen wirtschaftlichen Maschine darf im Gebiete des Notwendigen der richtige Zeitpunkt nicht versäumt werden. So wie das Leben der Dampfmaschine, nämlich ihre Arbeit, aufhört oder empfindlich gestört wird, sobald die Dampfeinströmung nicht im bestimmten Moment eintritt, so hört auch die regelmäßige Lebensfunktion des Individuums auf, sobald es auch nur sechsunddreißig Stunden hindurch sich nicht die notwendige Nahrung erwerben konnte. Und während der Periode des vollständigen „laisser faire, laisser aller" wurde, was die Ernährung nicht nur von einzelnen Individuen, sondern von großen Gruppen, ja von ganzen Gesellschaftsschichten betrifft, in der Tat das größte Elend heraufbeschworen.

Diese Übelstände, dieses Versagen des Systems, treten aber bei Anwendung des automatisch wirkenden Kraftschlusses der Maschinenorgane um so eher ein, je schneller die Maschine läuft,

und es war ja der Hauptzweck der Zwangläufigkeit von Steuerorganen, schnell laufende Maschinen präzise arbeiten zu lassen. So ist es auch in der Volkswirtschaft mit der sogenannten freien Bewegung, wie wir sie noch vor kurzem hatten und in der Hauptsache noch heute haben. Bei der raschen Abwicklung aller wirtschaftlichen Spiele, bei der noch immer wachsenden Schnelligkeit in der Fortpflanzung ökonomischer Vorgänge in so viele Berufe hinein, bei der großen Komplikation der wirtschaftlichen Beziehungen — ist die Gefahr des Versagens der ökonomischen Sicherung immer mehr im Wachsen begriffen. Ein kleiner Landwirt im verborgensten Winkel des Landes muß selbst nach einer vorzüglichen Ernte — zittern, wovor? Er zittert vor der Ernte in — Argentinien, er zittert vor Indien! Und ein Arbeiter in Europa kann sich und seine Familie nicht ernähren, weil z. B. soeben in den Vereinigten Staaten Nordamerikas eine Finanzkrise ausgebrochen ist usw.

Es bleibt, um solchen Gefahren mit Sicherheit zu begegnen, daher nichts anderes übrig als der Nährzwang, d. i. die korporative Tätigkeit in einer Nähr- oder, allgemeiner: in einer Minimum-Armee.

Daß durch die allgemeine Dienstpflicht in der Minimum-Armee kein Hindernis geschaffen wird, sich in den Jahren der höchsten Entwicklungsfähigkeit dem Studium der Wissenschaft, Technik oder der Kunst zu widmen, wurde schon oben gezeigt, es ist hierzu nur nötig, den Zeitpunkt des Dienstantrittes um einige Jahre zu verschieben, oder, wenn das nicht gewollt wird, nur einen Teil der Tagesarbeitszeit zu arbeiten, den anderen Teil seinen Studien zu widmen und mehr Dienstjahre als die anderen auf sich zu nehmen, um den Ausfall an Tagesarbeitsstunden zu kompensieren.

Aus allem Bisherigen sieht man auch, daß zu der von mir projektierten Lösung der Notfrage keinerlei Fortschritt in Wissenschaft und Technik, aber auch keiner in der Gesittung der Menschen erst abgewartet werden muß. Es ist eine Täuschung, zu glauben, daß sozialpolitische Reformen von der „Hebung der allgemeinen gesellschaftlichen Moral" abhängen. Sondern der Gang der Dinge ist der, daß einzelne Individuen — und zwar meistens solche, die für ihre Person unbeteiligt sind —

ein besonders lebhaftes Mitgefühl mit den Menschen besitzen und sie durch ihre ethische Wärme und ihre Beharrlichkeit dazu bringen, die Befriedigung latenter oder neu erweckter Bedürfnisse lebhaft und immer ernster und lauter zu wünschen, sowie diesem Wunsche und diesem endlichen Begehren immer energischeren Ausdruck zu geben, so lange, bis aller Widerstand gebrochen ist.

Der Fortschritt im ethisch-politischen Empfinden ist daher nur in dem Auftauchen jener einzelnen Reformer zu suchen, nicht aber in der Masse. Hat diese ihre, in ihr zur bewußten Forderung erstarkten Wünsche durchgesetzt, ist also der Gesellschaftszustand in diesem Sinne geändert, so erscheint sehr bald jede derartige Reform als selbstverständlich, man gewöhnt sich an sie, und nicht nur der, welcher sie bloß genießt, sondern wer über sie ernstlich nachdenkt und sie mit früheren Zuständen vergleicht, wird das Gefühl haben, daß zu diesem allen unbedingt eine Periode ethischer Kraft einzelner Individuen notwendig war. —

Es handelt sich daher jetzt nur um ein energisches Wollen seitens der ärmeren Klassen, namentlich um ein Aufraffen der Mittelklasse, welche heute eigentlich nur als toter Arm in der gesellschaftlichen Strömung zu betrachten ist; nur die Industriearbeiter rühren sich kräftig, die mittleren „kleinen" Leute ängstigen sich um ihre Lebenshaltung immer weiter fort, rühren sich aber nicht.

*

Daß, wenn Jedem sein Lebensunterhalt für immer gesichert ist, die Beschäftigung mit Kunst, Wissenschaft und Technik ungleich erhebender, beglückender und auch an Resultaten fruchtbarer ausfallen werde, glaube ich als sicher annehmen zu können. Wenn das aber auch nicht, ja wenn selbst das Gegenteil einträte, so kann das an der Notwendigkeit der Durchführung der hier angegebenen Reformidee nichts ändern, denn hoch über aller Kunst, Wissenschaft, Technik und über jedem Luxus und über jeder noch so idealen Bestrebung steht die Garantie der physischen Existenz und des sorgenlosen Daseins jedes einzelnen, und um so mehr von Millionen Individuen. —

Die Einwendung, durch die zwangsweise Kollektivwirtschaft werde jede Anregung zu Fortschritten im Gebiete der Erfindungen und neuer Unternehmungen wegfallen, ist deswegen gegenstandslos, weil bei unserem Programm im Gebiete

des Nicht-Notwendigen die freie Privatwirtschaft so fortbestehen wird, wie wir sie heute haben. Schon um die freie Zeit nach Absolvierung der wirtschaftlichen Dienstpflicht auszufüllen, und um vieles genießen zu können, was das Minimum nicht bieten wird, werden sich die Menschen in die freie Privatwirtschaft hineindrängen, und da kann auch das heutige Spiel der Spekulation in jeder Richtung nicht ausbleiben. — Und hiermit im Zusammenhange beantwortet sich auch die von Mill und von vielen anderen gegenüber sozialistischen Systemen erhobene Frage, ob „ein Asyl übrig bliebe für die Individualität des Charakters", . . . „ob nicht die völlige Abhängigkeit des Einzelnen von der Gesamtheit und die Aufsicht Aller über Jeden Alle zu einer langweiligen Gleichförmigkeit der Denkweise, der Gefühle und des Tuns bringen müßte." Offenbar ist bei unserem System nicht der geringste Grund vorhanden, eine solche Gleichförmigkeit als Konsequenz desselben vorauszusetzen; aber auch hier bemerke ich sofort, daß wir eine solche Konsequenz mit voller Ruhe akzeptieren könnten, denn auch hoch über aller „Mannigfaltigkeit der Charaktere und der Denkweise" steht die Sicherung aller menschlichen Individuen vor ökonomischer Not und Angst. Man lasse es doch auf eine Probe ankommen, ob alle heute ‹oder später› Sorgenvollen auf ihre Sicherung vor Not werden verzichten wollen, falls man ihnen beweisen könnte, daß eine solche Versorgung nur auf Kosten der Mannigfaltigkeit der Individualitäten und mit Herbeiführung der entsprechenden Langweile durchgeführt werden könnte.

*

Wenden wir nun nach Widerlegung der angeführten Einwendungen unseren Blick den Vorteilen zu, die unser Programm, ganz abgesehen von dem direkten der allgemeinen ökonomischen Sicherstellung, bieten wird:*

Vor allem braucht Niemand mehr auf die Wohltätigkeit der anderen — weder auf die Wohltätigkeit einzelner Privatpersonen, noch auf jene öffentlicher Korporationen — zu warten, noch von den Ergebnissen spezieller Festivitäten, Konzerte, Jubiläen u. dergl. abzuhängen; denn bei uns ist ausnahmslos Jeder im Rahmen der allgemeinen Versorgung inbegriffen. Und es ist, wie man hieraus sieht, nicht richtig, wenn Ad. Wagner ‹in seiner „Grundlegung",

* Das Folgende dient zur Ergänzung der im Kapitel „Widerlegung von Einwendungen usw." angeführten „besonderen Vorteile".

S. 781) behauptet, daß auch bei der glücklichsten Kombination des privat- mit dem gemeinwirtschaftlichen System „das caritative nicht zu entbehren sei". —

Es hört ferner jener demütigende Zustand bei Hunderttausenden von Menschen auf, in ihrer Existenz von dem Willen, den Launen, den mitunter unberechtigten Forderungen und selbst den frechen Gelüsten des „Brotherrn" abzuhängen. Wenn man die organisierten Industriearbeiter ausnimmt, die den Unternehmern stramm standhalten können — und auch sie nicht in allen Fällen —, so gilt für die meisten Angestellten noch immer der alte Satz: „Weß' Brot ich eß, deß' Lied ich sing." Ein näheres Eingehen auf diesen Punkt ist wohl überflüssig, aber es ist gut, sich den Unterschied klar zu machen zwischen dem Dienen in einer Nährarmee und dem Dienst bei einem privaten Brotherrn. Schon der bloße Anblick von Arbeitern, die von ihrem Lohnherrn bezahlt werden und, um ihre physische Existenz fristen zu können, das Postament für den sogenannten Arbeitgeber bilden müssen, ist ein empörender, auch wenn gegen den letzteren als Person in keiner Beziehung etwas einzuwenden wäre. Der Lohnherr hat nicht nur (in der Regel) ein unvergleichlich reichlicheres Einkommen als der brauchbarste seiner Arbeiter, er ist auch faktisch der Herr derselben, sei es in milderer, sei es in brutalerer Form. Und seit jeher machen Arbeiter in einer Fabrik, ob sie nun drin arbeiten oder abends aus dem Fabrikstor heraus-, oder morgens hineinmarschieren, auf mich wenigstens den Eindruck von Sklaven, und so auch auf viele Andere, der Ausdruck „Lohnsklaven" ist in jeder Weise berechtigt und hat seine Bedeutung nicht nur bezüglich des Lohnes und aller Konsequenzen des Salariats, sondern auch in rein moralischer Beziehung.

Hingegen bleibt das Arbeiten in einer Nährarmee frei von allen Abhängigkeitsgefühlen, selbst hinter den unmittelbar vorgesetzten Leitern der Arbeit steht die ganze Gesellschaft, die ganze Bevölkerung, Niemand auf der Welt ist imstande, einem die Sicherung der Lebenshaltung zu rauben oder zu schmälern. Man braucht nur an das Gefühl zu denken, mit dem der heutige Soldat in der Armee der allgemeinen Wehrpflicht dient, um hieraus schließen zu können, daß in der künftigen Nährarmee keine Spur von niederdrückendem Abhängigkeitsgefühl von Privatpersonen vorhanden sein wird. Denn trotz der strengen Disziplin und der

Militärstrafen, und wenn nicht geradezu unerträgliche Verfolgungen seitens einzelner Unteroffiziere vorkommen, ist das Selbstbewußtsein selbst des gemeinen Soldaten ungleich freier als das des Lohnarbeiters, der für einen Herrn arbeitet und mitunter auch noch von dem unmittelbaren Vorgesetzten gehetzt oder verfolgt wird. Der Soldat weiß eben, daß nicht nur er, sondern auch alle seine Vorgesetzten dem ganzen Staate und nicht einem Privaten dienen, ja selbst die eventuellen Verfolgungen seitens brutaler Vorgesetzter erkennt er denn doch nur als Ausnahmsvorgänge, als von der zufälligen Charakterbeschaffenheit derselben abhängig, aber er fühlt sich nicht durch die ganze Gesellschaftskonstruktion, resp. durch die Wehrverfassung zum Leiden verdammt. Beim Lohnarbeiter aber ist es umgekehrt, das ganze Wirtschaftssystem zwingt ihn, einem „Herrn" zu dienen.

Wir wollen hier jedoch einer Einwendung, resp. der Frage, nicht ausweichen: was mit faulen, eventuell renitenten Menschen geschehen soll? Sie werden in die Minimum-Armee eingereiht, lassen es aber an Fleiß fehlen, sollen nun solche Staatsbürger dennoch für ihr ganzes Leben ihr Minimum erhalten? Oder sollen Zwangsmaßregeln irgendwelcher Art gegen sie angewendet werden? Und wenn es solche passende Zwangsmaßregeln gäbe, wie wird man mit Sicherheit entscheiden, ob bei diesem und jenem Individuum ein so großes Manko an Arbeitsamkeit oder Gewissenhaftigkeit in der Arbeit vorhanden sei, daß die Anwendung von Zwang irgendwelcher Art gerechtfertigt erscheint? —

Die prinzipielle Antwort hierauf ist leicht zu geben: Niemals darf das totale Minimum irgend Jemandem aus welchem Grunde immer vorenthalten werden, denn wie verfahren wir heute selbst mit den Verbrechern? Wir halten sie aus. Also müssen wir auch die faulen Arbeiter aushalten und nur trachten, sie mit moralischen Mitteln zur normalen Arbeitswilligkeit zu bringen. Solche Mittel hier vorzuschlagen, ist aber wohl überflüssig, das können wir beruhigt der zukünftigen Gesellschaft überlassen, es ist auch gar nicht schwer, solche Methoden ausfindig zu machen. Aber ich glaube, daß der moralische Druck seitens der Umgebung, d. h. der anderen Arbeiter, die korporativ mit jenen Faulen zu arbeiten haben, vollkommen genügen wird, um sie zum Fleiß zu bringen.

Andererseits ist zu bedenken, daß, wenn man die Beteiligung mit dem Minimum davon abhängig machen wollte, ob Jemand — nach der Ansicht seiner Kollegen oder seiner Vorgesetzten — mehr oder weniger fleißig arbeitet, die Folge dann die sein könnte, daß schon aus Gründen persönlicher Gegnerschaft so mancher hungern müßte. Damit aber fiele unsere ganze Minimum-Institution als wertlos in sich selbst zusammen. Also müssen wir, so lange es nur geht, die Ernährung, resp. die Lebenshaltung, von jeder Kritik der Arbeitsamkeit unabhängig machen.

*

Des ferneren bietet unser System den Vorteil, daß die zahllosen Arten von Versicherungen vollständig erspart werden.

*

Die jetzt mit nie endenden Schwierigkeiten behaftete wirtschaftliche Gesetzgebung, insoweit sie auf die notwendige Lebenshaltung der ganzen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen hat, wird auf das äußerste vereinfacht; denn es werden fast gar keine Rechtsangelegenheiten, sondern nur technische und administrative Angelegenheiten zu ordnen sein. Die sozialpolitischen Maßnahmen im Gebiete der außerhalb der Minimum-Institution stehenden freien Privatwirtschaft werden wohl wieder den Subtilitäten der Jurisprudenz unterworfen sein, allein ihre größere oder geringere Zweckmäßigkeit wird keine tief einschneidende Bedeutung haben, da sie sich nur auf nicht notwendige wirtschaftliche Vorgänge beziehen, und man wird etwaige Unvollkommenheiten und Klagen nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. —

Aus demselben Grunde wird der Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen bedeutend erleichtert, und diese Verträge werden nicht, wie heute, ganz ungleichartige Wirkungen auf die verschiedenen Gesellschaftsschichten ausüben. In dem jetzigen privatwirtschaftlichen System ist jeder Handelsvertrag für einen Teil der Bevölkerung günstig, für einen anderen ungünstig, man mag auch noch so gründlich und ehrlich an die Abfassung eines solchen Vertrages schreiten. Und das gilt um so mehr, je größer ein Staat und je ungleichartiger die wirtschaftlichen Verhältnisse und Beschäftigungen in ihm beschaffen sind. Ja schon bei Anlage einer Eisenbahn, eines Kanals, bei Änderung eines Tarifs für den

Verkehr von Gütern findet diese Ungleichheit, also Beeinträchtigung eines größeren oder geringeren Teiles der Bevölkerung, mitunter ganzer Landesteile, statt.

Hingegen werden in unserem Sozialstaate seitens der Minimum-Institution nur solche Handels- und Zollverträge abzuschließen sein, die notwendig erscheinen, um Austauschartikel aus dem Auslande für die Minimum-Institution zu gewinnen, demnach nur das einzuführen, was für Alle ohne Ausnahme und zwar in gleicher Weise: für Nahrung oder Wohnung oder Bekleidung gebraucht wird. Und dasselbe gilt für Neuanlagen von Eisenbahnen und Kanälen; diese, soweit sie in die Minimum-Institution gehören, nützen Allen in gleicher Weise. Was etwaige Handelsverträge oder Verkehrsneuerungen im Gebiete der freien Privatwirtschaft betrifft, so können alle ihre Konsequenzen nur von sekundärer Bedeutung sein und sie interessieren uns hier nicht. —

Von nicht geringer Wichtigkeit ist es ferner, daß infolge unseres Systems kollektiver Staatswirtschaft auch im Gebiete der freien Privatwirtschaft eine bedeutende Abnahme oder Milderung des ökonomischen Krieges Aller gegen Alle eintreten muß. An zahllosen Scharmützeln im Gebiet der freien Privatwirtschaft wird es zwar nicht fehlen, denn auch im Gebiet des Überflüssigen werden die Konkurrenz, das Hasten und Drängen, der Trieb nach Gewinn auf Kosten der anderen gerade so wie heute vorhanden sein. Da es sich aber nicht um die volle ökonomische Existenz handeln wird, so wird der Charakter des Zwanges und Druckes fehlen, der die heutigen Auswüchse der freien Konkurrenz erklärt und sehr oft sogar entschuldigt; muß man doch bei dem jetzigen wirtschaftlichen System sogar viele Vergehen gegen die Strafgesetze moralisch entschuldigen, ja geradezu als Korrektur eben dieses barbarischen Systems betrachten!

Künftighin aber kann die Gesellschaft all die Gemeinheit, Rücksichtslosigkeit, ja die mitunter verbrecherische Handlungsweise im wirtschaftlichen Gebiete mit gutem Gewissen tadeln und energischer zu verhindern suchen. Was kann heute das endlose Moralpredigen, all das Hinweisen auf „ideale" Lebensführung nützen, wenn die permanente Gefahr des Verhungerns oder des Darbens alle guten Vorsätze über den Haufen werfen muß? Die stete Sorge um die Lebenshaltung bringt gemeine Züge in den Charakter auch von Natur noch so gut angelegter Menschen, und das Bestreben,

über Konkurrenten zu siegen, erfüllt so viele Unternehmer bei Tag und bei Nacht mit den niedrigsten Gedanken. —

Und dabei darf man nicht etwa glauben, daß das Jagen nach Reichtum — und dies so oft mit verwerflichsten Mitteln — immer aus niedrigem Geldgeiz oder aus unersättlicher Genußsucht zu erklären sei. Nein? Auch diese Erscheinung hat meistenteils ihren Ursprung in unserem absurden Wirtschaftssystem. Denn bei dem unaufhörlichen Wechsel in den wirtschaftlichen Vorgängen, durch den die Mehrzahl der Menschen in ihrer Lebenshaltung bedroht werden kann, genügt es dem Vorsichtigen nicht, sich nur für die nächste Zeit ökonomisch zu versorgen, er muß daran denken, womöglich viel Eigentum, Geld aufzuhäufen, damit er eventuell von seinem Vorrat zehren kann. Und hat er Kinder, so muß er um so mehr geneigt sein, recht viel zu sammeln, damit seine Nachkommen so sehr als möglich von Sorgen um die Ernährung befreit sein können. Das ganze Streben nach Reichtum, so lange es nicht ins Unmäßige geht, entsteht daher in solchen Fällen nur aus der Angst vor möglicher Not, vor den vielen schlimmen Möglichkeiten im volkswirtschaftlichen Getriebe, und wenn es dabei oft böse zugeht, so darf man sich darüber nicht wundern, denn es handelt sich ja hier nicht um Gier nach Luxus, sondern um Verscheuchung des Gespenstes ökonomischer Not. Und es ist überdies schwer, wenn nicht unmöglich, Grenzen anzugeben, die man in diesem Kampfe um Reichtum nicht überschreiten soll!

*

Und nun, nach diesem allen, will ich annehmen, der Leser sei noch immer nicht von den Vorzügen unseres sozialpolitischen Programms überzeugt oder vielleicht nicht genug überzeugt, und er glaube immer noch, daß die hier vertretene Reform nicht zum Ziele führe, weil alle im Obigen angeführten Einwendungen gegen dieselbe nicht genügend widerlegt seien.

In diesem Falle erinnere ich zum Schlusse nur noch an den Hauptpunkt des Programms: an die Art der Verteilung des Notwendigen.

In der Verteilung liegt heute der schwache Punkt unserer Nationalwirtschaft. Die Produktion ist im ganzen und großen, trotz einzelner ‹oben hervorgehobener› Mängel, so ziemlich be-

friedigend, aber was nützt aller produzierte Reichtum, wenn nichts oder zu wenig davon an so viele Einzelne kommt?

Gesetzt, man hätte bereits die Erfindung gemacht, Nahrungsmittel künstlich in chemischen Fabriken zu erzeugen, also von der Getreideproduktion unabhängig zu sein, und Nährmittel wären nahezu in unbegrenzter Menge und auch äußerst wohlfeil herzustellen. Wenn aber die Anlage solcher Fabriken nur mit bedeutenderen Kapitalien möglich wäre, oder wenn ihre Produkte nicht unmittelbar und bedingungslos an Alle verteilt, sondern durch die Fabrikanten selbst oder durch Zwischenhände, durch spekulierende Händler, verkauft würden, so stehen die Dinge genau so, wie heute. Viele werden nicht imstande sein, die im Überfluß vorhandenen Nahrungsmittel zu kaufen, und genau so darben wie heute, wo man die Erfindung chemischer Nahrungsproduktion als ein Ideal der Zukunft und als Panacee gegen alle heutige Not ansieht.

Sobald Geld, Kauf und Verkauf ins Spiel kommen, sind alle technischen oder gesetzgeberischen Fortschritte ganz ungeeignet, die ökonomische Lage des größten Teils der Bevölkerung zu bessern.

Und aus diesem Grunde muß man, auch wenn die relative Produktivität abnähme und man selbst den geringsten Zwang perhorreszieren wollte, dennoch zu einer Methode seine Zuflucht nehmen, die alles Notwendige Jedem in natura schenkt, d. i. eben zu dem hier vorgeschlagenen Programm.

Zur Statistik der Nährarmee.

Allgemeine Bemerkungen.

Wir gehen nunmehr an die detaillierte und zahlenmäßige Darstellung der Minimum-Institution, deren Aufgabe es ist, alles zu einer notwendigen, aber doch nicht zu knappen Lebenshaltung Gehörige zu beschaffen und an alle Staatsangehörigen bedingungslos zu verteilen.

Hierzu wird es also nötig sein, die physiologisch notwendigen Nahrungsmittel, die hygienisch notwendigen Wohnungen und die dem herrschenden Klima entsprechende Bekleidung zu produzieren. —

Wir müssen also der Reihe nach alles dasjenige einer speziellen Betrachtung unterziehen, was jeder Staatsangehörige von dem Staat als Minimum erhalten soll. Unter dem Begriff „Minimum" ist aber hier durchaus nicht eine so geringfügige Beteilung mit dem zur Lebenshaltung Gehörigen verstanden, daß man darunter nicht weiter herabgehen könnte, und das also gewissermaßen nur dazu dienen soll, allen, die da leben wollen, sozusagen die Mäuler zu verstopfen und sie eben nur am Leben zu erhalten. Sondern das Minimum soll über dem Allernotwendigsten stehen, und, obwohl dasselbe je nach Umständen mehr oder weniger reich an seinen Darbietungen sein kann und auch sein wird, so soll man doch immer bei der Einrichtung der Zukunftsgesellschaft das Ziel im Auge haben, sich lieber mehr dem „möglichen Maximum" — wie sich ein Schriftsteller hierüber ausdrückt* — als einem wirklichen Minimum zu nähern. Unter dem möglichen Maximum ist aber dasjenige zu verstehen, was überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen eines Staates allen Staatsangehörigen mit voller Sicherheit und ohne besondere Schwierigkeit gegeben werden kann,

* Alfred Klaar in dem Werke „Wir und die Humanität".

also alles wirklich Notwendige und auch einiges Angenehme, ausgenommen das, was bei der letzteren Kategorie aus Zweckmäßigkeitsgründen lieber der freien Privatwirtschaft überlassen werden kann, über welchen Punkt schon oben gesprochen wurde und später noch gesprochen werden soll.

Unsere ganze Untersuchung, namentlich insofern sie eine zahlenmäßige ist, wird aber sehr vereinfacht und die Einsicht in unser Programm auch nach seiner etwa erweiterten Ausbildung wird in keiner Weise erschwert, wenn wir im Nachfolgenden vorerst nicht ein „mögliches Maximum", sondern ein anständiges Minimum, auf das jeder Staatsangehörige Anspruch haben soll, allen unseren Dispositionen zugrunde legen. —

*

Mehrere Gründe bestimmen mich, als Beispiel einer solchen Nährarmee das Deutsche Reich zu wählen, wobei das zu entwerfende Bild eine Bevölkerung Deutschlands von ungefähr 70 Millionen voraussetzen wird. Über den Gang der Rechnungen sei folgendes bemerkt.

Bekanntlich beziehen sich die statistischen Erhebungen der zahlreichen gesellschaftlichen Tatsachen infolge der verschiedenen Zählungstermine nicht alle auf denselben Zeitpunkt, und es handelte sich hier darum, auf diese Zeitdifferenzen Rücksicht zu nehmen, so daß die definitiven Rechnungsresultate betreffs der Nährarmee sich praktisch genau genug auf einen und denselben Zeitpunkt, genauer gesprochen: auf die bestimmte, hier vorausgesetzte Bevölkerungsgröße von 70 Millionen Menschen im Deutschen Reiche beziehen lassen. Bei der Gegenüberstellung der Anzahl der Personen, die gemäß meinem Programm in den verschiedenen Berufen beschäftigt sind, und der in unserer Zeit faktisch Beschäftigten, benutzte ich direkt die Angaben der Berufszählung aus dem Jahre 1895 und nicht die der neuesten von 1907. Der Hauptgrund war der, daß Atlanticus, den ich am Schlusse des Kapitels „Über einige Vorschläge etc." erwähnte, manche Annahmen mit Rücksicht auf die frühere Berufszählung machte und ich, wo es nur anging, seine Zahlen gerne adoptierte. Aber die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 werde ich dennoch nicht unberücksichtigt lassen, sie sollen am Schlusse meiner Statistik gelegentlich der Zusammenstellung aller Zahlen der Beschäftigten zum Vergleich herangezogen werden. Auch möchte ich bemerken, daß, wenn ich

mitunter von „heute" spreche, ungefähr der Zeitpunkt zwischen 1908 und jetzt ⟨1910/12⟩ gemeint ist. —

Daß aus dem oben angeführten Grunde und auch aus manchen anderen sekundären Gründen, auf die an passender Stelle aufmerksam gemacht werden soll, absolute Exaktheit und Vollständigkeit bei einer solchen Berechnung nicht erwartet und nicht verlangt werden können, ist selbstverständlich. Dennoch wird, wie ich glaube, meiner Berechnungsweise kein wesentlicher Vorwurf gemacht werden können.

Es genügt ja zur zahlenmäßigen Deutlichmachung eines Sozialprogramms vollkommen, wenn der Grundgedanke so klar und die Methode der rechnerischen Durchführung eine so präzise ist, daß man vorkommendenfalls je nach Bedarf Änderungen, Verbesserungen und Vervollständigungen im Sinne jenes Grundgedankens mit Leichtigkeit vornehmen kann. Daß aber hier dieser Bedingung genügt werde, habe ich in ernstester Weise angestrebt. —

Die Reihenfolge in der Durchführung der Rechnungen wird folgende sein: Zuerst werden die Anforderungen besprochen, die an die Minimum-Institution gestellt werden müssen, dies geschieht in einem Abschnitt über „Ernährung", in einem zweiten über „Wohnung und Wohnungseinrichtung" und in einem dritten über „Bekleidung", ferner in einem Kapitel über „Gemeinschaftliche Betriebe" und über „Verkehr und Verkehrsmittel", insoweit solche innerhalb der Minimum-Institution, sei es für die Produktion, namentlich aber für die Verteilung, notwendig werden. Zu den Anforderungen an eine anständige Lebenshaltung gehört natürlich auch die unentgeltliche Sicherung ärztlicher Behandlung und Krankenpflege sowie aller Einrichtungen hygienischer Natur. Diese Kategorie von Anforderungen verlangt eine so geringe Zahl von Beschäftigten und ist so leicht zu erfüllen, daß ihr kein spezielles Kapitel gewidmet werden mußte.

Hierauf folgen Untersuchungen über die Art und Weise, wie den angegebenen Anforderungen Genüge geleistet werden kann. Dies geschieht in den Kapiteln über die Produktion und über die Anzahl der in ihren einzelnen Gebieten beschäftigten Personen. In einem Schlußkapitel werden die Resultate aller vorhergehenden zusammengefaßt und die Daten gegeben über die Gesamtzahl der in der Nährarmee Beschäftigten, über die Zahl ihrer Arbeitsstunden pro Tag und die Dauer ihrer Dienstzeit.

Zur Statistik der Nährarmee.

Ernährung.

Über Ernährung und Diät.

In diesem Werke kann nicht beabsichtigt werden, in die ziemlich lebhafte Kontroverse über die beste Art der Ernährung einzugreifen, der Verfasser wäre hierfür ganz inkompetent und will es auch, wie überhaupt in allen seinen Betrachtungen und Vorschlägen, vermeiden, strittige Nebenfragen zu behandeln und so die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken. Jetzt handelt es sich nur darum, eine praktische Grundannahme für die Art der Ernährung der Menschen ⟨und zwar in Deutschland oder den westeuropäischen Gebieten⟩ aufzustellen und hiernach meinem allgemeinen sozialökonomischen Programme gemäß einen Durchführungsplan rechnerisch auszuarbeiten. Sollte eine andere Ernährungsart angewendet werden als die hier gewählte, so ist es nach dem hier gegebenen Beispiele leicht, die analogen Berechnungen zu machen. —

Hauptbestandteile der Nahrungsmittel sind bekanntlich außer dem Wasser und den Mineral- oder sogenannten Nährsalzen: Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate, deren Durchschnittsquantitäten von den Physiologen mehr oder weniger übereinstimmend festgestellt wurden. Nebst quantitativen Angaben der Nahrungsbestandteile werden auch noch spezielle Ratschläge darüber gegeben, wieviel von diesen einzelnen chemischen Verbindungen als Minima eingenommen werden sollen, namentlich von Eiweiß, von Fett und ⟨nach Lahmann⟩ von Nährsalzen, und wieviel beim Eiweiß speziell in animalischer Form, namentlich als Fleisch, genommen werden soll. Ferner soll die pflanzliche Kost der Verdauungsschwierigkeit wegen nicht zu reichlich bemessen, für Abwechslung in der Ernährungsart und auch für die Schmackhaftigkeit derselben durch Reiz- und

Genußmittel gesorgt werden, endlich soll man sich vor dem Zuvielessen hüten.

Mit Berücksichtigung aller dieser Bedingungen sollen nun die Nahrungsmittel, deren chemische Zusammensetzung man ja kennt, zweckmäßig nach Qualität und Quantität kombiniert werden; ob man aber in der ökonomischen Lage sei, sich eine Ernährung dieser Art zu verschaffen, ist natürlich eine separate Frage, erst hier setzt daher mein sozialökonomisches Programm ein.

*

Wir gehen nun zu den Details der Ernährung über.

Die Grundlage bilden hier die durch Erfahrung und Experimente gewonnenen Zahlen der Quantitäten von Eiweiß, Fett, Kohlenhydraten und Salzen, die je nach Alter, Gewicht und Arbeitsleistung des Menschen eingenommen werden müssen. Nach Voit und Pettenkofer nimmt man als Mindestsätze an: für einen Arbeiter von 70 kg Gewicht und bei mittlerer physischer Arbeit einen täglichen Konsum von 118 g Eiweiß, 56 g Fett und 500 g Kohlenhydrate, um den Verbrauch von Spannkraft zu ersetzen. Bunge sagt in seinem Lehrbuch der Physiologie des Menschen ⟨aus dem Jahre 1901, S. 79⟩, die Erfahrung habe gezeigt, daß arbeitende Menschen, die sich genügende Nahrung verschaffen können, täglich 100—150 g Eiweiß, 50—200 g Fett und 300—800 g Kohlenhydrate verzehren. Die Angaben von Vierordt-Moleschott, Rubner u. a. weichen von diesen Zahlen nicht wesentlich ab; eine Differenz zwischen den Autoren zeigt sich in der neueren Zeit eigentlich nur bezüglich der Eiweißquantitäten, und im allgemeinen zielt man auf eine nicht unbeträchtliche Verringerung derselben hin. Während z. B. — wie ich dem Werke von Mombert entnehme — Noorden auf Grund von Erfahrungen 1,3 bis 1,5 g Eiweiß pro kg Körpergewicht für nötig hält, halten Finkler und Lichtenfeldt 1 g Eiweiß für genügend, d. h. in letzterem Fall für einen 70 kg schweren Arbeiter nur 70 g anstatt 90—105 oder mehr g.

Voit, der wie viele andere für gemischte Kost ist, rät an, von der aufgenommenen Eiweißmenge soll zirka ein Drittel animalisch sein und zwar, seinen Grundzahlen entsprechend, als eine tägliche Quantität von 230 g ⟨Metzger-⟩ Fleisch, d. i. 83 kg pro Jahr.

Nach Bunge kann ein erwachsener Mensch sogar ganz ohne

Fleisch, und zwar mit Zerealien und Leguminosen unter Zusatz von Fett — „vielleicht auch mit Zerealien und Fett allein" — sehr gut bestehen, und ferner meint er, daß sich die Notwendigkeit einer beständigen Zufuhr erheblicher Salzmengen für den ausgewachsenen Organismus a priori nicht deduzieren lasse ⟨S. 93⟩.

Eine Minimumzahl wird auch für Fett angegeben, eine erwachsene Person soll, wie Grotjahn anführt, jährlich mindestens 15 kg, also 42 g täglich, zu sich nehmen.

*

Ich möchte noch weiter bemerken, daß ich eine radikale Änderung in unserer ⟨allgemeinen⟩ Ernährungsweise grundsätzlich außer Betracht lassen mußte, wenn ich nicht den ganzen Ernährungsplan vielen Einwendungen und Unbestimmtheiten aussetzen wollte.

Aber darauf will ich doch aufmerksam machen, daß ich in meinem Arrangement der Ernährung gar keine Rücksicht auf eine Ausdehnung der Ernährung durch Fische genommen habe. Und man kann sich wohl denken, daß nicht nur die Küstenbewohner, sondern auch die binnenländische Bevölkerung in ungleich größerem Maße als bisher von Fischen leben könnte, es hängt das nur von der Angewöhnung ab. Der Gehalt an Eiweiß ist bekanntlich z. B. beim Karpfen fast ebenso groß und beim Stockfisch sogar viermal größer als beim mittelfetten Rindfleisch oder mageren Schweinefleisch. Man könnte, wenn man diesen Weg behufs Volksernährung einschlagen wollte, sowohl die Teichwirtschaft als die künstliche Fischzucht in größtem Maßstabe einführen und hierzu große künstliche Teiche, namentlich sogenannte Himmelteiche ⟨die ausschließlich durch atmosphärische Niederschläge gespeist werden⟩ im ganzen Lande anlegen, vielleicht könnten solche Stauanlagen zugleich als Kraftreservoirs für elektrische Anlagen u. dergl. benützt werden. Es ist eine Frage von Wichtigkeit, ob durch solche Fischzuchtanlagen die entsprechenden Bodenflächen nicht ebenso gut oder besser für unsere Ernährung ausgenutzt würden, als das heute bei Weiden und Wiesen der Fall ist.

Wir wollen hierzu bemerken, daß ⟨nach G. Krafft's „Tierzuchtlehre"⟩ 1 ha Hauptteich, der mehr als die Hälfte der aus vier Teichen bestehenden Teichwirtschafts-Fläche einnimmt, 60—90 kg, auf zirka 1 ha Gesamtteichanlage, daher pro Jahr 36—54 kg Fische liefert, und daß ⟨nach Susta⟩ kleine reiche Teiche 120—150,

Dorfteiche mit reichlichem Jauchezuflusse 200—400 kg jährlichen Karpfenzuwachs produzieren können.

Was die Seefischerei betrifft, so kommt, wie ich der „Umschau" entnehme, für Deutschland weder die Fluß- noch die Küstenfischerei in der Nordsee in Betracht, sondern nur die Hochseefischerei mit Dampfern, die sogar bis nach Island gehen müssen. Aber der Fischabsatz ist in Deutschland noch gering, nach Walter Claaßen ‹siehe seine Abhandlung „Beiträge zur Feststellung der Ernährungsverhältnisse des deutschen Land- und Stadtvolkes" im 4. Heft des „Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" vom Jahre 1911› im Jahre 1907 nur 6,8 kg per Kopf, davon sind 6,13 kg Seefische.

Ziemlich verschieden sind nun die faktischen Ernährungsarten im Hinblick auf die Kombinationen der gebräuchlichen Nahrungsmittel; hier seien nur einige wenige angeführt, die den Budgets in der Abhandlung von Grotjahn ‹meistens nach Le Play› entnommen sind.

Ein erwachsener, schlecht bezahlter Spinnereiarbeiter in Reichenberg konsumierte pro Jahr: 197 kg Zerealien, 268 kg Kartoffeln, 34 kg Leguminosen, 77 Liter Milch, 12 kg Fett, 8 — sage: acht Kilogramm Fleisch.

Ein Messerschmied in Sheffield ‹im Jahre 1851› in Kilogramm: 182 Zerealien, 105 Kartoffeln, 15 Zucker, 6 Fett, 60 — sage: sechzig — Fleisch.

Ein Knecht auf einem mecklenburgischen Rittergut: 350 kg Zerealien, 264 kg Kartoffeln, 500 Liter entrahmte Milch, 26 kg Fett und 30 kg Fleisch.

In einer Berliner Kaufmannsfamilie ‹im Jahre 1880› konsumierte ‹nach der Berechnung von Engels› eine erwachsene männliche Person: 120 kg Brot, 145 kg Kartoffeln, 24 kg Zucker, 23 kg Butter und Schmalz und 84 kg Fleisch; ein anderes Berliner Kaufmannsbudget aus demselben Jahre weist sogar einen jährlichen Fleischkonsum von 115 kg auf.

Und aus allem deduziert Grotjahn ‹auf S. 15› als „sozusagen ideales" Kostmaß für eine wohlhabende erwachsene männliche Person ohne starke körperliche Arbeit in unserer geographischen Breite: 175 Zerealien, 175 Kartoffeln, 25 Zucker, 25 Fett, 100 Fleisch ‹alles in kg pro Jahr›.

Sehr maßgebend ist hier die Forderung des Nahrungsmittelchemikers König. Dieser verlangt als Tagesration für einen erwachsenen Mann: 500 g gröberes Weizenbrot, 230 Metzger-, d. i. 212 g knochenfreies Rindfleisch, 250 g Milch zu Mehlspeisen, 250 g gröberes Weizenmehl, 300 g Kartoffeln, 150 g unreife Gartenerbsen ⟨Gemüse⟩, 30 g Butter; das bedeutet pro Jahr: 180 kg Brot, 84 kg Fleisch, 90 Liter Milch, 90 kg Weizenmehl, 108 kg Kartoffeln, 54 kg Gemüse, 11 kg Butter, und ist gleichwertig einem physiologischen Kostmaß von: 120,1 g Eiweiß, 65,7 g Fett und 257 g Kohlenhydraten pro Tag. —

Belehrend ist nun aber besonders eine Angabe des Kaiserlichen Reichsgesundheitsamts ⟨aus dem Jahre 1894⟩, wie die Ernährung zusammengesetzt sein soll, um einerseits den physiologischen Anforderungen, andererseits den ökonomischen Verhältnissen der Arbeiter zu genügen. Als Tageskonsum wird aufgestellt: 600 g Roggenbrot, 400 g Kartoffeln, 150 g mittelfettes Rindfleisch, 150 g Erbsen, 40 g Reis, 20 g Magerkäse, 500 g Magermilch, 35 g Schmalz. Als Jahresverbrauch wäre das in kg: 245 Zerealien, 150 Kartoffeln, 55 Leguminosen, 180 Liter Magermilch, 7 Magerkäse, 13 Schmalz und 55 Fleisch. Chemisch ausgedrückt hieße es: pro Tag 135 g Eiweiß, 56 g Fett, 500 g Kohlenhydrate, mit einem dynamischen Werte von zirka 3125 Kalorien, also ziemlich ausreichend, nur müßte für einen schwer arbeitenden Mann das Fett noch vermehrt werden.

Nach den Lebensmittelpreisen im Jahre 1893 hätte diese Ernährungsart täglich 0,6 Mark gekostet. Wie Grotjahn meint, ist jedoch dieser Vorschlag nur theoretisch konstruiert, ohne Analogie in der Literatur der Arbeiterbudgets und unvollkommen, weil Zucker, Vollmilch, Weißbrot und Butter fehlen. Und was die Geldfrage betrifft, so bemerkt wiederum Mombert, daß selbst 62 Pfennige für obige Nahrung zu niedrig gegriffen wären, daß ein Arbeiter durchschnittlich nicht mehr als 60 Prozent seines Einkommens für Nahrung ausgeben könne — was ich auch vielfach in der Literatur bestätigt, ja oft in neuester Zeit nur zu 50—55 Prozent angegeben fand — und daß daher für ausreichende Ernährung einer Familie, die man ⟨zufolge der statistischen Aufnahmen⟩ durchschnittlich als eine Gruppe von 3,5 Erwachsenen ansehen könne, jährlich ein Mindesteinkommen von 1320 Mark erforderlich wäre. Und da ist denn, bei Benutzung der bekannten Einkommensgrößen,

leicht zu verstehen, daß — wie schon erwähnt wurde — ein so großer Teil der Bevölkerung sich nicht genügend nähren kann.

*

Bevor ich die zu verteilenden Nahrungsmittel feststelle, schicke ich voraus, daß ich hierbei annehme, eine solche Verteilung finde in einem ganzen Staate, und zwar hier gemeint Deutschland, in geographischer Beziehung gleichartig statt. Es ist zwar höchstwahrscheinlich in praxi angezeigt, die Ernährungsmethode nicht gleichartig zu wählen, z. B. Bewohner von Gebirgsgegenden, ihrer Gewohnheit gemäß, mit weniger Fleisch als die Ebenenbewohner zu ernähren, sowie die Küstenbewohner, wie heute, mehr auf Fischgenuß zu verweisen. Jedoch wäre es bei der hier durchzuführenden Berechnung ganz verfehlt, eine ganze Reihe von speziellen Annahmen zu machen, die bedeutende Komplikationen in den Berechnungen und überdies endlose Kontroversen hervorrufen, und doch zur Beleuchtung meines sozialen Programms gar keinen weiteren Beitrag leisten würden. Aus diesem Grunde werden wir auch die ganze Bodenfläche Deutschlands in landwirtschaftlicher Beziehung gleichartig behandeln, obwohl sogar vom rein agrikulturellen Standpunkte aus ebenfalls je nach Bodenbeschaffenheit und Klima in der Wirklichkeit Unterschiede gemacht werden müssen.

Ferner sei bemerkt, daß ich die Bemessung der Nahrungsmittel aus dem Gebiete der Landwirtschaft einerseits dem physiologischen Kostmaß entsprechend wählen werde, überdies aber so viel als möglich mich, wie schon erwähnt, an die agrikulturellen Vorschläge von Atlanticus in seiner Broschüre „Ein Blick in den Zukunftsstaat, Produktion und Konsumtion im Sozialstaat" ⟨1898⟩ halten werde.

Art und Menge der zu verteilenden Nahrungsmittel.

Was Fleisch betrifft, so erinnern wir uns, daß Voit ein jährliches Minimum von 83 kg vorschreibt. Die deutsche Armee erhielt pro Mann 54 kg, die ganze deutsche Bevölkerung jedoch konsumierte z. B. im Jahre 1904 pro Kopf und Jahr nur 49 kg, nämlich zirka 40 kg aus gewerbsmäßiger Schlachtung und zirka 9 kg aus Hausschlachtungen ⟨siehe Professor Halle's „Weltwirt-

schaft", I. Teil, S. 60). Die neuesten Daten lauten: durchschnittlicher Fleischkonsum in England (in den Jahren 1905 bis 1907) zirka 53 kg; in Deutschland für 1909 zirka 38,12 kg nutzbares Fleisch (nach Ulrich Müllers „Fleischeinfuhr"). Nach W. Claaßen (a. a. O.) aber war der Durchschnittskonsum Deutschlands im Jahre 1910 zirka 52,1 kg. Die wohlhabenden Klassen konsumieren zirka **100 kg** pro Jahr, und eben diese Zahl wollen wir zur allgemeinen machen.

Brot wird bekanntlich, und wie auch aus den wenigen oben mitgeteilten Budgets hervorgeht, je nach Ort und Beruf in nicht weniger verschiedenen Quantitäten konsumiert als Fleisch. Ch. Lorentz gibt in seiner Broschüre „Deutschlands Getreideproduktion, Brotbedarf und Brotbeschaffung" (1881) an, daß nach dem Werke „Les ouvriers européens" von Le Play „sich als großer allgemeiner Durchschnitt ein individueller jährlicher Verzehr von 239,5 kg Brotgetreide" ergebe. „Ordnet man die Arbeiter nach ihren Berufen, so entfällt auf die Gruppe der Ackerbauer ein Quantum von 315,0 kg, auf die Gruppe der Hütten- und Bergleute ein solches von 199,4 kg und auf die Gruppen aller übrigen Arbeiter (Handwerker usw.) ein Quantum von 187,0 kg" (S. 17). R. Simmler gibt in seinem Werke „Die Ernährungsbilanz der Schweizer Bevölkerung" — wie Lorentz mitteilt — den Durchschnitts-Getreidekonsum des Schweizers zu 187 kg pro Jahr an. Der deutsche Soldat erhielt 302 kg Brot pro Jahr. Und oben sahen wir als die Forderung von König: 180 kg. Wir bestimmen nun die jährliche Brotverteilung zu **167** kg, und zwar — ebenfalls im Anschluß an Atlanticus — bestehend aus zwei Drittel Weizen und ein Drittel Roggen.

Kartoffeln setzen wir zu **167** kg fest.

Butter zu **16** kg pro Jahr.

Käse zu **5** kg jährlich.

Vollmilch zu **50 Litern.** Diese Zahl ergibt sich aus den landwirtschaftlichen Dispositionen des Atl.,* sie erscheint mir nach einem Vergleich mit den (obigen) Haushaltungsbudgets zu klein. Jedoch dürfte es auch bei Aufrechthaltung der genannten Disposition wohl möglich sein, wenigstens durch einen Teil der gewonnenen Magermilch den Milchkonsum zu erhöhen. Nach Claaßen (a. a. O.) war der Verbrauch von Konsummilch in Deutschland im Jahre 1907 9267 Millionen Liter, also zirka 150 Liter per Kopf. —

Was Zucker betrifft, so steigt der Verbrauch desselben in

* Dieser Abkürzung wollen wir uns für „Atlanticus" bedienen.

Deutschland in neuerer Zeit nicht unbeträchtlich, er belief sich im Jahre 1900/1901 auf zirka 12,3 kg, 1903/4 schon auf 17,2 kg, 1904/5 auf 14,4 kg, 1908/9 auf 17,6 kg pro Kopf und Jahr. ⟨Siehe Statist. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich, Jahrg. 1910.⟩ In England jedoch stieg der jährliche Zuckerkonsum von 14 kg in den Jahren 1851—55 auf 36 kg in den Jahren 1890—95. Bei dem hohen Nährwert und vielen anderen wertvollen Eigenschaften des Zuckers wollen wir seinen Konsum im Zukunftsstaat recht hoch festsetzen und bestimmen 30 kg pro Kopf und Jahr. — Diese hohe Ziffer würde auch für den Fall genügen, als der Kaffee- und Teeverbrauch im heutigen Ausmaß fortbestünde. —

Aber Kaffee und Tee sind auf keinen Fall notwendig. Bunge sagt ⟨auf S. 149 seiner Physiologie⟩: „Beide wirken fördernd bei jeder geistigen und körperlichen Anstrengung und die Gefahr der Unmäßigkeit ist bei ihrem Gebrauche kaum vorhanden." Ich setze die Richtigkeit der Bungeschen Auffassung voraus, obwohl ich weiß, daß manche Autoren den Kaffee als „Gift" deklarieren. Atl. setzt die Einfuhr von Kaffee aus den deutschen Kolonien in Afrika voraus und zwar in einer Quantität von zirka 450 Millionen kg pro Jahr. Da diese beiden Artikel nicht innerhalb Deutschlands gewonnen werden können, so müssen wir folgende Varianten unseres Vorgehens ins Auge fassen: Entweder wir nehmen an, daß wir uns wirklich auf Ausbeutung der Kolonien stützen, indem wir deren Ergiebigkeit zur Zeit der Einrichtung des Zukunftsstaates bereits als hinreichend voraussetzen, und indem wir ferner uns darauf gefaßt machen, im Falle eines Krieges mit stärkeren Seemächten auf den Genuß von Kaffee und Tee ⟨eventuell auch anderer Kolonialprodukte⟩ zu verzichten. Oder: Wir beziehen diese exotischen Artikel wie heute aus den betreffenden Ländern, also zum allergrößten Teile Kaffee aus Brasilien und Tee aus China, berechnen den Geldwert dieser gesamten Einfuhr, bestimmen von Staats wegen die Herstellung von Ausfuhrartikeln nach diesen Ländern, die als Kaufmittel direkt ⟨durch Austausch⟩ oder indirekt zu dienen haben, und weisen einem bestimmten Teile der Nährarmee die Produktion dieser Kompensationsartikel zu, während der eingeführte Kaffee und Tee von Staatsmagazinen aus an alle Bewohner ⟨bedingungslos⟩ verteilt werden. Die Summen aber, um die es sich hier handelt, sind sehr bedeutende, denn z. B. im Jahre 1910 wurden in Deutschland 170 000 Tonnen Kaffee, im

Werte von 176 Millionen Mark, eingeführt. Natürlich ist auch bei diesem Arrangement eine solche Sicherheit der Beschaffung wie bei den inländisch gewonnenen Artikeln keinesfalls zu erreichen.

Endlich könnten wir Kaffee und Tee, als zwar sehr gewohnte, aber nicht unentbehrliche Genußmittel, aus dem Minimum ganz streichen und denjenigen, welche nicht darauf verzichten wollen, es freistellen, erst nach ihrem Austritt aus der Nährarmee sich dieselben für Geld, das sie etwa in der freien Privatwirtschaft erwerben, zu verschaffen, während ihrer Dienstzeit, in der sie ausschließlich vom Staate ernährt werden, hätten sie daher auf Kaffee und Tee zu verzichten oder diese Genußmittel von ihrem sekundären Minimum zu bestreiten, d. h. in den Privatgeschäften zu kaufen. Allerdings ist man dann allen willkürlichen Preisfestsetzungen durch die Plantagenbesitzer und Zwischenhändler oder Trusts ausgesetzt und weiß nie, wieviel man für seinen Bedarf von seinem sekundären Minimum weggeben muß.

Hier wollen wir die Variante des Verzichtes voraussetzen.

Alkohol geben wir in keinerlei Form und auch nicht in den geringsten Quantitäten. „Er stärkt Niemanden, er betäubt nur das Müdigkeitsgefühl", sagt Bunge und fügt die Tatsache hinzu: „In England leben gegenwärtig fünf Millionen Menschen in jeder Berufsarbeit gesund und rüstig, lebensfroh und lebensmutig ohne einen Tropfen Alkohol, und die Statistik der Lebensversicherungsgesellschaften zeigt, daß diese Enthaltsamen bedeutend länger leben als die mäßigen Trinker" ⟨S. 146 seiner Physiologie II⟩.

Auch Tabak beziehen wir in das Minimum nicht ein.

Speisesalz verteilen wir 7·5 kg jährlich pro Kopf, was dem Konsum des Jahres 1904 und auch sehr nahe jenem von 1908 entspricht, eine Erhöhung dieser Ziffer dürfte nicht notwendig sein, da wir, wie z. B. von Lahmann behauptet wird, heute mehr Kochsalz einnehmen, als physiologisch notwendig, ja als uns zuträglich ist. —

Hiermit hätten wir die Liste der Hauptartikel für die Ernährung so ziemlich erschöpft. Die sekundären Genuß- und Reizmittel, wie: Pfeffer, Senf, selbst Obst, mögen in welcher Art immer mitberücksichtigt werden, so werden sie doch die Zahlen der Gesamtproduktion und Beschaffung an Nahrungsmitteln und also auch die Größe der Nährarmee in keinem wesentlichen Maße beeinflussen können, und ich berücksichtige daher dieselben nicht.

Nunmehr erwächst uns, bevor wir die Anordnung der Produktion der oben präzisierten Hauptnahrungsmittel darlegen, die Verpflichtung, nachzuweisen, daß unsere Wahl derselben nach Art und Größe auch wirklich den Anforderungen des physiologischen Kostmaßes genügt, d. h. daß wir durch unser Minimum hinreichende Mengen von Eiweiß, Fett, Kohlenhydraten und Salzen darbieten.

Für diese Berechnung reduzieren wir vorerst die angegebenen Jahresquantitäten pro Kopf auf den Tag. Und da ergibt sich ein Konsum von: 280 g Fleisch, 45 g Butter, 83 g Zucker, 464 g Kartoffeln, 464 g Brot, 140 g Vollmilch und 14 g Käse.

Benützen wir nun die bekannten Tabellen der prozentischen Zusammensetzung der Nahrungs- und Genußmittel, so ergibt sich, daß wir als Minimum pro Kopf und Tag liefern: 104,6 g Eiweiß, 63,5 g Fett, 416,54 g Kohlenhydrate und 15,6 g Salze; während, wie oben angeführt wurde ⟨nach Voit⟩, 118 g Eiweiß, 56 g Fett und 500 g Kohlenhydrate für einen erwachsenen, 70 kg schweren Arbeiter bei mittlerer physischer Arbeit verlangt werden.

Nun besteht aber die Bevölkerung eines Staates nicht nur aus erwachsenen Männern, sondern auch aus Frauen, Kindern, Greisen und Kranken, die alle ein geringeres Kostmaß beanspruchen. Es handelt sich daher darum, diesen Umstand zu berücksichtigen.

Es gibt nun mehrere Schlüssel, um den Nahrungskonsum von Männern, Frauen und Kindern untereinander quantitativ zu vergleichen. Wohl die erste Vergleichstafel stammt vom Statistiker E. Engel. Dieser setzt in seinem Werke „Der Kostenwert des Menschen" ⟨1883⟩ als Maßeinheit für den Personenstand einer Familie, deren Gesamtkonsum er für die einzelnen Mitglieder zerlegen will, das neugeborene Kind. Diese Anfangsgröße läßt er für die männlichen Personen bis zum 25. Lebensjahre jährlich um 0,1 wachsen, bei weiblichen bis zum 20. Jahre. Der ausgewachsene Mann zählt demnach 3,5, die Frau 3,0 Einheiten. Diese Engelsche Methode genießt im allgemeinen viel Vertrauen, wir wollen sie daher hier in Anwendung bringen, obwohl sie auf Säuglinge, die an der Brust der Mutter gestillt werden, und auf Greise für nicht anwendbar gilt.

Eine andere Vergleichsmethode stammt von Kuhna und eine andere stammt von König, mit geringfügigen Variationen liefert letztere ähnliche Resultate wie jene von Engel und Kuhna.

Auch von Wörishoffer rührt eine, zugleich sehr einfache Annahme her, die sich auch in der Abhandlung Kuzmánys „Die Verwandlung von Kopfzahlen in Konsumeinheiten" (in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik für 1905) vorfindet. —

Wir wollen nun die Tafeln von Engels und Kuhna verwenden, und unsere Aufgabe besteht nun nicht darin, Familienkostmaße zu berechnen, sondern in der Lösung eines anderen und zwar des folgenden an sich wichtigen Problems:

Es ist die Bevölkerungsziffer irgendeines Landes, z. B. hier Deutschlands, zu einer gewissen Zeit gegeben, sie sei = Z, der tägliche durchschnittliche Konsum sei = d, der gesamte Nahrungskonsum ist daher N = Z . d. Dabei ist der Konsum der einzelnen Individuen verschieden, und das Verhältnis des Konsums der angenommenen Kategorien sei durch irgendeine Annahme präzisiert, wie z. B. durch den Schlüssel von Engel, Kuhna oder König. Alle diese nehmen eine Art von Maximumkonsumenten an: der erste erwachsene Männer von 25 Jahren, der zweite jede über 17 Jahre alte Person, der dritte jeden erwachsenen Mann über 18 Jahre. Wir wollen diese: „Voll-Konsumenten" nennen, alle anderen, die weniger konsumieren: „Minder-Konsumenten".

Denken wir uns nun, man würde dieselbe Gesamtnahrungsmenge N unter eine Bevölkerung gleichmäßig verteilen, die ausschließlich aus Vollkonsumenten besteht, von denen jeder ebensoviel konsumiert wie ein Vollkonsument in der faktischen Bevölkerung, wie groß wird die Zahl Z^1 dieser gedachten Bevölkerung sein?

Anders ausgedrückt: Wie groß ist eine bloß aus Vollkonsumenten bestehende Bevölkerung, deren Gesamtkonsum (N) dem der faktischen gemischten Bevölkerung gleichkommt?

Es handelt sich also um die Auffindung eines Reduktions-Koeffizienten, und dieser kann nur berechnet werden, wenn man irgendeinen Schlüssel, d. h. irgendeine Vergleichstafel der Kostmaße mit den statistisch erhobenen Zahlen der Lebenden verschiedenen Alters und Geschlechtes kombiniert.

Ich gehe nun von den bezüglichen Angaben im Statistischen Jahrbuch, z. B. vom Jahre 1906 oder 1910 aus,* die sich auf die Erhebungen vom 1. Dezember 1900 beziehen, und daher ist auch

* Neuere stehen mir noch nicht zu Gebot.

als Basis aller Berechnungen die am selben Tage gewonnene Bevölkerungsziffer zu verwenden, d. i. $Z = 56{,}367$ Millionen.

Rechnung nach der Tafel von Engel.

Kinder unter 1 Jahr gelten als Einheit; da es 1,632 Millionen solcher Kinder gab, bleibt diese Ziffer ungeändert. Kinder von 1—2 Jahren gab es 1,459 Millionen, solche gelten um 0,1 mehr, also haben wir: 1,605 Einheiten dieses Alters. Kinder von 2—3 Jahren waren 1,462 Millionen, solche gelten um 0,2 mehr, also sind es 1,754 Einheiten usw. Rechnet man so weiter bis zum 20. Jahre, so erhält man zusammen: 41,514 Millionen Einheiten.

Frauen vom 20. Jahre an ⟨bis 100 und darüber⟩ gab es 15,211 Millionen, und da sie als 3 Einheiten gelten, so repräsentieren sie 45,633 Millionen Einheiten.

Männer vom 20. bis zum 25. Jahre gab es 3,049 Millionen und da sie, im Durchschnitt, um 2,3 Einheiten mehr als die Grundeinheit gelten, so repräsentieren sie 10,061 Millionen Einheiten. Und endlich lebten 12,700 Millionen Männer vom 25. Jahre an ⟨bis 100 und darüber⟩, da jeder 3,5 Einheiten wert ist, so haben wir hier: 44,45 Millionen Einheiten.

Zusammengenommen haben wir also ⟨im Jahre 1900⟩: $41{,}514 + 45{,}633 + 10{,}061 + 44{,}45 = 141{,}66$ Millionen Konsumeinheiten; bestünde die Bevölkerung bloß aus Vollkonsumenten mit dem Werte 3,5, also aus Männern vom 25. Jahre an, so hätten wir $56{,}357 \times 3{,}5 = 197{,}25$ Millionen Einheiten. Also ist die Reduktionszahl $= \frac{141{,}66}{197{,}25}$ nahezu 0,716, d. h. jene gedachte ausschließlich aus Vollkonsumenten bestehende Bevölkerung würde nur eine Größe Z^1 von ungefähr $^7/_{10}Z$ besitzen; $^7/_{10}$ ist also der gesuchte Reduktions-Koeffizient.

Macht man die analoge Rechnung nach den Schlüsseln von Kuhna, so ergibt sich ein Reduktions-Koeffizient von 0,75.

Wir können daher als Lösung unseres Problems das Resultat hinstellen: Die ganze deutsche Bevölkerung konsumiert gerade so viel, als ob sie zum ⟨$^7/_{10}$ oder⟩ $^3/_4$ Teile, d. h. — wenn wir z. B. 70 Millionen als Bevölkerungsziffer zugrunde legen — aus zirka 50 Millionen Vollkonsumenten ⟨d. i. Männern von 25 Jahren an oder vom 18. Jahre an usw.⟩ bestünde.

Allerdings bezieht sich die Rechnung auf die Daten des Jahres 1900, in welchem Deutschland nicht 60, sondern 56 Millionen Bewohner hatte, allein es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich die Altersverhältnisse seither merklich verändert haben; wahrscheinlich unterscheiden sich auch die anderen Länder hierin nicht sehr von Deutschland. —

Wenden wir das gewonnene Resultat auf das oben angegebene Kostmaß für das Minimum an.

Unsere Verteilung an Nahrungsmitteln war so gewählt, daß der durchschnittliche Tageskonsum d = 104 g Eiweiß, 63,5 g Fett, 416 g Kohlenhydrate und 15,6 g Salze betrug, entsprechend 2756 Kalorien.* Zu dem Ausdrucke: „durchschnittlicher Tageskonsum" ist folgende aufklärende Bemerkung zu machen. Der Begriff „Durchschnitt" ist fast immer identisch mit dem Begriff: „Mittel". Eine Mittelgröße in dem ökonomischen Gebiete sagt aber über den Zustand der einzelnen Individuen gar nichts aus. Denn heute haben einige Wenige ein großes Vermögen und Viele fast gar keines; die Mittelgröße hat daher nur eine arithmetische Bedeutung. Bei uns jedoch bedeutet der Durchschnittskonsum die Nahrungsmenge, die für Jeden ausreicht. Die Ungleichheiten, die allerdings vorhanden sind und ohne die der Begriff „Durchschnitt" gar keinen Sinn hätte, beziehen sich nur auf die Unterschiede des Alters und Geschlechts. Es ist aber hier dafür gesorgt, daß Jeder seinen ihm gebührenden Teil mit aller Sicherheit bekommt. Wenn wir die Nahrungsmenge $N = Z \cdot d$ unter die Konsumenten ihrem wirklichen Bedarfe nach verteilen, so werden die Vollkonsumenten mehr, z. B. e, die Minderkonsumenten weniger als d erhalten.

Würde N unter eine Bevölkerung von lauter Vollkonsumenten, deren Zahl Z^1 ist, verteilt, die also ebenfalls e erhalten, so wäre $N = Z \cdot d = Z^1 \cdot e$, also $e = d \cdot \frac{Z}{Z^1} = \frac{4\,d}{3}$ ⟨oder $\frac{10}{7}$ d⟩, d. h.: Unsere Nahrungsmittelmenge reicht hin, um jedem erwachsenen Manne ⟨„Vollkonsumenten"⟩ täglich 139 g Eiweiß, 84,6 g Fett, 555 g Kohlenhydrate und 20,8 g Salze zu geben, was die physiologisch geforderten Kostmaße, z. B. das von Voit, nicht unbedeutend übertrifft. Ich füge bei, daß diese Mengen

* Die Berechnung geschieht nach den Zahlen: 4,83 Kal. für 1 g Eiweiß, 9,3 Kal. für 1 g Fett und 4 Kal. pro g Kohlenhydrat.

eine Anzahl von 3677 Wärmeeinheiten entwickeln, während 3100 Kalorien für einen mittleren Arbeiter für hinreichend gehalten werden.

Daraus folgt aber, daß wir überflüssig viel Nahrungsmittel verteilen würden, wenn wir die letztgenannten Zahlen aufrecht halten. Nun legen wir — im Gefolge des Atl. — eine landwirtschaftliche Organisation und Produktion für 60 Millionen Menschen unserer Nährarmee zugrunde, da eine Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion nicht angebracht ist, weil sonst meine Dispositionen geändert würden (und ich als Laie in der Landwirtschaft ein richtiges Neuarrangement nicht konstruieren könnte), so ergibt sich uns, daß unsere Nahrungsproduktion für mehr als 60, und zwar für $\frac{3677}{3100} \times 60$, d. h. für eine Bevölkerung von ungefähr 70 Millionen hinreicht.

Mit der Zahl von 70 Millionen wollen wir also in die ganze Berechnung der Minimum-Institution eingehen und daher nicht nur die Nahrungs-, sondern auch die Wohnungs- und die Bekleidungsfrage auf diese Zahl beziehen.

Zur Statistik der Nährarmee.

Über Wohnung, Wohnungseinrichtung, Bekleidung und Gesundheitspflege.

Mit den bisher vorgeschlagenen Mitteln, die in letzter Instanz auf kleinliche Finanzkünste hinauslaufen, kann man in absehbarer Zeit keine Abhilfe bringen. Da wird verlangt: „Reform des Steuerwesens", „Reorganisation des Hauskredits", eine „neue Bauordnung", ein „Wohnungsgesetz", eine Steuerreform soll nämlich die Kleinwohnungshäuser „entlasten", die Mittelwohnungshäuser „schonen", dagegen die Baugründe und Umbauhäuser „um so stärker zur Beitragsleistung heranziehen, je mehr sie, vom Standpunkt des Wohnwesens betrachtet, brach liegen"! In Deutschland ist wohl die Selbsthilfe ein fördernder Faktor in der Wohnungsfürsorge, sie ist auf der genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Rechtsform aufgebaut. Mit Hilfe der Genossenschafts-, Aktien- und Vereinsgesetze sind dort gemeinnützige Bauvereine verschiedenster Art ins Leben gerufen worden, bis jetzt ⟨1910⟩ schon 963 Baugenossenschaften, eine große Anzahl Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Außerdem ist seit 1901 die öffentlich-rechtliche Hilfe durchgeführt, das Reich und der preußische Staat haben dafür 125 Millionen Mark aufgewendet usw. usw. In Österreich wurde im November 1910 ein „Gesetz betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds" beschlossen, zum Zwecke des Baues von Kleinwohnungen sowie des Erwerbes der hierzu bestimmten Grundstücke u. dergl. Wie relativ geringfügig aber die Beseitigung der Wohnungsübelstände trotz alledem ist, braucht nicht erst näher beleuchtet zu werden und wird auch allseitig zugestanden.

Es handelt sich aber bei der Lösung der Wohnungsfrage geradeso wie bei dem Problem der Ernährung und Bekleidung um zwei voneinander sehr verschiedene Aufgaben. Die eine Aufgabe betrifft die klare Beschreibung einer Gesellschaftseinrichtung, bei der fortlaufend in prinzipiell gleichmäßiger Weise für die Befriedigung der drei genannten ⟨und geringer anderer⟩ Bedürfnisse eines Jeden mit Sicherheit gesorgt ist. Darauf bezieht sich eben die qualitative und quantitative Entwicklung meines sozialen Programms einer Minimum-Institution, die den Hauptbestandteil dieses Buches ausmacht.

Die andere Aufgabe jedoch bezieht sich auf die Art, wie der jetzige schlechte Gesellschaftszustand in den von mir vorgeschlagenen gesitteten der Zukunft überführt werden soll, und diese Überführung enthält offenbar von selbst das auch an und für sich hochwichtige Bestreben in sich, die schärfsten Übelstände unserer Gesellschaft so gründlich und so schnell als möglich zu beseitigen.

Was nun bisher über das Wohnungsproblem an Daten angeführt wird, zeigt, daß hier gerade die zweite Aufgabe von bedeutender Dringlichkeit sei, und zwar in solchem Maße, daß sie, sozusagen, sofort in Angriff genommen werden soll.

Mit den Übergangsmaßregeln überhaupt werden wir uns nun in einem eigenen Kapitel befassen, also auch speziell mit der Methode, das heutige Wohnungselend in seinen krasseren Formen möglichst rasch zu beheben, da ja alle heutigen Vorschläge von kleinlichen und engherzigen kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden.

Was aber die radikale Maßregel betrifft, die jetzigen luxuriös großen Wohnungen heranzuziehen, so würde die technische Schwierigkeit vorliegen, sie zu teilen, aber die Vermehrung der Küchen wird in den allermeisten Fällen schwierig sein. Indessen könnte man auf diesem Wege so viele kleine Wohnungen in kürzester Zeit gewinnen, daß man die Unterteilung luxuriöser Wohnungen doch ernstlich ins Auge fassen und den Bausachverständigen die Durchführung überlassen muß, eventuell Gemeinschaftsküchen einrichtet.

Setzen wir nun voraus, daß im Übergangszustande so viele Gebäude und ⟨unterteilte⟩ Wohnungen hergestellt worden seien, daß die Anzahl der Wohnungen, in-

begriffen die leerstehenden, der im Beginne des sozialistischen Staates vorhandenen Bevölkerungsziffer vollkommen entspreche, so haben wir jetzt zu zeigen, wie wir in unserem Zukunftsstaat, also in seinem Beharrungszustande, Wohnungen sowie die Wohnungseinrichtungen für den etwaigen Bevölkerungszuwachs herstellen und in welchem Ausmaß das geschehen soll, sowie auch für alle Reparaturen der schon bestehenden Gebäude im Rahmen unseres Programms zu sorgen wäre. Gewisse administrative oder politische Bestimmungen werden sich hier als notwendig zeigen, und diese sollen ebenfalls angegeben werden.

*

Unser künftiges Programm in der Wohnungsfrage ist nun folgendes:

Im gesitteten Zukunftsstaat soll jeder Staatsangehörige, resp. jeder Haushaltungsvorstand, der sich um Erhalt einer Wohnung, und zwar an einem bestimmten Termin jedes Jahres, anmeldet, eine genügend geräumige und gesunde Wohnung unentgeltlich bekommen. Natürlich wird ein staatliches Wohnungs-Zentralamt nebst ihm untergeordneten Wohnungsämtern in den einzelnen Gemeinden eingerichtet.

Um alle diese Wohnungen zuweisen zu können, bringt der Staat alle Häuser — wie wir sehen werden, ohne jede Entschädigung — an sich, und tritt mit diesem Eigentum an den Häusern, wie wir hier voraussetzen müssen, bereits in den Zukunftsstaat ein. Überdies baut der Staat immerwährend neue Häuser in den einzelnen Ortschaften für den eventuellen Bevölkerungszuwachs. —

Alle jene, die ihr eigenes Häuschen als Familienhaus schon besitzen, also namentlich die Bauern, können dasselbe, wenn sie es wünschen, weiter behalten, dasselbe gilt natürlich für die städtischen Eigentümer solcher Einfamilienhäuser, wenn sie sie selbst bewohnen und wenn die Räumlichkeiten nicht größer als die allgemein als normal bewilligten sind, sonst muß der Überschuß an Wohnräumen an den Staat zur Weiterbegebung abgetreten werden.

Während des Dienstes in der Minimum- resp. Nährarmee werden die eventuell notwendigen Gebäude für die Dienstpflichtigen bereitstehen. Dem Sinne unseres Programms gemäß gehören aber nicht nur diese „Kasernen", sondern auch alle Häuser resp. Wohnungen, insoweit sie zur unentgeltlichen Behausung aller

Staatsangehörigen nötig sind, dem Staate. Es sind also alle unentgeltlichen Wohnungen nur im Besitze, d. h. in Benützung der einzelnen Staatsangehörigen, aber nicht deren Eigentum. Nur jene Bauten werden Privatbauten, also persönliches Eigentum sein, die man nach dem Austritt aus der Minimum-Armee in der freien Privatwirtschaft erwirbt.

Sozialpolitisch wichtig ist noch die Behandlung der Frage der stetigen Vergrößerung der Städte durch Zuzug vom Lande, die sogenannte Landflucht, und andererseits durch das natürliche Wachstum der städtischen Bevölkerung. Dieses Problem kann ganz im Rahmen unseres Programms präzise gelöst werden und der Vorgang hierbei wird folgender sein:

Jede große Stadt, oder besser die Staatsregierung selbst, setzt eine Maximalzahl ihrer Einwohner fest, für die von seiten des Staates unentgeltlich Wohnung besorgt werden kann. So lange diese Maximalzahl nicht erreicht ist, finden noch immer alle, von anderswoher Zugezogenen ihre Wohnung zugesichert, sei es sofort, wenn genügende Wohnungen vorhanden sind, sei es erst später, wenn neue Häuser wegen des neuen Bedarfs erbaut worden sind; ist sie aber erreicht, so müßten sich die von da an neu Hinzugekommenen ihre Wohnung, wenn sie können, irgendwie selbst versorgen, sie verlieren also dieses Benefizium, während sie in ihrem früheren Aufenthaltsorte dasselbe genossen hatten und auch in einem anderen Orte, dessen Maximalzahl unentgeltlicher Quartiere noch nicht erreicht ist, weiter genießen würden. Auf diese Weise wird es daher den Zuzüglern, namentlich vom Lande, viel schwieriger gemacht, die großen Städte zu überfüllen, und diese ganze, heute so mächtige Strömung in die Städte sehr wesentlich eingedämmt und schließlich ganz gehemmt werden.

Da aber eine Überfüllung der Städte, und besonders die Evakuierung des Landes manche Übelstände mit sich führen, u. a. die Verminderung der landwirtschaftlich zu benützenden Fäkalien — so lange noch keine praktische Methode, sie zu benützen, für die Städte existiert —, so wird man auch für die Zuzügler, die auf eine unentgeltliche Wohnung verzichten wollen, eine Maximalzahl vorschreiben, d. h. man wird einen Bauplan entwerfen, über den hinaus überhaupt weitere Häuser, also auch Privathäuser, nicht mehr gebaut werden dürfen, dieses zweite Maximum, etwas

größer als das erste, begrenzt also die Ausdehnung der Stadt überhaupt. —

Wer von seinem Wohnorte nach einem anderen inländischen Orte, zu welchem Zwecke immer, für eine Zeit verreist, ohne dahin zu übersiedeln, hat keinerlei Anspruch auf eine unentgeltliche Staatswohnung außerhalb seines ständigen Domizils. — —

Es ist nun nur noch Vorsorge zu treffen für jene Fälle, in denen, sei es aus welchem Grunde immer, ein Wohnungswechsel gewünscht wird. Das könnte so gemacht werden, daß ebenso wie die Anmeldungen Wohnungsuchender in dem Wohnungsnachweisbureau jeder Stadt oder jedes Bezirkes auch die Anmeldungen jener eingesammelt werden, die ihre bisherige Wohnung verlassen wollen, wobei sie anzugeben haben, in welchem Orte oder Bezirke sie von nun an gerne wohnen möchten. Es wird dann Sache der Parteien sein, Einsicht in die betreffenden Listen zu nehmen und einen Tausch mit einer anderen Partei in jenem Orte perfekt zu machen, und wenn das geschehen ist, der Wohnungsbehörde hiervon Mitteilung zu machen; überdies muß ein normaler Wohnungsvorrat von ⟨herkömmlich⟩ zirka 7 Prozent aller Wohnungen als leerstehend stets vorhanden sein, teils für unvorhergesehenen Zuwachs der Bevölkerung, teils um den Wohnungsuchenden eine ausreichende Auswahl zu ermöglichen. Einige statistische Daten über die Häufigkeit des Wohnungswechsels unter den heutigen Verhältnissen dürften wohl hier am Platze sein.

*

Nach den auf Grund von Mietkontrakten zusammengestellten Erhebungen über das Wohnungwechseln in Berlin bleiben 65 Prozent der Einwohner nur sechs Monate in derselben Wohnung, 25 Prozent behalten bis zu drei Jahren dasselbe Logis, 6 Prozent verbleiben fünf und nur 3 Prozent bis zu zehn Jahren in einer und derselben Wohnung. Und nur 1 Prozent der Bevölkerung bleibt ständig in demselben Logis. Nun sind aber diejenigen, die am häufigsten ihre Wohnung wechseln, kinderreiche Familien, von jenen, die nur durchschnittlich sechs Monate in einer Wohnung bleiben, sind 81 Prozent kindergesegnete Familien, und die Ursache liegt darin, daß die Hausbesitzer ihre Häuser möglichst „kinderrein" machen wollen und daher den betreffenden Familien ohne weitere Ursache kündigen.

In dem gesitteten Zukunftsstaate, wo die Gesellschaft Eigentümerin der allermeisten Häuser sein wird, ist derlei unmöglich, und die kinderreichen Familien, die ja meistens zugleich die ärmeren sind und wie alle anderen ihre unentgeltliche Wohnung vom Staate bekommen müssen, können dann ruhig in ihrem Heim verbleiben oder erhalten, wenn die Kinderzahl beträchtlich zunimmt, die passenden, größeren Wohnungen zugeteilt. —

Schließlich sei noch bemerkt, daß in allen hier durchgeführten Beschreibungen und den späteren Berechnungen angenommen wird, daß alle Wohnungen zugleich als separate Haushaltungen gedacht werden; es ändert nur sehr wenig, und diese Änderung geschieht nur in günstigem Sinne, an unseren Resultaten, wenn man z. B. voraussetzt, daß in vielleicht nicht ferner Zeit eine Reform der Hauswirtschaft sehr allgemein verlangt wird, die sich in Errichtung von Zentralhaushaltungen, also von Mehrfamilien-Wohnhäusern mit Zentralküchenverpflegung, und auch der entsprechenden Art des Häuserbaues geltend machen dürfte; in Dänemark und Schweden ⟨nach dem System Fick⟩ hat man damit schon begonnen.

*

Hieran anknüpfend mögen auch einige spezielle Punkte baulicher Natur kurz besprochen werden.

Vor allem die Frage: Sollen die neuen Häuser als Kleinhäuser oder quasi als „Mietkasernen", d. h. in unserem Programm: als Großhäuser oder gar als Riesenhäuser ⟨wie in Amerika⟩ hergestellt werden? Es wurde in jüngster Zeit hierüber viel debattiert, und so sehr es dem nicht näher Unterrichteten als unmittelbar evident erscheinen mag, daß nur Kleinhäuser praktisch sind, so ist doch bei den Fachschriftstellern, z. B. bei Prof. Pohle, in Übereinstimmung mit Voigt und Geldner in ihrem Buche: „Kleinhaus und Mietkaserne", das Resultat ihrer Vergleichung dies: daß beide Systeme Vorteile und Nachteile besitzen, daß der Hauptunterschied nur auf dem allgemein politischen Gebiet liege, und, im Fazit, daß es hier kein absolutes, allein berechtigtes Ideal gebe; jedenfalls sei die Wissenschaft nicht imstande, weder das Kleinhaus noch die Mietkaserne als das System des Wohnens zu erweisen, das unbedingt vor dem anderen den Vorzug verdiene. ⟨Siehe „Die Wohnungsfrage" von L. Pohle, Sammlung Göschen.⟩ Ja es gibt Länder, wie z. B. Holland, wo, im Gegensatz zu

Deutschland, das System der Mietkasernen noch nicht vorhanden ist, aber „in Zukunft in den großen Städten . . . erhofft wird", wie sich der holländische Minister Borgesius auf dem Düsseldorfer internationalen Wohnungskongreß ausdrückte.

Es soll daher in meinem Programm diese Frage unentschieden bleiben und nur Folgendes darüber gesagt werden:

Das Kleinhaus dürfte doch in doppelter Hinsicht Vorzüge vor dem Großhaus besitzen, zuerst den, daß bei Epidemien die Ansteckungsgefahren für Nachbarfamilien bedeutend geringer werden und daß das Verlassen eines infizierten Kleinhauses behufs Übersiedlung eine viel einfachere Sache ist als die Evakuierung eines Großhauses. Zweitens scheint das neue Verfahren von Edison, Kleinhäuser durch Gießen von Beton ‹in Formen› herzustellen, eine viel raschere Fertigstellung von Wohnungen zu ermöglichen, als das bis jetzt bei derselben Zahl von Wohnungen in der Form von Großhäusern der Fall ist. Ein solches kleines „Arbeiterhaus" nach Edisons Methode soll, wie es heißt, zur vollendeten Herstellung, inklusive der inneren Einrichtung: Wasser-, Gas- und elektrische Leitung, nur wenige Tage brauchen, so daß nach ungefähr drei Tagen alles genügend ausgetrocknet und das Haus bewohnbar ist.

Diese Schnelligkeit würde die Aufgabe, soweit sie eine rein technische ist, lösen, in kürzester Zeit eine große Zahl von Wohnungen zu beschaffen, und da nach unserem Programm der Staat solche Bauten unbedingt durchführen muß, ohne daß die Geld- und Kreditfrage hierbei irgendwie ins Spiel kommt, so ist das Wohnungsproblem auf diese Weise mit Sicherheit gelöst. Besonders, wenn es sich darum handelt, dem jetzt bestehenden Wohnungselend abzuhelfen und als Übergang und Vorbereitung für den Zukunftsstaat schnellstens Zehntausende von Wohnungen für die ärmere Bevölkerung beizustellen, würde ein derartiger Schnellbau ‹durch Gießen der Wände› unersetzlich sein. Man könnte auf diese Weise mit der Behebung der krasseren Wohnungsübelstände schon in wenigen Jahren fertig werden, lange bevor der Zukunftsstaat etabliert sein wird. —

*

Andererseits spricht jedoch vielleicht folgender Umstand gegen Kleinhäuser und für den Bau von Großhäusern:

Bei eventuell dauernder Vermehrung der Bevölkerung würde durch die große Fläche, die von den stets neu zu erbauenden Kleinhäusern bedeckt werden müßte, ein ziemlich großes Areal des Bodens anderweitigen, namentlich Ernährungszwecken, entzogen werden.

Eine kleine (allerdings rohe) Rechnung wird diesen Punkt näher beleuchten.

Wir betrachten zuerst die Größe der Haus- und Hofflächen von ganz Deutschland und ihre Zunahme pro Jahr. Hier sind also sowohl die Großhäuser der Großstädte, als auch die mittelgroßen und endlich die kleinen Bauernhäuser mit inbegriffen, und das Resultat wird uns einigermaßen genau darüber aufklären, wieviel Hektar neue Wohngebäude pro Million Bevölkerungszuwachs pro Jahr beansprucht haben und wahrscheinlich auch weiter beanspruchen werden.

Nun waren im Jahre 1893 4 927 200 ha und im Jahre 1900 5 013 520 ha an Haus- und Hofräumen, Öd- und Unland, Wegen und Gewässern vorhanden. Die Zunahme in 8 Jahren betrug daher 86 220, rund 10 000 ha pro Jahr, falls Öd- und Unland, Wege und Gewässer unverändert geblieben waren. Da aber ohne Zweifel vom Öd- und Unland ein, wenn auch kleiner Teil in Gebrauch genommen wurde, so ist, Wege und Gewässer hier als konstant angesehen, diese Zahl von 10 000 ha als das mögliche Maximum anzusehen.

Das Bevölkerungswachstum von 1893 bis 1900 war 5,3 Millionen, also pro Jahr zwei Drittel Millionen, und daher wäre für jede Million Volkszuwachs eine neue Bodenfläche von maximal 15 000 ha für ihre Wohnhäuser nötig und für eventuell 900 000, wie das bisher pro Jahr der Fall war, eine Neufläche von 13 500 ha. Sollte sich nun die Bevölkerung Deutschlands um 40 Millionen vermehren, also zirka 100 Millionen betragen, so wären der sonst anders nutzbaren Bodenfläche an die 600 000 ha (maximal) zu entziehen. Das wäre etwas mehr als die ganze für Zuckerrübenbau benutzte Bodenfläche, die im Jahre 1907 513 822 ha betragen hatte.

Zur besseren Übersicht sei erwähnt, daß die Fläche von ganz Deutschland 54 Millionen ha beträgt, jener Zuwachs von 600 000 ha ist also 1,1 Prozent der totalen Fläche. —

Wenn wir aber nicht, wie in obiger Rechnung, die nötige Erweiterung der bewohnten Fläche auf Stadt- und Landgebäude

in ihrer heutigen Bauweise beziehen, sondern eben annehmen, man wolle von nun an überall nur Kleinhäuser errichten, so stellt sich das Resultat natürlich noch ungünstiger.

Um die hier geltende Zahl zu finden, gehen wir so vor:

Das praktische Muster des Wohnens in Kleinhäusern ist u. a. London, wo meistens kleinere Häuser mit Garten vorhanden sind. Dort wohnten nämlich ⟨im Jahre 1901⟩ in einem Hause durchschnittlich 8 Personen, während Berlin 77 pro Haus beherbergt. Im Polizeibezirk London wohnten auf 1 ha Bodenfläche 31,5 ⟨in Berlin 315⟩ Menschen. Wenn wir also analog den Londoner Verhältnissen bauen und wohnen lassen, also ⟨fast⟩ nur in Kleinhäusern, so würde jeder Bevölkerungszuwachs um 1 Million eine Bodenfläche von 31 740 ha beanspruchen. Und für 40 Millionen Volkszuwachs, d. i. wenn Deutschland 100 Millionen Einwohner besitzt und dann ohnedies sich gar nicht leicht wird ernähren können, gehen 1 269 600 ha dem Ackerbau verloren, d. i. zirka 2,2 Prozent der totalen Fläche des Deutschen Reiches. Es kann sein, daß man aus diesem Grunde denn doch keine Kleinhäuser baut und wenigstens partiell zum Großhaussystem greift.

•

Bezüglich des Ausmaßes der Wohnungen wird die Minimum-Institution Folgendes bieten:

Für Einzelpersonen 1 Zimmer und 1 Vorzimmer, für Familien durchschnittlich 2 Zimmer, Kabinett, Vorzimmer und Küche. Die erstere Wohnungskategorie hätte eine Bodenfläche von 45 qm, die letztere von zirka 100 qm. Die Zimmerhöhe nehmen wir zu 3½ Meter an.

Wohnungseinrichtungen.

Die Beleuchtung soll die elektrische sein.

Die Beheizung der Wohnungen und die Zubereitung der Speisen geschehen mit Gas, und zwar erhält jede Haushaltung ⟨im Mittel⟩ 1900 cbm Gas pro Jahr, so daß an 180 Tagen im Winter je 10 cbm Gas täglich, im Sommer nur zum Kochen je ½ cbm verbraucht werden.

Nebst den Wohnungsräumlichkeiten selbst erhält ferner, auf seine Anmeldung hin, Jeder die nötigen Möbel und eventuell

die Kücheneinrichtung. Von Glasgegenständen pro Kopf 3 gewöhnliche Gläser, 3 Flaschen, das nötige Fensterglas schon mit den Fenstern, einen Spiegel, ferner 6 kg Seife pro Kopf und Jahr.

Die nötige elektrische Einrichtung, nämlich für jede Haushaltung (im Mittel) 3 Glühlichter.

Bekleidung.*

Zur Verteilung sollen folgende Kleidungsstücke gelangen:

Schuhe: 2½ Paar pro Person und Jahr.

Für jeden männlichen Erwachsenen jährlich 2 ganze Anzüge, an Mänteln und Paletots im Mittel alle zwei Jahre je 1 Sommer- und 1 Winterüberzieher.

Für weibliche Erwachsene dasselbe.

Für die Kinder setzen wir ungefähr die Hälfte des Bedarfs der Erwachsenen voraus.

Wäsche: Für jeden Erwachsenen jährlich 3 Hemden und 3 Beinkleider, Kinderwäsche entsprechend.

*

Es kämen für eine anständige mittlere Lebenshaltung neben Nahrung, Wohnung und Kleidung wohl meistens noch einige untergeordnete Bedürfnisse oder Bequemlichkeiten in Betracht. Offenbar wäre es aber viel zu pedantisch, über diese sekundären Dinge hier nähere Angaben und Vorschläge zu machen.

Man wird seinerzeit sich hier stets zu helfen oder auch zu resignieren wissen, je nachdem.

Nur bezüglich der Bedienung soll einiges gesagt werden, da in dieser Beziehung Schwierigkeiten oder wenigstens Unbequemlichkeiten entstehen können. Alle persönlichen Dienstleistungen werden einfach entweder gut bezahlt werden müssen, falls sich Personen gegen Lohn zu ihrer Übernahme bereit erklären, und das Geld dazu wird man sich eben in der freien Privatwirtschaft verdienen müssen. Sollte das aber nicht gelingen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als entweder sich selbst zu bedienen, oder eine Gemeinsamkeit mehrerer Haushaltungen zu etablieren und einen Turnus einzuführen, demzufolge z. B. jede Woche stets eine

* Wie bei Atl.

andere Person für die der Gemeinsamkeit Angehörigen die Reinigung der Wohnung und Kleider übernimmt, auf gemeinschaftlichem Herd zu kochen, wenn man eben nicht die Staatsküchen in Anspruch nehmen will, u. dgl. mehr.

In den Staatshäusern ⟨Kasernen⟩ der Minimum-Armee kann die Solidarität in den allgemeinen häuslichen Funktionen nach dem Muster der heutigen Kasernen eingeführt werden, auch in dem Falle, als man separate Häuser für Ledige und für Familien errichtet. Da jeder Angehörige der Minimum-Armee in der Kaserne seine eigene Wohnung haben und nicht wie in den Militärkasernen mit anderen in großen Sälen zusammen wohnen soll, so muß er auch sich selbst bedienen, oder man kann auch hiefür einen Turnus unter allen Bewohnern derselben Kaserne einführen.

Es ist wohl zweckmäßig, auch die jetzige Anzahl aller häuslichen Dienstboten zu kennen, um zu wissen, mit wieviel Personen ungefähr man es bei dieser Frage zu tun haben wird.

Im Jahre 1895 gab es bei einer Bevölkerung von 52 Millionen in dieser Berufsklasse 25 359 männliche und 1 313 957 weibliche Personen. Am 12. Juli 1907 gab es bei 62 Millionen Menschen 1 264 755 „bei der Herrschaft wohnende Dienende". Die Arbeit oder Leistung so vieler Individuen wäre also selbst zu besorgen, wenn die technischen und andere Verhältnisse den heutigen gleich blieben. Wahrscheinlich wird aber die Zahl dieser Dienstleute wesentlich abnehmen, wenn, wie zu vermuten, eine Art von Stolz es vielen verbieten wird, Anderen, die nicht zur eigenen Familie gehören, die Kleider zu putzen, die Wohnungen zu reinigen, oder noch niedrigere Dienste zu versehen.

Gesundheitspflege.

Da ich in diesem Werke es grundsätzlich vermeide, Details in der Einrichtung des Zukunftsstaats zu behandeln, die nicht unbedingt hervorgehoben werden müssen, ich also nicht in den Fehler der meisten anderen Autoren von sozialistischen Programmen verfallen will, so spreche ich auch nicht von den möglichen Verbesserungen im Gebiete der Gesundheitspflege, bis die Zeit gekommen sein wird, wird man schon wissen, was die neue Gesellschaft in dieser Beziehung wünschen soll und was sie nach dem jeweiligen Stande der Heilkunde und Hygiene auch ausführen kann. Nur betreffs der Ärzte möchte ich einige Anregungen geben, und zwar besonders aus dem Grunde, weil ich glaube, daß sie schon heute berücksichtigenswert und in gewissem Grade auch durchführbar sind. —

Die Hauptsache wäre, Staatsärzte anzustellen, neben denen sich aber auch Privatärzte, so wie heute, ungehindert etablieren können.* Die Zahl der Staatsärzte soll sehr reichlich bemessen werden, z. B. auf je 300 Personen ein Arzt. Jeder solche Bezirk hat seinen Arzt und die Bewohner desselben haben das Anrecht auf kostenlose Behandlung durch ihren Bezirksarzt. Der Arzt des einen Bezirks darf nur dann Patienten eines nächstliegenden behandeln, wenn jener zuerst angerufen wurde und zu kommen verhindert ist, auch in diesem Falle ist die Behandlung kostenlos, da ja jeder Staatsbürger das Recht auf eine solche ärztliche Hilfeleistung (wie auch auf Krankenpflege und Spitalsbehandlung) hat. Wer seinen Bezirksarzt aus irgendeinem Grunde nicht wünscht, dem steht es natürlich frei, sich einem Privatarzte, den er aber bezahlen muß, anzuvertrauen.

Den Nutzen einer solchen Einrichtung wird man sofort erkennen, wenn man bedenkt, in welcher unwürdigen und oft sogar gewissenlosen Weise heute die arme Bevölkerung von den Armenärzten, und wie selbst die wenig bemittelten Mitglieder von Krankenvereinen von ihren Vereinsärzten behandelt werden. Der Grund dieses Übelstandes liegt, abgesehen von dem wohl nur ausnahmsweise rohen Charakter mancher solcher Ärzte, darin, daß die Zeit nicht ausreicht, die zahlreichen Patienten, die ein Arzt zu behandeln hat, gründlich und aufmerksam genug zu behandeln. Aber andererseits auch darin, daß, zufolge der allgemeinen menschlichen Natur, die genannten Kategorien von Patienten gegenüber den bemittelten Kranken als relativ arme Leute, also als minderwertig betrachtet und daher weniger geachtet werden, man nimmt es mit ihnen nicht so genau und hält sie für weniger empfindlich, schätzt auch ihre Gesundheit, ja ihr Leben für weniger wichtig als bei reichen oder berühmten Menschen. Zu diesem allen kommt noch der relativ geringe Gehalt solcher Ärzte.

Ganz anders wird es aber sein, wenn auf einen Staatsarzt nicht zu viele Kranke entfallen, und wenn ferner, vermöge unseres sozialen Programmes, alle Staatsbürger darin ganz gleich sind, daß sie, ob reich oder arm, vom Staatsarzt kostenlos behandelt werden müssen. „Arme" im heutigen Sinne gibt es ja dann überhaupt nicht und damit fällt die Mißachtung unbemittelter Kranker, in gewissem Maße wenigstens, fort, und dies um so sicherer, als der Staatsarzt Niemanden gegen Bezahlung behandeln darf, denn er ist nur für die Bewohner seines Bezirkes zu haben, und darf auch von reichen Leuten seines (oder eventuell eines anderen) Bezirkes keine Zahlung annehmen, er hat es also nicht mit „armen" und „reichen" Patienten, sondern nur mit nichtzahlenden Kranken zu tun, die demnach alle für ihn gleichwertig sind.

Überdies hat diese Einrichtung den Vorteil, daß das unsolide Verfahren mancher Ärzte, die Behandlung in die Länge zu ziehen, um große Honorare zu erzielen, nur jene reichen Leute treffen wird, die zu stolz sind, sich an Staatsärzte zu wenden, nicht aber auch weniger Bemittelte, die heute ebenfalls das Opfer solchen Gebarens werden.

Das Dienstregime der Staatsärzte würde nun im Zukunftsstaat sich so gestalten: Sie leisten ihren Dienst in der Nährarmee dadurch ab, daß sie sich dem Studium der Heilkunde, z. B. bis zum 25. Lebensjahre, widmen, dann weiter

---

* Auch Professor Dr. Egmont Münzer (Prag) und Dr. Josef Friedjung (Wien) treten für diese Idee ein.

als fertige Staatsärzte bis zum 31. Jahre, immer gegen Erhalt des bloßen Minimums, dienen, und dann freiwillig gegen entsprechend hohen Gehalt nebst dem, ihnen, wie allen Staatsangehörigen zukommenden (primären und sekundären) Minimum als ärztliche Staatsbeamte weiter funktionieren. —

Ich möchte noch anfügen, daß die Institution der Staatsärzte in keiner Weise die Fortschritte tangieren kann, da ja im Zukunftsstaate Universitätslaboratorien, Kliniken und nicht minder Privatlaboratorien, so wie heute fortbestehen werden. Ja die Staatsärzte selbst, die ohnedies nicht überlastet sein werden, können gerade so gut oder noch besser zu wichtigen Entdeckungen, Erfindungen oder Beobachtungen medizinischer und allgemein hygienischer Natur beitragen, wie das schon heute der Fall ist. Robert Mayer entdeckte als Schiffsarzt das Gesetz der Erhaltung der Kraft, Robert Koch entdeckte als einfacher Landarzt die Cholerabazillen und Rudolf Virchow war nur ein Hilfsarzt, als er die Grundlagen seiner Zellularpathologie und -Therapie fand.

Statistik der Nährarmee.

Produktion der Nahrungsmittel. Anzahl der Beschäftigten.

I.

Die ersten Autoritäten in der Landwirtschaft behaupten, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus sich landwirtschaftlich selbst ernähren, also jede Getreideeinfuhr entbehren könnte, wenn nur die entsprechenden Verbesserungen eingeführt würden.

Was bisher in der Vermehrung der Bodenprodukte pro ha geleistet wurde, ist allerdings schon an sich nicht unbedeutend. Denn es betrug die Ernte der wichtigsten Feldfrüchte vom ha in Tonnen (zu 1000 kg) an:

	Roggen	Weizen	Spelz	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1880	0,84	1,29	1,27	1,36	1,13	7,05
1904	1,65	1,98	1,45	1,81	1,66	11,04*
1909	1,85	2,05	1,67	2,12	2,12	14,05

und die Gesamtproduktion im Jahresdurchschnitt (in Millionen Tonnen):

	Roggen	Weizen	Kartoffeln
1884—88	5,86	2,62	24,86
1904—08	9,94	3,74	43,84

Auch der Viehstand zeigt eine beträchtliche Zunahme, denn es gab (in Millionen Stück)

	Rindvieh	Schweine
1883	15,8	9,2
1907	20,6	22,1

Die Bevölkerungszahl stieg von 46,9 Millionen im Jahre 1885

* Siehe „Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts" (Kais. Stat. Amt, 1900, verfaßt von H. v. Scheel) und die Statistisch. Jahrbücher für das Deutsche Reich.

auf 60,6 Millionen im Jahre 1905, der Zuwachs betrug also 29 Prozent, während die landwirtschaftliche Produktion in diesem selben Zeitraum um 30—140 Prozent stieg, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die nutzbare Bodenfläche sich nur in sehr geringem Maße verändert hatte; ja in manchen Jahren dieser Periode hatte die Anbaufläche z. B. für Weizen, Sommergerste und Kartoffeln sogar abgenommen, wie Lujo Brentano (in einem Aufsatze aus dem Jahre 1911) dies ausdrückt, hat Deutschland „während der letzten zehn Jahre an 52,6 Tagen des Jahres von „fremdem Getreide gelebt".

Und es wird wohl am Platze sein, bevor wir auf unser eigentliches Thema der Gesamtdisposition des kollektiven Agrarbetriebs näher eingehen, einige Worte über die Möglichkeit einer Mehrproduktion der Landwirtschaft gegenüber der heutigen zu sagen und auch speziell über den Nutzen der Maschinen in der Landwirtschaft zu sprechen.

*

Diese Mehrproduktion, speziell der deutschen Landwirtschaft, ist in zwei Stadien zu betrachten: vorerst, ob sich Deutschland wirklich auf eigenem Boden ernähren und daher auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande eine Zeitlang verzichten könne, selbst bei weiterem, aber nicht allzu großem Wachstum der Bevölkerung, also ungefähr im Maße der letzten Jahre. Und, wenn diese Möglichkeit vorhanden wäre, geht die weitere Frage dahin, ob man bei ganz bedeutendem Wachstum der Bevölkerungszahl noch immer mit der inländischen Nahrungsmittelproduktion wird sein Auskommen finden können; es wäre also hier, womöglich, eine Grenzzahl der Bevölkerung für den Fall der Selbsternährung ausfindig zu machen. —

Was nun den ersten Teil der Frage betrifft, so kann sie nach der Meinung fast aller Sachverständigen ruhig mit ja beantwortet werden; und diese günstigen Ansichten stützen sich teils auf die tatsächlich erzielten Fortschritte in der Agrikultur, speziell in den Erntegrößen pro ha, wie sie oben bereits angeführt wurden, teils auf die fachlichen Erwägungen vieler noch ferner möglichen technischen Verbesserungen, namentlich aber auch auf den Hinweis der heute noch bestehenden, aber leicht zu behebenden Unvollkommenheiten des Betriebes, der sogenannten „Sünden der Landwirte".

Wie folgenreich solche Betriebssünden sein können, will ich vor allem an einer der am wenigsten gewürdigten und daher auch

seltener erwähnten zeigen: dem Schaden durch das Unkraut. Nach Mitteilungen in einem Aufsatz des Dr. Sonnenberger ⟨Worms⟩ in der Beilage zur M. Allg. Z. des Jahres 1902 wurden zufolge Beobachtungen von Nowatzky auf einer 4 m großen Fläche mit Sommerroggen geerntet:

	Zahl der Halme	Körner	Stroh
Mit Unkraut	216	180	239
Ohne Unkraut	423	528	1077

und nach einer amtlichen Enquete in Bayern erleidet die Landwirtschaft in diesem Lande durch Verunkrautung der Felder einen durchschnittlichen jährlichen Ernteverlust von 30 Prozent. In dem „Handbuch der rationellen Wiesen und Weidenkultur" ⟨1899⟩ wird mitgeteilt, daß es in ganz Mittel- und Süddeutschland kein 5 ha großes Wiesen- und Weidestück gebe, welches nur oder fast nur aus gesunden Gräsern und Kräutern besteht, dagegen 100 ha große Grundstücke, welche zu 50—70 Prozent ihres Pflanzenbestandes aus sehr schlechten Kräutern bestehen, und die ganz allgemein und überall gefunden werden.

Andere zahlenmäßig präzisierte Vorteile durch Betriebsverbesserungen sind z. B. noch folgende: Nach dem landwirtschaftlichen Kalender von Mentzel und Lengerke wird an Saat durch Drillkultur 1/5 bis 1/4, ja bis 1/3 des Quantums von breitwürfiger Saat erspart, und auch die Erträge sind größer. Und nach Dr. Schultzes Angaben ⟨in Fühlings Landw. Z. des Jahres 1883⟩ fand Eisbein bei Anwendung der Drillkultur an Samenersparnis und Mehrertrag pro ha bei Roggen- und Hülsenfrüchten 200 kg, bei Gerste, Raps, Rübsen 240 kg, bei Weizen 250 kg, bei Buchweizen 300 kg; „wenn also" — heißt es dort — „nur 60 Prozent der Ackerfläche Deutschlands gedrillt würden, wäre das ein Gesamtertrag von 25 Millionen kg." Übrigens rechnete schon A. v. Thaer 1/3 Maschinensaat gegenüber der Handsaat und überdies einen Mehrertrag.

Die Dampf-Bodenkultur hat nach Professor Märcker ⟨in Fühlings Landw. Z. des Jahres 1884⟩ im Ökonomiedistrikt Lak einen Überschuß an Ernte ergeben: bei Weizen 19,4 Prozent, bei Gerste 32,1 Prozent. Analog gibt Gerland an, daß der Ertrag in der Herrschaft Bellye dadurch gestiegen sei: bei Weizen um 20,5 Prozent, bei Gerste um 37,7 Prozent, bei Hafer um 1,2 Prozent und bei Mais um 12,6 Prozent.

Hierher gehört auch die von Roscher ‹in seiner „Nationalökonomik des Ackerbaues"› angeführte Tatsache, daß man in Italien damit rechne, daß sich der Ertrag eines gegrabenen Ackers zu dem eines gepflügten wie 66 zu 28 verhalte, womit also der enorme Vorzug der Spatenkultur bewiesen sei.

Wie bedeutend die Ertragssteigerung durch gleichzeitige Anwendung des Dampfpfluges und des Kunstdüngers sein kann, zeigen die Erfahrungsdaten, die z. B. Fr. Hertz in seinem Werke „Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus" ‹1899› anführt ‹S. 67 und 68›. Auf der Staatsdomäne Mezöhegyes z. B. stieg der Ernteertrag an Winterweizen wie 7,66 zu 24,88.

Welchen Nutzen Reinheit des Samens bringt, ersieht man daraus, daß nach Nobbe mit den im Samen vorkommenden Bestandteilen: Sand, Spreu usw. zum nicht geringen Teile Unkrautsamen, bisweilen auch Giftpflanzen, ausgesät werden und zwar auf 1 ha bei Lein mit 5 Prozent Verunreinigung 335 100 Körner, bei Rotklee mit 6,4 Prozent Verunreinigung 602 500 und beim französischen Raygras mit 4,6 Prozent Verunreinigung 55 146 000 Körner Unkrautsamen ‹siehe Kraffts „Ackerbaulehre"›.

Einen noch größeren Nutzen gewährt die Auslese des Samenguts. Durch Auswahl der passendsten Sorten des Samens kann man nach Rümker bei Weizen einen Mehrertrag von 300—800 kg Korn und bei Roggen von 300—700 kg Korn pro Hektar erzielen. —

Über den Gewinn durch Düngung, künstliche wie natürliche, ist es ja überflüssig noch zu sprechen, nur ein Beispiel sei angeführt: Von Winterweizen erntet man auf Bauernfeldern durchschnittlich 10—12 hl, in gleicher Lage bei Großgütern 16—20 hl, in hochkultivierten, also gut gedüngten Ländern 20—37 hl ‹nach Kraffts „Pflanzenbaulehre"›. —

•

Eine im allgemeinen weniger angewandte und besprochene technische Betriebsverbesserung ist die „Wasserwirtschaft" in systematischer Anwendung. Hierüber findet man Näheres in dem gleichnamigen Werke von H. v. Samson-Himmelstjerna und eine allgemeine Orientierung in der Broschüre, die er im Jahre 1899 ‹als 323. Heft in Virchow-Holtzendorffs Sammlung wissenschaftlicher Vorträge›, sowie in Buchenbergers „Agrarwesen" erscheinen ließ. Der Hauptgedanke ist hier der, daß zur Sicherstellung

der Ernten „die alleinige Wässerung der Wiesen nicht genüge, sondern auch die der Äcker". Hiervon wird außerordentlich viel erwartet, auf die Erfolge der Wasserwirtschaft im Altertum, im alten und jetzigen China, in der Hochwüste des Salt-Lake in Nordamerika hingewiesen und u. a. die Ansicht des Agronomen Eugen Simon angeführt, nach der Frankreich statt 36 Millionen 140 Millionen Einwohner ohne ausländische Lebensmittelzufuhr ernähren könnte, wenn es chinesische Acker- und Wasserwirtschaft einführen wollte. —

*

Zur Orientierung seien nach dem Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1907, folgende Zahlen angeführt:

Im Jahre 1906 betrug die Gesamterntemenge Deutschlands in abgerundeten Ziffern: an Roggen 9,6, Weizen 4, Sommergerste 3,1, Kartoffeln 43, Hafer 8,4 und Wiesenheu 28,7 Millionen Tonnen, an Getreide und Kartoffeln zusammen: 68 Millionen Tonnen, an Getreide allein 25 Millionen Tonnen.

Im gleichen Jahr betrug die Mehreinfuhr: an Roggen 0,41, Weizen 1,8, Gerste 2,1, Kartoffeln 0,11, Hafer 0,4 Millionen Tonnen, zusammen 4,82 Millionen Tonnen, an Getreide allein 4,71 Millionen Tonnen. Die Mehreinfuhr an Körnerfrüchten betrug daher zirka 19 Prozent der inländischen Ernte.

Im Jahre 1909 betrug die Gesamterntemenge, rund, an Roggen 11,35, Weizen 3,76, Sommergerste 3,5, Kartoffeln 46,7, Hafer 9,1 und Wiesenheu 22,1 Millionen Tonnen, an Getreide und Kartoffeln zusammen 74,41 Millionen Tonnen, an Getreide allein 27,71 Millionen Tonnen.

Im gleichen Jahre betrug die Mehreinfuhr: Von Roggen wurden 0,375 Millionen Tonnen ausgeführt, eingeführt aber an Weizen 2,26, Sommergerste 2,56, Kartoffeln 0,22, Hafer 0,22 Millionen Tonnen, daher zusammen 4,67 Millionen Getreide mehr eingeführt. Die Mehreinfuhr an Körnerfrüchten betrug daher zirka 17 Prozent der inländischen Ernte. —

Alle landwirtschaftlichen Autoritäten behaupten nun, daß dieses Defizit und ein noch weit größeres durch verbesserte Agrikultur leicht gedeckt werden könne. So z. B. Delbrück, der (in der so oft zitierten Festrede mit dem Anhange über „Die deutsche Landwirtschaft an der Jahrhundertwende", 1900) sogar mit einer

Seelenzahl von hundert Millionen am Ende des 20. Jahrhunderts rechnet und für dieses Jahrhundert zweifache Körnerfrüchte und dreifache Kartoffelerträge für möglich hält; v. Thiel, der die betreffenden Rechnungen ⟨im Jahrgang 1894 des Kalenders von Mentzel-Lengerke⟩ anstellte und sagt: „Kein Landwirt wird bestreiten, daß jene ⟨notwendigen⟩ Mehrerträge möglich sind . . . wir sind noch lange nicht am Ende der Steigerungsfähigkeit unserer Ernten angelangt", wobei er hervorhebt, daß man in der Provinz Sachsen vor 20 Jahren in besseren Ackerwirtschaften als gute Ernte pro Hektar an Winterweizen 2400 kg ansah, während man heute 3600 kg erzielt, an Kartoffeln 14 000 kg gewann, heute aber 20 000 kg usw. —

Ebenso günstig äußerte sich Professor v. d. Goltz ⟨siehe: „Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat"⟩ und berechnete einen möglichen Mehrertrag an Getreide zu 54½ bis 109 Millionen Zentnern. Die einzelnen Mittel zur Erzielung der notwendigen Ertragssteigerungen ließ v. d. Goltz durch ⟨seinen Schüler⟩ Dr. W. Hartmann ziffermäßig untersuchen. Von dessen im Jahre 1893 erschienener Schrift findet man in Pohles Werk: „Deutschland am Scheidewege" ⟨1902⟩, einen Auszug, und ich möchte hiervon nur den Punkt erwähnen, der auch von anderen, z. B. von Brentano, oft hervorgehoben wird, daß die Kultivierung der ausgedehnten Moorböden zum Ackerbau mit in Rechnung zu ziehen sei.

Prof. Rümker ⟨„Kann Deutschland seinen Getreidebedarf noch selbst decken?"⟩ meint, daß sogar, „ohne weitere Vermehrung der Produktionskosten allein durch sorgfältige, individualisierende Auswahl des Saatgutes Deutschland noch auf lange Jahre hinaus, auch bei weiter im selben Maßstabe wachsender Bevölkerung sein Getreide selbst produzieren könnte" ⟨zitiert nach Oppenheimer und Pohle⟩. Auch Buchenberger und andere Autoritäten könnten hier noch angeführt werden; während gegnerische Ansichten nur von Nichtfachleuten herrühren.

Eine solche ist die von Rümelin in seinen „Neuen Reden" zur „Übervölkerungsfrage" geäußerte Meinung. „Es ist zweifelhaft", heißt es dort, „ob die Agrarstatistik für die letzten 50 Jahre überhaupt die kleinste Steigerung der durchschnittlichen Jahreserträge des Ackerfeldes nachweisen kann . . . Ein Beweis, daß der Ertrag nicht Schritt hält mit dem Wachstum der Bevölkerung, ist die Tatsache, daß vor 10 Jahren ⟨1871⟩ die Ein- und Ausfuhr

mehlhaltiger Früchte fast gleich standen, jetzt aber die Mehreinfuhr 300 Millionen Mark erfordert und noch wächst", und doch solle, wie Rümelin meint, jedes Land sein Nötiges selbst produzieren.

Dem gegenüber sei Folgendes bemerkt:

1. Die bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hat, wie es scheint, in der Tat zwar erst ⟨nach⟩ der Zeit der Abfassung jenes Rümelinschen Aufsatzes stattgefunden, und es wurden oben bereits einige Hauptzahlen angeführt, die dafür sprechen, aber nach den Berechnungen Prof. Delbrücks hat sich die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands während des verflossenen Jahrhunderts im ganzen auf das Vierfache erhöht. Überdies spricht gegen Rümelins Ansichten auch der namentlich von Pohle ⟨S. 23⟩, wie auch von Sombart ⟨„Die deutsche Volkswirtschaft", 1903⟩ hervorgehobene Umstand, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung Deutschlands sich ⟨im 19. Jahrhundert⟩ viel langsamer vermehrt hatte als die Bevölkerung Deutschlands im allgemeinen.

2. Haben die zumeist auch oben genannten Fachautoritäten die technischen Mittel angegeben, die eine bedeutende Steigerung der Erträge noch erhoffen lassen.

3. Kommt bei Einführung der von mir vorgeschlagenen kollektiven Naturalwirtschaft in der landwirtschaftlichen Produktion ⟨wie auch in der Verteilung der Produkte⟩ ein Faktor in Wegfall, der bei dem heutigen geldwirtschaftlichen System als ein radikales Hindernis gegen Verbesserungen in der Agrikultur, namentlich gegen hochintensive Kultur, immer auftreten muß: nämlich die Kostenfrage, das Verhältnis zwischen dem Roh- und Reinertrag. — —

Wir dürfen aber dabei nie vergessen, daß wir jene Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht als eine unbegrenzt mögliche, d. h. selbst für eine beliebig große Bevölkerung genügende, voraussetzen dürfen. Denn wenn wir bei der Nährarmee auch nicht das Gesetz der „sinkenden Bodenerträge" bezüglich der in den erhöhten Betrieb hineingelegten Kosten berücksichtigen müssen, weil ja gar keine Geldkosten, sondern nur menschliche, unbezahlte Arbeiten nötig sein werden, so ist doch keinerlei Berechtigung dazu vorhanden, jene schönen Prophezeiungen der Agrikulturtechniker ins Endlose auszudehnen.

Vielleicht können wir, um doch einigermaßen eine praktische Ziffer zu nennen, annehmen, daß, ungefähr entsprechend den Angaben Delbrücks, die inländische Produktion noch das ganze 20. Jahrhundert werde genügen können, selbst wenn die Bevölkerung im Maße der letzten Jahre sich vermehren sollte.

Es ändert aber nichts an unserer ganzen Auseinandersetzung, wenn man noch weiter gehen will und z. B. mit Alison annimmt — ich kenne die Beweisführung Alisons nicht —, daß der Boden bei rationeller Bewirtschaftung achtmal mehr Menschen ernähren kann als heute; genug, wenn man eine nicht gar zu ferne praktische Grenze der Ertragssteigerung überhaupt im Sinne behält.

*

Es gibt jetzt nur sehr Wenige, die in absoluter Weise, also unabhängig von der Kostenfrage, die Möglichkeit negieren, daß Deutschland sich selbst ernähre. Einer dieser wenigen scheint Fr. Naumann zu sein, der dezidiert behauptet, daß „wir alles Brot, dessen unser Volk bedarf, auf deutschem Boden . . . nicht mehr bauen können" und es nie mehr werden bauen können ⟨zitiert aus Pohle⟩; allein da Naumann Nichtfachmann ist, dürfen wir wohl, allem obigen gegenüber, seine Ansicht ignorieren. Andere, wie z. B. Brentano und Helfferich ⟨in Schriften aus den Jahren 1900 und 1901⟩, geben zwar die Möglichkeit einer erhöhten deutschen Agrarproduktion zu, jedoch „nur unter wahrhaft unerträglichen Kosten" ⟨Pohle⟩. Und schon Löll ⟨in seiner Schrift: „Der Getreideschutzzoll", 1885⟩ meint, Deutschland könne ganz gut die doppelte Menge Getreide produzieren, falls durchgängig beim Groß- und Kleinbetrieb richtig kultiviert, gedüngt wird — wenn nur das Geld zum Düngerkauf da wäre.

Hierauf ist einerseits zu erwidern, daß eine fachliche Autorität wie v. Thiel in dem schon oben erwähnten Aufsatz ausdrücklich sagt, daß „die Ernteverme hrung durchaus nicht immer mit einer relativen Steigerung der Produktionskosten erkauft werden müsse". Andererseits ist bei unserem Programm eines staatlich-kollektivistischen Betriebes die ganze Frage der Erhöhung der Kosten durch eine selbst wesentlich verbesserte Bodenkultur vollkommen gegenstandslos.

*

Wir können daher mit vollkommener Sicherheit behaupten, daß bis auf weiteres Deutschland seinem eigenen Boden durch systematische Verbesserungen in dessen Bebauung jene landwirtschaftlichen ‹nicht exotischen› Produkte abgewinnen kann, die es braucht; denn wenn es sich nur um Beistellung der Arbeitskräfte, also der betreffenden Nährarmee, handelt, und keinerlei kommerzielle Erwägungen in Rechnung zu ziehen sind, so bleibt allein der technische Gesichtspunkt entscheidend, und dieser berechtigt, wie wir oben sahen, zu den besten Erwartungen. —

Die später folgende Disposition der Agrikultur, resp. deren Voraussetzung, daß Deutschland sich landwirtschaftlich selbst genügen könne, ist daher vollkommen gerechtfertigt.

II.

Über den Nutzen der Maschinen in der Landwirtschaft, und speziell bei staatlich-kollektivem Betriebe.

Die Vorteile der Maschinenanwendung können sich in zweifacher Weise zeigen: in dem rein technischen Teile des landwirtschaftlichen Betriebes und andererseits in einer eventuellen Ersparnis an Arbeitskräften. Daß aber im ganzen und großen von der Einführung des Maschinenbetriebes in die Agrikultur nicht entfernt jener große Fortschritt zu erwarten sei, wie das in der Fabriksindustrie der Fall ist, weiß man schon lange; schon Ad. Smith im ersten Kapitel seines großen Werkes, u. a. haben das deutlich hervorgehoben. Smith macht nämlich darauf aufmerksam, daß „die Natur der Landwirtschaft nicht so viele Unterabteilungen der Arbeit, noch eine so vollständige Trennung eines Geschäftes vom anderen" zuläßt als die Gewerbe; da die Anlässe zu diesen verschiedenen Arten der Arbeit mit den verschiedenen Jahreszeiten wiederkehren, so sei es unmöglich, daß ein Mann fortwährend mit einer derselben beschäftigt werden kann. Diese Unmöglichkeit einer so gänzlichen Trennung aller in der Landwirtschaft vorkommenden Arbeitszweige sei vielleicht der Grund, warum die Steigerung der Ertragskräfte der Arbeit in dieser Kunst nicht immer mit ihrer Steigerung in den Gewerben gleichen Schritt hält. ‹Nach der Übersetzung von Stöpel zitiert.›

Analog hat Sering das damit begründet, daß „der landwirtschaftliche Produktionsprozeß" so überwiegend von der Natur abhängt, daß seine Abkürzung durch andere Mittel gar nicht, seine Veränderung aber nur in bescheidenem Maße möglich ist" ⟨siehe dessen „Die Agrarfrage und der Sozialismus" in Schmollers Jahrbuch, Bd. 23, zitiert nach G. Fischers „Die soziale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft", 1902⟩. Auch David ⟨in „Sozialismus und Landwirtschaft"⟩ hat sich mit dieser Frage sehr beschäftigt. Nach den bisherigen Erfahrungen kann man vielleicht behaupten, daß Verbesserungen in der Gesetzgebung und in dem sozialpolitischen Gebiet überhaupt weit größere Vorteile brachten und bringen als die Anwendung der Maschinen, schon die Reform der Flureinteilung — die noch fortgesetzt wird —, hat hier mehr geleistet. Und wenn von dem Nutzen der exakten Wissenschaft oder der Technik in der Agrikultur überhaupt gesprochen werden soll, so hat ihr die theoretische und empirische Agrikulturchemie unvergleichlich mehr Fortschritte ermöglicht als die Maschinentechnik, und die allergrößten Fortschritte durch die Chemie stehen der Landwirtschaft fast mit Sicherheit noch bevor, z. B. die Verwertung der Zellulose als Nahrungsmittel.

Trotzdem kann man auf die Benützung von Maschinen nicht verzichten, und in der nachfolgenden Disposition wird sie auch vorausgesetzt. In unserem staatlich-kollektiven Betrieb ist dies um so leichter, als die Kostenfrage nicht wie heute in Betracht kommt. —

In den heutigen Beurteilungen der Vorteile des Maschinenbetriebes spielt die Rentabilität immer wieder — wie natürlich — eine Hauptrolle, und selbst solche Einrichtungen und Maschinen, die technisch an sich vorteilhaft sind, werden mitunter verworfen, weil sie nicht „rentabel" sind. Dieses Bedenken hindert heute nicht nur die allgemeine Anwendung der eigentlich maschinellen, landwirtschaftlichen Geräte, wie der Dampfpflüge, der Dampfdreschmaschinen usw., auf mittlerem oder gar auf kleinem Grundbesitze — wenn nicht ein oder das andere Verleihungssystem, namentlich aber das landwirtschaftliche Genossenschaftssystem in Anwendung kommen —, sondern auch mancher nützlicher zentralisierter Betriebe, und speziell auch die Benützung der Elektrotechnik in der Landwirtschaft.

Während man, wie sich Zoepfl ⟨in seinem Werke: „Nationalökonomie der technischen Betriebskraft", 1903⟩ ausdrückt, die „größten Hoffnungen zurzeit auf die elektrische Kraftübertragung auch für das landwirtschaftliche Maschinenwesen" setzt, Pringsheim einen Umschwung in der Agrikultur davon erwartet, und Kautsky desgleichen, ist es doch nicht zu leugnen, daß deren Anwendung heutzutage an der Kostspieligkeit, sowohl in der Einführung, als in der Abnützung und wohl auch im Betriebe, scheitert. In dem Aufsatz „Was hat die Elektrotechnik von der Landwirtschaft zu erwarten?" ⟨El. Z. 1900⟩ sagt Dr. Robert Haas: „Landwirtschaftliche Elektrizitätswerke können nicht rentieren, und so viel man weiß, haben alle in größerem Umfang angestellten Versuche dieser Art Fiasko gemacht" ⟨zitiert nach Davids „Sozialismus und Landwirtschaft", 1903⟩.

Man sieht also auch hier wieder, wie bei der Frage der Vermehrung des Rohertrags landwirtschaftlicher Produktion, daß die Privatwirtschaft und das Geldsystem hier jedem realen Fortschritt unüberwindliche Hindernisse sind, und daß nur der staatlich-kollektive Betrieb das richtige Ziel auch der landwirtschaftlichen Sozialpolitik sein kann. —

Die technischen Vorteile der einzelnen landwirtschaftlichen Maschinen brauchen wir hier nicht näher anzuführen, man findet detaillierte Angaben z. B. in Kraffts „Lehrbuch der Landwirtschaft", in Davids „Sozialismus und Landwirtschaft", und ganz spezielle Berechnungen in der oben erwähnten Broschüre von Gustav Fischer ⟨in den „Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen", herausgegeben von G. Schmoller⟩. Natürlich ist dort immer die Hauptrubrik: „Die Kosten der Maschinenarbeit und ihre Rentabilität", und selbst bei Berücksichtigung der Kosten, trotz der Schwierigkeit durch den wechselnden Kraftbedarf in der Landwirtschaft ⟨auf die besonders Kunisch hinwies⟩ kommt Fischer zum Resultat, daß „in absehbarer Zeit auch die Elektrizität in der Landwirtschaft Verwendung finden werde, besonders, wenn auch die Feldmaschinen elektrisch betrieben werden". In unserer Disposition ist letzteres der Fall, wobei aber natürlich nur technische Gründe mitspielen. —

Was nun die Steigerung des Rohertrages durch die Anwendung von Maschinen betrifft, so wird sie, ziemlich allgemein, als unbedeutend, wenn nicht als ganz fehlend, angegeben. Wohl wird durch die Sämaschine nicht nur Saatgut erspart, sondern auch

der Ertrag gesteigert, durch den Dampfpflug letzteres, besonders in der Rübenkultur, ebenfalls; allein im ganzen und großen ist der technische Nutzen der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte mehr ein indirekter.

Übersichtlich beurteilt Krafft in seiner „Betriebslehre" den Nutzen der landwirtschaftlichen Maschinen dahin, daß eine Anzahl von Verrichtungen schneller, vollkommener und gleichmäßiger als mit der Hand ausgeführt wird, so daß der Rohertrag, z. B. bei Dampfpflügen um 10, bei Dreschmaschinen um 15 Prozent, wie auch der Reinertrag steigen. Die Maschinen, welche in arbeitsfreier Zeit keine Unterhaltung brauchen, ermöglichen insofern Ausgleichung des Arbeitsbedarfs, als für kurze gedrängte Arbeitszeiten keine Vermehrung des Arbeiterstandes notwendig wird. Die Produktion wird meist wohlfeiler als bei Anwendung von Handkraft.

Überdies sind Maschinen nicht unter allen Umständen anwendbar, wie z. B. der Dampfpflug mitunter der Terraingestaltung wegen, mitunter der Beschaffenheit des Bodens ‹des Erdreichs› wegen unbrauchbar wird. Bei unserer folgenden Disposition des landwirtschaftlichen Kollektivbetriebes ist daher die Benützung von Maschinen so zu verstehen, daß sie so weit, als es eben angebracht ist, in Anwendung kommen; und es versteht sich von selbst, daß hier nicht jedes einzelne Stück des deutschen Bodens in dieser Beziehung speziell beschrieben, sondern nur eine allgemeine schematische Anordnung vorgeführt werden kann. Gerade so, wie wir eine einheitliche, gleichartige Einteilung der ganzen landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands annehmen, obwohl man in Wirklichkeit, je nach Bodenbeschaffenheit, Klima u. dergl., teilweise von dieser Uniformität unbedingt Abstand nehmen wird. —

Die besonders wichtige Frage nach der Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft wird von Fischer in günstigem Sinne beantwortet, ja er findet „den Wert der Maschinenanwendung in der Landwirtschaft hauptsächlich im Ersatz der menschlichen Arbeitskraft". Und Professor Kraemer rechnet diese Ersparnis am Gesamtbedarf an Arbeitskräften zu 13.3 Prozent, für sehr intensiven Betrieb viel weniger, weil „bei fortschreitender Produktionsintensität viel mehr neue Handarbeit entsteht, als alte durch

die Ackerbaumaschinen ersetzt wird" (zitiert aus Davids obengenanntem Werk).

Sei nun diese Ersparnis größer oder geringer, so ist sie jedenfalls auch bei unserer sozialisierten Betriebsweise sehr willkommen, da hierdurch die Nährarmee oder, wenn man es so will, die Arbeitsstunden oder die Dienstzeit in derselben reduziert werden können. Übrigens muß die Nährarmee eben so zahlreich sein, als es die Ernährung der ganzen Bevölkerung verlangt, hier ist also nicht von zu bezahlenden Arbeitern die Rede, die eine „Rentabilität" verhindern, oder von Arbeitern, die überhaupt nicht zu haben wären.

Und auch dieser Umstand, daß unbedingt so viel Arbeiter zur landwirtschaftlichen Nährarmee rekrutiert, also zwangsweise eingestellt werden, als es eine noch so intensive Wirtschaft erfordert, während bei der heutigen Landflucht Arbeitermangel in dem Landwirtschaftsbetriebe vorhanden ist, beweist, welche Unvollkommenheit in der heutigen Gesellschaftsordnung gegenüber dem Kollektivismus herrscht, immer unter der Voraussetzung, daß Unabhängigkeit von Nahrungsmitteleinfuhr, an Stelle des heutigen Exportindustrialismus, anzustreben sei. Die Entscheidung für diese Unabhängigkeit gegenüber dem Austausch von Industrieartikeln für Nahrungsmittel ist aber keine bloße Sache des Interesses einzelner Volksschichten, sondern eine Notwendigkeit, wenn man sich, wie wir, als oberstes Ziel vorsetzt, jedes Individuum mit absoluter Sicherheit mit dem Lebensminimum zu versehen, denn jeder Austausch ist von zwei tauschenden Parteien abhängig, und die ausländische Zufuhr ist daher oft von politischen Erwägungen und immer von der Spekulation der anderen Partei, sowie von Elementarereignissen bedingt, also stets prekär.

III.

Anordnung des staatlich-kollektiven Agrarbetriebes.

Wir legen unserem Arrangement eine Bevölkerungsziffer von zirka 60 Millionen, wie sie um das Jahr 1905 vorhanden war, zugrunde, wobei aber, wie schon oben dargelegt wurde, das physiologische Kostmaß in einem solchen Überschuß resultieren wird,

daß man ganz beruhigt mit den landwirtschaftlichen Produkten auch 70 Millionen Menschen würde befriedigen können.

Daß ich das landwirtschaftliche Arrangement fast vollständig nach dem Muster des Atlanticus treffe, habe ich ebenfalls schon hervorgehoben.

*

Anstatt der ungefähr 26½ Millionen ha Ackerland und 6 Millionen ha Wiesen, die im Jahre 1900 benützt wurden, kann man sehr gut mit 16 bis 17 Millionen ha Acker und 4 Millionen ha Wiesen auskommen, und dabei noch die Volksernährung bedeutend besser gestalten. Es ist ganz gut möglich, in der nächsten Zukunft den Ertrag an den wertvolleren Nahrungs- und Genußmitteln zu verdoppeln, ja zu verdreifachen, denn man kann behaupten, daß selbst der schlechteste Boden in Deutschland befähigt ist, 30—50, mitunter 100 Prozent über die gegenwärtig erreichten Mittelerträge auf allen Bodenarten zu bringen. ‹Atl.›

Bei der Übernahme der landwirtschaftlichen Betriebe durch den Staat könnte man zunächst bloß die Ernten auf den besseren Böden durch systematische Melioration, Überschußdüngung, Tiefkultur usw. in die Höhe bringen, und nach dem heutigen Stande der Dinge können wir 3000—4000 kg pro ha — also das Doppelte und darüber der Zahlen vom Jahre 1904 — auf besseren Bodenarten als recht gut erzielbare Mittelernte annehmen. Selbstredend auch das nur bei ausgiebigster Düngung, sorgfältiger Bodenbearbeitung und Auswahl des Saatgutes. Eine Hebung der Erträge bis zu dieser Höhe ist durch den Staat in relativ kurzer Zeit durchführbar. ‹Atl.›

Werden auf zwei Drittel der bisherigen Ackerfläche besserer Bodenarten Ernten von 3000 bis 3500 kg Getreide im Mittel erzielt, so braucht man in Deutschland selbst für eine Bevölkerung von 60, ja von 70 Millionen die schlechteren Böden überhaupt nicht anzubauen, sondern könnte sie als Weide benützen, resp. als Reserve für den weiteren Zuwachs der Bevölkerung betrachten.

*

Was nun die Größe der einzelnen Landgüter betrifft, in die die ganze Bodenfläche einzuteilen ist, so wählen wir 160 ha Ackerfläche und 40 ha Wiesen für jede Wirtschaftseinheit, mit eventuellen Abweichungen von dieser Größe je nach der Bodenfiguration. Dann

brauchte man rund 100.000 Betriebe von dieser mittleren Größe, und bei den jetzigen, meist unzweckmäßigen Dispositionen sowohl bei Großgütern als bei den Bauerngütern in den Dörfern wird es notwendig sein, fast sämtliche Wirtschaftshöfe neu zu erbauen; die bestehenden Großbetriebe brauchen dabei nicht niedergerissen zu werden, sondern man wird eventuell zwischen denselben neue anlegen und die Felder so zusammenlegen, daß die Wirtschaftshöfe möglichst zentral gelegen sind. Die Bodenbearbeitung könnte mittelst Elektrizität geschehen und es wäre zu diesem Zwecke auf etwa 10 Wirtschaftshöfe eine elektrische Zentralanlage einzurichten, von der aus die Dreschmaschinen, Futterschneider, Milchzentrifugen usw. in Bewegung gesetzt, sowie für elektrische Beleuchtung gesorgt werden könnte. ⟨Atl.⟩

Hierzu wird eine Zentrale von 250 Pferdekraft in Aussicht genommen, ferner ein technischer Betriebsleiter, zwei Heizer und für jeden ⟨elektrischen⟩ Pflug je drei Arbeiter. Zum Betrieb der kleineren Wirtschaftsmaschinen, Beleuchtung usw. würde eine zweite Maschine von 100 PS. zu benützen sein, um nicht täglich eine Dampfmaschine von 250 PS. heizen zu müssen. Für Eggen, Drillen, Maschinenmäher und für sämtliche Fuhren für einen solchen Betrieb von 160 ha Ackerland acht Pferde, dazu je zwei Getreidemähmaschinen und ebensoviele Grasmähmaschinen. Zum Ausbringen des Düngers und Einbringen der Hackfrüchte wird eine Feldbahn benützt. —

Das Ackerland wird in vier Schlägen bewirtschaftet von je 40 ha. Ein Schlag für Weizen oder Roggen, einer für Hafer und Gerste, einer für Klee und der vierte Schlag zur Hälfte Hülsenfrüchte, zur anderen Hälfte Raps, Lein und Hackfrüchte. —

Die Höhe der Erträge wird, bei intensiver Bewirtschaftung, 3000 kg ⟨netto⟩ an Getreide, 20 000 kg Kartoffeln, 70 000 kg ⟨netto⟩ Futterrüben und 12 000 kg Kleeheu pro Hektar betragen.

Ausgeführt wird alles Wintergetreide, 20 bis 25 Tons Klee werden wiedererhalten; 36 bis 38 Tons Gerste dienen zur Bierbereitung, falls man Bier überhaupt in das Minimum einbeziehen sollte, was wir jedoch nicht tun wollen. Zirka 12 Tons trockene Treber werden als Rindsfutter verwendet. Abzugeben sind 90 bis 100 Tons Speisekartoffeln. Alles übrige wird verfüttert. Für Zuckerrüben wäre ungefähr ½ Million ha Bodenfläche notwendig, falls man auf deren Produktion in den Kolonien verzichten will. —

In jeder Wirtschaftseinheit wären vorerst die zirka 16 Tons Hafer und 24 Tons Kleeheu für die acht Pferde anzusetzen.

An Rindvieh sollten gehalten werden 120 Milchkühe à 10 Zentner Lebendgewicht, die jährlich zirka 620 Tons Heu und Heuwert, 100 Tons Rübenblätter, 22 Tons Hafer, 4,4 Tons Lein- oder Rapssamen bedürfen.

Die Milchproduktion der Kühe wird zirka 400 000 Liter betragen, davon kommen 40 000 Liter auf Kälberverfütterung, 30 000 Liter werden frisch abgegeben, die restierenden 330 000 Liter auf Butter und Käse verarbeitet, und zwar 10 000 kg Butter und zirka 3000 kg Käse, wobei die übrigbleibenden zirka 300 000 Liter Magermilch an die Kälber und Schweine verfüttert werden könnten.

Mit den vorhandenen Futterstoffen könnten jährlich zirka 30 000 kg Lebendgewicht an Kühen und Stieren produziert werden, ferner 350 Schweine von je 3 Zentner Lebendgewicht, im ganzen also nach Abrechnung von wahrscheinlichem Seuchenverlust rund 50 000 kg Lebendgewicht.

Aus diesem erhielte man ungefähr 21 226 kg Rindfleisch und 39 000 kg Schweinefleisch, nebst Knochen und Fett.

*

Die zur künstlichen Düngung nötigen Stoffe werden, wie die neuesten Fortschritte in diesem Gebiete lehren, in nächster Zukunft zum großen Teile in Deutschland selbst gewonnen werden können. Es ist dies eine rein technische Frage, die für die Landwirtschaftsorganisation des Staates von höchster Wichtigkeit ist. Deutschland speziell besitzt in seinen großen Salzlagerstätten einen nahezu unerschöpflichen Vorrat an Kali- und Magnesiasalzen. Für die Beschaffung der nötigen Phosphorsäure, die durch Thomasschlacke und Knochenmehl nicht genügend erhältlich sein dürfte, müßte ebenso wie für die Salpeterdüngung in zweckmäßigster Weise, d. h. möglichst unabhängig vom Auslande vorgesorgt werden. Die neuesten Fortschritte in der künstlichen Stickstoffgewinnung jedoch versprechen das Beste, wenn wir auch heute noch nicht ganz am Ziele sind; im Kapitel „Zukunft des Zukunftsstaates" soll darüber eingehender gesprochen werden. Überdies wäre in großem Maßstab Wasserwirtschaft, d. h. künstliche Bewässerung zu betreiben, um dem Boden die aufgelösten Mineralstoffe wiederzugeben, wodurch der Düngerbedarf sich wesentlich verringern würde.

*

Machen wir nun die Probe, ob diese Anordnung in der staatlich-kollektiven Landwirtschaft zur Produktion der als notwendig angegebenen Minimumartikel genügt:

Auf den Kopf sollen — alles pro Jahr gerechnet — 100 kg Fleisch, also bei 60 Millionen Bewohnern 6000 Millionen kg entfallen. Nun lieferte jede Wirtschaftseinheit 60 000 kg ‹Rinds- und Schweinefleisch›, daher bei 100 000 Einheiten 6000 Millionen kg.

Milch brauchen wir 50 Liter pro Kopf, also im ganzen 3000 Millionen Liter. Da eine Wirtschaft 30 000 Liter liefert, so resultieren 3000 Millionen Liter . . . Im Jahre 1907 produzierte Deutschland nach Prof. Hempel's Angaben jährlich 19 Milliarden Liter Kuhmilch und überdies 60 Millionen Liter Ziegenmilch, nach Claaßen ‹im Jahre 1907› 23½ Milliarden Liter Gesamtmilch und zirka 1 Milliarde Liter Ziegenmilch. —

Von Butter sollen 16 kg per Kopf verteilt werden, also im ganzen zirka 1000 Millionen kg. Ein Hof liefert 10 000 kg Butter, sämtliche Höfe daher 1000 Millionen kg . . . Der Butterkonsum der städtischen Bevölkerung im Jahre 1907 war 9 kg per Kopf.

Käse nehmen wir 5 kg per Kopf, im ganzen demnach 300 Millionen kg, da ein Hof 3000 kg liefert, so erhalten wir 300 Millionen kg . . . Durchschnittlicher Käseverbrauch im Jahre 1907 war 3,5 kg. —

Speisekartoffeln verteilen wir zirka 150 kg per Kopf, brauchen also 9000 Millionen kg. Ein Hof liefert 90 bis 100 Tonnen, sämtliche Höfe also das Verlangte. —

An Brot verteilen wir 167 kg, brauchen also zirka 10 000 Millionen kg. Da ein Hof 40 ha für Getreidebau besitzt und pro ha 3000 Kilogramm erntet, so liefern sämtliche Höfe 12 000 Millionen kg Brotgetreide, was zur Herstellung von 10 000 Millionen kg Brot vollkommen hinreicht. —

Vergleichen wir nun den Viehstand des Zukunftsstaats mit jenem der Viehzählung von 1904 und 1907.

Wir werden pro Wirtschaftseinheit haben: 120 Milchkühe und zirka 100 lebensfähige Kälber, demnach im ganzen 12 Millionen Milchkühe und 10 Millionen Kälber. Im Jahre 1904 gab es in ganz Deutschland 10 Millionen Kühe, 1,34 Millionen Kälber und 8 Millionen Stiere und Ochsen, worin aber ein großer Teil Zugvieh enthalten ist. Im Jahre 1907 gab es im ganzen 20,6 Millionen Stück Rindvieh überhaupt. —

Pferde werden wir 8 pro Einheit, im ganzen also 0,8 Millionen haben. Im Jahre 1904 zählte man 4,27 Millionen Pferde, wobei aber Militär- und Luxuspferde mitgerechnet sind. Im Jahre 1907 gab es im ganzen 4,35 Millionen Pferde. —

Schweine wird es 350 pro Einheit, im ganzen also 35 Millionen geben. Im Jahre 1904 gab es 18,9 Millionen und 1907 22,15 Millionen Schweine. —

Schafe — eventuell 30 Millionen in Deutsch-Südwestafrika und 70 Millionen in Deutschland selbst, auf den vorläufig in Weiden zurückverwandelten 10 Millionen ha Ackerland. Im Jahre 1904 gab es 7,9 und im Jahre 1907 7,7 Millionen Schafe. Eine andere Disposition, die man in Anwendung bringen und die später begründet werden soll, ergibt bloß 35—40 Millionen Schafe im europäischen Deutschland.

IV.

Anzahl und Verteilung der in der Produktion der Nahrungsmittel beschäftigten Personen.

Jede Wirtschaftseinheit braucht für die eigentlich landwirtschaftlichen Arbeiten 12, für die Viehwartung ebenfalls 12 Arbeiter, das macht für die 100000 Betriebe 2,4 Millionen, wozu noch während zweier Sommermonate zirka 1,5 Millionen Arbeiterinnen kommen und 0,2 Millionen Frauen für Essenbereitung u. dergl.

Sodann für jede elektrische Zentrale und für das Pflügen je 20 Arbeiter, zusammen 0,2 Millionen Arbeiter.

Um den statistischen Bevölkerungsverhältnissen zu genügen und auch aus Zweckmäßigkeitsgründen wollen wir 0,6 Millionen in der Landwirtschaft, namentlich bei der Viehwartung beschäftigte Männer durch 0,75 Millionen weibliche Arbeiter ersetzen. Und endlich kommen noch zirka 0,12 Millionen landwirtschaftliche und technische Betriebsleiter hinzu. Rechnen wir die 1,5 Millionen Arbeiterinnen, welche bloß zwei Monate lang mithelfen, als 0,25 Millionen Jahresarbeiterinnen, so resultieren im ganzen für die direkte landwirtschaftliche Produktion

2,12 Millionen männliche und 1,2 Millionen weibliche Arbeitskräfte. —

Nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 waren damals in der deutschen Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei nach dem Hauptberufe 8,29 Millionen Personen, wovon 2,75 Millionen weiblich, ohne Forstwirtschaft und Fischerei nur 8,16 Millionen, erwerbstätig;* werden die im Nebenberuf Arbeitenden mitgerechnet, so waren zirka 12 Millionen Personen landwirtschaftlich tätig. — Nach der Zählung von 1907 waren in den gleichen Berufen nach dem Hauptberufe 9,88 Millionen, worunter 4,6 Millionen weiblich, erwerbstätig, und die Nebenberufe mitgerechnet, 15,48 Millionen Personen. —

Die Fläche des eigentlichen Ackerlandes betrug im Jahre 1900 26,25 Millionen ha, das Wiesenland zirka 6 Millionen ha. Im Jahre 1907 waren nur 24,23 Millionen ha Ackerland.

Jene 32,25 Millionen ha im Jahre 1900 beschäftigten 8,16 Millionen Personen im Hauptberuf, also kamen auf je 100 ha 25 Personen. Nach der hier vorausgesetzten Disposition wären für 17 Millionen ha Acker und 4 Millionen ha Wiesen, zusammen 21 Millionen ha, nur 3,2 Millionen Personen, also pro 100 Hektar 15 bis 16 Personen nötig.

Diese bedeutende Ersparnis darf nicht wundernehmen, da wir alle Vorteile eines rationell, d. h. technisch so vollkommen als möglich durchgeführten Riesenbetriebes zu Hilfe nehmen, im Gegensatz zu der heutigen Zersplitterung der Betriebe, von denen zirka 5¼ Millionen kleiner als 20 ha sind ‹im Jahre 1895›, und derzufolge die bäuerliche Landwirtschaft ungefähr drei Viertel der ganzen Ackerfläche einnimmt.

Zur Vergleichung sei ferner angeführt, daß nach Kraffts „Betriebslehre" heute bei intensivem Betrieb auf mittelgutem Boden 36 bis 43 Personen für je 100 ha gerechnet werden.

*

Zur richtigen Angabe der für die Landwirtschaft nötigen Arbeiteranzahl gehört auch die Berücksichtigung der einschlägigen chemischen Industrie. Nun gab es im Jahre 1895 in der Kunst-

* Wenn in der offiziellen Statistik von „Erwerbstätigen" oder „beschäftigten Personen" gesprochen wird, so sind hierunter nicht nur Arbeiter, sondern auch Verwaltungs-, Aufsichts- und Bureaupersonen, sowie Selbständige und leitende Beamte und sonstige Geschäftsleiter mit inbegriffen. Ferner darf nicht vergessen werden, daß Deutschland im Jahre 1895 nicht 60, sondern nur 52 Millionen Einwohner hatte.

düngerindustrie 10485 Arbeiter, hierzu kommen ungefähr 22000 Arbeiter für die Gewinnung von zirka 2 Millionen Tonnen Superphosphat und zirka 15000 für die hierzu nötige Schwefelsäurefabrikation. Zusammen also zirka 47500 Personen. —

Von den eigentlich landwirtschaftlichen Industrien haben wir hier nur die Zuckerfabrikation zu berücksichtigen, da Brauerei und Brennerei für die Minimum-Institution nicht existieren.

Vom Zucker wollen wir nun 30 kg pro Kopf verteilen, brauchen also im Ganzen 18 Millionen Doppelzentner. Nun kamen im Jahre 1903/4 304 Doppelzentner Rüben auf 1 ha und hierbei gewann man aus 6,6 kg Rüben 1 kg Rohzucker, man braucht also 7⅓ kg Rüben pro kg Verbrauchszucker, weil von 100 kg Rohzucker 90 kg Verbrauchszucker gewonnen werden. Für unseren Gesamtbedarf an Verbrauchszucker benötigen wir daher 147 Millionen Doppelzentner Rüben und hierzu ½ Million ha Rübenboden. Wir setzen hierbei voraus, daß gar kein Zucker ausgeführt, sondern aller Zucker im Inland konsumiert wird, und heben zur Vergleichung hervor, daß im Betriebsjahr 1904/5 die gesamte Rohzuckerproduktion 1500 Millionen kg betrug, und der faktische Zuckerverbrauch innerhalb des Zollgebiets 86¾ Millionen Doppelzentner, also 14,4 kg auf den Kopf. Die Rübenmenge war 100 Millionen Doppelzentner und die Rübenbodenfläche 416714 ha. Im Betriebsjahr 1908/9 wurden 118 Millionen Doppelzentner (= 11,8 Millionen Tonnen) Rüben verarbeitet, deren Anbaufläche betrug 436185 ha und es kamen 17,6 kg Verbrauchszucker auf den Kopf. —

Die Arbeiterzahl betrug im Jahre 1895 31838, worunter 3841 weibliche, im Jahre 1907 34718, worunter 4883 weibliche. Für unseren Zweck wollen wir zirka 40000 Arbeiter, worunter 6000 weibliche, rechnen. — —

Getreidemüllerei.

Zufolge den Berechnungen der „Mühle" vom Jahre 1892 kann man zur Vermahlung der 12 Millionen Tons (à 1000 kg) 400 große Mühlen benützen, mit einer Arbeiterzahl von 16000 und einer Gesamttriebkraft von 100000 PS. (Atl.) Bei 300 Arbeitstagen à 24 h und 0,5 kg Kohle pro PS. und Stunde wären 0,36 Millionen Tonnen Kohle nötig.* Nach der Berufszählung vom Jahre 1895

* Bei den heutigen besten Dampfmaschinen können wir 0,5 kg Kohle pro PS. und Stunde annehmen.

gab es in Deutschland damals 26 000 Mühlen mit 103 716 darin beschäftigten Personen. Im Jahre 1907 war deren Anzahl 101 000. Die Ersparnis an Arbeitern wird hauptsächlich durch Einrichtung großer Mühlen an Stelle der vielen kleinen erzielt. —

Bäckerei.

Es wird vorausgesetzt, daß die Hausbäckerei aufhören wird. Dann können für Herstellung der 10 Millionen Tons Brot im ganzen Reich zirka 30 000 Bäckereien verteilt werden, wobei in jeder Bäckerei 4 Arbeiter und 3 bis 4 Austeilerinnen (gegen Marken oder Anweisungen) beschäftigt sind. Die Ofenheizung wird zirka 2½ Millionen Tons Kohle beanspruchen. (Die Grunddaten nach Losch, Brauns Archiv, Bd. 6, S. 316 u. a., zitiert von Atl.) Im ganzen sind also in der Bäckerei **120 000 männliche** und **120 000 weibliche** Personen beschäftigt.

Im Jahre 1895 gab es in der Bäckerei 218 502 Erwerbstätige, im Jahre 1907 in Bäckerei und Konditorei 333 600; bei uns wird natürlich eine große Anzahl von Arbeitern durch Anwendung von Maschinen in den Großbäckereien beim Teigkneten, Zerschneiden, Hinein- und Herausschieben der Brote erspart werden können. —

Fleischerei.

Hier können die Einrichtungen der großen amerikanischen Fleischereien nachgeahmt werden. Hiernach genügen für die Verarbeitung der im ganzen nötigen 6 Millionen Tons Fleisch 30 000 Fleischereien — also ebensoviel wie Bäckereien — mit **120 000** männlichen Arbeitern und je 4, also im ganzen **120 000** Austeilerinnen. (Nach Daten von Sering, bei Atl.) Im Jahre 1895 gab es in der Fleischerei 176 671 erwerbstätig beschäftigte Personen, wobei der Gesamtfleischverbrauch Deutschlands nur etwas über 2 Millionen Tons betrug; im Jahre 1907 220 418 Personen. —

Der Salzverbrauch zu Speisezwecken war im Jahre 1904 pro Kopf 7,5 kg; demnach hätten die sämtlichen Salinen und Salzwerke 458 Millionen Tons Speisesalz zu liefern. Die hierzu nötigen Arbeiter rechnen wir zu **30 000.** Im Jahre 1907 waren es 26 157.

Statistik der Nährarmee.

Herstellung der Wohnungen und Wohnungseinrichtungen. Anzahl der Beschäftigten.

Wir setzen, wie schon gesagt, bei diesen, wie bei allen vorhergehenden und nachfolgenden Berechnungen der in der Minimum-Armee Beschäftigten stets voraus, daß der Staat nach unserem Programm schon komplett eingerichtet sei, daß demnach sämtliche Arbeiten für den Übergang aus dem heutigen in den zukünftigen vollständig durchgeführt wurden, also der sozialistische Beharrungszustand bereits vorhanden sei. —

Die oben projektierten 100 000 Wirtschaftshöfe werden also schon erbaut und mit allen zugehörigen Einrichtungen, Geräten, Maschinen usw. betriebsfähig, resp. im Betriebe sein. Es handelt sich daher hier nur um jene Arbeiten und arbeitenden Personen, die den Zustand im neuen Staat aufrecht zu erhalten haben, den wir als ziemlich gleichbleibend voraussetzen, die mit der Zeit doch gewiß eintretenden größeren Änderungen, namentlich die etwaige Vermehrung der Bevölkerung und die eventuelle Verminderung oder Erschöpfung mancher notwendigen Naturprodukte, müssen einer speziellen Betrachtung über die „Zukunft des Zukunftsstaates" vorbehalten bleiben.

In erster Linie fragt es sich, wie viele Arbeiter für die Herstellung von Bauten, also: von Baumaterialien und Zugehörigem, Mauern und Dachdecken notwendig sein werden.

An Bauarbeiten werden wir vier Kategorien vorfinden: 1. Reparaturen an den Wirtschaftsgebäuden. 2. Reparaturen und Neubauten von Industrie-Etablissements der Minimum-Institution. 3. Neubauten für den Bevölkerungszuwachs. 4. Reparaturen und Zubauten an den sämtlichen schon bestehenden Wohnungen oder Häusern, insoweit sie nicht Luxuswohnungen, sondern die unentgeltlich verteilten betreffen. —

ad 1. Jeder Wirtschaftshof dürfte zirka $^{3}/_{4}$ Millionen Ziegel als Neubau benötigt haben ⟨Atl.⟩; rechnen wir 10 Prozent derselben für Reparaturen und etwaige Erneuerung, so würden wir jährlich bei 100 000 Höfen $10^{5} \cdot {}^{3}/_{4} \cdot 10^{6} \cdot {}^{1}/_{10} = 7{,}5$ Milliarden Ziegel benötigen.

ad 2. Rechnen wir 1 Milliarde Ziegel — eine genauere Begründung dieser oder einer anderen Zahl dürfte wohl unmöglich sein.

ad 3. Hier ist eine eingehendere Betrachtung nötig und auch möglich. Sie ist zugleich eine gute Gelegenheit, die einschlägigen Verhältnisse genau und anschaulich zu erkennen. Der Bevölkerungszuwachs Deutschlands in der jetzigen Epoche kann zu 850 000, rund 900 000 Personen, gerechnet werden, die Zahl der Auswanderer betrug im Jahre 1906 31 074, im Jahre 1908 nur 19 883; wir behalten also die volle Zahl von 900 000 bei.

Die Zahlen für Wohnhäuser und anderes hier Nötige entnehmen wir dem Statist. Jahrbuch für 1903, das die Daten vom Jahre 1900 gibt. Damals hatte Deutschland 56,367 Millionen Bewohner, 6 318 302 bewohnte Häuser und Baulichkeiten, auf ein bewohntes Gebäude kamen also durchschnittlich 8,92 Einwohner ⟨in Berlin 51,1; in Hamburg 19,7⟩. Haushaltungen gab es 12,26 Millionen, und auf eine Haushaltung kamen 4,6 Personen. Dabei gab es Haushaltungen Einzellebender 870 601, d. i 7,1 Prozent aller Haushaltungen und 1,5 Prozent aller Personen; 11 308 081 Familienhaushaltungen mit 53,866 Millionen Personen, also mit 92,2 Prozent aller Haushaltungen und 95,6 Prozent aller Personen.

Wenden wir diese Angaben auf unseren Fall an, so werden die 900 000 Personen in zirka 200 000 neuen Haushaltungen à 4,6 Personen leben, in rund 100 000 neuen Gebäuden ⟨à 8,92 Bewohner⟩. Hierbei werden 7,1 Prozent von 200 000, also 14 000 Haushaltungen Einzellebender und der Rest, d. i. 186 000 Familienhaushaltungen sein.

Nun hatten wir oben für die unentgeltlichen Wohnungen festgesetzt, daß sie für Einzelpersonen aus 1 Zimmer und 1 Vorzimmer, für Familien ⟨durchschnittlich⟩ aus 2 Zimmern, Kabinett, Vorzimmer und Küche bestehen sollen. Die erstere Wohnungskategorie hätte eine Fläche von 45 qm, die letztere eine Basis von zirka 100 qm; die Zimmerhöhe nehmen wir zu $3^{1}/_{2}$ m an. Wir nehmen im Mittel, d. h als Bestandteil des Hauses, die Mauern etwas stärker als nötig, und nehmen an, wir benötigen 26, resp.

60 cbm Mauerwerk, also resp. 10 000 und 25 000 Stück Ziegel für diese Wohnungen.

Im ganzen brauchen wir also für die 14 000 Einzelhaushaltungen $14 \cdot 10^3 \cdot 10^4 = 140$ Millionen $= 0{,}14$ Milliarden Ziegel, und für die 186 000 . . . $186 \cdot 10^3 \cdot 25 \cdot 10^3 = 4{,}7$ Milliarden, zusammen: rund 5 Milliarden Ziegel zu den Neubauten für den Bevölkerungszuwachs.

ad 4. Da mir keinerlei andere Anhaltspunkte zur Verfügung stehen, so rechne ich nach folgendem Schema: Da die Zahl von 900 000 Personen einen jährlichen Zuwachs von 1,4 Prozent der Bevölkerung — der übrigens höchst wahrscheinlich in naher Zukunft abnehmen wird — repräsentiert und 5 Milliarden Ziegel für Neubauten nötig macht, so könnte man ⟨in sehr roher Weise⟩ die Abnützung aller Häuser zu jährlich 0,5 Prozent annehmen, wenn man eine Lebensdauer derselben zu 200 Jahren annimmt, d. h. da nach 200 Jahren ein Neubau nötig sein wird, so beträgt die Quote dieser Neubauten pro Jahr $1/200 = 1/2$ Prozent. Und dann folgt sofort, daß wir jährlich $\frac{0{,}5}{1{,}4} \times 5 = 1{,}8$, rund 2 Milliarden Ziegel brauchen werden.

Alle vier Kategorien der Bauten werden daher benötigen: $7{,}5 + 1 + 5 + 2 =$ rund 15 Milliarden Ziegel. —

Hierzu sei nochmals bemerkt, daß wir hierbei folgende Bauten nicht berücksichtigt haben: alle Luxusbauten, d. h. alle nicht unentgeltlichen Wohnungen Wohlhabender, die sich also nicht angemeldet hatten; alle öffentlichen Gebäude irgendwelcher Art, also auch sämtliche Staatsbauten für Politik, Verwaltung, Gerichtswesen, Kasernen, Magazine, sowie Brücken, Eisenbahnen, Straßen usw., insofern diese alle nicht zur Minimum-Institution gehören.

Alle diese Baulichkeiten werden, genau wie heute, besorgt, also gegen Entlohnung, im Rahmen der Geldwirtschaft. Wenn man wollte, könnte man auch alle öffentlichen Gebäude, wie nicht minder auch alle Staatsbeamten obiger Kategorien, aus dem Gesichtspunkte zur Minimum-Institution schlagen, daß sie ebenfalls notwendig sind, diese Beamten daher ohne Geldentlohnung und ohne Stufenleiter ihrer Gagen ganz wie die Beamten der Nährarmee behandelt denken. Wir wollen dies aber nicht tun und halten es für zweckmäßig, den Gedanken einer Naturalwirtschaft mit erzwungenem Dienst bloß im Gebiete der Lebenshaltung, also des

anständigen Minimums, und allenfalls noch bei eventuellem Bestande eines stehenden Kadreheeres für die Armee zu realisieren. Es ist aber wohl überflüssig zu bemerken, daß sich bei der Einteilung in manchen Details zwischen der Minimum-Institution und der staatlichen Wirtschaft mit Geldentlohnung (im politischen, Gerichts- und Verwaltungsgebiet usw.) nicht immer mathematisch genaue Grenzen werden ziehen lassen, ist aber einmal etwas als zur Minimum-Institution gehörig festgesetzt worden, so genießt es sofort den Vorzug der absoluten Dringlichkeit und den Vorrang vor allem, was nicht zum Notwendigen gerechnet wird.

Wir fanden also für die Minimumbauten 15 Milliarden Ziegel pro Jahr notwendig. Zum Vergleich führen wir (nach „Die Weltwirtschaft" II. Teil) an, daß im Jahre 1905 in ganz Deutschland 11 000 Ziegeleien, wovon 5000 mit Dampfmaschinen arbeiteten, im Jahre 35 bis 40 Milliarden Ziegel lieferten. Legt man nun die Leistungsfähigkeit der großen amerikanischen Ziegeleien, nämlich nach der „Töpfer- und Zieglerzeitung" 1893, S. 651, jene zugrunde, wonach eine derartige Ziegelei mit 275 Arbeitern jährlich 100 Millionen Ziegel liefert und hierbei Dampfmotoren von zirka 1500 PS. benötigt, so hätten wir im ganzen **150** solche Ziegeleien mit zirka 42 000 Arbeitern und **225 000** PS. nötig. Für Lehmgraben und Heranschaffen können wir die gleiche Zahl von Personen annehmen, wir kommen also auf eine Gesamtzahl von zirka **84 000 Arbeitern.** — Im Jahre 1907 arbeiteten in Ziegelei, Ton- und Steinzeugröhrenfabrikation im Hauptberuf 251 890 Personen. —

Was den Brennstoff betrifft, so rechnen wir nach Zwick (Töpfer- und Ziegelerz. 1893, S. 633) 2¾ Zentner Kohle pro Mille Ziegel und für die Dampfmaschinen 0,5 kg Kohle pro Pferd und Stunde, also 2 Millionen Tonnen Kohle für das Brennen und Trocknen, und bei 3000 Stunden jährlicher Arbeitszeit ungefähr 0,34 Millionen Tonnen für die Maschinen, zusammen rund 2⅓ Millionen Tonnen Kohle. —

*

Die Zementfabrikation: Nach dem Deutschen Baukalender braucht man für 1000 Ziegel ungefähr 2 Faß Zement à 170 kg Nettogewicht, wir brauchen also 30 Millionen Faß, und für Decken und Fußböden rechnen wir ebensoviel, also zusammen 60 Millionen Faß Zement. Rechnen wir mit den Leistungen der Diesdorfer Zementwerke (T.- und Z.-Z. 1895), die im Jahre mit 150 Ar-

beitern und Maschinen von 575 PS. 150 000 Faß produzieren, so brauchen wir 400 solcher Fabriken, **60 000 Arbeiter** und Maschinen von 230 000 PS. — Im Jahre 1907 waren in Traßgräberei, Zement- und Traßfabrikation 30 135 Personen beschäftigt. An Kohle sind nötig (nach Fischers Chem. Technologie, 1893, S. 826) für je 100 000 kg Zement zirka 15 Tonnen, demnach im ganzen zum Brennen 1½ Millionen Tonnen, für die Dampfmaschinen 0,34 Millionen, zusammen 1,84 Millionen Tonnen Steinkohle.

*

An Bauarbeitern benötigen wir:

Da 1 Maurer nebst 1 Handlanger täglich zirka 450 Ziegel vermauern kann und wir 220 Arbeitstage im Jahre annehmen können, so gäbe das für die 15 Milliarden Ziegel **300000** Maurer und Handlanger. — Im Jahre 1907 gab es 602 888 Maurer. —

Für die Steinmetzarbeit und jene in den Marmor- und Steinbrüchen rechnen wir die halbe Anzahl der letzten Berufszählung von 1895, also **65 000 Arbeiter.** — Im Jahre 1907 gab es 56 895 Steinmetzen. —

In der Forstwirtschaft, für Beschaffung von Holz, soweit es für die Minimum-Institution notwendig ist, nehmen wir eine Zahl von 100 000 Personen an. Im Jahre 1895 betrug die Zahl aller in der Forstwirtschaft Tätigen 111 000. —

Für die Zimmermannsarbeiten brauchen wir hauptsächlich nur die Arbeit an den Dachsparren und das Dachdecken zu berücksichtigen, hierfür dürften 30 000 Arbeiter genügen, hierzu kämen für Reparaturarbeiten an den schon bestehenden Häusern noch weitere 10 000, zusammen **40 000 Arbeiter.** Im Jahre 1907 gab es 219 580 Zimmerer.

*

Die Tischlerarbeit wird sich auf Bau- und Möbeltischlerei erstrecken. Wenn wir für eine Wohnung durchschnittlich 5 Fenster und 5 Türen annehmen, so haben wir für die 200 000 neuen Wohnungen 1 Million Fenster- und ebensoviele Türstöcke herzustellen, und hierzu genügen (nach Erfahrungen, die Atl. aus den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 64, S. 551 anführt) 10—15 000 Arbeiter, mit dem Einsetzen alles in allem **20 000 Arbeiter.**

Die Fläche der Parkettböden beträgt, wie oben angegeben, 14 000 à 45 qm und 186 000 à 100 qm, zusammen zirka 19 Mil-

lionen qm. Zur Herstellung derselben genügen ⟨zufolge der Daten in Kahns „Münchens Großindustrie"⟩ 14000 **Arbeiter.** —

Die Herstellung von Möbeln betreffend, brauchen wir jährlich an kompletten Einrichtungen nur jene für die 20000 neuen ⟨unentgeltlichen⟩ Wohnungen, inklusive Tapeziererarbeit können wir mit 80000 Arbeitern auskommen. ⟨Atl.⟩ Zur Erneuerung der Möbel und Tapeten in den schon bestehenden ⟨unentgeltlichen⟩ Wohnungen dürften ebenfalls 80000 genügen, so daß wir im ganzen 160000 Arbeiter benötigen. — Im Jahre 1907 gab es in Tischlerei, Parkettenfabrikation u. dergl. 461921 Erwerbstätige. —

Für Tapetenfabrikation nehmen wir 15000 Arbeiter in Anspruch. —

Stubenmaler, Glaser und Ofensetzer rechnen wir für die neuen und die schon bestehenden ⟨unentgeltlichen⟩ Wohnungen halb so viele als im Jahre 1895, also zirka 130000 Personen.* — im Jahre 1907 waren 200439 Personen als Stubenmaler und Anstreicher und 26669 als Glaser erwerbstätig. —

Aus Glas sind herzustellen: die Doppelfenster in den neuen Wohnungen, die erneuerten in den alten, Spiegel und Trinkgefäße in den neuen und deren Ersatzstücke in den schon bestehenden Haushaltungen. Die neuen Fenster zu je 3 qm brauchen 6 Millionen qm Fensterglas, eine Fabrik in Mariemont produziert pro Arbeiter 2800 qm jährlich ⟨„Stahl und Eisen", 1894, S. 951, Atl.⟩, wir brauchen also etwas über 2500 Arbeiter, zur Erneuerung zerbrochener Scheiben in den schon bestehenden Wohnungen ebenfalls 2500. Die Herstellung der 400000 neuen Spiegel und der Ersatz der gebrochenen ⟨der ganz unbedeutend ist⟩ dürften 2500 Personen beanspruchen. —

Weiter liefert man zu der Wohnungseinrichtung jährlich 3 gewöhnliche Gläser und 2 Wasserflaschen,** wir nehmen an, daß

---

* Die bei uns oft wiederkehrenden Reduktionen der Arbeiterzahlen auf die Hälfte der jetzigen sind aus mehreren Gründen gerechtfertigt. Denn nicht nur fallen alle ⟨von mir sogenannten⟩ Luxusarbeiten weg, sondern man muß bedenken, daß heute die Arbeiter, resp. Unternehmer, nicht entfernt immerwährend voll beschäftigt sind, da ihre Beschäftigung von den zufälligen Aufträgen des Publikums abhängt. Bei uns aber wird die ganze Arbeitszeit ausgefüllt, da die Aufträge systematisch gegeben und verteilt werden.

** In dem Kapitel „Wohnungseinrichtungen", S. 288, sind — wahrscheinlich approximativ — 3 Flaschen angegeben, die Berechnung ist bei Annahme von 2 Wasserflaschen durchgeführt. ⟨A. d. H.⟩

das für alle Haushaltungen nötig sein werde, dann brauchen wir zirka 180 Millionen Gläser und 120 Millionen Flaschen. Nach den Daten in Fischers Chem. Technologie braucht die Herstellung dieser Gläser zirka 3000 Arbeiter und die Vorarbeiten ebenfalls 3000, die der Flaschen 2000. Für Herrichtung des Materials, Heizen und Beschicken der Glasöfen rechnen wir 2000 Arbeiter. Zusammengenommen für die Glasproduktion 17 500 Arbeiter. — Im Jahre 1895 beschäftigte die Glasfabrikation 52 388 Arbeiter, wobei, wie immer bei der Berufszählung, sämtliche Fabrikate, also auch die vielfachen Luxusartikel, mit inbegriffen sind, im Jahre 1907 85 588 Arbeiter. —

In den Glasöfen benötigen wir folgende Mengen Kohle: das Gewicht der oben angegebenen Glasfabrikate beträgt: 120 Millionen Flaschen à $^3/_4$ kg, 180 Millionen Gläser à $^1/_{10}$ kg, 6 Millionen qm Fensterglas à 6 kg, 0,4 Millionen Spiegel à 25 kg, zusammen zirka 150 Millionen kg, wozu zirka 100 000 Tonnen Kohle nötig wären (Fischer, Chem. Techn., Atl.). —

Für Holzzurichtung und Herstellung der groben Holzwaren zirka **40 000 Arbeiter.** — Im Jahre 1907 waren es 84 024.

Für die Instandhaltung sämtlicher Bauten, die ins Minimumbereich gehören, seien die Arbeiten welcher Art immer, wollen wir rund noch **80 000 Arbeiter** ansetzen. —

Zur Herstellung der Tongefäße für die Küchen setzen wir die halbe Anzahl der Verfertiger sämtlicher gewöhnlicher Tonwaren nach der Berufszählung von 1895 an, d. i. **15 000 Arbeiter.**

*

Die Beleuchtung der Wohnungen soll mittelst Elektrizität geschehen. Wir rechnen für jede Haushaltung im Durchschnitt 3 Glühlampen à 16—20 Kerzenstärke, und durchschnittlich täglich 6 Stunden Beleuchtungsdauer. Nach dem heutigen Stande der elektrischen Beleuchtung kann man — bei Benutzung der neuen Metallfadenlampen — besonders bei etwas größerer Inanspruchnahme, wenn auch kürzerer Brenndauer, 30 solcher Lampen pro PS. annehmen. Bei 13 Millionen Haushaltungen würden also während der Beleuchtung $13 \cdot 10^6 \cdot \frac{3}{30} = 1{,}3$ Millionen PS. tätig sein.

Nun werden wir aber, wie natürlich, mit Akkumulatoren arbeiten, die wir zirka 18 Stunden des Tages laden und während

der 6 Stunden Brenndauer entladen, und gleichzeitig Strom hineinsenden. Die Zahl der PS. wird daher entsprechend geringer, nämlich $\frac{4}{1,3} = 0{,}33$ Millionen PS., hingegen die Stundenanzahl in gleichem Maß größer sein; und wenn wir wegen des Transformationsverlustes 0,7 kg Kohle pro PS.-Stunde annehmen und fünf Monate im Jahre beleuchten, so müssen wir zirka 0,8 Millionen Tonnen Kohle verbrennen. —

Es ginge durchaus nicht an, Wasserkraft als Motor vorauszusetzen, weil, wie bei den Eisenbahnen, die Nähe des Verbrauchsortes bestimmend ist, wenn nicht zu große Leistungsverluste des elektrischen Stromes eintreten sollen.

An Personal bei den elektrischen Beleuchtungsanlagen rechnen wir 9000 Personen. —

*

Für die Beheizung der Wohnungen und Zubereitung der Speisen setzen wir Benützung von Leuchtgas voraus. Der Hauptgrund dafür ist der, daß bei Heizung, resp. Verbrennung von Brennmaterialien in freier Luft höchstens 20 Prozent der von ihnen zu erhaltenden Wärmemengen nutzbar gemacht werden können, und selbst bei den bestkonstruierten Wohnungsöfen und -Herden kaum 30 Prozent; während Gasheizungsvorrichtungen bei ihrer vollkommeneren Verbrennungsart und rationelleren Konstruktion 80—85 Prozent ausnützen. Hierzu kommt noch der namentlich für die großen Städte sehr wichtige Umstand, daß es zur Verhinderung der hygienisch so schädlichen Rauchentwicklung kein besseres Mittel gibt, als eben die Benützung des Gases an Stelle der Anlagen von Feuerstätten für Kohlenbrand, worauf namentlich der Hygieniker Rubner nachdrücklich hinwies.* Wir rechnen nun 180 Wintertage Heizung mit durchschnittlich 10 cbm Gas pro Wohnung und Tag, und mit $^1/_5$ cbm Gas zur Essenbereitung ⟨Atl.⟩, also rund 1900 cbm Gas pro Haushaltung und Jahr; demnach für 13 Millionen Haushaltungen zirka 25 Milliarden cbm Gas.

---

* Man vergesse nicht, daß in allen unseren Betrachtungen der Preis niemals eine Rolle spielt, da Geldwirtschaft überhaupt hier nicht existiert. Es wäre daher unrichtig, die Einwendung zu machen, daß heute die Kosten der Gasheizung nahezu das Dreifache der Heizung mit Steinkohle betragen.

Die Zahl der Gasanstalten würde sich nach der Bevölkerungsdichtigkeit in den verschiedenen Landesteilen richten, jedenfalls würden deren sowohl sehr große, als auch kleinere verwendet werden müssen, um zu lange Rohrleitungen zu vermeiden. In dieser Beziehung ist zu berücksichtigen, daß auf dem Lande die Häuser meist sehr zerstreut sind und in Gebirgsgegenden oft so vereinzelt liegen, daß von einer Gasrohrleitung abgesehen werden muß. Es muß daher in solchen Fällen, wie heute, der feste Brennstoff einzeln verteilt werden, am zweckmäßigsten: Holz, das schon jetzt in einer Menge von zirka 40 Millionen cbm zum Heizen der Wohnungen benützt wird. Die Verwendung von Holz ist um so eher angezeigt als die von Kohle, weil es jährlich nachwächst und daher, wenn nur seitens des Staates die richtige forstliche Kontrolle vorhanden ist, nicht mehr verbrannt werden darf, als eben dieser Nachwuchs beträgt, während eben Kohlen nicht nachwachsen.

Die 40 Millionen cbm Holz sind einer Anzahl cbm Gas äquivalent, die leicht zu bestimmen ist. Bei einem durchschnittlichen spezifischen Gewicht von 0,6 und einem Heizwerte von 2800 Kal. pro kg, andererseits einem Heizwert von 5500 Kal. pro cbm Heizgas, finden wir zirka 12 Milliarden cbm Gas als Äquivalenzzahl. Hiernach hätten wir bloß 13 Milliarden cbm Gas zu produzieren. Da aber der Nutzeffekt beim Heizen mit Holz geringer als der mit Gas ist, nämlich ungefähr nur ein Drittel so groß, so wären nur 4 1/8 Milliarden cbm Gas ersetzt, und wir haben dann statt 25 zirka 21 Milliarden cbm Gas zu produzieren.

Legt man die Zahl von 800 Gasanstalten des Jahres 1896 zugrunde, so hätten wir 17 000 solcher Gasfabriken von durchschnittlicher Größe mit 80 000 Arbeitern nötig. — Im Jahre 1907 waren in Gasanstalten 32 763 Personen erwerbstätig.

Behufs Vergleichung sei angeführt, daß ⟨nach Angabe Zoepfls⟩ im Jahre 1896 in ganz Deutschland 800 Gasanstalten mit einer Produktion von zirka 1 Milliarde cbm Gas vorhanden waren; sie versorgten 21 Millionen Menschen und zugleich 24 000 Gasmotoren von zusammen 110 000 PS., was zirka 200 Millionen cbm Gas pro Jahr gleichbedeutend wäre. Die große Zahl von 21 Millionen Menschen versorgt das Gas aber nur mit Licht und nicht mit Wärme. —

An Gaskohle würden wir, da 1 Tonne ungefähr 300 cbm Gas pro Tag ⟨von 24 Stunden⟩ liefern kann, wobei die Haupt-

produktion während des Winters stattfände, 70 Millionen Tonnen jährlich benötigen. Werden die Retorten mit dem produzierten Koks und Teer geheizt, so bleiben von 1000 kg Kohle noch ungefähr 567 kg Koks disponibel ‹Fischer›, im ganzen also zirka 40 Millionen Tonnen Koks, die man zu den thermischen Prozessen in der Industrie verwenden wird, und um deren Betrag sich die Kohlenförderung vermindern läßt.

Statistik der Nährarmee.

Herstellung der Bekleidung — Anzahl der Beschäftigten.

Schuhmacherei.

Nach Analogie amerikanischer Schuhfabriken und unter Annahme von 2 ½ Paar Schuhen pro Person, also von im ganzen 150 Millionen Paar Schuhen im Jahr, benötigen wir beim Maschinenbetriebe zirka **60 000** Arbeiter. Für Reparaturen weitere **20 000** Arbeiter, im ganzen daher **80 000 Arbeiter**. ⟨Die Grunddaten nach dem Sozialpolit. Zentralblatt, 1892, S. 144 u. a.⟩ Der Lederverbrauch von zirka 120 Millionen Kilogramm kann bei dem vergrößerten Viehzuchtbetriebe fast vollständig im Inlande gedeckt werden.

Im Jahre 1895 konsumierte die deutsche Bevölkerung zirka 90 Millionen Paar Schuhe, also bloß 1,8 Paar pro Kopf, und die Zahl der im Hauptberuf in der Schuhmacherei beschäftigten Personen betrug 402 686; natürlich war meistens nur Handbetrieb vorhanden; im Jahre 1907 372 812 Personen. —

Gerberei.

Durch Betrieb der Gerberei mittelst Elektrizität kann in Zukunft viel an Zeit, Kraft und Arbeitsmaterial erspart werden. In 20 bis 25 Fabriken können bequem mit ungefähr **30 000 Arbeitern** 120 bis 150 Millionen kg Leder verarbeitet werden. ⟨Die Grunddaten nach der Elektrot. Z. 1893, S. 92 bei Atl.⟩ Im Jahre 1895 waren 46 262 und 1907 49 633 Personen in der Gerberei erwerbstätig. Was das Material selbst betrifft, so bezieht es bisher die deutsche Lederindustrie ungefähr zur Hälfte aus dem Auslande. Dabei wird aber stark in Luxusartikeln für inländischen Gebrauch und für Ausfuhr von Leder und Lederwaren gearbeitet; im Jahre 1906 war deren Wert zirka 140 Millionen Mark. Wenn

dies aufhört ‹wenigstens für die Minimum-Institution› und andererseits die Felle der 35 Millionen Schafe hinzukommen, die wir der Wolle wegen halten werden, so dürfte wohl, bei unserem Viehbestande um so mehr, die Einfuhr von Roß- und Rindshäuten ganz wegfallen können. Eventuell müßte der Pferdebestand vergrößert werden.

Schneiderei und Wäschefabrikation.

Auch hier läßt sich bei fortgeschrittener Arbeitsteilung die Leistungsfähigkeit bedeutend steigern. Wir legen die Leistungen der Berliner Konfektionsindustrie zugrunde.

Wenn wir nun für jeden Erwachsenen jährlich 2 ganze Anzüge rechnen, so würden wir bei 20 Millionen männlichen Erwachsenen ‹unter der 60 Millionen betragenden Bevölkerung›, also für Herstellung von 40 Millionen Anzügen im Jahr, 154000 Arbeiter benötigen. An Mänteln und Paletots dürften im Mittel alle zwei Jahre je 1 Sommer und 1 Winterüberzieher, also im ganzen 20 Millionen jährlich, benötigt werden, wozu weitere 66000 Arbeiter gebraucht würden. Zusammen also für die Erwachsenen männlichen Geschlechts **220000** Arbeiter.

Für die zirka 10 Millionen Knaben setzen wir den halben relativen Arbeitsbedarf, das macht für das ganze männliche Geschlecht ungefähr 300000, und für beide Geschlechter zirka **600000**, und zwar weibliche Arbeiter. —

Was die Wäschekonfektion betrifft, so rechnen wir für einen Erwachsenen jährlich 3 Hemden und 3 Beinkleider, zu der Anfertigung dieser im ganzen zirka 240 Millionen Hemden und Beinkleider genügen zirka **300000** Arbeiterinnen. Für Kinderwäsche nehmen wir **100000** Arbeiterinnen an.

Im ganzen hätten wir daher für die Schneiderei und Wäschekonfektion zirka **1 Million Arbeiterinnen** nötig. ‹Die Grunddaten nach Scherzers „Weltindustrien", S. 227, Schulze-Gävernitz u. a.› Im Jahre 1895 gab es an Näherinnen 289937, Schneider und Schneiderinnen 458629, in Konfektion Erwerbstätige 53844, also im ganzen 804410 und im Jahre 1907 . . . 672810 im Hauptberuf erwerbstätige Personen, wir werden künftighin mehr, nämlich 1 Million, annehmen müssen, nicht nur der zahlreicheren Bevölkerung wegen, sondern auch deswegen, weil wir nicht auf die Arbeit in den Familien selbst rechnen. —

Putzmacherei, Anfertigung von künstlichen Blumen usw., sowie Herstellung von Pelzwaren fallen weg, da wir diese Gegenstände nicht in das Minimum einbeziehen.

Die Textilindustrie.

Hier handelt es sich um Baumwoll-, Leinen-, Woll- und Seidenindustrie, in welchen Industrien im Jahre 1895 — nach dem Statist. Jahrbuch von 1897 — 945 191 Arbeiter beschäftigt waren.

Baumwolle.

Der Gesamtbedarf bei 60 Millionen Bewohnern dürfte in der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts 240 bis 250 Millionen kg betragen haben. Auf Grund der Erfahrungen in England und Amerika rechnen wir 4 Arbeiter auf 1000 Spindeln und 1 Arbeiter auf 2 mechanische Webstühle. Nun können wir zur Verarbeitung der 250 Millionen kg Baumwolle zirka 5½ Millionen Spindeln und 300 000 mechanische Webstühle annehmen, also resp. 22 000 und 150 000 Arbeiter, zusammen demnach **172 000**, und zwar weibliche Arbeiter. Im Jahre 1889 gab es 320 000 speziell in der Baumwollindustrie beschäftigte Personen. Eingeführt wurden 1893/6 zirka 244 Millionen kg rohe Baumwolle, im Jahre 1909 aber 532 Millionen kg ⟨von der Wiederausfuhr abgesehen⟩ und 12,6 Millionen kg Baumwollgarn, dafür 31 Millionen kg Baumwollgewebe ausgeführt.

Die Baumwolle würde nach dem Vorschlage von Atlanticus aus der deutschen Kolonie Neu-Guinea bezogen werden, wozu zirka ⅓ Million ha Land und 200 000 eingeborene Arbeiter nötig wären. Wenn man aber auf Kolonialbesitz verzichten wollte, so müßte auf Austausch gegen inländische Artikel ⟨Roh- oder Industrieartikel⟩ Bedacht genommen werden. —

Um aber dem Prinzip der absoluten Sicherheit in Beschaffung des Notwendigen, also der Unabhängigkeit vom Auslande, zu genügen, könnte man auf die Baumwolle beinahe ganz verzichten und sie durch Leinenfaser ersetzen. Hierzu wären also die 4 kg Baumwolle pro Kopf durch rund 4 kg Flachsfaser zu ersetzen.

*

Hinsichtlich der Bekleidungsstoffe ist es überhaupt notwendig, vom Standpunkte der Unabhängigkeit und Sicherheit in ihrer Beschaffung die richtige Auswahl zu treffen, daher wir hier näher auf diese Aufgabe eingehen wollen. Und zwar handelt es sich hier um Baumwolle, Leinen und Schafwolle. —

Der Konsum an Baumwolle hat in Deutschland in neuerer Zeit sehr zugenommen, von 0,5 kg in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf 2 kg im Jahre 1871 und durchschnittlich in den Jahren 1901—1905 auf 6,15 kg pro Kopf und Jahr, heute rechnet man bereits mit 7 kg pro Kopf. Im Inlande ist jedoch Baumwolle nicht zu haben. Man müßte sich daher, wie gesagt, entweder auf die Kolonien oder auf Austausch mit dem Auslande verlassen.

Was die deutsch-afrikanischen Kolonien betrifft, so liefern sie heute nicht mehr als zirka 100 000 Ballen, wenn voll ausgenützt, sollen sie — wie Kolonialdirektor Dernburg im Deutschen Reichstag mitteilte — nach Prof. Warburgs Berechnung einmal 2½ Millionen Ballen produzieren können, während der heutige Jahresbedarf nur zirka 1,6 Millionen Ballen beträgt. Es ist aber einerseits schwer, diese Ziffer als gesichert anzunehmen, ebenso prekär ist es aber auch, das bleibende oder temporäre Schicksal dieser Kolonien vorauszusehen; es fehlt also die Beruhigung, einen so notwendigen Stoff wie Baumwolle von außen mit Sicherheit beschaffen zu können.

Wollte man aber doch die Baumwolle vom Auslande beziehen, so kommen mannigfache Umstände ins Spiel, die alle Sicherheit des Bezuges illusorisch machen können. Von kriegerischen Ereignissen ganz abgesehen, die die Zufuhr abschneiden, sind es vor allem der hohe Wert dieses Artikels, den Deutschland jährlich bezahlen müßte, und die Ungewißheit, immer inländische Roh- oder Industrieartikel zu besitzen, die im Austausch zu beziehen, das Ausland Lust oder Bedürfnis haben wird.

Überdies ist schon Europa von den Spekulationen, resp. Preistreibereien, der amerikanischen Pflanzer bedroht, und von diesen Spekulationen abgesehen, zeigt es sich in jüngster Zeit, daß, wie Direktor Stark in Chemnitz im Jahre 1902 in einem Vortrage ausführte, in Nordamerika immer mehr Baumwolle im eigenen Lande verarbeitet wird, während die Ernteergebnisse sich eher verringert haben. „Das führt dazu, daß die europäische Industrie — die 70—80 Prozent von dort bezieht — mit Sorge

in die Zukunft sieht, wenn nicht neue Produktionsstätten erschlossen werden."

Einige Zahlen werden das Gesagte anschaulich machen: Nach den Angaben des Statist. Jahrbuchs für das Deutsche Reich vom Jahre 1906 ⟨S. 102 und 103⟩ betrug im Jahre 1905 die Gesamtmehreinfuhr an roher Baumwolle und -Waren 376 Millionen kg im Werte von 308 Millionen Mark, an roher Baumwolle allein eine Bruttoeinfuhr von 471 Millionen kg im Werte von 398 Millionen Mark, und eine Mehreinfuhr von 368 Millionen kg im Werte von 362 Millionen Mark, hiervon entfallen 294 Millionen Mark allein auf Nordamerika, die also durch Ausfuhr ⟨direkt oder indirekt⟩ zu kompensieren wären. Diese schwierige Aufgabe aber mit Sicherheit zu lösen, dürfte, nach obigem, kaum gelingen, und sie ist um so schwieriger, als der Überschuß der Einfuhr Amerikas gegen die Ausfuhr Deutschlands dahin einen Wert von zirka 1059 Millionen Mark repräsentiert. Und eine Verminderung des Baumwollkonsums, z. B. auf zirka 4 kg, also auf 240 Millionen kg bei 60 Millionen Bewohnern, würde auch diese Schwierigkeiten nur unwesentlich vermindern.

Es bleibt also nichts anderes übrig, als — unseren Prinzipien der Unabhängigkeit und Sicherheit bei Beschaffung der Minimumartikel gemäß — auf Baumwolle gänzlich zu verzichten. Der Ersatz für dieselbe wäre die Leinenfaser, resp. die Herstellung der Gewebe, statt aus Baumwolle, aus Flachs. —

*

Es wäre darin gar keine „Revolution" und keinerlei Verstoß gegen die Hygiene gelegen. Es ist ja bekannt, daß die Griechen und Chinesen der Frühzeit noch keine Baumwolle, sondern ausschließlich Flachs zur Herstellung von Geweben benutzten, so auch die Römer, und auch die Germanen trugen leinene Gewänder. Schon während der ersten Jahrhunderte des Mittelalters war die Leinwand unter den romanischen, germanischen und slawischen Völkern als Bekleidungsstoff im allgemeinen Gebrauch, und dies hat sich so erhalten, wenn auch die Verwendung wollener Stoffe und noch mehr der Baumwollstoffe namentlich seit Beginn des 19. Jahrhunderts den Verbrauch leinener Erzeugnisse eingeschränkt hat. Diese Daten, die ich dem „Wörterbuch für Volkswirtschaft" von Elster entnehme und denen ich noch hinzufüge, daß im

Beginne der Baumwollindustrie in England die Kette der Gewebe aus Leinengarn war und nur der Schuß aus Baumwollgarn, weil die Baumwolle noch nicht haltbar genug beim Verspinnen war ⟨siehe: Schulze-Gävernitz „Der Großbetrieb . . .", S. 26⟩, rechtfertigen wohl zur Genüge die Verwendung von Leinwand statt der Baumwollgewebe, und es handelt sich nur darum, ob die Beschaffung der nötigen Flachsfaser auf deutschem Boden ohne Benachteiligung anderer, noch notwendigerer Bodenprodukte durchführbar ist.

Allerdings hat sich in Deutschland die mit Flachs bestellte Fläche in neuerer Zeit sehr verringert, nämlich von 133 900 ha im Jahre 1878 auf 60 956 ha im Jahre 1893, auch der Anbau von Hanf ist in diesem Zeitraum von 21 200 ha auf 7921 ha zurückgegangen. ⟨„Wörterb. f. Volksw."⟩ Die Flachseinfuhr im Jahre 1905 betrug 66 Millionen kg, die Ausfuhr 20 Millionen, also bezog Deutschland 46 Millionen kg aus dem Ausland. Wir müssen daher eine relativ bedeutende Anbauerhöhung ins Auge fassen. —

Nun konsumiert bereits heute Deutschland pro Kopf jährlich zirka 1,5 kg Flachsfaser, wie May in dem Werke „Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft", 1901 ⟨nach Apelt⟩ für die Jahre 1891—1895 angibt, und ähnlich rechnet Atl. 0,8 kg Leinwand als jährlichen Konsum pro Kopf, was ungefähr 1,6 kg Flachsfaser entspricht. Nach Kraffts „Pflanzenbaulehre" ⟨1897⟩ gibt 1 ha zirka 180 bis 780 kg geschwungenen Flachs, im Jahre 1893 ergab 1 ha auf deutschem Boden durchschnittlich 410 kg. Nehmen wir rund 500 kg Flachsfaser pro ha an, so brauchen wir für die zirka 60 Millionen Menschen à 0,8 kg Leinwand 48 Millionen kg Leinwand, hierfür 96 Millionen, rund 100 Millionen kg Flachsfaser, und daher **200 000** ha Anbaufläche.

Jetzt rechnen wir noch die Flachsfaser hinzu, die die Baumwolle ersetzen soll, und zwar 6 kg an Stelle der 6 kg Baumwolle, die wir als normalen Konsum voraussetzen wollen. Wir brauchen daher noch $\frac{6}{1{,}6} \times 200\,000 = 760\,000$ ha, mit dem obigen Areale zusammen benötigen wir daher zirka 1 Million ha für den Flachsanbau, wenn wir den heutigen Leinenkonsum gewinnen und zugleich von Baumwollgeweben ganz unabhängig bleiben wollen, indem wir sie ebenfalls durch Leinwand ersetzen.

Es erhebt sich nun die Frage, ob 1 Million ha vom Getreidebau an den Flachsanbau abgegeben werden oder ob sie nicht durch geeignete Mittel reduziert werden können?

Darauf ist zu bemerken, daß schon durch die Ausschließung von Bier aus dem Minimum eine Bodenfläche von nahezu 1 Million ha erspart wird, die man mit Gerste bebauen müßte, wie man sich durch folgende Rechnung überzeugen kann: 1 ha lieferte im Jahre 1905 in Deutschland (nach dem Statist. Jahrbuch) 1800 kg Gerste, aber Atl. rechnet bei verbesserter Bodenkultur 3400 kg, nun liefern zirka 24 kg Gerste 1 hl Bier, daher gewinnt man aus der Million ha Bodenfläche zwischen $\frac{10^6}{24}$. 1800 und $\frac{10^6}{24}$. 3400 hl Bier und bei 60 Millionen Bewohnern entfiele dann pro Jahr und pro Kopf, je nach der Annahme der Ernte pro ha, $1\frac{1}{4}$ bis $2\frac{1}{2}$ hl Bier, während faktisch im Jahre 1894 1,17 hl pro Kopf konsumiert wurden. Also sieht man, daß jene Million ha Gerstenanbaufläche wirklich nötig wären, um den Bierkonsum nach heutigem, oder nach verstärktem Maße, zu ermöglichen, mit dem Wegfalle desselben erspart man also die Million ha oder wenigstens einen großen Teil derselben.

Andererseits kann man wohl mehr als 500 kg Flachsfaser pro Hektar bei der künftigen verbesserten Bodenkultur rechnen, es wären daher nicht 1 Million, sondern nur zirka 6—700 000 ha für Flachsanbau nötig, und dann wäre in der Tat das ganze Flachsareal durch die Biergerste-Ersparnis mehr als vollständig gedeckt.

Auf jeden Fall wird durch diesen ganzen Vorschlag gegenüber der heutigen Bodenbenützung kein Mangel an Getreideanbaufläche herbeigeführt und, mit den einleitenden Bemerkungen zusammengehalten, jede Einwendung gegenstandslos.

*

Bei der Schafwolle werden wir, wenn sie nicht wie Baumwolle eliminiert und auch nicht vom Auslande bezogen werden soll, nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden haben, sie werden sich aber, wie man sofort sehen wird, glücklicherweise beheben lassen.*

* Die nun folgende Untersuchung ist ein Teil der Abhandlung: „Über ein neues Problem der Regeneration und Züchtung", die ich in der „Rundschau für Technik und Wirtschaft", Herausgeber Prof. Birk, im Jahre 1908 publizierte.

Wir gehen also an die Beantwortung der Frage: wie ein Staat, z. B. Deutschland, den Rohstoff für das ganze in seinem eigenen Konsum benötigte Schafwollgewebe zu Hause beschaffen könne, ohne zu viel Schafe und zu große Weideplätze zu benötigen.

Die hier geltenden bisherigen Zahlenverhältnisse sind die, daß der Rohwollenverbrauch (als Schmutzwolle) jetzt zirka 180 Millionen kg beträgt, während das deutsche Jahresprodukt im Jahre 1892 nur 18,5 Millionen kg erreichte, und im Jahre 1905 die respektiven Zahlen waren: 150 Millionen kg Mehreinfuhr und 20 Millionen kg inländische Produktion. Wobei noch zu bemerken ist, daß Wollgewebe immer mehr durch Kunstwolle und Baumwolle ersetzt wird. (Siehe z. B. Prof. Halle's „Weltwirtschaft" I, S. 65.)

Für den eigenen Bedarf an Wolle für Kleider der ganzen einheimischen Bevölkerung, die wir rund zu 60 Millionen annehmen, können wir durchschnittlich 2,5 kg Wollengewebe pro Kopf und Jahr als weitaus hinreichend annehmen; dazu wären also zirka 150 Millionen kg Gewebe, und hiefür 180 Millionen kg gewaschener Wolle notwendig. Wie man also sieht, bezieht sich unsere Bedarfszahl an Gewebe und an Wolle nur auf den inländischen Konsum in Form von Kleidungsstücken, und wir lassen jene Wollquantitäten, die zur Fabrikation von Exportwollwaren dienen könnten, ganz außer Betrachtung, da wir ja in unserem sozialpolitischen Programm nur auf die Herbeischaffung alles Notwendigen für die anständige Lebenshaltung, also auf ein ökonomisches Minimum, unsere Aufmerksamkeit richten.

Der durchschnittliche Wollenertrag eines Schafes ist heute in Deutschland ungefähr 1,5 kg Schmutzwolle pro Jahr. Die Zahl der Schafe am 1. Dezember 1904 war 7,9 Millionen, während sie z. B. im Jahre 1897 10.9 Millionen und zu Anfang der sechziger Jahre 28 Millionen betrug. (Siehe „Wörterbuch der Volkswirtschaft".) Sie geht also stetig zurück.

Jene 180 Millionen kg gewaschene Wolle würden also heute, wenn man die Schmutzwolle als Mischung von Schweißwollen mit Rückenwäscher voraussetzen und einen mittleren Verlust von 40 Prozent durch das Waschen annehmen würde, eine ungefähre Zahl von mindestens 200 Millionen Schafen bedingen. Aber eine Weidewirtschaft für 200 Millionen Schafe wäre ganz undenkbar, nicht so sehr deswegen, weil, wie Adolf Wagner in seinem Werke „Agrar- und Industriestaat" (1902) sagt, „eine allgemeine Einbürgerung von Weidewirtschaft, also Zunahme der Schafzucht, kein erfreuliches Symptom wäre. Sie beschäftigt zu wenig Menschen", sondern auch namentlich darum, weil bei so bedeutender Vermehrung des Weidelandes der Getreideanbau wesentlich verkürzt werden müßte.

Nach Kraffts „Tierzuchtlehre" (1900) können nämlich bei mittlerer Weidedauer von 7 Monaten auf 1 ha sehr guter Weide 20—28, auf mittelguter 10—14 und auf geringer Weide 1,5—5 Schafe ausreichend ernährt werden. Für jene 200 Millionen Schafe wäre daher, im Mittel gerechnet, eine Gesamtweidefläche von zirke 12—16 Millionen ha notwendig. Wobei ich hinzufüge, daß im Jahre 1900 in Deutschland für die 9 Millionen Schafe 2,7 Millionen ha Weide- und Hutungsflächen vorhanden waren, d. h. 3—4 Schafe pro ha.

Bei der ungünstigen Sachlage für die inländische Produktion des gesamten Bedarfs an Schafwolle helfen sich jene, welche, so wie ich, eine Unabhängigkeit des Staates vom Auslande anstreben, damit, daß sie die ⟨deutschen⟩ Kolonien in Rechnung bringen. So z. B. schlägt Atlanticus vor, indem er annimmt, daß 100 Millionen Schafe für 180 Millionen kg Wolle genügen, 30 Millionen Schafe in Deutsch-Südwestafrika zu halten und für 70 Millionen „vorläufig die" — nach seiner allgemeinen landwirtschaftlichen Disposition — „in Weiden zurückgewandelten 10 Millionen ha Ackerland zu bestimmen".

Ein solcher Vorschlag erscheint mir aus zwei Gründen unzweckmäßig: einmal weil Kolonien niemals eine solche Sicherheit für die Produktion und Herbeischaffung von Nahrungs- und Rohstoffen bieten, wie das geschlossene Staatsgebiet, was ja jeder in der Politik nicht ganz Unerfahrene sofort zugeben wird. Und weiters darum, weil bei fortschreitender Vermehrung der Bevölkerung, selbst unter Voraussetzung wesentlicher Fortschritte in der Agrikultur, jene 10 Millionen ha für den Getreidebau nicht entbehrt werden können. Wir wollen daher einen anderen Weg einschlagen und sehen, wie wir den Wollbedarf mit weit weniger als 200 Millionen Schafen ganz im Inlande decken und auch die nötige Weidefläche relativ reduzieren können. — Vor allem nehmen wir an, daß nur die groben und langwolligen Schafrassen gezüchtet werden, die auch im allgemeinen höhere Schurgewichte geben als feinwollige. Das kommt zugleich unserer Absicht entgegen, keine Tuche, sondern Kammgarnstoffe zu verwenden, man trägt ja jetzt ohnedies immer weniger Tuch, sondern andere Stoffe, zu denen hochfeine Wolle nicht nötig ist.

Nun haben sich — nach der Angabe von Schlipf in seinem Werke „Populäres Handbuch der Landwirtschaft" ⟨1902⟩ — die langwolligen englischen Schafrassen in Deutschland wenig bewährt. Hierbei macht er aber auf die Wichtigkeit richtiger Paarung behufs Veredlung der Rasse aufmerksam, zu dem Zwecke, einen möglichst reichwolligen Schafstamm mit mittelfeiner Kammwolle und starkem Körperbau zu züchten, und weist auf die jetzt schon beliebten Rambouillets hin. Und, wie Krafft in der „Tierzuchtlehre" mitteilt, werden in der Tat — mit mehr oder weniger Benutzung von französischem Blute — die feinknochigeren deutschen Kammwollschafe oder deutschen Rambouillets herangezüchtet. Diese liefern 2—2,5 kg Schurgewicht. Bei der Sorgfalt, mit der wir die gesamte künftige Schafzucht geleitet denken, können wir mit aller Beruhigung 2,5 kg Wollelieferung pro Schaf allen unseren Berechnungen zugrunde legen. —

Ferner wollen und können wir eine viel bessere Weidekultur als im allgemeinen die heutige ist, voraussetzen. Wir suchen im Lande die allerbesten Weideflächen aus, und das können wir in einem Sozialstaate, wo ja der gesamte Boden Gemeineigentum ist. Ferner sorgen wir namentlich für reichliche Bewässerung und Düngung, Einzäunung und gute Pflege, was alles in einer wissenschaftlich gearteten Bodenkultur sehr gut durchführbar ist, überdies wenden wir mehr Stallfütterung als heute an. Dann können wir gut 20 Schafe pro ha Weidefläche ansetzen.

Wir brauchen daher für 180 Millionen kg gewaschener Wolle, bei Berücksichtigung des Verlustes des Schurgewichts durch das Waschen, immerhin noch 120 Millionen Schafe, und für diese: 6 Millionen ha Weidefläche.

Diese schon relativ günstigen Zahlen hätten wir also bloß durch geeignete landwirtschaftliche Maßnahmen erreicht. Wir können sie nunmehr noch weiter, und nicht unbedeutend, reduzieren, wenn wir zu diesen Agrikulturvorschriften eine industrielle Vorschrift hinzufügen, d. h. wenn wir in die heutige Kunstwollefabrikation eine Methode zur rationellsten Verwendung von Kunstwolle einführen. —

*

Kunstwolle ist bekanntlich eine Schafwolle, die bereits eine mechanische und chemische Verarbeitung, und zwar einmal oder schon mehrere Male, durchgemacht hat; sie wird aus Lumpen gewonnen und in eine Form gebracht, in welcher sie wieder versponnen und dann weiter verarbeitet (also auch verwebt) werden kann. Kunstwolle für sich allein läßt sich nur schwierig verspinnen, ist aber zusammen mit neuer Wolle — bei Einfetten — sehr gut verspinnbar, daraus entstehen Garne mit einem verschiedenen Gehalt an Kunstwolle, der von 50 bis 70, ja bis 80 Prozent Kunstwolle steigen kann. Und — wie Ganswindt in dem Werke: „Wollwäscherei und Karbonisation" (1905), dem ich viele hier verwendete Daten entnehme, bemerkt — obwohl Kunstwolle eigentlich bloß aus Wolle bestehen sollte, so enthält die Handelsware doch auch Baumwolle oder Leinen, welcher Umstand für uns darum wichtig ist, weil wir hierdurch eine weitere Ersparnis an reiner Wolle erreichen.*

Die Zahl der wollenen Waren, die gegenwärtig absolut frei von Kunstwolle sind, dürfte (nach Ganswindt) schwerlich 5 Prozent übersteigen. Übrigens sehen bekanntlich die Fabrikate aus Kunstwolle sehr gut und gefällig aus, und ihre geringere Solidität gegenüber den Geweben aus bloßer Naturwolle schadet gar nicht, da sie ja nur eine relativ kurze Zeit getragen werden, resp. auszuhalten brauchen. —

Denken wir uns nun, daß im Sozialstaat Jeder die abgetragenen Kleider nach einer allgemein eingehaltenen Zeit (Periode) gegen Eintausch der neuen abliefert, die ihm als ihm bedingungslos zukommende Teile des Existenzminimums ausgefolgt werden. Das wird, von seltenen Zufällen abgesehen, Jedem leicht möglich sein, so daß man annehmen kann, daß im großen und ganzen fast alle getragenen Kleider zur Ablieferung gelangen werden, und zwar z. B. alle Jahre, im Falle wir auch für die periodische Verteilung der neuen Kleider, resp. der neuen Stoffe für die staatlichen Schneidereien, das Jahr zugrunde legen. Setzen wir ferner voraus, man verwende die aus den abgelegten Kleidern, resp. ihren Lumpen, hergestellte Kunstwolle immer von neuem, so entsteht folgende Aufgabe:

Wie viel Kreisläufe soll die Kunstwolle durchmachen, damit wir ein Minimum an neuer Naturwolle verbrauchen? Und wie groß ist für diese günstigste Zahl der Kreisläufe der permanente durchschnittliche Jahres- (respektive Perioden-) Verbrauch an reiner Wolle?

*

* Baumwollgarn würde in einem vom Auslande möglichst unabhängig gestellten Staate Europas überhaupt nicht in Verwendung kommen, da ja keine Baumwolle eingeführt würde. In meiner Konzeption des Sozialstaates wird, wie oben dargestellt wurde, Baumwolle durch Leinengarn ersetzt.

Im ersten Moment wird man wohl glauben, man soll die Kunstwolle so oft von neuem zur Mischung mit Naturwolle verwenden, als es der technologische Prozeß erlaubt, d. h. bis jene überhaupt trotz der Mischung mit Naturwolle nicht mehr verspinnbar ist. Eine genauere Überlegung zeigt aber, daß die Zahl der Wiederholungen in der Verwendung derselben Kunstwolle für ein Optimum, d. h. für einen Minimalverbrauch an reiner Wolle, eine ganz bestimmte sein müsse. —

Und das ist auch nicht schwer einzusehen. Wenn man nämlich dieselbe Kunstwolle zu oft verwendet, so wird dieselbe nach jeder Verwendung technologisch immer ungeeigneter, man muß also stets verhältnismäßig mehr neue Naturwolle hinzumischen, um ein brauchbares Produkt zu ermöglichen. Wenn man aber zu wenig Kreisprozesse mit derselben Kunstwolle durchmacht, so ist es an und für sich selbstverständlich, daß man sie zu wenig ausnützt und daher zu oft Naturwolle verwenden muß. Zwischen diesen beiden Grenzfällen ist demnach die richtige Zahl zu finden.

Wie das geschieht habe ich in der anfangs zitierten Abhandlung gezeigt. Hier sei nur ein Beispiel der Benützung der hier geltenden Formel angeführt:

Wenn man ⟨weil es sich als technologisch zulässig ergab⟩ mit 80 Prozent Lumpenwolle begann und bei jedem späteren Kreisprozeß ⟨als ebenfalls zulässig erprobt⟩ nur z. B. 5 Prozent weniger davon nimmt, so findet man: 6 Kreisprozesse und 58 Prozent Ersparnis an Naturwolle.

Wenn man aber weiters die Kunstwolle mit Leinengarn mischt, so werden wir mehr als 6, z. B. 8 Prozesse durchmachen können, so daß wir 68 Prozent Naturwolle ersparen könnten. —

❋

Ohne in weitere Details einzugehen, kehren wir nun zu unserer eigentlichen Frage zurück: Wieviel Schafe und Weidefläche würden zufolge unserer Vorschläge in Deutschland notwendig sein, um allen Staatsangehörigen brauchbare Wollenkleider geben zu können?

Bisher hatten wir durch landwirtschaftliche Verbesserungen es dahin gebracht, mit 120 Millionen Schafen und 6 Millionen ha Weideflächen auszukommen.

Infolge der rationellen Verwendung von Kunstwolle ⟨und eventuell etwas Leinen⟩ brauchen wir unter den im obigen Beispiel gemachten Voraussetzungen nur 0,42 bis 0,32 dieser Quantitäten, d. h. wir kommen im Mittel mit 40 Millionen Schafen und 2 Millionen ha Weidefläche aus. Das wären schon praktisch ganz zulässige Größen, zumal vor ungefähr 40 Jahren Deutschland 28 Millionen Schafe hatte und die heutige Weidefläche die hier geforderte noch übertrifft, allerdings aber an Qualität zurücksteht. —

Nach der angegebenen Methode dürfte es möglich sein, auch eine Bevölkerung von 80—100 Millionen Menschen noch genügend mit Wollenkleidung zu versehen.

❋

Wir bestimmen jetzt die Zahl der in der Textilindustrie nötigen Arbeiter.

Entsprechend den obigen Dispositionen haben wir es nur mit Leinen- und Schafwollindustrie zu tun, da die Baumwoll-

industrie wegfällt, und ebenso die Seidenindustrie, weil wir Seide und Seidenstoffe nicht in das Minimum einbeziehen, sondern jedem nicht von Hause aus genug Wohlhabenden deren eventuelle Beschaffung nach Austritt aus der Nährarmee in seiner freien Wirtschaft anheimstellen. Wir ersparen daher von den 945 191 Arbeitern des Jahres 1895 die der Seidenindusrie, deren es im Jahre 1889 80 000 gab. Ferner wollen wir ‹mit Atl.› überhaupt annehmen, daß die Leistungen in der Textilindustrie in Deutschland sich — nach englischem und amerikanischem Muster — bedeutend erhöhen lassen; überdies kommt heute speziell in der Leinenindustrie noch viel Handarbeit vor, die natürlich durch Maschinenarbeit zu ersetzen wäre; so daß wir uns ‹mit Atl.› erlauben dürfen, ein Drittel der im Jahre 1895 benötigten Arbeiter in Ersparnis zu bringen, und das Resultat ist daher eine Anzahl von zirka 600 000, und zwar weiblichen Textilarbeitern.

Bei der Schafwolle ist noch die Notwendigkeit der Anstellung von Schafhütern in Betracht zu ziehen. Bekanntlich brauchen kleine Schafherden, z. B. von 150 Stück, noch keine eigenen Schafknechte, und es ist sehr wahrscheinlich, daß in sehr vielen Einzelwirtschaften ‹unserer Einteilung› sich werden Weideplätze für solche kleinere Schafherden anfügen lassen. Andererseits werden viele sehr gute Weiden — und nur solche dürfen wir, wie oben dargelegt wurde, unseren Dispositionen und Berechnungen zugrunde legen — nur in speziellen Gegenden zu finden sein, diese werden daher große Herden zu ernähren haben und eigene Aufseher benötigen. Man rechnet im Mittel für 500 Schafe 1 Hüter, obige 40 Millionen Schafe würden demnach zirka 80 000 Hüter benötigen; da jedoch ein Teil dieser Schafherden, wie schon erwähnt, von dem Personal der Einzelwirtschaften gehütet werden kann, so reduziert sich die Anzahl der Hüter, und wir wollen deren Anzahl mit 60 000 ansetzen. —

Zur Bekleidung zählen wir auch noch die Reinigung.

Die Reinigung der Kleider muß sich Jeder oder jede Familie selbst besorgen. Für die Reinigung des Körpers liefern wir als Minimumartikel die Seife. Bei 6—7 kg Seife pro Kopf und Jahr brauchen wir zu deren Herstellung zirka 12 000 Arbeiter. ‹Nach Fischers „Chem. Techn." 1893, S. 1109.›

Der Kraftbedarf und der Kohlenkonsum in der Textilindustrie wären ungefähr folgender. Im Jahre 1895 arbeiteten in dieser Industrie (nach H. v. Scheel „Die deutsche Volksw.") 446 836 Dampf- und 64 939 Wasser-Pferdestärken, zu 0,5 kg Kohle für die PS.-Stunde gerechnet (wie das bei den großen Dreifachexpansionsmaschinen anzunehmen erlaubt ist) macht das bei 3000 Arbeitsstunden pro Jahr zirka 0,75 Millionen Tonnen Steinkohle. Die Maschinenkraft können wir für den Zukunftsstaat aber viel geringer als ½ Million PS. annehmen, weil wir ja keine Ausfuhrartikel in der Minimum-Institution voraussetzen. Die Dampfkraft werden wir aber durch Wasserkraft ersetzen, brauchen also überhaupt keinen Kohlenkonsum in Rechnung zu ziehen.

Statistik der Nährarmee.

Gemeinschaftliche Betriebe — Anzahl der Beschäftigten.

Eisen- und Maschinenindustrie.

Im Jahre 1904, wo Deutschland 52,62 Millionen Bewohner hatte, wurden ‹Statist. Jahrbuch pro 1906, S. 235› 10 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt; im Lande blieben 9,9 Millionen Tonnen, weil nur sehr wenig Roheisen ausgeführt wurde. Vom verarbeiteten Roheisen wurden eingeführt 339 339 Tonnen und ausgeführt 2,637 Millionen Tonnen, demnach blieben im Lande 7,6 Millionen Tonnen für Eisenwaren zurück. —

Von Maschinen wurden in dem Jahre 1904 eingeführt 72 061 Tonnen, ausgeführt 228 217, also waren, da wir Maschinen in der Hauptsache als Eisenware ansehen können, nur 7,6—0.16=7,44, rund 7 1/3 Millionen Tonnen Eisen für den Landesbedarf zu produzieren. Da wir aber hier nur alles für das Minimum Notwendige in Berechnung zu ziehen haben, also viele Eisenbahnen, Brücken, öffentliche und luxuriöse Gebäudekonstruktionen wegfallen — die alle nach dem System der Geldwirtschaft zu behandeln sind — so wollen wir annehmen, für die Minimum-Institution genügen 80 Prozent der Gesamtproduktion, d. h. 6 Millionen Tonnen.

Im Jahre 1908 wurden in Deutschland 11,8 Millionen Tonnen erzeugt, verbraucht wurden im Zollgebiete in demselben Jahre 11,71 Tonnen, also kamen 185,3 kg Roheisen auf den Kopf. —

Ein wichtiger technischer Fortschritt der Eisenindustrie in der jüngsten Zeit ist bei den kalorischen Prozessen die Benützung der Wärme aus Elektrizität statt aus der Kohle, sei es bei dem Prozeß der Gewinnung des Eisens, sei es behufs Erschmelzung von Stahl aus Schmiedeeisen und Gußeisenschrot. Hierbei werden Wasserkräfte zur Erzeugung des elektrischen Stromes benützt, also Kohle erspart. Nach dem Urteile Sachverständiger würde es für

deutsche Verhältnisse genügen, den Raffinierungsprozeß elektrisch zu behandeln, und wird vorgeschlagen, auch ohne Benützung von Wasserkräften, die elektrische Eisenindustrie an die deutschen Seeküsten in die Nähe der Torfmoore zu verlegen, aus denen Kraftgas erzeugt würde, und mittels desselben auf mechanischem Wege elektrischer Strom. Die Voraussetzung und Rechtfertigung hierbei ist die Annahme, daß Eisenerze, die heute eingeführt werden, immer zur See, aus Schweden, Spanien und Südrußland kommen werden.

Allein gerade bezüglich der Eisenerze zeigt sich deutlich, wie widersinnig das heutige Wirtschaftssystem ist. Denn, obwohl Deutschland ein Land mit dem reichsten Eisenerzbezirk Europas ist, muß es nahezu die Hälfte der benötigten Eisenerze einführen. ⟨Ich benützte hier die Angaben im Werke: „Die Weltwirtschaft" aus dem Jahre 1906, I. und II. Teil.⟩ Und das nur darum, weil die Frachtverhältnisse es so mit sich bringen! Im Zukunftsstaate wird bei notwendigen Dingen kein Geld, also auch keine Fracht, irgendeine Rolle spielen, der Staat also für seine sämtlichen Eisenerze vom Auslande unabhängig sein. Es sei hier noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die wirtschaftlichen Berechnungen, die man heute bei Vergleichung des Prozesses im elektrischen Ofen, mit jenem im Hoch- und Martinsofen ⟨siehe z. B. „Stahl und Eisen", 1906⟩ anstellt, für uns, wie so viele andere Vergleichsrechnungen, gegenstandslos sind, weil ja im Gebiete des Minimums alles in natura beschafft und verteilt und gar nichts gekauft, resp. verkauft wird. Bei den heutigen Verhältnissen ist es fast sicher, daß sich der elektrische Prozeß nur bei Herstellung von Tiegelgußstahl rentiert. Bisher stellt man entweder mit dem Kjellen- ⟨Erhitzen des Eisenbades durch einen Induktionsstrom⟩ oder mit dem Hérault-Ofen ⟨Erhitzung durch einen Lichtbogen⟩ ein Qualitätsmaterial durch Einschmelzen von Alteisen und Schrot, und legierte Stähle in Übereinstimmung mit der Arbeitsweise der Tiegelstahlprozesse her, sowie ferner eine Vollendraffination einer bereits durch Martin-Thomasbetrieb vorbereiteten Charge zur Verbesserung der Qualität. — —

Nach den Erfahrungen der Eisenwerke von Carnegie ⟨„Stahl und Eisen" 1893, S. 382, Atl.⟩ und anderer amerikanischer Hütten kann ein Arbeiter pro Jahr zirka 60 Tonnen Eisenfabrikate liefern ⟨Atl.⟩, wir hätten daher in der eigentlichen Eisenindustrie ⟨für den Landesbedarf⟩ zirka **100 000 Arbeiter** nötig und bemerken zur

Vergleichung, daß im Jahre 1892 in der Eisenindustrie 242 000 Arbeiter beschäftigt waren, im Jahre 1907 waren im Hüttenbetrieb überhaupt 243 470 Personen erwerbstätig. —

An Brennstoff für die 6 Millionen Tonnen Gußeisen wären für die thermischen Prozesse zirka 7 Millionen Tonnen Koks und Kohle nötig, an Kraftmaschinen (für die Gebläse u. dergl.) zirka 420 000 PS., wobei wir aber großenteils die Hochofengase benützen wollen.

*

Was die Herstellung von motorischen Maschinen betrifft, so bemerken wir vorerst, daß im Jahre 1895 in Deutschland 3,4 Millionen PS., aber im Jahre 1899 in Preußen allein schon 3,717 Millionen PS. vorhanden waren, davon waren zirka 7 Prozent bewegliche und 10 Prozent Schiffsmaschinen, der Rest also stabile Industriemaschinen. Wir nehmen analog für zirka 60 Millionen Bewohner 4 Millionen PS. an, Schiffsmaschinen kommen nicht in unsere Rechnung, also bleiben 3,6 Millionen PS. und für die Minimum-Institution nur 80 Prozent hiervon, d. i. 2,9 Millionen PS. Wir hätten also jährlich die abgenützten Maschinen durch neue zu ersetzen, nehmen wir hierfür 10 Prozent als Ersatzgröße an, so wären zirka 0,3 Millionen PS. jährlich neu zu erbauen. Nach amerikanischen Erfahrungen (Amtlicher Bericht über die Chicagoer Ausstellung, S. 424) genügen hierzu **10 000 Arbeiter.** —

Nebst den stabilen Industriemaschinen sind noch herzustellen: die Maschinen für die landwirtschaftlichen Zentralen, 10 000 à 250 PS. und 10 000 à 100 PS., zusammmen $350 \cdot 10^4 = 3{,}5$ Millionen PS., also bei 10 Prozent Abnützung 350 000 PS., wozu **10 000 Arbeiter** genügen. Für Herstellung der elektrischen Akkumulatoren (nach Atl.) ebenfalls **10 000 Arbeiter.** —

Ferner wären zirka 10 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen herzustellen, also die 200 000 Getreide- und Grasmähmaschinen, Pferderechen usw., wozu **50 000 Arbeiter** nötig wären. (Atl.) —

In der Textilindustrie wären zirka 1 Million Feinspindeln und 50 000 mechanische Webstühle zu ersetzen (Atl.), hierzu genügen **15 000 Arbeiter.** — —

Von beweglichen Konstruktionen hätten wir vorerst an die Lokomotiven für Güterzüge zu denken (Personenzüge

gehören fast gar nicht in die Minimum-Institution〉. Im Jahre 1904 gab es 21 000, im Jahre 1907 24 259 Lokomotiven. Von jenen rechnen wir $^3/_4$, d. h. 15 000, für Güterzüge, für den Verkehr der Minimumgüter, der zirka $^1/_3$ des jetzigen betragen dürfte, werden daher 5000 Lokomotiven genügen. Hiervon sind 5 Prozent jährlich neu zu bauen und etwas weniger zu reparieren, rechnen wir aber zur Vorsicht im ganzen 10 Prozent, so wären pro Jahr Arbeiten wie für 500 Stück zu leisten. Hierzu genügen auf Grund der heutigen Erfahrungen 〈Kahn a. a. O. S, 9, Atl.〉 **13 000 Arbeiter.**

Wir wollen auch noch die Güterwaggons hier mit einbeziehen, deren es in Deutschland im Jahre 1904 437 297 und im Jahre 1907 511 685 gab, fürs Minimum wären nur $^1/_3$ von jenen, demnach nur 146 000, und bei 10 Prozent Abnützung 14 600 Waggons jährlich neu herzustellen. Hierfür genügen **10 000 Arbeiter.** 〈Katalog der Chicagoer Ausstellung, S. 107.〉 —

Für andere Maschinen aller Art, die eventuell noch nötig sein könnten, nehmen wir **100 000** Arbeiter als nötig an, ferner setzen wir 〈mit Atl.〉 voraus, daß die Grobschmiedearbeiten von den in den elektrischen landwirtschaftlichen Zentralen beschäftigten Arbeitern verrichtet werden, die ja für die Pflugarbeiten im Maximum nur an 100 Tagen im Jahr in Anspruch genommen werden, und daß die Schlosserarbeiten größerer Natur in Fabriken besorgt werden. Hiermit fällt die große Zahl der Grobschmiede und kleinen Schlosser fast ganz aus der Rechnung. Im Jahre 1895 gab es im ganzen 195 167 Grob- und Hufschmiede, und 295 700, im Jahre 1907 375 647 Schlosser. Das Resultat ist daher dies, daß wir für die zum Minimum gehörige Eisenindustrie **100 000**, für dieselbe Maschinenindustrie im ganzen: 10 000 + 10 000 + 10 000 + 50 000 + 15 000 + 13 000 + 10 000 + 100 000 = **218 000 Arbeiter** benötigen.

*

Wir kommen nun zu dem Bergwerksbetrieb und besonders der Stein- und Braunkohlengewinnung, die den weitaus größten Teil desselben ausmachen.

Was nun den Kohlenbergbau anbelangt, so finden wir für die einzelnen Betriebe folgende Mengen notwendig:

Für die Eisenindustrie ergaben sich 7 Millionen Tonnen.

Für die landwirtschaftlichen Zentralen mit 3½ Millionen PS. à 100 Stunden während 100 Tagen des Jahres, wenn wir hier, bei dem kleineren Kaliber der Dampfmaschinen und den Transformationsverlusten, 0,7 kg Kohle pro Pferdekraftstunde annehmen, 2,5 Millionen Tons, für die landwirtschaftlichen kleineren Maschinen und für die elektrische Beleuchtung an den kleineren ‹100 PS.-› Maschinen nahezu 1 Million PS. à 1 kg Kohle und 1000^{h} ‹während 265 Tagen des Jahres›, d. i. 1 Million Tons, zusammen also in den landwirtschaftlichen Höfen 3,5 Millionen Tons.

Für die industriellen Kraftmaschinen würden wir natürlich nur sehr große, also sehr ökonomische Maschinen verwenden, z. B. mit 0,5 kg Steinkohle pro PS. und Stunde. Für die oben festgesetzten 2,9 Millionen PS., die während 2500 Stunden des Jahres arbeiten, wären demnach 3,6 Millionen Tons nötig.

Für die Getreidemüllerei, für welche 100 000 PS. immerwährend arbeiten würden, resp. an 300 Tagen des Jahres, wären ‹bei 0,5 kg pro PS.-Stunde› rund 0,36 Millionen Tons Steinkohle nötig.

Für die Bäckerei in den Öfen 2½ Millionen Tons.

In den Ziegeleien zum Brennen 2 Millionen, für die Maschinen 0,34 Millionen Tons, zusammen 2,34 Millionen Tons Steinkohlen.

In der Zementfabrikation: für die Öfen 1,5, für die Maschinen 0,34 Millionen, zusammen 1,84 Millionen Tons.

Für die Lokomotiven der vollspurigen Eisenbahnen 1,4 Millionen Tons, für die neuen Kleinbahnen rechnen wir ebensoviel, also zusammen 2,8 Millionen Tons, wenn wir elektrischen Betrieb voraussetzen, wahrscheinlich weniger ‹die Begründung dieser Ziffer gibt das nächstfolgende Kapitel›, und schließlich eine gewisse Quantität, nämlich 70 Millionen Tons, für die ‹Gas-› Beheizung der Wohnungen.

Es muß aber unbedingt dahin getrachtet werden, was ja schon oft ausgesprochen wurde, mit dem Abbau der Kohle so sparsam als möglich vorzugehen, denn es handelt sich nicht nur um ein Hinausziehen der Erschöpfung unserer Kohlenvorräte im Erdinnern, sondern auch darum, nicht in zu großen Tiefen zu arbeiten, ist doch die Abbautiefe in Preußen in dem relativ kurzen Zeitraum von 1858 bis 1882 von 300 m auf 600 m gestiegen. —

Um nun die gewünschte Ersparnis zu ermöglichen, ist in mehrfacher Richtung vorzugehen. Vor allem muß der Staat, der Eigentümer aller Bergwerke sein muß, darauf achten, daß speziell von der Kohle — aber auch von den anderen Bergwerksprodukten — für Industrien, die nicht in die Minimum-Institution gehören, so wenig als möglich konsumiert, also ihnen abgegeben wird. Natürlich werden diese Industrien darunter leiden, vielleicht werden manche dabei eingehen, das hat aber keine Bedeutung gegenüber der Gefahr der Erschöpfung oder des zu schwierigen Betriebes in den Minen. Sodann wird es sich um möglichst ausgiebige Substitution der Kohle handeln. Benzin und Petroleum, als ausländische Produkte, fallen hierbei aus der Betrachtung, Tran und Pflanzenöl in Diesel- und ähnlichen Motoren sind wohl noch Stoffe der Zukunft. Es wird daher in erster Linie die Wasserkraft des Landes zu benützen sein, sei es direkt dynamisch, sei es durch Vermittlung der Elektrizität, thermisch.

Untersuchen wir daher, wie sich der Verbrauch an Steinkohle in unseren bisherigen Aufstellungen nach diesen beiden Kategorien verteilt.

*

Zu thermischen Zwecken braucht, wie wir fanden, die Eisenindustrie 7, die Bäckerei 2,5, die Ziegelei 2, die Zementfabrikation 1,5, die Heizgasbereitung 70 Millionen Tonnen, zusammen 83 Millionen Tonnen.

Zu dynamischen Zwecken brauchen: die landwirtschaftlichen Zentralen 2,5, die kleinen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte 1, die industriellen Kraftmaschinen 3,6, die Getreidemüllerei 0,36, die Ziegeleien 0,34, die Zementfabriken 0,34, die Güterlokomotiven 2,8, die elektrische Beleuchtung 0,8 Millionen Tonnen, zusammen zirka 12 Millionen Tonnen. — Beide Kategorien zusammen also 95, rund 100 Millionen Tonnen. —

Für die thermischen Prozesse würde, von dem obenerwähnten Prozeß in der Eisen- und Stahlgewinnung abgesehen, sich kaum von der Elektrizitätserzeugung durch Wasserkraft Gebrauch machen lassen. Motorisch läßt sich, wenigstens im allgemeinen, mit Wasserkräften bei den Güterlokomotiven wie beim Eisenbahnverkehr überhaupt und bei der allgemeinen elektrischen Beleuchtung aus den oben angegebenen Gründen ebenfalls wenig machen, so daß in beiden Fällen die elektrischen Zentralen mit Dampfmaschinen, also mit Kohle — wenn nicht mittelst Pflanzen-

ölen in Diesel-Motoren — betrieben werden müssen, immer dann, wenn die Entfernungen der Zentralen nicht gar zu weit von den Bahnen oder von den zu beleuchtenden Orten liegen.

Es bleiben also nur eigentlich die 3,6 Millionen Tonnen der industriellen Kraftmaschinen und die 0,36 Millionen Tonnen der Getreidemüllerei übrig, die man eventuell durch Wasserkraftbenützung ersparen könnte.

Hingegen stehen uns noch die 40 Millionen Tonnen Koks der Gasanstalten zur Verfügung, ferner Braunkohlen, und beide können wir sowohl zu thermischen als dynamischen Zwecken benützen. Von Braunkohlen gewann Deutschland im Jahre 1905 52 ⟨im Jahre 1907 62,5⟩ Millionen Tonen, wovon 20 Millionen Tonnen ausgeführt wurden; von Steinkohlen 121,3 ⟨im Jahre 1907 143,2⟩ Millionen Tonnen, wovon 18 Millionen Tonnen ausgeführt wurden; eingeführt wurden an Braunkohlen zirka 8, an Steinkohlen zirka 9,4 Millionen Tonnen. —

Nach den bisher gegebenen Daten könnten wir nun u. a. folgendes Arrangement treffen: Die 40 Millionen Tonnen Koks sind, bei gleichartiger Verwendung, vermöge des Verhältnisses der Kalorien, $\frac{7000}{7500} . 40 = 37$ Millionen Tonnen Steinkohlen thermisch gleichwertig. Nun brauchen wir aber im ganzen zirka 100 Millionen Tonnen Steinkohlen, hiervon sind 70 Millionen unbedingt ⟨als Gaskohle⟩ nötig; es sind also 30 Millionen Tonnen zu ersetzen, und das können wir durch die 40 Millionen Tonnen Koks, die 37 Millionen Tonnen Steinkohle äquivalent sind, reichlich. Bei Verwendung des Koks in Sauggasanlagen für motorische Zwecke stellen sich die Verhältnisse noch günstiger.*

Für die Minimum-Institution wären daher nur 70 Millionen Tonnen Steinkohlen zu fördern. Dann bleiben uns noch 3 Millionen Tonnen Steinkohlen ⟨als Koks⟩ und die ganze Braunkohlen-

* Zufolge freundlicher Mitteilung der Firma Langen und Wolf ⟨Wien⟩ brauchen größere Maschinen von 100 PS. und mehr ungefähr 0,45 bis 0,40 kg Koks pro Stunde; solche Sauggasanlagen, die sich überdies auch für sehr gleichförmigen Gang, also für alle Industriemaschinen, eignen, konsumieren daher weniger als von der Steinkohle bei den heutigen Kesseldampfmaschinen. Die durch die Gasanstalten gewonnenen 40 Millionen Tonnen Koks leisten demnach so viel wie heute mehr als 40 Millionen Tonnen Steinkohlen. Nebenbei sei auch noch bemerkt, daß man Sauggasanlagen bereits für sehr große Betriebe mit Erfolg verwendet, so z. B eine von 12 000 PS. für eine elektrische Zentrale in Madrid.

förderung zur Disposition, sowie die Torfmoore, deren Bedeutung durch die Erfindungen der jüngsten Zeit sehr gehoben wurde, und endlich die Wasserkräfte. Speziell die Braunkohle kann auch zur Gasbereitung dienen, falls nicht genug Gaskohle vorhanden wäre.

In allen Fällen wird es zur Schonung der Kohlenlager notwendig sein, die Förderung nach Möglichkeit einzuschränken; die heutigen 121 Millionen Tonnen Steinkohlen sollten vielleicht nicht überschritten, eher unterschritten werden. —

Aus der Ziffer: 70 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung ergibt sich sofort die Zahl der notwendigen Bergarbeiter, da die jährliche Förderung pro Arbeiter zirka 300 Tonnen beträgt (siehe: Losch: „Nationale Produktion und nationale Berufsgliederung", 1892), zu **230 000.** Im Jahre 1895 gab es in Deutschland im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau 326 047, im Jahre 1907 602 314 Arbeiter.

Statistik der Nährarmee.

Verkehr und Verkehrsmittel — Anzahl der Beschäftigten.

Hier kann es sich nur um die Beförderung der Güter handeln, die der Minimum-Institution angehören, und um die äußerst geringe Beförderung von Personen zum ausschließlichen Zwecke eben dieser Institution. Wenn wir hierbei große Schnelligkeit in der Ansammlung und in der Verteilung der Produkte voraussetzen, so sehen wir von der Fluß- und Kanalschiffahrt ganz ab, es steht aber nichts im Wege, auch Fluß- und Kanalschiffahrt, die für langsame Fahrt von Wassergütern zu dienen hätten, in Betracht zu ziehen, was vielleicht in mancher Beziehung vorteilhaft wäre. Wir befassen uns also bloß mit den Eisenbahnen, und zwar nur mit jenem Teile derselben, der Minimumgüter befördert; der andere Teil gehört in den unter der Geldwirtschaft stehenden Staats- und Privatverkehr, wobei unter „Staats"verkehr alles verstanden wird, was sich auf Verwaltungs-, Gerichts- und Militärangelegenheiten und -Personen bezieht.

Zur allgemeinen Orientierung sei angeführt, daß im Jahre 1904 die Länge der vollspurigen Staats- und Privatbahnen in Deutschland 53,822 km, die Anzahl der Lokomotiven 21,418, das Quantum der beförderten Güter ⟨einschließlich der frachtfreien⟩ 402,5 Millionen Tonnen betrug. ⟨Siehe z. B. Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1909⟩.

Um das Quantum der zu fördernden Minimumgüter wenigstens in roher Annäherung zu bestimmen, gehen wir davon aus, daß ⟨nach dem Statist. Jahrbuch, 1909⟩ die nichtfrachtfrei beförderten Güter, Viehtransporte inbegriffen, 302,7 Tonnen, und speziell im Inlandsverkehr 258,8 Millionen Tonnen betrugen. Nun benützen wir das Verzeichnis der Güter und heben nur jene heraus, die wir als Minimumgüter betrachten können, und finden, natürlich

nur sehr roh angenähert, einen Betrag von 113 Millionen Tonnen, also nahezu nur 1/3 ⟨bis 1/4⟩ des heutigen Güterverkehrs.

Berücksichtigen wir weiter, daß der Minimumverkehr wesentliche Vereinfachungen, also auch Ersparungen, gegenüber dem heutigen zuläßt. Denn vor allem wird nicht mehr der Zickzackverkehr der Güter stattfinden, demzufolge heute die meisten Güter infolge des jetzigen, eigentlich anarchistischen Wirtschaftssystems hin und her, oft auch den Weg zurückbefördert werden, der Gütertransport wird also nicht nutzlos vervielfacht.

Als Nebenvorteile kommen dann noch in Betracht: der Wegfall der Wartezeiten und Einlagerungen in den Bahngebäuden, sowie eine viel größere Gleichmäßigkeit des Betriebes.

Im ganzen und großen wollen wir 1/5 des heutigen Güterverkehrs als wahrscheinlich voraussetzen, wobei wir aber die obige Zahl ⟨5000⟩ der Lokomotiven beibehalten wollen.

Hiernach reduziert sich dann der Verbrauch an Kohle, der Bestand an Verkehrsmitteln und an Personal.

*

Unseren Grundsätzen entsprechend, wird der Minimumverkehr bezüglich der Vehikel wie auch des Personals streng von dem anderen Verkehr gesondert, er bildet eine Institution für sich, die Beamten und Arbeiter bekommen, insofern sie der Minimum-Armee angehören, das allgemeine Lebenshaltungsminimum in natura. Da aber eine absolute Trennung des Personales in der Praxis nicht durchführbar sein dürfte — sonst müßten selbst kleinere Stationen ein doppeltes Personal bekommen — so könnten die Eisenbahn- und eventuell die Schiffahrtsbediensteten nebst dem Minimum auch noch eine Entlohnung aus der freien Staatswirtschaft in Geldform erhalten. Überhaupt können die ausgedienten Eisenbahnbeamten wie die Offiziere unserer Armee kapitulieren und gegen Geldentlohnung ⟨nebst ihrem lebenslänglichen Minimum⟩ in ihrem Berufe weiter dienen. —

Der Minimumverkehr hat den Vorrang vor jedem anderen, ungefähr so, wie ihn heute Militärtransporte vor allen anderen besitzen. Im Zukunftsstaate werden aber selbst Militärtransporte, auch im Kriege, in zweiter Linie stehen, und nur dann den Vorrang haben dürfen, wenn in irgendeiner Weise, z. B. durch Nahrungsmittelvorräte für die ganze Bevölkerung, ähnlich

wie heute bei den Armeen durch die „eisernen" Bestände, für die wahrscheinlich längste Dauer eines Krieges vorgesorgt wäre.

Was den Kohlenverbrauch betrifft, so wäre er, wie eben gezeigt wurde, ungefähr 1/5 des heutigen. Der totale Kohlenkonsum aber betrug ⟨siehe „Die Weltwirtschaft", II. Teil⟩ im Jahre 1904 für Personen- und Güterzüge 13,3 Millionen Tonnen, davon kann man 2/3 für die Güterzüge rechnen, auf die es hier ja allein ankommt; demnach würden wir, bei Benützung der heutigen Dampflokomotiven, kaum 2 Millionen Tonnen Steinkohlen brauchen. Wenn wir aber die Lokomotiven auf Dampfüberhitzung eingerichtet denken, so werden wir, da nach den Angaben von Garbe ⟨„Die Dampflokomotiven der Gegenwart", 1907⟩ die Kohlenersparnis durch Überhitzung durchschnittlich 25 Prozent gegenüber Zwillingslokomotiven mit Naßdampfbetrieb beträgt, nur ungefähr 1,4 Millionen Tonnen, und wenn wir für die neuen Kleinbahnen ebensoviel rechnen, im ganzen zirka 2,8 Millionen Tonnen Kohlen brauchen.

Hier ist nun aber der Platz, die Umwandlung des Dampflokomotivbetriebes in elektrischen Betrieb ins Auge zu fassen, dem — ganz unabhängig davon, ob man statt Kohlen Wasserkraft in den elektrischen Zentralen verwendet oder nicht — ohnedies wenigstens in technischer Hinsicht eine sehr nahe Zukunft gehört. Die bisherigen Erfahrungen und Berechnungen zeigen zwar, daß im allgemeinen der elektrische Betrieb gegenüber dem Dampfbetrieb keinen wirtschaftlichen Vorteil aufweist, wie z. B. in einem Aufsatz des Dr. Rupp ⟨„Die Umschau", Nr. 12 des Jahres 1907⟩ bemerkt wird, ist selbst für die Schweiz, wo also Wasserkräfte zu Gebote stehen, ein ökonomischer Vorteil „sehr fraglich" und soll „der elektrische Betrieb nur dann wesentlich billiger als Dampfbetrieb werden, wenn statt langer und seltener Züge zahlreiche kurze Züge in rascher Aufeinanderfolge verkehren".

Allein, wie wir schon öfter hervorhoben, die Frage der kaufmännischen Wirtschaftlichkeit spielt bei uns gar keine Rolle, alles, was technisch oder administrativ vorteilhaft ist, wird eben angewendet, also von der Minimum-Armee durchgeführt. Daß aber solche Vorteile zu erreichen sind, steht bereits fest, und zwar sowohl für den Personen- wie für den Güterverkehr: „Kürzere

Wartezeiten, kleinere Magazine und Bahnhöfe, Ersparnis an Rangierarbeit und bessere Ausnützung des Wagenmateriales, größere Fahrgeschwindigkeit auf Steigungen, größere Annehmlichkeit des Reisens." Und nach den Erfahrungen mit der Valtellina-Bahn berichtet Prof. Cserháti (in der „Zeitschr. d. Österr. Ing.- u. Arch.-Vereins", Nr. 7 des Jahres 1907), welche Vorteile betreffs der Zugförderung, des Verkehrs und der Bahnerhaltung festgestellt werden konnten. Infolge aller dieser Vorteile werden schon jetzt vielfach elektrische Vollbahnen eingerichtet, in Italien, der Schweiz und, wie in der Broschüre: „Der elektrische Betrieb der Wiesenthalbahn", seitens der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen mitgeteilt wird, auch im Großherzogtum Baden.

Nach einem Aufsatz von Ingenieur Dr. R. Sanzin in der Zeitschr. des Österr. Ing.- u. Arch.-Vereins (Nr. 35 des Jahres 1908) über den „Kraftbedarf für den Betrieb von Vollbahnen" ist der Wirkungsgrad der gesamten elektrischen Anlage bei 90 km pro Stunde 0,41, bei der Dampflokomotive 0,73, also erfordert der elektrische Betrieb einen zirka 1,78fach größeren Kraftaufwand als bei Dampfbetrieb. Infolge der Überlegenheit der feststehenden Dampfmaschine betreffs Kohlenverbrauchs kann man aber annehmen, daß der Kohlenverbrauch beim elektrischen Betrieb nicht geringer wird als bei Verwendung von Dampflokomotiven. —

Das einzige Bedenken ist strategischer Natur, nämlich: die leichte Zerstörbarkeit durch den Feind im Kriege. Sollte der ganze Eisenbahnverkehr, also auch der der Militärzüge, elektrisch betrieben, also mit dem Minimumverkehr in ein und dasselbe technische System gebracht werden, so müßte allerdings in besonderer Weise vorgesorgt werden. Entweder, indem bloß die Drahtleitung und die (kenntlich gemachten) elektrischen Minimumzüge unter völkerrechtlichen Schutz gestellt werden und dem Feinde völkerrechtlich nur ein Angriff auf die Militärzüge gestattet wird, oder, wenn das nicht stipuliert werden kann, müßte man sich auf den oben erwähnten eisernen Vorrat an Minimumartikeln oder deren Surrogaten (analog wie der Zwieback auf Schiffen oder in Festungen) verlassen. Überdies kann vom technischen Standpunkte aus bemerkt werden, daß bei der Elektrifizierung großer Bahnnetze jede Strecke von vielen, weit auseinanderliegenden Zentralen Strom bekommen kann, da sich, wie Niethammer bemerkt, mit genügend hoher Spannung Strecken von mehreren

hundert Kilometern speisen lassen. Die Einführung des elektrischen Betriebes wenigstens für die Minimum-Institution steht also fest, und es wird ja bereits heute mit großer Energie in mehreren Staaten die Elektrifizierung von Vollbahnen in Angriff genommen.

*

Für die direkte Notwendigkeit eines elektrischen Betriebes spricht auch eine Untersuchung der heute so sehr schlechten Ausnützung des Dampflokomotiv-Materials und deren schlimmen Folgen, die, meines Wissens, bisher noch nicht quantitativ durchgeführt wurde:

Im Jahre 1903 besaß Deutschland für die vollspurigen Bahnen 20 845 Lokomotiven, davon 6040 für Personen- und Schnellzüge, 15 400 Güter- und Tendermaschinen. ⟨Für 1904 besitze ich diese Spezialisierung noch nicht, der Unterschied kann aber nur unbedeutend sein, da die Gesamtzahl der Lokomotiven 21 418, also ziemlich dieselbe wie im Jahre 1903, war.⟩ Rechnen wir die erstere Kategorie im Durchschnitt zu 600 PS., die letztere zu 350 PS., so repräsentieren alle diese Maschinen zusammen zirka 9 Millionen PS. ⟨Im Jahre 1900 waren es etwas über 8 Millionen PS., im Jahre 1907 waren es ungefähr 10,2 Millionen.⟩ Nun aber konsumiert 1 PS. bei den heutigen, mit nicht überhitztem Dampf arbeitenden Lokomotiven zirka 2 kg Steinkohle pro Stunde, und im ganzen konsumierten alle Lokomotiven im selben Jahre, wie wir sahen, zirka 13,3 Millionen Tonnen, hier entsteht nun folgende Frage: Wie viele Pferdekräfte würden, falls sie das ganze Jahr permanent geleistet werden, dieselbe Kohlenmenge konsumieren?

Da das Jahr 8760 Stunden hat, so ist diese Unbekannte x aus der Gleichung zu finden: $2 \cdot 8760 \cdot x = 13{,}3 \cdot 10^6 \cdot 1000$ ⟨weil 1 Tonne = 1000 kg⟩, daher x ⟨nahezu genau⟩ = 800 000 PS., d. h.: Wenn man eine Zugförderung durch elektrische Lokomotiven und permanent arbeitende Kraftzentralen einführen würde, so brauchte man nur Anlagen von zusammen 800 000 PS. statt der jetzt vorhandenen 9 Millionen Lokomotivpferdekräfte. Es wird also heute das Lokomotivmaterial nur mit 9 Prozent ausgenützt, und die Ursachen sind: die vielen Reparaturen und das Waschen der Kessel, die gründliche Kesselreinigung, das Anheizen und etwaige sonstige, in der Administration gelegene,

Verhinderungen des Funktionierens der Lokomotiven. Es stecken also enorme Kapitalien, resp. Arbeit, Materialien, große Heizhausräume usw. ohne Nutzen in dem Eisenbahnfundus. —

Wird aber der elektrische Betrieb eingeführt, so brauchen wir bloß die elektrischen Zentralen mit permanentem — und mittelst Akkumulatoren ermöglichtem, auch ziemlich gleichmäßigem — Betrieb einzurichten, um dadurch eine bedeutend kleinere Anzahl von elektrischen Lokomotiven zu benötigen, die, nach den Erfahrungen z. B. an der Valtellinabahn viel leichter als Dampflokomotiven sein können, nahezu die doppelte jährliche kilometrische Durchschnittsleistung aufweisen, viel mehr geschont werden, und wie selbstverständlich, alle jene obenerwähnten Prozeduren und das nötige Personale nicht brauchen. Und was den Verlust infolge der Kraftfortleitung betrifft, so wird er durch den geringeren Kohlenverbrauch pro PS. aufgewogen, der durch die großen Stabildampfmaschinen der Zentralen, selbst gegenüber Heißdampflokomotiven, ermöglicht wird. Diese Betrachtung zeigt daher wiederum deutlich den großen Vorteil des elektrischen Betriebes, und wir wollen auch im folgenden stets einen solchen als vorhanden voraussetzen. —

Dasselbe gilt auch für die im Zukunftsstaate zahlreich zu erbauenden Kleinbahnen, welche die Zufuhr der Minimumartikel zu den Zentralmagazinen und die Verteilung derselben von den Zentralen an die Ortschaften zu ermöglichen hätten.

*

Was die Frage betrifft, ob wir Dampf- oder Wasserkraft hierbei verwenden wollen, so hängt die Entscheidung davon ab, ob ein Land, hier also Deutschland, genug Wasserkräfte disponibel hätte, um den größten Teil der Steinkohlenförderung zu ersparen und so mit dem Konsum an Kohlen haushälterischer als heute vorzugehen und dadurch einer baldigen Erschöpfung der Gruben vorzubeugen. Gar so reichlich ist aber speziell Deutschland nicht mit Wasserkräften gesegnet, es ist daher ratsam, vor allem die industriellen Anlagen mit Wasserkraft zu betreiben, da es uns ja meistens freisteht, die Fabriken nahe den Wasserkräften zu errichten, um nicht zu große Fernleitungsverluste zu erleiden. Bei den Eisenbahnzentralen ist uns eine solche Willkür in der Wahl ihrer Standorte natürlich nicht erlaubt, wir können daher deren Betrieb im allgemeinen mit Dampfkraft — präziser gesprochen:

mittelst thermodynamischer Maschinen, denn wir könnten ja eventuell auch Großgas- oder Öl- oder Großspiritus-Motoren verwenden wollen — und nur dort mit Wasserkraft voraussetzen, wo die Umstände eben zufällig günstig liegen. In der Schweiz allerdings kann man daran denken, fast die ganze Kohle beim Eisenbahnbetrieb durch Wasserkraft zu ersetzen, obwohl der Kraftbedarf im ganzen Staate pro Wochentag im Winter, einschließlich Heizung und Beleuchtung der Züge, 2,23 Millionen PS. und im Sommer 3 Millionen PS. betragen soll, denkt man sich den schwankenden Tageskraftbedarf durch Wasserakkumulierung vollständig ausgeglichen, so erfordert die obige Leistung eine Wasserkraft von 100 000 PS. im Winter und von 125 000 PS. im Sommer (nach Angaben von Cserháti). Es sei aber dahingestellt, ob es in Deutschland einmal möglich sein wird, durch Aufspeicherung des Wassers den Vorrat an schon vorhandenen Wasserkräften genügend zu ergänzen. Über dieses Thema soll übrigens im Schlußkapitel: „Die Zukunft des Zukunftsstaates" noch gesprochen werden.* —

Die Arbeiterzahl für das Verkehrswesen ergibt sich folgendermaßen:

Nach dem Statist. Jahrbuch für 1906 gab es im Jahre 1904 in Deutschland bei den vollspurigen Eisenbahnen 579 655 Beamte und Arbeiter; da wir den Güterverkehr nach der früheren Auseinandersetzung auf zirka 1/5 des heutigen reduzieren können und keine Personenbeförderung in Rechnung zu ziehen haben, so ist eine weitere Reduktion auf 2/3 erlaubt, hingegen wegen der neu zu erbauenden Kleinbahnen die Zahl zu verdoppeln, so daß wir zirka 160 000 Arbeiter und Beamte als eine plausible Ziffer annehmen können, wobei wir ganz gut voraussetzen können, daß der für die Bahnen notwendige Post- und Telegraphendienst von diesen Personen mit versehen wird.

* Dieses Kapitel ist in der II. Auflage weggeblieben. (A. d. H.)

Resultate der Statistik der Nährarmee.

Anzahl aller in ihr Beschäftigten, Zahl ihrer Arbeitsstunden pro Tag, Dauer ihrer Dienstzeit.

Bevor wir die Ziffern zusammenstellen, wollen wir nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß manche derselben sich einer ganz genauen Bestimmung entzogen, so z. B. die Zahlen für Arbeiten zur Ausbesserung oder zum Ersatz schon bestehender Objekte. Auch in manchen Dispositionen herrscht notwendigerweise und selbstverständlich eine gewisse Unbestimmtheit.

Jedoch trotz allem Mangel an Genauigkeit sind die gegebenen Zahlen insoweit richtig, daß keine allzu großen Differenzen gegenüber einer späteren Wirklichkeit wahrscheinlich sind. Hier handelt es sich nur um einen solchen Grad von Genauigkeit und eine solche der heutigen Technik entsprechende Methode in den gewählten Dispositionen und Grundannahmen, daß das Bild des Zukunftsstaates in wirtschaftlicher Beziehung kein unrichtiges, kein verzerrtes, namentlich kein zu optimistischen Täuschungen verführendes wird.

In dieser Beziehung ist auch keine Störung des richtigen Bildes zu befürchten, wenn so manche kleine Gebiete der in der Minimum-Institution etwa nötigen Tätigkeit nicht speziell berücksichtigt wurden; ihre Anführung wäre ihrer Geringfügigkeit wegen pedantisch, beinahe lächerlich, und die Zahl der betreffenden Arbeiter so gering gewesen, daß das Gesamtresultat nur ganz unmerklich beeinflußt worden wäre. Ohnedies wird man sehen, wie vorsichtig wir in dem Folgenden bei der Feststellung der in der Nährarmee Dienstpflichtigen oder ihrer Dienstzeit vorgehen werden.

*

Zufolge der Berechnungen in den vorhergehenden Kapiteln sind notwendig (alle Angaben in 1000 Personen):

1. Für Produktion der Nahrungsmittel	Männlich	Weiblich
In direkter landwirtschaftlicher Tätigkeit	2120	1200
Kunstdüngerindustrie	47	
Zuckerfabrikation	34	6
Getreidemüllerei	16	
Bäckerei	120	120
Fleischerei	120	120
Salzgewinnung	3	
Zusammen	2460	1446

2. Für Herstellung der Wohnungen und Wohnungseinrichtungen	
In Ziegeleien	84
Zementfabrikation	60
Bauarbeiten	300
Steinmetzarbeiten	65
Zimmermannsarbeiten	40
Tischlerei	20
Parkettenfabrikation	14
Möbelfabrikation	80
Möbelerneuerung (Reparatur)	80
Tapetenfabrikation	15
Stubenmaler, Glaser und Ofensetzer	130
Fensterglasfabrikation	2,5
Fensterglaserneuerung	2,5
Spiegelfabrikation	2,5
Trinkgläserfabrikation	6
Flaschenfabrikation	2
Herrichtung und Heizen der Glasöfen	2
Holzwarenherstellung	40
Bauinstandhaltung	80
Herstellung von Tongefäßen	15
Für elektrische Beleuchtungsanlage	9
Für die Gasanstalten	80
In reiner Forstwirtschaft	111
Zusammen	1240,5

3. Zur Herstellung der Bekleidung

	Männlich	Weiblich
In Schuhmacherei	60	
In Schuhmacherei ⟨Reparaturen⟩ . . .	20	
Gerberei	30	
Schneiderei und Wäschekonfektion . .		1000
In Textilindustrie		600
Seifenfabrikation	12	
Schafhüter	60	
Zusammen	182	1600

4. Für gemeinschaftliche Betriebe

In den Eisenwerken	100
Für stabile Industriemaschinen . . .	10
Für die Maschinen der landw. Zentralen	10
Für die landw. Akkumulatoren . . .	10
Für die landw. Arbeitsmaschinen . .	50
Für Herstellung der Textilmaschinen .	15
Für Herstellung von Lokomotiven .	13
Für Herstellung von Güterwaggons .	10
Für irgendwelche andere Maschinen .	100
Für Kohlenbergbau	230
Zusammen	548

5. Für den Verkehr

Beamte und Arbeiter	160

6. Da wir auch ärztliche Hilfe und Krankenpflege ins Minimum einbeziehen, so rechnen wir — im Jahre 1895 waren hierin 122 138 Personen beschäftigt — noch hinzu . . . 160

Im ganzen haben wir daher in allen genannten Kategorien der Minimum-Armee beschäftigt ⟨in 1000 Personen⟩

$$2460+1240{,}5+182+548+160+160 = 4\,755\,000$$

oder $4\frac{3}{4}$ Millionen männliche, und

$1446+1600 = 3\,046\,000$ oder rund 3 Millionen weibliche Personen.

Diese Zahlen bedürfen aber einer zweifachen Korrektur.

Wir zeigten im Kapitel über Ernährung, daß unsere landwirtschaftlichen Nahrungsmittel, obwohl für 60 Millionen Menschen disponiert, dennoch vollkommen für eine physiologisch einwandfreie Ernährung von 70 Millionen ausreichen.*

Nicht dasselbe, d. h. kein solcher Überschuß an Produkten, gilt jedoch von allen anderen Kategorien der Tätigkeit der Minimum-Armee.

Nun nähert sich die Bevölkerung Deutschlands sehr rasch den 70 Millionen, und, da wir schon für die Ernährung von 70 Millionen vorgesorgt haben, so ist es angezeigt, wie schon oben gesagt wurde, mit dieser Ziffer zu rechnen. Wir müssen daher die Zahl der in den Kategorien 2 bis inklusive 6 Beschäftigten nach dem Verhältnis 7 zu 6 — als einfachste Korrektur — vergrößern. Dann haben wir die Zahlen der Beschäftigten in der ersten Kategorie, d. i. der der Nahrungsmittelproduktion, wie früher: 2,46 männliche und 1,446 Millionen weibliche Personen.

In der Kategorie für Wohnungen und Wohnungseinrichtungen: 1,447 Millionen männliche Personen.

In der Kategorie für Bekleidung 0,212 Millionen männliche und 1,870 Millionen weibliche Personen.

In der Kategorie für gemeinschaftliche Betriebe 0,645 Millionen männliche Personen.

In der Kategorie für Verkehr 0,187 Millionen männliche Personen.

In der Kategorie für ärztliche Hilfe 0,187 Millionen Männer (oder 0,094 Millionen Männer und ebensoviel Frauen).

Zusammen hätten wir dann (in 1000 Personen)
2,46+1,447+0,212+0,645+0,187+0,187 = 5,138 Millionen Männer und 1,446+1,870 = 3,316 Millionen Frauen. —

•

Die zweite Korrektur, die wir wiederum an diesen Zahlen anbringen müssen, bezieht sich auf die tägliche Arbeitszeit.

Unsere Berechnungen der Arbeiterzahlen in den verschiedenen Beschäftigungen gingen von den heute usuellen Zahlen der täglichen Arbeitsstunden aus, also von 10 bis 11 Stunden. In unserem Zu-

* Diese Zahlen sind zwar durch den Weltkrieg verkleinert worden, dürften aber im Laufe der Zeit wieder zutreffen.

kunftsstaat werden wir natürlich viel weniger Tagesstunden arbeiten, und zwar z. B. um 1/3 weniger, demnach 7 bis 7 1/2 Stunden tägliche Arbeitszeit annehmen, so daß es auch ermöglicht wird, im Bergbau, im Hochofenbetrieb u. dergl. drei Schichten à 8 Stunden (resp. 7 1/2 h + 1/2 h Pause) einzuführen.

Daraus folgt aber, daß wir mehr Menschen brauchen, es sind daher die bisher gefundenen Zahlen mit $\frac{10,5}{7,5} = 1,4$ zu multiplizieren. Und dann erhalten wir folgendes Resultat:

In den sechs Kategorien der Beschäftigten müssen resp. dienen 3,44 + 2,03 + 0,3 + 0,9 + 0,26 + 0,26 = 7,2 Millionen Männer und 2,024 + 2,620 = 4,64 Millionen Frauen, und das sind die definitiven Zahlen aller in der Minimum-Armee beschäftigten Personen.*

*

Um nun die zu wählenden Altersjahrgänge der dienstpflichtigen Männer und Frauen zu finden, benutzen wir als Grundlage der Berechnung die statistischen Angaben über Alter (und Familienstand), die, da mir noch keine neueren zu Gebote stehen, sich auf den 1. Dezember 1900 beziehen.

Damals hatte Deutschland rund 56 Millionen Staatsangehörige und die Alterstabelle war folgende:

	Männlich	Weiblich
Von 15 bis unter 18 Jahren	1626796	1619084
„ 18 „ „ 20 „	1039393	1033926
„ 20 „ „ 21 „	513624	509438
„ 21 „ „ 25 „	2026096	2050280
„ 25 „ „ 30 „	2225108	2243495
„ 30 „ „ 35 „	1961917	1990082

Da wir nun alles auf eine Bevölkerung von 70 Millionen beziehen, so finden wir die korrigierten Zahlen, wenn wir die obenstehenden mit $\frac{70}{56}$ multiplizieren, also um 25 Prozent vergrößern, und dies unter der ohne Zweifel nahezu richtigen Vor-

* Ich möchte noch eine weitere Korrektur dieser Ziffern vornehmen, nämlich die, jedem Mitglied der Nährarmee drei Wochen Ferien jährlich zuzugestehen. Dann müßte die Anzahl der Dienstpflichtigen um 1/14 vermehrt werden.

aussetzung, daß sich die Zahlenverhältnisse der einzelnen Altersjahrgänge nicht wesentlich geändert haben, hiermit erhalten wir bei einer Bevölkerung von 70 Millionen:

	Männlich	Weiblich
Von 15 bis unter 18 Jahren	2033495	2023880
„ 18 „ „ 20 „	1299241	1292407
„ 20 „ „ 21 „	642030	636797
„ 21 „ „ 25 „	2532620	2562850
„ 25 „ „ 30 „	2781385	2804369
„ 30 „ „ 35 „	2452396	2487603

Hiernach müssen die 7,2 Millionen Männer aus den Jahrgängen vom 18. Jahr bis unter 30 Jahren rekrutiert werden, und die 4,64 Millionen Frauen aus den Jahrgängen vom 18. Jahre bis unter 25 Jahren, nebst einem Teil aus dem 25. Jahrgang. Und zwar gibt die erstere Summe genau 7,2 Millionen und die letztere, ohne Zuschuß aus dem 25. Jahrgang, nur 4,5 Millionen, so daß 0,14 Millionen Frauen fehlen würden.

Damit aber eine größere Sicherheit vorhanden sei, alle eventuell oben noch nicht detailliert hervorgehobenen Arbeiten zu decken, da überdies jedenfalls auch Untaugliche (z. B. Kranke) in den bezeichneten Jahrgängen vorhanden sein werden und weil ferner einigen besonders beschwerlichen oder unangenehmen Arbeiten eine kleinere tägliche Arbeitszeit als 7 bis 7 ½ Stunden zugestanden werden soll, so wollen wir auch für die Männer weiter ausgreifen und für sie auch noch das 30. und für die Frauen noch das 25. Lebensjahr zur Dienstzeit rechnen.

Somit ist unser Endresultat das folgende:

Um allen Staatsangehörigen Nahrung, Wohnung, Kleidung, sowie auch ärztliche Hilfe und Krankenpflege mit voller Sicherheit und bedingungslos das ganze Leben hindurch versorgen zu können, ist die beständige Arbeit einer Nähr- resp. Minimum-Armee notwendig, in welcher Armee ungefähr 7 ¾ Millionen Männer von ihrem beginnenden 18. Lebensjahre bis zu Ende des 30., also 13 Jahre, und ungefähr 5 Millionen Frauen von ihrem beginnenden 18. Lebensjahre bis zum Ende des 25., also 8 Jahre, dienen müssen. Nach vollendeter Dienst-

zeit sind sie alle vollkommen frei und können ihre Zeit nach Belieben verwenden. Ihre tägliche Arbeitszeit wird 7 bis 7 ½ Stunden keinesfalls überschreiten, und wird auch je nach der Beschwerlichkeit oder Gefährlichkeit der betreffenden Arbeiten noch weiter reduziert. —

Hinzuzufügen wäre noch, daß die Lehrzeit für die Arbeiter der Nährarmee ungefähr vom 14. bis zum 18. Lebensjahre dauert, für die gebildeteren Betriebsleiter derselben entsprechend länger, also noch einige Jahre im Beginne des Dienstes in der Nährarmee.

Es versteht sich ferner von selbst, daß der Staat auf den Lehrgang der Jugend jenen Einfluß nimmt, der notwendig ist, um für die einzelnen Gewerbebetriebe die ungefähr richtige Anzahl von Arbeitern und Beamten gesichert zu erhalten. Es muß demnach hier ein Kataster geführt werden.

Einige Betrachtungen zu diesen Resultaten.

Man sieht, wie durch Vermehrung der Zahl der Dienstpflichtigen, also auch der Dienstjahre — da ja sämtliche Angehörige eines Jahrgangs assentiert werden — die tägliche Arbeitszeit nach Wunsch vermindert werden kann.

Eine Entscheidung über diesen Punkt, die von Zeit zu Zeit, z. B. alle 10 Jahre, getroffen werden kann, ist nicht die Konsequenz irgendeines Prinzips, sondern kann nur als Ausdruck von allgemeinen Wünschen hervortreten, die auch mit den bis dahin gemachten Erfahrungen wechseln können. Also kann nur ein Referendum hierüber entscheiden und zwar durch Abstimmung speziell der eben dienstpflichtig werdenden Bevölkerung.

*

Weder die Zahl der in der Minimum-Armee Dienenden noch ihre tägliche Arbeitszeit sind also unveränderliche Größen, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß z. B. die durchschnittliche Zahl der täglichen Arbeitsstunden unserer angenommenen Zahl sieben ziemlich oder ganz genau gleich sein wird. Hierzu sei bemerkt, daß die heutige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit eine noch nicht präzise bestimmte Größe ist, denn um sie zu präzisieren,

müßte man die Zahlen: A_1 A_2 A_3 der Arbeiter aller Betriebe und ihre respektiven Tagesarbeitsstunden: a_1 a_2 a_3 kennen, dann ist die Durchschnittszahl der Tagesstunden

$$z = \frac{A_1 a_1 + A_2 a_2 + A_3 a_3 + \ldots}{A_1 + A_2 + A_3 + \ldots}$$

Dennoch ist es, ohne diese Berechnung von z, erlaubt, für den heute geltenden Wert der täglichen Arbeitszeit 10 bis 11 Stunden anzunehmen, wie es oben geschah. Denn aus den statistischen Angaben über die tägliche Arbeitszeit in den Tarifgemeinschaften 1908 ersieht man, daß die weitaus größere Zahl der Arbeiter über 8½ bis 9 und über 9½ bis 10 Stunden täglich arbeiten, man kann also, da außerhalb der Tarifgemeinschaften gewiß länger gearbeitet wird, 10 bis 10½ Stunden als Durchschnittszeit voraussetzen.

Während die Zahl der Dienstpflichtigen X und die tägliche Arbeitszeit Y variieren können, sind sie doch an den Wert ihres Produktes: $W = X \cdot Y$ gebunden. Denn dieses W ist eine rein technische Zahl, die angibt:

wie viele Stunden täglich von der Minimum-Armee gearbeitet werden muß, damit der ganzen Bevölkerung, je nach den natürlichen Verhältnissen ihres Landes und aller anderen Einfluß nehmenden Faktoren ihre Lebenshaltung gesichert werden kann.

Da oben X rund = 13 Millionen und $Y = 7{,}5$ war, so folgt, daß bei 300 Arbeitstagen im Jahr $13 \cdot 7{,}5 \cdot 300$ Millionen, etwas über = 29 Milliarden Arbeitsstunden jährlich aufzuwenden sind; und diese Zahl ist, unter den oben angeführten Voraussetzungen, unabänderlich. Stets muß X und Y so gewählt werden, daß ihr dreihundertfaches Produkt = 29 Milliarden bleibt.

Man kann auch fragen: Wie viele Arbeitsstunden hat jedes einzelne Mitglied der Minimum-Armee höchstens zu leisten? Diese Zahl ist für männliche Arbeiter = $300 \cdot 7{,}5 \cdot 13$ — wobei die Dienstdauer wie oben zu 13 Jahren angenommen wird — also = ⟨rund⟩ 29000 Arbeitsstunden; und für die weiblichen Arbeiter $300 \cdot 7{,}5 \cdot 8 = 18000$ Arbeitsstunden. So groß ist also die Leistung, um sich selbst und auch allen anderen für das ganze Leben die Lebenshaltung zu sichern.

Da nun die ganze Minimum-Armee aus 13 Millionen Menschen besteht, die totale Bevölkerung jedoch aus 70 Millionen, so folgt, daß unserem Programm zufolge ein Mitglied jener Armee nicht nur sich selbst, sondern überdies 4,4 Menschen die Lebenshaltung sichert, im ganzen also jeder Arbeitende 5,4 Personen erhält.

Während nun hier von 70 nur 13 Millionen, also 18,6 Prozent der Bevölkerung tätig sind, um die notwendige Lebenshaltung für den ganzen Staat zu gewinnen, waren im Jahre 1907 hauptberuflich 24,6 Millionen von 62 ⟨oder 61,7⟩ erwerbstätig,* also 40 Prozent der Bevölkerung gegen unsere 18,6 Prozent. Dabei ist der große Unterschied in den beiderseitigen Leistungen vorhanden, daß jene 24,6 Millionen nicht nur zum Leben Notwendiges, sondern auch alles Überflüssige ⟨den Luxus inbegriffen⟩ produzierten oder herbeischafften, wobei aber wiederum nicht zu vergessen ist, daß jenes Notwendige nicht so wie in unserem Zukunftsstaat für Alle hinreicht, da ja heute schon die bloße Ernährung der großen Masse eine nicht entfernt genügende ist.

Wenn man letzteren wichtigen Umstand nicht außer acht läßt, so kann man, nur rein arithmetisch aufgefaßt, sagen, daß im Jahre 1907 24,62 Millionen 62 Millionen versorgten, d. h. je einer 2,5 gegenüber unseren obigen 5,4 Personen. Noch viel ungünstiger stellt sich unser gesellschaftlicher ökonomischer Zustand heraus, wenn man auch die nebenberuflich Beschäftigten mitrechnet, denn dann sind es 24,62 + 7,3 = 32 Millionen, oder zirka 51 Prozent der Bevölkerung, und es würde eine Person kaum 2 Personen ⟨sich selbst mitgezählt⟩ erhalten.

Betreffend die Mitarbeit der Frauen ⟨und Mädchen⟩ in der Minimum-Armee, fanden wir ungefähr 5 Millionen als die notwendige Zahl. Zum Vergleiche sei erwähnt, daß im Jahre 1907 in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr 7,36 Millionen weibliche eigentlich hauptberuflich Erwerbstätige gezählt wurden.

Auffallend mag es sein, daß nach unserem Programm so wenig Personen landwirtschaftlich tätig sind. Wir fanden 3,32 Mil-

* Es waren 26,83 Millionen eigentliche Erwerbstätige vorhanden, von diesen ist aber die Zahl der im Heeres-, Hof-, bürgerlichen und kirchlichen Dienste und in den freien Berufsarten Erwerbstätigen abzuziehen, dann blieben 24,62 Millionen übrig als die eigentlichen Erwerbskreise der Gewinnung und Bearbeitung und des Umsatzes der Güter ⟨v. d. Borght⟩.

lionen Personen, während bei der Zählung im Jahre 1907 hauptberuflich Erwerbstätige (aber inklusive beruflose Selbständige) 9,88 Millionen gezählt wurden. Da ich annehme, daß Atlanticus, dem ich in den Dispositionen des landwirtschaftlichen Berufes genau folgte, keine wesentlichen Fehler begangen hat, so würde folgen, daß der landwirtschaftliche Kollektivbetrieb durch den Staat wesentlich rationeller sein wird als der heutige mit seinen 5¾ Millionen Einzelbetrieben. —

Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen im weiteren Sinne stets zurückgeht. Er war im Jahre 1882 43,38 Prozent, 1895 36,19 Prozent und 1907 nur noch 32,69 Prozent, also jetzt weniger als ⅓ aller Erwerbstätigen.

*

Eine weitere Bemerkung zu dem oben gewonnenen Hauptresultate bezüglich der Minimum-Armee ist die, daß, wie wir bereits erwähnten, die Dienstzeit für spezielle Fälle mannigfache Variationen zuläßt, die je nach Bedürfnis und Umständen eingeführt werden können.

So z. B. kann man gestatten, daß behufs Ausbildung in gewissen wissenschaftlichen oder künstlerischen Fächern der Antritt des Dienstes um ein oder mehrere Jahre (vielleicht bis zu drei Jahren) hinausgeschoben wird, weil die Zeit der Jugend eine bessere Ausbildungsfähigkeit ermöglicht als die dreißiger Jahre. Die totale Dienstzeit bleibt aber natürlich die gleiche wie für alle anderen Personen. Auch kann, zu analogen Zwecken, gestattet werden, daß man während einiger Jahre z. B. nur den halben Tag in der Minimum-Armee dient und die andere Tageszeit zu Studien dieser oder jener Art benützt, wobei natürlich in solchem Falle die Dienstzeit entsprechend länger dauern muß.

Ferner wird man durch Talent oder Fleiß besonders hervorragende junge Leute in den ersten Jahren der Dienstzeit sogleich in jene Schulen der Minimum-Institution einreihen, die zur Ausbildung der gebildeteren Funktionäre in dieser Institution dienen.

*

Die Zahlentabellen zu Anfang dieses Kapitels sind abgeteilt nach den Leistungen, also die Gruppen wurden gebildet, je nach-

dem sie Nahrung, Wohnung, Kleidung produzieren, in gemeinschaftlichen Betrieben oder im Verkehr oder in sanitärer Beziehung tätig sind.

Ich glaube, daß diese Verhältnisziffer eine lehrreichere ist als jene, die man dadurch herausfindet, daß man die Zahlen der heute in den verschiedenen Berufen beschäftigten Personen miteinander vergleicht. Diese Zahlen sind nicht nur darum nicht von gleicher Bedeutung, weil alle Luxusbeschäftigungen mit einbezogen sind, sondern auch deswegen, weil in vielfacher Beziehung Unbestimmtheiten darüber eintreten, in welche Kategorie man diesen oder jenen Beruf einbeziehen und welche Wichtigkeit für die Lebenshaltung man der Landwirtschaft oder der Industrie oder dem Handel oder dem Kleingewerbe beilegen soll. Solche Betrachtungen, bei denen man gewisse Beschäftigungen dahin oder dorthin zerrt, um die volkswirtschaftliche Gesetzgebung für bestimmte Berufe günstiger zu stimmen, führen zu keinem präzisen Ergebnis und sind nur Kampfmethoden behufs Erlangung von wirtschaftlichen Vorteilen.

Als ein Beispiel derartiger agitatorischer Kalkulation kann u. a. jene Aufstellung dienen, die in Mentzels und Lengerkes landwirtschaftlichem Kalender für das Jahr 1902 vom Geh. Oberregierungsrat Dr. Tr. Mueller unter dem Titel „Industriestaat oder Agrarstaat" entwickelt ist. In dieser Abhandlung bezweckt der Verfasser, zu zeigen — wie es einem landwirtschaftlichen Kalender geziemt — daß „in fast allen europäischen Kulturländern bei der Beurteilung und Wertschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Erwerbszweige die Landwirtschaft als Güter erzeugendes Gewerbe mehr und mehr herabgesetzt wird".

Ich kann hier nur auf die Abhandlung selbst verweisen, will aber mit aller Entschiedenheit hervorheben, daß alle jene Tätigkeiten, die zum Minimum der Lebenshaltung beitragen, also notwendig sind, als gleich wichtig angesehen werden müssen, daß ihre „Bedeutung" und erst recht die Bedeutung der sie ausübenden Dienstpflichtigen, weder von der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen, noch von der Größe des eventuell herausgerechneten Geldwertes abhängt, und daß alle solchen Abspaltungen der Bevölkerung in mehr und in weniger „wichtige" Kategorien, wenn es sich um Notwendiges handelt, nur zu unaufhörlichen gegenseitigen Reibungen und Kämpfen führen. —

Interessant, wenn nicht wichtig, dürfte folgende Bemerkung

über die von mir gefundene und darnach festgesetzte Zahl der Dienstjahre in der Minimum-Armee sein.

Wir fanden für die Männer 13 Jahre Dienstpflicht, und zwar vom beginnenden 18. Jahre an. In diesen 13 Jahren ist offenbar jeder ökonomisch produktiv. Denn es wird niemand, und sei es der spitzfindigste Praktiker oder Theoretiker der Volkswirtschaft, behaupten können, diese oder jene Tätigkeit in der Minimum-Armee sei ökonomisch unproduktiv; es ist ja, resp. wir betrachteten ja jede der obigen sechs Kategorien als unentbehrlich und daher „produktiv"; von Luxusarbeiten ist da keine Spur.

Nun nimmt man heute im großen und ganzen an, daß die ökonomisch produktive Lebensperiode des Menschen mit dem 15. Lebensjahre anfängt und mit dem 60. aufhört. In Conrads „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" berechnete Giorgio Mortete die „mittlere" produktive Lebensdauer; er fand für Deutschland ⟨1891—1900⟩ die mittlere produktive Lebensdauer der Neugeborenen zu 26,04 Jahren.* Die durchschnittliche Aktivitätsdauer der preußischen Bevölkerung soll 29 Jahre betragen.

Es ist gewiß traurig, daß man überhaupt die Menschen vom 15. bis zum 60. Lebensjahr als ökonomisch-produktiv auch nur voraussetzt; wozu lebt man? Nur um ökonomisch produktiv zu sein?

Andererseits ist es erfreulich, zu sehen, daß — falls keine Fehler unterlaufen sind — nach unserem sozialen Programme nicht einmal die halbe „mittlere produktive Lebensdauer der Neugeborenen" beansprucht wird.

*

Hieran anschließend mögen einige Angaben von mehr oder minder bekannten Sozialreformern angeführt werden, die sich zumeist nur auf die in ihrem Sozialstaat notwendige tägliche Arbeitszeit, oder auf die Dauer der Dienstzeit in der gesellschaftlichen Produktion, oder auf die Möglichkeit vorteilhafterer Produktion der Nahrungsmittel ⟨oder des Notwendigen⟩ infolge kollektiver Arbeitsweise beziehen.

Die meisten jener Angaben sind — im Gegensatz zur Darstellung bei Atlanticus — nur in oberflächlicher Weise, mitunter

* Diese Daten entnehme ich den „Dokumenten des Fortschritts" von Prof. Broda.

gar nicht, begründet. Ich führe sie auch nur aus dem Grunde an, weil jene Daten nicht selten zitiert werden, ohne daß man sie in irgendeiner Weise einer kritischen Beurteilung unterzieht.

*

Bebel und Hertzka behaupten, daß die tägliche Arbeitszeit 1½ bis 2 Stunden betragen werde. Cabet nimmt 6 bis 7 Stunden an. Hingegen rechnet Kropotkin 5 und Losch 9,3 Stunden ‹statt der heutigen 12›.

Ebenso differieren die Autoren bezüglich der Anzahl der Dienstjahre. Hertzka nimmt 34 Jahre bloß für Männer, Bellamy nimmt für Männer wie für Frauen 24 Jahre, Cabet ungefähr 46, Neupauer ebensoviel, Truth ‹den ich nicht kenne›, 3 Jahre Dienstzeit an. —

Relativ gründlich und jedenfalls lehrreich sind die Detaildaten Kropotkins in seiner Schrift „La conquête du pain", die sich speziell auf Forcierung der landwirtschaftlichen Produktion beziehen, obwohl Atlanticus es nötig findet, an jenen Daten mancherlei sachliche Korrekturen vorzunehmen, und auch ich schwerwiegende technische Bedenken erheben muß. Nach Atlanticus stellt sich der Gesamtbedarf für den Staatsbetrieb auf rund 5 Millionen männliche und 3,8 Millionen weibliche Arbeiter, und dazu wäre eine zirka zehnjährige Dienstzeit der jungen Männer und eine siebenjährige der Frauen erforderlich.

Wie man sieht, ist die Nährarmee des Atlanticus nicht so groß wie meine und deren Dienstzeit eine geringere. Dieser Unterschied hat mehrere Gründe. Vor allem rechnet Atlanticus mit einer Bevölkerung Deutschlands von nur 60, ich aber mit 70 Millionen. Ferner ist bei mir eine viel kleinere Zahl von täglichen Arbeitsstunden vorausgesetzt. Und endlich gibt es da noch mehrere sekundäre Unterschiede in manchen Annahmen zwischen uns beiden, die ich hier nicht weiter besprechen will.

Überführung des heutigen wirtschaftlichen Zustandes in den sozialisierten unseres Programms.

Was man mit Grund und Berechtigung in allgemeiner Beziehung von jedem radikalen Reformwerke, wie dem unseren, verlangen kann, ist, wie ich glaube, folgendes: Derjenige, der ein Reformprogramm aufstellt, möge sich bei der Abfassung desselben so verhalten, als ob er bereits den Auftrag hätte, dasselbe unter seiner vollen Verantwortlichkeit durchzuführen; er soll sich über seine Vorschläge, wenigstens in den Grundzügen, so klar sein, daß er nicht in Verlegenheit geraten würde, wenn man ihn in einem beliebigen Augenblick zu Rat oder Tat berufen wollte, um mit Fachleuten zusammen sein Programm zu realisieren.

Es soll mit der faktischen Durchführung gewartet werden, bis eine große Anzahl von Menschen mit den Absichten des Programms und mit seiner formellen Beschaffenheit einverstanden ist. Und die Gesinnungen sollen in dieser Beziehung so übereinstimmend sein und das Reformwerk so anschaulich und klar vor Augen gestellt werden, daß es nicht von irgendeiner einzelnen Persönlichkeit abhängen darf, es im passenden Moment zu realisieren; sondern es müssen sich Viele zur Ausführung fähig fühlen.

Wenn auf diese Weise die Gesinnungen vorbereitet sind, so bedarf es dann keiner Revolte, keiner Revolution. Mag dann die Reform noch so schnell eingeführt werden, so kann man sie nicht mehr eine überstürzte nennen, nicht als Revolution deklarieren. Denn es kommt nicht auf die Durchführungsgeschwindigkeit einer Reform, sondern darauf an, ob das Bedürfnis nach den Zielen dieser Reform vorhanden und ob dieselbe als zweckmäßig und zeitgemäß gilt.

*

Bei jedem Prozeß bedeutender gesellschaftlicher Umformung sind drei wesentlich verschiedene Stadien desselben zu unterscheiden.

Das erste Stadium ist das der wachsenden Unzufriedenheit, in welchem sich immer allgemeiner und heftiger die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Verbesserung der Zustände oder irgendeines speziellen Zustandes herausbildet. — Betreffs der sozialen Frage als Magenfrage stecken wir bereits eine geraume Zeit in diesem Stadium.

Das zweite Stadium ist jenes der immer allgemeiner werdenden Ansicht, daß eine ganz bestimmte Reform, ein besonderes Programm es sei, welches jene erwünschten Verbesserungen herbeiführen könne und solle. — Davon sind wir in der sozialen Frage noch sehr weit entfernt, wir stehen kaum noch am Anfang.

Damit ist der sozialpsychologische, der innere gesellschaftliche Vorgang zu Ende, und es beginnt die dritte Phase: das Stadium der Tat. Über die Schnelligkeit des Verlaufs dieses Stadiums bis zur vollständigen Durchführung desselben entscheiden einerseits die Besonderheit des Gegenstandes der Reform, andererseits das Temperament und die Intelligenz der zu reformierenden Gesellschaft. —

Manche Völker sind wie ein ruhig stehendes Wasser, das in einem Gefäß mit ganz glatten Wänden erhitzt wird. Das Wasser kann bereits seinen Siedepunkt erreicht, ja schon überschritten haben, und es verwandelt sich noch immer nicht in Dampf, es läßt sich überhitzen, es tritt ein „Siedeverzug" ein. Lange Zeit kam von keiner Seite jener Stoß, der geeignet gewesen wäre, die ganze überhitzte Masse plötzlich in Dampf zu verwandeln, bis endlich denn doch einmal, da die Überhitzung doch nicht ins Unendliche fortdauern kann, irgendein Umstand, eventuell ein Stoß, eintritt — und der „Dampf" ist da.

So können Ideen und Überzeugungen mitunter bereits sehr allgemein geworden sein und ihre Realisierung kann ganz gut als möglich erscheinen, aber es rührt sich noch immer nichts; das Stadium der Tat wird lange nicht erreicht, und die Überhitzung dauert, bis zur Unerträglichkeit, fort; so lange, bis im Laufe der Dinge denn doch irgendein Umstand die tatsächlichen Gestaltungen erzwingt.

Andere Nationen aber kürzen jenes dritte Stadium sehr ab, ihr Temperament oder ihr Mangel an Vorurteilen, an Schwächen,

duldet keine langwährende Überhitzung, knapp nach der Vollendung des inneren gesellschaftlichen Prozesses entwickelt sich bei ihnen das äußere Stadium, jenes der Tat.

In beiden Fällen kann man nicht von Revolution sprechen, es ist immer nichts anderes als eine allmähliche Entwicklung.

Wenn man ‹wie ich› unter Revolution einen diskontinuierlichen gesellschaftlichen Vorgang von reformistischer Tendenz versteht, so ist dies dann der Fall, wenn die dritte Phase, nämlich jene der Tat, eingetreten ist, bevor noch die zwei ersten Stadien in den großen Massen sich bis zur Vollreife ausgebildet hatten. —

Der Zeitraum zwischen dem ungefähren Ende des zweiten Stadiums und dem Beginn des dritten ist jedenfalls als toter Gang im Laufe der Kulturgeschichte anzusehen, und es ist die Aufgabe der politischen Theoretiker und Praktiker, die Dauer desselben möglichst abzukürzen. —

Bei dem hier behandelten sozialen Problem stehen wir erst bei der Aufgabe, die Dauer des zweiten Stadiums abzukürzen, woraus zu ersehen ist, wie lange — unter normalen Verhältnissen — noch die Hungernden und Sorgenvollen zu leiden haben werden, bevor die Rettung kommt.

*

Und sie werden noch lange warten müssen! Nicht nur, weil die Gesellschaft einer raschen Zustimmung zu radikalen Reformen nie fähig ist, sondern auch darum, weil die Sache selbst es nicht anders zuläßt.

Wenn es sich z. B. um die Einführung der Freiwilligkeit für den Kriegsdienst an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht handelte, so wäre diese, falls die Menschen es energisch genug verlangen, sehr schnell durchgeführt. Das dritte Stadium bestünde einfach in der Promulgierung des neuen Gesetzes für den Dienst im Kriege. —

Anders ist es bei der Durchführung eines sozialen Programms.

So relativ einfach auch mein soziales Programm anderen gegenüber — in Anbetracht der Scheidung zwischen notwendigen und überflüssigen, luxuriösen Bedürfnissen und ferner der gleichen Verteilung des Existenzminimums, ohne irgendeinen Maßstab der Entlohnung gemäß den Leistungen zu benützen — unbedingt ist,

so muß, den Beschluß seiner Durchführung vorausgesetzt, doch eine lange Zeit verstreichen, nicht nur für die vollständige Einrichtung meines Systems, sondern selbst für die Maßregeln des Übergangs, die man anzuwenden entschlossen ist, seien sie quantitativer Natur, d. h. eventuelle sukzessive Ausdehnung meines Systems von einzelnen Berufen auf alle, oder vielleicht von kleineren Staatsgebieten allmählich bis auf den ganzen Staat, falls ein solcher Modus des Übergangs gewählt wird, oder seien sie qualitativer Natur, d. h. in administrativen Formen bestehend, die erst mit der Zeit das sozialökonomische Programm in seiner ganzen Reinheit herauszuentwickeln bestimmt sind. Man hat also hier jedenfalls mit langen Zeiträumen zu rechnen, selbst wenn alles zum Beschluß der Annahme des Programms vorbereitet wäre. —

Das Stadium des Überganges, d. i. der Überführung unseres heutigen Wirtschaftssystems in das sozialisierte, braucht also aus rein technischen Gründen viel Zeit, und dabei hat man noch mit der Notwendigkeit zu rechnen, jede Störung im Erwerbsleben zu vermeiden, also mit Sicherheit zu verhindern, daß während der Reformarbeiten die notwendige Lebenshaltung auch nur im geringsten sich schwieriger gestalte als heute. Sie sollte sogar auch schon während des Überganges wo möglich, wenigstens in gewissen Beziehungen, eine gesichertere sein als in unserem jetzigen Wirtschaftssystem.

Hieraus sieht man, daß die Art des Vorgehens, um das soziale Programm zweckmäßig durchzuführen, eine Aufgabe für sich ist, ein Problem neben dem sozialen Problem selbst.

Diese zwar sekundäre, aber doch höchst wichtige und schwierige Aufgabe zu lösen, muß eigentlich den Fähigkeiten und wirtschaftlichen Erfahrungen der Männer der Zukunft überlassen bleiben, denen diese Mission, sei es als Gesetzgeber, sei es als Exekutoren, obliegen wird.

*

Der Zweck aller Ausführungen in diesem Werke ist nun eigentlich der: Ein deutlich sichtbares Ziel aufzurichten, dem man entgegenstreben und das man erreichen soll.

Wenn man ein Schiff in dunkler Nacht in den schützenden Hafen einlaufen lassen will und es fehlt ihm der Leuchtturm,

der ihm das Ziel weist, so sind alle Leistungen des Kapitäns, der Maschine und des Steuermanns vergeblich. Zu allererst muß man das richtige Ziel sehen. Und genau das, was der Erbauer des Leuchtturms für die Schiffahrt leistet, das leistet jener, der für grundlegende Sozialreformen ein gesundes, d. h. nützliches, gründlich durchdachtes und ausführbares Programm entwirft und mit genügender Detailarbeit aufbaut.

Ist einmal das Ziel festgestellt, so liegt es an dem Kapitän, der Schiffsmaschine und dem Steuermann, dieses Ziel zu erreichen, das ist also nicht mehr die Aufgabe des Ingenieurs, der den Leuchtturm baute. Ebenso ist es eigentlich nicht meine Aufgabe, Methoden anzugeben, nach denen man vorgehen soll, um meine Vorschläge zu realisieren. Und es wäre daher ganz unberechtigt, wegen des Mangels solcher Angaben einen Vorwurf gegen mein Programm zu erheben oder gar zu glauben, ein solcher Vorwurf sei als eine „Einwendung" gegen dasselbe zu bewerten. Mit ebenso wenig Berechtigung würde man dem Erbauer des Leuchtturms den Wert und Nutzen seiner Leistung absprechen, weil er nicht auch die Schiffsmaschine erbaut und das Steuerruder selbst bedient hat.

Einer kann nicht alles tun und bei allen Fortschritten ist ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren notwendig.

Nur dann wäre eine Einwendung gegen ein Zukunftsprogramm, selbst wenn man dieses selbst als ein in sich gutes anerkennt, vollauf berechtigt, wenn man a priori beweisen könnte, daß es überhaupt keinen praktischen Weg zur Erreichung dieses ausgesteckten Zieles geben könne.

Ein solcher kritischer Fall liegt jedoch für das hier vorgeführte Programm nicht entfernt vor, und ich könnte nunmehr, nachdem der Leuchtturm dasteht,* meine Auseinandersetzungen schließen.

*

* So ein Leuchtturm ist ein gar pompöses Ding, und dadurch könnte auch der Vergleich mit einem Leuchtturm als pompös und sehr anspruchsvoll erscheinen. Aber ich konnte keinen besseren Vergleichsgegenstand finden und ich hatte nicht entfernt die Absicht, durch denselben glänzen und etwa Bewunderung meiner Leistung provozieren zu wollen. Daß ich genau der gegenteiligen Gesinnung bin, zeigt die Einleitung an der Stelle, wo ich von meiner Leistung in diesem Werke spreche, wohl deutlich genug.

Es ist nun vor allem wichtig, zu bedenken, daß für die Überführungsmaßregeln absolute, d. h. einzig und allein brauchbare Vorschriften nicht gegeben werden können. Während das Zukunftsprogramm für die Lösung der sozialen Frage unbedingt präzise, und infolge reiflicher Überlegung und Vergleichung mit schon bekannten Programmen, mit Ausschließung jedes anderen, aufgestellt und erläutert werden mußte, ist es doch ganz gut möglich, für den Übergang vielerlei Vorschläge zu machen und sie alle, wenigstens im vorhinein, praktisch zu finden. Es ist gar kein Grund vorhanden, irgendeine Methode als allein brauchbar vorauszusetzen oder sich etwa abhalten zu lassen, mehrere Vorschläge durch Kombination ihrer Einzelheiten zu benützen. Das Feld ist daher frei, und es wäre zu wünschen, daß sich recht viele Praktiker im Gebiete der Volkswirtschaft und Gesetzgebung mit dieser Aufgabe befassen.

Sollte dasjenige, was ich selbst hier vorbringen werde, gänzlich unpraktisch oder teilweise ungenügend sein, so wollen wir andere und bessere Vorschläge erhoffen. — —

Ein Plan für Überführung des heutigen in den sozialisierten wirtschaftlichen Zustand.

Die jetzt folgende Auseinandersetzung meines Überführungsplanes soll die Schwierigkeiten und Einzelheiten eines solchen Prozesses vor Augen führen, die zu ergreifenden Maßregeln angeben und an die einzelnen Schritte und Phasen des Prozesses erläuternde Betrachtungen anknüpfen.

*

Was für Mittel sozialpolitischer Natur auch ausgedacht und angewendet werden mögen, um die Realisierung des sozialistischen Wirtschaftssystems, des meinigen oder irgendeines anderen, zu beschleunigen — auf die Erfüllung der „immanenten Dialektik" der gesellschaftlichen Zustände warten doch nur Narren. Selbst wenn die öffentliche Meinung im Sinne irgendeines Programmes noch so lange und noch so intensiv bearbeitet und in hohem Maße gewonnen worden wäre, immer wird sich im entscheidenden Moment, d. h. unmittelbar vor dem Beginn der Durchführung, seitens der verschiedenartigsten Kreise und namentlich der gefährdeten

Interessen eine mehr oder weniger akute, bewußte Opposition erheben. Es ist daher unerläßlich, daß die Freunde des sozialistischen Programms die politische Macht in so hohem Maße erobern, daß sie mit größter Aussicht auf Erfolg, ohne jeden Bürgerkrieg, der Aristokratie, den Industriellen, Financiers und eventuell noch anderen Opponenten entgegentreten können. —

Einige Zeilen werden die Situation klarmachen.

Wir nehmen an, daß nur bedrohte wirtschaftliche Interessen als gegnerisch auftreten würden, berücksichtigen also damit nur einen Teil der Opponenten und beziehen alles (in abgerundeten Zahlen) auf die deutschen Verhältnisse, wie sie sich aus der Volkszählung im Jahre 1907 ergeben.*

Deutschland hatte in diesem Zeitpunkt in den landwirtschaftlichen Betrieben 2,56 Millionen, in den gewerblichen Betrieben 2,94 Millionen männliche und weibliche Eigentümer. Wenn wir, wie gesagt, Eigentümer als Opponenten betrachten, und namentlich darum, weil sie nach meiner Voraussetzung keinerlei Entschädigung (mit Ausnahme der Lebenshaltung) für die Abtretung ihres Eigentums bekommen sollen, so hätten wir zusammen 5,5 Millionen Gegner zu überwinden.

Damit sind wir aber noch nicht zu Ende; denn in beiden Arten von Betrieben werden sich ohne Zweifel alle Angehörigen der Eigentümer diesen anschließen, und wenn wir, um Kinder, Greise und viele Frauen als Nichtkämpfer oder wenigstens als nichtaktive Opponenten auszuschließen, bloß die faktisch mitarbeitenden Angehörigen zählen, so ergeben sich in der Landwirtschaft 4,68 und in den Gewerbebetrieben 0,93, zusammen 5,61 Millionen, alles zusammengenommen also 11,16 Millionen aktive Gegner.

Diesen gegenüber stehen in beiden Betriebsarten die fremden Arbeitskräfte; es gab deren in der Landwirtschaft 2,5 und in den Gewerben (männliche und weibliche) 10,33 Millionen, zusammen 12,83 Millionen. Die Angehörigen derselben machen gewiß eine große Anzahl aus, da die fremden Arbeitskräfte aber der Mehrzahl nach jüngere und ledige Leute sind, so ist eine präzise Schätzung dieser Angehörigen schwer anzustellen.

Sie mag aber wie immer ausfallen, so ist doch die Zahl von 11,16 Millionen Opponenten eine ganz enorme zu nennen und geeignet, zu weiterem Nachdenken zu veranlassen. —

* Entnommen dem Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1910.

Es ist gewiß, daß ein großer Teil der Eigentümer in so bedrängten Verhältnissen lebt, daß sie endlich doch gerne mit den Sozialisten zusammengehen werden, und das dürfte nicht nur unter den kleinen Gewerbetreibenden, sondern auch unter den Zwerg- und Kleinbauern sehr oft der Fall sein. Trotzdem muß man sich auf viele Millionen Gegner gefaßt machen.

Wie ist nun vorzugehen?

Der Widerwille, Güter an die Gesamtheit, und noch dazu ohne Entschädigung, abzutreten, muß — nicht durch physische, sondern durch gesetzliche, d. i. in letzter Instanz allerdings auch nur verhüllte physische, Gewalt überwunden werden.

Da gibt es nun ⟨mindestens⟩ drei Methoden: Die Regierung macht erstens die Unternehmer durch immer mehr gehäufte Eingriffe in den Geschäftsbetrieb „mürbe".

Der zweite Weg wäre, durch Errichtung von staatlichen Etablissements und Latifundien, denen besondere Begünstigungen und auch niedrige Verkaufspreise zugute kommen sollten, die privaten Unternehmer auf dem Wege der Konkurrenz zu erdrücken. Das würde aber jedenfalls längere Zeit und mehr Mühe in Anspruch nehmen als die dritte Methode, nämlich die: die Steuern, namentlich die Einkommen- ⟨und auch die Erb-⟩ Steuer außerordentlich zu erhöhen, so nämlich, daß die Einkommen, selbst aus den rentabelsten Unternehmungen, zu geringfügig ausfallen würden, um sie, geschweige schwachrentable Unternehmungen, also auch landwirtschaftliche Betriebe, weiterzuführen. Die Möglichkeit, die Opponenten rasch zu bezwingen, ist also vorhanden, aber sie setzt wiederum das Vorhandensein einer sozialistisch gesinnten und zugleich energischen Regierung voraus.

Auf den Charakter der Regierungsform haben aber auch die Opponenten Einfluß; man sieht hieraus, daß eine Überführung ohne vorhergehende heftige politische Kämpfe nicht durchzuführen sein wird. Und das gilt um so mehr, als nicht nur wirtschaftliche, sondern auch religiöse, sozialpolitische und wissenschaftliche Gegner opponieren werden.

*

Andererseits kommt uns die Tatsache zugute, daß wir uns in einem Strome immer zunehmender Sozialisierung fortbewegen, so daß mit der Zeit bei beharrlicher Agitation eine sozialistisch viel ausgesprochenere öffentliche Meinung vorhanden sein wird,

als viele das heute voraussetzen. Man kann mit vollem Recht sagen, daß die Annäherung an den sozialisierten Staat, wenigstens in der Produktion, schon im Gange ist. Woran es heute auch in den Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftsbetrieben allerdings noch ganz fehlt, das ist das sozialistische Regime der Güterverteilung, und gerade dieses Regime ist ja die eigentlich radikale und charakteristische Seite der sozialistischen Programme.

*

Um den Gang der Entwicklung meines Übergangsprogramms nicht zu unterbrechen, will ich derselben hier eine separate kurze Digression über die Frage der Entschädigungen für den Fall der Verstaatlichung privater Güter vorausschicken. —

Wenn man sich prinzipiell für Entschädigung, nach welchem sogenannten gerechten Schlüssel immer, entscheiden wollte, so käme es sowohl im ganzen und großen, als auch speziell betreffs einzelner, heute sehr begüterter Personen, auf ganz enorme Beträge hinaus, mit denen die Zukunft zu belasten wäre.

Da muß nun vor allem gesagt werden, daß es keinen rechten Sinn hätte, den sehr reichen Leuten die „gerecht" erscheinenden Entschädigungen zu gewähren, über mittlere Beträge für die einzelnen, noch so reichen Besitzenden brauchte man keinesfalls hinauszugehen. Der Gedanke, der mich bei diesem Vorschlage leitet, hat auch bereits in dem heutigen Wirtschaftssystem seine Berechtigung und basiert auf einer psychologischen Analyse des Wertes extrem hohen Reichtums für dessen Besitzer. Wenn diese Analyse, wie ich glaube, richtig ist und wenn sie auch maßgebenden Mächten der Gesellschaft als richtig erscheint, so können sich hieraus wichtige sozialpolitische Konsequenzen ergeben, wie z. B. für die Art der Besteuerung der Vermögen und namentlich der Einkommen solcher besonders reicher Personen. —

Ich meine nämlich, daß man, wenn in solchen Fällen nach meiner Auffassung in der Entschädigungs- wie auch in der Besteuerungsfrage vorgegangen würde, den Betroffenen, die Sache, konkret angesehen, eigentlich gar nicht weh tut, denn es wird ihnen gar nichts anderes genommen als höchstens eine Art ästhetischen Kitzels, den das bloße Bewußtsein übergroßen Reichtums gewährt.

Und daß es so ist, wird man sogleich einsehen.

Man stelle sich vor, daß irgendeinem sehr reichen Manne

z. B. die Hälfte seines Vermögens, das etwa in Wertpapieren bestehen mag, oder, daß ihm permanent die Hälfte seines Jahreseinkommens (oder noch mehr) ohne sein Wissen weggenommen würde, indem sein Vermögensverwalter oder Oberbuchhalter dasselbe in aller Stille beseitigt. In welcher Absicht er dies tut, ist hier gleichgültig, z. B. für wohltätige Zwecke.

Der Eigentümer wird nun in Wirklichkeit gar nichts entbehren, er wird, da er sein Einkommen nicht konsumieren kann, und wenn er nicht Lust hat, seine Unternehmungen immer zu vergrößern — was ja ebenfalls nur ein kommerzieller Kitzel ist — gar keinen Verlust empfinden. Und wenn ihm von Zeit zu Zeit eine gefälschte Vermögensdarstellung, d. h. eine solche, die die beseitigten Werte verschweigt, vorgelegt würde, der er nicht näher nachgeht, oder wenn er eine richtige Darstellung nicht näher ansieht, so wird er sogar auch das Bewußtsein eines immensen Reichtums nicht entbehren. Kennt er aber die stetige und bedeutende Schmälerung seines Vermögens, z. B. durch enorm hohe Besteuerung, oder durch Gewahrwerden unaufgeklärter oder nicht zu vermeidender Veruntreuungen oder direkter Diebstähle, so wird er zwar immer noch reich bleiben können, nur das Bewußtsein, enorm reich zu sein, wird er nicht mehr besitzen. Ein derartiges Bewußtsein ist aber ein solcher Luxusartikel, wie der Landhunger ehrgeiziger Eroberer, und nebenbei auch meistens von ähnlichen schlimmen Charaktereigenschaften wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Natur begleitet. Und was für einen anderen Sinn hat, in der Tat, die immer weiter ausgreifende Unternehmerlust, z. B. der amerikanischen Milliardäre und der europäischen Millionäre, als den: dem geschäftlichen Spieltrieb oder einem niedrigen Ehrgeiz zu genügen, ganz so wie es bei ehrgeizigen Soldaten, und wie es im kleinsten Maßstab beim Kartenspiel der Fall ist? —

Dieser Wink möge genügen, bei unserem Überführungs-Programm werden wir jedoch keinen Gebrauch von ihm machen, denn wir werden überhaupt keine Entschädigungen gewähren.* —

*

Man will die Rechtsfrage aufwerfen?

Bei Umformungen großer gesellschaftlicher Institutionen gibt es keine Rechtsfrage, weil in solchen Zeiten das

* Abgesehen von der Zuteilung des Minimums.

bisherige allgemeine oder fast allgemeine Rechtsgefühl einem anderen, also das alte Recht, das bis nun gültig war, einem neuen Platz macht, wenigstens bei den Parteien, die nun die Macht gewinnen.

Man kann und soll wohl erwägen, ob man und wie weit man das alte Rechtsgefühl der Geschädigten schonen und berücksichtigen soll, im Prinzipe jedoch nur darnach fragen, ob die Opfer, welche durch die Reform auferlegt werden, durch die zu erreichenden gesellschaftlichen Zwecke genügend gerechtfertigt sind.

Wenn nun hier bei unserer sozialistischen Tätigkeit Opfer verlangt werden, so sind sie durch die zu erreichenden gesellschaftlichen Zwecke genügend gerechtfertigt und noch lange nicht so groß wie z. B. das Risiko und das Opfer, das man Hunderttausenden von Staatsbürgern heute schon auferlegt, wenn man sie zum Kriegsdienst zwingt, und was gewinnt die Gesellschaft, und besonders der Gezwungene, oder selbst die Gesamtheit durch einen siegreichen Krieg? Keinesfalls so viel wie durch die ökonomische Sicherung aller ihrer Mitglieder. —

Andererseits können die meisten Besitzer von Reichtümern froh sein, wenn man der Entstehung derselben nicht genauer nachspürt oder von ihr nicht viel spricht. Es haben schon so viele Autoren diesen Punkt beleuchtet, daß ein nochmaliges Hervorheben desselben hier nicht mehr notwendig ist. Nur das eine sei bemerkt, daß die meisten großen Grundbesitzer, resp. ihre alten wie auch neueren Vorfahren, bei einer solchen Untersuchung am schlechtesten wegkommen. Gerade sie, die so gerne vom soliden Einkommen durch den landwirtschaftlichen Beruf sprechen, die sich so ostentativ mit den fleißigen Bauern identifizieren oder sich ihnen doch wenigstens agitatorisch gerne an die Seite stellen und beinahe mit der Harmlosigkeit und Frömmigkeit des „der Natur so nahe stehenden" Landmannes kokettieren, gerade diese haben am wenigsten das Recht, auf ihre Eigentumstitel zu pochen. Ich zitiere nur einen, noch dazu einen Autor von stark agrarischer und konservativer Gesinnung, nämlich Adolf Wagner, der in seiner „Grundlegung" gelegentlich der Behandlung der Grund- und Bodenfrage folgendes sagt:

„Kein Zweifel, daß die heutige Verteilung des Grundbesitzes, besonders des agrarischen und forstlichen, in unseren Kulturstaaten in großem Umfange ein Produkt der Rechtswidrigkeit und Gewalt

ist, fortgeerbt auf heute, und geschichtlich entstanden zu einer Zeit, da es an einem genügenden Rechtsschutz für den bäuerlichen Kleingrundbesitz und für die ehemalige freie Dorfgenossenschaft fehlte und die Ausbeutung der Kleinen durch die Großen sich in den mannigfachsten Formen vollzog. Dieser Prozeß wurde selbst noch fortgesetzt, bis in unsere neuere Zeit hinein . . . Es kann mit Fug und Recht von einer „Enteignung" und „Enterbung" der ursprünglichen Besitzer und Bebauer gesprochen werden. Die Formen, in welchen diese Vertreibung und die Zusammenlegung des Großgrundbesitzes erfolgten, und die Beweggründe, welche zu diesen Maßregeln führten, sind leider mitunter geeignet, den Vorgang noch häßlicher und gehässiger erscheinen zu lassen."

Weniger als dem grundbesitzenden Adel und der erbschleichenden Kirche können der Mehrzahl der reichen Besitzer von Industrieetablissements Vorwürfe über den unmoralischen Ursprung ihrer Vermögen gemacht werden, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß so mancher Industrielle vor dem Bestehen der Arbeiterschutzgesetze durch rücksichtslose Benützung der Arbeitskraft von Männern, Frauen und Kindern, oder durch schmutzige Manipulationen, durch Schmuggel, durch Bestechungen zu seinem Reichtum kam oder heute noch kommt.

Wenn aber heute die Sozialdemokraten den Fabrikanten vorwerfen, ihr Reichtum stamme vom unbezahlten Mehrwert, den ihnen die Arbeiter leisteten, also von „Ausbeutung" derselben, so trifft dieser Tadel — auch wenn er berechtigt wäre — doch nicht den einzelnen Fabrikanten, sondern das ganze kapitalistische Regime; und erst seit dem Erwachen der sozialistischen Kritik kam das hier geübte „Unrecht" in der Verteilung des Einkommens überhaupt zum Bewußtsein; es fiel vordem weder den Arbeitern noch den Fabriksbesitzern ein, daß hier mit Absicht und wider besseres Wissen eine Art Raub an jenen oder an irgend jemandem verübt wurde.

Die adeligen und geistlichen Grund-, Wald-, Weide- und Flußbesitzer hingegen vergingen sich gegen das seit jeher allen Menschen wohlbekannte Gefühl von privatem Recht und Unrecht; ihr Bauernlegen, das Verbrennen bäuerlicher Rechtsdokumente, die Anwendung direkter brutaler Gewalt, das sind nicht Handlungen, deren Abscheulichkeit erst beim Auftauchen neuer historischer oder ökonomischer Kategorien zum Bewußtsein kommt; die geschädigten

Bauern wie die übermütigen Adeligen und Prälaten wußten schon seinerzeit ganz genau, daß hier Betrug und Gewalt geübt wurden.

Was das städtische Grund- und Gebäudeeigentum betrifft, so unterliegt es wohl einer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen, aber, seinem Ursprung nach, kaum einer moralischen Verurteilung.

*

Auch im ganzen und großen kann man den jetzigen Reichtum Europas als einen in höchstem Maße auf verworfenste Weise erworbenen bezeichnen. Man braucht bloß an die Kolonialwirtschaft der Europäer am Ausgang des Mittelalters zu denken.

„Wir sind reich geworden", sagt W. Sombart in seinem Werke „Der moderne Kapitalismus" ‹S. 348 des I. Bandes›, „weil ganze Rassen und Volksstämme für uns gestorben sind . . . Will man eine korrekte Bilanz des westeuropäischen Kapitalismus ziehen, so wird man füglich . . . den ungeheuren Verbrauch von Menschenleben während seines Bestehens auf die Debetseite schreiben müssen."

Die gelbe wie die rote Rasse hatten zu leiden, aber die Negerbevölkerung wohl am meisten. „An dem Negerhandel haben der Reihe nach alle europäischen Nationen verdient. Den Rahm schöpften die Portugiesen ab, aber die größten Gesamtgewinne haben die Engländer gemacht. Zwischendurch haben sich Spanier und Genuesen, Holländer und Franzosen, Dänen und Schweden redlich gemüht, an den Segnungen des Sklavenhandels teilzunehmen." ‹S. 353 bei Sombart.›

Es genügt, die Details der europäischen Kolonialwirtschaft, ihre mannigfaltige Art der Ausplünderung, ja der Ausrottung außereuropäischer Bevölkerungen kennen zu lernen, um zu dem Resultat zu gelangen, daß dieser Ursprung des heutigen Reichtums in unserer Gesellschaft ein noch viel korrupterer sei als der Ursprung der Vermögen aller Wucherer zusammengenommen, und gegen die Grausamkeiten und geschäftlichen Exzesse der Engländer, Portugiesen und Spanier sind die Manipulationen der lombardischen und jüdischen Wucherer geradezu relativ harmlose zu nennen. Ja, noch in unseren Tagen ist die europäische Kolonialwirtschaft nicht viel moralischer als im 15. und 16. Jahrhundert, die Opiumgeschäfte Englands, das Vorgehen Frankreichs in Nordafrika, die Behandlung der Kongoneger seitens der Belgier können sich getrost neben jener sehen lassen. Der einzige ethische Fortschritt besteht im Aufhören

der Sklaverei, und der datiert erst aus der neuesten Zeit. Die Raubmörderpolitik steht aber noch in voller Blüte. So z. B. überfiel, resp. überrumpelte ⟨wie ich Sombarts Buch entnehme⟩ im Jahre 1355 ein italienischer und zwar ein genuesischer Admiral Tripolis und schleppte 7000 Männer, Frauen und Kinder in die Knechtschaft, während eben jetzt, im Herbst 1912, ebenfalls eine italienische Flotte Tripolis mitten im Frieden überfiel und nur darum keine Sklaven machte, weil es denn doch heute nicht mehr gut angeht. —

Die Basis unseres wirtschaftlichen Reichtums hatte also und hat noch immer, nach allem Gesagten, nur geringe moralische Existenzberechtigung, weder die des Reichtums Westeuropas im ganzen noch der Reichtümer der einzelnen Klassen, sowie der meisten Individuen. Nicht nur Kronen, auch die konzentrierten wirtschaftlichen Güter werden zumeist mit „Schweiß und Blut" geleimt.

Aber, wie gesagt, wir werden nicht erst historische Untersuchungen über den Ursprung des Privateigentums anstellen, sondern alles das nehmen, was wir für die Minimum-Institution nötig haben.

Es könnte nur noch gefragt werden, ob es nicht klüger wäre, Entschädigungen zu gewähren, um dadurch die Widerstände leichter zu besiegen und die Reform in größerer Ruhe durchführen zu können? Ich glaube aber, daß auf diese Weise der Übergang sehr verlangsamt und sehr kompliziert würde.

Es muß hier bemerkt werden, daß, wenn schon die Besitzer von Minimalgütern einer Konfiskation derselben ausgesetzt sein werden, es ungerecht wäre, wenn die Besitzer von Luxusgütern ⟨und Etablissements⟩ frei ausgingen. Ich schlage daher vor, diese Werte der freien Staatswirtschaft zuzuführen. Wer diese Konfiskationen allzusehr bedauert, möge nicht vergessen, daß allen Betroffenen samt ihren Familien das zur anständigen Lebenshaltung Notwendige gesichert ist.

Prozeß der Überführung in den Sozialstaat.

Den Ablauf der einzelnen Phasen des Überführungsprozesses denke ich mir nun folgendermaßen:

Wenn die sozialistische Reformpartei die öffentliche Meinung

für genügend vorbereitet hält, so verlangt sie ein Referendum über die Frage, ob die Bevölkerung der Durchführung der ökonomischen Reform — nach dem hier entwickelten Programm — zustimmt oder nicht. Fällt die Abstimmung negativ aus, so wird weiter agitiert und nach einiger Zeit neuerlich ein Referendum verlangt. Das wird so oft wiederholt, bis die Abstimmung positiv ausfällt. —

Von diesem Zeitpunkt angefangen wird ein Ministerium für die Lebenshaltung errichtet, welches mit seinem Stabe von Hilfsarbeitern vorerst damit beschäftigt ist, alles für die seinerzeitige Durchführung der Sozialisierung vorzubereiten.

Diese vorbereitende Tätigkeit erstreckt sich auf zwei Perioden: auf die Studien- und auf die Bauperiode.

Der Grundgedanke der Methode des Überganges soll nämlich der sein, erst nach vollendeten Studien deren Ergebnisse auszuführen und auf diese Weise zu ermöglichen, daß dann in relativ kurzer Zeit der Definitivzustand, also die Funktionierung der Nährarmee, in guter Ordnung beginnen und so auch fortgesetzt werden könne.

Und überdies sei hier zur größeren Beruhigung sogleich hervorgehoben, daß ich voraussetze, daß im Beginn des Definitivums alles pro Jahr Notwendige, also das Minimum, von der neuen Institution der Nährarmee noch nicht vollständig erarbeitet werden müßte. Da nämlich diese große Maschine wahrscheinlich im Anfange noch nicht tadellos laufen wird, so soll während der Übergangszeit, und zwar in der Bauperiode, ein Vorrat von solchen Minimumartikeln, die sich, ohne zu verderben, aufbewahren lassen, beschafft und als Reserve für den Anfang des Definitivums bereitgehalten werden. Dieser Vorrat soll z. B. während zweier oder dreier Jahre als merkliche Unterstützung der Produktion der Nährarmee ausreichen. Zu solchen Vorratsartikeln wären zu rechnen: Getreide, Kleider, Wohnungs- und Kücheneinrichtungen, auch, in gewissem Maße, Wohnhäuser u. a.

Und nun wollen wir die Art der Arbeiten in den beiden Übergangsperioden näher betrachten. Selbstverständlich richten sie sich qualitativ und quantitativ nach jenen Forderungen, die oben in dem „Plan" meiner Sozialreform entwickelt und in den statistischen Kapiteln präzisiert wurden.

*

I. Periode der Studien.

In dieser Periode, die gewiß mehrere, wahrscheinlich viele Jahre dauern wird, wird es sich in der Hauptsache um statistische Erhebungen und Bauentwürfe und daneben, am Schluß dieser Periode, um Ausführung sekundärer, meist provisorischer Bauten handeln, die sogleich vom Beginne der zweiten, also der Bauperiode an und während der Dauer derselben bis zum Definitivum in Benützung genommen werden.

Abgesehen von dieser Tätigkeit — unter der Leitung des neuen Ministeriums für Lebenshaltung — läuft das heutige Wirtschaftssystem unverändert weiter.

Die statistischen Erhebungen beginnen mit der Aufstellung der Liste aller Gegenstände und aller Leistungen, die seitens der Minimum-Institution jedem einzelnen Staatsangehörigen, direkt oder indirekt, zugute kommen sollen. Man vergleicht diese Gesamtforderung an die Nährarmee mit der bisherigen Produktion des Staates im Gebiete dessen, was im sozialen Plane als notwendig definiert wurde, und man faßt für den Fall eines Defizits bei gewissen Artikeln jene Leistungen des Inlandes ins Auge, die für den Austausch mit dem Auslande zur Deckung des Bedarfes sich am geeignetesten erweisen. Alle diese Daten sind den jährlich fortlaufenden statistischen Publikationen leicht zu entnehmen.

Auf diesem Wege erhält man sofort den Status der Nährarmee selbst, so wie es in den betreffenden statistischen Kapiteln gezeigt wurde. —

Die Baupläne beziehen sich auf die Arbeiten für die Begrenzung der Städte, die den festzusetzenden Maximalziffern ihrer Einwohnerzahl entsprechen soll, wovon in dem Kapitel „Wohnung . . ." die Rede war. Ferner sind Baupläne zu entwerfen: für die neuen landwirtschaftlichen Höfe und die zugehörigen Maschinen und Utensilien, für die Kasernen der Nährarmee, für die großen Mühlen, Bäckereien, Fleischereien, Kleider- und Wäschefabriken, Staatsküchen und -Speisehäuser, für die Austeilungsmagazine, aus denen die Bevölkerung gegen Staatsanweisungen die Minimumartikel bezieht, die Vorratshäuser, die Kleinbahnen, die Staubecken usw. —

Bei dem Generalplan, in welchem Größe und Art aller dieser Bauten und speziell der Vorrats- und Verteilungshäuser disponiert werden, ist immer darauf zu achten, daß es sich durch-

aus nicht um die Einrichtung selbständiger sozialistischer Gemeinden oder Bezirke handelt, sondern daß der ganze Staat als ein einheitliches wirtschaftliches Gebiet angesehen werden muß; also nicht als eine Summe für sich wirtschaftender kleinerer Bezirke.

Ein spezieller Grund für diese Vorschrift ist der, daß die Organisation der Produktion gemäß ihrer geographischen Verteilung sich nur in relativ geringem Maße den bestehenden Gemeinden oder Bezirken würde akkommodieren können.

Was die in der ersten Übergangsperiode auszuführenden, vielleicht zum Teile nur provisorischen Bauten betrifft, so sind sie für Benützung in der zweiten Periode zu folgendem Zwecke notwendig. In dieser Periode wird nämlich — wie wir später sehen werden — bereits das Minimum zur Verteilung gebracht, und da wahrscheinlich für eine bequeme Art seiner Verteilung noch nicht jene Vorratsmagazine und Austeilungshäuser in genügender Menge vorhanden sind, die ja erst gebaut und im Definitivzustand benützt werden sollen, so muß man neben den ohnedies schon bestehenden Warengeschäften und Magazinen eventuell noch andere herstellen.

Eine starke Vermehrung wird namentlich bezüglich öffentlicher Küchen und Speisehäuser vorgenommen werden müssen. Denn schon im Beginn der zweiten Phase der Übergangsperiode bekommen alle ihr Minimum in natura, und Dienstboten werden sich nicht anbieten. Die Herstellung der Nahrung muß daher für viele, namentlich für Unverheiratete, in öffentlichen Lokalen geschehen, in denen gespeist wird, oder aus denen man sich die Speisen — immer gegen Anweisungen — nach Hause holt.

Es folgt daraus, daß die Herstellung solcher Speisehäuser wie auch der nötigen Warenhäuser, welche, wenn nötig, die schon vorhandenen ergänzen sollen, schon vor Beginn der Bauperiode vollendet sein muß; das geschieht in relativ kurzer Zeit durch den Staat vom Zeitpunkt des positiven Referendums an bis zum Beginn der eigentlichen Bauperiode, und zwar noch gegen Geldentlohnung.

II. Periode der Bauten.

Wenn alle statistischen Erhebungen, Baupläne und die soeben gekennzeichneten, wohl relativ geringfügigeren Bauten vollendet sind, beginnt die zweite, d. i. die eigentliche Bauperiode.

Dieser zweite Abschnitt der Überführung in den Definitivzustand wird jedenfalls bereits einen sozialistischen, wenn auch noch nicht den definitiven Zustand repräsentieren.

Der Tag seines Beginnes wird der ganzen Bevölkerung zur Kenntnis gebracht und dabei angekündigt, daß mit diesem Tage zwar nur erst die Vorstufe und die tätige Vorbereitung für den definitiven sozialisierten Wirtschaftszustand, aber doch schon eine Art Gemeinwirtschaft beginnen, und daß es für das Gelingen der Reform notwendig sei, daß alle Staatsbürger, ohne jede Ausnahme, sich den Anordnungen des Ministeriums für Lebenshaltung unbedingt unterwerfen müssen. Sie sind von diesem Momente an als Mitglieder eines Heeres zu betrachten und müssen sich auch selbst als solche ansehen.

*

Nun sind zwei Varianten denkbar.

Die eine wäre die, daß alle Unternehmer und Hauseigentümer ihr Eigentum während der Bauperiode noch behalten, daß der Staat die Beamten und Arbeiter der vorzubereitenden Neubauten gegen Geldentlohnung engagiert, und daß er die hierzu nötigen enormen Beträge durch eine forcierte Besteuerung der Vermögenden und ganz besonders der Reichen hereinbringt. Und da der Zukunftsstaat wohl eine freie Wirtschaft mit Privateigentum und Vertragsfreiheit wie heute und mit Geld als Austauschmittel haben wird, niemand aber eine Gewißheit und eine Anschauung darüber besitzen kann, wie sich diese sekundäre Privatwirtschaft entwickeln und ob sie überhaupt eine bedeutendere Rolle spielen wird, so wäre es in die Luft hineingebaut, wenn man jene Entlohnungssummen durch ein Anlehen beschaffen und dasselbe auf allmähliche Rückzahlung durch die zukünftigen Generationen oder auch etwaige Zinszahlungen stützen wollte.

Daraus folgt, daß man jene Beträge sofort herbeischaffen, also eine Vermögensabgabe und die Steuern der Bemittelten so hoch bemessen muß, daß sie zur baldigsten, wenn auch nicht sofortigen gänzlichen Deckung genügen. Von einer Besteuerung großer Einkommen bloß mit z. B. 5 oder 6 Prozent, wie das heute der Fall ist, kann demnach keine Rede sein, man muß auf 50, 60 bis 70 und mehr Prozente rechnen.

Eine nähere finanzpolitische Erwägung, deren Durchführung hier zu weit führen würde, läßt jedoch bedeutende Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit dieser Methode entstehen.

Bei weiterer Überlegung ergibt sich nun sofort die andere Variante, die viel gerechter und auch zweckmäßiger wäre.

Wenn man nämlich schon den kleinen wie großen Unternehmern und den Hauseigentümern die Lebenshaltung — schon während dieser Übergangsperiode — sichert, so muß das doch, gerechterweise, unbedingt auch für alle anderen Staatsangehörigen geschehen. Das aber wieder durch finanzielle Künste, d. i. in der Geldform, durchzuführen, wäre eine unnütze Komplikation und würde, bei noch freiem Verkehr, d. h. bei Aufrechterhaltung des heutigen Wirtschaftssystems, nicht einmal die Lebenshaltung aller sichern, denn durch eine kühne Spekulation der Agrarier oder der Getreidehändler oder durch eine sehr bedeutende Erhöhung der Wohnungsmieten könnte mit einem Schlage der jedem zugeteilte Geldbetrag für die Lebenshaltung ungenügend werden, und da man ohnedies selten weiß, wer und was in letzter Instanz an der Teuerung irgendeines Artikels die Schuld trägt, so hört alle ökonomische Sicherheit überhaupt auf. Das ist ja auch mit ein Grund, warum die Lösung der sozialen Frage auf dem Wege der Geldverteilung unmöglich bleiben muß.

Es folgt demnach, daß bereits während der Übergangsperiode eine allgemeine Beteiligung mit dem Gesamtminimum ⟨dem primären und sekundären⟩ stattfinden muß.

*

Die Sache wird also folgenden Gang nehmen:

Während die Geldwirtschaft, respektive eine Wirtschaft mit Vertragsfreiheit, zum Erwerb von Privateigentum prinzipiell aufrechterhalten bleibt, wird daneben bereits die primäre Minimum-Institution als Naturalwirtschaft eingeführt.

Das primäre Minimum wird nämlich, wie es auch im Definitivzustande sein wird, in Gemeinwirtschaft produziert und an alle Staatsangehörigen ausgeteilt, die selbstverständliche Voraussetzung wird nur die sein, daß die Arbeitsfähigen, die man für diese Minimumproduktion und für die großen Investitionen, d. h. für die dem Definitivum vorangehenden Bauten benötigt,

wirklich arbeiten. Die benötigte Zahl von Arbeitern wird dadurch gesichert, daß der Staat alle Minimumartikel unter Sperre legt, so daß man sie auf anderem Wege als durch den Staat und in der Form des Minimums sich nicht wird verschaffen können. Es ist aber wahrscheinlich, daß, ohne diese Pression, schon die moralische Einwirkung des Milieus genügen wird, zu der verlangten Tätigkeit anzuspornen. —

Ein sekundäres, jetzt noch geringes, Minimum wird in Geldform ausgeteilt, bildet also einen Teil der bestehenden — anfangs noch schwachen — Geldwirtschaft, die sich nur auf die nichtnotwendige Produktion und ebensolche Leistungen erstreckt. —

Was die Wohnungen betrifft, so behält jeder seine bisher innegehabte Wohnung, ohne Miete zu bezahlen, da die Häuser nicht mehr ihren bisherigen Eigentümern, sondern dem Staat ⟨der Gesellschaft⟩ gehören, der sie am ersten Tage der zweiten Periode ⟨ohne Entschädigung⟩ an sich genommen hat. — —

*

Ein wichtiger Unterschied gegenüber dem Zustand im Definitivum wird in dieser Übergangsperiode aber noch vorhanden sein. Es existiert nämlich noch nicht der gründlich verbesserte technische und administrative Zustand des Definitivums, da wir ja jetzt erst alles hierzu vorbereiten, ferner besitzen wir noch nicht jene eigentliche Nährarmee, die später auf Grund der rationelleren definitiven Gemeinwirtschaft eingerichtet werden soll und eben wegen dieser vervollkommneten Wirtschaft geringer an Zahl als die Nährarbeiter des Überganges sein und wohl auch kürzere Zeit dienen wird als diese. An Stelle der noch nicht existierenden eigentlichen Nährarmee treten nämlich alle Arbeiter und Beamten der sämtlichen Etablissements und Betriebe, die bisher die Minimumartikel produzierten, und zu diesen müssen wir auch jene nichtnotwendigen Artikel rechnen, die man zum Austausch mit ausländischen Produkten braucht, an denen es im Inlande mangelt. Zu diesem Behufe wird die ganze zu Beginn des Überganges bestehende Wirtschaft der eben bezeichneten Art, mit all ihren großen und kleinen Betrieben, vom Staate ⟨ohne jede Entschädigung der Eigentümer⟩ übernommen. Abänderungen in der Verwendung dieser bestehenden Unternehmungen sind natürlich nicht aus-

geschlossen, man wird vielleicht viele kleinere Etablissements auflassen, andere behufs Konzentration der Betriebe vergrößern.

Alle so produzierten Artikel werden, als Teile der primären Minimum-Institution, nicht mehr gekauft, sondern wandern in ihrer letzten Gebrauchsgestalt in die Staatsmagazine, um in natura verteilt zu werden. Daraus folgt, daß in allen diesen verstaatlichten Werkstätten und Fabriken Geld gar keine Rolle mehr spielt, ihre gegenseitigen Verrechnungen geschehen daher nicht mehr in Geldwerten, sondern die Waren werden, rein gegenständlich, nur nach Gewicht, Maß oder usueller Qualitätsbezeichnung charakterisiert. —

Gewisse wirtschaftliche Tätigkeiten müssen untersagt werden, nämlich jene, welche die Beschaffung der Minimum-Artikel auf irgendeine Art erschweren. So z. B. darf man von nun an Getreide oder Kartoffeln nicht mehr zur Branntweinbrennerei verwenden und ebenso jene notwendigen Rohstoffe, die nicht im Überfluß vorhanden sind, nicht mehr für Luxusprodukte benützen. —

Bei der Übernahme aller Werkstätten, Fabriken, Bergwerke usw. in das Eigentum des Staates bleiben Beamte und Arbeiter, so viele deren eben nötig sind, von sekundären Änderungen in der Weiterführung oder Vergrößerung gewisser Etablissements abgesehen, auf ihrem Posten, die bisherigen Eigentümer jedoch nur dann, wenn sie als Geschäfts- oder Betriebsleiter wirklich notwendig sind. Sind sie entbehrlich, so werden sie bei den anderen Arbeiten, namentlich für die Neuinvestitionen beschäftigt. Natürlich erhalten alle oben genannten, sowie sämtliche übrigen Staatsangehörigen, nichts anderes als das Gesamt-, d. h. primäre und, so weit es möglich ist, sekundäre Minimum, Unterschiede in der Verteilung oder Entlohnung gibt es nicht. —

Da während der Übergangsperiode nicht nur das eben mögliche Minimum für die ganze Bevölkerung — als Gesamtquantität ungefähr so groß wie heute — sondern auch eine bedeutende Plus-Arbeit, nämlich für die Neubauten und Investitionen sowie wenn möglich für Vorräte ⟨auf einige Jahre⟩, geleistet werden muß, so müssen eben sehr viele weitere verfügbare Arbeitskräfte in den Dienst gestellt werden. —

Es ist daher in dieser Übergangszeit nicht so, wie es später in dem definitiven Sozialzustand sein wird, daß nur ein relativ kleiner Teil aller Staatsangehörigen, und überdies nur wenige Jahre,

in der Nährarmee zu dienen hätten, sondern wegen der nötigen Neuinvestitionen und Beschleunigung ihrer Durchführung muß der Dienst forciert werden, und es müssen viel mehr Personen und diese viel länger dienen als zur Zeit des fertigen Zukunftsstaates. Sagen wir vom 18. bis zum 55. Lebensjahre, und 8 Stunden pro Tag.

Diese Übergangsperiode stellt also strengere Anforderungen an die Staatsangehörigen, als es der spätere Beharrungszustand tun wird.

Keinesfalls wird man aber darin so hart vorgehen, daß die Menschen dieser Periode die Zustände während derselben irgendwie bitter empfinden müßten. Denn immer und immer müssen wir den Grundsatz hochhalten, daß alles, was zum Besten der zukünftigen Generationen geschieht, doch niemals auf Kosten primärer oder überhaupt fundamentaler Bedürfnisse der Lebenden geschehen darf. Der Dienst in der Arbeitsarmee und die Lebenshaltung aller werden daher jedenfalls so beschaffen sein, daß, soweit es die Umstände zulassen, die behagliche Existenz sämtlicher Staatsangehörigen dadurch nicht gestört oder gar verschlechtert wird.

*

Die nächstliegende und wichtigste Frage ist nun die, ob dasjenige, was in den bisher vorhandenen Ateliers mit den in ihnen beschäftigten Arbeitern und Beamten produziert wurde und nunmehr weiter produziert werden soll, genügen wird, um allen das gehörige primäre Minimum zuteilen zu können.

Diese Frage ist nahezu identisch mit jener, ob die Gesamtquantität der Produkte der heutigen freien Wirtschaft, soweit sie die zur leiblichen Lebenshaltung notwendigen Artikel hervorbringt, genügen würde, um bei gleicher Verteilung unter alle Staatsangehörigen (bei Berücksichtigung der Alters- und Geschlechtsunterschiede) das geforderte Minimum zu ergeben?

Sieht man sich die heutige Lebenshaltung der großen Masse an, so muß man diese Frage mit „Nein" beantworten.

Schlechter aber als es heute ist, kann das Resultat der Gemeinproduktion in dieser Übergangsphase keinesfalls sein, und da es freisteht, die Zahl der Arbeiter in diesem Gebiete bedeutend zu vermehren, so kann man hoffen, daß

sogar schon in den Anfangsjahren dieser Übergangsperiode mit den alten, vielleicht etwas verbesserten Ateliers mehr produziert wird als früher. Etwas später werden schon die neuen Investitionen allmählich fertiggestellt und sofort benützt. Sollten aber während der Übergangszeit alle Maßregeln zur Verbesserung des resultierenden Minimums nichts fruchten, so werden eben alle Staatsangehörigen in gleichem Maße entbehren müssen. An Ungleichheiten im Gebiet des Notwendigen, wie wir sie heute vor uns sehen, darf gar nicht mehr gedacht werden.

*

Was das sekundäre Minimum betrifft, so gehört es, wie gesagt, in das Regime der Geldwirtschaft.

Ohne Zweifel wird während dieser Periode die Geldwirtschaft sehr schwach entwickelt und ihre Hauptzüge werden, teils als Ursachen, teils als Wirkungen, folgende sein:

Alle Schulden, sowohl private als öffentliche, werden annulliert. Wie oben erwähnt, verrechnen die verstaatlichten Etablissements ohnedies nicht mehr in Geldwerten, sondern nach den gegenständlichen Eigenschaften der übernommenen und abgegebenen Waren. Auch die nicht verstaatlichten Unternehmungen, resp. ihre Eigentümer, wie auch alle anderen Personen, welchen Berufes immer ‹oder auch keines Berufes›, sind von nun an weder Schuldner noch Gläubiger, und dasselbe gilt vom Staate, dessen Schuldpapiere nunmehr wertlos sind. Man kann diesen Vorgang mit Recht einen Riesenbankerott nennen, er fällt aber, selbstverständlich, nicht dem sozialistischen Programm, sondern unserem heutigen Wirtschaftssystem zur Last, das sich im Grunde im permanenten Bankerottzustande befindet. Es ist eben eine ganz neue wirtschaftliche Ära eingetreten, die vieles aus der vorhergehenden über Bord werfen muß.

Zum Mitleid mit den um ihre Außenstände gebrachten Gläubigern ist kein Grund vorhanden, denn sie haben wie alle anderen ihre anständige Lebenshaltung vollkommen gesichert und sie verlieren nur überflüssige — wenn auch ganz willkommene — Genüsse, die aber die Majorität der Menschheit seit jeher entbehren mußte. —

*

Die Annullierung aller Schulden ist ein Vorgang, den wir in gewisser Hinsicht näher beleuchten müssen. —

Insoweit inländische Gläubiger geschädigt werden, ist nichts zu überlegen oder zu bedenken; es ist das ein Vorgang, der ebensowenig nach dem geltenden Privatrecht beurteilt werden kann, wie die allgemeine Expropriation ohne Entschädigung; beides ist zum Besten der Gesamtheit und jedes einzelnen, nämlich zur raschen Verwirklichung des Sozialstaates, notwendig, und ein etwaiger Widerstand der geschädigten Gläubiger wird dem Willen der großen Volksmassen gegenüber ein vergeblicher sein.

Anders aber verhält es sich mit den ausländischen Gläubigern.

Insofern sie bei privaten Schuldnern des sozialistisch gewordenen Staats Verluste erleiden, kann ihnen selbst beim besten Willen dieser Schuldner oder der Gerichte nicht geholfen werden, weil jene geradeso wie die anderen Staatsbürger nichts besitzen ‹von etwaigen Wertobjekten aus edlen Metallen, Kunstwerken und dergl. abgesehen›; Exekutionen wären also resultatlos. Höchstens könnte der Gläubigerstaat den Sozialstaat als solchen für die Privaten verantwortlich machen und ihn mit Krieg überziehen oder ihm notwendige Ausfuhrartikel sperren. Hauptsächlich handelt es sich aber um jene Schulden, die der frühere kapitalistische, jetzt sozialisierte Staat gegenüber dem ausländischen hat.

Wenn man nun nicht zahlen kann, was wird der fremde Staat tun?

Er kann den Krieg erklären oder die Zufuhr von notwendigen Artikeln der Minimum-Armee sperren, die der Schuldnerstaat bisher gegen Austausch, eventuell, nur von ihm beziehen konnte. Beides gäbe eine furchtbare Situation. Und es ist merkwürdig, daß — meines Wissens — bisher niemals darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ein Sozialstaat, d. h. eine Kollektivwirtschaft, immer mit seinem Schuldverhältnis zum Ausland zu rechnen habe.*

Das ist z. B. bei Bellamy's Programm genau so der Fall, wie bei meinem, und selbst, wenn der kapitalistische Staat — nach der Idee von Marx — von selbst und allmählich in den kollektivistischen überginge, entsteht immer die Frage:

Wird die Gemeinwirtschaft bereit sein, die Geldschulden der kapitalistischen Vergangenheit dem Auslande gegenüber anzuerkennen?

* Ich selbst wurde hierauf von Professor Dr. S. Mekler aufmerksam gemacht.

Wird man also im sozialistischen Staat bereit sein, auch zu dem Zwecke zu produzieren, um die Staatsschulden ⟨an das Ausland⟩ zu amortisieren oder gar, um ewige Zinsen zu zahlen? Einen Krieg wird der Staat wohl kaum heraufbeschwören wollen, es dürften sich zwar vielleicht Freiwillige genug anmelden, allein der Ausgang eines Feldzugs ist doch im besten Falle stets zweifelhaft, und andererseits ist es auch möglich, daß viele sagen werden, bevor sie ihre Gesundheit oder gar ihr Leben riskieren, wollen sie lieber die Plusarbeit übernehmen, die nötig sein würde, um die Staats-⟨Gesellschafts-⟩schulden abzutragen, und das würde dann Sache der ⟨von mir sogenannten⟩ freien Staatswirtschaft sein.

Dieser Ausweg dürfte wohl auch der richtige sein, ausgenommen man fühlt sich so stark, daß ein Krieg, den Umständen nach, gewiß nicht zu fürchten ist. Ebenso wäre jener Ausweg zweckmäßig, wenn das Ausland notwendige Minimumartikel im Handelsverkehr nicht überlassen wollte. — Vielleicht aber gibt es andere und bessere, mir nicht bekannte, Wege? —

Man sieht aber hier wiederum deutlich, wie nötig es ist, mit aller Anstrengung dahin zu wirken, in notwendigen Artikeln vom Ausland gänzlich unabhängig zu sein.

*

Die Geldwirtschaft tritt also in ein neues Stadium ein. Und zwar tritt Geld als Austauschmittel ein: zwischen den in der freien Privatwirtschaft Beschäftigten untereinander, ferner zwischen ihnen und allen anderen, die ja, wie jene selbst, mit dem sekundären geldmäßigen Minimum beteilt werden, und endlich infolge der freien Staatswirtschaft zwischen dem Staat und diesen beiden Kategorien von Staatsangehörigen. Mit dem Auslande kann ein direkter Austausch von Waren stattfinden.

Die Ausgaben des Staates werden bestehen aus den zu verteilenden Sekundärminimis, den Gehalten und den Forderungen der Kapitulanten, d. i. solcher Personen, die freiwillig dem Staate weiterdienen wollen.

Die Einnahmen ergeben sich aus Steuern, Taxen, Staatsmonopolen wie Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen u. dgl. Die Besteuerung wird nicht nur eine stark progressive, sondern es werden alle Einkommen — die ja nur eventuell aus der freien Privatwirtschaft gewonnen werden können — der Steuer

unterworfen sein; denn da jeder durch das Existenz- und das kulturelle Minimum seine Lebenshaltung gesichert hat, so ist diese Versicherung als Äquivalent jenes Mindesteinkommens anzusehen, welches, so wie heute, steuerfrei bleibt.

Von den Einnahmen, resp. Eingängen der ungedeckten Staatsnoten in die Staatskassen, wird es abhängen, ob das sekundäre Minimum dem oben ‹im Kapitel „Plan . . ."› berechneten Betrag entsprechen kann; sind sie zu gering, so muß es reduziert, d. h. die kulturellen Forderungen müssen eingeschränkt werden; steigen sie, so kann das sekundäre Minimum immer mehr erhöht und auf diese Weise der Anteil Aller an den kulturellen Fortschritten und Annehmlichkeiten erhöht werden.

Es wäre nicht zweckmäßig, die Produktion aller oder auch nur einiger kultureller Güter oder Leistungen der freien Privatwirtschaft zu entziehen und zu einem Bestandteil der Gemeinwirtschaft zu machen. Denn einerseits würde bei der Mannigfaltigkeit des zu Leistenden der Staatsbetrieb ein viel zu komplizierter, andererseits würde die anregende private Initiative und daher auch die reiche Entwicklung im Gebiete der kulturellen Tätigkeit fehlen. Nur dann wäre der Staatsbetrieb angezeigt, wenn die kulturellen Bedürfnisse aus irgendeinem Grunde sich auf die allereinfachsten reduzieren würden oder reduziert werden müßten.

*

Das Personal-Regime wird sich während des Überganges so ergeben:

Eine sehr große Zahl der Arbeitsfähigen, wie sie oben begründet wurde, wird in der Nährarmee und in der Investitions‹Bau›-Armee dienen. —

Die Wehrarmee mag als Kadre- oder als Milizheer gestaltet, letztere Form jedoch unbedingt vorzuziehen sein; im ersteren Falle kann sie ihr separates Regime behalten, bis auf das Minimum, das ihre Mitglieder wie alle anderen erhalten. Ein Unterschied in der „Löhnung" zwischen Gemeinen und selbst den höchsten Offizieren darf nicht existieren. —

Verwaltungsbeamte, Richter und Lehrer — ihre Anzahl würde bei einer Bevölkerung von 70 Millionen, gemäß der Statistik von 1907, ungefähr 0,8 Millionen betragen — bleiben auf ihren Posten, separate Gehalte ‹außer dem notwendigen und

kulturellen Minimum) erhalten sie in der Periode des Überganges während ihrer vorgeschriebenen Dienstzeit (z. B. bis zum 55. Lebensjahre) nicht. — Erst während des Definitivums, wo es nur solche Beamte und Lehrer gibt, die in der Nährarmee ausgedient haben und kapitulieren, bekommen sie — nebst dem Minimum — noch separate Geldentlohnung, also: Gehalte.

Desgleichen: Ärzte, Pflegerpersonale, Apotheker und Hebammen; diese Personen sind dann auch im Definitivzustande direkte Angehörige der Nährarmee. —

Wer älter als 55 Jahre ist, braucht überhaupt nicht mehr zu dienen. —

Die Wahl der Studien der Jugendlichen vom 14. bis zum 18. Jahre wird so beeinflußt, daß der Ersatz für die abtretenden Mitglieder der Nähr- und Investitionsarmee sowie für Beamte, Richter, Lehrer und Ärzte usw. gesichert ist. —

Die Bauern bleiben, wie alle anderen, in ihren Wohnungen, also in ihren Häusern und bebauen ihre Felder; jedoch nicht für sich, sondern für die Gesamtheit. Auch die Bauern, die ihre Ernte an die nahen Staatsmagazine abführen, erhalten das Gesamtminimum. Im definitiven sozialen Staate wird aber der Boden nicht mehr von den Bauern als Eigentümern, sondern von der landwirtschaftlichen Abteilung der Nährarmee kollektiv bearbeitet; die Feldgrenzen haben damit aufgehört. Die Häuser jedoch können die bisherigen bäuerlichen Eigentümer behalten, denn es wären, ohne Sinn, für sie eigens neue zu bauen.

Dienerschaft für häusliche oder persönliche Dienste wird es schon zu Beginn der Übergangsperiode sehr wenige oder keine mehr geben; sie müßte denn mit dem Gelde des sekundären Minimums bezahlt werden. Die Lebenshaltung ist ja Jedem gesichert; es ist also kein starker wirtschaftlicher Grund vorhanden, sich zu persönlichen Diensten herabzulassen. Es könnten aber wohl Sympathiegründe oder Gegenseitigkeitsvorteile sein, die solche Dienstverhältnisse begründen.

*

Wohnungsmiete hört, wie schon öfter gesagt wurde, auf. Alle behalten ihre bisher innegehabten Wohnungen. Eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse wird jedoch sehr bald ins Leben treten, da nahezu die dringendste aller

Investitionen die Herstellung von Wohnhäusern ist. Daß heute viele sehr luxuriöse Wohnungen innehaben, während die große Masse mit sehr beschränkten, und im Anfange sogar ungesunden Quartieren vorlieb nehmen muß, müssen wir nur für eine ganz kurze Zeit noch hinnehmen. Bei der außerordentlichen Beschleunigung im Bau von Neuhäusern wird dieser Zustand nicht lange dauern. Es soll daher sofort versucht werden, sämtliche überflüssig großen Wohnungen zu unterteilen, so daß mehrere Parteien darin ungestört nebeneinander wohnen können. Die Bausachverständigen werden vielleicht diese so dringende Adaptierung vorzunehmen verstehen, da sie es ermöglicht, in der kürzesten Zeit Tausende von Wohnungen zu beschaffen, noch bevor neue Häuser gebaut werden. Von allen auszuführenden Bauten sind eben jene von Wohnhäusern die dringendsten, sie müssen daher vor allen anderen in Angriff genommen und, so schnell es nur geht, von den bisherigen Inhabern ungesunder oder überfüllter Wohnungen in Benützung genommen werden. Die Anzahl aller Neuhäuser soll so bestimmt werden, daß, wenn man sämtliche alte und neue Wohnungen zusammenrechnet, 7 bis 8 Prozent derselben immer leer stehen.*

Bei den großen sanitären und moralischen Übelständen infolge unseres bisherigen Wohnungsregimes erscheint es notwendig, in allen größeren wie auch kleineren Städten gleichzeitig und sofort den Bau der notwendigen neuen Häuser durchzuführen. Eine zahlreiche Bauarmee muß daran arbeiten, und die fertigen Wohnungen werden, ohne irgend eine Miete zu verlangen, denjenigen, die sie nötig haben, übergeben. —

Das ist die einzige Weise, gründlich und rasch zu helfen. Mit den kleinlichen Mitteln: Steuerfreiheit für Neubauten oder Ermäßigung der Hauszinssteuer oder Gebührenbegünstigungen für gemeinnützige Baugenossenschaften zu gewähren, Wohnungsfürsorgefonds zu errichten und dergl., würde man Jahrhunderte brauchen, um ans Ziel zu gelangen. Und wahrscheinlich käme man nie ans Ziel, denn während in dieser Weise fortgebaut wird, hat sich die Bevölkerung vielleicht noch viel stärker vermehrt als die Zahl der Häuser. Wozu noch dies kommt, daß vielleicht die Mieten gar nicht sinken müssen, sondern daß die Baubegünstigungen von den Hauseigentümern zu ihrem eigenen

* Wie bereits bemerkt wurde.

Vorteil benützt werden; denn die eventuelle Vorschrift, daß das Reineinkommen eine gewisse Grenze (z. B. 2½ Prozent) nicht überschreite, läßt sich durch Verrechnungskünste leicht umgehen.

Auch unterliegt heute jeder, namentlich jeder ärmere Mieter der Willkür des Hausbesitzers und steht, bei der Sorge um eine neue Wohnung oder Furcht vor den Unannehmlichkeiten der erzwungenen Übersiedlung, zu dem Hausherrn im Verhältnis einer geradezu sklavischen Abhängigkeit. —

Das alles ist die Folge davon, wenn man selbst das Notwendige nicht direkt gibt, sondern nur dann an allgemein nützliche Unternehmungen denkt, wenn eine — größere oder geringere — „Rentabilität" in Aussicht steht. Menschen sollen nur dann gesunde oder billige Wohnungen innehaben können, wenn andere Menschen dabei ein Geschäft machen! — —

Für alle anderen Neubauten und Investitionen gilt die Regel, daß man mit den relativ dringendsten beginnt, und sobald sie vollendet sind, schon die einzelnen Objekte sogleich in Verwendung nimmt.

So muß z. B. mit aller Energie an die Errichtung der neuen landwirtschaftlichen Höfe — von denen im Kapitel über Produktion der Nahrungsmittel gesprochen wurde — geschritten werden. Oder, eventuell, zuerst an die Herstellung der großen Mühlen, Bäckereien und Fleischereien, zugleich aber mit ihnen an den Bau der Vorratsgetreidemagazine und Verteilungsgebäude nebst Kommunikationen mit den zugehörigen Ortschaften usw. — —

Da alle eben fertig gewordenen Objekte, wo möglich, sofort für die Nährarmee in Verwendung kommen, so nimmt die Anzahl der alten, zumeist unvollkommenen Objekte — z. B. die vielen kleinen Mühlen, Bäckereien, Fleischereien, Schneidereien, Schusterwerkstätten — stetig ab, und auf diese Weise ergibt sich eine zwar sehr rapide und kontinuierliche Überführung des alten technischen und administrativen Zustandes in den gewünschten neuen, d. i. in den sozialen Beharrungszustand der Gesellschaft. —

*

Die Dauer des Baustadiums dürfte mindestens 30 bis 40 Jahre betragen, rechnen wir mindestens zehn Jahre für die Studienperiode hinzu, so folgt, daß vom Moment des für die Reform günstigen Referendums bis zur definitiven Gestaltung der Wirtschaft nach

unserem sozialen Programm, ungefähr eine Zeit von einem halben Jahrhundert notwendig sein wird. Für alle im kapitalistischen Regime gesättigten Egoisten allerdings eine unheimlich kurze, für alle Menschenfreunde eine viel zu lange Zeit.

Hierbei wurde vorausgesetzt, daß die Übernahme aller Privatunternehmungen durch den Staat am Anfang der Bauperiode nahezu mit einem Schlage vor sich gehe, was infolge genügender Vorbereitungen, wie oben erläutert wurde, erlaubt ist, ohne Verlegenheiten in der Sicherung der Lebenshaltungen befürchten zu müssen.

Sollte man jedoch, zu noch größerer Sicherheit, vorziehen, diese Übernahme nur allmählich, also partienweise, zu veranlassen, so ginge das auch. Es würde dann das alte Regime gleichzeitig mit dem neuen vorhanden sein, und dieses im Laufe der Zeit immer mehr vorherrschen, bis das alte ganz verdrängt wäre. Diese Methode würde jedoch, so weit ich sehe, zu vielen Komplikationen und Reibungen führen, deren Abschwächung die Aufgabe ganz spezieller Maßregeln zu sein hätte. Natürlich würde die Übergangszeit dann auch viel länger dauern.

❋

Sind alle Investitionen vollendet und in Gebrauch genommen, so beginnt also das

Definitivum.

Welcher Unterschied besteht nun zwischen der Übergangszeit und dem Definitivum?

Die Nährarmee muß in der Übergangsperiode viel zahlreicher sein als im Definitivum. In letzterem ist die Dienstzeit ungefähr 13, in der ersteren ‹vom 18. bis 55. Lebensjahr› ungefähr 37 Jahre, wobei der Grund der ist, daß in jener Periode große Investitionen zu errichten sind, und ferner, daß man mit sehr unvollkommenen technischen Einrichtungen arbeiten muß. Die Folge hiervon ist aber eine sehr schwache Entwicklung der freien Wirtschaft, und weiterhin wahrscheinlich ein kleineres Ausmaß des sekundären Minimums, also eine ärmlichere kulturelle Lebenshaltung.

Während des Definitivums aber mit seiner viel kleineren Nährarmee und kürzeren Dienstzeit kann sich die freie Wirtschaft ‹mit Privateigentum und Vertragsfreiheit› voll entwickeln, und das kulturelle Leben kann sich besser entfalten.

■

Mit dem hier ziemlich detailliert entwickelten Plan der Überführung des heutigen in das zukünftige sozialisierte Wirtschaftssystem ist nur jene Variante derselben dargestellt, die ich mir als die einfachste und am raschesten zum Ziele führende denke.

Sollte sich zeigen, daß es bessere Varianten gibt, vielleicht solche, die bei den Reichen und Besitzenden, denen ich ja ihr Eigentum zum Besten der Gesellschaft ohne Entschädigung nehmen will ‹was auch H. George und A. Menger vorschlagen› — weniger Anstoß erregen würden als die von mir vorgeschlagene, so möge man sie mitteilen. Es ist ja möglich, daß man sich mit einer langsameren Prozedur begnügt, um nur mit geringeren Widerständen zu tun zu haben. Von der Stimmung der großen Massen wird es abhängen, für welche Methode man sich wird entscheiden müssen.

Die Hauptsache ist, das soziale Programm überhaupt durchzuführen. Die Schnelligkeit, mit der das geschieht, ist zwar ebenfalls eine höchst wichtige Angelegenheit, da ja das Wohl von zahlreichen Millionen von ihr abhängt, aber man muß doch das Tempo nach den Schwierigkeiten bemessen, die sich der Reform entgegenstellen.

Gewalt, Unruhen, Bürgerkrieg sind, soweit es nur möglich ist, zu vermeiden.

Das Recht aber, über die Schnelligkeit des Tempos der Reform zu entscheiden, wie auch die Macht dazu, liegt ausschließlich in der gedrückten Volksmasse.

Schlußwort.

Die Folgen der Durchführung dieses meines sozialen Programms überhaupt werden in kurzem folgende sein:

Hunger und Sorge um die Lebenshaltung hören gänzlich auf, ebenso hören auf:

Unzählige Reibereien oder gar Feindschaften aus wirtschaftlichen Gründen, desgleichen Zank und Bitterkeit zwischen Eheleuten infolge ökonomischer Bedrängnis, die Sorge um die Ernährung und Erziehung der Kinder, mögen ihrer noch so viele sein, die tausende und tausende kleinerer und größerer Gemeinheiten oder Vergehen und Verbrechen, die jetzt nur infolge des prekären Zustandes der ökonomischen Existenz begangen werden, das demütigende Gefühl, in der nahezu wichtigsten Angelegenheit des Lebens, nämlich der Ernährung, von anderen abhängig zu sein, eine Unzahl von Krankheiten, die eine Folge von Unterernährung, von Ansteckung in überfüllten Wohnungen, oder von Vernachlässigung wegen mangelnden Geldes sind, der Mangel an Zeit und an Interesse für die feineren Angelegenheiten des Geistes und Gemüts. Und hierzu käme noch eine Sittigung der inneren und äußeren Politik, denn viele Kämpfe und Kriege werden aufhören, wenn die ökonomische Existenz aller Staatsangehörigen gesichert sein wird.

*

Aber mit diesen Anführungen sind alle wohltätigen Konsequenzen der Sozialisierung der Wirtschaft gewiß noch lange nicht erschöpft. Ja man kann wagen, zu hoffen, daß, wenn die Menschen in ökonomischer Beziehung gänzlich sorgenfrei sein werden, der im allgemeinen menschlichen Charakter denn doch auch liegende gute Teil desselben ungleich mehr zur Wirksamkeit gelangen dürfte als heute, daß dieser gute Bestandteil sich vielleicht als

ein größerer herausstellen wird als man heute, den schlimmen Erfahrungen zufolge, annimmt, und daß daher auch das Arbeiten und Schaffen für die Allgemeinheit viel verbreiteter und intensiver sein werden als bei dem jetzigen anarchistischen und rücksichtslos individualistischen Wirtschaftssystem.

Mit dieser Reform ist die gesunde Basis für eine weitere Entwicklung der Gesellschaft gegeben, und man kann dann ungestört an die Maßregeln denken, die zu ergreifen sind, um sie physisch-kulturell zu veredeln und namentlich moralisch immer mehr zu heben. Und es ist nur zu wünschen, daß diese Bestrebungen zugunsten der künftigen Generationen nicht auf Kosten fundamentaler Forderungen der lebenden verwirklicht werden, und daß namentlich auf jene Brutalitäten wie auf so manche Narrheiten verzichtet werde, mit denen heute viele rassenhygienische Veredlungsagitatoren die Gemüter verengen und verrohen.

BÜCHER AUS DEM
RIKOLA VERLAG

R. LÖWIT VERLAG
WIEN, I., FLEISCHMARKT 1 / LEIPZIG, TALSTRASSE 3

Soeben ist erschienen:

JOSEF POPPER-LYNKEUS

ÜBER RELIGION

HERAUSGEGEBEN VON
MARGIT ORNSTEIN, WIEN

Dieses Werk, das sich im Nachlaß des genialen Popper-Lynkeus fand, wurde kurz vor dem Jahre 1905 vollendet, stammt also aus einer Zeit, da Josef Popper in der Vollkraft seines Schaffens auf wunderbarer Höhe stand. Was in diesem ungeheuer starken Buch geschrieben steht, mußte gesagt werden und mußte von Josef Popper gesagt werden, den Ernst Mach ein „Genie des freien Denkens" genannt hat. Als Josef Popper kurz vor seinem Tode das Manuskript dieses Werkes noch einmal durchsah und überprüfte, sagte er lächelnd, und es war zugleich Humor und tiefe Traurigkeit in seinen Augen: „Das ist mein Partherpfeil" und gleichsam erklärend fügte er hinzu: „Nämlich, die Parther, wenn sie aus der Schlacht flohen, wandten sich noch einmal um, ein letztesmal den Feind mit ihrem Pfeil zu treffen.

Preis broschiert zirka K 40000

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

RIKOLA VERLAG * WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

JOSEF POPPER-LYNKEUS

KRIEG, WEHRPFLICHT UND STAATSVERFASSUNG

Dieses letzte Werk des großen Sozialphilosophen bildet die Krönung seiner Lebensarbeit für das Wohl und die Sicherheit des Individuums. Sicherung vor wirtschaftlicher Not oder Sorge und Ersatz der Wehrpflicht durch ein System der Freiwilligkeit — das sind die beiden Säulen, auf die sich nach Poppers Ansicht eine gesittete, segensreiche und friedliche Einrichtung des künftigen Staates stützen kann. Jeder muß die Freiheit haben, Märtyrer seiner eigenen Ziele oder Ideale zu sein, aber niemand darf das Opfer der Ziele oder Ideale anderer werden.

Umfang 388 Seiten

RIKOLA VERLAG * WIEN · LEIPZIG · MÜNCHEN

AUGUST FOREL

MENSCH UND AMEISE

EIN BEITRAG ZUR FRAGE DER VERERBUNG UND FORTSCHRITTSFÄHIGKEIT

AUGUST FOREL

WARUM SOLLEN WIR DEN ALKOHOL MEIDEN?

VIKTOR BIBL

DER ZERFALL ÖSTERREICHS

KAISER FRANZ UND SEIN ERBE

GEORG BERNHARD

WIRTSCHAFTSPARLAMENTE

FRIEDRICH MUCKLE

DER GEIST DER JÜDISCHEN KULTUR UND DAS ABENDLAND